



NUNC COGNOSCO EX PARTE



TRENT UNIVERSITY  
LIBRARY

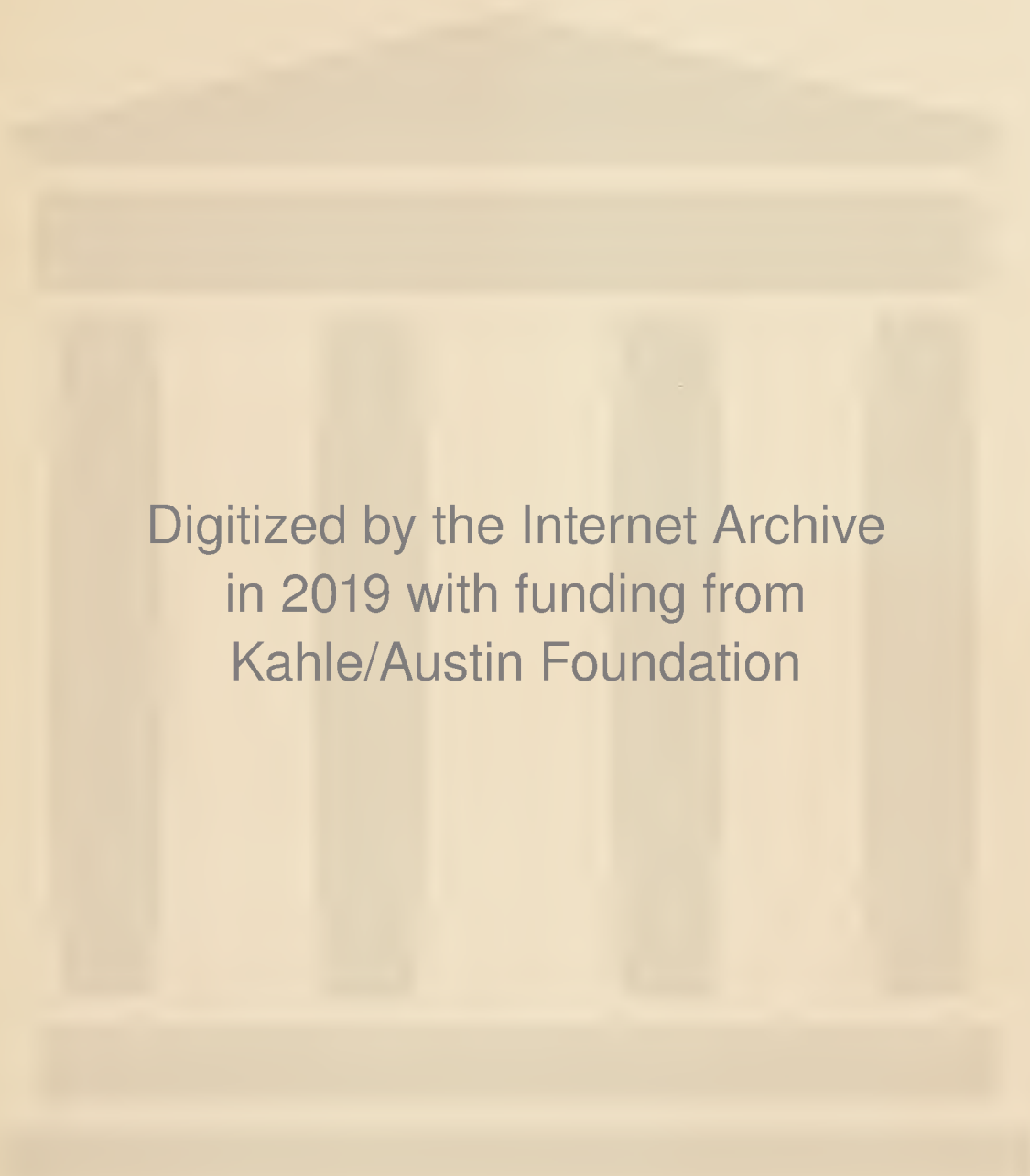
PRESENTED BY

**Mr. and Mrs.**  
**W. R. Redelmeier**





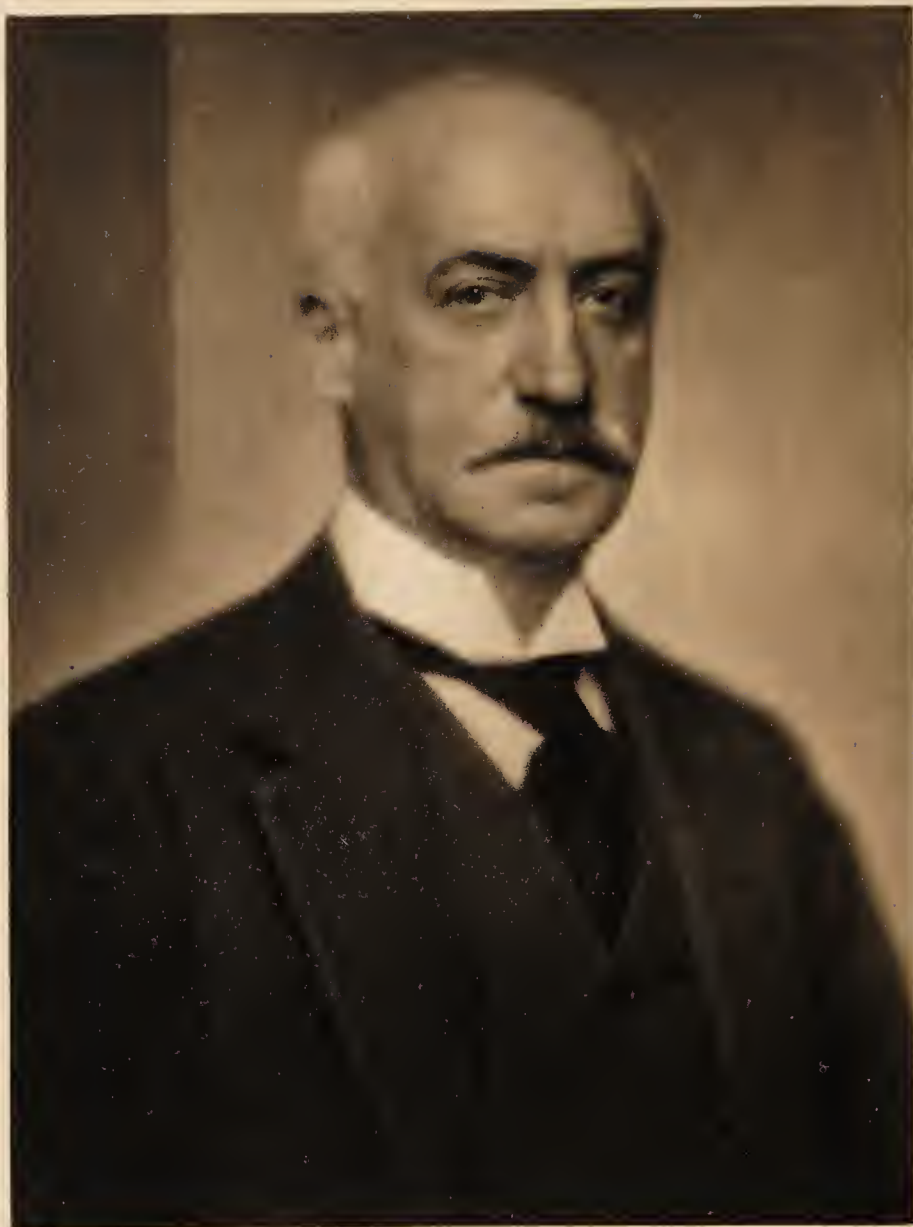




Digitized by the Internet Archive  
in 2019 with funding from  
Kahle/Austin Foundation







Paul Schrebeck

Paul H. von Schwabach

# Aus meinen Akten

Wir brauchen vielerlei Hoffnungen;  
schon das Glück kann ohne diese  
nicht genossen werden, geschweige  
das Unglück getragen oder geheilt.

Jean Paul.

B e r l i n

1927

CT 1098 S 38 A 4

Nachdruck verboten. — Alle Rechte vorbehalten.

Copyright 1927 by Paul H. von Schwabach, Berlin.

## Vorwort.

Der vorliegende Band hat keine andere Daseinsberechtigung als meinen Wunsch, einigen nahen Angehörigen und Freunden an meinem 60. Geburtstag ein Zeichen der Erinnerung in die Hand zu legen. Wer mir ein wenig Selbstkritik zutraut, wird nicht glauben, es sei meine Absicht, diesem Buch jetzt oder später eine größere Verbreitung zu geben, es im üblichen Wortsinn zu veröffentlichen.

Meinen im Laufe der Jahre recht umfangreich gewordenen Akten sind nur solche Stücke entnommen worden, welche sich auf meine politische Tätigkeit beziehen. Freilich ist gerade dieses Material nicht vollständig, da ich viele Briefe, besonders in fremden Sprachen, eigenhändig geschrieben habe, ohne Abschriften zurückzubehalten. Andererseits entzogen sich zahlreiche Schriftstücke, zumal aus jüngster Vergangenheit, ihres vertraulichen Charakters wegen dem Abdruck. Briefe und Aufzeichnungen rein geschäftlichen Inhalts sind grundsätzlich zurückgehalten worden. Eine stilistische Überarbeitung habe ich absichtlich unterlassen. — Die Auswahl, sowie alle Vorbereitungen für die Drucklegung hat mein langjähriger, hochgeschätzter Mitarbeiter, Herr Dr. Berthold Breslauer, auf sich genommen trotz starker Inanspruchnahme durch Berufsarbeit; ihm sei herzlicher Dank gesagt.

Die wenigen Leser dieses Bandes werden finden, daß ich den politischen Vorgängen nicht nur ein allgemeines und theoretisches, sondern ein sehr praktisches, ja leidenschaftliches Interesse entgegengebracht habe; sie werden bemerken, auch in den Briefen, die an Ausländer gerichtet und dementsprechend vorsichtig abgefaßt sind, seit wie langer Zeit ich die Zustände Deutschlands und seine Stellung in der Welt mit wachsender Sorge betrachtet habe, ohne allerdings zu ahnen, welches Schicksal ihm bevorstehe.

Die Zeit, in welcher ich, wenn auch in bescheidener Stellung und mit schwachen Kräften, meinem Vaterlande habe dienen dürfen, ist vorüber; der Fall, den es getan, ist zu tief, die Schmach und die Unbill, die ihm widerfahren, sind zu schmerzlich, als daß ein Mann meines Alters darauf hoffen könnte, mehr als die ersten Ansätze einer Wiederaufrichtung zu erleben. Es ist mein heißer Wunsch, daß ein kommendes Geschlecht ein einiges, unabhängiges, von den Völkern geachtetes Deutschland bewohnen möchte.

Berlin, den 6. Mai 1927.

P a u l S c h w a b a c h.





I.

Briefe und Aufzeichnungen  
aus der Friedenszeit.



## Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.\*

### 1.

Berlin, den 10. Juni 1900.

Sehr verehrter Herr Baron!

. . . Folgendes habe ich zu berichten: Über die volle Tragweite der Vorgänge in China läßt sich noch kein klares Bild gewinnen, da die Nachrichten noch nicht vollständig genug sind; jedoch geht aus den zuletzt eingegangenen Depeschen hervor, daß die Regierung und insbesondere die Kaiserin-Witwe nicht, wie befürchtet wurde, den Boxern unter der Hand Vorschub leisten; es ist vielmehr von maßgebenden Mitgliedern des Tsungli-Yamen unserem Gesandten die feste Versicherung gegeben worden, daß die Regierung mit aller Macht bestrebt sein würde, der Bewegung Herr zu werden. Wenn sich diese Angaben bewahrheiten, so ist man hier über den schließlichen Ausgang des Kampfes getrost. Es ist ferner dem Tsungli-Yamen bekanntgegeben, daß etwaigen Unruhen in der eigentlichen deutschen Interessensphäre, also in Shantung, energisch unsererseits entgegengetreten würde, falls es den chinesischen Truppen an Willen oder Macht gebrähe, die Ordnung wiederherzustellen.

Ein gemeinschaftliches Vorgehen der Mächte von hier aus anzuregen, liegt kein Grund vor, doch würde sich Deutschland, falls ein solches beliebt wird, nicht ausschließen. Einen Keim zu Konflikten zwischen den übrigen Mächten könnte man darin erblicken, daß augenscheinlich Rußland bestrebt ist, den gegenwärtigen Zeitpunkt dazu zu benutzen, um sich als Vormacht in China festzusetzen. Ob es dabei soweit gehen wird, daß es ernstliche Meinungsverschiedenheiten heraufbeschwört, bleibt abzuwarten. Man glaubt hier nämlich, daß Rußland sich leicht einer englisch-amerikanisch-japanischen Kombination gegenüber befinden könnte, wobei keineswegs an ein regelrechtes Bündnis gedacht ist. Was Japan angeht, so erklärt sich wohl seine Nachgiebigkeit in den letzten Monaten den Russen gegenüber daher, daß die Japaner England in Südafrika zu stark engagiert glaubten, um in dieser Macht ein ausreichendes Gegengewicht gegen Rußland zu

---

\* Alfred de Rothschild (1842—1918), gehörte dem englischen Zweige der freiherrlichen Familie an und war Teilhaber des Bankhauses N. M. Rothschild & Sons, London. Bekannt als einflußreicher und deutschfreundlicher Politiker; er stand dem König Eduard VII. freundschaftlich nahe.

erblicken. Es könnte also, falls diese Prämisse richtig ist, wohl eintreten, daß Japan bei dem jetzigen Stande der südafrikanischen Angelegenheiten einen festeren Ton anschlägt. Ich habe gestern meinen Besuch bei meinen Freunden erneuert und keine Änderung in deren Auffassung gefunden. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Baron, wenn Sie mir mitteilten, wie Sie und Ihre Freunde über diese Dinge denken.

Über unsere gegenwärtigen Beziehungen zu England ist man befriedigt und glaubt nach wie vor, daß sich viel mehr Veranlassungen finden werden, sich freundschaftlich zu stellen, als sich zu befehlen. Die Zuversicht, daß ein gutes Einvernehmen erhalten bleiben wird, ist auch dadurch nicht erschüttert, daß man zu wissen meint, Ihr Premierminister\* wandle seine besonderen Wege, insofern er sich bemüht, sich Frankreich zu nähern und dieses Land von Rußland abzudrängen. Es wäre mir sehr wertvoll, auch hierüber Ihre maßgebliche Ansicht zu erfahren.

Es wird Sie des weiteren interessieren, daß hier glaubwürdige Nachrichten vorliegen, nach welchen russische Ingenieure truppweise Persien bereisen, indem sie möglichst unauffällig allerlei Erhebungen anstellen. Der Strecke Schiras—Bender—Abbas gilt ihre besondere Aufmerksamkeit. Die Informatoren unserer Regierung glauben zwar nicht an eine nahe bevorstehende Aktion, wohl aber an Vorbereitungen zu einer solchen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen noch herzlich danken für die Aufnahme, die Sie meinem Freunde Werther bereitet haben: er ist von Ihrer Liebenswürdigkeit und Gastlichkeit ganz entzückt.

Mit den besten Empfehlungen bin ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr aufrichtig ergebener P a u l S c h w a b a c h.

## II.

Berlin, den 6. August 1900.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich habe Ihre beiden sehr liebenswürdigen Telegramme meinen Freunden vorgelegt und im Anschluß daran eine ausführliche Unterredung gehabt. Ich bin ersucht worden, Ihnen nahezulegen, gelegentlich eine Aussprache mit unserem Botschafter, Grafen Hatzfeldt, zu suchen, welcher in der Lage ist, Ihnen jede Auskunft zu geben. Folgendes kann ich Ihnen vertraulich mitteilen, mit der Bitte, es dem Botschafter gegenüber wenigstens nicht ohne weiteres zu erwähnen.

---

\* Lord Salisbury.



Es ist Ihnen ja auch bekannt, daß vor einigen Jahren, als der deutsche Kaiser England besuchte, eine persönliche Spannung zwischen unserem Herrn und Lord Salisbury hervortrat. Die Verstimmung des Kaisers hat sich bald darauf hie und da Luft gemacht, z. B. in dem leidigen Krüger-Telegramm. Inzwischen aber hat es S. M. nicht an Schritten fehlen lassen, welche bewiesen, daß er auf gute Beziehungen zu England hohen Wert legte. Ich erinnere nur an die Haltung beim Ausbruch des Transvaalkrieges, als Ihrer Regierung sofort erklärt wurde, Deutschland würde sich keinerlei Kollektivschritten gegen England anschließen; in der Tat sind von dritten Mächten dahingehende Anträge gestellt und in Berlin abgelehnt worden. Der Kaiser hat dann im Gegensatz zu der öffentlichen Meinung seines Landes im November seinen Besuch in England abgestattet. Andererseits wird hier behauptet, daß Lord Salisbury von seinem Groll nicht lassen kann; wo England seither sich uns gegenüber freundlich gestellt hat, haben es in dem Kabinett Minister wie Mr. Chamberlain und Mr. Balfour durchgesetzt, unter Beihilfe von Freunden in unverantwortlicher Stellung, wie Baron Alfred von Rothschild. Gerade wieder in letzter Zeit hat Lord Salisbury einer Anregung ein kaltes Nein entgegengesetzt, welche von wohlmeinenden Politikern hier erdacht war, zu dem alleinigen Zweck, dem Kaiser eine Freude zu bereiten, welche als von England ausgehend erschienen wäre, die Anregung nämlich, in China einem deutschen General den Oberbefehl zu übertragen. Politisch legen wir natürlich gar keinen Wert darauf; man war der Meinung, daß ein Oberbefehlshaber notwendig ist, daß ein Japaner nicht in Frage kommen kann und ein Deutscher geeigneter wäre als ein Russe oder Engländer, gerade weil wir in China weniger interessiert sind als die genannten beiden anderen Nationen.

Dagegen höre ich, daß man in England darüber empfindlich sein soll, daß wir nicht sofort auf den englischen Antrag eingegangen sind, in St. Petersburg darauf zu drücken, daß den Japanern der sofortige Einmarsch in China gestattet würde. Es war das für Deutschland eine nicht ganz bequeme Lage, welche durch diesen Antrag geschaffen war. Da man hier nichts darüber wußte, ob Japan irgendwelche bindenden Zusagen gemacht habe, seine Mission nicht zu mißbrauchen, konnte in St. Petersburg leicht ein Mißtrauen entstehen, nicht etwa nur gegen Japan, sondern auch gegen Deutschland, das in den Verdacht geraten konnte, mit England und Japan eine Sondergruppe bilden zu wollen. Sie werden begreiflich finden, daß sich unsere Regierung dem nicht aussetzen konnte und daß sie nicht glaubt,

irgendwie unfreundlich gehandelt zu haben, wenn sie sich in dieser Frage reserviert verhielt.

Im Grunde genommen sind das ja Dinge von untergeordneter Wichtigkeit, bis auf den einen Umstand, daß hier die Ansicht vorherrscht, Lord Salisbury hege Deutschland, insbesondere S. M. gegenüber, keine freundlichen Gesinnungen. Selbst wenn diese Ansicht nicht berechtigt sein sollte, wird es schwer sein, sie auszurotten; es müßte denn bei nächster Gelegenheit durch die Tat das Gegenteil bewiesen werden. Hoffentlich gelingt es Ihnen bei Ihrem Einfluß und Ihrer Freundschaft für unser Land auch jetzt, wie schon so oft, Gutes zu stiften. Ich will nicht unterlassen, noch ausdrücklich zu bemerken, daß die hiesigen maßgebenden Kreise Ihnen stets das größte Vertrauen entgegenbringen.

Mit der Versicherung meiner größten Hochschätzung bin ich, sehr geehrter Herr Baron,

Ihr treu ergebener P a u l S c h w a b a c h.

### III.

Berlin, den 1. September 1900.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich bin vor ein paar Tagen von meiner Reise zurückgekehrt und habe heute Gelegenheit gehabt, meine Freunde aufzusuchen.

Selbstverständlich steht die chinesische Frage im Mittelpunkt des Interesses, und zwar speziell die Situation, die dadurch geschaffen worden ist, daß die Russen den Rückzug aus Peking wünschen. Die hiesigen Regierungskreise teilen durchaus den englischen Standpunkt, daß eine solche Maßregel von der chinesischen Bevölkerung lediglich als Zeichen der Schwäche ausgelegt und das Signal zu abermaligen und womöglich noch ärgeren Fremdenhetzen abzugeben bestimmt sein würde.

Die russische Regierung soll gar kein Hehl daraus machen, daß ihr an dem Schicksal der chinesischen Christen absolut gar nichts liegt und auch nicht viel an dem der Missionare, welche nicht nur nicht Russen, sondern vor allem nicht griechisch-orthodox sind. Das Hauptmotiv für den russischen Vorschlag erblickt man hier darin, daß einerseits die Russen den lebhaften Wunsch haben, die Japaner aus dem Lande zu drängen, und andererseits, daß sie die Rolle der wahren Freunde Chinas zu spielen wünschen.

Man glaubt, hierin einen Widerstreit der englischen und russischen Beziehungen zu erblicken, daß die Russen allem Anschein nach eine Wiedereinsetzung der vor Ausbruch der Feindseligkeiten herrschenden Gruppe



unter der Kaiserin-Witwe bewirkt zu sehen wünschen, während England das Ziel verfolgt, vor allem den Einfluß der Kaiserin-Witwe und der sogenannten Mandschu-Partei zu brechen.

Wir Deutschen stehen diesen Fragen ganz leidenschaftslos gegenüber; wie mir scheint, ist man zu einer festen Ansicht darüber noch nicht gekommen; doch habe ich den bestimmten Eindruck gewonnen, daß die Haltung der deutschen Regierung eher nach der englischen als nach der russischen Seite neigt, wozu der befremdliche russische Vorschlag, Peking zu verlassen, beigetragen haben mag. Man hält es nicht für unmöglich, daß die Russen ihre Truppen zurückziehen, während die übrigen Mächte die ihrigen dort belassen.

Was die Vereinigten Staaten anbetrifft, welche auch Gelüste zeigen, sich möglichst bald aus den chinesischen Dingen zurückzuziehen, so scheinen diese nicht allein darauf zurückzuführen zu sein, daß Mc Kinley im Hinblick auf die bevorstehende Präsidentenwahl darauf Bedacht nimmt, sich nicht als argen Imperialisten verschreien zu lassen, sondern man will hier auch davon wissen, daß die Amerikaner auf den Philippinen neuerdings wieder ernststen Schwierigkeiten begegnen. Wie schon hervorgehoben, befließigt sich die deutsche Regierung eines durchaus gemäßigten Verhaltens und es ist alle Aussicht vorhanden, daß wir in wichtigen Epochen mit England in durchaus freundschaftlicher Weise Hand in Hand gehen. Leider scheint aber auch diesmal der so oft erwähnte Verdacht wachgerufen worden zu sein, daß Lord Salisbury dem Kaiser gegenüber eine wirklich freundliche Haltung nicht einnehmen will . . . .

#### IV.

Berlin, den 22. Oktober 1900.

Sehr geehrter Herr Baron!

Sie waren so freundlich, mir durch Ihr Telegramm vom Sonnabend Ihre Genugtuung über das nunmehr zum Abschluß gekommene Abkommen zwischen England und Deutschland\* auszudrücken, und ich erlaubte mir, Ihnen meinerseits telegraphisch zu sagen, wie lebhaft ich diese Genugtuung teile.

Nicht allein hoffe ich, daß der Vertrag gute praktische Folgen haben wird, zu welchen ich auch in erster Linie den Umstand rechne, daß Deutschland auf weitere Gebietserwerbungen Verzicht leistet. M. E. haben wir innerhalb unserer chinesischen Interessensphäre auf lange hinaus zu tun, um eine befriedigende Entwicklung zu erzielen; es würde auch zu einer Zersplitterung der Kräfte kommen, wenn wir uns vorderhand weiter ausdehnen

---

\* Das deutsch-englische Jangtseabkommen vom 16. Oktober 1900.

würden, und ich glaube ferner, daß es im Interesse aller Mächte sowie der chinesischen Gläubiger liegt, ein wirkliches chinesisches Reich und eine wirkliche chinesische Regierung zu erhalten oder vielmehr wiederherzustellen.

Ich erhoffe ferner von dem Abkommen, daß es eine vortreffliche moralische Einwirkung auf die Presse und die Bevölkerung unserer beiden Länder ausüben wird, indem es das Publikum an den Gedanken gewöhnt, daß Deutschland und England große gemeinsame Interessen haben und dieselben in freundlicher Übereinstimmung verfolgen können.

Ein großer Teil, vielleicht der größte Teil unserer deutschen Presse hat den Vertrag freundlich begrüßt; ebenso sind bereits eine Anzahl Stimmen aus Handelskreisen laut geworden, welche sich mit dem Abkommen und seinen Grundsätzen durchaus einverstanden erklären. Die agrarische Presse kann es sich allerdings nicht versagen, einige hämische Bemerkungen zu machen und die Haltung unserer Regierung zu bekritteln.

Wie ich schon bei früheren Gelegenheiten ausgeführt habe, ist es von größter Wichtigkeit, daß das Auftreten der englischen Regierung der unsrigen gegenüber ein derartiges ist, daß nicht mit einem Schein von Recht von agrarischer Seite behauptet werden kann, wir ließen uns schlecht behandeln; denn jeder Kenner der deutschen Verhältnisse wird in Betracht ziehen, daß die Agrarier einen großen Anhang im Lande haben, daß man einen großen Teil der Umgebung Seiner Majestät getrost zu ihnen zählen darf. Es besteht dadurch die Gefahr, daß die Staatsmänner, welche gegenwärtig unsere auswärtige Politik leiten, verdrängt und durch England und einer freieren Politik weniger geneigte Persönlichkeiten ersetzt werden, wenn sie sich nicht dazu bequemen, in agrarisches Fahrwasser zu lenken.

In unserem Auswärtigen Amt ist gleichfalls die Freude groß über das Gelingen der letzten Verhandlungen. Ich habe Herrn von Holstein am Sonnabend vormittag gesprochen, ihm Ihre Grüße ausgerichtet, die er aufs freundlichste erwidert. Ich habe ihm bei dieser Gelegenheit erzählt, daß ich in London eine Reihe von Politikern gesprochen habe und von einer gehässigen Stimmung uns gegenüber nichts bemerkt habe. Er vermerkte dies mit Genugtuung und erwähnte, daß unsererseits ein gutes Einvernehmen mit Ihrer Regierung nach wie vor gewünscht werde.

Was China betrifft, so betrachtet man die Vorgänge der letzten Woche direkt als eine diplomatische Niederlage Rußlands, welche sich zuletzt darin äußert, daß Herr von Giers\* nach Peking zurückbeordert wurde.

---

\* russischer Gesandter in Peking.

Betreffs der bekannten Bahnangelegenheit heißt es hier, daß Graf Waldersee die in Rede stehenden Verordnungen lediglich vom rein militärischen Standpunkte erlassen und nicht daran gedacht hat, staats- oder zivilrechtliche Fragen anzuschneiden.

Ich sprach dann mit einem anderen einflußreichen Herrn vom Auswärtigen Amt über die Frage der Transvaalbahn. Das Deutsche Reich hat vorderhand um so weniger eine Veranlassung, sich amtlich mit der Sache zu befassen, als die Eisenbahngesellschaft eine niederländische ist. Andererseits wird die Sache mit Aufmerksamkeit verfolgt, da ein sehr beträchtlicher Teil der Aktien in deutschen Händen sich befindet, und eine Schädigung der Besitzer natürlich sehr ungern gesehen werden würde. Vor allen Dingen aber denkt die Regierung nicht ohne Besorgnis daran, daß eventuell wieder viel böses Blut gemacht und die Stimmung in Deutschland England gegenüber abermals erregt werden könnte. Sie würden sich daher zu Ihren Verdiensten ein neues erwerben, wenn Sie Ihren großen Einfluß dahin geltend machten, daß bei der Regelung der Frage den bona fide-Besitzern von Aktien eine wirklich ausreichende Entschädigung geboten würde.

Ich meinte, daß ein Reich wie England da auch ein übriges tun könnte, selbst wenn die staatsrechtlichen Streitfragen sich zuungunsten der Aktionäre interpretieren ließen, was mir freilich zweifelhaft erscheint.

Die Börse zeigt in den letzten Tagen ein etwas freundlicheres Gesicht, und ohne daß ich an eine erhebliche Aufwärtsbewegung zu glauben wagte, habe ich doch den Eindruck, daß eine Beruhigung der Märkte eingetreten ist.

Mit der Versicherung meiner größten Hochschätzung bin ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr sehr ergebener P a u l S c h w a b a c h.

V.

Berlin, den 20. März 1901.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich telegraphierte Ihnen, um Sie zu fragen, welchen Eindruck die Rede des Grafen Bülow\* in der City gemacht habe, und zwar deshalb, weil meine Freunde gern darüber informiert sein wollten. Wie Sie inzwischen gesehen haben werden, hat die russische Regierung ausdrücklich ihre Befriedigung über diese selbe Rede betont; die Befriedigung der englischen Regierung ist vielleicht nicht ganz so lebhaft, und Sie würden mich persönlich verbinden, wohl auch sachlich sich ein weiteres Verdienst erwerben, wenn Sie mir

---

\* im Reichstag am 15. März 1901 über die deutsche Chinapolitik.



in ausführlicherer Weise einen Wink geben wollten, in welcher Art ich mich meinen Freunden gegenüber darüber äußern soll.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie fragen, ob man bei Ihnen schon endgültig zu der Frage der chinesischen Kriegsentschädigung Stellung genommen hat. Bisher hat ja Ihre werthe Firma sich niemals an diesen Geschäften beteiligt; jedoch im politischen Interesse und für den allgemeinen Geldmarkt hat die Angelegenheit eine so hohe Bedeutung, daß ich Sie wohl damit behelligen darf. Der früher auftauchende Gedanke, eine allgemeine Garantie der Mächte in Anspruch zu nehmen, wird hier als undurchführbar angesehen und ist wohl auch allgemein fallen gelassen worden. Die wichtigste Frage wird natürlich die der Deckung sein, und, wie Ihnen bekannt ist, würden die bisherigen Seezölle für eine neue Anleihe nicht mehr ausreichen; wiederholt hat man in Erwägung gezogen und darauf hingearbeitet, die Seezölle wesentlich zu erhöhen, möglichst zu verdoppeln, aber es war bisher England, das im Interesse seines Imports sich diesem Plan widersetzt hat. Es wäre für die Beurteilung der ganzen Sachlage sehr wichtig zu wissen, ob England seinen Widerspruch gegen die Erhöhung der Seezölle nunmehr aufzugeben gedenkt; es wäre in hohem Grade wünschenswert, und gute Kenner der chinesischen Verhältnisse behaupten, daß der Handel eine solche Erhöhung sehr gut vertragen könne.

Die sogenannten Likinzölle in das System derjenigen Abgaben einzuschließen, welche als Deckung für die zu zahlenden Annuitäten verwandt werden, hält man hier für ungeheuer schwierig, wenn nicht für ganz unmöglich. Vor allem würden Verhandlungen darüber die diplomatische Lage abermals verwickeln.

Eine fernere Frage ist die, wieviel kann China zahlen? Man nennt Ziffern, die zwischen 50 und 100 Millionen Pfund schwanken. Hier ist man zu der Anschauung geneigt, daß man China möglichst wenig Lasten aufbürden soll, und verwirft auch hier den anderwärts aufgetauchten Gedanken, in die demnächst aufzunehmende Anleihe auch einen Betrag für Eisenbahnbauten einzustellen. Man sieht vorläufig wenigstens vor, nur eine Anleihe zum Zwecke der Kriegsentschädigung aufzubringen.

Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie mir Ihre Ansicht über diese Punkte mitteilen wollten, und sehe mit Vergnügen Ihren geschätzten Nachrichten entgegen. . . .

Ich empfehle mich Ihnen, sehr verehrter Herr Baron, mit größter Hochschätzung

Ihr ganz ergebener P a u l S c h w a b a c h.

## VI.

Berlin, den 27. März 1901.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich freue mich, daß ich Ihnen rechtzeitig die Nachricht hinübertelegraphieren konnte, daß der Direktor des Kolonialamtes, Dr. Stübel, sich auf dem Wege nach London befände. Sie werden in der Lage sein, sich über die Verhandlungen, die er dort führt, genau zu informieren. Sein Auftrag lautet dahin, eine Verständigung über das in der chinesischen Frage zu befolgende *procedere* mit Ihrer Regierung zu erzielen. Man wird unsererseits auf der Erhöhung der Zölle nicht bestehen, wenn von einer anderen Seite ein gleich guter oder besserer Vorschlag gemacht wird. Es kommt unserer Regierung eben nur darauf an, für die Verzinsung der aufzubringenden Gelder die möglichste Sicherheit zu haben. Ich persönlich bin sehr wenig optimistisch in der ganzen Sache gestimmt; bei den großen Geldansprüchen der europäischen Mächte kann ich mir nicht vorstellen, daß so ungeheure Summen eines chinesischen Papiers ohne weiteres untergebracht werden können, wenn aus diplomatischen oder anderen Gründen eine internationale Garantie der Mächte nicht zu erzielen ist.

Vielleicht sagen Sie mir gelegentlich, wie man in den englischen maßgebenden Finanzkreisen darüber denkt, ob man glaubt, daß das Publikum eine chinesische Anleihe, die sich in keinem wesentlichen Punkte von den früheren unterscheiden würde, in größeren Beträgen absorbieren würde.

Für Ihr letztes, sehr liebenswürdiges Schreiben sage ich Ihnen nochmals meinen besten Dank und ich bin auch beauftragt, den Dank meiner Freunde hinzuzufügen.

Gleichzeitig bin ich aufgefordert worden, Ihnen das Folgende mitzuteilen:

Es liegt den Leitern unserer Politik viel daran, mit Ihrer Regierung Hand in Hand zu gehen, und um so mehr legt man Gewicht darauf, Fragen, die materiell unwichtig sind, aber in der öffentlichen Meinung leicht aufgebauscht werden, aus der Welt zu schaffen. Dazu gehört in diesem Augenblick die Frage der südafrikanischen Entschädigungen; man behauptet hier, daß die englischen Behörden die Angelegenheit äußerst langsam betreiben, während es doch wünschenswert wäre, mit möglichster Beschleunigung sich über diese Dinge zu verständigen. Man glaubt, daß, wenn Sie an der richtigen Stelle ein Wort darüber fallen lassen, dies nur im beiderseitigen Interesse liegen würde.

Die Vorbereitungen zur neuen Reichsanleihe gehen glatt vonstatten. Es scheint, daß aus Frankreich große Subskriptionen kommen werden, ein bezeichnendes Faktum für den Umschwung der Gefühle des französischen Publikums Deutschland gegenüber.

Ich empfehle mich Ihnen, verehrter Herr Baron, in größter Hochschätzung

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

## VII.

Brandenburg a. d. Havel, den 16. Juli 1901.

Sehr verehrter Herr Baron!

Die Nachricht von dem Rücktritt Lord Salisburys hat mich veranlaßt, möglichst bald meine Freunde zu befragen, wie sie dieses Ereignis auffassen, in erster Reihe, wie nach ihrer Ansicht der Personenwechsel auf die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern wirken könnte. Ich gebe Ihnen im Nachstehenden einen sehr genauen Bericht über den Bescheid, den ich empfangen habe.

Der Rücktritt von Lord Salisbury ist als ein günstiges Moment für die allmähliche Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen anzusehen. Zwischen Lord Salisbury und unserem allergnädigsten Herrn bestand beiderseits wenig Sympathie seit dem Herbst 1895, wo Lord Salisbury den Plan einer Aufteilung der Türkei dem Kaiser entwickelte und von diesem eine kategorische Abweisung erfuhr. Lord Salisbury markierte seine Kränkung, indem er einer zweiten, vom Kaiser gewünschten Unterredung sich entzog. Der Kaiser seinerseits unterließ dann auch nicht, seiner Gereiztheit über den Abbruch des Verkehrs durch den englischen leitenden Minister auf mancherlei Art Ausdruck zu geben.

Der Gedanke, daß durch die Teilung der Türkei ein Kontinentalkrieg entstehen würde, bei dem England unbeteiligter Zuschauer bleiben und gleichzeitig freie Hand außerhalb Europas bekommen müßte, hat Lord Salisbury wohl immer vorgeschwebt. Da er überdies eine persönliche Antipathie gegen den Sultan hatte, brach er mit der traditionellen türkenfreundlichen englischen Politik und hat es durch jahrelange schlechte Behandlung des Sultans dahin gebracht, daß letzterer heute mehr Zutrauen zu dem Erbfeinde Rußland als zu England hat. Von außen betrachtet, erscheint diese



Politik als nicht unbedingt glücklich; denn die Türkei, welche kein Geld, aber vortreffliches Soldatenmaterial hat, würde für England, welches Geld genug, aber zu wenig Soldaten hat, die denkbar beste Ergänzung gewesen sein. Gestützt auf Japan in Ostasien und außerdem auf die Türkei, würde England politisch doch wohl in einer günstigeren Lage gewesen sein als in der glänzenden Isolierung.

Ein anderer Nachteil der von England während der letzten Jahre befolgten Politik war der, daß die Völker des Kontinents durch den Glauben, England wolle sie in einen Krieg verwickeln, in steigende Erbitterung gebracht wurden, die sich während des Burenkrieges allerorten Luft machte. Jetzt ist die Erbitterung eine gegenseitige, und wir stehen vor der Frage, wie dieselbe allmählich zu beseitigen ist. England sowohl wie Deutschland können diese Frage um so objektiver erwägen, als sie zur Zeit einander nicht brauchen. England, welches durch das japanische Abkommen seine Stellung schon verbessert hat und durch richtige Behandlung der Türkei auch diese für sich gewinnen könnte, hat nicht nötig, sich an Deutschland anzulehnen, ebenso wie dieses bei der heutigen Weltlage kein Anlehnsbedürfnis empfindet. Aber für beide, für England wie für Deutschland, würde es von Wert sein, wenn das Mißtrauen, das jetzt zwischen ihnen besteht und auch von verschiedenen Seiten genährt wird, allmählich vermindert würde. In der englischen Presse arbeiten jetzt fremde, namentlich russische Agenten, welche sich bemühen, dem englischen Volke weiszumachen, daß Deutschland nur den Moment abwartet, wo seine Flotte stark genug ist, um über England herzufallen. Dieser Gedanke ist unsinnig aus vielen Gründen, unter welchen der nächstliegende der ist, daß Amerika allein bei einem solchen Kriege gewinnen würde. Es würde bei einem deutsch-englischen Kriege die Rolle des tertius gaudens spielen. Überhaupt muß konstatiert werden, daß die tendenziösen Verdächtigungen, welche von feindlicher Seite gegen Deutschland erhoben werden, sämtlich aus der Luft gegriffen sind. Deutschland denkt nicht daran, in China territoriale Ausbreitung, sei es im Yangtse-Becken, sei es anderswo, zu erstreben. Diese Frage wurde während der Krisis des Jahres 1900 hier reiflich erwogen, und die damaligen Beratungen führten zu dem Ergebnis, daß Deutschland in China rückhaltlos die Politik der offenen Tür unterstützen sollte, und daß jeder territoriale Erwerb, sei es von größeren Gebieten, sei es von einzelnen Punkten, mehr Nachteil als Vorteil bringen würde.

Ebensowenig denkt Deutschland daran, sich im Persischen Meerbusen als tampon zwischen England und Rußland einzuschieben. Wir haben im



Persischen Meerbusen nur das eine Interesse, welches sich an den Ausgangspunkt der künftigen Bagdadbahn knüpft. Wir wissen auch, daß die englische Regierung bereit ist, mit uns über diese Frage zu verhandeln. Wenn wir in diese Verhandlungen bisher nicht eingetreten sind, geschieht dies lediglich, weil wir dadurch die englische Oberhoheit über Kueit anerkennen würden. Wir haben keinen Grund, in dieser heute strittigen Frage Partei zu nehmen. Voraussichtlich wird dieselbe längst erledigt sein, bevor die Bagdadbahn bis Kueit fertiggebaut ist. Ob England guttut, die Schwäche des Sultans auszunutzen und diesen fortgesetzt zu ärgern, erscheint zweifelhaft, auch im Hinblick auf die durch die Vergewaltigung des Kalifen verursachte steigende Mißstimmung der sunnitischen Mohammedaner in Indien.

Begreiflich ist die Mißstimmung der Engländer über manches, was neuerdings in der deutschen Presse, namentlich in den Witzblättern, über den König von England gedruckt worden ist. Indessen, wenn man sechs Jahre zurückgeht, wird man zugeben müssen, daß damals ebenso verletzende Dinge über den deutschen Kaiser in England gesagt, gedruckt und gesungen worden sind; außerdem wiegen Worte wenig da, wo ihnen Taten gegenüberstehen. Taten sind es, daß die Agitationsreise Krügers in Köln zum Stillstand kam, und daß die Anregung einer zunächst platonisch gedachten Mißbilligung des Burenkrieges durch die Regierungen sämtlicher Kulturstaaten im Sande verlief, weil das gleich zu Anfang befragte Berliner Kabinett die Mitwirkung ablehnte. Bei dieser Sachlage erscheint es am praktischsten für beide Teile, vergangene Dinge nicht fortwährend wieder aufzurühren. Die Beruhigung kann nicht von heute auf morgen eintreten; auch liegt kein Grund zur Eile vor. Denn, wie schon gesagt, bedarf zur Zeit weder Deutschland Englands, noch umgekehrt. Nützlich wird es sein, wenn beide Regierungen ein wachsames Auge darauf haben, daß in der Presse beider Länder wenigstens denjenigen Hetzereien, die weder von deutscher, noch von englischer, sondern von irgendeiner dritten Seite kommen, möglichst ein Ende gemacht werde. Bei diesen Hetzereien ist es fraglich, ob sie den Zweck verfolgen, England auf die antideutsche oder Deutschland auf die antienglische Seite zu bringen. Beides ist begreiflich, und beides ist wohl auch auf anderen als publizistischen Wegen versucht worden.

Zur Erklärung des letzten Satzes bemerke ich noch, daß ich in der Lage war, durch Augenschein authentisch zu konstatieren, daß der Anschluß Deutschlands an Rußland und Frankreich zunächst für alles, was Ostasien betrifft, schon seit Monaten in der Option Deutschlands steht. In Berlin hat man aber nicht das Gefühl, daß die Haltung Englands trotz aller Heftig-

keit eines Teiles der englischen Presse eine solche ist, daß Deutschland feindselige Akte zu befürchten brauchte. Ein direkter englischer Angriff, dem nichts weiter als Hetzartikel zum Teil russischer Journalisten in englischen Blättern (Ignotus-Wesselitzky, Calchas-Tattistscheff) zugrunde liegen würden, wird hier für undenkbar und diese Eventualität keiner Erwägung wert gehalten. Da andererseits Deutschland nicht die entfernteste Absicht hat, in China oder am Persischen Meerbusen oder sonst an kitzlichen Punkten Gebiet zu erwerben, so glaubt man hier an den maßgebenden Stellen an die Möglichkeit, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern in wenigen Jahren sich erheblich bessern werden. Man erwartet nun hier in der Wilhelmstraße, daß unter dem Regime Balfour das gelegentliche Einstreuen von Pfeffer in wunde Stellen aufhören wird. Dies würde genügen, um den allmählichen Heilungsprozeß zu sichern. Mr. Chamberlain ist bei den Alldeutschen verhaßt, keineswegs aber bei der deutschen Regierung. Man glaubt, daß er eher mit als gegen Deutschland Politik machen wird, soweit eine deutschfreundliche Politik mit den Interessen Englands in Einklang zu bringen ist. Am letzteren Gedanken, daß eine freundliche Politik den Interessen beider Länder am meisten entspricht, hält man hier fest und beweist es dadurch, daß man allen anderweitigen Lockungen zum Trotz ruhig in der bisherigen Haltung verharret.

Sie wollen aus den obigen Bemerkungen ersehen, daß meine Freunde mit einer gewissen Zuversicht den kommenden Ereignissen entgegensehen. Man weiß, daß das neue Kabinett nur eine Fortsetzung des alten ist, daß nicht die Grundrichtung der bisherigen englischen Politik verändert werden wird, daß es sich nur um Schattierungen handeln kann. Das letztere hält man aber hier für ausreichend — darin scheint mir der Schwerpunkt obiger Ausführungen zu liegen.

Ich empfehle mich Ihnen in bekannter Hochschätzung, sehr verehrter Herr Baron, als

Ihr ganz ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

## VIII.

Berlin, den 19. November 1901.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich empfehle den Inhalt der folgenden Zeilen auf das wärmste Ihrer gefälligen Aufmerksamkeit; denn die Wichtigkeit der Angelegenheit, mit welcher ich Sie befassen muß, kann nicht leicht überschätzt werden. Es handelt sich um die Edinburgher Rede des Ministers Mr. Chamberlain vom 25. Oktober, in welcher er die deutsche Kriegsführung der Jahre 1870/71 in die Debatte gezogen hat. Ich vermeide jede Kritik der ministeriellen Rede; aber es muß jedem unparteiischen Manne, auch einem Engländer, einleuchten, wie verletzend es für Deutsche sein muß, unsere damalige Kriegsführung (die humanste vielleicht, welche die Geschichte kennt,) beispielsweise mit der russischen im Jahre 1877 vergleichen zu sehen, insbesondere wenn diese Äußerungen von einem in seinem Heimatlande so einflußreichen Staatsmann ausgehen, wie es Mr. Chamberlain ist. Die Wirkung jener Rede ist jedenfalls eine tiefgreifende und höchst bedauerliche gewesen und, wenn auch die vernünftige Presse davor warnt, in der Äußerung des Unwillens zu weit zu gehen, so ist eben leider nicht zu leugnen, daß der Unwille in weiten Volkskreisen besteht. Es ist in Betracht zu ziehen, daß bei uns in Deutschland das Heer etwas anderes bedeutet, als in irgendeinem anderen Lande, daß das Heer wirklich nur das Volk in Waffen ist und daher jede Kränkung des Heeres um so empfindlicher wirkt. Hat Mr. Chamberlain eine Kränkung beabsichtigt? Ich weiß es nicht; aber hierzulande wird seine Rede so gedeutet und so empfunden. Demgegenüber ist die Lage unserer Regierung eine sehr schwierige. Sobald der Reichstag zusammentritt (die erste Sitzung findet am 26. November statt), wird Graf Bülow über die Edinburgher Rede interpelliert werden, und angesichts der Volksstimmung ist er in der Zwangslage, so zu antworten, daß er der nationalen Empfindlichkeit gerecht wird. Das kann ohne eine gewisse Schärfe nicht abgehen, und man ist sich hier darüber klar, daß derartige Erörterungen für die Beschaffenheit der deutsch-englischen Beziehungen nicht förderlich sein können. Diese Situation ist der deutschen Regierung durchaus unwillkommen; aber sie befindet sich — wie gesagt — in einer Zwangslage, in welche sie ohne ihre Schuld geraten ist. Es hat ihr Mr. Chamberlain die Straße auf den Hals gehetzt — so sagte mir ein hervorragendes Mitglied der Regierung. Ein Einziges könnte der ganzen Sachlage den peinlichen Charakter nehmen, nämlich eine unzweideutige Erklärung seitens der eng-



lischen Regierung oder des Mr. Chamberlain. Die Form solcher Erklärung zu finden, muß natürlich den Herren des britischen Kabinetts überlassen bleiben; nur müßte sie erfolgen, bevor Graf Bülow im Reichstag zu dieser Frage sprechen muß. Das Vorstehende wird in dieser oder ähnlicher Form auf amtlichem Wege Ihrer Regierung unterbreitet. Ich bitte Sie aber inständig, Ihren Einfluß dafür in die Wagschale zu werfen, daß die deutschen Anforderungen befriedigt werden. Die Folgen einer ernstlichen Verstimmung zwischen London und Berlin in diesem Augenblick wären nicht abzusehen. Dazu muß ich noch das Folgende bemerken. Als ich Ihnen vor einigen Tagen telegraphierte, daß Rußland und Frankreich sich bemühen, Amerika zu einem amtlichen Schritt in der Transvaalangelegenheit zu drängen, war ich richtig informiert. Inzwischen habe ich aus ganz sicherer Quelle erfahren, daß die russische Diplomatie an verschiedenen anderen Stellen fortgesetzt in gleichem Sinne arbeitet, und zwar schon seit geraumer Zeit. Auch in Berlin ist wiederholt angeklopft worden, jedoch stets ohne Erfolg, und unsere Regierung ist der Meinung, sich einiges Verdienst um England erworben zu haben, indem sie nicht nur selbst die peinlichste Neutralität bewahrt, sondern durch ihre Haltung sonstige antienglische Bestrebungen gehemmt hat. Sicherlich würde England Anerbietungen guter Dienste ebenso bestimmt ablehnen wie ein Schiedsgericht, und keine Macht wird daran denken, mit England sich in bewaffnete Streitigkeiten einzulassen; aber ebenso sicher ist es, daß ein gemeinsames diplomatisches Vorgehen mehrerer Großmächte ein bedeutsames, England unbequemes Ereignis wäre, schon wegen des moralischen Eindrucks in Transvaal und in der Kapkolonie. Deutschland hat allen Versuchen bisher widerstanden, Versuchen, die sich nicht auf die soeben behandelten Dinge beschränkt haben. Die Anstrengungen, Deutschland für das russisch-französische System zu gewinnen, sind vielmehr in letzter Zeit sehr intensiv.

Rebus sic stantibus werden Sie es mir nicht verargen, wenn ich Sie bitte, alles aufzubieten, damit durch eine sofortige Maßregel Ihrer Regierung verhindert werde, daß unsere beiden Länder voneinander abrücken.

Ich verbleibe mit bekannter Hochschätzung, verehrter Herr Baron,

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

## IX.

Berlin, den 25. November 1901.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich bin durch einen Trauerfall in meiner Familie in den letzten Tagen verhindert worden, Ihnen zu schreiben. Wie ich Ihnen telegraphierte, wissen meine Freunde Ihre guten Dienste zu schätzen und sind Ihnen dafür dankbar verbunden. Sie bedauern es lebhaft, daß Ihre Bemühungen nicht den Erfolg gehabt haben, der wünschenswert gewesen wäre. Eine Bewegung, die der Unmut über die Rede von Mr. Chamberlain in Deutschland hervorgerufen hat, läßt sich leider nicht hinwegdisputieren, selbst wenn sie unberechtigt wäre. Da aber der genannte Minister sich nicht entschließt, offiziell etwas Beschwichtigendes zu tun, so wird eben Graf Bülow im Reichstag nicht umhin können, der hiesigen Volksstimmung Rechnung zu tragen. Wie dies geschehen wird, steht noch nicht fest. Die Beschwichtigungsartikel der „Kölnischen Zeitung“, welche von der Regierung zum mindesten gutgeheißen waren, mögen Ihnen beweisen, daß die Regierung nichts mehr wünscht, als auf möglichst glimpfliche Weise aus der gegenwärtigen Lage herauszukommen. Ich schrieb Ihnen andeutungsweise, daß die Bestrebungen, Deutschland an das russisch-französische System anzuschließen, fortwährend im Gange seien. Das ist durchaus ernst gemeint. Ich habe selbst Schriftstücke darüber in Händen gehabt, aus denen zur Evidenz hervorgeht, daß verschiedene hochgestellte und einflußreiche Persönlichkeiten sich keine Mühe verdrießen lassen, die bei uns maßgebenden Kreise und Personen von der Nützlichkeit einer solchen Politik zu überzeugen. Alle diejenigen, welche eine Entente cordiale zwischen unseren beiden Ländern als für beide nützlich betrachten, müssen sehr auf der Hut sein.

Sonst kann ich Ihnen im Augenblick nichts melden, da meine ganze Zeit durch den erwähnten Trauerfall in Anspruch genommen ist. Ich empfehle mich Ihnen, verehrter Herr Baron, als

Ihr ganz ergebener

Paul Schwabach.

## X.

Berlin, den 30. November 1901.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich bestätige mein Telegramm vom 28. ds. Ich hatte meine Freunde den Abend vorher gesprochen und dort erfahren, daß am gleichen Nachmittag der englische Geschäftsträger über die Angelegenheit der Chamberlainschen Rede auf dem Auswärtigen Amt konferiert hatte. Das Ergebnis ist jedenfalls insofern unverkennbar, als unsere Regierung nach wie vor den besten Willen hat, die ganze Angelegenheit in möglichst freundschaftlichen Formen zu erledigen. Wie ich aus parlamentarischen Kreisen zuverlässig erfahre, finden unter der Hand durch Besprechungen mit den Führern der einzelnen Parteien Bemühungen statt, den Reichskanzler in diesem Sinne zu unterstützen. Eine Interpellation wird anscheinend nicht stattfinden; dagegen besteht große Wahrscheinlichkeit, daß bei der Etatsberatung zu dem Kapitel „Auswärtiges Amt“ Anfragen über die uns beschäftigende Angelegenheit erfolgen werden. Nun ist es natürlich für die Regierung ein sehr wesentlicher Unterschied, ob derartige Fragen durch hervorragende Parteiführer, vielleicht im Namen der Partei, gestellt werden, oder von untergeordneten, als Heißsporne bekannten Abgeordneten. Im letzteren Falle würde, wie gehofft wird, der Reichskanzler oder der Staatssekretär des Auswärtigen leichter über die Sache hinweggehen können. Wird aber die Regierung durch die Art der Fragestellung genötigt, eingehender zu antworten, so würden natürlich die Schwierigkeiten eintreten, die ich neulich schon zu schildern mir erlaubte, es sei denn, daß der englische Geschäftsträger vollkommen nach deutschen Begriffen ausreichende Erklärungen abgegeben hat, was ich indessen bezweifle.

Ich erhielt heute den Abzug eines neuen Artikels aus der „National Review“, der im Dezember erscheinen soll und die Folgen eines englisch-russischen Einverständnisses behandelt. Wenn ich auch gewiß nicht bestreite, daß in letzter Zeit mancher in deutschen Zeitungen erschienene Artikel England gegenüber einen Ton angeschlagen hat, der in jeder Weise ungerechtfertigt ist, so kann ich doch auch nicht umhin, diesen Artikel der „National Review“ sehr lebhaft zu bedauern. Daß ein englischer Staatsmann oder jemand, der sich dafür hält, eine Verständigung mit Rußland anstrebt, ist gewiß sein gutes Recht; dieser Artikel ist aber über jedes Maß hinaus giftig und enthält so zahlreiche Entstellungen der historischen Wahrheit, daß es schwer wird zu glauben, sie seien nicht gegen besseres Wissen vor-



genommen. Es würde mich sehr interessieren, wenn Sie die Güte hätten, mir zu sagen, wer Ihrer Ansicht nach die Verfasser sind, und ob die Herren ein Recht haben zu behaupten, daß sehr einflußreiche Engländer ihrer Ansicht seien.

Ich empfehle mich Ihnen, verehrter Herr Baron, in größter Hochschätzung als

Ihr ganz ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

XI.

Berlin, den 22. Januar 1902.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich hatte das Vergnügen, Ihren freundlichen Brief betr. die Mansfelder Kupfer-Minen zu erhalten, und antwortete Ihnen darauf telegraphisch, daß ich zwar die Herren der Verwaltung nicht persönlich kenne, daß aber die mit meiner Firma in Verbindung stehende Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig mit den Mansfeldern befreundet ist. Falls Ihnen also aus irgendeiner Veranlassung ein direkter Verkehr nicht oder noch nicht erwünscht ist, so würde es für mich nicht schwierig sein, eine Verbindung anzuknüpfen; ich brauche kaum hinzuzufügen, daß ich mit größtem Vergnügen dazu bereit sein würde. Ebenso stehe ich zur Verfügung, wenn Sie über die wohlbekannte Mansfelder Gesellschaft eine nähere Information wünschen.

Heute mittag um 1 Uhr ist die Zeichnung auf die deutsche und die preußische Anleihe geschlossen worden. Mir liegen die Ziffern bei den übrigen Zeichnungsstellen noch nicht vor; wenn ich jedoch nach dem urteile, was bei uns subskribiert worden ist, so kann man den Erfolg geradezu als einen verblüffenden bezeichnen. Es ist dies doch ein Zeichen, daß die industrielle Krisis, die unzweifelhaft bestanden hat, der Sparkraft und der Anlagefähigkeit des deutschen Publikums keinen Eintrag getan hat, und bedeutende Zeichnungen aus dem Ausland geben die Gewißheit, daß das Vertrauen in den deutschen Kredit nicht gelitten hat.

Das so häufig zwischen Ihnen und mir erörterte Thema der deutsch-englischen Beziehungen ist im gegenwärtigen Augenblicke leider kein erfreuliches. Die Schwierigkeit liegt nicht in den Absichten und vielleicht auch nicht in den Handlungen der Regierenden in beiden Ländern; aber die Volksstimmung ist hüben und drüben in einer bedenklichen Verfassung,



und zwar meiner Ansicht nach zum großen Teil durch das bedauerliche Verhalten beider Pressen. Man ist auf einem Punkt angelangt, wo jede Kleinigkeit, die in ruhigen Zeiten kaum beachtet wird, Aufregung und Unwillen hervorruft. Über die Rede, in welcher Mr. Chamberlain das Verhalten der deutschen Armee im Jahre 1870 besprach, haben wir ja schon Briefe ausgetauscht, und es ist so gekommen, wie ich seinerzeit schon voraussagen konnte, daß nämlich Graf Bülow gelegentlich der Etatsberatung durch hervorragende Parlamentarier zur Stellungnahme genötigt wurde. Ich begreife, daß man seine Worte in England nicht gern vernommen hat, aber er konnte schwerlich etwas anderes sagen, und ich glaube, daß er durch ein weicheres Auftreten, oder wenn er gar nicht auf die Sache eingegangen wäre, der Agitation nur neuen Stoff zugeführt hätte. Dann hat ein als nicht ganz zurechnungsfähig geltender Abgeordneter in geradezu brutaler Weise England und sein Heer beschimpft, worauf Graf Bülow eine energische Abwehrrede hielt. Nun lese ich, daß auch diese zweite Rede als ungenügend und nicht hinreichend freundlich in England kritisiert worden ist, und da muß ich sagen, daß die Engländer sich durch ihre Presse haben täuschen lassen. Der Inhalt und der Ton dieser Rede hätten durchaus allen gerechten Ansprüchen genügen sollen, und ich kann Ihnen mitteilen, daß Sir Frank Lascelles\* diese meine Ansicht unbedingt teilt. Ich bin sehr gespannt darauf, ob der Prinz von Wales nach Berlin kommen wird; denn trotzdem man sich offiziell und offiziös den Anschein gibt, als würde er auf alle Fälle erwartet, werden Sie ja auch wohl wissen, daß es in diesem Moment noch sehr zweifelhaft ist, ob der Prinz reist. Ich hoffe zuversichtlich, daß die gegenwärtige Spannung schließlich nachlassen und einer besseren Stimmung Platz machen wird.

Die Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika entbehrt natürlich nicht eines politischen Hintergrundes, nicht als ob irgendwelche diplomatischen Verhandlungen stattfinden sollten, sondern man glaubt, daß die Amerikaner eine besondere Freundlichkeit darin erblicken werden, da bisher meines Wissens noch kein derartiger Besuch bei einem Präsidenten der Vereinigten Staaten stattgefunden hat.

Ich empfehle mich Ihnen, verehrter Herr Baron, in größter Hochschätzung als

Ihr ganz ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

\* englischer Botschafter in Berlin.

XII. Berlin, den 14. Juni 1902.

Sehr verehrter Herr Baron!

. . . Ich danke Ihnen wiederholt für Ihr freundliches Telegramm, mit welchem Sie mir in der vergangenen Woche die zwischen S. M. dem König und Ihnen gepflogene Unterhaltung mitteilten. Ich habe die Mitteilung an meine hiesigen Freunde weitergegeben und die Auffassung vorgefunden, daß es wohl gelingen dürfte, die Differenzen, welche zwischen unseren Ländern leider bestanden haben, wieder auszugleichen. Daß inzwischen der Friede in Süd-Afrika zustandegekommen ist, kann von diesem Gesichtspunkt aus nur von Vorteil sein. Bei dieser Gelegenheit wurde auch von der Haltung der „Times“ gesprochen, welche man hier — ich weiß nicht, ob mit Recht — für das noch immer einflußreichste Blatt Englands hält. Es war nämlich gerade gelegentlich des Todes von Lord Pauncefote\* ein gegen unsere Regierung recht unfreundlicher Artikel erschienen, der auch die Drohung weiterer Enthüllungen über die seinerzeit bereits öffentlich behandelte Episode vor Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges enthielt. Meine Freunde würden es sehr ungern sehen, wenn wirklich diese Angelegenheit nochmals zur Erörterung käme, und zwar nur darum, weil sie eine abermalige Verstimmung unserer öffentlichen Meinung und auch zwischen den Regierungen selbst befürchten würden. Es wäre gewiß dankenswert, wenn Sie gelegentlich konstatierten, ob solche Absicht besteht, und Ihren Freunden eventuell von weiteren Veröffentlichungen abrieten, die natürlich deutsche Erwiderungen hervorrufen würden. Ich wurde nun gefragt, wer in der „Times“ die antideutsche Richtung in so schroffer Weise vertrete, aus welchen Motiven diese Haltung sich erkläre, und wo eventuell die politischen Hintermänner der Zeitung zu suchen seien. Ich mußte auf diese Fragen die Antwort schuldig bleiben. Sie würden mich jedoch sehr verbinden, wenn Sie mich über diese Punkte gelegentlich informierten, weil ich glaube, daß eine richtige Kenntnis dieser Dinge wesentlich zur Beruhigung beitragen könnte. Leider ist ja auch der hiesige Korrespondent der „Times“ antideutsch gesinnt und mag wohl sein Blatt in dieser Richtung dauernd beeinflussen. Die oben geschilderte Unterhaltung hat bei mir den deutlichen Eindruck hinterlassen, daß unsere Regierung ernstlich bemüht ist, mit England wieder in das Fahrwasser ruhiger Freundschaft zu gelangen.

Ich empfehle mich Ihnen mit größter Hochachtung als

Ihr sehr ergebener P a u l S c h w a b a c h.

---

\* englischer Botschafter in Washington.

## XIII.

Berlin, den 16. April 1903.

Sehr verehrter Herr Baron!

Wie Sie mir durch Ihre liebenswürdige Depesche ankündigten, hat Herr Karl Meyer\* mir Ihre Ansicht über die Balkanfrage mitgeteilt, und ich glaube, daraus ersehen zu haben, daß sich dieselbe mit der hiesigen Auffassung deckt. Unsere maßgebenden Herren hegen nur geringe Befürchtungen, daß es den unruhigen Elementen in Mazedonien gelingen wird, Verwicklungen internationaler Art herbeizuführen. Man ist davon überzeugt, daß es sowohl Rußland wie auch Österreich mit ihren Bestrebungen durchaus Ernst ist, und daß beide Mächte in loyalem Einvernehmen bemüht sein werden, die Ruhe zu erhalten. Das einzige wirksame Mittel dazu ist natürlich, daß der Sultan in energischer Weise militärische Vorkehrungen trifft, wozu ihn Österreich, Rußland und auch Deutschland zu bewegen suchen. Jedes Einschreiten einer nichttürkischen Macht, wie es ein Teil der französischen Presse predigt, könnte von den übelsten Folgen sein. Es war mir auch interessant zu sehen, wie die betreffenden französischen Blätter sich von der russischen Presse, die zweifellos inspiriert war, die Leviten mußten lesen lassen.

Daß Deutschland auf der Balkanhalbinsel ruhige Zustände wünscht, bedarf kaum einer besonderen Erwähnung. Es existieren so viele deutsche Interessen, die durch kriegerische Ereignisse nur leiden könnten, ohne daß irgendein Gewinn für uns dabei heraussehen würde.

Nicht zuletzt unter diesen Interessen steht die Bagdadbahn, in deren Durchführung die deutsche Politik und insbesondere S. M. der Kaiser eine bedeutende Aufgabe erblicken. Ich habe mit Befriedigung gesehen, daß die englische Regierung dem Projekte offenbar ihre Sympathie zuwendet, wenngleich sich Mr. Balfour aus begreiflichen Gründen vorsichtig ausdrückt. Die bezüglichen Artikel der „Times“ sind, wie man es nicht anders erwarten konnte, aus einer gegen Deutschland unfreundlichen Gesinnung entsprungen. Sie sind aber außerdem in ihrem Inhalt gänzlich irrig. Man hat von hier aus niemals amerikanisches Kapital für das Unternehmen gesucht, ebensowenig natürlich russisches, denn ich wüßte nicht, woher die Russen das Geld nehmen sollten. Auch das angeblich geplante Quotenverhältnis ist falsch. Es besteht vielmehr die Absicht, der englischen, französischen und deutschen Nation je 25 % zu reservieren, 10 % für die

---

\* Disponent des Bankhauses N. M. Rothschild & Sons, London.



Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft und 15 % für Österreich und die Schweiz. Es besteht ferner die Absicht, in dem Board gleichviel Engländer, Franzosen und Deutsche sitzen zu lassen. Mit anderen Worten: die Franzosen und Deutschen sind vollkommen bereit, den Engländern eine angemessene und gleichwertige Stellung anzuweisen. Wenn außerdem die „Times“ von Eisenbahnaktien sprechen, so sind sie auch hier im Irrtum. Solche shares auszugeben, wird nicht beabsichtigt, sondern das Geld für die Bahnen soll durch türkische Staatsanleihen aufgebracht werden, welche das Kapital für die von der türkischen Regierung durch die Konzession zugesagte kilometrische Garantie darstellen. Es ist Ihnen indessen wohl aufgefallen, daß bei der vor einigen Tagen veröffentlichten Konstituierung der Bagdadbahn-Gesellschaft nur Deutsche und Franzosen figurieren. Damit hat es, wie ich vertraulich mitteile, folgende Bewandtnis. Aus rein technischen Gründen konnte mit der Konstituierung nicht länger gezögert werden, und da die englischen Herren sich noch nicht endgültig entschlossen hatten, war von hier aus vorgeschlagen worden, daß der als reines Formale anzusehende Akt von der Anatolischen Gesellschaft allein vorgenommen werden sollte, und daß auch nur pro forma ein paar Direktoren ernannt werden möchten. Die Franzosen legten aber Wert darauf, von Anfang an dabei zu sein, und so konnten auch die Deutschen nicht gut zurückbleiben. Die englischen Herren aber erklärten auf Befragen, daß angesichts der in der Öffentlichkeit schwebenden Erörterungen sie sich noch zurückhalten mußten.

Ich darf hier einschieben, daß meine Firma mit der Deutschen Bank für die Geschäfte der Bagdadbahn sich zusammengetan hat, und daß ich auch dem Board der neu gegründeten Gesellschaft angehöre. Daß ich es lebhaft bedauern würde, wenn die Engländer diesem ganzen Unternehmen fernblieben, hat in allererster Reihe darin seinen Grund, daß das der allgemeinen Stimmung zwischen unseren Ländern nur schaden könnte. Ich habe den Eindruck, daß der Plan weniger aus rein finanziellen Erwägungen heraus bekämpft wird, sondern aus politischen Gründen, ohne daß ich die Motive auch vom englischen Standpunkt aus für zutreffend halten kann. Niemand wird im Ernst glauben, daß Deutschland mit der Absicht umgeht, im Persischen Golf eine Flottenstation zu erwerben. Aber selbst wenn eine solche Absicht je bestanden hätte, so würde sie doch nur einen Sinn haben, wenn die Bagdadbahn ein rein deutsches Unternehmen wäre, und müßte um so mehr in den Hintergrund treten, je mehr der internationale Charakter des Unternehmens hervortritt. Daran, daß die Bahn gebaut wird, ist nun kaum noch ein Zweifel. Die erste Strecke von etwa 200 Kilometer wird

umgehend in Angriff genommen, und ich hoffe, daß auch das englische Kapital sich am Ende nicht ausschließen wird.

Morgen findet die Zeichnung auf die neue Reichsanleihe statt. Die bis heute eingegangenen Voranmeldungen lassen erkennen, daß wir eine sehr starke Überzeichnung haben werden und auf eine gute Placierung hoffen dürfen. Aus naheliegenden Gründen sind englische Zeichnungen fast gar nicht eingegangen, dagegen beteiligt sich wiederum Frankreich recht beträchtlich, und zwar gerade aus den Kreisen mittlerer Kapitalisten, unter Zurücktreten der sogenannten spekulativen Zeichner.

In bekannter Hochschätzung empfehle ich mich Ihnen, verehrter Herr Baron, als

Ihr ganz ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

XIV.

Berlin, den 25. April 1903.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich empfang von Ihrer hochgeehrten Firma die lebenswürdige Meldung über die Mitteilungen Ihres Schatzministers, betreffend das englische Budget. Es ist hochehrfreulich und von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß die Abgaben wesentlich haben vermindert werden können, und ich hoffe, daß auf dem gesamten englischen Markte diese Besserung von wohltätigem Einfluß sein wird.

Sie werden aus den Zeitungen ersehen haben, daß die Deutsche Reichsanleihe der letzten Emission vielfach überzeichnet worden ist. Natürlich ist die Placierung damit nicht sofort vollendet. Wir können aber auch hiermit zufrieden sein und glauben, daß wir binnen kurzem diese Arbeit erledigt haben werden. Aus begreiflichen Gründen hat England sich diesmal bei der Zeichnung gar nicht beteiligt, dagegen sind die Subskriptionen aus Frankreich sehr umfangreich, wie denn auch dieses Land fortwährend in großen Posten unsere Anleihen aufnimmt. Der hiesige Markt hat in den letzten Wochen eine große Aufnahmefähigkeit gezeigt, insbesondere auch den guten Industripapieren gegenüber. Wenn die Steigerung der Kurse nicht gerade sehr große Dimensionen angenommen hat, so liegt das daran, daß die Banken die Kauflust des Publikums benutzten, um sich in ihrem Effektenbesitz zu erleichtern.

Eine Angelegenheit, die uns hier sehr lebhaft beschäftigt hat, ist die Frage der Bagdadbahn. In bezug auf die hiermit zusammenhängenden Geschäfte hat sich meine Firma mit der Deutschen Bank verbündet, wie ich



auch persönlich in den Aufsichtsrat der Bahngesellschaft eingetreten bin. Sie können sich denken, wie lebhaft ich bedauere, daß die Engländer sich von diesem Geschäft zurückgezogen haben, und zwar um so mehr, als die Gründe hierfür nicht in geschäftlichen, sondern in mancherlei anderen Motiven zu suchen sind. Daß wir die Bahn ohne englisches Kapital nicht bauen können, ist ein Irrtum. Wie Sie wissen, werden nicht Eisenbahnaktien oder Obligationen, sondern Türkische Staatsrente ausgegeben, und für diese, wenigstens für die kurz bevorstehende Emission, hatten wir nicht darauf gerechnet, daß der englische Markt viel absorbieren würde. Die Stimmung bei uns geht dahin, daß wir es für klug hielten, einem derartigen Unternehmen einen internationalen Stempel aufzudrücken, und da erschien es uns gerecht, daß die drei großen Nationen, die englische, französische und deutsche, vollkommen gleich behandelt würden in bezug auf die Beteiligungsquote sowohl als in bezug auf die Zahl der Stellen im Aufsichtsrat. Die Meldungen, die in englischen Blättern über die Bevorzugung des deutschen Elementes verbreitet wurden, waren falsch und rührten daher, daß die betreffenden Herren von der Presse sich nicht darum bemüht hatten, die richtige Information zu erlangen. Es ist ferner mit vollkommen aus der Luft gegriffenen Dingen operiert worden. Beispielsweise wurde in den „Times“ auseinandergesetzt, daß in Haidar Pascha die deutschen und englischen Waren ganz verschieden behandelt würden, — bulk goods würden billiger verzollt als parcel goods —, da die deutschen Waren zu Lande nach Konstantinopel kämen und von dort in einer Fähre nach der asiatischen Küste übergesetzt würden, während die englischen Waren den Seeweg zu machen hätten. Wie es mit diesem Argument beschaffen ist, wollen Sie daraus ersehen, daß es erstens von Konstantinopel nach Asien überhaupt keine Fähre gibt, daß zweitens der weitaus größte Teil der deutschen Güter selbstverständlich gleichfalls den Seeweg wählt, da die Frachten über die lange Bahnstrecke viel zu hoch sind und der Transitverkehr über soviel Zollgrenzen die größten Schwierigkeiten hätte. Um es kurz zu sagen: die aus parti pris deutschfeindlichen Blätter, wie „National Review“ und „Times“ haben die öffentliche Meinung in England so beeinflußt, daß die Regierung es vorzog, dem Projekt ihren Beifall zu versagen. Die Situation, die dadurch geschaffen ist, ist die, daß all das, was die Engländer fürchteten und in Wirklichkeit nicht zu befürchten war, nunmehr zur Tatsache geworden ist. Die Deutschen werden jetzt den überwiegenden Einfluß in dem Unternehmen haben, der größte Teil der Bestellungen für Eisenbahnmateriale usw. wird nach Deutschland gehen. Ob wir die Endstation nach

Koweit oder nach einem anderen Punkte legen, ist nicht von ausschlaggebender Bedeutung, und daß wir irgendwo eine Endstation machen, kann England nicht verhindern wollen; denn davon kann selbstverständlich nicht die Rede sein, und daran hat auch nie jemand gedacht, daß diese Endstation in irgendeiner Form einen für die maritime Stellung Englands im Persischen Meerbusen unbequemen Charakter an sich trüge. Ich fürchte, daß England denselben Fehler gemacht hat wie seinerzeit bei Erbauung des Suezkanals, daß es diesmal aber noch schwerer sein wird als damals, den Fehler wieder gutzumachen, wie es seinerzeit Lord Beaconsfield gelang. Der Rückzug Ihrer Landsleute hat uns überrascht; denn nicht nur waren die Finanziere durchaus gewillt, sich anzuschließen, und hatten das Schema für ihre Beteiligung akzeptiert, sondern es hatte auch Lord Lansdowne\* eine durchaus wohlwollende Haltung eingenommen. Ich habe hier die Ansicht laut werden hören, daß das Kabinett dem Projekte keineswegs feindlich gegenübersteht, sondern sich der öffentlichen Meinung gefügt hat, und zwar darum, weil es sich in seiner Stellung dem Lande gegenüber nicht mehr sicher fühlt und fürchtet, in absehbarer Zeit den Platz räumen zu müssen. Leider sind die Akten über die englische Beteiligung bei dem Bagdadunternehmen nunmehr geschlossen.

Falls es Ihre Zeit erlaubt, würden Sie mir einen sehr großen Gefallen tun, wenn Sie mir freundlichst Ihre Ansicht über die Stellung des Kabinetts Balfour mitteilen wollten. Zugleich hätten Sie vielleicht die Güte, mir zu sagen, wie Sie die Entwicklung der Verhältnisse auf Ihrem Geldmarkte ansehen.

Ich empfehle mich Ihnen in vorzüglichster Hochachtung als

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

XV.

1. August 1903.

Sehr verehrter Herr Baron!

Bei dem Interesse, das Sie, wie ich weiß, dem Metallmarkt entgegenbringen, erlaube ich mir, mit ein paar Worten über die hiesige Tätigkeit der amerikanisch-mexikanischen Währungskommission zu berichten.

Das Ziel, das der mexikanische Finanzminister, dem es nicht sowohl auf die Hebung des Silberpreises als auf die Stabilisierung desselben ankommt,

---

\* Staatssekretär des Äußern.

insbesondere anstrebt, ist, in seinem Lande und in China eine feste Relation zwischen Silber und Gold herzustellen. Er will in Mexiko nach dem Vorbilde der Philippinen den alten Silberdollar demonetisieren, einen neuen Dollar ausgeben und durch eine im Auslande deponierte Goldreserve die Relation halten.

Um Schwankungen des Silberpreises nach Möglichkeit vorzubeugen, wünschte die Kommission von der deutschen sowie von den anderen interessierten Regierungen eine Zusage, daß sie, ohne sich vertraglich zu binden, für ihre Silberkäufe und -verkäufe ein regelmäßiges Schema adoptierten.

Ferner wollte die Kommission die Frage erörtern, ob es möglich wäre, in China eine feste Währung einzuführen. Um das zu erleichtern, und einem Herabgehen des Silberpreises entgegenzuarbeiten, empfahlen die Herren, daß man China gestatte, eine Reihe von Jahren hindurch die Kriegsschädigung an die europäischen Mächte in Silber zu bezahlen.

Die deutsche Regierung hielt es nicht für angemessen, diese Frage überhaupt diskutieren zu lassen, da sie der Meinung ist, dieselbe könnte nur auf diplomatischem Wege erörtert und ausgetragen werden.

Im übrigen wurde die Kommission in durchaus liebenswürdiger Weise empfangen, und es fand ein interessanter und lebhafter Gedankenaustausch statt.

Auf die Wünsche betreffs der Silberkäufe und -verkäufe konnte man hier keine Zusicherung geben; denn Verkäufe finden überhaupt nur in dem kleinsten Umfange statt, und Käufe werden in den nächsten Jahren nicht vorgenommen werden, da nach dem Gesetz von 1900 die alten Taler, die heute bekanntlich noch ein gesetzliches Zahlungsmittel sind, allmählich dem Verkehr entzogen und zu Umprägungen in Reichsscheidemünze verwendet werden sollen.

Eine Frage, die begreiflicherweise hier stark erörtert wird, ist die Zukunft der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland einerseits und England mit seinen Kolonien andererseits. Die gegenseitigen Standpunkte, speziell über die Stellung von Kanada, sind in den kürzlich veröffentlichten Schriftstücken deutlich zum Ausdruck gekommen. Die Deutschen sagen: „Ihr habt uns früher immer gesagt, daß zollpolitisch die Kolonien mit dem Mutterlande nichts zu schaffen haben, und wir uns direkt mit ihnen einigen müßten, und wir sehen keinen Grund, plötzlich die bisher eingehaltene Linie womöglich zu unserem Schaden zu verlassen.“ Die Engländer dagegen erklären: „Das mag wohl früher so gewesen sein; wenn wir aber Lust haben, zwischen uns und unseren Kolonien ein innigeres Band zu knüpfen, so



können wir uns daran vom Ausland nicht hindern lassen.“ Bei diesem Streit liegt die Schwierigkeit darin, daß beide Teile recht haben. Ich halte eine Einigung auf dem Boden theoretischer Auseinandersetzungen für völlig aussichtslos und sollte daher meinen, daß man lieber dazu übergehen sollte, praktische Vorschläge über die Gestaltung des Tarifs zu erörtern. Das ist nun leider nicht möglich, before England knows her own mind, und es ist von hier aus sehr schwer zu beurteilen, wie die englische Nation sich schließlich zu den Plänen des Kolonialministers stellen wird. Es wäre mir sehr wertvoll, gelegentlich Ihre Ansicht darüber zu hören. Wenn unsere Regierung wiederholt erklärt hat, daß sie eine Verständigung freudig begrüßen würde, so ist das offenbar durchaus ehrlich gemeint; denn ein Zollkrieg zwischen unseren beiden Ländern wäre für alle Teile im höchsten Maße bedauerlich, wenn man nicht den Standpunkt einnehmen will, daß er bald so verheerende Wirkungen zeitigen würde, daß die Notwendigkeit einer Verständigung sich sofort allen Parteien aufdrängen müßte.

Was den nun neugewählten Reichstag betrifft, so läßt sich über eine mutmaßliche Stellung zu handelspolitischen Fragen nichts Bestimmtes sagen; nur soviel steht fest, daß er keinesfalls weniger handelsvertragsfreundlich sein wird als der vorige Reichstag. Eher könnte man das Gegenteil hoffen; speziell sind einige der lautesten agrarischen Wortführer nicht wieder ins Parlament gewählt worden. Die starke Zunahme der sozialdemokratischen Sitze im Reichstag ist natürlich zunächst politisch unerfreulich, wenn ich auch glaube, daß durch ihre verhältnismäßig große Zahl die Sozialdemokraten genötigt sein werden, in präziserer Weise zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen, und man annehmen darf, daß sie auf diese Weise ihre ultraradikale Haltung werden modifizieren müssen. In handelspolitischer Beziehung werden sie natürlich mit den liberalen Elementen des Reichstages stimmen.

Geschäftlich ist nicht viel Neues zu berichten. Die Industrie arbeitet im großen ganzen in stetiger Weise fort, ohne daß ein sichtbarer Aufschwung zu verzeichnen wäre. Auch auf dem Geldmarkt vollzieht sich alles ruhig und normal; die Lage der Reichsbank ist kräftig, die Goldbewegung, die einige Wochen hindurch zu Deutschlands Ungunsten sich vollzog, ist seit einiger Zeit wieder durch beträchtliche Goldeinfuhren in günstigere Bahnen gelenkt. Natürlich sieht alles gespannt auf Amerika, wo die Verhältnisse noch immer nichts weniger als geklärt sind.

Ich verbleibe, sehr verehrter Herr Baron, mit bekannter Hochschätzung

Ihr ganz ergebener P a u l S c h w a b a c h.



### Aufzeichnung über die Lage in England.

Berlin, den 24. November 1903.

Die allgemeine geschäftliche Lage in der City ist immer noch unbefriedigend. Die besten Anlagepapiere finden nur schwer beim Publikum ein Unterkommen, und die Kurse der Industripapiere, einschließlich der Goldminen-Aktien, stehen nach wie vor auf einem niedrigen Niveau. Die außerordentlich umfangreichen Emissionen von Konsols, Schatzscheinen und ähnlichen Werten während der letzten Jahre, insbesondere während des südafrikanischen Krieges, stellen eine Überproduktion an Anlagewerten dar. Es hatte seinerzeit Sir Michael Hicks-Beach im Parlamente erklärt, der Krieg gegen die Buren würde mit 20 Millionen Pfund zu führen sein, und er hatte bei Schluß des Krieges behauptet, kein Land außer England würde imstande gewesen sein, so ganz aus eigenen Mitteln ein so kostspieliges Unternehmen durchzuführen. Beide Behauptungen haben sich als vollkommen irrtümlich erwiesen: nicht nur hat der Krieg statt 20 mindestens 200 Millionen gekostet, sondern England, das früher Geldgeber auf der ganzen Welt war, ist seither im Auslande stark verschuldet. Die deutschen Guthaben sind heute wohl nicht mehr sehr bedeutend, wohl aber die französischen. Außerdem hat die russische Regierung sehr beträchtliche Summen in London stehen; es sollen im Frühjahr etwa 6 bis 7 Millionen Pfund gewesen sein, wozu seither noch mindestens weitere 5 Millionen gekommen sind.

Es ist ferner in Betracht zu ziehen, daß diejenigen Kapitalisten, welche in südafrikanischen Werten Anlagen gemacht haben, nicht nur einen erheblichen Kursverlust zu verzeichnen haben, sondern auch jahrelang keine Dividende beziehen konnten, mit anderen Worten, daß ansehnliche Summen Jahre hindurch totes Kapital dargestellt haben, und gewissermaßen noch darstellen. Gerade in den letzten Tagen scheint die Frage der Beschaffung chinesischer Arbeiter für Südafrika einen Schritt vorwärts gerückt zu sein, und ich nehme an, daß mit der Einfuhr von Kulis binnen wenigen Monaten begonnen werden wird. Welche praktischen Erfolge diese Einfuhr haben wird, steht dahin.

Des weiteren ist nicht nur in bezug auf die Börse, sondern auch in bezug auf die Industrie die Sorge vor der Unsicherheit der amerikanischen Verhältnisse von Einfluß auf den englischen Markt. Im großen ganzen

zeigt sich aber die Stimmung innerhalb der letzten vierzehn Tage zuversichtlicher, so daß ich den Eindruck aus London mitgenommen habe, daß der Tiefstand überwunden sei.

Im Mittelpunkt des Interesses und aller Gespräche, geschäftlicher und privater Natur, steht die fiscal policy. Es ist, glaube ich, unverkennbar, daß Mr. Chamberlain durch die außerordentlich geschickte Art seiner Agitation täglich an Boden gewinnt. Wenn man vor zwei Monaten noch meinen konnte, daß das Auftauchen der Schutzzollpläne einen engeren Zusammenschluß und ein Erstarken der liberalen Partei und ein Auseinanderfallen der konservativ-unionistischen Masse herbeiführen müsse, so scheint sich diese Ansicht nicht zu bewahrheiten. Die sogenannten unionistischen free traders haben keinen rechten Anhang, auch keinen rechten Mittelpunkt, so daß ihr Abschwenken der Gruppe Chamberlain-Balfour wenig Abbruch tut. Dagegen soll Sir William Harcourt\* die Sache des unbedingten free trade aufgeben, wodurch die ohnehin vorhandene Verwirrung in den Reihen der Liberalen noch größer werden würde. Andererseits besteht kein Gegensatz zwischen Chamberlain und Mr. Balfour. Mr. Chamberlain entwickelt ein möglichst vollständiges Programm, wogegen sich Mr. Balfour nur auf das festlegen lassen will, was er schon jetzt für ausführbar hält.

Mir erscheint das Charakteristikum der Sachlage darin zu liegen, daß, so unzählige Reden auch gehalten, Briefe, Broschüren, Bücher geschrieben werden, doch keine Partei den Mut hat, die eigentliche Wahrheit zu sagen. Mr. Chamberlain und seine Freunde schieben den Rückgang oder Stillstand der englischen Industrie auf das System des Freihandels; die Liberalen dagegen behaupten, die Industrie sei in so guter Verfassung, daß jede Änderung des gegenwärtigen Systems ein Frevel wäre. Tatsächlich kämpfen Handel und Gewerbe in England mit großen Schwierigkeiten, deren hauptsächlich Gründe die folgenden sein dürften:

Erstens: Mangelhafte technische Ausbildung der Betriebsleiter, verbunden mit der Tatsache, daß dieselben in ihren Dispositionen stark durch die machtvolle Organisation der Trades Unions gehemmt sind.

Zweitens: Die Tatsache, daß die Leitung von industriellen Etablissements mehr in den Händen von Vorarbeitern als von Direktoren im deutschen Sinne liegt.

Drittens: Schwierigkeit der Kreditbeschaffung; diese hat ihren Grund nicht nur in der zeitweiligen Geldknappheit, sondern darin, daß die

---

\* liberales Mitglied des Unterhauses.

Depositenbanken sich grundsätzlich nicht mit Industriekrediten befassen dürfen, und daß die meisten Privatfirmen sich ebenfalls gewohnheitsmäßig von derartigen Transaktionen fernhalten.

Viertens: Hierzulande unbekannte Schwierigkeiten, welche sowohl die Eisenbahnen, als auch die Schifffahrtsgesellschaften in ihren Frachtsätzen machen.

Wenn nun Mr. Chamberlain zu seinen Bestrebungen nicht aus zollpolitischen, sondern aus kolonialpolitischen Erwägungen gekommen ist, so liegt es nahe, daß er die chauvinistische und fremdenfeindliche Stimmung des Volkes für sich ausnützt: die City scheint mir fast durchgehend in seiner Gefolgschaft zu sein, und offenbar trägt nicht wenig die außerordentlich scharfe Konkurrenz der in London etablierten fremden Banken dazu bei, welche den heimischen Bankiers durch ihre niedrigen Provisionssätze das Geschäft verderben. Es bietet hiergegen nur einen geringen Schutz, daß die Bank of England grundsätzlich Akzepte von Filialen ausländischer Banken nicht diskontiert. Unter diesen fremden Banken ist außer den deutschen auch der Schweizerische Bankverein, das Comptoir National d'Escompte und vor allem der Crédit Lyonnais zu verstehen.

Es gibt auch eine Anzahl von Leuten, die von dem Gelingen der Pläne Chamberlains Vorteile für die englische Landwirtschaft erwarten, und andere, die den rein fiskalischen Standpunkt vertreten, daß durch höhere Zolleinnahmen England erst in den Stand gesetzt werden könne, die notwendigen staatlichen Aufwendungen zu bestreiten.

Die heftigsten Gegner Chamberlains, die allerdings in der Öffentlichkeit nicht zu Worte kommen können, sind die hohen Beamten der Treasury und des Board of Trade; der sehr verdiente Sir Francis Mowatt\* ist nicht, wie seinerzeit verlautete, aus dem Amt geschieden, weil er die Altersgrenze erreicht hatte; denn es war ihm eine Verlängerung seiner Dienstzeit bewilligt worden. Vielmehr hat sein Gegensatz zu den ministeriellen Plänen dazu geführt, daß er beseitigt wurde. Sein Nachfolger soll den gleichen Standpunkt einnehmen, denselben aber in vorsichtiger Weise vertreten.

Nebenher sei erwähnt, daß Sir Ernest Cassel, der bekanntlich speziell in wirtschaftlichen Fragen das Ohr des Königs hat, ein strammer Protektionist ist, wodurch vielleicht ein Gegengewicht gegen die im übrigen bestehende persönliche Antipathie des Königs gegen Mr. Chamberlain hergestellt ist.

Die Stimmung gegen Deutschland hat sich nicht verbessert, wenn die

---

\* Permanent Secretary to the Treasury, 1894—1903.



Presse auch allmählich einen ruhigeren Ton anschlägt; das tritt in allen Unterhaltungen ganz offenkundig hervor. Ein hoher Beamter des Auswärtigen Amtes sagte mir wörtlich: we don't go so far as to wish you any harm, but I am afraid there is very little to call for our sympathy. Finanziers, die gern bereit gewesen wären, an dem Bagdadbahn-Unternehmen sich zu beteiligen, gestehen zu, daß die ablehnende Haltung der Regierung nichts weiter gewesen sei, als eine Nachgiebigkeit gegen die öffentliche Meinung, die an dem Projekt in erster Reihe das auszusetzen fand, daß es ein Zusammengehen mit Deutschland in sich geschlossen hätte. Ich hörte die Ansicht äußern, daß die Regierung im Parlament hätte zu Falle kommen können, wenn sie eine andere Haltung eingenommen hätte.

Bezüglich der russisch-japanischen Streitfragen wurde mir gesagt, daß die Lage in den letzten Wochen viel weniger beunruhigend geworden wäre; Japan habe überdies erklärt, daß es nicht etwa den Casus foederis suche, sondern ängstlich bestrebt sei, England nicht in den Streit hineinzuziehen. Ein Inhaber des größten, in London vertretenen amerikanischen Hauses, der übrigens bis vor wenigen Jahren hoher englischer Staatsbeamter war, meinte, die Amerikaner würden wegen der Mandschurei oder wegen Koreas schwerlich einen Krieg anfangen, es sei denn, daß die Machtverhältnisse im fernen Osten sich durch eine Niederwerfung Japans erheblich verschieben würden. Rußland würde aber auf alle Fälle in Erwägung zu ziehen haben, daß die Amerikaner ihm ein gewalttätiges Vorgehen nachtragen würden.

Als interessantes und vielleicht bedeutungsvolles Faktum sei erwähnt, daß die „Times“, wie mir von glaubwürdiger Seite versichert wurde, sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet. Die Ausgaben sind ungeheuer, das Blatt kann seinen Umfang nicht verkleinern, ohne auf die Stellung als allgemeiner Sprechsaal zu verzichten: Abonnenten- und Inserenzahl gehen zurück bei dem großen Wettbewerb der zahlreichen neu erstandenen Blätter, und der Preis von 3 d ist ein hoher im Vergleich zu dem von den übrigen Zeitungen geforderten von 1 d. Innerhalb der Verwaltung sind Erwägungen im Gange, ob der Preis herabgesetzt werden solle, und bereits hat man für Aufbesserung der Finanzen sich in mancherlei buchhändlerische Unternehmungen eingelassen.

---



### Aufzeichnung über die politische Lage auf dem Balkan.\*

Berlin, den 23. Dezember 1903.

Ich bin nach Konstantinopel gefahren, um der konstituierenden Aufsichtsratssitzung der Bagdadbahn-Gesellschaft beizuwohnen.

Die französische Gruppe ist ohne Zweifel froh, daß sie Mittel und Wege gefunden hat, sich an dem Unternehmen zu beteiligen, wenn auch die französische Regierung sich ablehnend verhält. Innerhalb der Banque Ottomane machen sich zwar einige Gegenströmungen bemerkbar, aber im großen und ganzen muß man sie doch als ein französisches Institut ansprechen und für ihr und ihrer Freunde Prestige im türkischen Reiche wäre es ein starker Schlag gewesen, wenn sie auf eine Mitwirkung bei diesem Unternehmen hätte verzichten müssen. Der Commandant Berger, mit dem ich die Reise von Wien aus gemeinschaftlich zurücklegte — der Präsident der Dette Publique —, hat mir das offen zugegeben und mir erzählt, daß er in Paris den Minister Delcassé direkt gefragt habe, ob er denn der russischen Regierung gegenüber Verpflichtungen eingegangen sei. M. Delcassé habe dann im Laufe des Gespräches so häufig wiederholt, „wir besitzen über die Bagdadbahn keinerlei feste Abmachungen mit Rußland“, daß er, Berger, die Überzeugung gewonnen habe, es läge vielleicht nichts Schriftliches vor, wohl aber habe M. Delcassé in mündlicher Form die Zusicherung gegeben, daß er dem Bagdadbahn-Unternehmen keinen Vorschub leisten würde.

Bei dieser Gelegenheit äußerte M. Berger, daß viele Franzosen der Meinung seien, die russische Allianz und die Art, wie dieselbe von den Pariser Machthabern aufgefaßt würde, sei der Ausbreitung des französischen Einflusses im Orient hinderlich, oder vielmehr, dieser Einfluß ginge zurück. Das sei speziell in Syrien, der alten französischen Interessensphäre, der Fall, wo die Russen eine eifrige Propaganda entwickelten.

Die verschiedenen Personen, Türken und Fremde, mit denen ich in Konstantinopel in Berührung kam, sind durchweg der Meinung, daß die Bagdadbahn, gleichviel ob sie als werbendes Unternehmen in absehbarer Zeit eine Rente abwirft oder nicht, für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei von großer Bedeutung sein wird. Die anatolischen Bahnen haben erwiesen, in wie überraschender Weise die Produktion in solchen Landstrichen zunimmt, welche durch eine Eisenbahn mit den westlichen Märkten in Verbindung gebracht werden, und wie der Fleiß und der Erwerbssinn der

\* Vgl. Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914, Bd. 17, S. 459.

Bewohner dieser Landesteile zunimmt. In diesem wirtschaftlichen Sinne wird man also das Kapital, welches die türkische Regierung in jährlich zu zahlenden oder kapitalisierten Beträgen als kilometrische Garantie aufwendet, als ein gut verwendetes bezeichnen können.

Wenn man in Betracht zieht, daß die der Dette Publique unterstellten Einkünfte in den letzten Verwaltungsjahren ganz regelmäßig eingegangen, daß auch die Einnahmen der Tabakregie trotz des blühenden, von der Regierung halb geduldeten Schmuggels im Wachsen begriffen sind, so sollte man zu dem Schluß kommen, daß in der Türkei der Volkswohlstand sich gehoben habe. Bis zu einem gewissen Grade scheint es auch der Fall zu sein. Die Kehrseite der Münze bildet der Umstand, daß in den letzten Jahren der Steuerdruck erheblich zugenommen hat, nicht allein durch Steigerung der zu erhebenden Gefälle, sondern auch durch die rigorosere Art der Eintreibung. Es bestehen zwei große Kategorien von Steuern, einmal der sogenannte Getreidezehnte, welcher offiziell 12 %, in Wirklichkeit aber bis zu 20 % beträgt; dieser Zehnte wird jährlich für Pauschalsummen an Generalpächter verpachtet. Die zweite Klasse bilden die sonstigen direkten Steuern, welche von der Regierung und deren Organen unmittelbar eingezogen werden.

Der Regierung sind aus den arabischen, dann aus den mazedonischen Unruhen, aus der Kriegsbereitschaft gegenüber den bulgarischen Drohungen sehr beträchtliche Kosten erwachsen, ohne daß man daran gedacht hätte, durch weise Sparsamkeit weniger dringende oder überflüssige Ausgaben zurückzustellen.

Es kommt hinzu, daß die Beamten sehr unregelmäßig und schlecht bezahlt werden, so daß sie darauf angewiesen sind, auf anderen Wegen die ihnen erforderlich scheinenden Einnahmen zu beschaffen. Dabei versichern landeskundige Leute, daß, wie die Türken überhaupt das achtungswürdigste Bevölkerungselement im Orient darstellen, aus ihnen auch eine tüchtige Beamtenklasse erzogen werden könnte; wo zeitweise ein Vali auf ordentliche und pünktliche Bezahlung seiner Untergebenen drängte, zeigten sich auch sofort die guten Folgen.

Es ist indessen schwer daran zu glauben, daß in absehbarer Zukunft im türkischen Reiche geordnete finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse Platz greifen werden. Denn es fehlt die Vorbedingung einer nach europäischen Begriffen geordneten Zentralleitung, insbesondere eines regelmäßig aufgestellten Ausgabebudgets. Es ist keine Hoffnung vorhanden, daß der Sultan zu derartigen Einrichtungen seine Zustimmung geben würde.

Für den Fall einer militärischen Verwicklung hat die Regierung seit vielen Jahren einen Schatz aufgehäuft, der 1 bis 1½ Millionen türkische Pfunde betragen soll, und der es auch beim Ausbruch des griechischen Krieges ermöglichte, die Mobilmachung ohne Inanspruchnahme sonstigen Kredites in die Wege zu leiten. Inzwischen ist der Schatz wieder aufgefüllt worden und liegt in der Form von Goldstücken in den Gewölben des Kriegsministeriums. Im Ernstfalle würde das nur ein Tropfen auf einen heißen Stein sein, aber selbst wenn keine außerordentlichen militärischen Ausgaben entstehen, ist es nicht zweifelhaft, daß in nicht allzuferner Zukunft sich ein größeres Geldbedürfnis der Regierung herausstellen wird. Und da ist nicht abzusehen, von welcher Seite die Hilfe kommen soll. Die Konversion der Fischerei-Anleihe, der Zoll-Anleihe, die Unifizierung der Serien ist durchgeführt und die aus diesen Transaktionen der Regierung zugefallenen Gewinne sind aufgezehrt. Die finanzielle Sicherstellung kann also nur erfolgen durch Friede nach außen, Sparsamkeit im Innern, möglichste Förderung der natürlichen Hilfsmittel des Reiches. Ein weiteres wäre die Erhöhung der außerordentlich mäßigen Eingangszölle, welche aber bei der verwickelten Rechtslage wohl nur unter Zustimmung aller beteiligten Mächte sich durchführen lassen würde.

Nun scheint die Ansicht verbreitet, daß Deutschland die Zollerhöhung aus keinem anderen Grunde betreibt, als um weitere Bürgschaften für die Finanzierung des Bagdadbahnunternehmens zu gewinnen. In dieser Hinsicht sagte mir der englische Botschafter ganz unverblümt, seine Regierung hätte keinen Anlaß, Maßnahmen gutzuheißen, die einem Unternehmen zugute kämen, an welchem sie nicht beteiligt sei, und es würde nur eines Wortes bedürfen, so würde England in dieser Frage die russische Regierung neben sich sehen. Dieser Standpunkt ist darum nicht ganz logisch, weil Sir Nicholas O'Connor\* eifrig dafür gearbeitet hat, daß England sich bei der Bagdadbahn beteilige und auch für die Zukunft eine Mitwirkung seiner Landsleute nicht für ausgeschlossen hält. Er meinte, ein vielleicht noch gut zu machender Fehler sei es gewesen, daß man den Engländern nicht angeboten habe, selbständig vom Persischen Golf ein beliebiges Stück aufwärts zu bauen, als ein Ausgleich dafür, daß die entgegengesetzte Endstrecke, d. h. die anatolische Bahn, ausschließlich deutsch sei. Dadurch hätte man der Irritation in Presse und Publikum wirksam begegnen und im übrigen für gemeinsame Behandlung aller Einzelfragen eine Verständigung leicht herbeiführen können.

---

\* englischer Botschafter in Konstantinopel.



Der Großvezier Ferid Pascha hatte die Güte, mir eine längere Unterredung zu gewähren. Er wird als geborener Albanese von den Türken mit einigem Mißtrauen betrachtet, genießt aber speziell als Verwaltungsbeamter einen vortrefflichen Ruf, den er sich in mehrjähriger Tätigkeit als Vali von Konia erworben hat. Er stellte über deutsche wirtschaftliche Verhältnisse eine Reihe von Fragen, die ein lebhaftes Interesse und bei einem Ausländer ungewöhnliches Verständnis bekundeten. Er stellte fest, daß die deutsche Ausfuhr in das türkische Reich seit einigen Jahren stark im Wachsen begriffen sei und äußerte lebhaftes Befriedigung darüber, daß der Bau der Bagdadbahn nun endlich in Angriff genommen sei. Sobald das Gespräch auf auswärtige Politik überging, erfolgte eine wahre Zornesexplosion gegen England, dem er die Hauptschuld an dem verworrenen Zustande in Mazedonien beimaß. Die englische Presse leiste Unerhörtes durch erfundene oder übertriebene Meldungen über die Verwüstungen in Mazedonien; kürzlich habe er den englischen Konsul in Monastir zu einer Informationsreise veranlaßt und dieser Herr habe die Irrtümlichkeit der englischen Meldungen zugestehen müssen, ohne daß jedoch eine veränderte Haltung sich bemerkbar gemacht hätte. Es seien auch die Engländer, welche die Bulgaren fortgesetzt aufhetzten; dabei drängten sie die türkische Regierung in weit heftigerer Weise als Österreich und Rußland. Ein gleiches Quantum von Zorn hatte Ferid Pascha auch für den Fürsten von Bulgarien zur Verfügung, den er für wankelmütig, charakterlos und unwahrhaftig erklärte: „Il fait des bassesses un jour et lance des coups de pied le lendemain.“ Es wäre töricht, zu glauben, daß der Fürst von einer Aktionspartei gegen seinen Willen fortgerissen würde, er wäre sehr wohl Herr im eigenen Lande. Er, der Großvezier, wie auch sein Souverän hätten das Bestreben, den Wünschen der europäischen Mächte nachzukommen, es gäbe aber auch andere, welche die Frage aufwürfen: Wozu das alles, da wir uns schließlich doch werden schlagen müssen? Was Ferid Paschas Auffassung über die Stellung des Fürsten von Bulgarien in seinem eigenen Lande angeht, so erhielt ich von anderer Seite insofern eine Bestätigung dafür, als mir gesagt wurde, die Wahlen fänden jetzt ganz nach Stambulowschen Grundsätzen statt, d. h. es würden gleichsam nur anstandshalber einige Mitglieder der Opposition in die Sobranje zugelassen.

Auf der Rückreise hielt ich mich einen Tag in Bukarest auf. Der Ministerpräsident, Herr Sturdza, ist in bezug auf die mazedonischen Zustände optimistisch gesinnt. Er glaubt, wie der türkische Großvezier, daß der Fürst von Bulgarien wirklich das Heft in Händen hält, und daß er nicht



wagen würde, dem einmütigen Willen Europas gegenüber zu kriegerischen Verwicklungen zu drängen. Als der König von Rumänien in Herrn Sturdzas Begleitung vor etwa einem Jahre in Bulgarien gewesen wäre, habe man bereits den Fürsten sehr eindringlich gewarnt, und der Wille Rußlands, es nicht zum Schlagen kommen zu lassen, müßte sicherlich einen starken und wirksamen Druck ausüben. Es handle sich übrigens nicht nur um lokale Interessen, sondern alle europäischen, insbesondere monarchischen Staaten müßten darauf bedacht sein, das Eingreifen einer Dynamitardenschule in die Politik zu verhindern. Er sprach von den Bandenführern mit der größten Verachtung; er habe Originalphotographien gesehen, die die Komitatschis nach Verbrennung von Dörfern haben aufnehmen lassen, in Posen von schlechten Schauspielern.

Herr Sturda ist über die Finanzwirtschaft seines Landes durchaus befriedigt. Allerdings hängt in Rumänien, da die Wirtschaftsbilanz auf dem Getreideexport beruht, soviel von dem Ausfall der jeweiligen Ernte ab, daß man die Entwicklung der Industrie anstrebt.

Bei der von der mir befreundeten Disconto-Gesellschaft und meiner Firma gegründeten Banque Générale Roumaine hatte ich Gelegenheit festzustellen, daß die Geschäfte einen durchaus befriedigenden Verlauf nahmen. Die Zinsen und alte Rückstände gehen aus allen Bevölkerungsklassen regelmäßig ein; das bedeutet, daß nun wohl die Krisis als endgültig überwunden angesehen werden kann. Die Wintersaaten sollen vortrefflich stehen.

Die Staatsfinanzen befinden sich in einem besseren Zustande als je, der Finanzminister teilte mir mit, daß er augenblicklich über 80 Millionen Francs verfügbar habe. Höchst erfreulicherweise steigen diese Erfolge der Finanzpolitik den Staatsleitern nicht zu Kopf. Sie sind nach wie vor fest entschlossen, mit derselben Sparsamkeit weiter zu wirtschaften, die in den letzten Jahren geübt worden ist. Der neue Zolltarif wird in diesen Tagen vor dem Ministerrat erörtert und unmittelbar nach dem Fest den Kammern vorgelegt werden, so daß die Herren glauben, binnen weniger Monate mit dem Ausland, speziell mit Deutschland, in Verhandlungen treten zu können. Ohne mir Ziffern zu nennen, versicherte der Minister, daß er die feste Hoffnung auf Verständigung habe, da nur in wenigen Positionen die Zollsätze eine wesentliche Erhöhung erfahren hätten.

---

# Telegramme an Baron Alfred von Rothschild, London.

(Entzifferung.)

## I.

Berlin, den 14. Januar 1904.

Habe nach Empfang Ihres Telegramms sofort meine Freunde besucht. Dieselben sagen mir, daß Rußland und Japan ihre Verhandlungen so geheim führen, daß es ihnen unmöglich sei, etwas Zuverlässiges zu erfahren. Sie meinen aber, daß die Verhandlungen noch sehr elastisch sind und durchaus der Hoffnung Raum geben, den Frieden zu erhalten. Ob der Plan von einer französisch-englischen Intervention richtig ist, können meine Freunde auch nicht beurteilen, wissen auch nicht, ob eine solche in Japan gute Aufnahme finden würde. Eine Intervention Deutschlands ist bisher von keiner Seite angeregt worden, und die japanische Regierung hat sich an die deutsche noch nicht gewendet. Das einzige, was hier gehört wurde, ist, daß der japanische Gesandte in London eine Äußerung kolportiert habe, daß Rußland im Kriegsfall auf Deutschland rechnen könne. Darauf sind die deutschen Gesandten abermals davon verständigt, daß zwischen Rußland und Deutschland absolut keine Abmachung besteht. Die hiesige Börse ist ebenfalls optimistisch gesinnt und hat feste Grundtendenz, wenn auch bei bescheidenen Umsätzen. Beste Empfehlungen.

S c h w a b a c h.

## II.

Berlin, den 15. Januar 1904.

Wurde soeben ins A. A. gerufen; kann mein gestriges Telegramm voll bestätigen; von keiner Seite ist Deutschlands Vermittlung nachgesucht worden, so daß keine Veranlassung vorhanden, Deutschlands streng neutrale Haltung zu ändern. Folgendes wurde mir ganz vertraulich mitgeteilt: Die Veröffentlichung des amerikanischen Staatssekretärs, durch welche er sich ganz auf Seite Japans stellt, verändert Situation wesentlich. Staatssekretär hat deutschem Botschafter in Washington mitgeteilt, daß er beabsichtige, den seinerzeitigen Delegierten in Samoa, Morgan, nach der Mandschurei zu senden, um zu untersuchen, welche Plätze für Konsuln geeignet seien. Der russische Botschafter in Washington ist über amerikanisches Vorgehen bestürzt und aufgebracht. Der russische Gesandte in Peking äußerte sich zu dem unsrigen sehr besorgt, da Japan auf Erfüllung des chinesisch-russischen Vertrages betreffend Mandschurei bestehe, Rußland aber nur in bezug

auf Korea nachgeben könne. Hiesige Meinung ist, daß Rußland auch betreffs Mandschurei Zugeständnisse machen wird, da russischer Kaiser unbedingt friedlich gesinnt und auch keineswegs durch öffentliche Meinung gedrängt wird. Das scheint auch Ansicht der französischen Regierung zu sein. Denn diese hat der italienischen gesagt, sie könne die Rentenkonversion in Angriff nehmen, da Krieg nicht zu befürchten. Man glaubt hier, daß Plan einer englisch-französischen Vermittlung wirklich bestanden hat, und wüßte gern, ob diese Idee in Paris oder London entstanden ist. Wäre für bezügliche Mitteilung sehr dankbar. Beste Empfehlungen.

S c h w a b a c h.

### Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.

#### I.

Berlin, den 15. Januar 1904.

Sehr verehrter Herr Baron!

Meinen beiden ausführlichen Telegrammen von gestern abend und heute mittag habe ich nichts Wesentliches hinzuzufügen. Sie werden aus denselben ersehen haben, daß man hier die Erhaltung des Friedens bestimmt erhofft, aber nur unter der Voraussetzung, daß Rußland viel weiter zurückweicht, als man bisher angenommen hat. Die Sprache, die die russischen Diplomaten in den letzten Wochen geführt haben, wird, wenn die Vermutungen meiner Freunde zutreffen, durch die Petersburger Zentralregierung desavouiert werden. Es hat den Anschein, als wenn die russischen Gesandten in Tokio, Peking und Washington selbst davon überrascht sind, wie weit ihre Regierung nachzugeben bereit ist. Dem Zaren ist es möglich gemacht, seiner notorischen Friedensliebe einen so weitgehenden Ausdruck zu geben, da ein japanischer Krieg in Rußland nicht populär sein würde, und gerade die sogenannte moskowitzische Aktionspartei, die Verwicklungen in Ostasien mit scheelen Augen betrachtet, insofern als diese geeignet sind, Rußland von seiner, nach der Meinung dieser Partei historischen Mission auf dem Balkan abzulenken. Die sehr deutliche Sprache, welche Mr. Hay\* in seinem Communiqué betreffs des Abschlusses des Handelsvertrages mit China führt, muß Rußland klar vor Augen führen, daß ihm in Amerika ein ernst zu nehmender Faktor in Ostasien auftritt, wenngleich nicht anzunehmen ist, daß Amerika zu den Waffen greifen wird. Die Befürchtung liegt ja nahe, daß Japan nun

\* der amerikanische Staatssekretär.



um so eifriger zum Kriege treiben wird; aber hier ist die Hoffnung vorhanden, daß Amerika ebenso wie England zur Mäßigung raten werden. Für alle, die die Erhaltung des Friedens wünschen, ist es außerordentlich bedauerlich zu beobachten, wie der japanische Gesandte in London in die Kriegstrompete stößt und auch Vertretern der Presse gegenüber die Politik seiner Regierung bloßstellt. Bei dem besonderen Wert, der hier darauf gelegt wird, möchte ich nochmals wiederholen, daß trotz aller gegenteiligen Behauptungen zwischen Deutschland und Rußland keine wie immer gearteten Abmachungen bezüglich Ostasiens bestehen, und daß an der absolut neutralen Haltung Deutschlands nicht gezweifelt werden darf. Der hiesige englische Botschafter hat mir auch erklärt, daß er fest davon durchdrungen ist und der englischen Regierung in diesem Sinne berichtet hat.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß, als ich gestern im Auswärtigen Amt die Ihnen telegraphierten Mitteilungen erhielt, die Herren darüber informiert waren, daß diese Nachrichten Ihnen zugehen würden; meine Freunde fügten ihren Informationen den ausdrücklichen Wunsch hinzu, daß man angesichts Ihrer stets Deutschland gegenüber so lebenswürdigen Haltung Ihnen Mitteilungen zu geben hoffe, die von Interesse für Sie seien; man lege Wert darauf, Sie in wichtigen Fällen gut zu unterrichten.

Ich verbleibe, verehrter Herr Baron, in bekannter Hochschätzung

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

## II.

Berlin, den 28. März 1904.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich gestatte mir, Ihnen in folgendem einige Mitteilungen zu machen, die ich als streng vertraulich und nur persönlich für Sie und Ihre Herren Brüder\* bestimmt anzusehen bitte.

Verschiedene Anzeichen deuteten seit längerer Zeit darauf hin, daß sich über die internationalen Beziehungen und über Absichten einzelner Mächte Nachrichten verbreiteten, welche ohne tatsächlichen Hintergrund nur dazu angetan schienen, Mißtrauen zu stiften und Verwirrung anzurichten. Unter anderem war hier von beachtenswerter Seite gemeldet worden, daß die französische Regierung der englischen dadurch bei den schwebenden Verhandlungen ein Eingehen auf die französischen Wünsche näherlegen sollte,

---

\* Die Mitinhaber des Bankhauses N. M. Rothschild & Sons, London, Lord Rothschild und Leopold de Rothschild.



daß man in London mitteilte, die Russen bereiteten in Zentral-Asien einen Angriff auf die dortigen englischen Positionen vor. Unsere Regierung, die, wie Sie wohl wissen, nichts sehnlicher wünscht als die Erhaltung des allgemeinen Friedens, nahm die Sache doch ernst genug, um ihrerseits Erkundigungen einzuziehen, und glaubt authentisch darüber unterrichtet zu sein, daß russische Truppenbewegungen nach Zentral-Asien nicht stattgefunden haben. Ich erhielt nun den Auftrag, dem hiesigen englischen Botschafter zu beliebiger weiterer Benutzung mitzuteilen, daß unsere Regierung nicht gern sehen würde, wenn durch Verbreitung falscher Nachrichten England zu folgenschweren Schritten sich drängen ließe, und zwar um so weniger, als man von hier aus naturgemäß nicht jede Einzelheit übersehen kann und auch leicht noch etwas mit unterlaufen könnte, das den deutsch-englischen Beziehungen schädlich sein möchte. Ich sollte hinzufügen, daß meine Bestellung aus keinem anderen als den freundlichsten Absichten entsprungen wäre. Als weitere Illustration, in welchem Umfange Tatarennachrichten zum Zwecke der Verhetzung in die Welt gesetzt würden, sollte noch die Tatsache dienen, daß man sich ernstlich bemüht hat, die deutsche Regierung glauben zu machen, es bereite sich ein Dreibund zwischen Frankreich, England und Rußland vor, der den Zweck habe, bei der nächsten passenden Gelegenheit über Deutschland herzufallen — eine Schauermär, die bei unseren ernsten Politikern nur ein Achselzucken hervorgerufen habe.

Der Botschafter nahm meine Mitteilungen in liebenswürdiger Weise entgegen und bat mich, meinem Auftraggeber für dieselben seinen besten Dank zu übermitteln. Vor wenigen Tagen teilte mir nun Sir Frank Lascelles mit, daß er den Inhalt seiner Unterredung mit mir in einem Briefe an Lord Lansdowne zusammengefaßt habe, in dem er aus seiner Kenntnis der hier in Frage kommenden Personen heraus den ganzen Vorgang als einen freundlichen Akt Deutschlands bezeichnete und zugleich anfragte, ob Lord Lansdowne damit einverstanden sei, daß er, der Botschafter, seinen Dank ausgesprochen habe. Lord Lansdowne hat in seiner Antwort, die inzwischen eingelaufen war, die Anschauungen des Botschafters durchaus zu den seinigen gemacht und sein Verhalten ausdrücklich gebilligt. Sachlich hat Lord Lansdowne mitgeteilt, daß die Verhandlungen zwischen England und Frankreich einen befriedigenden Verlauf nehmen und in der Hauptsache alle Fragen, die im Augenblick zwischen den beiden Ländern schweben, vermutlich ausgleichen würden. Er bezeichnete es als eine irrige Annahme, daß England in dem Glauben handele, es hätte evtl. einen russischen Angriff zu gewärtigen; man sei vielmehr in London darüber genau unterrichtet, daß

die russischen Streitkräfte in Zentral-Asien geringfügig seien; nach den Andeutungen des Herrn Ministers besteht eine wichtige Konzession Frankreichs darin, daß, soweit es an ihm liegt, die Weiterführung der Commission de la Dette in Ägypten fallen gelassen werden soll. Natürlich haben auch die anderen Mächte, welche in Ägypten wohlerworbene Rechte besitzen, ein Wort dabei mitzusprechen, und Lord Lansdowne meint, hier wäre für Deutschland die Gelegenheit, durch größeres oder geringeres Entgegenkommen die Aufrichtigkeit seiner freundschaftlichen Gefühle zu erhärten.

Ich habe den Inhalt dieser Unterredung mit dem englischen Botschafter meinen Freunden weitererzählt, welche über den anscheinend sehr freundschaftlichen Ton, in dem Lord Lansdowne geschrieben hat, durchaus erfreut waren. Über die Haltung, welche die deutsche Regierung gegebenenfalls in der Frage der Commission de la Dette einnehmen würde, sind Äußerungen unterblieben, da, soviel ich sehe, die Frage hier noch nicht gründlich studiert worden ist. Ich habe aber den Eindruck gewonnen, daß man gewiß nicht unnötige Schwierigkeiten machen wird.

Ich schreibe Ihnen das alles in der Überzeugung, daß es Sie interessieren und Ihnen auch befriedigend erscheinen wird, daß ein freundschaftlicher Gedankenaustausch zwischen beiden Regierungen, wenn auch auf einem kleinen Umwege, stattgefunden hat.

Unsere Nachrichten vom Balkan lauten nicht schlecht. Die Einigkeit der in Frage kommenden Mächte scheint hergestellt zu sein, und man glaubt, hoffen zu dürfen, daß die Türkei, wenn auch mit einigem Sträuben, den Vorschlägen nachkommen wird. Man hofft ferner, daß die Komitees sich wirklich ruhig verhalten werden, teils aus Mangel an Geld, teils weil die russische Aktionspartei im Augenblick anderes zu tun hat, als Unruhen zu begünstigen, während man von der russischen amtlichen Regierung ohnehin überzeugt ist, daß sie redlich den Frieden auf dem Balkan zu erhalten sucht. Ob Bulgarien unbedingt zuverlässig ist, darüber herrschen wohl einige Zweifel; aber, solange es ganz isoliert ist, wird es wohl kaum den Mut zum Losschlagen besitzen.

Die Börse ist fest, nicht nur für Dividendenpapiere, sondern auch die Renten fangen an, sich etwas zu erholen, hauptsächlich weil man für die Zeit nach dem Apriltermin billiges Geld erwartet.

Ich empfehle mich Ihnen in aufrichtigster Verehrung

P a u l S c h w a b a c h.

III.

Berlin, den 7. April 1904.

Sehr verehrter Herr Baron!

. . . . Wie ich bereits telegraphierte, kann kein Zweifel darüber sein, daß es Sr. Majestät dem Kaiser durchaus gut geht.\* Es ist zwar natürlich ein Arzt an Bord; der Kaiser untersteht aber gar keiner Behandlung. Wie gut sein allgemeines körperliches Befinden ist, geht aus den großen Strapazen hervor, die er bei seinem Besuch in Gibraltar auf sich genommen hat, und über welche die englischen Herren, die ihn dort gesehen haben, die beste Auskunft würden geben können. Daß aber auch sein Hals in einem guten Zustand sich befindet, wollen Sie daraus ersehen, daß er nicht nur dauernd sich viel unterhält, sondern daß er beispielsweise eine Schrift, welche ihm ein hiesiger Gelehrter kurz vor der Abreise übergeben hatte, den an Bord befindlichen Herren von Anfang bis zu Ende vorgelesen hat, worüber mehr als eine Stunde vergangen ist. Diese Details habe ich aus dem Munde eines Herrn, welcher in der unmittelbaren Umgebung Sr. Majestät von Bremerhaven bis Neapel gereist ist.

Um so auffallender ist die Tatsache, daß von Paris aus dauernd die ungünstigsten Nachrichten in die Welt gesetzt werden. Russische, italienische und andere Blätter nehmen diese Nachrichten auf, und fast stets ist dabei die Bemerkung zu lesen: „Wir hören aus Paris“ oder ähnliches. Auch das „Journal des Débats“, welches dem französischen Ministerium des Auswärtigen nahesteht — ganz zu schweigen von dem „Matin“ — scheint zu den Führern in diesem Treiben zu gehören, und der Gedanke liegt nahe, eine politische Absicht dahinter zu suchen. Wie ich Ihnen bereits schrieb, werden die französisch-englischen Verhandlungen hier zwar mit Interesse, aber durchaus wohlwollend verfolgt, da man ein Einverständnis zwischen den beiden Ländern als dem Weltfrieden förderlich betrachtet. Es könnte uns aber nicht gelegen sein, in irgendeiner Form dabei zu Schaden zu kommen, und es wäre uns nicht lieb, wenn etwa England dadurch einem Abkommen geneigter gemacht würde, daß in England gegen uns eine Voreingenommenheit erzeugt wird. Es ist in der französischen Presse ganz direkt gesagt worden, daß unser Kaiser kaum das Ende dieses Jahres würde erleben können, und es könnte wohl der französische Wunsch dahinter stecken, den Engländern beizubringen, daß der Kaiser, der zu allen Zeiten, auch entgegen populären Strömungen, für eine Freundschaft mit England gewirkt hat, bald von der Bühne abtreten würde, und bei einem Regierungswechsel England von Deutschland nichts mehr zu erwarten habe. Daß dieses Argument in allen

---

\* Vgl. Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914, Bd. 20 I, S. 9.



seinen Punkten falsch ist, beweist nicht, daß man nicht versuchte, es anzuwenden, und zwar gerade in diesem Augenblick, da, wie man hier zu wissen glaubt, die Verhandlungen zwischen England und Frankreich nicht einen so glatten Fortgang nehmen, wie man noch vor ganz kurzer Zeit meinte.

Meine Freunde wären sehr dankbar, wenn Sie das Vorstehende gelegentlich anbrächten, und ich würde mich sehr freuen, das Ergebnis Ihrer Beobachtungen und Ihrer Ansichten kennen zu lernen.

Ich gehe dieser Tage auf einige Zeit nach Rom; aber etwaige Briefe werden mir sogleich nachgeschickt, und ich habe Mittel und Wege, meinen Freunden sogleich jede Nachricht weiterzugeben, welche Sie übermittelt zu sehen wünschen werden.

Ich empfehle mich Ihnen in vorzüglichster Hochachtung als

Ihr aufrichtig ergebener

Paul Schwabach.

---

**Unterhaltung mit dem italienischen Schatzminister Luzzatti über den Dreibund.**  
(Aufzeichnung.)

18. Mai 1904.

Nachdem ich mit dem Minister Luzzatti einige Unterhaltungen gehabt hatte, in denen außer ganz allgemeinen Dingen die Beziehungen des italienischen Staatsschatzes zu meiner Firma behandelt worden waren, ließ mich der Minister kurz vor meiner Abreise aus Rom zu sich bitten. Er sagte etwa das Folgende:

Der Umstand, daß sich die Beziehungen zwischen Italien und Frankreich in den letzten Zeiten freundlicher gestaltet hätten, schiene in Berlin eine gewisse Nervosität hervorzurufen, was daraus zu erkennen sei, daß häufig Graf Lanza\* in diesem Sinne berichte, häufig auch der kaiserliche Botschafter in Rom Vorstellungen erhöhe; und doch läge für Deutschland durchaus kein Grund vor, an der italienischen Bundestreue zu zweifeln. Der König und die leitenden Staatsmänner (es wurde der Ausdruck gebraucht: les trois ministres dirigeants: d. h. Giolitti, Tittoni und Luzzatti) handelten nicht nur aus eigener Überzeugung, sondern auch im Sinne der großen Majorität des italienischen Volkes, wenn sie dem Dreibunde unverändert anhingen. Es sei nach seiner Ansicht ein Irrtum zu glauben, daß die Rolle des Dreibundes ausgespielt sei, er erblicke vielmehr nach wie vor in ihm einen gewichtigen Faktor der Gesamtpolitik. Mit Frankreich gut zu stehen, sei aber für

---

\* italienischer Botschafter in Berlin.



Italien eine Lebensfrage und er, Herr Luzzatti, bemühe sich seit Jahren, alles aus dem Wege zu räumen, was Schwierigkeiten zwischen Italien und Frankreich bereiten könnte; denn bei dem unberechenbaren Charakter der Franzosen und ihrer Gewohnheit, Gefühlspolitik zu treiben, könnte sich Italien sonst plötzlich schweren Gefahren gegenüber sehen. Die italienischen Politiker wüßten aber sehr wohl, daß eine gar zu intime Freundschaft mit Frankreich eine Abhängigkeit von ihm bedeuten würde, und schon aus diesem Grunde würde es ein Gebot der Klugheit sein, bundestreu zu verbleiben, wenn nicht Erkenntlichkeit und die Erinnerung an das, was Italien dem Dreibunde zu verdanken hätte, moralische Verpflichtungen auferlegt; aber „avant de raisonner il faut manger“ und, wie schon hervorgehoben, wirtschaftliche Gründe erheischten es, daß Italien mit Frankreich gute Nachbarschaft halte.

In weiten Kreisen des italienischen Volkes, welche ehemals in Frankreich den Beschützer des Vatikans, also den eigenen Feind erblickten, habe die rücksichtslose antiklerikale Politik des französischen Ministeriums lebhaftes Sympathien erweckt, während in denselben Kreisen die Wirtschafts- und Kirchenpolitik der deutschen Regierung mit einer gewissen Ängstlichkeit beobachtet würde: „Et une Allemagne agraire et cléricale ne serait pas celle que nous avons tant admirée.“

Herrn Luzzatti wird seine Stellung zu der französischen Regierung dadurch erleichtert, daß er seit vielen Jahren mit M. Delcassé eng befreundet ist, und wenn er mit dem Botschafter Barrère auf so intemem Fuße steht, so hat das vor allem seinen Grund in der Freundschaft mit dem Minister.

Als Beweis, wie selbstverständlich für einsichtige Politiker der Verbleib Italiens im Dreibunde ist, führte Herr Luzzatti an: daß M. Delcassé ihm zu keiner Zeit von einem Abschwenken Italiens gesprochen habe; jetzt wäre er als Minister allerdings nicht in der Lage, derartiges überhaupt anzuhören, aber auch als beide Herren Privatleute waren, und in ganz unverbindlicher Weise Gedanken austauschten, wäre von einem solchen Schritte nie die Rede gewesen. Italien sei also entschlossen, in seinem Verhältnis zu den Verbündeten keine Änderung eintreten zu lassen „pourvu que l'on nous traite en égal et que l'on ne nous fasse pas des reproches continuels-reproches qui peut-être proviennent d'amour, mais certainement d'un amour soupçonneux.“

Der Minister schloß mit dem Ersuchen, ich möchte den Inhalt dieser Unterhaltung in Berlin zur Kenntnis bringen. Er hätte um so lieber diesen Weg gewählt, da er nicht Minister des Auswärtigen und ich Privatperson sei.

**Brief an den italienischen Schatzminister Luzzatti, Rom.**

Berlin, le 7 juillet 1904.

Monsieur le Ministre!

Lorsque j'eus l'honneur de voir Votre Excellence à Rome, Vous m'avez demandé, si j'étais prêt à retourner à Rome au moment que les affaires du Trésor pourraient rendre ma présence utile. Ayant répondu que je serai toujours très heureux de me rendre à l'appel de Votre Excellence, il me semble de mon devoir de Vous annoncer que j'ai l'intention d'aller en Amérique vers le fin du mois d'août et de ne revenir que vers le commencement du mois de novembre. Or, Votre Excellence sait quelle importance ont pour moi les relations entre le Trésor Italien et ma maison et combien j'apprécie l'honneur de traiter directement avec Vous les intérêts communs. Si donc Vous prévoyez qu'en automne une entrevue deviendrait désirable ou nécessaire, je ferai tout mon possible pour combiner mes projets de voyage de façon à me trouver à la disposition de Votre Excellence ou de pouvoir, le cas échéant, déléguer un représentant suffisamment instruit. Je serais très reconnaissant, si Vous vouliez bien par quelques mots me faire savoir ce que Vous pensez à cet égard.

A vrai dire, je ne crois pas que pour les projets financiers de l'Italie la situation soit beaucoup modifiée depuis le mois d'avril. Pendant le mois dernier, j'ai passé quelque temps à St. Pétersbourg pour me rendre compte de l'état des choses et j'ai pu constater que l'on se prépare à continuer la guerre pour un an au moins. Jusqu'à présent, les 300 millions de roubles provenant des réserves et des économies budgétaires ont suffi et l'on a pas encore touché aux 800 millions de francs de l'emprunt français, mais les Russes savent qu'il va falloir contracter un nouvel emprunt important avant l'hiver. Il n'est nullement impossible que le Ministre des finances s'adresse la prochaine fois aux banquiers allemands, et c'est peut-être dans cet ordre d'idées que les négociations de traité de commerce se conduisent du côté russe avec plus de modération qu'autrefois. Notamment les russes ne s'opposent plus aux droits sur les blés stipulés par le tarif allemand. — Il est probable que les Japonais chercheront et trouveront encore de l'argent en Angleterre et en Amérique, il est certain que l'Empire Allemand aura besoin de quelques centaines de millions — somme toute, on ne saurait se fier au marché monétaire universel. Celui de Berlin est excellent en ce moment, mais il faut tenir compte du fait que la Russie y a des avoirs

considérables et que les banques françaises y ont placé une grande partie du produit du dernier emprunt russe qui, d'après les stipulations du contrat, ne peut être touchée par les russes qu'à partir du mois d'octobre.

Avant mon départ de Rome Votre Excellence m'a confié certaines de Ses idées sur les relations entre l'Italie et Allemagne et après mon retour à Berlin je les ai transmises à leur adresse. On m'a répondu: notre gouvernement apprécie à sa juste valeur les motifs qui obligent l'Italie à se mettre avec la France sur le pied de bons voisins et n'en ressent aucune jalousie ni inquiétude; il était un peu surpris de voir que, pendant les fêtes pour M. Loubet, un grand journal italien ait rapplé „le sang commun versé à Dijon“, mais on ne s'exagère nullement l'importance de pareilles sorties et l'on est convaincu de la loyauté absolue de l'Italie comme de la sagesse des hommes d'état qui la dirigent et qui, certainement, voient tous les avantages que la triple alliance donne à l'Italie et à la paix de l'Europe.

Je saisis cette occasion pour renouveler à Votre Excellence l'assurance de mon dévouement et l'expression de mon admiration respectueuse.

P a u l S c h w a b a c h.

(S. Bleichröder.)

---

### **Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.**

#### **I.**

Berlin, den 12. Juli 1904.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich erlaube mir, in Nachstehendem Ihnen eine Sache vorzutragen, in welcher ich nicht vorgehen möchte, ohne Sie um Ihre Ansicht gebeten zu haben.

Gestern bat mich der hiesige Handelsminister um meinen Besuch und teilte mir mit, daß die City of London International Commercial Association mit einem hiesigen kaufmännischen Verein in Verbindung getreten sei, um zu erreichen, daß im kommenden Herbst Gruppen englischer und deutscher Kaufleute in Berlin zusammenträten, um gemeinschaftliche Interessen zu beraten und, soweit wie möglich, eine Annäherung der Gewerbetreibenden beider Länder anzubahnen. Dieselben Herren hätten seinerzeit von London aus mit Paris Fühlung genommen und am letzten Ende auch dem politischen Ausgleich zwischen Frankreich und England wirksam vorgearbeitet. Der



Handelsminister hatte sich bereits mit dem Reichskanzler und dem Auswärtigen Amte in Verbindung gesetzt, und unsere Behörden stehen dem Plane durchaus sympathisch gegenüber, vorausgesetzt, daß etwas Nützliches und Praktisches dabei erreicht werden kann. Zum Schluß fragte mich der Minister, ob ich geneigt wäre, die Bildung eines deutschen Komitees zu übernehmen und die sonstigen vorbereitenden Schritte zu tun. Ich brauche Ihnen, sehr verehrter Herr Baron, nicht ausdrücklich zu sagen, mit wie lebhafter Freude ich es begrüßen würde, wenn in dem oben angegebenen Sinne etwas zustande gebracht werden könnte, und ich bin sehr gern bereit, was in meinen Kräften steht, dabei zu tun; denn selbst, wenn das politische Gebiet zunächst beiseite gelassen wird, würde es doch ein schöner und erfreulicher Anfang sein, wenn wenigstens die kaufmännischen Kreise der zahllosen Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder einmal gewahrt werden, und das Publikum hüben und drüben auf dieselben hinweisen. Indessen bin ich nicht ohne Bedenken — und Sie werden mir gewiß darin beistimmen —, daß in solchem Falle viel besser gar nichts geschieht, als daß ein Unternehmen dieser Art mit einem Fiasko endet, und ich möchte nicht gern weitere Schritte unternehmen, bevor nicht wenigstens ein Erfolg wahrscheinlich ist. Was Deutschland betrifft, so würde sehr leicht vermieden werden können, daß die hier bestehenden Vereine, welche zwar sehr rührig, aber nicht in jeder Hinsicht beliebt sind, eine allzu große Rolle spielen; es müßte vielmehr ein freies Komitee gebildet werden, das in geeigneter Weise aus hervorragenden Vertretern solcher Geschäftszweige zu bilden wäre, die dauernd Beziehungen nach England unterhalten, und, da — wie erwähnt — die Regierung die Angelegenheit wohlwollend betrachtet und auch eventuell bereit wäre, sie zu unterstützen, glaube ich, daß die Bildung eines hiesigen Komitees nicht schwer werden würde. Ich glaube ferner, daß es sich würde erreichen lassen, die führende Presse dem Plane günstig zu stimmen. Dagegen wage ich kein Urteil darüber abzugeben, wie die Idee in England aufgenommen werden würde. Der Handelsminister ist der Ansicht, daß die oben erwähnte Association, deren Mitglieder zum größten Teile kleinere Leute seien, sich nicht zum Träger eines solchen Unternehmens eignen würde, und er würde den größten Wert darauf legen, daß auch in England wirklich angesehene und hervorragende Persönlichkeiten an die Spitze träten, in welchem Falle nur die deutsche Regierung mit der nötigen Wärme für die Aufnahme der etwaigen Gäste Sorge tragen würde. Ich bin des ferneren zweifelhaft, wie die Haltung der englischen Presse sich gestalten würde, und ob man nicht von dieser Seite her große



Schwierigkeiten zu gewärtigen haben würde. Ich wäre Ihnen aufrichtig verbunden, wenn Sie die Güte hätten, mir baldgefalligst Ihre Ansicht kundtun zu wollen, und wenn Sie ferner einen Ihrer Herren beauftragen wollten, sich darüber zu informieren, welche Stellung die Association in ihren Berufskreisen einnimmt.

Über das Zustandekommen des ägyptischen Abkommens haben sich meine hiesigen Freunde sehr gefreut. Sie spenden insbesondere dem entgegenkommenden Verhalten von Sir Frank Lascelles und auch von Lord Lansdowne großes Lob. Es war erfreulich, daß die Bekanntgabe, wenn auch zufällig, mit dem Besuch Ihres Königs zusammentraf. Sie werden ja über den Verlauf dieses Besuchs auf das genaueste unterrichtet sein. Niemand hatte erwartet, daß er politisch bedeutsame Folgen zeitigen würde. Immerhin hoffe ich, daß die Tatsache auf englischer Seite Anerkennung finden wird, daß unser Kaiser, dann aber auch die Bevölkerung, insbesondere Hamburgs, den König nach Möglichkeit zu ehren gesucht haben.

Sie werden aus den Zeitungen ersehen haben, daß Herr von Witte\* zum Besuch des Reichskanzlers nach Norderney gefahren ist. Während meiner Abwesenheit hatte Ihr wertres Haus bei meiner Firma angefragt, ob die Nachrichten über Vorbereitungen einer russischen Anleihe richtig seien, und es wurde Ihnen in verneinendem Sinne geantwortet. Diese Antwort ist auch damals durchaus zutreffend gewesen, und ist es noch heute, insofern Verhandlungen nicht stattgefunden haben. Indessen dürfte in wenigen Monaten das Bild ein anderes geworden sein. Ich war vor wenigen Wochen selbst in Petersburg, um mich über die Sachlage etwas zu orientieren, und hatte sowohl mit dem gegenwärtigen Finanzminister wie mit Herrn von Witte ziemlich eingehende Unterhaltungen. Die Herren trugen eine große Siegeszuversicht zur Schau, glaubten sicherlich in the long run die Japaner zu schlagen; sie sind sich indessen insofern des Ernstes der Lage bewußt, als sie noch auf eine lange Dauer des Krieges rechnen, und machen sich klar, daß Rußland infolgedessen noch einer größeren Anleihe bedürfen wird. Schon bevor die letzte Anleihe von 800 Millionen Schatzbons in Paris untergebracht wurde, hätte Herr Kokowzow\*\* gern in Deutschland abgeschlossen; unsere Regierung hatte aber seinerzeit deutlich zu erkennen gegeben, daß sie einer hier unterzubringenden Anleihe unfreundlich gegenüberstehen würde, wenn nicht bis dahin der deutsch-russische Handelsvertrag unter Dach wäre. Herr von Witte hatte früher den Standpunkt eingenommen,

---

\* Präsident des russischen Ministerkomitees.

\*\* russischer Finanzminister.

daß an einen Abschluß nicht zu denken sei, wenn deutscherseits an den durch den letzten Zolltarif stipulierten Getreidezöllen festgehalten würde. Davon ist aber jetzt keine Rede mehr, und der Finanzminister sagte mir ganz offen, daß die deutsche Regierung sich dem Reichstage gegenüber in einer Zwangslage befände, Rußland sich mit den Getreidezöllen abfinden und Konzessionen auf anderen Gebieten suchen müsse. Er sowie Herr von Witte äußerten sich im großen ganzen dahin, daß sie hofften, zu einem günstigen Abschluß zu gelangen. Wenn nun Herr von Witte den immerhin ungewöhnlichen Schritt unternimmt, persönlich nach Deutschland zu kommen, geht man wohl nicht fehl, doppelte Beweggründe dafür zu vermuten. Einmal wird er den Wunsch hegen, durch eine persönliche Leistung seine nichts weniger als gute Stellung bei seinem Souverän zu verbessern; dann aber dürfte der Wunsch vorhanden sein, die Handelsvertragsverhandlungen zu beschleunigen, um das Hindernis aus dem Wege zu räumen, das der Inanspruchnahme des deutschen Marktes entgegensteht. Wann nun an die Aufnahme einer Anleihe ernstlich herangegangen wird, vermag ich natürlich nicht vorherzusagen. Herr Kokowzow hat mir auseinandergesetzt, daß er an Reserven und Ersparnissen am Budget bei Beginn des Krieges etwa 300 Millionen Rubel zur Verfügung gehabt hätte, mit welchen er bis zum August auszukommen hoffe. Die 800 Millionen der Pariser Anleihe würden dann zur Verfügung sein; aber große Beträge müßten bekanntlich laut Abmachung bis weit in das neue Jahr hinein bei den französischen Banken stehen bleiben, so daß immerhin die Aufbringung neuer Mittel sich als notwendig erweisen dürfte. Die alte Berliner Gruppe, die seit vielen Jahren die russischen Anleihen übernommen hat, wird sich einem Appell schwerlich entziehen; wie das Publikum sich stellen wird, wird natürlich von dem Zeitpunkt und den Bedingungen abhängen; jedenfalls ist die Stimmung für russische Fonds trotz den fortgesetzten Niederlagen der Russen und, trotzdem die Ansicht vorherrscht, daß Rußland sich in einer außerordentlich schwierigen militärischen Lage befindet, keine schlechte.

Mit bekannter Hochschätzung verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

## II.

Berlin, den 17. Dezember 1904.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich war Donnerstag und den halben Freitag von Berlin abwesend und fand bei meiner Rückkehr Ihre liebenswürdige Depesche vor, auf die ich erst am Abend sachlich antworten konnte. Wenn Sie es für möglich gehalten haben, daß die Herberufung des Grafen Metternich\* mit Angelegenheiten der inneren Politik in Zusammenhang stände, und man in dem jetzigen Botschafter den demnächstigen Reichskanzler erblicken könnte, so ist, glaube ich, davon keine Rede. Ich will mich nicht darüber auslassen, ob Graf Metternich für das höchste Amt im Reiche die geeignete Persönlichkeit wäre; aber ich glaube, daß ein Wechsel an diesem Platz überhaupt nicht beabsichtigt ist, sondern daß Graf Bülow bis auf weiteres im Amt bleiben dürfte. Ich habe nichts davon gehört, daß zwischen ihm und dem Kaiser Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht seien, und darauf würde es in allererster Reihe ankommen. Seine sonstige Stellung im öffentlichen Leben hat in letzter Zeit eine Veränderung nicht erfahren. Mir ist gesagt worden, was ich Ihnen gestern telegraphierte, daß nämlich Graf Metternich gebeten hat, die Weihnachtszeit auf seiner Besitzung am Rhein verbringen zu dürfen, und daß man ihn darauf telegraphisch ersucht hat, zu Beginn oder Schluß seines Urlaubs nach Berlin zu kommen, um über die allgemeine politische Lage, insbesondere über die englisch-deutschen Beziehungen Gedanken auszutauschen. Der Botschafter hat dann vorgezogen, dies gleich zu Anfang seines Urlaubs zu tun.

Wie ich Ihnen gleichfalls schon telegraphierte, besteht hier ebensowenig wie früher die Absicht, sich in den russisch-japanischen Krieg einzumischen und eine Vermittlung anzubieten. Man glaubt nicht, daß eine der kriegführenden Parteien uns um Vermittlung angehen wird; aber selbst das würde Deutschland nicht bewegen, aus seiner Zurückhaltung hervorzutreten, sondern nur dann könnte der Gedanke einer Vermittlung ernstlich erwogen werden, wenn beide Mächte einen solchen Wunsch aussprächen, und wie die Dinge liegen, ist dazu wohl keinerlei Aussicht vorhanden.

Ebensowenig sieht Deutschland einen Grund, in der Dardanellenfrage die Initiative zu ergreifen. Wenn nun, wie gesagt, hier der Wunsch besteht, über die englisch-deutschen Beziehungen sich auszusprechen, so liegt eine besondere Veranlassung dafür darin, daß der Ton und Inhalt einiger Artikel

---

\* deutscher Botschafter in London.



in angesehenen englischen Blättern nicht unbeachtet habe vorübergehen können, wie beispielsweise ein Aufsatz in der „Army and Navy Gazette“. Darin wird ausgeführt, daß Deutschland durch den Ausbau seiner Flotte imstande sein würde, binnen fünf Jahren England ernstlich zu bedrohen, und es wäre daher weise Politik, wenn England das Prävenire spielte. Meine Freunde, wie ich Ihnen ganz vertraulich sagen möchte, glauben nicht, daß solche Auslassungen besonders tragisch zu nehmen wären. Weder trauen sie der englischen Regierung die Absicht zu, einen Streit vom Zaune zu brechen, der, wie Graf Bülow neulich in einem Interview sehr richtig ausgeführt hat, lediglich dritten zugute kommen würde, noch glauben sie, daß die ernsthaften Leute in England es für wahrscheinlich halten, daß Deutschland seinerseits auf einen Krieg mit England hinarbeite. Abgesehen davon, daß derartiges den Absichten und Interessen von Regierung und Volk hierzulande schnurstracks zuwiderliefe, sind wir auch nicht naiv genug, zu glauben, daß in fünf Jahren die deutsche Flotte soweit sein würde, gegen eine Seemacht wie England einen Angriffskrieg führen zu können. Es gibt hier aber andere Leute, welche die Besorgnis nicht von der Hand weisen wollen, daß dem Säbelgerassel der erwähnten Blätter doch Ernsteres zugrunde liegt, und weisen vor allem auf die Dislokationen und Konzentrationen der englischen Schlachtschiffe hin. Gleichviel wie sich die Dinge verhalten mögen, so ist der Wunsch unserer leitenden Personen jedenfalls begreiflich, mit dem Botschafter persönlich zu konferieren. Wenn Sie mir Ihre Ansichten über die obenerwähnten Punkte freundlich mitteilen wollten, würden Sie mir einen großen Gefallen erweisen.

Mit bekannter Hochschätzung verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr ganz ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

III.

Berlin, den 6. Januar 1905.

Sehr verehrter Herr Baron!

Der englische Botschafter am hiesigen Hofe ist vor kurzer Zeit nach längerem Urlaub auf seinen Posten zurückgekehrt und hat mit den Leitern der hiesigen Politik sehr rege Beratungen gepflogen. Es wird Sie interessieren und sicherlich erfreuen zu hören, daß hierbei eine, wie mir scheint, wesentliche Besserung der Beziehungen angebahnt worden ist. Die Befürchtungen, von denen ich Ihnen neulich schrieb, haben selbstverständlich



auch den Gegenstand der Unterhaltung gebildet, und man scheint allseits erkannt zu haben, daß kein Grund zu gegenseitigem Argwohn ernstlich besteht. Der englische Botschafter ist mehr als je davon überzeugt, daß die deutsche Regierung mit voller Aufrichtigkeit ein gutes Verhältnis zu England anstrebt; wenn es gelungen ist, Mißtrauen gegen die englischen Absichten zu säen, so glaube ich, daß das ausschließlich aus gewissen Kreisen der Marine herstammt, was zwar nicht ganz ohne Wichtigkeit ist bei dem großen Interesse, das der Kaiser seiner Flotte zuwendet; indessen geht der Einfluß dieser Kreise denn doch nicht so weit, daß von ihnen aus politische Verwicklungen zu befürchten wären, da gleichzeitig wir hier zu bemerken glauben, daß die Schärfe in dem Ton der englischen Presse sich gemildert hat, und auch unsere Presse in ein ruhiges Fahrwasser gekommen zu sein scheint. So darf man alles in allem zu dem Schluß gelangen, daß die Situation sich gebessert hat.

Die Angelegenheit des Besuches englischer Kaufleute in Berlin, über die ich das Vergnügen hatte, im vergangenen Sommer mit Ihnen zu sprechen, schwebt noch immer, und ich hoffe, Gelegenheit zu haben, mich bald mit Ihnen darüber zu unterhalten, da ich die Absicht habe, in etwa vierzehn Tagen nach London zu kommen. Es stellen sich dem Projekt große Schwierigkeiten entgegen, die hauptsächlich darin liegen, daß die englischen Herren, die die Reise unternehmen wollen, nicht die Stellung und Bedeutung haben, die es möglich machen würde, den Empfang hier entsprechend einzurichten. Nachdem aber einmal viel darüber gesprochen worden ist, wird es hier für bedenklich gehalten, die Sache ganz fallen zu lassen, weil man fürchtet, die betreffenden Herren zu verletzen. Das könnte sich dann darin äußern, daß die Sache in der Presse so dargestellt wird, deutscherseits seien absichtlich Unfreundlichkeiten begangen worden.

Wie ich höre, sind in London Ansichten laut geworden, die dahin gehen, daß die Emission der neuen russischen Anleihe einen Fehlschlag bedeuten wird. Es ist immer ein übles Ding, den Propheten spielen zu wollen, indessen nach den zahllosen Gesuchen um Unterbeteiligungen und Zusagen fester Stücke in der Emission müßte man schließen, daß die Emission sich ganz glatt abwickeln wird. Die Konstruktion des Geschäftes, wonach das neue Papier für den Inhaber sowohl den Vorteil des Schatzscheines als der festen Rente darstellt, gefällt allgemein und trägt natürlich zu einem guten Erfolg bei. An der heutigen Börse wurde die neue Anleihe im freien Verkehr per Erscheinen mit 1¼% Prämie ziemlich lebhaft umgesetzt.

Was den weiteren Fortgang der Ereignisse im fernen Osten angeht, so

hat hier niemand ein festes Urteil darüber. Aus verschiedenen Äußerungen, die aus Japan nahestehenden Kreisen stammen, leite ich her, daß diese Macht, da nun Port Arthur gefallen ist, zu einem Friedensschluß durchaus geneigt wäre, aber die Einmischung eines Dritten perhorresciert. Ich glaube, daß darin eine große Schwierigkeit liegt; denn trotz aller bisherigen Mißerfolge dürfte Rußland doch nicht soweit seinen Stolz bezwingen, daß es seinerseits unmittelbar mit Friedensvorschlägen an Japan herantritt. Ob überhaupt Rußland grundsätzlich Frieden zu schließen geneigt wäre, weiß ich nicht; unmöglich ist es nicht, da, wie mir von Diplomaten, die soeben aus Petersburg kommen, versichert wird, der Einfluß des Herrn von Witte, der bekanntlich ein Gegner der Kriegspolitik von Anbeginn war, im Wachsen begriffen ist. Jede Nachricht, die Sie mir über Ihre persönliche Ansicht und die Ihrer Freunde mitteilen würden, wäre für mich sehr interessant und wertvoll.

Ich verbleibe in bekannter Hochschätzung, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr ganz ergebener

Paul Schwabach.

---

#### **Aufzeichnung über deutsch-britische Beziehungen.**

30. Januar 1905.

Ich war Mitte dieses Monats auf einige Zeit in London, um geschäftliche Angelegenheiten meiner Firma zu ordnen, habe eine Anzahl von hervorragenderen Vertretern der City gesprochen, auch Gelegenheit gehabt, mit einigen politischen Persönlichkeiten zusammenzutreffen. Soweit die geschäftliche Lage in Frage kommt, glaube ich feststellen zu können, daß deren Beurteilung in den letzten Monaten eine dauernd bessere geworden ist. Der Geldmarkt, und im Zusammenhang damit die gesamte finanzielle Gebarung des ganzen Landes, hatten überraschend lange unter den Folgen des Transvaalkrieges gelitten, insbesondere auch nach der Richtung, daß durch die schnelle und umfangreiche Vermehrung der umlaufenden Staatspapiere eine Entwertung dieser wichtigsten Kategorie von Effekten eingetreten war. Der Prozeß der dauernden Placierung dieser Werte ist nunmehr in günstigem Fortschreiten begriffen. Zugleich haben die Dinge in Südafrika eine Wendung zum Besseren genommen, die Goldproduktion wächst stetig, ebenso lassen die Handelsausweise ein Wiederaufblühen des

ins Sinken geratenen Ausfuhrhandels erkennen, lauter Momente, welche eine zuversichtlichere Haltung der Geschäftsleute herbeigeführt haben.

Die Stellung des gegenwärtigen Kabinetts ist eine derartige, daß es nur eine Frage der Zeit sein kann, wann sein Sturz eintritt. Die unionistische Mehrheit des Unterhauses ist des gegenwärtigen Zustandes selbst überdrüssig, wie schon daraus hervorgeht, daß ein großer Teil der Abgeordneten erklärt hat, kein Mandat mehr annehmen zu wollen. Man ist auch darauf gefaßt, daß Mr. Chamberlain eine dem Ministerium ungünstige Abstimmung herbeiführen kann, was ihm mit seiner persönlichen Gefolgschaft nicht schwer fallen würde. Mr. Chamberlain ist davon durchdrungen, daß ein liberales Kabinett sehr bald abwirtschaften, und dann der Zeitpunkt zur Durchführung seiner Pläne gekommen sein wird. Wie lange das Kabinett Balfour sich noch halten wird, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen; die Prophezeiungen schwanken zwischen einigen Wochen und sechs bis neun Monaten. Die Ansicht, daß einem liberalen Kabinett, dessen Vorsitzender höchstwahrscheinlich Sir Henry Campbell-Bannerman und dessen auswärtiger Minister vermutlich Sir Edward Grey sein würde, keine lange Herrschaft bevorsteht, ist ziemlich allgemein verbreitet. Es harren seiner außerordentlich schwierige Aufgaben, u. a. auch in bezug auf die Trade Unions-Gesetzgebung, und bei der geringen Einigkeit der liberalen Führer unter sich und der parlamentarischen Gruppen, auf deren Unterstützung sie angewiesen sind, ist es allerdings nicht wahrscheinlich, daß die Liberalen sich lange am Ruder werden halten können.

Was nun die Stimmung Deutschland gegenüber betrifft, soweit mir dieselbe erkennbar geworden ist, so bin ich leider nicht zu der Überzeugung gekommen, daß sich dieselbe wesentlich gebessert habe. Fast überall wurde ich sogleich mit der Frage empfangen, was es denn mit der sogenannten Kriegsgefahr im Dezember auf sich habe. Meine sämtlichen Gewährsmänner leugneten auf das bestimmteste, daß von englischer Seite ein Angriff erwogen worden sei und bestritten, daß die Zeitungsartikel, welche hierzulande besonderen Anstoß erregt zu haben scheinen, nämlich in der „Army and Navy Gazette“ und in „Vanity Fair“, irgendwelche Bedeutung gehabt hätten oder gar auf Ansichten und Absichten der Regierungskreise einen Schluß zuließen. Auch die Ansicht findet nicht wenige Anhänger, daß man in Deutschland selbst nicht ernstlich an einen bevorstehenden Angriff geglaubt, sondern sich aus irgendwelchen Gründen nur den Anschein gegeben habe. Denn die Geschichte des letzten Jahrhunderts zeige deutlich, daß England Angriffskriege nicht zu führen pflege. Ich möchte in der



Tat glauben, daß eine aggressive Politik, gegen wen sie auch gerichtet sein mag, selbst wenn eine englische Regierung eine solche beabsichtigte, im Lande außerordentlich unbeliebt sein würde. England hat soeben erfahren, und zwar an der empfindlichsten Stelle, nämlich dem Geldbeutel, was ein Krieg für eine handeltreibende Nation zu bedeuten hat, und es würde sich ohne Not schwerlich auf Abenteuer einlassen, wobei noch in Betracht zu ziehen ist, daß in diesem Augenblicke die Liberalen, d. h. für England erfahrungsgemäß die unkriegerischen Elemente, die Oberhand haben.

Eine sehr herbe Kritik hat die bekannte Rede des Professors Paasche hervorgerufen, von welcher die „Times“ zu wissen glaubte, sie sei von oben her inspiriert gewesen, um später einmal gegen England verwendet zu werden. Wenn ich meinerseits behauptete, daß der Herr lediglich aus sich heraus gesprochen habe und seinen Äußerungen eine besondere Bedeutung nicht beizulegen sei, so hatte ich einen schweren Stand, da es bei der Stellung des englischen Parlaments nicht leicht ist, den Herren klarzumachen, daß die Rede eines Vizepräsidenten des Reichstages politisch belanglos sei.

Als Beweis, daß die Atmosphäre in London mit einer gewissen Mißstimmung gegen uns geladen ist, betrachte ich, daß ein Freund von mir, den ich innerhalb einer Woche hier und in London sprach, erst sehr freundliche Gesinnungen zur Schau trug, dann aber in London zwar immer noch grundsätzlich von einer Annäherung der beiden Länder schwärmte, aber voll von Geschichten über den deutschen Haß gegen England usw. war, die er in den wenigen Tagen seines Aufenthaltes drüben von allen Seiten gehört hatte.

Wenn ich nun versuchte festzustellen, worin die unleugbar vorhandene Mißstimmung Deutschland gegenüber beruht, so traten folgende Gesichtspunkte hervor. Die große Masse der Engländer ist mißtrauisch gegen uns. Sie lesen aus den Erzeugnissen unserer Presse und Literatur heraus, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes, und zwar gerade in den gebildeten Ständen, eine unüberwindliche Abneigung gegen ihr Land besteht. Es versteht sich, daß ich dieser Auffassung nach Kräften widersprochen habe; leider aber lehrt mich meine eigene Erfahrung, daß dieselbe nicht unberechtigt ist. Insbesondere ist die Haltung während des Burenkrieges, die von unserer Presse eingenommen wurde, noch immer nicht vergessen, und wenn man darauf hinweist, daß seither der Ton ein ganz anderer und freundlicherer geworden sei, muß man auf die Antwort gefaßt sein: *you were unkind whilst we were in trouble and you are less so when we are strong*. Es wirkt aber besonders aufreizend auf das große Publikum, das, was man dort *the man in the street* nennt, daß die deutschfeindlichen Blätter nicht

müde werden, die abgeschmackte Behauptung zu wiederholen, der Reichskanzler habe in den bekannten Reden die englische Flotte verunglimpft. Die Ausführung des deutschen Flottenprogramms ist ein wirklicher oder angegebener Grund zur Beunruhigung, und es wird behauptet, daß zwar nicht die Zahl der zu bauenden Schiffe, wohl aber der Typus der Schlachtschiffe mit kleinem Kohlenraum keinen anderen Zweck haben könne, als in einem gegebenen Augenblick, z. B. wenn ein Teil der britischen Flotte anderwärts beschäftigt sei, über England herzufallen. Bei meinem Mangel an Kenntnissen in Marinefragen mußte ich mich auf den Einwand beschränken, daß bisher noch niemand auf den Gedanken gekommen sei, aus dem Vorhandensein und der weiteren Verstärkung unseres Landheeres den Wunsch herzuleiten, mit einem unserer Nachbarn einen Streit vom Zaun zu brechen. Das will man nicht gelten lassen; denn während ein Krieg gegen Rußland oder Frankreich keine nennenswerten Vorteile uns zuwenden könne, so könnten wir nach einem siegreichen Kampfe gegen England uns an seinen Kolonien schadlos halten und zu unseren Gunsten den englischen Handel schwer schädigen. Es wird auch aus Büchern, wie dem überaus törichtem Niemannschen Werke „Deutsche Träume“, das in vielen Exemplaren verkauft worden ist, hergeleitet, daß das deutsche Volk wirklich solche Träume hege. Wenn die englische Presse vielfach darauf hinweist, daß zwischen Deutschland und Rußland Abmachungen in irgendwelcher Form bestehen, so findet das leicht Glauben. Es erscheint dem Durchschnittsengländer, der über kontinentale Angelegenheiten nur mangelhaft unterrichtet zu sein pflegt, als ein Axiom, daß in Deutschland die Grundsätze der Heiligen Allianz noch immer lebendig sind, und daß die Scheidung Europas in die konservativen Ost- und die liberalen Westmächte noch heute einen Angelpunkt der Politik bildet. Es mögen einzelne über einen Ausgleich zwischen England und Rußland theoretisieren; der großen Menge ist Rußland nach wie vor der Erbfeind.

Nun gibt es in England eine Strömung, die, um sich durchzusetzen, eines Gegensatzes gegen Deutschland bedarf, nämlich die imperialistisch-schutzzöllnerische. Mr. Chamberlain und seine Anhänger stoßen auf große Schwierigkeiten in dem Bemühen, ihren Landsleuten klarzumachen, daß sie für die Ausgestaltung der Flotte und des Heeres große Opfer auf sich nehmen müssen, sowie für den Zusammenschluß der Kolonien und des Mutterlandes zu einer mehr oder weniger durchgeführten Zolleinheit. Die wichtigsten Argumente, die er anführen kann, sind: Der Rückgang des englischen und der unaufhaltsame Fortschritt des deutschen Handels, mit welch

letzterem die politisch-maritimen Bestrebungen Deutschlands in Zusammenhang stünden. Es bildet nun eine Erschwerung des Chamberlainschen Feldzuges, daß seit einiger Zeit die englischen Handelsausweise wieder besser werden und daß im allgemeinen die Industrie anfängt sich aufzuraffen und kräftiger zu fühlen. Um so größerer Nachdruck muß von Chamberlains Standpunkt aus auf die Bedrohung des englischen Handels von außen her gelegt werden, und da, anscheinend grundsätzlich, jede Erörterung über den nordamerikanischen Wettbewerb ausgeschlossen wird, so muß eben Deutschland herhalten. Es kommt hinzu, daß Mr. Joseph Chamberlain sowohl wie auch sein Sohn Austen persönlich eine scharf antideutsche Gesinnung haben sollen, und zwar nicht nur wegen der freilich recht brutalen Angriffe, denen der Vater lange Zeit in der deutschen Presse ausgesetzt war, sondern der ehemalige Kolonialminister soll der Meinung sein, daß er auch politisch Grund habe, sich über Deutschland zu beklagen. Es ist mir freilich nicht gelungen, zu erkunden, worauf sich das bezieht. Das zukünftige liberale Kabinett wird naturgemäß gerade in diesen Fragen einen anderen Standpunkt einnehmen; es wird die Militärausgaben aller Art in möglichst engen Grenzen halten und einen möglichst unbedingten Freihandel aufrecht erhalten wollen. Aber, wie bereits oben ausgeführt, darf man auf einen langen Bestand des liberalen Regiments nicht rechnen. Jedenfalls aber, gleichviel welcher politischen Partei die jeweilige Regierung angehört, so ist gerade in auswärtigen Fragen die Volksstimmung das Maßgebende, welche allerdings durch eine geschickte Hand nach der einen oder anderen Richtung hin beeinflußt werden kann. Indessen halte ich es für mehr als eine Redensart, daß die englischen Minister bestrebt zu sein pflegen, die Volksmeinung zu erkennen und ihr entsprechend zu handeln. Mir wurde aus guter Quelle eine Unterhaltung berichtet, welche der Botschafter in St. Petersburg, Sir Charles Hardinge, mit dem Grafen Lamsdorff\* über den Zwischenfall in Hull hatte. Der erstere fragte, was denn nun zur Genugtuung und Beruhigung der öffentlichen Meinung geschehen solle, worauf Graf Lamsdorff erstaunt erwiderte, der Zar habe ja bereits dem König Edward telegraphisch sein Bedauern ausgesprochen. Sir Charles erwiderte darauf: das ist doch aber keine Genugtuung für das englische Volk und bejahte energisch die Gegenfrage: *Nous ne traitons donc pas avec un gouvernement, mais avec un peuple?*

---

\* russischer Minister des Äußern.



**Brief an den italienischen Schatzminister Luzzatti, Rom.**

Berlin, le 17 février 1905.

Monsieur le Ministre!

Lorsque j'eus l'honneur de causer avec Votre Excellence au sujet de la conversion des rentes italiennes, il y a environ dix mois, Vous étiez du sage avis que le moment pour une opération si importante n'était pas venu, qu'il fallait attendre la fin de la guerre en Extrême Orient et observer l'effet qu'elle aurait produit sur le marché monétaire mondial. Cette guerre dure encore et les chances d'une paix prochaine sont fort douteuses. Cependant, je me demande et j'ose soumettre cette question à Votre haut et compétent jugement, si, à l'heure qu'il est, la conversion n'aurait pas beaucoup de chances de réussir. Partout l'argent est très abondant, au point qu'il est parfois difficile à placer; les rentes de toutes les catégories sont en hausse; la tendance des bourses en général paraît excellente. Je note comme trait intéressant que les caves de la Banque de l'Empire Allemand contiennent plus d'or que jamais depuis l'existence de cet établissement. Quant à de futures émissions internationales qui pourraient grever sur le marché monétaire, il faut s'attendre, sans doute, à un emprunt franco-russe. Je ne pense pas qu'il aurait lieu de s'en effrayer pour deux raisons: 1° les banques d'émissions avaient déjà fait tous leurs préparatifs pour un placement immédiat dans leurs clientèles pour la fin de ce mois, et cela n'a été que partie remise à cause des grèves et révoltes en Russie; 2° il est certain que, tout comme lors de l'emprunt précédant, on imposera au gouvernement russe l'obligation de ne retirer la contre-valeur de l'emprunt qu'en échelons fortement espacés.

Les japonais, d'après mes informations, n'auront pas de si tôt recours à l'étranger et, le cas échéant, ce serait à Londres et New York qu'ils s'adresseraient, places qui n'intéressent le Trésor Italien qu'indirectement.

Somme toute, je crois donc: se moment actuel serait favorable, et de le laisser passer signifierait peut-être y renoncer pour longtemps encore.

Si Votre Excellence envisagerait la situation de la même manière et si Elle n'avait pas des motifs politiques ou autres pour ne pas entreprendre la conversion en ce moment, je serais très heureux de venir à Rome pour discuter la question de vive voix. Il me semblerait, pourtant, désirable de ne pas donner l'éveil par un déplacement ad hoc, et justement il se présente une bonne occasion: je compte assister à une séance de la Banca Com-

merciale à Milan le 23 février, et il serait tout simple que je pousse jusqu'à Rome. En me proposant de n'avertir mes amis qu'après avoir appris exactement les vues de Votre Excellence, je croirais pouvoir faire une exception pour M. Joel que je sais honoré de Votre confiance. Quant à la maison de Rothschild Frères, il va sans dire que je laisse à Votre haut gouvernement l'initiative pour s'adresser à elle, à moins que Vous ne me chargiez de tâter le terrain auprès de ces messieurs. J'ignore ce qu'ils pensent actuellement. Il est vrai qu'il y a un an leur attitude était plutôt réservée; il y a cette différence pourtant qu'à cette époque-là il était douteux, si l'émission russe n'incomberait pas à la maison Rothschild, et s'il n'en fallait pas concentrer les forces.

J'espère que ces lignes qui sont dictées par mon dévouement au gouvernement italien ne seront pas trouvées indiscrètes par Votre Excellence. Je compte quitter Berlin le matin du 22 février et je serais bien aise, si Votre Excellence avait l'extrême obligeance de me faire savoir, auparavant, par un mot télégraphique, si Elle croit que ma présence à Rome serait utile; dans ce cas, je pourrais y être le 23 février. A Milan je descendrai à l'Hôtel Cavour.

Veillez agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de ma très haute considération et de ma respectueuse admiration avec laquelle je suis de

Votre Excellence

le très dévoué

P a u l S c h w a b a c h ,

en raison sociale S. Bleichröder.

---

**Brief an den Generaldirektor der Banca d'Italia, Stringher, Rom.**

Berlin, le 4 mars 1905.

Monsieur le Directeur Général!

Je pense que, tout en regrettant comme moi que le Baron de Rothschild n'ait pu se décider d'emblée, vous n'en serez pas trop surpris. Voici, à peu près, les motifs qu'il m'a donnés pour sa réserve: l'abondance d'argent ne serait qu'apparente en ce sens qu'elle ne provenait que du fait que les capitalistes effrayés de la situation politique préfèrent garder leur argent en caisse au lieu de le placer (n. b., je ne partage pas du tout cette opinion); les faits inquiétants seraient selon M. de Rothschild la guerre, les troubles

en Russie, mais aussi la politique intérieure de France, notamment les projets d'un impôt sur le revenu et la loi sur la séparation de l'état et de l'église. En outre, il doute que le public français soit disposé à accepter une réduction de taux d'intérêts dans un moment où l'on lui offre des valeurs d'un rendement aussi avantageux que p. e. les fonds russes, dont une nouvelle émission se prépare justement. Il est évident (et en cela je suis de son avis) que le succès dépend, avant tout, de l'Italie, et il faudrait savoir avec une presque certitude, si le public italien convertirait ses titres (à ceci j'ai répondu que je me fiais au jugement de Monsieur le Ministre et au vôtre, ce que M. de R. trouva raisonnable). Cependant, même en obtenant un succès de conversion momentané, il se pouvait qu'à la longue les italiens ne veuillent pas se contenter d'un rendement amoindri et viennent vendre leurs titres à Paris, ce qui mènerait à une situation grave. M. de R. m'a dit qu'en face des ces éventualités il sentait qu'il s'agissait de prendre sur soi une très grosse responsabilité et qu'il fallait y regarder à deux fois. Après quelques discussions dans le sens arrêté à Rome, je lui parlais de votre projet de voyage et disais que, sans doute, vous seriez bien plus apte de lui donner toutes les explications, aussi étais-je venu surtout pour annoncer votre visite, que les journaux expliqueraient d'une façon quelconque qui ferait croire que vous vous déplaciez pour vos affaires de la Banca d'Italia. M. de R. ne voulut, cependant, pas en entendre parler, croyant que tout le monde devinerait le véritable motif, et il veut éviter cela à tout prix; il préfère que vous vous adressiez à M. P.

En vous télégraphiant que je ne croyais pas que M. de R. ait dit son dernier mot, voici mon motif: je crois avoir senti (il s'agit, sans doute, de sentiments seulement) qu'au cours de la conversation sa résistance était devenue moins décidée; il ne s'est pas rendu, mais il cherchait et recherchait de nouveaux motifs, et plus l'entretien avançait, plus il protestait de sa bonne volonté de coopérer en principe. A la fin, il m'a prié tout exprès de vous transmettre sa réponse négative sous une forme qui ne laisse aucun doute sur le fait que son refus était causé par des réflexions spéciales et d'un caractère épisodique.

Beaucoup dépendra de l'attitude que prendra M. P.; on me le décrit comme un monsieur qui, ayant une jolie fortune, ne trouve pas nécessaire de se donner beaucoup de mal. Il se pourrait pourtant — vous en jugerez mieux que moi — qu'il soit sensible à des témoignages de sympathie et d'estime de la part du Gouvernement, tandis que son chef, à son âge, en est moins profondément touché. Il comprendrait aussi, combien sa position per-



sonnelle devrait souffrir, si le Gouvernement était obligé de faire cette importante opération sans le concours de la maison qu'il représente.

On m'a dit que le Baron Alphonse a l'intention de se rendre au littoral vers la mi-mars; il serait facile d'y avoir un rendez-vous avec vous ou que du moins M. P. l'y aille voir. De mon côté, je me suis proposé d'aller passer une semaine ou deux à Beaulieu, à partir du 22 mars environ, étant un peu fatigué. Je serais à votre disposition pour venir à Milan ou même à Rome. Inutile d'ajouter que toute autre arrangement que vous feriez m'irait aussi. Je dois, cependant, faire observer que je crois que je ne puis pas m'adresser de nouveau à M. de R. avant qu'il ne se soit déclaré prêt à marcher en principe; d'après ma connaissance de ses opinions, il préférera être saisi de la question directement par votre gouvernement.

Vous ne m'en voudrez pas si je vous prie de garder strictement pour vous ce qui suit: par hasard, j'ai appris d'une très bonne source, mais qui n'est pas le gouvernement allemand, que la paix est moins éloignée que l'on ne croit. Ceci changerait certainement les vues de M. de R., raison de plus pour ne pas se presser pour quelques semaines. Je sais que M. le Ministre voulait justement éviter la liquidation de la guerre, mais, si l'emprunt franco-russe coïncidait avec la conclusion de la guerre, se serait déjà une partie de cette liquidation.

Pendant les longues heures solitaires en chemin de fer, j'ai encore bien réfléchi aux conversations que j'ai eues avec vous sur la conversion même; il y aura là encore plusieurs choses à dire, mais pour en reparler j'attendrai une autre occasion.

Je vous prie de me rappeler au bon souvenir de S. E. Monsieur Luzzatti; il ne m'en vaudra pas, je l'espère, de n'avoir pas mieux réussi à Paris.

Veillez agréer, Monsieur le Directeur Général, l'expression de ma très haute considération.

P a u l S c h w a b a c h.

#### Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.

I.

Berlin, den 1. Mai 1905.

Sehr verehrter Herr Baron!

Meinen Depeschen, welche sich auf die Marokko-Angelegenheit bezogen, möchte ich einige erläuternde Worte hinzufügen, nachdem ich gestern Gelegenheit gehabt habe, mich an autoritativer Stelle über den Stand der Verhandlungen zu erkundigen.

Die Grundauffassung der Berliner Regierung dürfte Ihnen bekannt sein; da in Marokko namhafte deutsche Interessen vorhanden sind, glaubte man, daß wir darauf Anspruch hätten, seitens Frankreichs über sein Abkommen mit England Mitteilungen zu erwarten. Die anscheinend aus dem Pariser Auswärtigen Amt stammenden Behauptungen, solche Mitteilungen seien erfolgt, enthalten das Anerkenntnis, daß die deutschen Ansprüche in dieser Hinsicht begründet seien; aber, wenn auch M. Delcassé in Unterhaltungen mit unserem Botschafter, und der hiesige französische Botschafter in gelegentlichen Unterhaltungen über das Abkommen gesprochen haben, ist doch dasjenige nicht erfolgt, was man, dem diplomatischen Brauche entsprechend, als Mitteilung anzusehen pflegt, nämlich schriftliche Kenntnissgabe der getroffenen Abmachungen, durch die allein die deutsche Regierung in die Lage gekommen wäre, sich ein ausreichendes Urteil über deren Tragweite zu bilden. Der Anstoß, öffentlich gegenüber dem französischen Vorgehen Stellung zu nehmen, wurde gegeben, als die freilich seither bestrittene Meldung hierher gelangte, der französische Spezialgesandte in Marokko hätte sich als den Beauftragten ganz Europas ausgegeben. Es war und ist seitdem die einstimmige Meinung der Leiter unserer auswärtigen Politik, daß Deutschland das nicht ruhig hinnehmen könne, daß man über seine Interessen verfüge, ohne auch nur bei ihm anzufragen. Daß diese Auffassung ihre volle Berechtigung hat, geht klar hervor aus dem Verhalten des französischen Ministerpräsidenten, der zwar nicht offiziell, aber doch tatsächlich M. Delcassé gegenüber eine Stellung einnimmt, die von einem désaveu kaum noch zu unterscheiden ist. Man glaubt hier auch zu wissen, daß Lord Lansdowne das Vorgehen Delcassés durchaus nicht billigt; nun liegt aber unserer Regierung nichts ferner, als übertriebene Forderungen stellen zu wollen, und, da die französische Regierung vor etwa zehn Tagen amtlich erklärt hat, daß sie zu freundschaftlichen Verhandlungen geneigt sei, herrscht hier kein Zweifel, daß der Streitfall in einer alle Teile befriedigenden Weise gelöst werden wird. Allerdings werden bis dahin wenigstens noch einige Wochen verstreichen; denn die französische Regierung hat ihrer erwähnten, übrigens in lebenswürdigste Form gekleideten Erklärung den Wunsch hinzugefügt, von Deutschland Vorschläge zu empfangen. Das erscheint unseren Herren nicht ganz logisch, da sie meinen, es sei an demjenigen Teile, Vorschläge zu machen, welcher an dem status quo etwas zu ändern wünsche. Es kommt aber noch ein zweiter wichtiger Grund hinzu, welcher unsere Regierung veranlaßt, in den Besprechungen eine Pause eintreten zu lassen. Der deut-

sche Abgesandte, Graf Tattenbach, ist auf dem Wege nach Fez, und begreiflicherweise wünscht man, daß derselbe sich erst an Ort und Stelle informiere und seiner Regierung die notwendigen Unterlagen liefere. Graf Tattenbach soll etwa am 10. Mai in Fez eintreffen.

Ich wiederhole, daß man über die Marokko-Angelegenheit hier sehr ruhig und besonnen denkt und irgendwelche Verwicklungen nicht erwartet. Es könnte von Nutzen sein, wenn Sie, verehrter Herr Baron, aus Ihrer genauen Kenntnis der dortigen Anschauungen mir einiges mitteilten; denn unzweifelhaft liegt ein allgemeines Interesse dafür vor, nicht etwa durch Zwischenfälle eine Sache aufbauschen zu lassen, welche in keiner Weise dazu angetan ist, die Ruhe Europas zu stören.

Ich verbleibe, sehr verehrter Herr Baron, in bekannter Hochschätzung

Ihr ganz ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

## II.

Berlin, den 5. Mai 1905.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich habe Ihren liebenswürdigen Brief mit bestem Dank erhalten und mich bei der Wichtigkeit der von Ihnen angeschnittenen Frage veranlaßt gesehen, auf dem geradesten Wege mich zu erkundigen. Ich erhielt folgende Antwort, welche ich in den Hauptpunkten an Ort und Stelle niedergeschrieben habe:

Wir haben M. Delcassé während seiner siebenjährigen Amtsdauer nicht gerade freundlich, aber niemals aggressiv gefunden. Sein Verhalten in der Marokkofrage zeigte anfangs ein Verkennen unserer Stellung als Vertragsstaat, er hat aber neuerdings den Wunsch gezeigt, uns entgegenzukommen. Mancher andere Politiker wäre denkbar, welcher in Delcassés Stellung die Lage wesentlich verschärfen würde.

Andererseits sind wir grundsätzlich dagegen, fremde Minister zu stützen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß solche Einmischung allemal schädliche Folgen hat. So war z. B. vor 30 Jahren der liebenswürdige und konziliante Duc Decazes in Paris auswärtiger Minister: als davon die Rede war, daß Graf Chandordy ihn ersetzen solle, verwandten wir uns für Decazes. Er blieb, war aber von da ab unausstehlich gegen Deutschland, einmal weil er sich als ministre indispensable ansah, besonders aber weil er in Frankreich



nicht den Verdacht aufkommen lassen wollte und konnte, daß er sich den Deutschen verpflichtet fühle. Die deutsche Regierung, welcher von da ab mancherlei Ärger durch den Herzog Decazes bereitet wurde, hat diese Lehre nicht vergessen. Wenn M. Delcassé die Empfindung hätte, deutscher Fürsprache sein Bleiben zu verdanken, wird er geradezu in der Zwangslage sein, gegen Deutschland die schroffe Seite hervorzuheben. Wir werden also nichts tun, direkt oder indirekt, was den Verdacht rechtfertigen könnte, als hätten wir uns Herrn Delcassé persönlich verpflichten wollen\*.

Ich bitte Sie, die vorstehenden Ausführungen in allen Teilen als *n i c h t* von mir, sondern von berufener Seite herrührend betrachten zu wollen; ich unterlasse es darum auch, Weiteres hinzuzufügen. Nur das kann ich noch sagen: man ist hier überzeugt, einen durchaus korrekten Standpunkt einzunehmen, von welchem man auch nicht abweichen wird; man ist auch davon überzeugt, daß dieser Standpunkt von der anderen Seite als korrekt wird anerkannt werden und rechnet auf eine friedliche Beilegung des Zwischenfalles.

Mit dem Ausdruck meiner größten Hochschätzung verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

### III.

Berlin, den 14. Juni 1905.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ihr sehr liebenswürdiges Schreiben vom 8. Juni habe ich leider verspätet erhalten, da ich schon Freitag zu mir aufs Land gegangen war und erst Dienstag im Laufe des Tages nach Berlin zurückkehrte. Was Ihre Anfrage betrifft über die hiesige Auffassung der politischen Lage, so will ich auch zunächst mit Japan und Rußland beginnen. Es ist außerordentlich schwer, sich eine genaue Vorstellung machen zu können von dem, was vorgeht. Soviel scheint festzustehen, daß eine Zusammenkunft russischer und japanischer Delegierter beabsichtigt wird. Ob indessen daraus ernstliche Verhandlungen entstehen und mit welchem Erfolge, vermag auch hier niemand zu sagen. Ich glaube, daß Japan Frieden machen will, falls seine gerechten Ansprüche befriedigt werden. Die Hauptpunkte wären: Annexion Port Arthurs, Rückgabe der Mandschurei an China und Zahlung einer

---

\* S. u. S. 293.

Kriegsentschädigung seitens Rußlands. Es ist des ferneren unzweifelhaft, daß in Rußland auch in Kreisen, welche der Regierung und dem Hofe nahe stehen, es eine sehr große Anzahl von Personen gibt, welche unter solchen Bedingungen den Frieden geschlossen sehen möchten. Aber der endgültige Entschluß hängt von dem Willen eines Einzigen ab, und da dieser Einzige den mannigfachsten und wechselndsten Einflüssen unterworfen ist, so läßt sich nichts Gewisses vorhersagen. Gerade heute empfang ich den Besuch eines Bekannten von mir, welcher dienstlich der Person des Grafen Lamsdorff attachiert ist und der im großen ganzen gleichfalls die Tatsachen so kennzeichnete, wie ich es hier getan habe. Dieser Herr meinte speziell, daß Rußland auch die Zahlung einer Kriegsentschädigung auf sich nehmen müsse, nur würde es erforderlich sein, den Namen einer Kriegskontribution zu vermeiden und irgendeine für den Nationalstolz weniger verletzende Form zu finden. Ein einflußreicher Teil der Umgebung des Zaren soll vor einem Friedensschluß um deswillen zurückschrecken, weil dann die Armee in das Innere Rußlands zurückkehren würde, und man fürchtet, daß die zum Teil durch den Krieg verwilderten Soldaten, die durch die Niederlagen erbittert sind, eine bedenkliche Verstärkung der unruhigen und antidynastischen Elemente darstellen würden. Es soll sogar in Petersburg erwogen worden sein, einen Teil des Heeres als eine Art Militärkolonie draußen anzusiedeln. Diese Nachricht habe ich aus dem Munde eines allerdings nicht in amtlicher Stellung befindlichen Russen, und sie hat nicht viel Wahrscheinlichkeit für sich. Es ist aber bezeichnend, daß in Petersburg dergleichen diskutiert wird.

Was die militärische Lage betrifft, so ist hier wohl nirgends ein Zweifel darüber, daß durchgreifende russische Erfolge so gut wie ausgeschlossen sind, so daß eine weitere Dauer des Krieges für Rußland nur Nachteile im Gefolge haben könnte.

Vor wenigen Tagen schwirrte eine Nachricht durch die Blätter, daß einige europäische Mächte, darunter auch England, Japan daran verhindern würden, sich in Port Arthur festzusetzen. Ich habe mit meinen hiesigen Freunden über diese Nachricht noch nicht sprechen können; aber nach allem, was ich früher über die Haltung der hiesigen Regierung erfahren habe, glaube ich bestimmt sagen zu können, daß Deutschland sich auf Derartiges nicht einlassen würde, und ich nehme an, daß die Notiz, soweit England betroffen wird, falsch ist.

Was nun unsere Beziehungen zu Frankreich angeht, so scheint mir in der Tat unsere Regierung mit dem Abgang von M. Delcassé zufrieden zu

sein. Denn seit er im Amte war, hat er geflissentlich alles getan, um Deutschland Ungelegenheiten zu bereiten. Das ist nicht nur eine Vermutung, sondern es liegen dafür Beweise vor. Nicht zum wenigsten rechne ich ihm als tadelnswert an, daß er unzweifelhaft dazu beigetragen hat, das Verhältnis zwischen England und Deutschland zu einem unbefriedigenden zu machen. Ob M. Rouvier endgültig auswärtiger Minister bleiben wird, ist noch nicht bekannt; aber er würde wohl nur einem solchen Manne das Portefeuille anvertrauen, der die Gewähr dafür bietet, daß er es im Sinne Rouviers verwaltet, und letzterer hat auf das deutlichste zu verstehen gegeben, daß er eine freundnachbarliche Behandlung aller zwischen Frankreich und Deutschland schwebenden Fragen wünscht. Da, wie ich mit voller Überzeugung Ihnen neulich schrieb, man auch hier nichts Besseres wünscht, als sich gütlich zu einigen, keine Sondervorteile erstrebt, sofern die Würde und Interessen Deutschlands respektiert werden, so habe ich keine Sorge, daß speziell über Marokko wir uns mit Frankreich verständigen werden. Wie es mit der Konferenz bestellt sein wird, wird in gewissem Ausmaß von der Haltung Englands abhängen. Was darüber in den Zeitungen steht, — und anderes weiß man hier nicht — läßt nicht deutlich erkennen, ob England die Konferenz beschicken will oder nicht. Da Frankreich dazu bereit ist, sehe ich eigentlich keinen Grund für England ein, es zu unterlassen, bezweifle auch, daß es in seinem Interesse liegt. Aber darüber möchte ich mir ein Urteil nicht erlauben. Dagegen wüßte ich gern, was Ihnen über die Haltung Ihrer Regierung in dieser Frage bekannt ist, und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Freundlichkeit hätten, es mir mitzuteilen.

Die hiesige Börse glaubt an einen baldigen Abschluß des ostasiatischen Konfliktes und verharret in fester Haltung, wobei insbesondere russische Werte in beträchtlichen Summen zu steigenden Preisen umgehen.

Ich verbleibe in bekannter Hochschätzung, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr ganz ergebener

P a u l S c h w a b a c h.



## IV.

Berlin, den 21. Juni 1905.

Sehr verehrter Herr Baron!

Wie mir Herr Nauheim\* mitteilte, wird er in wenigen Tagen in London sein und Ihnen über seine Unterhaltung mit mir vortragen können. Ich möchte Ihnen aber unverzüglich den hiesigen Standpunkt mitteilen. Wir befinden uns der Tatsache gegenüber, daß England das deutsche Vorgehen in Marokko mit mißtrauischen oder feindseligen Augen betrachtet, ohne daß man hier glaubt, zu einer solchen Haltung Veranlassung gegeben zu haben. Die Gründe, welche die deutsche Regierung bestimmten, gegen die Politik des Herrn Delcassé Einspruch zu erheben, habe ich Ihnen schon auseinandergesetzt. Der Umstand, daß Frankreich auch über deutsche Interessen, wenn sie auch dem Umfang nach nicht bedeutend waren, einfach hinwegging, ohne es auch nur der Mühe wert zu achten, eine Anzeige darüber, geschweige denn eine Anfrage nach Berlin gelangen zu lassen, war eine internationale Unhöflichkeit, welche keine Großmacht ohne weiteres hingenommen hätte. Der Zeitpunkt, an welchem der deutsche Einspruch erfolgte, ergab sich von selbst; es war nämlich derjenige, in welchem Frankreich sich anschickte, das Programm, das, wie gesagt, amtlich hier nicht bekannt war, in die Tat umzusetzen, unter dem Vorgeben, als Mandatar Europas zu handeln. Dies französische Programm enthielt *t a t s ä c h l i c h* nichts anderes als die Monopolisierung Marokkos, aus dem ein ähnliches Anhängsel Frankreichs geworden wäre wie Tunis. Wenn England auf seine Rechte in Marokko verzichtet hat oder verzichten will, so hat es dafür an anderen Punkten der Welt Entschädigungen empfangen; außerdem ist das eine Frage, die natürlich Deutschland nichts angeht. Man fragt sich aber, welche Veranlassung England dazu hat, Deutschland das Recht zu bestreiten, für seine, die deutschen, Interessen einzutreten. Es kann unmöglich angenommen werden, daß Ihre Regierung die Ansicht untergeordneter Journalisten teilt, daß Deutschland in Marokko einen territorialen Besitz oder sonst etwas anstrebt, was jetzt oder in Zukunft England Ungelegenheiten bereiten könnte. Es ist ja deutlich genug erklärt worden, daß Deutschland am liebsten den status quo erhalten sehen möchte, wobei natürlich die Maßnahmen, welche die Ruhe des Landes verbürgen, nicht beiseite gelassen werden sollen. Es ist ferner bei jeder Gelegenheit betont worden, daß Deutschland nicht als einzelne Macht, sondern als Vertragsstaat auftritt

---

\* Disponent des Bankhauses N. M. Rothschild & Sons.

und nichts für sich beansprucht, was nicht auch jedem andern zustehen solle. England hat sich vertragsgemäß aus Marokko zurückgezogen. Der Hauptinteressent daselbst ist Frankreich. Die französische Regierung ist im Begriff, sich in freundschaftlicher Weise mit uns auseinanderzusetzen. Was kann England dagegen haben? Wenn nun weiter gesagt wird, Deutschland beabsichtige, einen Keil in die Entente zwischen England und Frankreich zu bringen, so ist mir das vollkommen unverständlich. Diese Entente cordiale könnte doch nur dann einen Stoß erhalten, wenn in Behandlung der marokkanischen Frage sich England von Frankreich trennte. Wenn indessen, wie auf deutscher Seite gewünscht und erwartet wurde, sich England an gemeinsamen Beratungen beteiligt, so ist weder ein Grund dafür vorhanden, daß das Einvernehmen zwischen England und Frankreich gestört wird, noch hat Deutschland irgendwie die Macht, das herbeizuführen. Alles in allem sieht man hier in der Marokko-Frage und in der Art, wie sie deutscherseits behandelt worden ist, nach keiner Richtung hin einen Anlaß für England, sich zu erregen oder besorgt zu sein, und ich darf Ihnen nicht verhehlen, daß hier der Verdacht entstanden ist, daß Marokko nur einen Vorwand bildet. Man fürchtet, daß dahinter Mißstimmungen oder Absichten anderer Art stecken, welche zu erraten man sich vergeblich bemüht. Da aller Wahrscheinlichkeit nach die Marokkofrage, soweit Deutschland und Frankreich in Betracht kommen, in nicht allzu ferner Zukunft gelöst sein wird, so muß dann auch England Stellung nehmen und seine Ansichten und Absichtenzutage bringen, — wie ich zuversichtlich hoffe — in einem Sinne, der zu einer Verschärfung der Situation nicht beiträgt.

Sie hatten neulich die Güte, mir zu schreiben, und Herr Nauheim hat mir mündlich wiederholt, daß Sie bereit sein würden, Anregungen zu geben, welche darauf hinauslaufen würden, daß Staatsmänner unserer beiden Länder sich über die schwebenden Differenzen aussprächen und dieselben zu lösen trachteten. Ich kann Ihnen auf das bestimmteste die Versicherung geben, daß unsere leitenden Politiker es mit größter Freude begrüßen würden, wenn etwas Derartiges mit Aussicht auf Erfolg sich bewerkstelligen ließe. Die Schwierigkeit der Lage besteht aber darin, daß solche Differenzpunkte oder Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern überhaupt nicht vorliegen, daß einer Unterhaltung, wie Sie sie vermutlich im Auge haben, ein eigentlicher Stoff nicht gegeben ist, daß vielmehr die Spannung, welche zu meinem lebhaften Bedauern aber unzweifelhaft besteht, ihren Grund in einem Mißtrauen und in einer gewissen Abneigung hat, die mit Worten nicht zu fassen und auch durch eine freundschaftliche Aussprache nicht zu

bannen ist. Sollte man in England anderer Meinung sein, sollte dort über ganz bestimmte Gegenstände ein Ärgernis bestehen und zugleich der Wunsch, dasselbe aus der Welt zu schaffen, so wird es nur einer Anregung von dort bedürfen, damit dieselbe hier in ruhiger, sachlicher und wohlwollender Weise aufgenommen wird. Es mag aber zweifelhaft erscheinen, ob in England, auch wenn sonst die Voraussetzungen vorhanden wären, der Wunsch zu einer Aussprache besteht. Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß gelegentlich der Verhandlungen, welche im vorigen Jahre über die Abänderungen der ägyptischen Verträge geführt wurden, die deutsche Regierung den Vorschlag machte, gleichzeitig einige andere Punkte aus dem Weg zu räumen, die sich inzwischen gleichsam auf bürokratischem Wege von selbst erledigt haben, daß aber dieser deutsche Vorschlag bei Ihrer Regierung auf eine höfliche, aber kühle Ablehnung stieß. — Ich wiederhole, man ist sich hier nicht bewußt, weder in der Marokkofrage noch in anderen Dingen England irgendwie zu nahe getreten zu sein. Es ist unbestreitbar, auch wenn Sie das aus den englischen Zeitungen nicht entnehmen können, daß die deutsche Presse Ihrem Lande gegenüber einen ruhigen, vielfach einen freundlichen und versöhnlichen Ton angeschlagen hat, ohne daß man bisher jenseits des Kanals diesem Beispiele gefolgt wäre. Gerade in diesem Augenblick wird die englische Kommission, welche municipale Einrichtungen studieren soll, hier von den in Betracht kommenden Behörden auf das liebenswürdigste empfangen. Wenn aber die englische Regierung glaubt, Grund zu Beschwerden zu haben, so würde sie im Interesse der gegenseitigen Beziehungen ein gutes Werk tun, dieselben offen mitzuteilen und zur Erörterung zu bringen. Ich erlaube mir hinzuzufügen; trotzdem es sich eigentlich von selbst versteht, daß ich jederzeit bereit bin, dasjenige an die richtige Adresse zu bringen, was Sie zunächst auf privatem Wege würden befördert sehen wollen, und es versteht sich ebenso von selbst, daß ich auch gern nach London komme, wenn es Ihnen praktisch erscheint, mir etwas mündlich statt schriftlich mitzuteilen. Wir alle hoffen hier, daß schließlich die vernünftige Einsicht, unsere beiden Länder könnten nichts Schädlicheres tun, als sich dauernd unfreundlich gegenüberzustehen, obzueigen wird, und wir rechnen darauf, daß diese einsichtigeren Elemente allmählich die Oberhand erlangen werden. Daß Sie in diesem Sinne wirken, ist hier in maßgebenden Kreisen bekannt und wird nach Gebühr geschätzt.

Mit meinen besten Empfehlungen verbleibe ich in bekannter Hochschätzung, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr ganz ergebener P a u l S c h w a b a c h.



## V.

Berlin, den 30. Juni 1905.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich telegraphierte Ihnen aus Kiel, daß ich Ihr liebenswürdiges Schreiben dort empfangen hatte, und wiederhole meinen Dank für dasselbe. Daß eine englische Regierung, welche einen Angriff auf Deutschland oder seine Kolonien unternähme, von der öffentlichen Meinung sofort im Stich gelassen werden würde, war meinen Freunden und mir sehr interessant und auch insbesondere, daß Mr. Balfour diese Ansicht teilt. Hoffentlich wird ein solcher Fall niemals praktisch werden.

Die Marokko-Angelegenheit befindet sich in einem Stadium, in welchem man wohl ohne Optimismus behaupten darf, daß die größten Schwierigkeiten behoben sind, und sich die Aussicht eröffnet, eine befriedigende Lösung zu finden. Es war ein großer Schritt vorwärts, daß Frankreich die Absperrung Ujdass, welche eine gefährliche Bedrohung des Sultans in sich schloß, aufgehoben hat. Die Hauptsache ist aber, daß mit Ausnahme einiger nationalistischer Schreier in Frankreich die Erkenntnis mehr und mehr durchdringt, daß Deutschland gar nicht daran denkt, etwas zu beanspruchen, was ihm nicht zukäme, oder andere bedrohte. In England scheint die Leidenschaftlichkeit noch zu groß zu sein, als daß man binnen kurzem eine solche Einsicht erwarten dürfte. Daß die „Times“ gerade in den letzten Tagen wieder sich in den heftigsten und absurdesten Ausfällen gegen unsere Politik ergeht, erwähnte ich nur ganz nebenbei. Man ist hier so überzeugt, daß dieses Blatt keineswegs den Wunsch hat, seine Leser objektiv zu unterrichten, sondern nur nach Möglichkeit zu hetzen und Mißtrauen zu säen, daß eine sachliche Erörterung mit den Herren als überflüssig erkannt ist.

Was nun die Frage einer eventuellen Fahrt nach London angeht, so danke ich Ihnen herzlichst für die freundlichen Worte, welche Sie daran knüpfen. Sie wissen, wie gern ich mich in England aufhalte, und wie sehr es mich stets freut, mich mit Ihnen zu unterhalten; aber meine Beschäftigungen sind momentan zu mannigfaltig, als daß ich es verantworten könnte, Berlin zu verlassen, wenn ich nicht von einer Reise einen positiven Nutzen erwarten darf. Nun habe ich Ihnen leider in der neulich zwischen uns erörterten Richtung nichts zu sagen. Wir Deutschen konstatieren mit Bedauern, daß in England die Stimmung uns gegenüber sich nicht gebessert hat, da wir aber ein gutes Gewissen haben und der Überzeugung leben, England in keiner Weise zu nahe getreten zu sein, so bleibt uns eben nichts

anderes übrig, als uns ruhig in die Tatsache zu schicken und abzuwarten, bis die maßgebenden Elemente bei Ihnen sich zu einer gerechten Auffassung entschlossen haben werden. Ich hoffe übrigens, im Herbst mir einige Wochen Ferien nehmen zu können, und habe die vorläufige Absicht, dieselben in England zu verleben. Es wird also wohl zunächst sein Bewenden dabei haben können, daß ich versuche, Sie telegraphisch oder schriftlich auf dem laufenden zu halten und Ihnen alles das mitzuteilen, was mir zur Kenntnis kommt und für Sie von Interesse sein könnte. Das schließt natürlich keineswegs aus, daß ich dann eine Reise nach London antreten würde, wenn Sie Ihrerseits einen Nutzen darin erblicken.

Die Börse ist verhältnismäßig fest; die ungeheuerlichen Vorgänge in der russischen Marine haben auch auf die russischen Fonds nur einen geringen Einfluß gehabt; die Verkäufe am hiesigen Markte bewegten sich in sehr bescheidenen Grenzen. Ob es so bleiben wird, wenn die schlechten Nachrichten anhalten, ist natürlich eine andere Frage. Über die finanziellen Pläne der russischen Regierung habe ich keine Nachricht; eine innere Anleihe dürfte im gegenwärtigen Moment schwerlich einen Erfolg haben, an eine äußere ist selbstverständlich nicht zu denken. Die Guthaben Rußlands in Deutschland sind noch beträchtlich; ich schätze sie im gegenwärtigen Augenblick auf etwa 300 Millionen Mark. Dieselben sind aber in Echelons fällig und für den Zinsendienst reichen diese Summen nicht aus.

Geld ist trotz des Semestralschlusses leicht.

Ich verbleibe in bekannter Hochschätzung, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr ganz ergebener

Paul Schwabach.

---

### **Brief an Lord Rothschild, London.**

Berlin, den 14. Juli 1905.

Sehr verehrter Lord Rothschild!

Ich empfang vorgestern Ihr gefälliges Telegramm betr. das Gerücht, ein deutsches Syndikat beabsichtige, die wallisischen Kohlenbergwerke zu erwerben, und antwortete Ihnen, daß ich die ganze Geschichte für eine reine Erfindung hielte, wie es auch tatsächlich der Fall ist. Ich bin Ihnen indessen sehr dankbar, daß Sie mir Gelegenheit boten, mich zu diesem phantastischen Gerücht zu äußern, und auch dafür, daß Sie Ihren Freunden sofort Ihre

Zweifel an der Richtigkeit desselben zum Ausdruck gebracht haben. Inzwischen habe ich aus den Zeitungen ersehen, daß im Unterhaus dieserhalb eine Anfrage an die Regierung gerichtet worden ist, und daß Mr. Balfour erwidert hat, er habe von dem Gerücht vernommen, aber keine nähere Nachricht. Ich habe kein Urteil darüber, ob die Bergwerksbesitzer in Wales geneigt sind, ihr Besitztum an Ausländer abzutreten, auch darüber nicht, ob die von Ihnen genannten Preise angemessen sein würden. Jedenfalls ist es völlig ausgeschlossen, daß hier ein solcher Gedanke entstehen könnte. Unsere großen Finanzinstitute sind sämtlich mit dem Kohlensyndikat verknüpft und haben von ihm große geschäftliche Vorteile, so daß sie schwerlich gegen den Wunsch des Syndikats etwas unternehmen würden. Das Kohlensyndikat seinerseits wird in der Öffentlichkeit vielfach angegriffen, weil ihm — wenn auch meiner Ansicht nach mit Unrecht — die Verfolgung monopolistischer und preistreibender Tendenzen zum Vorwurf gemacht wird. Da nun die englische Kohle fast die einzige Ware ist, die dem Syndikat innerhalb Deutschlands ernsthafte Konkurrenz macht, so würde ein Versuch, diese Konkurrenz zu beseitigen, im Parlament und in der Presse Deutschlands einen Sturm hervorrufen, dem das Syndikat sich sicherlich nicht wird aussetzen können und wollen, ohne ihm selbst feindliche gesetzgeberische Maßnahmen zu provozieren. Ferner dürften die Leiter unserer großen finanziellen und industriellen Anstalten zu verständig sein, um sich einzubilden, daß England ruhig zusehen würde, wenn man einen so wichtigen Teil seines nationalen Reichtums in die Hände von Ausländern spielte. Dieselbe Einsicht dürfen Sie auch ohne Optimismus bei unserer Regierung voraussetzen. Es ist mir unbegreiflich, daß Herren, welche, wie Sie sagen, den höchsten Kreisen angehören, ein solches Gerücht auch nur einen Augenblick ernst nehmen konnten. Bedauerlich bleibt aber die Tatsache, daß es Leute gibt, welche ein solches Gerücht in die Welt setzen, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß kein anderer Zweck damit verfolgt wurde, als Mißtrauen gegen uns zu säen, und zwar mit einer bedenklichen Skrupellosigkeit. Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie mir sagen könnten, von wem oder aus welchen Kreisen Ihrer Ansicht nach das ganze Gerücht stammt.

Mit dem Gang der Marokko-Angelegenheit ist man hier zufrieden. Die Bekanntmachungen, nicht über das Ergebnis der Verhandlungen, sondern über die letzteren selbst, werden nun auch wohl den wenigst Wohlwollenden bewiesen haben, daß Deutschland einen loyalen und korrekten Standpunkt eingenommen und keineswegs die Absicht gehabt hat, für sich Ungebühr-



liches zu erlangen oder anderer Rechte zu verkürzen. Man sieht auch der bevorstehenden Konferenz mit Ruhe entgegen. Die Äußerungen, welche M. Delcassé gegen den Vertreter des „Gaulois“ getan hat, sind insofern uninteressant, als sie den Ausfluß seiner begreiflich schlechten Laune darstellen. An positiven Mitteilungen enthält das Interview nur die Bemerkungen über den Ministerrat, in welchem Delcassé den Plan eines englisch-französischen Bündnisses entwickelt hat. Der Gedanke liegt nahe, daß Delcassé das nicht hätte tun können, wenn er nicht seitens Englands Eröffnungen in der Hand gehabt hätte; und das stimmt zu Nachrichten, die wir hier schon seit einiger Zeit in den Händen haben.

Meine Freunde würden es als ein gutes Zeichen betrachten, wenn wirklich Herr v. Witte als russischer Vertreter bei den Friedensverhandlungen in Washington in Wirksamkeit treten würde. Er ist nicht nur ein kluger und geschickter Unterhändler, sondern vor allen Dingen ist er nach allem, was man weiß, ein eifriger Verfechter des Friedens, und er wird sich sicherlich alle Mühe geben, um die Verhandlungen zu einem Abschluß zu bringen. Einer der schwierigsten Punkte wird wohl in der Frage der Kriegsschädigung liegen. Die einsichtigen Russen verkennen nicht, daß ohne Zahlung einer Kontribution der Frieden nicht erreichbar sein wird, scheuen aber neben dem materiellen Opfer die Wirkung, welche eine solche Demütigung auf das russische Volk haben würde, und dürften eine Ausrede oder Verhüllung der wahren Tatsachen mit Freuden begrüßen. Hiesige Blätter brachten kürzlich die Notiz, man beabsichtige die Form zu wählen, daß Rußland direkt nichts zahlt, wohl aber den Dienst der von Japan seit Ausbruch des Krieges aufgenommenen Anleihen übernehmen solle. Ist Ihnen von diesem Projekt etwas bekannt und glauben Sie, daß es Aussicht auf Verwirklichung hat?

Mit der Versicherung meiner vorzüglichsten Hochschätzung verbleibe ich, sehr verehrter Lord Rothschild,

Ihr ganz ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an den Generaldirektor der Banca d'Italia Stringher, Rom.**

Berlin, le 22 juillet 1905.

Confidentielle.

Monsieur le Directeur Général!

Je Vous remercie infiniment de Votre très aimable lettre du 12. ct; soyez persuadé que j'estime à sa juste valeur la confiance de laquelle Vous m'honorez.

Quant aux questions que Vous me posez, personne ne sait mieux que Vous, combien on peut se tromper en voulant prédire des eventualités futures. Jusqu'à ce moment, personne ne paraît avoir une opinion très nette sur les conditions sous lesquelles la paix se conclura, si elle se conclut, ce qui toutefois me semble fort probable. Rien de ce que l'on a dit sur les exigences japonaises n'émane de source officielle. Cependant, il est certain que le Japon demandera une indemnité de guerre, et je pense qu'il l'obtiendra sous une forme ou une autre. On a parlé d'un projet qui consisterait en ce que la Russie prenne sur elle le service des emprunts contractés par le Japon depuis le commencement de la guerre. Cet expédient aurait l'avantage d'éviter des virements et de laisser tranquille les marchés. En tous cas, le fait que M. de Witte est chargé de négocier offre une garantie que les arrangements financiers soient combinés de la manière la moins onéreuse non seulement pour la Russie, mais pour le marché mondial. Cependant, les Russes seront obligés de contracter de gros emprunts indépendamment des stipulations de la paix: il y a l'armée et la marine à refaire, à remettre en état les chemins de fer etc., à réparer les dégâts de la révolution, bref, ils se trouvent vis-à-vis de dépenses qui les occuperont et avec eux la finance de l'Europe pendant des années; les nouveaux emprunts russes seront une concurrence d'autant plus importante pour les autres rentes d'état qu'il faut s'attendre à des conditions relativement très avantageuses pour les créanciers.

Il se peut aussi que les commandes pour toute sorte de matériel occupent fortement les établissements industriels qui, de leur côté, demanderont des crédits, et qu'en outre, le public, surtout en sa partie spéculative, se détourne des fonds d'état au profit des valeurs industrielles.

J'ai tenu à Vous donner les motifs qui me font supposer que vers

l'automne et l'hiver prochains l'argent se resserera, et que nous nous approchons d'une période moins favorable pour les cours des fonds d'état.

Pourtant, la conversion des rentes italiennes ne saurait être jugée comme n'importe quelle autre affaire; on l'attend depuis si longtemps, elle paraît si bien justifiée par les progrès que l'Italie a faits depuis une dizaine d'années, une si grande partie de la rente 5% se trouve au pays même où il y a disette d'autres placements, que, personnellement, j'aurais le courage de marcher en avant et je crois que mes amis aussi bien que le public allemand ne me démentiraient pas. La conversion roumaine qui a eu lieu au printemps sous des conditions générales pas sensiblement différentes de celles qui règnent actuellement a été un véritable succès. Mais, en dehors de l'Italie, c'est Paris qui est la place principale, et il importerait d'en connaître l'opinion. Des personnes bien posées pour s'en rendre compte m'ont affirmé que la jeune génération de la maison R. a le désir de se montrer plus active, les preuves en manquent encore cependant. J'ignore aussi, si pour les futures affaires russes la maison R. se remettra sur les rangs ou si elle les cède définitivement au groupe des banques. Si je juge bien ceux des personnages dirigeants que je connais personnellement (à la maison R. aussi bien qu'aux banques), ils voudront attendre la conclusion de la paix et se rendre compte des suites directes de cet événement. Si j'ose donner un conseil, je prierais d'éviter que M. P. mette des bâtons dans les roues et de lui donner l'occasion de jouer un certain rôle lorsque le moment d'une discussion sérieuse sera venue; sans pouvoir le prouver, j'ai le sentiment qu'il est pour beaucoup dans l'attitude très réservée que la maison R. a montrée jusqu'à présent. — Je crains, Monsieur le Directeur Général, que Vous ne trouviez bien vague tout ce que je Vous dis et que je suis loins de trancher la question: il y a l'inconvénient que la solution appartient, en grande partie, à des personnes extrêmement difficiles à juger.

Toujours très empressé à Vos ordres, je Vous prie, Monsieur le Directeur Général, de croire à mes sentiments très distingués.

P a u l S c h w a b a c h.



**Brief an Baron Alfred von Rothschild, London.**

Berlin, den 27. Juli 1905.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich bestätige den Austausch von Telegrammen, der in den letzten Tagen zwischen uns stattgefunden hat.

Ich konnte gleich nach Empfang Ihrer ersten Depesche, die sich auf die Unterredung der beiden Kaiser\* bezog, dieselbe dahin beantworten, daß der Deutsche Kaiser sicherlich keine andere Absicht hegen konnte, als im friedlichen Sinne zu wirken. Ich weiß in der Tat, daß in den hiesigen politischen Kreisen, zu denen ich auch den Monarchen rechne, die Überzeugung besteht, daß es nicht nur vom menschlichen Standpunkte aus wünschenswert ist, dem Blutvergießen ein Ende zu machen, sondern daß es auch in Rußlands eigenem Interesse läge, Frieden zu schließen, um so mehr, als die Aussichten dafür gering erscheinen, die erlittenen Niederlagen wettzumachen. Freilich ist speziell der Kaiser der Meinung — und ich weiß das aus seinem eigenen Munde —, daß der Friede nicht allzu demütigend sein darf, damit soweit als möglich das Ansehen der Armee und der Dynastie erhalten bleibt. Darüber ist ja niemand im Zweifel, daß das streng autokratische System, das bisher in Rußland vorgeherrscht hat, in dem bisherigen Umfange nicht bestehen bleiben kann und darf. Die Mißbräuche, die an allen Ecken und Enden zwar schon längst bekannt, aber jetzt erst klar zutage getreten sind, verlangen gebieterisch eine Reform. Indessen würde es gefährlich sein, vielleicht auch für den europäischen Frieden bedrohlich, wenn in Rußland auf Jahre hinaus eine völlige Anarchie ausbräche; und dazu kann es kommen, wenn die Dynastie nicht die Führung der Nation behält; denn es ist bei dem Mangel eines mächtigen, in sich geschlossenen Bürgertums nicht einzusehen, wer dann diese Führung übernehmen sollte.

Ich kann Ihnen des ferneren mitteilen, daß Herr von Witte auf seiner Reise durch Deutschland ein ihm befreundetes Mitglied unserer Bankwelt ausführlich gesprochen hat. Die seitens des Ministers dabei gefallen Äußerungen scheinen sich mit denjenigen zu decken, welche er Vertretern der Presse gegenüber und in Paris getan hat. Herr von Witte scheint da-

---

\* Kaiser Wilhelm und Zar Nikolaus trafen am 23. Juli in den finnischen Schären bei Björkoe zusammen. 24. Juli 1905 „Vertrag von Björkoe“.

nach die beste Absicht zu haben, den Friedensschluß herbeizuführen, aber eben auch nicht um jeden Preis. Daß er den Widerspruch, den er weitgehenden japanischen Forderungen gegenüber leisten würde, etwas stark hervorhebt, erklärt sich ohne weiteres aus seiner Stellung als Unterhändler. Aber in der Tat scheint nach dem Urteil von militärischen Sachverständigen die Lage in der Mandschurei seit einiger Zeit für die Russen weniger ungünstig geworden zu sein, insofern gut ausgebildete Kerntruppen hinausgegangen und weniger kampftüchtige Elemente entfernt sind. Wenn das auch nicht bedeutet, daß nun etwa große russische Siege erwartet werden können, so könnte es doch heißen, daß ein abermaliger japanischer Angriff nicht den leichten Erfolg wie frühere hat, und damit der Krieg weiter in die Länge gezogen würde.

Was nun den Inhalt des Gespräches angeht, welches die beiden Herrscher geführt haben, so wird, wie bereits telegraphiert, darüber unbedingtes Stillschweigen gewahrt. Ob auf persönlichen Befehl unseres Kaisers, weiß ich nicht. Aber wie Sie selbst finden, ist es ja auch begreiflich, daß die hohen Herren nicht den Wunsch haben, eine unter vier Augen geführte Unterhaltung der Erörterung der ganzen Welt auszusetzen.

Die Marokkofrage geht ihren guten Gang. Die französische Regierung ist gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines Mémoire beschäftigt, und wir warten das Endergebnis ab....

Mit den besten Empfehlungen verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

#### Brief an Bankdirektor Otto Joel, Mailand.\*

Vertraulich!

Berlin, den 1. August 1905.

Sehr verehrter Herr und Freund!

Ich ersehe gern aus Ihrem liebenswürdigen Schreiben vom 28. Juli, daß wir in bezug auf die demnächstigen Aussichten der bekannten großen Transaktion die gleichen Ansichten hegen, und nehme mit Vergnügen auch davon Notiz, daß es Ihren Wünschen entspricht, gegebenenfalls uns gegenseitig zu unterrichten und zu unterstützen.

---

\* Leitender Direktor bzw. Delegierter des Verwaltungsrats der Banca Commerciale Italiana.

Was nun Ihre Anfrage über die allgemeine politische Lage betrifft, so erscheint mir als die bedeutsame Signatur, daß eben etwas Besonderes nicht vorliegt, oder vielmehr daß die wichtigen aktuellen Fragen sich in einem ruhigen Fahrwasser befinden.

Das gilt zunächst von den Verhandlungen, welche demnächst zwischen Rußland und Japan in Amerika beginnen sollen, und von denen einsichtsvolle und wohlunterrichtete Leute hierzulande einen guten Verlauf erhoffen. Wenn durch die Zeitungen gewisse Äußerungen gegangen sind, nach welchen Herr von Witte einen schrofferen Standpunkt einzunehmen scheint, als ihm ursprünglich zugetraut wurde, so gebe ich gar nichts darauf; man kann doch von einem Unterhändler nicht verlangen, noch vor Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen zu erklären, daß er auch harte Bedingungen annehmen würde. Man kann eben nur von ihm erwarten, daß er wie jeder Krämer seine Ware lobt. Daß Rußland Frieden schließen will, entnehme ich erstens aus der Entsendung des Herrn von Witte, der notorisch ein Gegner der angriffslustigen Politik in Ostasien gewesen ist, zweitens aus den finanziellen Schwierigkeiten, die zwar noch nicht akut sind, es aber auf die Länge der Zeit werden würden, da allem Anschein nach Frankreich eine weitere K r i e g s a n l e i h e nicht zu geben wünscht; drittens aber aus Gründen der russischen inneren Politik. Es scheint nämlich die Absicht der leitenden Kreise zu sein, einer Lösung der Verfassungsfrage erst dann ernstlich näherzutreten, wenn Frieden geschlossen sein wird. Ich gestehe, daß diese Auffassung mich überrascht hat, da ich geglaubt hatte, der Zar würde lieber die Verantwortung für einen ruhmlosen Frieden auf eine Volksvertretung abwälzen wollen.

Was über die Zusammenkunft der beiden Kaiser auf der Reede von Kronstadt erzählt worden ist, würde auch dann in das Gebiet der Phantasie gehören, wenn es das Rechte erriete. Tatsächlich wird das strengste Stillschweigen darüber bewahrt, und zwar mit vollem Recht; denn gleichviel, was über die Unterhaltung der Monarchen veröffentlicht werden würde, es würde den Gegenstand endloser Erörterungen und weiterer Kombinationen bilden. Soviel steht unbedingt fest, daß die Wirkung, die sich unser Kaiser von seiner Reise versprochen hat, sich in der Richtung des Friedens bewegt.

Die marokkanische Frage ist in ein Stadium gelangt, in dem irgendeine unangenehme Verwicklung schwerlich noch eintreten kann. Soviel ich weiß, finden die Besprechungen in durchaus freundschaftlichem Tone statt, und man hofft hier, in nicht allzulanger Zeit mit den Vorbereitungen zur Konferenz zum Schluß zu gelangen.



Die Beziehungen zwischen Berlin und London sind andauernd wenig erbaulich — ein Zustand, zu welchem die Presse ihr reichliches Teil beiträgt, wie ich aber ganz unparteiisch sagen kann, hauptsächlich die englischen Blätter, welche eine Beruhigung der öffentlichen Meinung nicht zugeben zu wollen scheinen. Ich halte es aber für viel zu weitgehend, wenn man an ernste, oder gar kriegerische Konflikte denkt.

Einen dunklen Punkt in der europäischen Politik bilden die inneren Verhältnisse der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Dinge sind dort so verfahren, daß man sich schwer eine Vorstellung davon machen kann, wie dort wieder Ordnung geschaffen werden soll. Die nach meiner persönlichen Ansicht größtenwahnsinnigen Ungarn bilden sich allen Ernstes ein, daß sie, losgetrennt von Österreich, eine Epoche der höchsten Blüte erleben würden. Für uns Deutsche ist das Schauspiel, das an der Donau aufgeführt wird, betäubend. Es ist natürlich der bare Unsinn, wenn die deutschfeindlichen Elemente in Europa die Behauptung aufstellen, wir beförderten den Auseinanderfall der habsburgischen Monarchie; denn nichts kann uns erwünschter sein als ein dauernd bündnisfähiges Österreich.

Falls Sie über bestimmte Punkte etwas zu wissen wünschen, bitte ich, es mir freundlichst zu sagen. Ich werde wenigstens versuchen, Ihnen Bescheid zu geben. Wenn Sie Ihrerseits Wissenswertes erfahren, darf ich wohl darauf rechnen, daß Sie es mir mitteilen.

Mit freundlichen Grüßen empfehle ich mich als

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

### Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.

I.

Berlin, den 6. Dezember 1905.

Sehr verehrter Herr Baron!

Auf Ihre Anfrage betreffs der russischen Guthaben in Deutschland erlaubte ich mir heute, wie folgt, telegraphisch zu antworten: „Es scheint unmöglich, weitere Entwicklung und Dauer der russischen Wirren vorauszusehen; doch darf man wohl auf schließlichen Sieg der gemäßigten Elemente hoffen. Rußlands Guthaben in Deutschland schätze ich auf etwa 250 Millionen Mark, dasjenige in Frankreich wird mir mit etwa 500 Millionen

Franken angegeben. Ferner ist zu erwägen, daß nach den amtlichen Angaben der Goldschatz intakt ist und eine Milliarde Rubel beträgt.“

Ich glaube, daß die Ziffern, die ich Ihnen für Deutschland angebe, den Tatsachen entsprechen, wenngleich eine ganz genaue Taxe sich aus naheliegenden Gründen nicht ermöglichen läßt. Was Frankreich betrifft, so werden Sie ohne Zweifel besser unterrichtet sein als ich, und über die Guthaben in England fehlt mir jeder Anhaltspunkt. Es wäre sehr freundlich, wenn Sie mir sagen wollten, wie hoch Sie die Guthaben in den beiden letztgenannten Ländern schätzen. Die gestrige Erklärung Rouviers, daß nach seinen Informationen die auswärtigen Guthaben Rußlands genügen, um auf zwei bis drei Jahre den Dienst der ausländischen Anleihen Rußlands zu versehen, erscheint mir allerdings etwas leichtfertig; denn in dem weniger informierten Publikum könnte man zu dem Glauben gelangen, daß die ausländischen Guthaben gleichsam für den Anleihedienst hinterlegt sind, während doch die Regierung jederzeit das Recht hat zu disponieren, und, wie ich glaube, auch für sonstige ausstehende Schulden, für Schatzscheine, für noch unbezahlte Bestellungen wird disponieren müssen. Der Goldschatz ist, soviel ich weiß, unangetastet; wenn auch zugegeben ist, daß ein Antasten desselben auf die Valuta einen ungünstigen Einfluß ausüben würde, müßte man doch einräumen, daß im Notfalle eine Verringerung des aufgespeicherten Goldes ein geringeres Übel wäre als die nicht volle Bezahlung eines Coupons. Das wäre dann besonders richtig, wenn die Entsendung von Gold ins Ausland nur eine vorübergehende Maßregel darstellte. Auf die Dauer wird natürlich alles davon abhängen, ob es gelingt, in absehbarer Zeit wieder geordnete Zustände in Rußland zu schaffen; zu welchem Zeitpunkt die Beruhigung eintritt, vermag niemand zu sagen. Die Hauptschwäche der Situation erblicke ich darin, daß allem Anschein nach im Zarenreich die Mittelschicht wohlhabender besonnener Bürger kaum vorhanden ist, sondern daß die Bevölkerung sich zusammensetzt aus den Bauern und Arbeitern einerseits und den Beamten und großen Landbesitzern andererseits. Immerhin erhoffe ich in nicht allzuferner Zeit ein Einlenken in ruhigere Bahnen davon, daß die aufgehetzten Mengen schließlich am eigenen Leibe erfahren werden, daß kein Regime für sie schädlicher und ihren materiellen Interessen widersprechender ist als das revolutionäre.

Von hier aus kann ich Ihnen besondere Neuigkeiten nicht melden. Man betrachtet die russischen Vorgänge mit begreiflicher Aufmerksamkeit, ebenso diejenigen in Österreich-Ungarn, das uns als Verbündeter politisch noch näher steht. Ein Auseinanderfallen der habsburgischen Monarchie

würde in allen ernsthaften deutschen Kreisen als ein für Deutschland höchst unerwünschtes Ereignis angesehen werden. Wenn uns gelegentlich nachgesagt wird, daß wir eine solche Katastrophe aus selbstsüchtigen Gründen zu fördern suchten, können Sie als sicher annehmen, daß das der Wahrheit schnurstracks zuwiderläuft, daß wir vielmehr gerade aus selbstsüchtigen Gründen die Erhaltung eines bündnisfähigen Österreichs ersehen.

Die in jüngster Zeit zwischen hervorragenden Engländern und unserem dortigen Botschafter ausgetauschten Höflichkeiten darf man wohl als ein Symptom dafür begrüßen, daß die Zahl derjenigen sich mehrt, denen ein gutes Verhältnis zwischen unseren Ländern wünschenswert erscheint, die zum mindesten erkannt haben, daß ein gegenseitiges fortwährendes Mißtrauen keinem der beiden Länder zum Nutzen gereichen kann. Das neue Kabinett\* wird hoffentlich Mittel und Wege finden, diesen erfreulichen Bestrebungen Vorschub zu leisten; ich habe keine Zweifel, daß es von deutscher Seite aus den besten Willen finden wird.

Die Börse war hier infolge der beunruhigenden Nachrichten aus Rußland einige Zeit sehr flau gewesen, hat sich aber seit gestern wesentlich erholt. Geld ist zwar ziemlich teuer, aber doch so reichlich vorhanden, daß ich auch für den Jahresschluß eine eigentliche Geldklemme nicht befürchte.

In der Hoffnung, daß es Ihnen vortrefflich geht, verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron, in größter Hochschätzung

Ihr ganz ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

II.

Berlin, den 9. Dezember 1905.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich empfang gestern Ihr liebenswürdiges Telegramm, in welchem Sie mir ein Schreiben ankündigten, das ich erwarte.

Heute erhielt ich den Besuch eines meiner Freunde, welcher soeben aus Petersburg heimgekehrt ist und dort mit den maßgebenden politischen und finanziellen Persönlichkeiten sehr eingehende Unterredungen gepflogen hat. Mein Freund sagte mir, daß nach seiner Auffassung die Lage doch nicht so schwarz anzusehen sei, wie die Zeitungen gewöhnlich melden. Die Unruhen, die an einzelnen Stellen ausgebrochen sind, werden nicht ohne weiteres wieder aufhören, und man muß darauf gefaßt sein, noch des öfteren von

---

\* das liberale Ministerium Campbell-Bannerman.



lokalen Wirren zu hören. Aber es mehrt sich die Zahl derjenigen, welche der Ruhe bedürftig sind und von den extremen Elementen, welche die Führerschaft über die große Masse an sich gerissen haben, sich abwenden. Es mehrt sich insbesondere die Zahl derjenigen, auch in der niederen Bevölkerung, welche am eigenen Leibe spüren, daß die Tyrannei der radikalen Führer mindestens so schlimm ist wie die alte der autokratischen Beamten. Das Militär scheint im großen und ganzen dem Zaren treu zu sein, und wenn an einzelnen Orten, wie insbesondere Sebastopol, Regimenter gemeutert haben, liegt das daran, daß der Russe so an das Gehorchen gewöhnt ist, daß er auch dem energisch auftretenden und ihn einschüchternden Agitator folgt. Graf Witte hat augenblicklich noch das Heft in der Hand, und es ist seine Absicht, verfassungsmäßige Reformen durchzuführen, ohne indessen, wie begreiflich, das ultrademokratische Programm gutzuheißen, das man ihm aufdrängen will, und das dem russischen Volke Rechte geben würde, die viel weiter gehen als beispielsweise dasjenige, was in Deutschland oder selbst in England zu Recht besteht, und wofür die Russen keinesfalls reif sind. Der Zar soll Witte vertrauen und ihn gewähren lassen; aber freilich kann man bei der Charakterschwäche des hohen Herrn nicht unbedingt darauf rechnen, daß es so bleibt.

Sie wollen mir erlauben, daß ich ein Blatt mit Notizen beilege, welches zur Illustration der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Rußlands dienen möge. Die Angaben stammen von dem gegenwärtigen Finanzminister.

Ich habe mit einiger Verwunderung gesehen, daß die letzte Rede des Fürsten Bülow über die auswärtige Politik\* in der ausländischen Presse ziemlich abfällig beurteilt worden ist, und daß man aus ihr einen drohenden Ton, insbesondere Frankreich gegenüber, herausgelesen hat. Zufällig habe ich die Rede selbst mitangehört und einen derartigen Eindruck durchaus nicht gehabt; ich glaube daher, daß an der m. E. irrigen Auffassung die Berichterstattung schuld sein muß. Ich habe es als insbesondere erfreulich und taktvoll angesehen, daß der Reichskanzler vermieden hat, über den unfreiwilligen Rücktritt M. Delcassés auch nur eine Andeutung zu machen.

Mit dem Ausdruck meiner besondern Hochschätzung verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr ganz ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

---

\* im Reichstag am 6. Dezember.

## III.

Berlin, den 8. Januar 1906.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich hatte das Vergnügen, Ihr sehr liebenswürdiges Schreiben vom 5. Januar am Sonnabend abend zu erhalten. Ich bin Ihnen für das mir geschenkte Vertrauen aufrichtig dankbar und versichere, daß ich mir jede Mühe gebe, in Ihrem Sinne zu wirken.

Gestern mittag hatte ich eine vorläufige Unterhaltung mit dem Staatssekretär Freiherrn von Richthofen, über welche ich sogleich telegraphisch Bericht erstattet habe. Ich hielt es dann für die beste Methode, jedes Mißverständnis zu vermeiden, dem Reichskanzler Ihren an mich gerichteten Brief im Original vorzulegen. Die Antwort, welche ich beauftragt worden bin, Ihnen zugehen zu lassen, ist folgende:

Der Fürst ist Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie sich für eine vermittelnde und ausgleichende Aktion zur Verfügung stellen. Er ist gern bereit, Ihnen in ganz vertraulicher Weise und im Vertrauen auf Ihre uns freundlichen Intentionen seine Auffassung der gegenwärtigen Sachlage mitzuteilen. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, daß eine Lösung angestrebt wird, durch die nicht nur die Interessen der Franzosen gewahrt, sondern auch die Interessen aller anderen in Marokko Handel treibenden Staaten in gerechte Berücksichtigung gezogen werden, mit denen das deutsche Interesse identisch ist.

Soweit mein eigentlicher Auftrag, zu welchem ich noch ein paar Worte hinzufügen möchte. Alle für die deutsche Politik maßgebenden Faktoren stimmen darin überein, daß eine friedliche Lösung der marokkanischen Frage durchaus anzustreben sei, wie denn auch das Ziel unserer Diplomatie seit dem Auftauchen dieser Frage niemals darin bestanden hat, fremde Rechte zu beeinträchtigen, sondern unsere eigenen zu wahren. Es sind böswillig ausgestreute Gerüchte, wenn behauptet wird, Deutschland suche nur einen Vorwand, um über Frankreich herzufallen, oder es wünsche, Frankreich eine Demütigung zu bereiten. Im Gegenteil: Deutschland hat durchaus nicht die Absicht, der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten, und will die berechtigten Interessen seines Nachbarn achten; es muß aber darauf halten, daß Gegenseitigkeit geübt werde, daß seine eigene Würde und seine eigenen Rechte respektiert werden. Beides wäre nicht der Fall, wenn Frankreich an solchen Forderungen festhalten sollte, welche ihm tatsächlich Marokko ausliefern würden.

Den Sinn der Bestellung, die der Herr Reichskanzler durch mich an Sie gerichtet hat, fasse ich dahin auf, daß der Fürst ein näheres Eingehen auf die ganze Angelegenheit oder einzelne ihrer Teile erst dann für erfolgversprechend halten würde, wenn der oben skizzierte allgemeine Standpunkt von Ihnen und Ihren Freunden als berechtigt anerkannt ist. Persönlich hoffe ich dringend, daß dem so ist, und würde mich sehr freuen, wenn Sie mir eine dahingehende Nachricht senden könnten. Sie würden bald erkennen, daß deutsche Sondervorteile keineswegs angestrebt werden, sondern daß unser Ziel darin besteht, das Prinzip der open door in Marokko anerkannt und in Übung zu sehen, das Prinzip, für das gerade England stets in der ganzen Welt eingetreten ist.

In der Hoffnung, bald eine günstige Antwort von Ihnen zu erhalten, sende ich Ihnen, sehr verehrter Herr Baron, meine verbindlichsten Grüße und bin in größter Hochschätzung

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

**Brief an Baron Albert von Rothschild, Wien.\***

Berlin, den 11. Januar 1906.

Vertraulich!

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich habe mit bestem Dank Ihre lebenswürdigen Zeilen vom 9. Januar erhalten und mit Interesse aus diesen ersehen, daß auch in Wien im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz in Algéciras gewisse Beklemmungen vorhanden sind. Ich will nicht wagen, Prophezeiungen auszusprechen, und mich darauf beschränken, die hiesige Auffassung wiederzugeben, über welche ich vor einer Stunde mich von neuem zu informieren Gelegenheit hatte.

Unsere Regierung denkt nicht daran, einen Streit oder gar einen Krieg herbeizuführen. Derartige Absichten werden uns zwar von der auswärtigen Presse des öfteren untergeschoben, und man arbeitet dort mit allerlei Gerüchten, wie z. B. dem, daß am Neujahrstage der Kaiser eine kriegerische Rede in Gegenwart der Generalität gehalten habe. Daran ist nun kein wahres Wort. Ebensowenig ist es zutreffend, daß unsere Absicht dahin ginge, den Franzosen eine Demütigung oder eine diplomatische Niederlage zu bereiten, wie es hauptsächlich in England fort und fort

---

\* Chef des Bankhauses S. M. v. Rothschild, Wien.



behauptet wird. Es liegt überhaupt nicht so, daß wir irgend etwas wollen, sondern wir wären mit dem status quo in Marokko durchaus zufrieden gewesen, und es war Frankreich, das dort eine Änderung einführen zu wollen erklärte, und zwar eine solche, welche einer de facto-Annektierung Marokkos gleichgekommen wäre. Der Beweis hierfür ist meines Erachtens in dem jüngst veröffentlichten Weißbuch geführt worden. Ich sehe ganz davon ab, daß die Art, wie M. Delcassé unsere Regierung in formaler Beziehung behandelt hat, sehr wenig freundlich war; denn das sind nun alte Geschichten, die wieder hervorzuholen zwecklos ist. Gegenüber den Monopolbestrebungen Frankreichs verlangt Deutschland weiter nichts, als daß das Prinzip der offenen Tür in Marokko anerkannt bleibt und die Stellung Deutschlands als Signatarmacht des Madrider Abkommens geachtet wird. Im übrigen ist Deutschland, wie auch von amtlicher Seite wiederholt betont worden ist, durchaus bereit anzuerkennen, daß Frankreich durch Algier Nachbarstaat Marokkos ist und als solcher eine besondere Berücksichtigung beanspruchen darf. Es sind also durchaus nicht aggressive, sondern im Gegenteil versöhnliche Ansichten und Absichten, mit welchen die deutschen Abgeordneten in Algeciras erscheinen werden. Der Führer unserer Mission, Herr von Radowitz, ist im übrigen eine so liebenswürdige Persönlichkeit, daß gewiß nicht zu befürchten ist, daß durch sein Auftreten unnötige Schärpen hervortreten. Ich glaube also alles in allem, daß ein Anlaß zu ernsten Befürchtungen nicht vorliegt, und daß es keinesfalls deutsche Pläne sind, welche eine Gefahr in sich bergen.

Ich habe mit Genugtuung von Ihrer Ansicht Kenntnis genommen, daß die Lage in Ungarn Hoffnungen Raum gibt. Es wäre freilich höchst wünschenswert, daß dort endlich Friede einkehrte.

Ich stehe zu jeder weiteren Auskunft stets mit besonderem Vergnügen zu Ihren Diensten und empfehle mich mit größter Hochachtung als

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

Brief an den Generaldirektor der Banca d'Italia Stringher, Rom.

Berlin, le 26 janvier 1906.

Monsieur le Directeur Général!

Veillez recevoir tous mes meilleurs remerciements pour votre très gracieuse lettre du 18 ct. Si je n'y réponds qu'aujourd'hui, c'est qu'entre-temps j'ai dû m'absenter de Berlin.

Les remarques que vous faites sur notre marché monétaire me prouvent que vous l'avez observé, en effet, avec beaucoup d'attention; je suis complètement de votre avis que, malgré le resserrement de l'argent et un taux d'escompte très élevé, le marché en son ensemble n'a point montré de faiblesse. Vous indiquez aussi avec raison que, sans être le moins du monde inquiétant, le marché monétaire n'a pas été normal depuis quelques mois.

Il y a pour cela plusieurs motifs, dont les besoins de l'industrie sont un, mais pas le seul. Tout comme l'industrie s'est préparé aux effets des nouveaux traités de commerce, l'agriculture en a fait autant dans ce sens que les propriétaires ont retenu le produit de leur dernière récolte qu'ils comptent vendre, après que la mise en vigueur des traités aura causé une hausse des prix des blés. En attendant, ils empruntent de l'argent en des sommes qui, dans leur totalité, sont fort considérables. — Le gouvernement russe qui avait continuellement d'importants avoirs auprès de ses correspondants allemands en a retiré la majeure partie. Comme d'habitude les banques, petites et grandes, ont fait provision de numéraire vers la fin de l'année pour être préparées à toutes les éventualités et aussi un peu en vue du bilan au 31 décembre à publier prochainement. — Il n'est donc pas étonnant que tous ces motifs réunis aient causé la cherté d'argent. Le terme de décembre étant franchi, une certaine détente s'est manifestée, et il est à espérer qu'elle continue et s'accroît même, seulement il faut se préparer à voir l'empire placer de gros emprunts pour les besoins que vous savez. J'ignore à quelle époque le gouvernement impérial compte faire une émission; il est possible qu'il attende l'issue des débats de la Diète pour connaître exactement et les dépenses qu'il pourra et devra faire et les ressources qu'il aura à sa disposition.

Quant au marché mondial, c'est la Russie qui forme toujours le grand point d'interrogation, car les opérations de crédit faites par elle depuis quelques mois, i. e. le placement de bons à courte échéance, sont en elles-mêmes rien que des palliatifs. Or, de deux choses l'une: ou les affaires de la

Russie continuant de ne pas permettre l'émission d'un emprunt; dans ce cas, son crédit souffrirait sérieusement, il serait à craindre qu'une forte baisse des fonds russes ne s'ensuive et déroutât surtout le marché de Paris, où le gouvernement russe trouve moyen de calmer son pays, de s'arranger avec le futur parlement; alors il ne manquera pas de placer de grosses sommes, et ce à un taux d'intérêts très rémunérateur. Actuellement, le porteur étranger de la rente italienne ne la vendrait probablement pas pour acheter du papier russe, mais je crains qu'il ne songe à une transaction pareille, si la conversion qui l'oblige à sortir ses titres coïncidait avec une émission russe. — Les rentes japonaises, mexicaines et autres nouvellement émises à Paris sont autant de concurrents, quoique moins formidables sur le marché des fonds d'état.

Puisque vous me faites l'honneur, Monsieur le Directeur Général, de me demander mon avis, j'ai cru de mon devoir de vous énumérer tous les „contre“; vous remarquerez que, dans cet ordre d'idées, je m'abstiens de faire allusion à la politique, dont la constellation me paraît nullement inquiétante; j'aime à croire que votre silence à ce sujet indique la même opinion.

Quant aux „pour“, je répéterai ce que je me suis permis de dire à une occasion antérieure, que la conversion de la rente italienne, attendue et discutée depuis des années et devant se baser, avant tout, sur l'Italie même, ne saurait être mise au même rang que n'importe quelle autre opération internationale. En dehors de l'Italie, Paris serait, sans contredit, la place la plus importante. Ce que j'en ai dit plus haut représente uniquement mon opinion personnelle et formée à distance; il est fort possible que les financiers français envisagent la question tout autrement. Il est à remarquer qu'en France, plus qu'en Allemagne p. e., le public a l'habitude de demander et de suivre les conseils des ses Banquiers. La maison R. paraît réellement revenir à une plus grande activité; elle semble aussi s'être désintéressée des affaires russes, à juger des deux faits: 1° que les négociations du mois de novembre, qui étaient presque terminées lorsqu'elles furent interrompues par la révolution, ont pris place sans le concours des ces messieurs, 2° qu'ils ont émis l'emprunt japonais.

Somme toute, il me semble que, en tant que la conversion italienne constitue une transaction nationale avant tout, elle a une grande chance de réussir; en tant qu'elle porte un caractère international, la situation ne lui est pas plus favorable que lors de notre dernier échange de lettres.

Je suis encore occupé à former cette lettre que l'on m'apporte le dernier status de la Banque de l'Empire: il dénote que la détente continue d'une



manière sensible et justifie par-là l'espoir que j'ai exprimé plus haut. J'ose donc dire que, si vous vous décidiez à marcher, la place de Berlin offrirait probablement peu ou point de difficultés.

Veuillez me dire, si je puis vous être utile d'une manière ou de l'autre; je ne serais que trop heureux toutes les fois que vous trouverez bon de disposer de moi.

Je vous prie de croire, Monsieur le Directeur Général, à l'expression de ma très haute considération.

P a u l S c h w a b a c h.

---

### Brief an Baron Alfred von Rothschild, London.

Berlin, den 2. Februar 1906.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich bin Ihnen für Ihr liebenswürdiges Telegramm dankbar verbunden und entnehme demselben mit Genugtuung, daß die Gerüchte über den Gesundheitszustand Ihres Souveräns falsch gewesen sind.

Sie fragen des weiteren, wie hierzulande die Arbeiten der Konferenz in Algeciras beurteilt werden. Dazu möchte ich einleitend bemerken oder vielmehr wiederholen, was ich schon öfter zum Ausdruck gebracht habe, daß nämlich Deutschland nicht mehr, aber auch nicht weniger will, als in Marokko den Grundsatz der offenen Tür und gleichen Rechtes für alle zu vertreten.

Diese unsere Haltung, welche den besten Überlieferungen der englischen Politik entspricht, ist meines Wissens bisher von keiner Seite als unberechtigt angegriffen worden, sondern die deutschfeindliche ausländische Presse hat sich auf ebenso heftige wie nichtssagende Redensarten beschränkt, in welchen über Deutschlands Habgier und Rauflust gezetert wurde, und zwar, wie ich fest überzeugt bin, gegen das bessere Wissen der betreffenden Verfasser selbst.

Wenn nun Deutschland glaubt, im allgemeinen und im eigenen Interesse an den obenbezeichneten Grundsätzen festhalten zu sollen, so scheint andererseits Frankreich sich noch nicht entschlossen zu haben, den Gedanken der *pénétration pacifique* fallen zu lassen. Das wird natürlich nicht offen erklärt, ergibt sich aber mit genügender Deutlichkeit aus gewissen Vorschlägen, welche die französischen Vertreter in Algeciras unterbreiten.

Als ich gestern, durch Ihr Telegramm veranlaßt, an der Ihnen bekannten Stelle einen Besuch machte, wurden mir in dieser Hinsicht einige Mitteilungen gemacht; ich wurde darauf hingewiesen, daß dieselben als streng vertraulich und geheim zu behandeln sind, und ich gestatte mir, sie Ihnen als solche weiterzugeben.

Unter den Gegenständen, die in Algeciras zur Beratung stehen, befindet sich auch die Errichtung einer marokkanischen Staatsbank in Tanger. Die Franzosen sind zunächst einverstanden damit, dieser Bank einen internationalen Anstrich zu geben, stellen aber folgende Forderungen:

1. Es sollen unter Ausschluß der übrigen Mächte fünf Nationen beteiligt werden: Frankreich mit 27 %, Spanien mit 23 %, England mit 20 %, Italien mit 10 % und Deutschland mit 20 %.

2. Für die Bank soll französisches Recht gelten, für etwaige Streitfälle soll sie einem französischen Gericht unterstellt sein.

3. Als Organe der Bank hätten lediglich private Gremien zu fungieren, nämlich ein von den Aktionären in ihrer Generalversammlung zu wählender Verwaltungsrat und ein von letzterem zu bestellendes Direktorium.

In diesen Zusammenhang gehört es, daß die Franzosen 4. verlangen, daß den französischen Bankinstituten ein Privileg auf marokkanische Anleihen eingeräumt bleibt.

Weiter ist in Aussicht genommen, der Staatsbank Aufgaben zu übertragen, welche ihr in mancher Hinsicht den Charakter einer Behörde verleihen, als da sind: Reform des Münzwesens, Kontrolle über die Zolleingänge usw., Funktionen, die im Verein mit dem Recht der Notenausgabe und der zwar privaten, aber wirksamen Macht als einziger, jedenfalls größter Kreditgeber die Bank zu dem beherrschenden wirtschaftlichen Mittelpunkt des Landes machen wird. Wer aber in einem Lande wie Marokko die wirtschaftliche Macht in Händen hat, darf sich mit Recht auch politisch als Herrn betrachten. Die oben angeführten Forderungen können aber zu keinem anderen Ziele führen — das ergibt der erste Blick — als zu der vollständigen Auslieferung der Bank an Frankreich. Darauf deutet die an sich völlig ungerechtfertigte Konstruktion der Beteiligungen unter 1, der besonders in bezug auf seine moralische Wirkung so wichtige Punkt 2. Der Punkt 3 sieht zunächst harmlos aus, und das hier vorhandene Bedenken, ob staatliche Funktionen von Privaten übernommen werden dürfen, gehört nicht unmittelbar zu dem vorliegenden Thema probandum. Es liegt aber auf der Hand, daß durch Verschiebungen im Aktienbesitz der ohnehin starke französische Einfluß in ein völliges Übergewicht verwandelt werden, daß in

absehbarer Zeit nur französische Verwaltungsräte und Direktoren vorhanden sein würden.

Nach alledem kann die deutsche Regierung die französischen Vorschläge nicht für annehmbar halten; sie glaubt vielmehr, daß die folgenden Gedanken für eine gerechte Regelung eine geeignete Grundlage bieten würden:

1. Das Kapital der zu gründenden Bank wird aufgebracht durch die Konferenzstaaten oder durch die von ihnen bezeichneten Banken dergestalt, daß jedem hierzu bereiten Staat oder seiner Bankengruppe das Recht zusteht, je einen Geschäftsanteil von gleicher Größe zu übernehmen.

2. Die Bank gilt in jedem der Konferenzstaaten als rechtsfähig. In Marokko finden für ihre Rechtsverhältnisse und Rechtsbeziehungen die Vorschriften der für die gemischten Prozesse in Ägypten gültigen Code civil und Code de commerce Anwendung.

Die Gerichtsbarkeit in Marokko wird durch einen Gerichtshof ausgeübt, wenn die Bank als Beklagte auftritt, der aus den Vorsitzenden der in Tanger eingesetzten Konsulargerichte der an der Bank beteiligten Mächte unter Zuziehung eines marokkanischen Delegierten gebildet wird. Für das Verfahren dieses Gerichtshofes gelten gleichfalls die in Ägypten eingeführten Regeln.

3. Außer Verwaltungsrat und Direktorium soll ein Kuratorium eingesetzt werden, bestehend aus den diplomatischen Vertretern der interessierten Mächte in Tanger unter Zuziehung eines marokkanischen Delegierten. Dieses Kuratorium soll sich nicht in die laufenden Bankgeschäfte einmischen, sondern nur über die Bank die Aufsicht führen, soweit dieselbe staatliche Funktionen ausübt. — Der Verwaltungsrat wird gebildet durch je zwei Delegierte der gründenden Staaten oder Banken, solange sie sich noch im Besitz von mindestens einem Viertel ihres ursprünglichen Anteils befinden. Dabei könnten Banken eines Landes durch solche desselben Landes unter Zustimmung ihrer Regierung ersetzt werden.

4. Der französischen Forderung eines Anleiheprivilegs wird diejenige des freien Wettbewerbs entgegengesetzt.

Sie wollen bemerken, sehr verehrter Herr Baron, daß hier nirgends von etwas die Rede ist, das Deutschland für sich allein verlangt, sondern daß es einen Standpunkt einnimmt, der logisch korrekt und kaufmännisch richtig ist. Man gibt sich daher im Kreise meiner Freunde der Hoffnung hin, daß eine Verständigung auf der angegebenen Grundlage sich wird erzielen lassen. Es wäre mir, wie Sie verstehen werden, außerordentlich wichtig zu hören, wie



Sie über diese Angelegenheit denken, und wäre Ihnen für eine Antwort sehr dankbar. Ich hoffe, daß sowohl Sie selbst als auch Ihre Freunde, die Sache für wichtig genug halten, um ihr Aufmerksamkeit zu schenken.

Es geht m. E. nicht an, wie es wohl öfters geschehen ist, die Lösung der Frage darin zu sehen, daß man sie mit dem Bemerken beiseite schiebt, der ganze Handel und die ganze Wirtschaft von Marokko habe garnichts zu bedeuten. Einmal ist es doch kurzsichtig, ein Land, zu dessen Erschließung eben jetzt die ersten Schritte unternommen werden sollen, nach den heutigen statistischen Zahlen zu beurteilen. Sind aber auch die Aussichten für die Zukunft gar so gering, warum bemüht sich denn Frankreich so lebhaft um seine Monopolstellung?

Wie schon bemerkt, trotz noch vorhandener und ziemlich weitgehender Divergenzen hofft man in Berlin auf ein günstiges Ergebnis der Konferenz und ist durchaus nicht beunruhigt.

Der allgemeine Friede könnte nach hiesiger Auffassung nur dann und dadurch bedroht werden, daß Frankreich, unzufrieden mit dem Gang der Verhandlungen, Marokko mit Waffengewalt besetzte; man ist aber davon überzeugt, daß eine solche Absicht nicht besteht und keinesfalls zur Ausführung kommen könnte, wenn man nicht in Paris bündige Erklärungen darüber hätte, daß auch in solchem Fall Frankreich auf volle Unterstützung Englands in jeder Form rechnen könnte, eine Supposition, welche hier für ganz ausgeschlossen gilt.

Mit der Bitte um Entschuldigung, daß ich so weitläufig geworden bin, und mit meinen verbindlichsten Empfehlungen bin ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr ganz ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an Baron James von Rothschild, Paris.\***

Berlin, den 6. Februar 1906.

Lieber Herr Baron James!

Ich sage Ihnen meinen verbindlichsten Dank für Ihren freundlichen Brief vom 29. Januar, aus dem ich gern davon Kenntnis nahm, daß Ihnen gelegentliche politische Berichte willkommen sein werden. Hoffentlich komme ich in die Lage, Ihnen von Zeit zu Zeit Dinge zu melden, die für Sie Interesse haben. Im gegenwärtigen Augenblick sind auch hier die meisten

---

\* Teilhaber des Bankhauses de Rothschild Frères, Paris.

v. Schwabach, Aus meinen Akten.

Gedanken auf das gerichtet, was in Algeciras zustande kommen wird, und wie es allenthalben zu sein scheint, so gehen auch in Berlin die Erwartungen weit auseinander. Es ist jedoch unverkennbar, daß in allen Kreisen den Ereignissen mit großer Ruhe entgegengesehen wird, woraus Sie jedenfalls soviel schließen können, daß niemand an einen Krieg glaubt. Insbesondere ist die Stimmung in den eigentlichen politischen Kreisen durchaus zuversichtlich, wie ich mich in den letzten Tagen noch habe überzeugen können.

Wenn ich die bisherige Haltung der deutschen Regierung kurz charakterisieren soll, so kann es dahin geschehen, daß man hierzulande unsere vertragsmäßigen Rechte gewahrt sehen wollte, die eben darin bestehen, an der zukünftigen Entwicklung Marokkos Anteil zu nehmen, daß man aber in keinem Stadium daran gedacht hat, irgendwelche deutsche Sonderrechte zu ertrotzen, sondern von Anfang an den Grundsatz der offenen Tür und des gleichen Rechtes für alle proklamiert hat. Daß auch unsere politischen Gegner nichts Rechtes dagegen einzuwenden haben, geht gerade daraus hervor, daß man versucht hat, in der Öffentlichkeit die deutsche Stellungnahme anders auszulegen, und daß man auch zu solchen Behauptungen gegriffen hat, Deutschland wolle eine Kohlenstation am Atlantischen Ozean erwerben oder ähnliches. Noch viel weniger hat man hier beabsichtigt, mit Waffengewalt über Frankreich herzufallen. Ein Krieg zwischen zwei Ländern, wie es Frankreich und Deutschland sind, ist denn doch eine zu ernste Sache, als daß die Leiter unserer Politik ohne zwingenden Grund sich zu ihm entschließen könnten. Vertraulich möchte ich Ihnen erzählen, daß ich vor etwa 8 Tagen eine sehr lange Unterhaltung mit Sr. Majestät dem Kaiser hatte, der gerade diesen Punkt sehr scharf hervorhob und meinte, nach einer nunmehr fast achtzehnjährigen Regierung, in deren Verlauf es an kritischen Augenblicken nicht gefehlt habe, könne er von der politischen Welt das Zutrauen erwarten, daß er nicht der Mann sei, um einen Streit vom Zaune zu brechen. Diese grundsätzlich friedliche Anschauung wird auch von den Beratern des Kaisers durchaus geteilt, und auch heute liegen die Dinge so, daß es nur wenige Eventualitäten gibt, aus denen ein ernster Konflikt entstehen könnte. Sollte z. B. die Konferenz in Algeciras ergebnislos verlaufen und Frankreich in Marokko einmarschieren, dann wäre freilich die Lage sehr ernst. Aber wir hoffen hier nicht nur, daß zu einem so extremen Schritt sich Frankreich nicht herbeilassen würde, sondern auch, daß die Voraussetzung dazu in Wegfall kommen wird, daß mit anderen Worten die Konferenz ein befriedigendes Ergebnis zutage fördert. Dabei geht es nun freilich nicht an, wie es in der auswärtigen

Presse vielfach geschieht, die Sache so darzustellen, als ob alles darauf ankäme, daß Deutschland die nötigen Konzessionen mache. Darin liegt eben der Charakter und der Zweck einer Verhandlung, daß Konzessionen auf Gegenseitigkeit beruhen. Es wird vielfach allerdings so dargestellt, als wenn französischerseits alles Erdenkliche bereits geschehen sei, und es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß M. Delcassé seinerzeit fallengelassen wurde. Die Motive, welche zu dem Sturz dieses Staatsmannes geführt haben, sind bekanntlich mannigfaltige gewesen. Uns Deutsche geht es aber zunächst gar nichts an, welchen Namen der französische auswärtige Minister führt, sondern ausschließlich seine Politik. Und leider hat sich die Sachlage seit dem vorigen Sommer noch nicht wesentlich geändert, insofern die französischen Diplomaten zwar in eine Erörterung der einschlägigen Fragen eingetreten sind und auch in das Zusammentreten einer Konferenz gewilligt haben, aber doch dauernd an dem Bestreben festhalten, in Marokko für ihr Land ein politisches und wirtschaftliches Monopol zu schaffen. Das ist es eben, wogegen von Berlin aus angekämpft wird, im allgemeinen und im eigenen Interesse. Wenn aber der oben angeführte Grundsatz der offenen Tür und des freien Wettbewerbs anerkannt wird, so besteht kein Zweifel darüber, daß Deutschland sehr gern die Hand dazu bieten wird, Frankreichs besonderer Stellung als Nachbarstaat Marokkos Rechnung zu tragen. Wie Sie wissen werden, hat sich in letzter Zeit die Diskussion auf die Errichtung einer Staatsbank in Tanger und deren Ausgestaltung gelenkt. Eine solche Bank, die ein wirtschaftliches Zentrum bilden wird durch das Notenprivileg, durch die Möglichkeit von Kreditgewährungen, die außerdem mit staatlichen Funktionen ausgestattet werden soll, wie Einziehung und Verwaltung von Zöllen und dergleichen, ist gleichzeitig als ein politischer Machtfaktor allerersten Ranges zu betrachten, und es wird von großer Wichtigkeit sein, ob die Verwaltung der Bank ausschließlich oder vorwiegend in französischen Händen ruht oder international gestaltet wird. Ich möchte glauben, daß diese Frage den Prüfstein dafür bildet, ob etwas Brauchbares aus der Konferenz zustande kommt, und wenn die in Algeciras anwesenden Vertreter hierfür eine befriedigende Formel finden, so dürfte alles andere sich ziemlich schnell erledigen. Falls Sie Gelegenheit haben, über die Ansichten und Wünsche im Hinblick auf diese Angelegenheit etwas zu hören, so wäre mir eine Mitteilung außerordentlich wertvoll, und ich würde gern bereit sein, im allgemeinen Interesse Ihre Mitteilungen zu verwerten.

Ich will zusammenfassend wiederholen, daß die Stimmung, der ich hier



begegne, so beschaffen ist, daß offenbar unsere Politiker auf eine schließliche Einigung hoffen.

Die marokkanischen Angelegenheiten nehmen die öffentliche Aufmerksamkeit so sehr in Anspruch, daß die österreichisch-ungarischen dagegen zurücktreten. Persönlich habe ich freilich das Gefühl, daß die Dinge dort sehr ernst liegen, und nach dem Scheitern der letzten Verhandlungen zwischen dem Kaiser Franz Josef und der ungarischen Koalition sehe ich nicht, wie ohne einen Kampf eine klare Situation geschaffen werden kann. Ungarn befindet sich nicht nur im Zustande der größten politischen Verworrenheit, sondern durch den Mangel an Steuereingängen muß über kurz oder lang die ganze Maschine ins Stocken geraten, und es ist kein ausreichender Trost, daß durch das bekannte Vorschußgeschäft der Coupon für das laufende Jahr gedeckt ist. Ich enthalte mich über diese Dinge einer näheren Auslassung, da Sie darüber sicherlich reichlich so gut unterrichtet sind wie ich.

Die hiesigen Blätter behaupten mit großer Bestimmtheit, daß in Paris neue Verhandlungen zwischen der russischen Regierung und den französischen Banken eingeleitet worden sind. Ich habe leise Zweifel, ob diese Nachricht zutrifft, schon darum, weil bisher immer an eine große internationale Anleihe gedacht worden war, und hier noch kein Wort von Anleihen gefallen ist.

Mit angelegentlichen Empfehlungen bin ich

Ihr aufrichtig ergebener P a u l S c h w a b a c h.

---

Brief an Eyre A. Crowe, London.\*

Berlin, den 16. Februar 1906.

Mein lieber Eyre!

Vielen Dank für die mir freundlichst gegebene Auskunft über die International Law Association, mit welcher Du dieser Gesellschaft ein recht gutes Zeugnis ausstellst. Ob aus dem Besuch der Herren in Berlin etwas werden wird, kann ich noch nicht sagen, da über die Frage noch Dunkel

---

\* Eyre C. (1864—1925), gehörte seit 1885 dem Foreign Office an. 1906 wurde er zum Senior Clerk (Vortragenden Rat) ernannt, 1912 Assistent Under-Secretary of State for Foreign Affairs. Am 27. November 1920 erhielt er den höchsten für Fachbeamte erreichbaren Posten im Auswärtigen Amt: als Nachfolger von Lord Hardinge stieg er zum Permanent Under-Secretary of State for Foreign Affairs auf. Als Knight Commander des Ordens vom Heiligen Michael und Heiligen Georg war er im März 1911 in den Adelsstand erhoben worden. (Vgl. „Times“ vom 29. April 1925. Ferner s. u. S. 407 ff.).

herrscht, was sie hier zur Beratung bringen wollen. Wie ich Dir neulich schon schrieb, bin ich ein Gegner der sogenannten Verbrüderungsfeste, welche höchstens dazu geeignet sind, Widerspruch heraufzubeschwören.

Ich habe mich sehr darüber gefreut zu hören, daß Du unter Beförderung in die politische Abteilung versetzt worden bist; denn ich nehme nach früheren von Dir getanen Äußerungen an, daß damit Deinem Wunsche entsprochen worden ist, und Deine nunmehrige Tätigkeit im großen ganzen Dir zusagen wird. Ich wünsche herzlich, daß Du auf der beschrittenen Bahn rüstig und erfolgreich weiter vorschreiten wirst.

Was nun Marokko betrifft, so sind wir, wie es in den letzten Jahren leider wiederholt geschehen ist, nicht ganz einer Meinung. Von englischer deutschfeindlicher Seite wird der Vorwurf gegen uns gemacht, daß wir die Marokkofrage erfunden haben, um einen Keil zwischen England und Frankreich einzutreiben. Das ist gänzlich verkehrt, wie die Rede beweist, welche der Reichskanzler im April 1904 kurz nach Abschluß des Marokko-Abkommens im Reichstage hielt, wo er dies Abkommen in Schutz nahm. Deutschland ist die Marokkofrage aufgedrängt worden durch das unverhüllte Bestreben von Delcassé, Deutschland vor der Welt zu dekon-siderieren, indem er über unsere Interessen verfügte, ohne die geringste Absicht, uns zu befragen. Der Hinweis auf die verhältnismäßige Geringfügigkeit unserer marokkanischen Interessen ist nicht stichhaltig; denn eine Wertgrenze, unterhalb welcher die Vertretung von Interessen nicht mehr zu rechtfertigen wäre, gibt es nicht. Es handelt sich auch nicht bloß um den Wert, sondern um die Würde, welche bei einer kleinen Verletzung doch auch berührt wird. Außerdem aber ist Marokko ein Land von großer Zukunft, eines der wenigen Länder, die bisher noch für den Wettbewerb der Welt frei sind. Der Hinweis darauf, daß die deutsch-englischen Beziehungen erst nach Erledigung der marokkanischen Frage in sichere Bahnen kommen werden, ist gewiß richtig; denn wie sollen wir zu England Vertrauen gewinnen, wenn wir sehen, daß es ohne Einschränkung für französische Ansprüche eintritt, deren Befriedigung gleichbedeutend sein würde mit einer Zurückdrängung der deutschen Interessen. Wie unklare Ideen in dieser Hinsicht herrschen, bewies mir vor ganz wenigen Tagen ein Entrefilet der „Westminster Gazette“, welche in ironischem Tone schrieb: Frankreich und Deutschland würden sich wohl verständigen; denn Deutschland wünsche irgend etwas, man wüßte nur noch nicht, was und wo. Materiell ist das natürlich eine Unwahrheit, und vermutlich eine bewußte; denn es ist wiederholt und deutlich ausgesprochen, daß wir nichts anderes

verlangen können als die offene Tür in Marokko, welche nach dem Madrider Abkommen von uns verlangt werden kann. Es liegt ferner in solcher Bemerkung doch ein reichlicher Zynismus, wenn man in Betracht zieht, daß England seine eigenen Rechte in Marokko gegen anderweitige Vorteile veräußert hat. Daß England seine diplomatische Unterstützung den Franzosen vertraglich zugesichert hat, ist ja allgemein bekannt, und niemand wird erwarten, daß Ihr Eueren Versprechungen untreu werdet; aber England könnte diesen Verpflichtungen in loyalster Weise nachkommen und doch im stillen Kämmerlein seinen Freunden zu Gemüte führen, daß über eine gewisse Grenze hinaus sie ihre Ansprüche nicht erstrecken können, ohne gegen die Gerechtigkeit und die bestehenden Verträge zu verstoßen. Ob dies durch den Botschafter Nicholson geschieht, daran habe ich meine leisen Zweifel. Ich will Dir gestehen, daß die ganze marokkanische Politik Englands mir vollkommen unklar ist, die doch darauf hinausgeht, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch Marokko den Franzosen auszuliefern. Damit ist Gibraltar mehr oder weniger wertlos geworden, und der Weg nach Ägypten und eventuell nach Indien auf das schwerste gefährdet, der Mittelmeer-Bundesgenosse, auf den England früher soviel Gewicht legte, nämlich Italien, vollkommen lahmgelegt. Ich weiß, daß viele Kreise in England die entente cordiale mit Frankreich nicht nur als eine erfreuliche und nützliche Tat der Gegenwartspolitik betrachten, sondern der Meinung sind, daß damit ein unabänderliches Definitivum geschaffen sei. Das ist ja möglich, aber nach dem bisherigen Verlauf der Weltgeschichte unwahrscheinlich; und es könnte der Augenblick eintreten, wo England Grund hat, den Handel des Jahres 1904 tief zu bedauern. Zunächst freilich rieche ich kein Pulver; ich hoffe bestimmt, daß wir uns mit Frankreich werden auseinandersetzen können. Und ist diese leidige Marokko-Angelegenheit geregelt, dann wird wohl auch die immerhin noch vorhandene allgemeine Nervosität verschwinden.

Im Frühjahr habe ich eine längere militärische Dienstleistung zu machen, so daß ich an Auslandsreisen natürlich gehindert bin. Ich war aber so lange nicht in London, daß ich den dringenden Wunsch habe, mit einem Besuche daselbst nicht bis in den Herbst zu warten, und wenn ich es irgend einmal einrichten kann, denke ich im letzten Drittel des Monats März auf einige Zeit mit meiner Frau hinüberzukommen. Hoffentlich treffe ich Deine Angehörigen und Dich im besten Wohlsein an, und es sollte mich freuen, wenn wir Gelegenheit hätten, öfter und ausführlich miteinander zu plaudern.

Mit vielen freundlichen Grüßen bin ich, lieber Eyre, Dein

Paul Schwa bach.

---



**Brief an Baron Alfred von Rothschild, London.**

Berlin, den 22. Februar 1906.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich nehme an, daß das Telegramm, welches ich Ihnen heute in früher Morgenstunde sandte, richtig in Ihre Hände gelangt ist. Ich bestätige dessen Inhalt nach der Richtung, daß Baron de Courcelles\* hier einen vortrefflichen Eindruck gemacht hat. Gestern abend ist er zu einem Ball bei Hofe eingeladen worden. Die Unterredungen mit ihm konnten bei Lage der Dinge selbstverständlich nicht den Charakter von diplomatischen Verhandlungen tragen, sondern stellten lediglich Meinungs austausche dar, von welchen man immerhin den Effekt erhoffen darf, daß Baron de Courcelles in der Lage sein wird, in Paris eine genaue und auch in den Augen der Franzosen einwandfreie Darlegung der hiesigen Auffassungen zu geben. Wie mir erzählt worden ist, scheint Baron de Courcelles für den deutschen Standpunkt Verständnis an den Tag gelegt zu haben; ob er aber in seiner Heimat genügenden persönlichen Einfluß besitzt, um dort einen Stimmungswechsel hervorzurufen, entzieht sich meiner Kenntnis. Ob die Konferenz in Algéciras mit einem praktischen Ergebnis oder ohne Resultat abschließen wird, läßt sich in diesem Augenblick gar nicht übersehen, und meine Freunde haben mir erklärt, daß sie das eine wie das andere für gleichmöglich halten. Der französische Vorschlag, die marokkanische Polizei nur von Frankreich und Spanien aus leiten zu lassen, ist für Deutschland unannehmbar, wie es ja von hier aus bereits vor beinahe Jahresfrist erklärt worden ist; denn in der Hinzunahme von Spanien, das aus naheliegenden Gründen sich energisch ausgesprochenen Wünschen Frankreichs nicht würde entziehen können, erblicken wir keine Einschränkung des sogenannten Generalmandates. Es wird also darauf ankommen, ob Frankreich den deutschen, vertragsmäßig begründeten Ansprüchen entgegenkommen will, ob vielleicht eine der anderen Mächte einen Ausweg vorzuschlagen imstande ist, oder ob man die Gegensätze unvermittelt bestehen läßt. Im letzteren Falle würde die Konferenz scheitern und der status quo ante in Kraft bleiben. Die deutsche Regierung sieht einer solchen Eventualität mit Ruhe entgegen, ohne sich zu verhehlen, daß es unerwünscht ist, dadurch einen unsicheren Faktor in der europäischen Politik zu belassen, und ich brauche nicht hinzuzufügen, daß

---

\* Vgl. Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914, Bd. 21 I, S. 188.

wir alle hier außerordentlich erfreut sein würden, zur Sicherung des allgemeinen Friedens die marokkanische Angelegenheit endgültig zu regeln.

Ich sah gestern den telegraphischen Bericht, welchen Graf Metternich über seine Unterredung mit Lord Rothschild und Ihnen erstattet hat.\* An einer Stelle erzählt er, daß er von Ihnen gehört habe, die Stellung von M. Rouvier sei erschüttert, und es bestände die Möglichkeit, daß er durch M. Delcassé ersetzt würde. Bei dieser Stelle stand eine Randbemerkung des Kaisers, welche wörtlich lautet: „Schadet nichts! Dann wird die Sachlage klarer. Es ist besser, Delcassé macht seine Politik selbst, als daß sie durch Rouvier gemacht wird. Ich bleibe fest auf meinem Standpunkt.“

Zur Erläuterung dieses kaiserlichen Marginals will ich folgendes bemerken. Man weiß hier seit Monaten, daß die Leitung der französischen auswärtigen Politik sich nur nominell in den Händen von M. Rouvier befindet, daß die eigentlich treibende Kraft die alten Beamten des auswärtigen Ministeriums sind, an ihrer Spitze M. Révoil, welche alle mehr oder weniger in dem Fahrwasser von M. Delcassé segeln. Seit Beginn der Konferenz in Algeciras ist Herrn Rouvier die Leitung um so mehr aus der Hand geglitten, als der Chef des Pressebüros, M. de Billy, einer unserer verbissensten Gegner, den Delegierten nach Algeciras begleitet hat. Zusagen, welche M. Rouvier im Sommer und Herbst des vergangenen Jahres mündlich gemacht hat, sind ohne weitere Umstände unter den Tisch gefallen. Besonders bezeichnend in dieser Hinsicht ist aber das Folgende. Vor ganz kurzer Zeit hat Fürst Radolin M. Rouvier besucht, nicht etwa um gleichsam hinter dem Rücken der Konferenz besondere Verhandlungen zu führen, sondern nur um die allgemeine Lage durchzusprechen. Der französische Minister ging in liebenswürdigster Weise auf die Unterhaltung ein. Dieselbe dauerte ziemlich lange und verlief sehr freundschaftlich. Zwei Tage darauf stellte M. Rouvier unserem Botschafter eine Note zu, in welcher er darauf hinwies: man könne nützlicherwise nur in Algeciras verhandeln — eine Note, welche in Ton und Inhalt von seinen mündlichen Erklärungen durchaus abwich. Ein schlagender Beweis dafür, daß er von seinem Ministerium und nicht sein Ministerium von ihm geleitet wird.\*\* Trotz alledem ist man hier der Ansicht und hofft, daß die ruhigeren Elemente allmählich wieder das Heft in die Hand bekommen werden. Insbesondere hält man es für recht unwahrscheinlich, daß Delcassé wieder in das Ministerium einzieht. Dieser Herr hat durch seine eigenen Enthüllungen der Welt dargetan, daß er der Ver-

---

\* Vgl. Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914, Bd. 21 I, S. 206.

\*\* Dazu s. u. S. 317 und 335 ff.

treter einer so aktiven Politik sei, daß er einen Krieg ohne Scheu in seine Rechnung eingestellt hat, und es wird wohl mit Recht bezweifelt, daß die Mehrheit der Franzosen einen blutigen Konflikt herbeiwünscht.

Wie Sie sehen, bin ich nicht in der Lage, für die Zukunft irgend etwas zu prophezeien. Dagegen bleibt der hiesige Standpunkt unverrückt derselbe. Jede Mitteilung, welche Sie mir über die dortige Auffassung der Lage zugehen lassen könnten, wird mich sehr lebhaft interessieren.

Ich verbleibe mit meinen besten Empfehlungen

Ihr ganz ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an den italienischen Schatzminister Luzzatti, Rom.**

Berlin, le 26 février 1906.

Monsieur le Ministre!

Votre Excellence a eu l'amabilité de me permettre de lui écrire même sur des sujets purement politiques, si l'occasion s'en présentait. Il me semble que le moment est venu de me rappeler cette permission sans craindre et même au danger que votre Excellence me juge indiscret.

Il est clair que la question marocaine ne marche pas à souhait; il se trouve qu'à l'heure actuelle le désaccord entre les propositions françaises et allemandes mises en avant à Algeciras est tel que le succès de la conférence est fort compromis. Je ne prétends pas Vous donner un précis historique et raisonné de la question marocaine, Monsieur le Ministre, j'appuie seulement sur le fait que l'Allemagne n'a jamais formé un autre désir que celui de voir sauvegardés ses droits qui émanent du traité de Madrid, mais par là-même elle ne peut ni veut admettre que la France s'empare du pouvoir politique et économique au Maroc. Pourtant, abstraction faite du langage diplomatique, c'est à cela que tendent les projets français ayant trait à la police et à la banque d'état. Il me paraît incontestable que le droit international est de notre côté, que nous travaillons non seulement pour nos propres intérêts, mais aussi pour ceux de l'Europe entière; j'en vois une preuve suffisante dans le fait que la presse hostile à l'Allemagne, au lieu de combattre par les armes de la logique, s'efforce à nous supposer toute sorte d'ambitions mystérieuses, prétend ne pas comprendre notre politique, pourtant si clair, fait semblant de croire qu'un certain parti (inconnu dans



ce pays) tâche de pousser l'Empereur à la guerre. Tout cela est absurde; l'Empereur, il me semble, a bien prouvé pendant règne de tantôt 18 ans qu'il désire très sérieusement conserver les bienfaits de la paix à son peuple. D'un autre côté, on commet une erreur qui pourrait avoir des suites graves en représentant notre souverain comme si, au fond, il ne demandait pas mieux que de céder et de propager l'opinion qu'il céderait pourvu que les français tiennent bon. Cette erreur en implique une autre, i. e. que, sur les points essentiels, l'avis de l'Empereur diffère de celui de ses conseillers. Rien n'est plus faux.

Dans les dernières semaines, S. M. m'a fait l'honneur de me causer très longuement et à plusieurs reprises. L'impression que ces conversations m'ont laissée, combinée à des informations toutes récentes que je tiens de très bonne source, me donne la conviction absolue que la décision de l'Empereur est ferme et définitive et qu'il n'acceptera pas les propositions françaises. Donc, pour que la conférence aboutisse, il faudrait que la France trouve moyen à faire des concessions aux autres puissances, dont plusieurs ont évidemment intérêt à empêcher que la conférence ne produise qu'un résultat purement négatif. Ce seraient surtout les puissances qui avaient compté s'adresser prochainement aux marchés financiers déjà si nerveux et qui, sans doute, le deviendraient davantage, si la question du Maroc restait en suspens.

Dans cet ordre d'idées, je regretterais surtout voir surgir de nouvelles difficultés pour la grande opération que Votre Excellence contemple depuis si longtemps et dont la réalisation serait d'une si haute importance pour Votre pays, auquel Vous savez que je me sens si fortement attaché.

Je suis d'avis qu'il y a *periculum in mora* ou, pour être franc, que M. Rouvier reprenne la véritable direction des affaires qui se trouve, à l'heure qu'il est, entre les mains des délégués à Algéciras qui par-dessus le marché seront accompagnés du chef du bureau de la presse. Je ne désespère pas de voir une telle évolution se produire en France. C'est pourquoi je n'ai pas voulu attendre que cette lettre parvienne entre les mains de Votre Excellence croyant de mon devoir de vous informer au plus vite de ce qui précède et je télégraphie à M. Stringher avec lequel j'ai un chiffre en le priant de Vous communiquer le contenu de ma dépêche.

Veillez agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance de ma très haute considération

\_\_\_\_\_ Paul Schwabach.

Brief an Eyre A. Crowe, London.

Berlin, den 18. März 1906.

Mein lieber Eyre!

Ich würde vielleicht die Beantwortung Deiner beiden freundlichen Briefe einer persönlichen Begegnung vorbehalten haben, wäre nicht die in Aussicht genommene Reise zweifelhaft geworden. Darum will ich lieber auf diesem Wege herzlich danken. . . .

Dein Brief politischen Inhalts hat mich begreiflicherweise sehr lebhaft interessiert. Ich entnehme ihm, daß die verschiedene Haltung unserer beiden Länder zu der Marokkofrage in der Tat auf verschiedenen Auffassungen beruht; ich halte das für erfreulicher, als wenn die Gegnerschaft auf Gefühlen und auf einem parti pris beruhte. Es ist mir leider nicht möglich, ein eingehendes Exposé zu schreiben; ich beschränke mich auf ein paar Bemerkungen.

Frankreich strebt die *pénétration pacifique* Marokkos an, die bei den französischen wirtschaftspolitischen Methoden mit vollkommener Ausschließung aller dritten handeltreibenden Völker notwendig verbunden ist (cfr. Madagaskar). Das ist auch die Ansicht Eures hiesigen Botschafters. Frankreich mag dazu durch das Bewußtsein getrieben werden, daß sein Exporthandel im freien Wettbewerb dem englischen, amerikanischen und deutschen nicht gewachsen ist. Frankreich strebt die Erreichung seines Zieles mit allen Mitteln an: der unter Mitwirkung der Pariser Regierung zwischen dem Maghzen und den französischen Banken geschlossene Vertrag ist dafür ein bezeichnendes Beispiel. Du kennst diesen Vertrag vermutlich auch. Ein nicht minder wichtiges Dokument ist in dieser Hinsicht der erste französische Entwurf betr. die Staatsbank. Nun glauben wir zu Recht oder Unrecht, daß in einem Lande wie Marokko die Polizeigewalt eine bedeutende Übermacht verleiht. Kurz gesagt, wir glauben, daß die Annahme der französischen Vorschläge mit der Auslieferung des Landes an Frankreich gleichbedeutend wäre, daß wir nicht darauf rechnen könnten, z. B. bei Vergebung von Bauten aller Art, bei Anleihegeschäften und sonstigen wirtschaftlichen Aufgaben uns zu betätigen. Daher unser Widerstand. Und sei nicht böse, wenn ich mir den englischen Standpunkt, etwas abweichend von den amtlichen Erklärungen, etwa folgendermaßen vorstelle: England wird fortan in Marokko auch nicht konkurrieren können; das nimmt es aber hin, 1. weil

es sich nicht sonderlich viel daraus macht, 2. weil es sich durch die Aufgabe Marokkos endgültig freie Hand in Ägypten gesichert hat, 3. weil es aus der so geschaffenen entente cordiale auch andere politische Vorteile erhofft. Es ist nicht nur meine persönliche Ansicht, daß England vollauf berechtigt ist, seine Interessen so anzusehen und so zu verfolgen; nur sollte es uns nicht beschränkt werden, mutatis mutandis ebenso zu verfahren.

In wenigen Tagen werde ich wissen, ob ich nach London reisen kann; gegebenenfalls gebe ich Dir Nachricht, damit wir uns nicht etwa verfehlen. Viele Empfehlungen von meiner Frau an Deine Damen, herzliche Grüße, lieber Eyre, von

Deinem alten Freund

Paul Schwa bach.

#### Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.

##### I.

Berlin, den 1. November 1906.

Sehr verehrter Herr Baron!

Wenn ich Ihnen geraume Zeit nicht geschrieben habe, so rührt das daher, daß ich eine Zeitlang von Berlin abwesend war, und dann auch daher, daß sich Besonderes und Bemerkenswertes nicht zugetragen hat. Die frühen Herbstmonate pflegen hier, besonders in politischer Beziehung, sehr still zu sein.

Auch heute wüßte ich Ihnen nichts aus dem Gebiete der internationalen Politik mitzuteilen. Es geht alles seinen ruhigen Gang. Insbesondere der Punkt, welcher Sie am meisten zu interessieren pflegt, nämlich die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, bietet zum Glück wenig Veranlassung zur Erörterung. Es wäre gewiß übertrieben, wenn man von einer Herzlichkeit in den Beziehungen reden wollte. Indessen habe ich doch den Eindruck, als wenn eine ganz beträchtliche Wendung zum Besseren eingetreten ist, eine viel größere Ruhe und Objektivität in der Beurteilung, und zwar nicht nur bei den leitenden Staatsmännern, die ja glücklicherweise immer einen ruhigen Kopf bewahrt hatten, sondern auch in der Presse und der öffentlichen Meinung überhaupt. Das ist nicht nur etwa meine persönliche Ansicht; sondern ich höre in demselben Sinne vielfach sprechen.

Ich glaube nicht zu irren, in der Annahme, daß der Besuch, welchen



der König im Monat August in Homburg\* abstattete, einen bedeutenden Faktor in dieser Hinsicht gebildet hat. Sowohl unser Staatssekretär des Auswärtigen, als auch der hiesige englische Botschafter, welche bekanntlich beide seinerseits in Kronberg\* waren, haben mir bestätigt, daß die Zusammenkunft der beiden hohen Herren einen durchaus befriedigenden Verlauf genommen hat.

Was im übrigen die Zeitungen über neue Gruppierungen der Mächte berichten, möchte ich im großen ganzen in das Gebiet der journalistischen Phantasie verweisen. Was wenigstens Deutschland betrifft, glaube ich zu wissen, daß es nicht von der Richtschnur abzuweichen gedenkt, unter Aufrechterhaltung seiner Bündnisse möglichst mit allen übrigen Mächten auf einem freundlichen Fuße zu stehen, den Frieden zu erhalten und seinen Handel auszudehnen.

Weniger ruhig als in der auswärtigen Politik sieht es im Innern des Landes aus. Es werden sowohl wirtschaftliche als auch soziale Fragen mit großem Eifer und mit einiger Aufregung erörtert.

Wie Sie wohl aus den Zeitungen ersehen haben werden, ist durch die sozialdemokratischen Führer die gesamte Bergwerksarbeiterschaft aufgestachelt worden. Die Parteiorganisation hat an sämtliche Zechenvorstände die Aufforderung gerichtet, eine 15%ige Lohnerhöhung vorzunehmen. Die Unternehmer haben beschlossen, sich auf Verhandlungen mit der Parteiorganisation überhaupt nicht einzulassen, weil sie in ihr nicht eine Vertretung ihrer Arbeiterschaft erblicken. Sie wollen vielmehr lediglich mit den Arbeiterausschüssen, welche in der Tat gesetzlich als die Arbeitervertreter zu gelten haben, verhandeln. Die geforderte Lohnerhöhung wird jedenfalls nicht bewilligt werden können. Einmal ist es natürlich ein Unsinn, für das ganze Deutsche Reich eine derartige schematische Forderung aufzustellen, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse im einzelnen. Ferner sind in den letzten Jahren, der Konjunktur entsprechend, die Löhne schon wesentlich gestiegen. Eine Mehrbelastung der Werke würde ihre Konkurrenzfähigkeit ernstlich bedrohen. Für einzelne Unternehmungen würde 15% höherer Lohn ungefähr den ganzen Reingewinn verschlingen. Die Lage würde eine sehr ernste sein, wenn die Arbeiterführer auf ihrem Standpunkte verharren. Aber sowohl aus Westfalen als aus Schlesien höre ich, daß die Hoffnung besteht, ohne Ausstand den Streit beizulegen.

---

\* 15./16. August.

In unmittelbarem Zusammenhange mit dieser Frage steht die viel erörterte Steigerung der Lebensmittelpreise, insbesondere des Fleisches, worin nicht mit Unrecht eine Folge der agrarischen Tarifpolitik erblickt wird, wie sie die Regierung und die Mehrheit des Reichstages befolgt haben. Die Lage hat sich so zugespitzt, daß jetzt auch die konservative Partei, in welcher die Landwirte eine ausschlaggebende Rolle spielen, anfängt einzusehen, daß es so nicht weitergeht, und zu Konzessionen bereit ist. Man darf hoffen, daß die Regierung nicht lange zögern wird, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere die Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh anzuordnen.

Im übrigen geht es in der Industrie recht befriedigend, ohne daß ein Nachlassen der Konjunktur sich bemerkbar machte. Freilich, wie immer in Fällen eines flotten Geschäftsganges, wird viel Geld gebraucht. Die Anspannung der Reichsbank ist beträchtlich. Der Zinssatz ist hoch. Aber Geld ist nicht übermäßig knapp, so daß auch die jüngste Ultimoregulierung ganz glatt vonstatten ging. Daß die Renten, insbesondere auch die deutschen und preußischen Staatspapiere, dabei an der Börse in den Hintergrund gedrängt werden, ist eine bedauerliche, aber nicht erstaunliche Begleiterscheinung.

Die Zustände auf dem englischen Geldmarkte werden von hier mit Aufmerksamkeit verfolgt. Ich muß jedoch gestehen, daß ich mir kein klares Bild davon habe machen können, wo die Gründe zu der außerordentlichen Geldknappheit bei Ihnen liegen. Es ist mir bekannt, daß Amerika in großen Beträgen Gold aus England zieht. Ich sollte aber meinen, daß bei der regen Geschäftsverbindung, die seit ein paar Jahren von Amerika aus auch mit Frankreich angeknüpft ist, auch von dort Gold müßte exportiert werden können. Denn das kleine Agio, das die Bank von Frankreich sich auf Gold zahlen läßt, würde nicht in Betracht kommen. Ich würde sehr dankbar sein, wenn Sie mich über diesen Punkt belehren wollten.

Indem ich Sie bitte, mich Lord Rothschild und Mr. Leopold sehr angelegentlich zu empfehlen, begrüße ich Sie, sehr verehrter Herr Baron, als

Ihr Sie aufrichtig verehrender

P a u l S c h w a b a c h.

## II.

Berlin, den 12. November 1906.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ihre liebenswürdigen Zeilen vom 8. November habe ich erhalten und mit lebhaftem Interesse gelesen.

Es ist mir sehr wertvoll, von Ihnen zu hören, daß Sie die Geldknappheit in London doch ausschließlich auf die amerikanischen Bedürfnisse zurückführen. Die Ziffern, welche Sie nennen, sind freilich so gewaltig, daß mir nunmehr klar wird, daß ohne Anspannung aller Mittel derartige Bedürfnisse nicht gedeckt werden können. Daß Amerika uns Deutsche nicht annähernd so stark in Anspruch nimmt, liegt in der Natur der Dinge. Immerhin haben auch wir die Empfindung, mit amerikanischen Wechseln so stark überschwemmt zu werden, daß die größeren Banken und Firmen dieselben nicht mehr zum Privatsatze, sondern  $\frac{1}{8}$  bis  $\frac{1}{4}\%$  höher abrechnen.

Die Reichsbank nimmt bekanntlich grundsätzlich keine Finanzwechsel und ist dadurch in etwas geschützt. Der Status der Reichsbank ist natürlich angespannt, aber nicht in besorgniserregender Weise. Der Goldschatz ist immer noch beträchtlich, und auch die Statistiken der Goldbewegung an den Grenzen zeigen noch einen kleinen Saldo zu unseren Gunsten. Wenn aber gegen Schluß des Jahres die inländischen Bedürfnisse so stark werden, wie man immerhin erwarten kann, muß man sich auf eine weitere Erhöhung des Bankdiskontes gefaßt machen.

Sie werden in den Zeitungen in letzter Zeit öfter davon gelesen haben, daß hierzulande von einer Kanzlerkrise gesprochen worden ist, und zwar nicht allein wegen des körperlichen Zustandes des Fürsten Bülow. Es ist sehr schwer zu wissen, wie es dem Fürsten geht. Ich habe ihn noch nicht gesehen, da er nicht viel Besuch empfängt. Ich höre von anderer Seite, daß er wohl aussieht und genau so lebhaft wie früher wäre. Manche freilich wollen erkennen, daß er gealtert und nervös wäre. Ich glaube aber, daß niemand ein wirkliches Urteil über den wahren Zustand wird haben können, bevor der Reichskanzler die Arbeiten seines Amtes in vollem Umfange aufgenommen haben wird.

Schließlich wäre es auch kein Wunder, wenn er etwas nervös wäre. Denn innerhalb des Ministeriums haben, wie bekannt, unangenehme Auseinandersetzungen stattgefunden, die schließlich den Abgang des bisherigen Landwirtschaftsministers von Podbielski herbeigeführt haben. Wenigstens



wird täglich die amtliche Bekanntgabe seines Rücktritts erwartet. Es dürfte ferner zutreffen, daß gewisse Herren in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers dem Fürsten Bülow nicht gewogen sind und ihn gern beseitigen möchten. Es sieht aber in letzter Zeit so aus, als ob diese Versuche erfolglos bleiben. Wenn der Reichskanzler wirklich mit voller Kraft an die Arbeit gehen kann, so scheint es mir eher wahrscheinlich, daß der Kaiser sich nicht von ihm trennt.

Selbstverständlich wäre es zwecklos und verfrüht, über die Person des eventuellen Nachfolgers zu diskutieren, um so mehr, als, wie Sie wissen, die Ernennung des Reichskanzlers lediglich in der Hand des Kaisers liegt.

Wie aber auch die Dinge ausgehen mögen, so handelt es sich meines Erachtens lediglich um eine innerdeutsche Angelegenheit, und es ist durchaus kein Grund zu der Annahme, daß die auswärtige Politik irgendwie in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

Was die Bergarbeiterbewegung betrifft, über die ich Ihnen neulich berichtete, so dauern die Erörterungen und Verhandlungen fort. Die Arbeiter verhalten sich ziemlich ruhig, und es besteht jedenfalls die Hoffnung, daß ein Ausstand in größerem Umfange vermieden werden wird.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

III.

Berlin, den 15. Dezember 1906.

Mein sehr verehrter Herr Baron!

Die Reichstagsauflösung ist, wie Sie richtig erkannt haben, ein Ereignis von sehr großer Tragweite und kann unter Umständen für die zukünftige innerdeutsche Politik einen Wendepunkt bedeuten.

Ihre Frage, ob vielleicht die Regierung beabsichtige, ohne Parlament zu arbeiten, habe ich bereits in meinem gestrigen Telegramm, wenn auch in hypothetischer Form, verneint. Heute bin ich in der Lage, Ihnen auf das bestimmteste zu erklären, daß keinen Augenblick daran gedacht worden ist, und daß bereits Ende Januar — d. i. an dem frühesten gesetzlich möglichen Termin — die Neuwahlen stattfinden sollen. Ein Regieren ohne Reichstag wäre gleichbedeutend gewesen mit einem Staatsstreich. Zu einem solchen

besteht in den leitenden Kreisen weder eine Neigung im allgemeinen, noch wäre dieser besondere Fall ein möglicher Anlaß dazu gewesen.

Man kann im Gegenteil sagen, daß der Entschluß, den Reichstag aufzulösen, in sehr weiten Volkskreisen, einschließlich der entschieden liberalen Bevölkerung, mit Freuden begrüßt worden ist. Es handelt sich um mehr, als um die Fragen der Kolonialpolitik, über welche am Donnerstag\* die Abstimmung erfolgt ist, so wie es sich auch bei der Abstimmung für die negierenden Parteien nicht allein um den Gegenstand handelte, welcher gerade zur Erörterung stand. Der linke Flügel der liberalen Parteien ist kolonialen Unternehmungen von Anfang an abgeneigt gewesen und übt an der Regierungspolitik im allgemeinen, an besonderen Maßnahmen und an besonderen Vorkommnissen eine außerordentlich scharfe Kritik. Trotzdem ist auch in diese Kreise mehr und mehr die Überzeugung gedrungen, daß es erstens mit der Ehre Deutschlands nicht zu vereinigen wäre, die einmal in unserem Besitz befindlichen Kolonien preiszugeben oder deren Entwicklung unmöglich zu machen, und daß zweitens ein Kolonialbesitz für eine industriell aufstrebende Nation mit stark wachsender Bevölkerung ein wichtiges Erfordernis darstellt. Die Regierung kann sich also mit diesen Parteien über die schwebenden Fragen einigen und betrachtet bei den neu vorzunehmenden Wahlen die liberalen Kandidaten keineswegs als ihre Gegner.

Anders verhält es sich mit den Sozialdemokraten, welche aus vielen anderen Gründen die ewigen Gegner der Regierung sind.

Anders verhält es sich auch mit der katholischen Partei des Zentrums. Seit der Fürst Bülow Reichskanzler ist, hat er den Versuch gemacht, diese starke Partei für seine Politik zu gewinnen, trotzdem die warnenden Stimmen nicht gefehlt haben, welche darauf hinwiesen, daß Klerikale durch Konzessionen niemals gefügiger, sondern immer begehrtlicher werden. Es ist dahin gekommen, daß das Zentrum mit Erfolg dahin gestrebt hat, nicht nur im Parlament einen offenen, sondern auch in fast allen Ministerien und bei Hofe einen geheimen Einfluß auszuüben, dessen Ziele sich mit einer nationalen Politik keineswegs decken. Es ist das Ergebnis der letzten Reichstagsdebatten, diese Verhältnisse grell zu beleuchten. Es blieb der Regierung in der Tat nichts anderes übrig, als den ihr angebotenen Kampf aufzunehmen, und zwar in der verfassungsmäßig zulässigen Form eines Appells an die Wählerschaft.

Wenn man nun versucht, sich über den wahrscheinlichen Ausfall der

---

\* 13. Dezember.

v. Schwabach, Aus meinen Akten.

Neuwahlen ein Bild zu machen, so sind die Aussichten sehr schwer zu übersehen. Aber ich will offen bekennen, daß ich nicht allzu rosig in die Zukunft sehe.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird im großen ganzen nach wie vor für ihre bisherigen Führer stimmen, die ihrerseits kein Mittel der Agitation unbenutzt lassen werden und durch die außerordentlich straffe Organisation ihrer Partei einen bedeutenden Einfluß haben. — Es kommt dazu, daß in den weniger bemittelten Kreisen über die Teuerung der Lebensmittel eine nicht zu unterschätzende Erbitterung besteht. Wie es in derartigen Fällen immer geschieht, wird die Schuld an den hohen Preisen in erster Reihe der Regierung in die Schuhe geschoben. Wenn nun auch selbstverständlich manche Übertreibung mit unterläuft, so ist doch die Tatsache der Teuerung nicht wegzuleugnen und ebensowenig die andere Tatsache, daß die Zollpolitik der Regierung mit dazu beigetragen hat.

Das Zentrum stützt sich auf die streng katholische Bevölkerung, und auch diese Wähler pflegen straff organisiert zu sein, um so mehr, als die politischen Führer von der Geistlichkeit unterstützt werden. Wir hoffen aber, daß nicht nur die konservativen Kreise, sondern insbesondere auch die liberalen Bürger sich zu energischer Stellungnahme aufrufen werden, und daß auch solche, die im übrigen gut katholisch sind, zu der Erkenntnis gelangen, daß die nationalen Interessen in erster Reihe stehen, und daß es ein Unding ist, wenn eine konfessionelle Partei eine politische Alleinherrschaft anstrebt.

Das Stimmenverhältnis in dem soeben aufgelösten Reichstage war so, daß der Gewinn von nicht allzuvielen Stimmen einem Wahlsieg der Regierung gleichkommen würde.

Der Zustand des Geldmarktes ist andauernd unbefriedigend. Die Anspannung der Reichsbank ist sehr stark, so daß wir gestern in dem engeren Ausschuß sehr ernstlich über die Möglichkeit einer weiteren Diskonterhöhung uns unterhalten haben. Wir waren alle mit Einschluß des Reichsbankdirektoriums der Meinung, daß, wenn irgend möglich, eine solche Maßregel vermieden werden solle. Man will den Status, der in den nächsten Tagen fertiggestellt wird, noch abwarten. Auch darüber war aber Einstimmigkeit vorhanden, daß die Reichsbank ihren Diskont heraufsetzen müßte, wenn es die Bank von England täte. Es wurden Befürchtungen in dieser Richtung laut, da die Wechselkurse eine Möglichkeit des Goldabflusses von London nach Amerika anzeigen, und man nicht weiß, wie sich der amerikanische Schatzsekretär benehmen wird. Man glaubt, daß die



Goldabgänge nach Brasilien ungefähr zum Abschluß gekommen sind, daß aber noch viel Metall nach Argentinien gehen wird.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir am Montag telegraphieren wollten, wie Sie über diese Dinge denken.

Ich empfehle mich Ihnen mit vorzüglichster Hochachtung als

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

#### IV.

Berlin, den 22. Januar 1907.

Sehr verehrter Herr Baron!

Wie Sie inzwischen erfahren haben, ist heute der Diskontsatz der Reichsbank von 7 auf 6 % ermäßigt worden. Die Lage der Reichsbank ist immer noch eine recht gespannte. Aber das Direktorium und der Ausschuß glaubten sich verpflichtet, im allgemeinen Interesse möglichst bald mit dem Satz herabzugehen, sobald der Status es einigermaßen zuließ.

In der Tat sind die Anlagen, und zwar gerade noch in den letzten Tagen, recht erheblich zurückgegangen. Die Goldbestände haben sich vermehrt, so daß die Maßregel ohne Bedenken durchgeführt werden konnte.

Es ist eine interessante und wichtige Tatsache, daß nach dem Ausweis der Zollämter in den letzten Monaten kein Gold in das Ausland abgeflossen ist; d. h. die außerordentlichen Abflüsse, die aus den Beständen der Reichsbank stattgefunden haben, waren dazu bestimmt, den inländischen Bedarf zu decken. In jüngster Zeit ist als störendes Moment noch hinzugekommen, daß die Reichsregierung in großen Beträgen Reichsschatzscheine bei der Bank diskontiert hat. Heute beträgt noch der Bestand an diesen Reichsschatzscheinen 230 Millionen Mark, nachdem ein kleiner Posten von etwa 15 Millionen Mark an der Börse rediskontiert worden ist. Es liegt auf der Hand, daß diese Form der Geldbeschaffung seitens des Reichs nur ein Provisorium darstellt, und daß die Regierung über kurz oder lang sich an das Publikum wenden müssen. Nun ist es in diesem Augenblick kaum möglich, eine größere Anleihe unterzubringen. Das Bankenkonsortium, welches diese Anleihen zu übernehmen pflegt, besitzt selbst noch erhebliche Bestände aus der Emission des Frühjahres 1906, welche bei dem schlechter und schlechter werdenden Geldmarkt nicht untergebracht werden konnten. Das Anlagebedürfnis des Publikums, welches sich noch immer hauptsächlich

den Industriepapieren zuwendet, ist nicht sehr groß. Ich erwarte auch nicht, daß es in den nächsten Monaten in erheblichem Umfange wachsen wird.

Die Erkenntnis dieser Sachlage hat dazu geführt, daß man sehr ernstlich Erwägungen darüber anstellt, ob es nicht ratsam sei, statt einer Anleihe langlaufende Schatzscheine auszugeben; und zwar ist zunächst von 4%igen Scheinen mit zweijähriger Laufzeit die Rede. Ein fester Entschluß ist noch nicht gefaßt, auch noch nicht über den Zeitpunkt, in welchem die Transaktion vorgenommen werden soll.

Politisch habe ich nichts von Interesse zu melden. Die Vorbereitungen zu den Wahlen gehen ihren ruhigen Gang. Am 25. Januar findet die Hauptwahl und am 5. Februar finden die Stichwahlen statt. Ich will nur bemerken, daß die Meldung der englischen Presse, daß der Kaiser persönlich durch Reden eingegriffen habe, auf freier Erfindung beruht. Daß S. Majestät in Privatunterhaltungen auch diese brennende Frage berührt, ist begreiflich. Aber keine wie immer geartete öffentliche Kundgebung ist seinerseits erfolgt.

Daß ich Ihnen seit so langer Zeit über auswärtige Politik nicht geschrieben habe, hat seinen Grund darin, daß nichts zu meiner Kenntnis gekommen ist, was einer besonderen Meldung oder Erörterung wert wäre. Es ist gegenüber früheren Zeiten eine gewisse Ruhe eingetreten, welche ich nur mit Freuden begrüßen kann, insbesondere was die Beziehungen unserer beiden Länder anbetrifft. Ich höre auch von Angehörigen unserer Regierung sowie von der hiesigen englischen Botschaft, daß sich der Verkehr in durchaus befriedigender Weise abspielt.

Was die Zeitungen über den Jamaica-Zwischenfall\* bringen, beunruhigt hier lediglich einen kleinen Kreis von Zeitungsschreibern, denen jede Sensation willkommen ist. Die Politiker halten es, soviel ich sehe, für ausgeschlossen, daß über eine so geringfügige Sache eine ernstliche Verstimmung zwischen zwei großen Ländern Platz greifen könnte.

Ich empfehle mich Ihnen in bekannter Verehrung und verbleibe

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

\* wegen Landung amerikanischer Truppen auf J. Der Zwischenfall wurde Ende Januar beigelegt.

**Brief an Eyre A. Crowe, London.**

Mein lieber Eyre!

Berlin, den 9. Februar 1907.

Deinen freundlichen Brief vom 2. Februar habe ich mit Dank erhalten und mit vielem Interesse gelesen.

Ich kann Dir mit bestem Gewissen sagen, daß ich auch meinerseits längst das Bedürfnis gefühlt habe, Dir wieder einmal zu schreiben, daß aber meine guten Vorsätze immer wieder an der Überreichlichkeit sonstiger Beschäftigungen in den ersten Stadien stecken blieben.

Mit sehr lebhaftem Bedauern höre ich, daß es Dir gesundheitlich schlecht gegangen ist und noch immer nicht ganz gut geht. Hoffentlich wird bald die letzte Spur Deiner Krankheit verwischt sein, und Du Deine volle Kraft Deiner Tätigkeit widmen können.

Deiner Frau Mutter danke ich auf das herzlichste für ihre freundlichen Grüße. Empfiehl mich ihr bitte angelegentlichst.

Hoffentlich finde ich Lady Crowe, Dich und die Deinen wohlauf, wenn ich meinen Plan zur Ausführung bringe und im Frühjahr nach London komme. . . .

Unter den mir bekannten Herren in Konstantinopel, welche überhaupt für den vorliegenden Zweck in Betracht kommen, ist der eine der Vertreter der deutschen Gläubiger bei der Dette Publique, Herr Testa. Dieser ist im Nebenamt Aufsichtsratsmitglied der Anatolischen Bahnen und der Bagdadbahn-Gesellschaft. Er hat sein ganzes Leben in der Türkei zugebracht und ist außerordentlich gut unterrichtet. Er kann nicht nur über europäische Unternehmungen in der Türkei, sondern auch über rein türkische Verhältnisse die beste Auskunft geben.

Der zweite ist Geheimrat Helfferich, zuletzt hier im Kolonialamt tätig und seit etwa einem halben Jahr als Generaldirektor der Anatolischen Eisenbahnen in Konstantinopel ansässig. Herr Helfferich würde natürlich der geeignetste Gewährsmann sein für alles, was besonders mit den Eisenbahnen zusammenhängt. Er ist außerdem eingeweiht in all das, was die Deutsche Bank im Orient unternimmt. Dieses Institut ist, wie Du wohl weißt, dasjenige, das neben meiner Firma die umfangreichsten Interessen dort vertritt.

Drittens nenne ich Monsieur Rambert, den Generaldirektor der Tabakregie, mit welcher Gesellschaft ich besonders intime Beziehungen unterhalte. Herr Rambert ist aber in diesem Augenblick aus Gesundheitsrücksichten von Konstantinopel abwesend, und ich kenne den Zeitpunkt seiner Rückkehr nicht; aber ich könnte Deinen Schwager auch an seinen Vertreter verweisen.



Bitte, teile mir nach Empfang dieser Zeilen mit, an welchen dieser drei Herren ich schreiben soll, oder ob Briefe an alle drei erwünscht sind. Soweit es sich um die beiden erstgenannten Herren handelt, würde ich mich damit begnügen, kurze empfehlende Worte abzufassen, welche ich Dir in Unkenntnis der Adresse von Mr. W. einsenden würde. Ich würde dann den Herren Testa und Helfferich etwas ausführlicher direkt schreiben. Ich verrate Dir kein Geheimnis, und Du wirst mich auch nicht mißverstehen, wenn ich sage, daß heutzutage ein im Ausland reisender politisch gefärbter Engländer von ebenso gefärbten Deutschen nicht ohne weiteres so freundschaftlich aufgenommen werden würde, wie ich es in diesem besonderen Falle wünschte, und wie es auch hoffentlich über kurz oder lang im allgemeinen der Fall sein wird. Also ich erwarte Deine Weisungen.

Es war mir sehr interessant zu hören, daß Du persönlich mit den Vorarbeiten für die Haager Konferenz befaßt worden bist, und daß Aussicht dafür besteht, daß Du selbst nach dem Haag gehst. Ich wundere mich nicht darüber, daß Du ohne Begeisterung dieser Möglichkeit gegenüberstehst. Aber ich empfinde eine gewisse Befriedigung dabei: einmal, daß Du Gelegenheit hast, Dich auszuzeichnen, und zweitens, daß ich so die Überzeugung gewinne, daß wenigstens ein nüchterner Kopf in der Kommission sitzen wird.

Ich bedaure außerordentlich, daß die Frage der Abrüstung wirklich angeschnitten werden soll, und gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß man sich schließlich eines Besseren besinnt. Warum die englische Regierung, wie Du es andeutest, gezwungen sein soll, an die Erörterung dieser Frage heranzugehen, vermag ich nicht einzusehen, wenigstens erkenne ich nicht, daß die öffentliche Meinung bei Euch gar energisch nach dieser Richtung drängt. Soweit ich das Programm der Konferenz kenne, werden dort Dinge beraten werden, welche praktisch wichtig sind, und deren Erledigung im allgemeinen Interesse liegt. Wird nun die Debatte belastet mit Fragen von dem Charakter der allgemeinen Abrüstung, so ist kein Ende abzusehen, und ich würde fürchten, daß einmal die guten und verständigen Pläne unausgeführt bleiben, und daß ferner die „Friedenskonferenz“ zu einer größeren Spannung zwischen den einzelnen Staatengruppen führt als bisher. England würde doch auch überall in der Welt ein offenes oder heimliches Lächeln hervorrufen, wenn es für das Festhalten des status quo einträte in einem Augenblicke, in welchem soeben das dritte Schiff der Dreadnought-Gruppe fertiggestellt ist. Das humanitäre Mäntelchen würde doch geradezu faden-scheinig sein. Was eine ferne Zukunft bringen wird, vermag ja niemand zu sagen. Daß aber bei dem heutigen Zustand der Weltverhältnisse über solche

Fragen per majora entschieden werden könnte, halte ich für ein völliges Unding. Es wird sich keine Nation, welche Selbstbewußtsein besitzt, von anderen vorschreiben lassen, was sie für die Verteidigung ihrer Interessen als geeignet ansehen soll. Sehr viele Leute, und zwar nicht etwa nur hierzulande, würden bei dem Vorgehen der englischen Regierung in dieser Richtung eine Spitze gegen Deutschland erblicken, insbesondere die, denen bekannt ist, daß König Eduard die ganze Haager Konferenz für einen Humbug erklärt hat. Ich persönlich kann das nicht recht glauben. Die leitenden Kreise in England sind längst darüber im klaren, daß der Ausbau der deutschen Flotte nicht mit aggressiven Absichten gegen England geschehen kann. Denn niemand ist bei uns so töricht, sich zu verhehlen, daß für ein Schiff, das wir bauen, England vermutlich zwei baut, und aber auch immer weit überlegen und zur See unangreifbar bleibt, wenn es auch nur ein Schiff gegen ein neues deutsches vom Stapel laufen ließe. Ich habe mir überlegt, ob nicht England an einen anderen möglichen Gegner dächte. Ich mußte dabei auf Amerika verfallen, dessen finanzielle Kräfte in ganz anderer Weise für eine starke Kriegsflotte herangezogen werden können als in Deutschland, das aus geographischen Gründen gleichzeitig ein gewaltiges Heer unterhalten muß.

Der Auffall der Wahlen hat niemanden mehr überrascht als uns selbst. Auch ich habe nicht geglaubt, daß es gelingen würde, den Sozialdemokraten so viele Sitze abzugewinnen. Und wenn auch das Zentrum in der gleichen Stärke zurückkehrt, so ist es doch nicht gleich mächtig, weil seine Hilfstruppen geschwächt sind, und weil auch die Rücksicht auf die eigenen Wähler gebietet, in Zukunft vorsichtiger zu sein.

Wenn die ausländische Presse in der Haltung der bürgerlichen Wählerschaft eine mögliche Bedrohung des Friedens erblickt, so ist das törichtes und zu 99% auch unehrliches Geschwätz. Gerade der mittlere Bürgerstand, welcher den Ausschlag gegeben hat, ist so weit wie möglich von dem Wunsch entfernt, Deutschland sich in Abenteuer stürzen zu sehen. Die Leute haben auch nicht abgestimmt im Hinblick auf die auswärtige, sondern im Hinblick auf die innere Politik. Der Druck, den die Sozialdemokratie ausübt, die Maßlosigkeit der Agitation, die dauernde Verherrlichung jedes Menschen, der mit Bomben oder ähnlichen Gegenständen um sich wirft, hat einen begreiflichen Abscheu hervorgerufen. Wie lange solche Stimmungen vorhalten, steht dahin.

Ich schließe diese etwas lange Epistel, indem ich Deine Damen und Dich von meiner Frau und mir aufs herzlichste grüße. In alter Freundschaft

Dein getreuer P a u l S c h w a b a c h.

---

**Politische Eindrücke von einer Englandreise.**  
(Aufzeichnung.)

Berlin, den 13. März 1907.

Die City of London befindet sich augenblicklich in keinem normalen Zustand. Der scharfe Kursrückgang der amerikanischen Papiere hat große Verluste verursacht, die Enthüllungen über das Geschäftsgebaren leitender Newyorker captains of industry haben Beunruhigung für die Zukunft hervorgerufen; insbesondere aber verstimmt dauernd der Zustand des Geldmarktes. Mannigfache Gründe haben eine, wie es den Anschein hat, dauernde Versteifung der Geldsätze bewirkt, Gründe, unter welchen die amerikanischen Ziehungen wohl die wesentlichsten, aber durchaus nicht die einzigen darstellen.

Meine Geschäftsfreunde sind mit diesen Dingen begreiflicherweise so lebhaft beschäftigt, daß es nicht immer leicht war, das Gespräch auf Gegenstände der inneren oder der auswärtigen Politik zu lenken und auf solchem Gebiet festzuhalten. Nach dem Verlauf und nach dem Ton der Unterhaltungen habe ich den bestimmten Eindruck gewonnen, daß zur Zeit niemand in der City mit der Möglichkeit eines baldigen Krieges gegen Deutschland rechnet. Meine deutschen Freunde, u. a. auch die Herren von Schröder, die vielleicht am ehesten in der Lage sind, derartige Dinge zu beurteilen, behaupten sogar, daß seit den Tagen von Algeciras die Stimmung uns gegenüber sich gebessert habe. Die Engländer in der City, aber auch in Kreisen der permanenten und der parlamentarischen Regierung, äußern sich mit einer so auffallenden Übereinstimmung, daß ich annehmen muß, die Herren, die ich sprach, geben die allgemein im Lande herrschende Ansicht wieder. Man sagt: England wird Deutschland niemals angreifen, muß aber auf einen deutschen Angriff gefaßt sein und sich schützen können. Die Behauptung, Deutschland baue eine Flotte, um gegebenenfalls seinen Handel und seine Küsten zu decken, sei nicht glaubhaft, Beweis: die Agitation der Alldutschen und des Flottenvereins, die von oben her gefördert würde. Worin beständen die Ziele dieser Agitation? — Hätte der Schreiber dieses Recht mit der Erklärung, die Ziele seien in einem verständigen Ausbau unserer Kolonien zu erblicken, so widerspräche dem zum mindesten der Wortlaut vieler Schriften und Reden, die eine Ausdehnung von Deutschlands Weltmacht fordern, und eine solche sei nicht anders als auf Kosten Dritter zu erreichen.



— Ich empfand es als eine schwierige Aufgabe, solchen Auffassungen wirksam zu begegnen: das unvorsichtige Auftreten gewisser Elemente innerhalb des Flottenvereins ist nicht fortzuleugnen, das Verhältnis der deutschen Regierung zu diesen Kreisen ist nicht leicht jemandem begreiflich zu machen, dem die Zustände hierzulande unbekannt sind. Ich wies an mehreren Stellen möglichst nachdrücklich darauf hin, daß doch eine Gefahr darin läge, wenn sich das englische Publikum an den Gedanken gewöhnt, es drohe ein deutscher Angriff; man könne englischerseits zu einem angeblich verabscheuten Angriffskrieg schreiten in der irrtümlichen Meinung, lediglich das *praevenire* zu spielen. Und daß die frivolen Redereien der „National Review“ und ähnlicher Blätter nicht wirkungslos geblieben sind, dafür erhielt ich einen Beweis durch die Unterhaltung mit einem aktiven englischen Admiral, der mir sagte, er könne es uns nicht verdenken, daß wir Holland annectieren wollten, was England freilich verhindern müsse; „as German trade is expanding rapidly you shall want a port on the North Sea besides the wretched little place of Wilhelmshaven.“ Ich erwiderte nur: „we think that our other wretched places like Hamburg and Bremen will just do for the present.“ Oh, meinte der Admiral, I did not think of them; so you would not take Holland, but will you tell me, what you are going to do, when Emperor Francis Joseph dies?“ Ich habe es ihm gesagt, weiß aber nicht, mit welchem Erfolg.—

Zusammenfassend möchte ich sagen: die City denkt jetzt nicht an den Krieg und wünscht auch keinen, hält es aber nicht für unmöglich, daß in Zukunft Deutschland einen Krieg heraufbeschwört. Dieser Ansicht wird durch einen Teil der englischen Presse Vorschub geleistet. Diese Presse beeinflussen zu wollen, würde mir als ein aussichtsloses Beginnen erscheinen. Dagegen dürfte es wertvoll sein, die Agitation hierzulande in gewissen Grenzen zu halten, um wenigstens den Vorwand für vorhandene oder angebliche Befürchtungen zu entziehen. Die City als solche wird schwerlich jemals kriegslustig sein; sie repräsentiert den Handel, der nichts mehr scheut als eine Unterbrechung des regelmäßigen Betriebes; der Handel hat nach der geschichtlichen Entwicklung in England mehr Gewicht im öffentlichen Leben als die Industrie. —

Am Tage vor meiner Abreise hatte ich eine längere Unterredung mit Baron Alfred Rothschild, der mir auftrug, in Berlin zu sagen, daß die maßgebenden englischen Kreise durchaus friedfertig dächten. Ich antwortete, das wolle ich gern berichten, müsse indessen leider bezweifeln, daß man mir ohne weiteres glauben würde, und, nachdem ich ihm das Wort abgenommen

hatte, meine Mitteilung für sich zu behalten (und er ist zuverlässig), sagte ich ihm, daß die deutsche Regierung in anonymen, anscheinend ernst zu nehmenden Zuschriften vor den Absichten Englands gewarnt worden sei. In ziemlicher Erregung behauptete da Alfred Rothschild, er habe keinen Zweifel, wer der Verfasser sei, und nannte einen in London tätigen Diplomaten. Dieser Herr soll von einer ungemein intriganten Rührigkeit sein; es würde ganz in sein Spiel passen, England und Deutschland zu verhetzen; leider soll er es auf etwas romanhaften Umwegen (die Umwege sind weiblich) verstanden haben, sich in die Intimität sehr hoher Personen einzuschmeicheln. Alfred Rothschild bedauert, die Handschrift nicht vergleichen zu können, m. E. unnötigerweise; denn, selbst die Richtigkeit seiner Vermutung vorausgesetzt, ist es durchaus nicht sicher, daß der intrigante Herr seine anonymen Episteln eigenhändig abfaßt.“...

Die Stellung des liberalen Ministeriums ist nicht eben glänzend, aber vorderhand scheint niemand an einen Regierungswechsel zu denken. Der Kampf mit dem Oberhaus wird kühl betrachtet und dürfte verlaufen, wie das Hornberger Schießen. Auch im Unterhaus würde eine Mehrheit für eine Änderung des bestehenden Zustandes nicht zu finden sein; außer den Konservativen würde, wie mir gesagt wird, der größte Teil der gemäßigt Liberalen gegen eine Reform des Oberhauses stimmen, weil die Besorgnis besteht, dieses gegenwärtig etwas überständige Institut könne durch Zuführung von frischem Blut soweit aufleben, daß es dem Einfluß und Ansehen des Unterhauses Abbruch täte. — Auch davon habe ich an keiner Stelle etwas bemerkt, daß der Haager Konferenz und der Abrüstungsfrage besonders lebhaftes Interesse entgegengebracht würde. Es wird betont, daß der Prime Minister es mit seinen Plänen ernst und ehrlich meine; aber niemand scheint ein greifbares Ergebnis zu erwarten, auch nicht Mr. Haldane, der sich mir gegenüber zwar vorsichtig, aber mit unverkennbarer Skepsis äußerte; er gab zu, daß schon darin ein vermutlich unüberwindliches Hindernis liegen würde, daß eine wirksame Kontrolle über die Ausführung etwaiger Beschlüsse über Rüstungen nicht wohl gedacht werden kann. Ein Beamter des Foreign Office machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß die Budgets an sich noch gar nichts bewiesen, wie denn Frankreich die Rüstungen zur Zeit der Marokko-Schwierigkeit durch Übertrag aus dem Marine-Budget bezahlt habe. — Nicht alle sind mit den heutigen Wegen der englischen auswärtigen Politik einverstanden....

Von anderer Seite hörte ich zuverlässig, daß der Abschluß eines Abkommens zwischen England und Rußland nahe bevorsteht. Der einzige

Gegenstand des Vertrages wird Persien sein, das in eine nördliche russische und eine südliche englische Einflußsphäre geteilt werden soll; außerdem hat Rußland zugesagt, Seistan gänzlich den Afghanen (soll wohl heißen Engländern) zu überlassen. Die Verhandlungen haben um deswillen so lange gedauert, weil Rußland erklärt hat, es könne nicht mit Japans Verbündeten abschließen, bevor es nicht mit diesem selbst im reinen sei. Es wird erwartet, daß beide Verträge, der russisch-englische und der russisch-japanische, in Bälde perfiziert werden.

Die vor einigen Tagen verbreitete Nachricht, England, Frankreich, Rußland und Japan haben eine Abmachung betreffend China getroffen, wurde mir als unrichtig bezeichnet.

P a u l S c h w a b a c h.

---

### **Brief an Baron Alfred von Rothschild, London.**

Berlin, den 2. Juni 1907.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich habe Ihnen in den letzten Wochen nicht geschrieben, da es mir an berichtenswertem Stoff in der Tat gemangelt hat, ein Beweis dafür, daß es — soviel ich sehe — in der Welt ruhig zugegangen ist, außer an den Börsen, welche wohl in allen Ländern von einiger Nervosität befallen waren.

Es ist — wie so häufig — schwer, den wahren Grund dafür anzugeben. Ich glaube nicht, daß die Geldverhältnisse allein schuld sind, denn bei uns wenigstens ist Geld zwar verhältnismäßig teuer, aber doch nicht gerade knapp. Ich sehe doch den Hauptgrund für die Mattigkeit der europäischen Börsen in der Haltung Amerikas, das mit seinen nie ganz geklärten Verhältnissen und seinem nie ganz aufrichtigen Verhalten der leitenden Geschäftsleute das große Fragezeichen darstellt.

Ich wollte Ihnen heute in der Hauptsache mit ein paar Worten über den Besuch der englischen Journalisten in Berlin\* Bericht erstatten. Die äußeren Vorgänge sind Ihnen zweifellos aus der Presse bekannt. Aber es wird Sie doch vielleicht interessieren, von einem unparteiischen Beobachter zu hören, daß die englischen Herren offensichtlich durchaus zufrieden mit dem ihnen bereiteten Empfange waren, daß die Deutschen, und zwar nicht nur die

---

\* vom 29. bis 31. Mai.



hiesigen Journalisten, sondern auch die Behörden, sich oft die größte Mühe gegeben haben, den Empfang freundschaftlich und herzlich zu gestalten. Die vielen Reden, die bei solchen Anlässen gehalten werden, bedeuten in ihrer Mehrheit natürlich sehr wenig. Die allgemeinen lebenswürdigen Redensarten verfliegen mit dem Schaum der Sektgläser. Aber die Empfindung, mit Wärme und Freundschaftlichkeit aufgenommen zu sein, wird hoffentlich haften bleiben.

Die Art, wie das Zusammentreffen mit dem Kaiser veranstaltet war, erschien mir durchaus richtig und angemessen. Ein wirklicher Empfang bei S. M. wäre nicht recht tunlich gewesen. So wurde dann die Sache so eingerichtet, daß nach dem Frühstück der Kaiser auf kurze Zeit im Vorbeireiten sich aufhielt, sich die Führer der Deputation vorstellen ließ und mit jedem ein paar freundliche Worte sprach. Es kommt ja in solchem Fall nicht gar so sehr darauf an, was gesagt wird, sondern bestimmend für die Wirkung ist die Art und Weise, und ich kann aus eigenem Augenschein bestätigen, daß der Kaiser überaus lebenswürdig und freundlich war. Er hat sich dann auch noch bei mir erkundigt, ob die Herren mit ihrem Empfange zufrieden seien, und hinzugefügt: er würde sehr wünschen, daß leitende englische Politiker von Zeit zu Zeit nach Deutschland kämen, um unser Land kennen zu lernen.

Gleichzeitig war hier die Königliche Kanalkommission, für welche gestern abend das Staatsministerium ein Bankett gab. Trotzdem der Besuch dieser Kommission aus naheliegenden Gründen in der Presse viel weniger besprochen worden ist, meine ich doch, daß solche Reisen vielleicht nützlicher sind, als diejenigen von Journalisten, weil das den Beweis liefert und verständigen Menschen einprägt, daß wir immer etwas voneinander zu lernen haben und mit Nutzen auf den verschiedenen Gebieten miteinander arbeiten können. Auch aus dem Munde der Mitglieder dieser Kommission habe ich gehört, daß sie außerordentlich zufrieden sind und dankbar für die Art, wie ihnen seitens der deutschen Behörden die Erledigung ihrer Aufträge erleichtert worden ist.

Ich weiß, daß Sie mit mir einverstanden sind in der Hoffnung, daß diese Dinge dazu beitragen werden, endlich wieder normale Beziehungen zwischen unseren Ländern herzustellen.

Mit dem Ausdruck meiner herzlichen Hochschätzung bin ich wie stets, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr ganz ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

**Brief an den Kaiserl. Geschäftsträger Freiherrn von der Lancken-Wakenitz,  
Paris.**

Persönlich und vertraulich.

Berlin, den 18. September 1907.

Sehr verehrter Herr von Lancken!

Ich habe zu meinem lebhaften Bedauern den Besuch, den Sie mir kürzlich zudachten, versäumt.

Wie mir mitgeteilt wurde, äußerten Sie, daß Sie mit mir auch über die etwaige Einführung deutscher Werte an der Pariser Börse hätten Rücksprache nehmen wollen. Es wäre mir gewiß außerordentlich erwünscht gewesen, über diesen Punkt Ansichten mit Ihnen auszutauschen.

Nun ist gerade in den letzten Tagen an der hiesigen Börse das Gerücht aufgetaucht, daß Verhandlungen im Gange seien, Deutsche Reichsanleihe in Paris notieren zu lassen. Mir ist der naheliegende Gedanke gekommen, daß Ihre Bemerkung in einem Zusammenhang damit stehen könnte. Etwas Positives darüber und ob überhaupt Verhandlungen schweben, habe ich bisher nicht festgestellt. Ich wäre Ihnen aber sehr dankbar, wenn Sie mir sagen wollten, ob an den erwähnten Gerüchten etwas Wahres ist.

Ich glaube Ihnen nicht vorenthalten zu sollen, daß ich persönlich gegen eine solche Maßnahme erhebliche Bedenken habe. An sich läßt sich natürlich gar nichts dagegen sagen, daß Franzosen deutsche Staatspapiere erwerben. Es hat sogar Augenblicke gegeben, in welchen bei hier veranstalteten Emissionen die Zeichnungen für französische Rechnung durchaus erwünscht waren. Keinesfalls soll oder kann man auch nur etwas dagegen tun; denn man wird niemals einen Franzosen hindern können, sich durch seinen Bankier deutsche Papiere zu kaufen. In der Tat ist wohl auch schon gegenwärtig der Betrag an deutschen Renten, der in Frankreich untergebracht ist, sehr beträchtlich. Naturgemäß wird der Umfang solcher Käufe sich nach der Differenz zwischen den Kursen der Staatspapiere hüben und drüben richten.

Eine ganz andere Frage aber ist es, ob es angezeigt ist, durch amtliche Notierung die Franzosen zu möglichst weitgehenden Anlagen in unseren Renten zu ermuntern. Als die Marokkoangelegenheit eine gewisse Spannung in den politischen Beziehungen hervorrief, hat sich das französische Publikum sofort großer Posten unserer Renten entledigt. Wir waren hier genötigt, für die Aufnahme dieser Posten zu sorgen. Es ist wohl nicht

zu pessimistisch anzunehmen, daß sich im Laufe der Jahre ähnliche Situationen wiederholen und gar einen noch ernsteren Charakter annehmen können. — Die gleiche Erfahrung haben wir auch mit Egnland gemacht nach Veröffentlichung des bekannten Krüger-Telegramms. Es muß das Ziel der deutschen Finanzpolitik sein, unsere Anleihen im eigenen Lande unterzubringen. Ich denke z. B. an den immerhin möglichen Fall eines Krieges, der die Aufnahme einer Kriegsanleihe erforderlich machen würde, deren Erfolg beeinträchtigt werden würde durch die eintretende Notwendigkeit, vom Auslande hereinströmendes Material aufzunehmen. Dies alles trifft m. E. — wenn auch in weit geringerem Umfange — zu auf die Einführung deutscher industrieller Werte an französischen Börsen. An sich ist es selbstverständlich richtig, den internationalen Charakter des Geldverkehrs zu betonen, und mein Beruf macht es mir leicht, diesen Charakter zu erkennen. Aber wir sollten nie soweit gehen, auch nur im geringsten unsere nationale Selbständigkeit zu gefährden. Es ist nicht zu verkennen, daß schon jetzt der Berliner Geldmarkt mit dem Pariser in einem sehr engen Verhältnis steht, und daß in diesem Verhältnis der Berliner nicht der stärkere Teil ist.

Aber angenommen selbst, daß alle meine Bedenken übertrieben und hinfällig wären, so würde ich doch fürchten, daß der gegenärtige Augenblick für solche Bestrebungen nicht der richtige ist. Denn die Franzosen und nicht weniger die Engländer würden mit der Behauptung nicht zurückhalten, die Notiz unserer Werte an der Pariser Börse sei die Bezahlung für unser ruhiges Verhalten in den neuesten Marokkoschwierigkeiten. Ich hoffe, daß Sie diese Bemerkung, die nicht mein, sondern Ihr Arbeitsgebiet betrifft, nicht unbescheiden finden.

Sie wollen meine Bemerkungen und deren Ausführlichkeit freundlichst entschuldigen mit dem lebhaften Interesse, das ich an der Sache habe. Ich wiederhole meine Bitte, mir mitzuteilen, wie die Dinge stehen.

Ich würde mich eventuell für berechtigt und verpflichtet halten, auch hier an geeigneter Stelle meine Anschauungen zu verlautbaren.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich, sehr verehrter Herr von Lancken,

aufrichtig der Ihrige  
P a u l S c h w a b a c h.

---



## Brief an Baron Alfred von Rothschild, London.

Vertraulich!

Berlin, den 19. Dezember 1907.

Sehr verehrter Herr Baron!

.... Der äußere Anlaß, der mich heute die Feder ergreifen läßt, ist der, daß ich gestern nachmittag eine ziemlich lange Unterredung mit dem Staatssekretär von Schoen hatte. Ich denke, es wird Ihnen lieb sein, zu hören — wenn auch nicht unerwartet — daß Herr von Schoen von dem Besuch in England außerordentlich befriedigt ist. Er hat mir versichert, daß er sein möglichstes tun wird, um die Beziehungen zu Ihrem Lande und zu Ihrer Regierung zu pflegen, und glaubt, auf ein Entgegenkommen englischerseits rechnen zu können. Er hat mir auch bestätigt, was Sie mir in einem Telegramm bereits freundlichst angedeutet hatten, daß S. M. der Kaiser seiner richtigen Einschätzung Ihrer Freundschaft für uns Ihnen gegenüber Ausdruck gegeben hat. Ich glaube alles in allem, daß wir in bezug auf das gegenseitige Verhältnis unserer beiden Länder im Augenblick zufrieden sein dürfen. Es wird sich eben darum handeln, zukünftige unangenehme Zwischenfälle zu vermeiden, was bei gutem Willen auf beiden Seiten gewiß geschehen kann.

Die geschäftliche Lage hat sich, seit ich Ihnen zuletzt schrieb, wohl etwas beruhigt; aber leider kann man kaum sagen, daß sie sich wesentlich gebessert hat. Der Ultimo läßt sich hier nicht gut an. Das Geld ist recht teuer; man kann an der Börse bequem 9 bis 9½% erzielen. Allerdings zeigen die Geldgeber eine begreifliche und berechtigte Zurückhaltung, so daß ich noch hoffe, daß in den entscheidenden Tagen die Knappheit keine allzu große sein wird. Immerhin ist es richtig, sich auf eine erhebliche Anspannung gefaßt zu machen. Für den Beginn des neuen Jahres nach der einen oder anderen Richtung prophezeien zu wollen, möchte ich mir versagen. Ich gestehe auch gern, daß ich mir kein wirkliches Urteil darüber bilden kann.

Was die innerpolitische Lage in Deutschland angeht, so kennen Sie aus den Zeitungen die Vorgänge der letzten Wochen, welche eine rasch vorübergehende Krisis gezeitigt hatten, indem nämlich der Reichskanzler mit seinem Abgange gedroht hatte für den Fall, daß die sogenannten Blockparteien, welche vor ungefähr einem Jahre bei den Wahlen gemeinsame Sache gemacht hatten, nicht untereinander und mit der Regierung Freund-

schaft hielten. Die damals entstandenen Schwierigkeiten, welche nicht durch eigentlich politische Dinge hervorgerufen waren, wurden sehr schnell beseitigt. Aber ich bin nicht davon überzeugt, daß der sogenannte Block auf die Dauer halten wird. Ein Zusammengehen der Liberalen und Konservativen, worauf das Regierungsprogramm des Reichskanzlers beruht, ist in der Theorie gewiß wünschenswert und in einzelnen Fragen auch durchführbar. Es zeigt sich aber mehr und mehr, daß in anderen sehr wichtigen Fragen eine Einigkeit auf lange Zeit hinaus schwer zu halten sein wird. Die konservativen und die liberalen Anschauungen über wirtschaftliche und Kirchen-Fragen und ähnliches gehen sehr weit auseinander. Die Konservativen werden dazu drängen, derartige Dinge mit Hilfe des katholischen Zentrums gegen die Liberalen zu entscheiden. Bisher haben Abstimmungen im Reichstage noch nicht stattgefunden. Ich fröchte aber, daß die Gelegenheit nicht sehr lange auf sich wird warten lassen, in welcher sich der Zwiespalt zwischen rechts und links offenbart. Ob Fürst Bülow in einem solchen Falle den Wunsch haben wird, die Leitung der Geschäfte beizubehalten, und ob das dann durchführbar sein wird, vermag ich natürlich nicht vorherzusagen.

Was ich hier ausführe, entspricht meiner Überzeugung, aber nicht meinen Wünschen. Denn ich würde es mit großer Freude begrüßt haben, wenn es gelungen wäre, in Deutschland einer liberalen Richtung Platz zu schaffen. Aber ich würde es für töricht halten, den außerordentlichen Schwierigkeiten gegenüber die Augen zu schließen.

Ich benutze diese Gelegenheit, um den Wunsch auszudrücken, daß Sie die nahe bevorstehenden Festtage in guter Gesundheit und in froher Stimmung verleben mögen, und verbleibe mit angelegentlichen Empfehlungen, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

## Brief an Eyre A. Crowe, London.

Vertraulich!

Berlin, den 3. Januar 1908.

Mein lieber Eyre!

Zuvörderst wünsche ich Dir nebst Frau und Kindern und Deiner Frau Mutter von Herzen ein glückliches Neues Jahr und hoffe, daß es Dir in der Familie und im Berufe Befriedigung bringen möge. . . .

Als Geschäftsmann habe ich allerdings keinen Anlaß, dem Jahre 1907 Tränen nachzuweinen. Die Schwierigkeiten auf dem Geldmarkte, die hauptsächlich von Amerika ausgingen, waren und sind noch beträchtlich und haben gerade das Bankgeschäft so gut wie lahmgelegt. In unserer Industrie steht es noch recht gut — nach meinen Nachrichten sogar besser, als allgemein geglaubt wird. Aber selbstverständlich halte ich einen Rückgang der Konjunktur durchaus nicht für unmöglich: denn das liegt im Lauf der Welt, daß es einen Stillstand nicht gibt, und die Tendenz nicht immer nach oben gehen kann. Es liegt auf der Hand, daß bei derartig hohen Zinssätzen, wie wir sie jetzt haben, jegliche Arbeit erschwert wird. Es ist mir aber ein sehr geringer Trost, daß die Geldverhältnisse in dem reichen England kaum besser sind als hier. Es ist vielmehr das Gegenteil eines Trostes; denn gerade der Geldmarkt ist international, und wenn wir nun mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten, so könnte man an Gründe lokaler Natur glauben, welche durch auswärtige Einflüsse aufgehoben werden könnten. Wann und wie es besser werden soll, weiß ich nicht.

Wie es in der auswärtigen Politik aussieht, wirst Du wohl besser wissen als ich. Es scheint niemand Lust zu Händeln zu haben, und die von Paris aus verbreitete Ansicht, daß es zwischen Amerika und Japan demnächst losgehen könnte, kommt mir doch recht unwahrscheinlich vor. — Der Kaiserbesuch in England ist anscheinend ein Erfolg gewesen, in dem Rahmen der Bedeutung, die solche Visiten überhaupt haben. Das hat mir Sir Frank Lascelles bestätigt und auch unser neuer Staatssekretär, der bei seinen Unterhaltungen in London den Eindruck gewonnen hat, daß sein Wunsch, sich mit England gut zu stellen, Aussicht auf Erfolg habe. — Es ist übrigens schade, daß Euer hiesiger Botschafter nun dicht vor dem Abschluß seiner Laufbahn steht und zu Ende des Sommers abgehen will. Er hat es verstanden, sich eine sehr gute Stellung zu machen, und kennt, wenn auch



nicht Land und Leute, so doch wenigstens die maßgebenden Kreise und Personen recht gut. Angeblich soll Lord Curzon sein Nachfolger werden. Ich weiß aber weder, ob das richtig ist, noch, ob er eine geeignete Persönlichkeit sein würde.

Wenn Du wissen möchtest, wie es hier in der inneren Politik aussieht, so könnte ich erwidern, daß ich das auch wissen möchte. Es befindet sich da alles in dem Zustand großer Verworrenheit und Ungewißheit. Niemand glaubt recht daran, daß der sogenannte Block die Feuerprobe bestehen kann. Denn die Konservativen, die durch gewisse Verbindungen immer wieder einen großen Einfluß in die Wagschale zu werfen haben, können sich mit dem Gedanken nicht befreunden, dem Liberalismus Konzessionen zu machen, wie sie denn auch von Anfang an kein Hehl daraus gemacht haben, daß sie das politische Bündnis mit dem Zentrum ungern verließen. Daß bei einem eventuellen Auseinanderfallen des Blocks Fürst Bülow sich nicht würde halten können, ist uns sicher. Wer sein Nachfolger sein kann, darüber gehen die Ansichten sehr weit auseinander. Aber wichtiger ist, daß ich in einem solchen Falle fürchten müßte, daß die großen Mengen, welche bei den letzten Wahlen zu den bürgerlichen Parteien gehalten haben, in ihre frühere politische Apathie zurückfallen oder gar zur Sozialdemokratie abschwanken. Wenn auch nicht für die nahe, so doch für die fernere Zukunft macht mich das besorgt; denn ich halte für eine weitere gedeihliche Entwicklung Deutschlands eine allmähliche Steigerung des liberalen Einflusses für geradezu unerläßlich. Dies meine ich nicht nur aus theoretischen Erwägungen heraus — denn Doktrinarismus liegt mir gar nicht —, sondern von so praktischen Gesichtspunkten aus wie den wirtschaftspolitischen.

Du siehst, lieber Eyre, ich habe Dir im Grunde nichts Neues zu erzählen. Ich bezweckte mit diesen Zeilen auch nur, wieder einmal ein Lebenszeichen von mir zu geben, in der Hoffnung, daß Du gelegentlich ein paar Momente findest, in denen Du mir sagst, wie es Dir und den Deinigen geht und wie es bei Euch zulande aussieht.

Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus

Dein alter Freund

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an Baron Alfred von Rothschild, London.**

Vertraulich!

Berlin, den 7. Januar 1908.

Sehr verehrter Herr Baron!

Die durch die Zeitungen bekanntgegebene Ausgabe preußischer Anleihe war für uns alle eine Überraschung. Die Veröffentlichung erfolgte durch die Abendblätter, und am selben Morgen wurde uns durch die Seehandlung die beabsichtigte Ausgabe mitgeteilt.

Die Form ist eine ganz ungewöhnliche nach mehreren Richtungen hin.

Einmal war es sonst üblich, daß ein bestimmter Anleihebetrag durch ein Bankenkonsortium übernommen und dem Publikum angeboten wurde, so daß die Regierung mit einem ganz bestimmten Betrage zu rechnen hatte. Jetzt fungiert die Seehandlung als einzige Annahmestelle. Eine Übernahme durch die Banken und Bankiers findet nicht statt. Sie vermitteln nur solche Anmeldungen, welche sich auf Eintragungen in das Schuldbuch beziehen, während die Zeichnungen auf Stücke bei der Seehandlung direkt einzulegen sind.

Es ist ferner ungewöhnlich, daß für die gesamte Transaktion eine Sperre für ein volles Jahr auferlegt ist, so daß eine Börsennotiz vor Ablauf dieses Jahres nicht stattfinden kann.

Es ist auch ein Novum, daß die Anleihe zunächst — bis 1918 — mit 4 % verzinst werden soll, weitere fünf Jahre mit 3½ % und dann mit 3 %.

Ebenso ungewöhnlich ist es, daß in der Bekanntmachung ein Betrag nicht angegeben ist. Die Bedürfnisse Preußens für das kommende Jahr sollen 100 bis 120 Millionen betragen. Die durch Parlamentsbeschlüsse eröffneten Kredite sind freilich um ein Vielfaches höher. Die Regierung hat es nun in der Hand, je nachdem Zeichnungen einlaufen, viel oder wenig auszugeben. Ich bin aber nicht in der Lage, eine Schätzung dafür anzugeben, in welchem Ausmaße das Publikum sich interessieren wird.

Es liegt auf der Hand, daß es für den Erfolg der Emission unvorteilhaft ist, das Interesse der Banken auf ein kleines Maß beschränkt zu haben. Wenn auch in Frankreich und in England dieser *modus procedendi* schon seit Jahren in Gebrauch ist, so bin ich doch zweifelhaft, ob er hier in einem Augenblick schwieriger Geldverhältnisse hätte ausprobiert werden sollen. Die einjährige Sperre ist ein weiteres ungünstiges Moment. Dagegen ist nicht zu leugnen, daß der Preis von 98½ % für ein Staatspapier,

das auf 10 Jahre 4% Zinsen erhalten soll, billig und verlockend ist. Es dürften also immerhin namhafte Beträge zur Anmeldung kommen.

Die völlige Überraschung hat es mit sich gebracht, daß die Börse in den ersten Tagen unruhig wurde, und die Kurse der bereits gehandelten Konsols und Reichsanleihe zurückgingen. Aber ich nehme an, daß das eine vorübergehende Erscheinung sein wird, da sich in der Tat bereits wieder einiges Anlagebedürfnis geltend macht.

Ich werde nicht verfehlen, Sie über den weiteren Verlauf der Angelegenheit au courant zu halten.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr sehr ergebener

Paul Schwabach.

---

#### Brief an Eyre A. Crowe, London.

Vertraulich!

Berlin, den 31. Januar 1908.

Mein lieber Eyre!

Ich bin beschämt, wenn ich sehe, wie viel Bogen Du mir eigenhändig geschrieben zugehen läßt trotz Deiner umfangreichen Beschäftigung. Ich hoffe nur, daß sich Deine Augen inzwischen soweit gekräftigt haben, daß sie nicht unter der Schreibarbeit leiden.

Es ist abermals die „Times“-Angelegenheit, welche mich veranlaßt, Dir so rasch zu antworten.

Ich hatte gehört, daß sich im englischen Journalismus Allerlei vorbereitet, daß die Tarif-Reformers besonders in der Provinz Zeitungen anzukaufen suchen, um für die nächste Wahlkampagne eine starke Waffe in der Hand zu haben. Ich hatte natürlich auch von der Umgestaltung der „Times“ Einiges vernommen. Es war mir erzählt worden, daß in der neuen Kombination Mr. Walter finanziell beteiligt bleiben würde. Die Kapitalien, welche einmal dazu dienen sollten, die Walterschen Nebenverwandten auszubezahlen und andererseits dem Unternehmen neue Betriebsmittel zuzuführen, würden von einer Gruppe aufgebracht, welcher u. a. Lord B., Lord R. und einige andere angehören....

Wenn auch bis zu mir diese Dinge mehr in Form von Gerüchten drangen, hatte ich doch den Eindruck, daß sich für Engländer, und ins-



besondere für solche, die sich für Presseangelegenheiten interessieren, alles in hellem Tageslicht abspielt. Ich mußte mir ferner sagen, daß Leute wie B. und R., welch letzterer durchaus nicht sonderlich deutschfreundlich gesinnt ist, nicht davon träumen würden, bei der Zeitung einen deutschen Einfluß zuzulassen. Ich konnte mir auch nicht vorstellen, in welcher Form dieser sich breitmachen sollte, — doch ganz gewiß nicht durch pekuniäre Mittel! Denn, wenn die oben genannten Herren sich überhaupt finanziell an einem Unternehmen beteiligen, werden sie wohl auch dafür sorgen, daß die genügende Summe zur Verfügung ist.

Ich habe es mir nun doch nicht versagen können, mich an erster Quelle zu erkundigen, und habe folgendes erfahren. Eine dritte Person hat vor einer Anzahl von Wochen bei der deutschen Botschaft angeregt, ob sie sich nicht auf eine in London erscheinende Tageszeitung Einfluß verschaffen wolle. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Trotzdem ist auf den diese Mitteilung enthaltenden Bericht von hier aus ein Erlaß an die Botschaft ergangen, in welchem der bestimmte Wunsch ausgesprochen ist, daß sich die Botschaft in solche Dinge überhaupt nicht einmischen solle. Dies ist nicht etwa eine Redensart, sondern ich habe den Bericht und das Konzept des Erlasses mit eigenen Augen gesehen. Ich muß also wohl annehmen, daß das Dir zugetragene Gerücht auf irrigen Voraussetzungen beruhte. Ich glaube, daß Du ein gutes Werk tätest, wenn Du bei passender Gelegenheit in Deinem Amte solchen Behauptungen widersprächst.

Der fernere Inhalt Deines freundlichen Briefes vom 28. d. M., soweit er die Flottenpolitik unserer beiden Länder angeht, hat mich auch insofern interessiert, als ich daraus schließe, daß unsere Anschauungen sich ziemlich decken. Es ist mir durchaus nicht erstaunlich, daß England angesichts des deutschen Flottenprogramms so viel Schiffe baut, als es für nötig hält, um sich das ungefähre heutige Übergewicht zu erhalten. Für uns hier ist die Flottenfrage eine außerordentlich schwierige. Ich brauche auch Dir gegenüber nicht zu verhehlen, daß meinem Gefühle nach unser Programm zu umfangreich ist. Aber ich darf mir nicht ein bestimmtes Urteil zutrauen. Wenn mich jemand fragte, ob ich denn überhaupt eine Flotte für überflüssig hielte, müßte ich diese Frage natürlich verneinen. Wenn ich aber aufgefordert würde zu sagen, wie viele Schiffe ich denn für erforderlich hielte, wäre ich nicht in der Lage, eine bestimmte Zahl zu nennen; ich könnte nur die ziemlich allgemein gehaltene Antwort erteilen, daß man Rücksicht auf unsere Finanzen nehmen sollte, die schon die unbedingt erforderliche Bürde des Landheeres tragen müssen, und auch auf Er-

wägungen allgemein politischer Natur. Ich glaube nämlich, daß wir mit England in kein wirklich freundschaftliches Verhältnis kommen werden, solange die beiderseitigen Flottenbauten den Charakter eines Rennens beibehalten. Wenn Du der Meinung bist, daß die hiesige Regierung und der Flottenverein ungefähr in dem Verhältnis stehen wie Fiesko und der Mohr, was ich nicht ganz leugnen kann, so ist wenigstens ergänzend dazu zu sagen, daß die Regierung dem Verein auf die Finger geklopft hat, als er sich in Dinge einmischte, die ihn nichts angingen, und über das selbst von der Regierung geforderte Maß von Schiffsbauten fortzudrängen suchte.

Meine Ansicht über Berties\* Deutschfeindlichkeit entspricht nicht Ausstreuungen offiziösen Ursprungs. Vielmehr hat Bertie, als er noch Unterstaatssekretär war, meine Frau bei gemeinsamen Freunden in London zu Tisch geführt und sich derartig heftig geäußert, daß meine Frau, die übrigens gar keine Anlage zum Chauvinismus hat, sich in die größte Verlegenheit gesetzt fühlte und sich gleich nach Tisch bei mir darüber beklagt hat. Dieses Vorkommnis ist ein besserer Beweis für die Energie seiner Ansichten als für die Güte seiner Manieren.

Entschuldige diesen abermaligen reichlichen Erguß. Ich bitte Dich, mir nur dann zu schreiben, wenn es ohne irgendeine Unbequemlichkeit geschehen kann. Ich werde Dir meinerseits wieder eine Nachricht zukommen lassen, wenn ich es für lohnend halte.

Im übrigen hoffe ich bestimmt, im Frühjahr nun endlich einmal wieder nach England kommen zu können, und zwar dann auf einige Wochen.

Herzlich grüßend,

Dein alter Freund

P a u l S c h w a b a c h.

### Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.

#### I.

Vertraulich!

Berlin, den 9. März 1908.

Sehr verehrter Herr Baron!

Seit ich zuletzt das Vergnügen hatte, Ihnen zu schreiben, hat sich nicht viel ereignet, was einer besonderen Berichterstattung wert gewesen wäre.

Die geschäftlichen Verhältnisse in Deutschland sind ungefähr auf dem-

\* englischer Botschafter in Paris.

selben Punkte stehen geblieben, auf dem sie schon vor ein paar Monaten angelangt waren. Auf den verschiedenen Gebieten macht sich ein langsamer Rückgang der Konjunktur bemerkbar, aber eben ein langsamer, und man kann heute wohl sagen, daß diejenigen recht hatten, welche das Vorhandensein einer akuten Krisis geleugnet haben. Einzelne große Zweige der Industrie, wie z. B. die Eisenindustrie, sind noch sehr gut beschäftigt, allerdings in der Hauptsache solche Werke, welche für Eisenbahnen und ähnliches Aufträge haben, weniger diejenigen, welche für die eigentliche Bautätigkeit in Anspruch genommen werden. — Der Kohlenabsatz ist nach wie vor befriedigend.

Was den — wie ich annehme — Sie mehr interessierenden Geldmarkt angeht, so machen wir hier die Beobachtung, daß Geld reichlich vorhanden ist. Seit Beginn des Jahres sind zwar Industriepapiere nur in geringem Umfange herausgebracht worden, dagegen haben sich die Emissionen von Obligationen deutscher Staaten und Städte, von Hypothekenpfandbriefen geradezu gehäuft, und zwar mit sehr gutem Erfolge. Dies läßt natürlich den direkten Schluß zu, daß das Publikum ein beträchtliches Anlagebedürfnis gehabt hat und allem Anschein nach noch hat.

Trotzdem hat die Reichsbank bis vor wenigen Tagen gezögert, den hohen Satz von 6% zu verlassen, da der Wechselverkehr, besonders in der Provinz, ein außerordentlich starker war. Es ist nicht ganz leicht, für diese Erscheinung eine genügende Erklärung zu geben. Am wahrscheinlichsten ist, daß die großen Banken, und zwar mit gutem Recht, die Kreditgewährung erheblich eingeschränkt haben, so daß den bisherigen Kreditnehmern der Banken eben nichts anderes übrig blieb, als ihre Bedürfnisse bei der Reichsbank zu decken. Am Sonnabend ist, wie Ihnen bekannt, der Diskontsatz auf 5½% zurückgegangen. Der gegenwärtige Status hätte auch einen Satz von 5% gerechtfertigt; aber man erwartet zum Ultimo des laufenden Monats eine abermalige starke Anspannung und befürchtete, daß man in die Notwendigkeit geraten würde, wieder mit dem Diskont hinaufzugehen, was natürlich den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht hätte. Wir hoffen bestimmt, mit dem 5½%igen Satz bis in den April hinein auszukommen und, wenn es irgend geht, dann eine abermalige Herabsetzung vorzunehmen.

Die Regierung hat auch ein Interesse daran, im April den Geldmarkt in möglichst guter Verfassung zu sehen: denn es steht dann eine Emission von Reichsanleihe bevor. Vor Ostern wird eine solche wohl nicht stattfinden. Ob aber der gewählte Zeitpunkt schließlich in die letzten April-



oder die ersten Maitage fallen wird, hängt von dem Gange der Verhandlungen im Reichstage ab, wo das Budget immer noch nicht fertiggestellt ist. Der auszugebende Betrag dürfte 400 Millionen Mark betragen. — Es ist anzunehmen, daß auch Preußen mit einer Anleihe herauskommen wird; aber deren Umfang läßt sich noch in keiner Weise übersehen, weil die Gestaltung gewisser Eisenbahnvorlagen noch unbestimmt ist.

In der auswärtigen Politik kann ich als angenehmes Symptom hervorheben, daß die Nervosität, welche hier lange Zeit unleugbar geherrscht hat, einer viel ruhigeren Gemütsverfassung gewichen ist. Das konnte man beobachten, als sich über das Projekt der Sandschakbahn eine Pressefehde entwickelte, und auch wieder die Behauptung auftrat, der eigentlich Schuldige sei in Berlin zu suchen. Es ist Ihnen wohl bekannt, daß die deutsche Regierung von diesem Projekt in demselben Augenblick unterrichtet worden ist, in welchem Österreich allen anderen Mächten gleichfalls die entsprechenden Mitteilungen gemacht hat.

Auch den neuesten Ausfall der „Times“ nimmt man hier mit sehr kühlem Blute auf. Es kann zweifelhaft sein, ob der deutsche Kaiser nicht Korrespondenzen über allgemein interessierende Dinge besser seinen Ministern überließe. Aber dies ist eine Frage, die eigentlich mehr das deutsche als das englische Publikum interessieren kann, besonders in diesem Falle, in welchem der Inhalt des Briefes vom politischen Standpunkt aus vollkommen harmlos war. Der Verfasser des „Times“-Artikels hat auch offenbar gegen den guten Glauben verstoßen; denn es ist nicht zulässig, derartig heftig und verallgemeinernd zu schreiben über einen Brief, dessen Inhalt man noch nicht kennt. Gleichviel auch, wie man über die grundsätzliche Frage denken mag, der deutsche Kaiser ist nicht der einzige Herrscher, der es für angezeigt gehalten hat, gelegentlich im direkten Verkehr mit anderen auswärtigen Staaten den Interessen seines Landes zu dienen. Ich nehme nicht an, daß der ganze Zwischenfall irgendeine üble Folgen haben wird. Es kann daraus vielmehr das Gute entstehen, daß die „Times“, die sich offenbar etwas blamiert hat, in Zukunft vorsichtiger sein wird.

Indem ich mich Ihnen angelegentlichst empfehle, verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr sehr ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

## II.

Vertraulich!

Berlin, den 6. April 1908.

Sehr verehrter Herr Baron!

... Ich war ganz kürzlich auf einige Tage nach Petersburg gefahren, um dort einige meine Firma betreffende Angelegenheiten zu besprechen. Ich habe natürlich Gelegenheit genommen, mich auch mit dem Finanzminister und anderen Mitgliedern der Regierung zu unterhalten.

Nach den mir gewordenen Mitteilungen besteht nicht die Absicht, bis auf weiteres ausländische Kredite in Anspruch zu nehmen. Vielmehr will der Minister nach Fertigstellung der Budgetberatungen in der Duma, also etwa in der zweiten Hälfte des Mai oder Anfang Juni, eine innere Anleihe im Höchstbetrage von 200 Millionen Rubel ausgeben, womit das Budget für das laufende Jahr im Gleichgewicht sein würde. Die nächste Operation, die ins Auge zu fassen ist, wird in der Regelung der im Mai 1909 fällig werdenden französischen Schatzbonds im Betrage von 800 Millionen Franken bestehen. Wann diese Operation in Angriff genommen wird, steht noch nicht fest; frühestens kann aber der Herbst in Betracht kommen; und auch darüber sind noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt, ob diese Gelegenheit benutzt werden soll, gleichzeitig außer der Konsolidierung der Schatzbonds frisches Geld heranzuziehen. Die Entscheidung dieser Frage wird nicht nur von den allgemeinen Geldmarktverhältnissen abhängen, sondern auch von russischen innerpolitischen Fragen. Denn, soviel ich verstanden habe, würde die Regierung für neu auszugebende Anleihen die Genehmigung der Duma benötigen, nicht aber für die Behandlung einer bereits bestehenden schwebenden Schuld. Nicht nur der Minister, sondern auch dortige Geschäftsleute erwarten, daß die innere Anleihe leicht untergebracht werden wird, und schließen dies daraus, daß das russische Publikum bereits sehr beträchtliche Anlagen gemacht hat; wie ich denn auch bestätigen kann, daß die verhältnismäßige Festigkeit russischer Fonds in Berlin zum großen Teil auf russische Käufe zurückzuführen ist. Die im Jahre 1905 hier ausgegebenen 4½% Titres befinden sich zum größten Teil heute bereits im Heimatlande.

Sie werden es mir erlassen, Prophezeiungen für die Zukunft zu machen, welche unter allen Umständen etwas Mißliches haben; aber der Eindruck, den ich gewonnen habe, läßt sich doch dahin zusammenfassen, daß das Land einer allmählichen Gesundung entgegengeht. Es ist auch wohl eine immerhin achtbare Leistung, daß trotz der ungeheuren Summen, die Krieg und

Revolution verschlungen haben, halbwegs normale Zustände herrschen. Natürlich werden noch sehr große Geldmittel erforderlich sein, um all die Investitionen zu machen, welche für die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Landes vonnöten sind. Auch die Industrie wird sich erst dann heben können, wenn der Staat, der nun einmal in Rußland der Hauptbesteller ist, wieder in die Lage kommt, große Bestellungen zu machen. Ich glaube ferner, daß die Regierung die ernstliche Absicht hat, mit der Duma zu arbeiten und es nicht auf einen neuen Staatsstreich ankommen zu lassen.

Die auch in der westlichen Presse viel besprochene Frage der Marine scheint nicht, wie eine Zeitlang behauptet wurde, Gegenstand eines Konfliktes werden zu sollen. Selbstverständlich kann man verschiedener Meinung sein über das Tempo, in dem Schiffe gebaut werden sollen. Alle maßgebenden Leute scheinen verständig genug zu sein, um einzusehen, daß ein langsames Tempo das richtige sein wird. Es liegt nicht etwa so, daß die Duma den Neubau einer Flotte perhorresziert; sondern auch die weiter links stehenden Parteien wollen ihre Bewilligung dafür davon abhängig machen, daß das Marineministerium reorganisiert wird. Ich bin nicht darüber unterrichtet, wie diese Neuordnung des Ministeriums im einzelnen gedacht ist, habe mir aber sagen lassen, daß die Regierung bereit sein wird, in diesem Punkte entgegenzukommen. Auch für den Fall, daß die ganze Flottenfrage zunächst in der Schwebe bleibt, wird an eine Auflösung der Duma oder ähnliche radikale Maßregeln nicht herangegangen werden.

Der jetzige Finanzminister, den ich übrigens schon vor ein paar Jahren gesehen hatte, ist ein überaus gesetzter und ruhiger Mann, der vielleicht nicht weitumfassende und großartige Pläne zu erfinden geeignet ist, der mir aber als der richtige Mann erscheint, die Finanzen eines Landes in dem Augenblicke zu leiten, in welchem Besonnenheit und genaue Kenntnis der vorhandenen Mittel die ersten Erfordernisse sind. . . .

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron, in bekannter Hochschätzung

Ihr sehr ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

---



### Aufzeichnung über die politische Lage in England.

Berlin, den 20. Mai 1908.

Seit dem Burenkriege ist die finanzielle Lage Englands niemals wieder eine völlig normale gewesen, oder sie ist nicht wieder so geworden, wie sie ehemals war. Die damaligen Vorgänge auf dem Geldmarkt haben das Schwergewicht von London nach Paris verrückt, welches letzteres, seitdem Berlin aus manniglichen bekannten Gründen aufgehört hat, ein internationaler Börsenplatz zu sein, in finanzieller Hinsicht unbestritten die führende Rolle innehat. Durch die ungeheuren Verluste, die das englische Kapital in südafrikanischen Goldaktien, in jüngster Zeit auch durch die amerikanische Krisis, erlitten hat (und diese Verluste beziffern sich auf Hunderte von Millionen Pfund), ist die Bankwelt genötigt, mit ihren Mitteln vorsichtig hauszuhalten und gewinnbringende Geschäfte den Franzosen zu überlassen. So verlangsamt sich der Gesundungsprozeß. Wenn das Geld im Augenblick sehr billig ist, auf kurze Termine unter 2%, so deutet das hin auf die abwartende Haltung des Publikums und der Industrie und ist nicht das Kennzeichen eines blühenden Zustandes. Als Beweis dafür mag gelten, daß trotz des leichten Geldstandes Emissionen zu ungewöhnlich billigen Kursen erfolgen: z. B. sind  $3\frac{1}{2}\%$  Pfandbriefe der vortrefflichen Agricultural Bank of Egypt, garantiert von der ägyptischen Regierung, vor wenigen Tagen zu  $87\frac{1}{2}\%$  zur Zeichnung aufgelegt worden.

So ist die Stimmung in der City zum mindesten nicht rosiger, als ich sie vor einem Jahre fand. Dazu kommt das Unbehagen, welches die Maßnahmen der jetzigen Regierung verursachen: Die Licensing Bill, von der für die Börse gefährliche Folgen erwartet werden, die Old Age Pension Bill, welche die zukünftigen Budgets des Landes stark belasten muß. Die Liberalen hoffen noch, sich mehrere Jahre im Amte halten zu können; ihre Gegner rechnen darauf, daß die Nachwahlen, wie schon öfter in letzter Zeit, zugunsten der Opposition ausfallen werden, daß das Oberhaus das Schankgesetz ablehnen wird; dann würde die Regierung Neuwahlen ausschreiben müssen und sich vermutlich eine Niederlage holen, und zwar wird dieses Ereignis für den Beginn des nächsten Jahres erwartet. Es ist nicht erstaunlich, daß die Unionisten behaupten, die liberale Regierung sei unbeliebt. Ich vermag das nicht zu beurteilen; aber folgender Vorgang war mir doch auffallend: ich wohnte einer Theatervorstellung in dem Seebad Bournemouth

bei; der Hauptschauspieler unterbrach sich plötzlich, lief in die Kulisse, kam zurück und sagte, zu dem Publikum gewendet: "there are good news, Hicks\* is in for Manchester", worauf die ganze Zuhörerschaft, die gewiß bunt genug zusammengesetzt war, in tosenden Beifall ausbrach.

Die Licensing Bill bildet ein Glied einer langen Kette von Gesetzen über den gleichen Gegenstand und mangels genauer Kenntnis der Materie maße ich mir kein Urteil an. Mr. Winston Churchill\*\* sagte mir, die Einbringung dieser Bill sei notwendig gewesen; denn eine liberale Regierung könne nicht bestehen "without something moral on hand", woraus ich nüchternerweise schloß, daß die Maßregel von einem nur praktischen wirtschaftlichen Standpunkt aus wohl ihre Mängel haben könnte.

Mr. Churchill, der erst 33 Jahre alt ist, gilt als ein ungewöhnlich fähiger Mann; für seinen Eifer, der sich auch auf geringfügige Einzelheiten seines Ressorts erstreckt, habe ich selbst Beweise. Aber er wird selbst von seinen eigenen Parteifreunden nicht ohne Mißtrauen angesehen; er sei, so heißt es, unzuverlässig. Von der genialen Absonderlichkeit seines Vaters ist nichts an ihm zu bemerken.

Es kann als sicher angesehen werden, daß die Frage der sogenannten Tarifreform ernstlich in Angriff genommen werden wird, sobald eine unionistische Regierung ans Ruder kommt. Die jüngsten Wahniederlagen der Liberalen hängen zwar im allgemeinen nicht mit dieser Frage zusammen, wie denn z. B. Mr. J. Hicks in Manchester während des Wahlkampfes weislich vermieden hat, als Schutzzöllner aufzutreten. Der Engländer, auch der radikalste, hat eine konservative Ader, er hängt an alten Schlagworten und läßt nicht leicht von seinem free-trade. Aber von überzeugten Freihändlern hörte ich bedauernd sagen, daß gerade eine liberale Regierung dem free-trade den Todesstoß versetzt habe: die Mittel, welche die nunmehr beschlossene Altersversorgung erfordere und erfordern werde, seien auf anderem Wege als durch Zölle nicht zu beschaffen. Offenbar hindert der Umstand, daß man sich in England jahrzehntelang nicht mit Zollfragen beschäftigt hat, eine klare Scheidung der Begriffe Schutzzoll und Finanzausgaben, und das dürfte später einmal zugunsten schutzzöllnerischer Maßnahmen in die Wagschale fallen; es dürften auch solche der noch heute sogenannten Chamberlainschen Politik folgen, welche klar erkennen, daß die wirtschaftliche Größe Englands auf seinem Handel und nicht auf seiner Industrie beruht, und daß das Lebenselement des Handels die Freiheit ist.

---

\* Wahl des Unionisten W. Joynson-Hicks ins Unterhaus.

\*\* Präsident des Board of Trade, 1908—1910.

Als weiterer Anlaß, die Einkünfte des Landes zu erhöhen, ist mir von Angehörigen beider Parteien die Verstärkung der Flotte namhaft gemacht worden, die durch die deutschen Rüstungen erforderlich gemacht worden sei.

Was die auswärtige Politik angeht, so habe ich den Eindruck gewonnen, daß im großen ganzen eine ruhige Stimmung herrscht, vielleicht eben um deswillen, weil augenblicklich das Interesse an den inneren Fragen vorwiegt.

Die Freundschaft für Frankreich wird eifrig gepflegt, wie z. B. durch die in den letzten Tagen eröffnete Britisch-Französische Ausstellung in London. Mir wenigstens ist von einer Abschwächung der entente cordiale nichts bemerkbar geworden. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß den Engländern der Wert dieses Verhältnisses dadurch zu Gemüte geführt worden ist, daß nicht nur während des Burenkrieges ihnen der französische Geldmarkt als starke Stütze gedient hat, sondern daß auch noch wiederholt die Bank von Frankreich der Bank von England mit ihren Geldbeständen ausgeholfen hat. Es liegt ferner kein Anlaß vor, die Franzosen irgendwie zu fürchten, und ich glaube, daß die Erinnerung an Fasnoda, in welchem ein energisches Auftreten englischerseits die Franzosen sofort zum Rückzug bewogen hat, in London nicht vergessen ist.

Ob sich in den Beziehungen zu Rußland etwas geändert hat, ist mir nicht bekannt, wie ich auch sonst über Einzelheiten nichts Wesentliches erfahren habe; nur das wurde mir von unterrichteter Seite bestimmt versichert, daß die Politik im nahen Orient nach wie vor durch die Abneigung gegen die türkische Regierung und insbesondere gegen die Person des Sultans diktiert würde. Die öffentliche Meinung sei, wie mir mein Gewährsmann versicherte, seit den armenischen Greueln in dieser Abneigung so fest geblieben, daß keine Regierung es würde wagen können, eine türkenfreundliche Haltung einzunehmen, trotzdem man sich darüber klar sei, daß englische geschäftliche Interessen darunter litten. Meine Frage, ob eine dauernde Bräskierung des Sultans nicht auf die indischen Zustände ungünstig rückwirken könne, wurde mit dem Hinweis darauf verneint, daß sich in Indien gerade die mohammedanischen Untertanen durchaus loyal verhielten.

Die Stimmung gegen uns ist unzweifelhaft ruhiger geworden, womit ich keineswegs sagen will, daß sie freundlicher sei. Es hat sich mehr und mehr in den Köpfen der Engländer der Gedanke festgesetzt, daß Deutschland ihr eigentlicher Gegner sei, zu welcher Auffassung bekanntermaßen die Presse, die vielleicht nicht immer optima fide verfahren ist, ein reichliches Teil beigetragen hat. Ich deutete schon oben an, daß die Notwendig-



keit, die Flotte fortgesetzt und stark zu vermehren, mit den deutschen Rüstungen begründet wird, während ich andererseits den Ausspruch hörte, die liberale Regierung sei unbeliebt, weil sie nicht ein hinreichend schnelles Tempo in dem Schiffsbau einschläge. Wer nun der Meinung ist, daß die Belastung des englischen Budgets tatsächlich auf diesem Umstande beruhe, oder wenn ein sonst überzeugter Freihändler glaubt, daß um deswillen der Übergang zum Schutzzollsystem unvermeidlich werde, wird naturgemäß gegen Deutschland einen Groll empfinden müssen. Es würde, wie die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt hat, ein vergebliches Unterfangen sein, die Engländer, und zwar gerade die große Masse des Volkes, davon zu überzeugen, daß der Ausbau der deutschen Flotte einen anderen Zweck habe, als in absehbarer Zeit England zur See gefährlich werden zu können. Es ist mir zugegeben worden, daß jedes Land das Recht habe, so viel Schiffe zu bauen, wie es in seinem eigenen Interesse für notwendig halte. Aber gerade die Beschleunigung in dem Tempo des deutschen Flottenprogrammes wird so ausgelegt, daß feindselige Absichten damit verknüpft sein müßten. In den Augen der Engländer wird die Sachlage dadurch verschärft, daß sie allgemein der Ansicht sind, daß wir bei diesem Flottenbau unsere finanziellen Mittel über das verständige Maß anspannten. Es ist allen sichtbar, daß das Reich seit Jahren seine Bedürfnisse nicht aus regelmäßigen Einnahmen, sondern aus Anleihen deckt. Es ist ferner trotz der diesseitigen Bemühungen nicht zu verheimlichen, daß es allmählich schwer geworden ist, die großen Beträge von Reichsanleihe im Publikum unterzubringen. Dagegen ist es einem Ausländer schwer klarzumachen, daß eine durchgreifende Finanzreform zwar möglich, aber durch die eigenartigen Beziehungen von Reich und Einzelstaaten und auch der Parteien untereinander ein außerordentlich schwieriges Ding ist. Wenn ich all diesem gegenüber den Einwand erhob, daß durch die Schaffung des Dreadnought-Typs für Deutschland die Notwendigkeit entstanden sei, das oben festgelegte Programm zu revidieren, so habe ich zwar das Eingeständnis vernommen, daß es vielleicht bedauerlich sei, daß dieser Typ entstanden und beiden Ländern abermals neue und schwere Opfer auferlegte, daß aber der Gesamtcharakter der Situation durch solche Einwendungen nicht geändert würde.

Das Ergebnis ist, daß die englische Nation, soviel ich sehe, fest entschlossen ist, ihren Flottenbau so energisch und so schnell zu fördern, daß der bisherige Abstand zwischen der englischen und der deutschen Marine nicht wesentlich verringert wird. Es wird behauptet, daß dies unbedingt notwendig sei; denn einmal könnte durch im entscheidenden Augenblick

gerade vorgenommene Dislokationen doch der Fall eintreten, daß England eine Schlappe erlitte. Das würde für das Inselreich unter Umständen die Unterbindung des freien Verkehrs zur See bedeuten und so schwere Schädigungen mit sich bringen, daß auch ein endgültiger Sieg ein teuer erkaufter sein würde. Ich verhehle mir nicht, daß sich gegen diese Auffassung manches vom deutschen Standpunkte aus einwenden läßt; ich glaube aber, daß man mit dem Vorhandensein dieser Auffassung wie mit einer Tatsache rechnen muß und daß, solange sie besteht, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Ländern nicht zu erreichen sein wird. Die mancherlei gegenseitigen Besuche und die dabei ausgetauschten Reden werden daran nichts Wesentliches ändern und sind nur als Symptom dafür von Wert, daß England nicht kriegerisch gestimmt ist und sich auch zu einem sogenannten Präventivkriege nicht so schnell entschließen wird. Ob irgendein zukünftiges Ereignis diese grundsätzliche Friedfertigkeit in ihr Gegenteil verwandeln kann, vermag ich natürlich nicht zu beurteilen.

P a u l S c h w a b a c h.

---

#### Brief an einen französischen Politiker.

Berlin, le 3 juin 1908.

Cher Monsieur!

.... Trouverez-vous indiscret si j'ajoute quelques lignes qui sentent un peu la politique?

Dernièrement, lors de la visite de M. Fallières à Londres, un grand journal parisien discutait la valeur qu'une entente avec l'Angleterre ou avec l'Allemagne pourrait avoir pour la France, et disait, entre autre, que la première condition que l'Allemagne poserait serait la cote des valeurs allemandes à la bourse de Paris, ce que la France ne concéderait pas. Or, ceci contient une erreur fondamentale. Il y a plusieurs années, un financier français s'est adressé à moi et m'a demandé quels papiers industriels allemands pourraient, selon moi, assez intéresser le public français pour justifier leur introduction à la bourse de Paris. Je lui ai répondu que j'étais content de ce qu'il ne parlait pas des rentes d'Etat, mais que même pour des actions je refuserais ma co-opération étant en principe strictement opposé à l'idée que mon interlocuteur émettait. Selon moi, un pays arrivé

au développement de l'Allemagne d o i t se contenter de son propre marché financier et, si ce dernier ne suffit pas, il faut limiter et restreindre les dépenses nationales et industrielles.

La même question a été remise sur le tapis, j'ignore par qui, il y a quelques mois. A cette époque, pour en avoir le coeur net, j'ai constaté que notre gouvernement et les financiers partageaient entièrement ma manière de voir.

Il est donc parfaitement erroné de croire que l'Allemagne pourrait demander à la France de coter les valeurs allemandes pour en obtenir un avantage quelconque. Il est bien plus probable qu'un arrangement pareil serait refusé par Berlin, si Paris le suggérait.

Il est curieux de voir combien on se trompe en France sur notre situation financière. On a l'air de croire que nous nous trouvons dans une espèce de crise, parceque la vente des fonds d'état présente des difficultés momentanées. Ce qui est vrai est ceci: l'Empire n'a pas de ressources suffisantes (je parle du gouvernement et non de la nation); cela provient d'une faute d'organisation, à laquelle on travaille de rémédier. Ce travail est difficile et compliqué, car le gouvernement impérial se trouve 1° vis-à-vis des différents partis politiques du Reichstag, dont les conceptions théorétiques et pratiques sont loin de coïncider, 2° vis-à-vis des états qui forment l'Empire et dont les intérêts et opinions sont très variés. C'est une erreur de déduire de cet état de choses que l'Allemagne glisse vers un amoindrissement de ses forces, surtout de ses forces militaires. Ces erreurs peuvent devenir dangereuses, et il m'a semblé utile de les relever, ayant justement la plume en main pour écrire à un français intelligent. Je suis bon patriote, sans être le moins du monde chauvin; je désire non seulement la paix, mais la paix assurée, en quoi je me trouve en accord parfait avec la majorité écrasante de mes compatriotes. . . .

---

**Brief an Eyre A. Crowe, London.**

Vertraulich!

Berlin, den 25. Juli 1908.

Mein lieber Eyre!

Ich benutze eine freie Stunde, um Dir ein Lebenszeichen zu geben, indem ich um freundliche Gegenseitigkeit bitte.

Seit Monaten haben wir wieder nichts voneinander gehört, und ich möchte doch gern wissen, wie es Dir und den Deinigen ergeht. Es war zur



Zeit meines Aufenthaltes in England mancherlei in Euren Gesundheitsverhältnissen in Unordnung geraten, und ich hoffe, daß inzwischen jeder Grund zur Klage geschwunden ist . . . .

Von dem, was hier vorgegangen ist und was Dich interessieren könnte, bist Du durch die Zeitungen so genau unterrichtet wie ich.

Was insbesondere die von uns so häufig erörterten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern angeht, so dürfte sich seit ein paar Monaten nicht viel geändert haben. Mir scheint, daß die englischen Flottenübungen an der dänischen Küste hier mit Vernunft und Ruhe angesehen worden sind, und zwar mehr, als ich im Augenblick glaubte hoffen zu dürfen; denn gerade das Ausprobieren eines neutralen Ortes als eventuellen Stützpunktes hatte etwas Mißliches. Wie nun einmal die internationale Presse gezogen ist, bin ich überzeugt, daß es einen weltweiten Sturm hervorgerufen hätte, wenn Deutschland sich etwas Entsprechendes erlaubt hätte. Daß in einigen Zeitungen die Angelegenheit aufgemutzt ist, kann schließlich niemanden verwundern; dagegen habe ich in eigentlich politischen Kreisen keine Spur von Beunruhigung gemerkt.

Über die beiden Schmerzenskinder der Diplomatie, Marokko und Mazedonien, vermag ich gar nichts zu sagen. Ich glaube auch, daß es eine schwierige Aufgabe wäre, über den Ausgang zu prophezeien, da in dem Verkehr mit diesen aufgeregten Völkerschaften immer wieder Ereignisse eintreten können, welche alle Welt überraschen und eine neue Stellungnahme erfordern.

Darüber besteht wohl kein Zweifel, daß die Reden der französischen Minister in der Kammer durchaus korrekt und auf dem Boden der Algeciras-Akte stehen, wogegen es ebenso in die Augen springt, daß die Haltung und die Taten der französischen Truppen denselben Abmachungen schnurstracks zuwiderlaufen.

Noch bunter sieht es nun in Mazedonien aus. Die gestern hier bekanntgewordene Veröffentlichung der Verfassung durch den Sultan hat für mein ungeschicktes Auge die Sache nicht klarer gemacht. Sollte es dem Sultan und den Alttürken mit diesem Versuche ernst sein, so könnte man freilich der Hoffnung Raum geben, daß die nationalen Gegensätze in Mazedonien wenigstens für eine Zeitlang eine mildere Form annehmen und die Mächte der Notwendigkeit überheben, selbst Polizei zu spielen. Deutschland, das nicht nur große Kapitalien bereits in der Türkei investiert hat, sondern noch größere zu investieren die Absicht hat, ist an dem wirtschaftlichen Voranschreiten der Türkei wesentlich interessiert. Ein solches ist natürlich

nur auf Grundlage halbwegs ruhiger politischer Verhältnisse zu erwarten. Deswegen liegt es auf der Hand, in welcher Richtung sich unsere Wünsche und Bestrebungen bewegen müssen. Ganz dasselbe gilt von den Franzosen. Ich weiß aus dem Munde sehr berufener Vertreter französischer Interessen, wie lebhaft sie bedauern, daß außertürkische politische Erwägungen dahin geführt haben, daß die französische Diplomatie in Konstantinopel anderen Zwecken dient. Rußlands Ziele sind klar und offen eingestanden; diejenigen Österreichs und Italiens sind ebenso klar, wenn auch nicht ganz so offen zugegeben. Welches das Ziel Englands ist, habe ich nie recht verstanden, und um so weniger, wenn seine Politik der Stärkung des russischen Einflusses am Bosphorus vorausgreifen sollte, da ein Kondominium mit Rußland besonders in wirtschaftlicher Beziehung kaum möglich sein dürfte. Ich glaube dies so hin. Wenn Du aber Zeit hättest, mir kurz eine Belehrung zukommen zu lassen, ohne die intimsten Geheimnisse Deiner Regierung preiszugeben, so würde ich mich sehr freuen.

Wie sieht es denn bei Euch im Innern aus? Hier will man wissen, daß die Stellung des liberalen Kabinetts schwächer sei als noch vor einigen Wochen, und daß insbesondere seine Sozialpolitik zu dem Zusammenschließen einer stärkeren Opposition hinleite.

In unser inneren Politik ist es im Augenblick still. Das Hauptinteresse konzentriert sich auf die Finanzreform, über welche die Erörterungen wahrscheinlich im Herbst beginnen werden. Bis jetzt sind die Pläne der Regierung so geheimgehalten, daß man sich nur in Vermutungen ergehen kann. Soviel scheint aber festzustehen, daß die Pläne sehr umfassender Natur sind; denn jedermann sieht ein, daß es nicht möglich ist, auf die Dauer laufende Bedürfnisse durch Anleihen zu decken. Das widerspricht einmal jeder Theorie einer vernünftigen Volkswirtschaft und birgt andererseits stets die Gefahr in sich, daß die Hilfsquellen in einem schwierigen Augenblicke versagen. Es ist übrigens eine in England und Frankreich verbreitete, vollkommen irrige Meinung, daß ein solcher Augenblick gekommen sei oder unmittelbar bevorstände. Vielmehr hat der Markt für Anlagewerte hierzulande in den letzten Monaten eine Kraft gezeigt, die wir alle ihm nicht zugetraut hatten. Das deutsche Publikum hat seit Beginn des Jahres reichlich 1½ Milliarden Mark schlank aufgenommen, und noch immer vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Käufe die Verkäufe bei weitem überwiegen. Es wird eben der immerhin verzeihliche Fehler begangen, einen Fehler in der Organisation der Staatsfinanzen mit der wirtschaftlichen Lage und der Sparkraft des Landes zu verwechseln. Ganz

kürzlich las ich in der „Westminster Gazette“ ein Entrefilet, in welchem die russischen, deutschen und portugiesischen Finanzen in ein paar Reihen gleichzeitig ungünstig beurteilt wurden, und dies in einem Blatte, das sich im allgemeinen einer besonnenen Haltung befleißigt.

In der Hoffnung, bald einmal von Dir zu hören, bin ich mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus

Dein alter Freund

P a u l S c h w a b a c h.

---

Briefe an Wirkl. Geh. Rat von Holstein, Berlin.\*

I.

Berlin, den 31. Juli 1908.

Ew. Exzellenz!

.... Es ist bezeichnend, daß hier gestern das Gerücht auftauchen konnte, infolge der jüngsten friedfertigen Reden von Sir Edward Grey und Mr. Lloyd George sei die Stellung des englischen Kabinetts erschüttert, es sei in sich gespalten. Meine Londoner Freunde bestreiten das freilich entschieden. Mein Eindruck ist, daß den Engländern die ständigen Ausgaben für die Flotte lästig sind, daß sie die unaufhörlichen Graulereien satt haben und gern abwiegeln möchten, daß m. a. W. Sir Edward Grey und sein Kollege nicht eine Bewegung schaffen, sondern Sprachrohr einer Meinung sind, die sicherlich in ihrer eigenen Partei, vermutlich aber auch außerhalb derselben weit verbreitet ist. Das alles wird aber nur ein Strohfeuer bleiben, wenn nicht von hier aus etwas geschieht, um den Engländern Vertrauen einzuflößen und um ihnen zu dokumentieren, daß wir ihren friedfertigen Versicherungen Glauben schenken — faisons au moins semblant. Amtliche Verlautbarungen von Regierung zu Regierung genügen nicht, es müßte etwas geschehen, was auf das englische Publikum zu wirken geeignet ist. Wäre der Reichstag beisammen, so würde der Reichskanzler oder der Marine-Staatssekretär ohne Mühe eine passende Gelegenheit für eine passende Bemerkung finden. Freilich würde ich aus naheliegenden Gründen gern sehen, daß in einem solchen Augenblick das Zustandekommen der

---

\* Seit April 1906 aus seiner Stellung als Vortragender Rat im Auswärtigen Amt geschieden.



Finanzreform schon gesichert wäre. Aber auch ein anderer Weg wäre gangbar: es könnte das neue Präsidium des Flottenvereins, der so lange Zeit hindurch aufgewiegelt hat, ein wenig abwiegeln — das wäre ohne Frage wirksam. Es ist allerdings wenig gesagt: der Weg ist gangbar, wenn ich selbst bezweifeln muß, ob man ihn betreten will. — Ew. Exzellenz wollen gütigst verzeihen, wenn ich mich in Erinnerung an so manche Gespräche über diese Dinge zu solchem Erguß habe hinreißen lassen. Wes das Herz voll ist, dem läuft das Tintenfaß über. Ich bin überzeugt, man könnte und sollte die jetzige, besser gesagt, augenblickliche Stimmung in England ausnutzen. Es haben mich schon öfters die Finger gejuckt, etwas Zusammenfassendes zu schreiben, aber anonyme scripta sind wertlos, und nenne ich mich, so schlägt man mich von beiden Seiten auf den Hut. Das letztere fürchte ich nicht wegen etwaiger persönlicher Verdrießlichkeiten, sondern weil ich leichtlich mehr Schaden als Nutzen bringen könnte.

Vielleicht sehen Ew. Exzellenz irgendeinen Modus, wie ich mich betätigen sollte. Morgen und Sonntag bin ich nicht in Berlin; ich werde mir erlauben, Montag am späten Nachmittag heraufzukommen, falls Sie mich dazu ermächtigen.

In größter Verehrung verbleibe ich

Ew. Exzellenz sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

## II.

Grand Hotel Ott

Marienbad, den 22. August 1908.

Ew. Exzellenz!

Ich bitte den beifolgenden Brief mit zwei Zeitungsartikeln überreichen zu dürfen. Wenn auch in dem durch mich veranlaßten Artikel der Name Galster nicht genannt ist, so hat doch die „Tägliche Rundschau“ gelautet, deren Antwort ich übrigens gerade in ihrer Heftigkeit schwach finde. — Mein Freund Sch. will nun auf diesem Boden nicht fechten, und ich werde ihn mangels eigener technischer Kenntnisse auch nicht dazu bewegen können. Da er aber sonst guten Willen zeigt, möchte ich seine Feder nicht ungenutzt lassen. Ich denke auch, daß es Euerer Exzellenz weniger auf die besondere Galstersche Streitfrage, als auf allgemeinere Dinge ankommt.

Vermutlich — besser gesagt, hoffentlich — trifft Sie dieser Brief nicht mehr in Berlin; ich werde das in den nächsten Tagen feststellen. Es wäre mir begreiflicherweise wertvoll, vor einer weiteren Unterhaltung mit Sch. Euere Exzellenz zu sprechen. Ich werde nämlich meine gesamten Reise- und Jagdpläne aufgeben müssen, da mein Sozius ernstlich erkrankt ist, und meine Anwesenheit in Berlin erforderlich ist. Es wäre sehr zu bedauern, wenn ich auch Ende September nicht nach Konstantinopel reisen könnte, da mir im eigenen Interesse lieb wäre festzustellen, an wen ich mich zu wenden hätte, falls ich etwas von der türkischen Regierung wünsche. N. B. haben Sie wohl in dem Saloniki-Programm den Punkt bemerkt: Zurückweisung der europäischen Kontrolle! — Ich habe hier die Bekanntschaft von Sir Edward und Lady Goschen gemacht. Der Botschafter hatte meinen Besuch gewünscht. Er ist der Typus des freundlichen, wohlgewaschenen älteren Engländers. Er geht, soviel ich sehe, seiner neuen Aufgabe\* mit dem besten Willen entgegen, aber ohne Begeisterung und in dem Gefühl, eine nicht eben bequeme Zeit vor sich zu haben. Lady G. ist Amerikanerin, liebenswürdig und anspruchslos, good class, but not smart. — Ferner lernte ich Mr. Steed kennen, Vertreter der „Times“ in Wien; er war als Nachfolger von Saunders bestimmt, hat aber selbst gebeten, ihn nicht nach Berlin zu schicken, wo er infolge von Meinungsverschiedenheiten mit dem Botschafter Graf Wedel übel angeschrieben sei. Er ist ein noch junger Mann, mit einer glänzenden Unterhaltungsgabe, sehr eingebildet, betrachtet die „Times“ nicht etwa als Nebenregierung, sondern als eine Art von arbiter Europae. Seine Ansichten sind die eines „Times“-Korrespondenten. Er erhofft und erwartet für die nahe Zukunft die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England, die Arbeiterparteien seien diesem Gedanken schon größtenteils gewonnen, und das sei das einzige Mittel, den Weltfrieden dauernd zu sichern. Denn 1. würden kriegerische Engländer weniger kriegerisch sein, wenn sie sich eventuell höchst persönlich schlagen müßten, 2. should we (i. e. England and Germany) come to blows, you would march on Paris and you would think of it trice knowing that we would send 500 000 men across the Channel. Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode! — Den König\*\* habe ich nicht gesprochen; ich hielt mich nicht für berechtigt, um eine Audienz zu bitten. Der König hat aber einen guten, durchaus zuverlässigen Freund von mir empfangen, der weder Engländer noch Deutscher ist. Nach einer längeren, ganz ruhigen Unterhaltung über

---

\* als englischer Botschafter in Berlin.

\*\* Eduard VII.

verschiedene Gegenstände kam auch die Kronberger entrevue zur Sprache; da wurde King Edward auffallend leidenschaftlich und sagte: über viele Fragen hätte er sich mit seinem kaiserlichen Neffen ganz leicht verständigt, aber der Hauptpunkt wäre unerledigt geblieben; er habe trotz aller Mühe nicht vermocht, den Kaiser zur Einschränkung der Flottenrüstungen zu bewegen. — Nun habe ich Grund anzunehmen, daß mein selber Freund (er ist Österreicher) demnächst Herrn Aehrenthal sehen wird, und ich glaube, meine wahre Ansicht für mich behalten zu sollen, da ich genau weiß, welchen Wert er Äußerungen von mir beilegt und wie er sie weitergibt. Ich sagte: wenn über diesen Punkt die Verständigung jetzt schwer ist, so mögen sich die Engländer bei denen bedanken, welche das Flottenmanöver an die dänische Küste verlegt haben; hätten wir unsere Manöver etwa bei Vlissingen abgehalten, so wäre in England ein Schrei der Entrüstung losgebrochen, und ich hätte schon meine Feldzugstiefel geschmiert; zeigt unsere Regierung jetzt viel empressement im Sinne einer Einschränkung der Schiffsbauten, so könnte in Deutschland und — was ärger wäre — in England der Gedanke kommen, wir handelten unter dem Druck einer Drohung. Diesen Eindruck, eine Drohung beabsichtigt zu haben, möchten die Engländer erst verwischen. Der Herr Reichskanzler war neulich zu mir so liebenswürdig, daß ich ihn fragen würde, ob ich in diesem Sinne mal nach London schreiben soll, wäre er in Berlin; ich scheue mich aber, mich schriftlich an den Reichskanzler zu wenden. Oder meinen Euere Exzellenz, ich könnte es ohne Unbescheidenheit tun? — Die Art, wie nach der Beschreibung meines Freundes der König sich geäußert hat, und, was ich den Zeitungen entnehme, geben mir die Überzeugung, daß die Sehnsucht nach einer Verständigung in England mindestens so groß ist wie bei uns. Ich halte es für möglich, daß wir auch in anderen Fragen etwas erreichen könnten, wenn die Engländer in der Flottenfrage Entgegenkommen fänden. Andererseits fürchte ich, daß, wenn dieser Augenblick ungenutzt verstreicht, eine vermehrte Bitterkeit in England zurückbleiben wird. Die Jingos werden sagen, sie hätten es immer gewußt und gesagt, daß mit den Deutschen nichts anzufangen ist; die anderen werden finden, daß das leider wahr ist, und sich ärgern, überhaupt eine Hand ausgestreckt zu haben.

P. S. Mr. Iswolsky\* ist in Karlsbad; aus einer Quelle, die ich auf ihn zurückführen kann (O'Shaughnessy), höre ich, daß Rußland gegen die Annexion der Herzegowina lebhaften Einspruch erheben wird.\*\*...

---

\* russischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten 1906—1910.

\*\* S. u. S. 392.



## III.

Pera, den 21. 9. 08.

Ew. Exzellenz!

Auf der langen Fahrt zwischen Spree und Bosporus ist mir folgende Möglichkeit eingefallen: man sagt den Franzosen: Ihr habt in Marokko militärische Ausgaben gehabt, aber nach Eurer eigenen Angabe als Beauftragte Europas. Also hat Europa die Pflicht, dahin zu wirken, daß Euer Risiko verringert wird, und Ihr bald zu Eurem Gelde kommt. Machen wir jetzt, was seinerzeit in Ägypten mit gutem Erfolg geschehen ist, nämlich eine internationale Anleihe in Höhe der Kriegs- und Entschädigungskosten, gewährleistet durch Mächte, welche den Traktat von Algeciras unterzeichnet haben; die Quoten wären zu bemessen nach dem Schlüssel, der für die Marokkanische Staatsbank gilt. — Ich weiß nicht, ob dieser Gedanke bei uns Beifall haben würde; was er für sich hat, ist wohl klar. Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen ist mir natürlich unbekannt; vielleicht ist es höchste Zeit, wenn dergleichen noch zur Erörterung gestellt werden soll. Möglich ist auch, daß diese nicht allzu fern liegende Idee bereits erwogen ist. Bei der gegenwärtigen unsicheren Postverbindung und, da gerade morgen ein Schiff geht, wollte ich nicht zögern, zu schreiben. Ich überlasse es gern dem Ermessen Eurer Exzellenz, diesen Brief dem Papierkorb anzuvertrauen oder den Inhalt mit oder ohne Nennung meines Namens weiterzugeben. . . .

---

**Brief an Baron Alfred von Rothschild, London.**

Vertraulich!

Berlin, den 22. Oktober 1908.

Sehr verehrter Herr Baron!

Für Ihre mannigfachen telegraphischen Mitteilungen sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank und möchte Ihnen im folgenden kurz zusammenfassend dasjenige mitteilen, was ich über die allgemeine Auffassung der Lage in den Kreisen unserer Regierung festgestellt habe.

Es steht zwar bei allen gut unterrichteten Leuten fest, kann aber nicht oft genug wiederholt werden, daß Deutschland bei der Annektierung von Bosnien und der Herzegowina in keiner Weise mitgewirkt, hat, sondern gleichzeitig mit den anderen Mächten von einem gefaßten Beschluß Kenntnis erhalten hat. Freilich mußte Deutschland zu der vollzogenen

Tatsache von vornherein eine andere Stellung einnehmen als vielleicht andere Staaten; denn das enge Bündnis, das zwischen den beiden Kaiserreichen besteht, machte es zur Pflicht, Österreich nach Möglichkeit zu unterstützen.

Wenn man nun auch die Annektion an sich wegen der daraus sich ergebenden Folgerungen bedauern mag, wenn man ferner an der Form, in welcher sie sich vollzogen hat, Ausstellungen machen kann, so muß andererseits zugegeben werden, daß sich Österreich in einer Zwangslage befand und schwerlich anders handeln konnte. Einen wirklichen Zuwachs an Macht hat Österreich nicht erlangt; es wäre also unrecht, ihm ehrgeizige und habgütliche Handlungen vorzuwerfen. Die beiden Provinzen befanden sich seit Jahrzehnten unter österreichischer Verwaltung und haben erhebliche Aufwendungen verursacht. Jedermann wußte, daß Österreich nicht gesonnen war und nicht gesonnen sein konnte, die Provinzen wieder aus der Hand zu geben, so wenig wie man seit vielen Jahren erwartet hat, daß England sich aus Ägypten zurückziehen werde.

Wenn nun eine Änderung der Staatsform notwendig erschien, so lagen dafür zwei Gründe vor.

1. war es erforderlich geworden, nachdem die Türkei einen starken Anlauf dazu genommen hat, ein konstitutioneller Staat zu werden, auch der Bevölkerung von Bosnien und der Herzegowina die Wohltaten einer Verfassung zuteil werden zu lassen. Wie sollte das nun geschehen bei einer doppelten Souveränität, nämlich der österreichischen und der türkischen? Möglicherweise hätte auch die Bevölkerung der Provinzen auf den Gedanken kommen können, Abgeordnete nach Konstantinopel zu entsenden; dann wäre die Verwirrung gar groß gewesen.

2. — und das mag ausschlaggebend gewesen sein — hatte die serbische Agitation, welche schon lange im stillen wühlte, einen gefahrdrohenden Umfang angenommen, und es stand zu befürchten, daß die Provinzen durch einen Handstreich Serbien angegliedert wurden, wie es seinerzeit beim Anschluß von Ostrumelien an Bulgarien geschehen war. Das hätte Österreich als Großmacht nicht dulden können und es nur auf einen Krieg ankommen lassen müssen. Das jetzige Benehmen der Serben beweist m. E. zur Evidenz, daß ihnen durch die jüngsten Vorgänge eine Enttäuschung bereitet ist, die in nichts anderem bestehen kann als darin, daß ihre Absichten auf die beiden Provinzen vereitelt worden sind.

Neben der Rücksichtnahme auf unseren Alliierten kommt in Betracht, daß unsere Regierung — und ich glaube mit Recht — die Erhaltung, Konsoli-

dierung und Stärkung der Türkei als im eigenen deutschen Interesse gelegen und darum als Ziel der deutschen Politik ansieht. Man ist aber nicht der Meinung, daß die Türkei einen sachlichen Schaden dadurch erleidet, daß die Provinzen nunmehr auch formell ihrer Herrschaft entzogen werden, um so weniger als bekanntlich der Sandschak wieder gänzlich unter türkische Oberhoheit zurückkehrt.

Den bulgarischen Handlungen und Bestrebungen steht Deutschland vollkommen kühl gegenüber, wie ja eine sonderliche Intimität zwischen Berlin und Sofia nie bestanden hat. Freilich dürfte in der Zukunft eine Wendung eintreten für den Fall, daß die österreichisch-bulgarischen Beziehungen dauernd einen freundschaftlichen Charakter annehmen.

Der Gedanke, eine Konferenz einzuberufen, konnte von Anfang an hier nur ein geringes Interesse hervorrufen. Deutschland konnte bei einer solchen Gelegenheit für sich nicht das geringste erwarten und mußte befürchten, daß — wie so leicht bei Konferenzen in Friedenszeiten — sonst schlummernde Gegensätze erwachen und zutage treten. Es mußte ferner befürchtet werden, daß von verschiedenen Seiten sogenannte Entschädigungen — nämlich dafür, daß jemand anders seinen Interessen nachgegangen war — gefordert wurden, und daß das Ergebnis der Konferenz eine abermalige Schwächung der Türkei nach sich ziehen würde, welche — wie oben bemerkt — hierzulande ungern gesehen würde.

Ich weiß nicht, auf welchem Wege in der letzten Woche das geplante Programm für eine Konferenz in die Öffentlichkeit gelangt ist; jedoch liegt der Verdacht nahe, daß die Veröffentlichung von einer solchen Seite herührt, welche entweder durch das Programm erschreckt oder von Anfang an einer Konferenz abgeneigt war. Um auf den Täter zu kommen, müßte man diejenigen Stellen kennen, in deren Hände das Programm gelangt war.

Der bedenklichste Punkt war in den Augen der hiesigen politischen Kreise der Passus, welcher von einer Schadloshaltung Serbiens und Montenegros handelte. Da es als ausgeschlossen gelten konnte, daß Österreich für diese Schadloshaltung etwas hergab, so konnte sie nur auf Kosten der Türkei geschehen, und vermutlich hat man an eine Aufteilung des Sandschaks zwischen Montenegro und Serbien gedacht. Das hätte abermals ein der Türkei zugemutetes Opfer bedeutet, dem dieses Reich vielleicht nicht zugestimmt hätte. Es hätte ferner zur Folge gehabt, daß Montenegro und Serbien limitrophe Staaten geworden wären, und man so die Aussicht geschaffen hätte, dort mit der Zeit eine bedrohliche, unruhige einheitliche Macht entstehen zu sehen.



Trotz alledem hätte Deutschland sich von einer Konferenz nicht ausgeschlossen, wenn sie von den übrigen beteiligten Mächten, insbesondere Österreich, beschickt worden wäre.

Ich hatte kaum so weit geschrieben, als die überraschende Meldung eintraf, daß der englische Botschafter in Konstantinopel die Türken vor direkten Verhandlungen, insbesondere mit Bulgarien gewarnt habe. Ich erlaubte mir deshalb, am 23. d. M. telegraphisch bei Ihnen anzufragen, woher diese plötzliche Wendung käme. Ihre lebenswürdige Antwort sowie eine heute früh (24. d. M.) aus Konstantinopel eingetroffene Meldung besagen, daß ein solcher Schritt seitens des englischen Botschafters nicht erfolgt sei. Was nun aber die Türken in diesem Augenblick beabsichtigen, vermag ich nicht zu erkennen. Ich nehme indessen an, daß binnen kurzem eine Klärung der allgemeinen Lage herbeigeführt sein wird, wozu die in diesen Tagen stattfindenden Beratungen von M. Iswolsky mit den hiesigen leitenden Staatsmännern beitragen dürften.

In den ersten Novembertagen beabsichtige ich, eine kleine Ferienreise nach London zu unternehmen. Ich hoffe, Sie dann bei bestem Wohlsein anzutreffen und das Vergnügen zu haben, mit Ihnen über die uns gemeinsam interessierenden Fragen zu sprechen. Bis dahin stehe ich wie immer für alle etwaigen telegraphischen Anfragen sehr gern zur Verfügung.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

#### Brief an Bankdirektor Otto Joel, Mailand.

Berlin, den 27. November 1908.

Sehr verehrter Herr und Freund!

Für Ihren lebenswürdigen Brief vom 24. d. M. meinen verbindlichsten Dank.

Wenn Sie die Vermutung aussprechen, daß Ihre Zeilen mich irgendwo erreichen werden, liegt wohl darin ein kleiner Spott darüber, daß ich nach berühmten Mustern alle Augenblicke unterwegs bin. Meine Abwesenheit im Monat November bedeutete aber die Nachholung des mir bis dahin entgangenen Sommerurlaubes. Nebenher habe ich in London und Paris einiges Geschäftliche erledigt und auch in politicis die Ohren aufgehalten.

Daß es im Laufe des Monats November für einen Reichsdeutschen eben nicht angenehm war, die englischen und französischen Ansichten über die hiesigen Vorgänge zu hören, können Sie sich wohl vorstellen. Bei alledem überwiegt offenbar die Genugtuung darüber, daß die Gesamtheit der Nation gegen gewisse Auswüchse des persönlichen Regiments Stellung genommen hat — wie es ja auch Ihrer Schilderung nach in Rom zu sein scheint — dergestalt, daß man auf eine größere Ruhe und Stetigkeit in der deutschen Politik hofft. — Wer in den letzten Jahren die Vorgänge mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird freilich die Ansicht gewonnen haben, daß im großen ganzen in den Handlungen der deutschen Politik die Besonnenheit vorgeherrscht hat; aber wir alle geben zu, daß die Äußerungen von gewisser Stelle aus über das, was zu geschehen hätte und was geschehen könnte, vielfach zur Beunruhigung der Welt beigetragen haben. Im Augenblick kann man nur hoffen, daß die Aufregung und Sorge der letzten Wochen nicht ohne günstige Folgen bleiben werden. Wenn von einer Ausgestaltung der Verfassung und einer Annäherung unserer Zustände an das parlamentarische System die Rede ist, soll man über mehr oder weniger berechtigten Theorien die Schwierigkeiten nicht übersehen, die darin liegen, daß wir es nicht mit einigen großen, sondern mit vielen kleinen Parteien zu tun haben, daß sich unter den Parteien eine konfessionelle befindet, und man soll ferner nicht vergessen, daß wir im Vergleich mit England und Frankreich ein ultrademokratisches Wahlgesetz haben.

Was die Balkanfrage betrifft, so habe ich mich außerordentlich gefreut, von Ihnen zu hören, daß Italien einen so konservativen Standpunkt einnimmt. Ich kann nicht verhehlen, daß ich in der letzten Zeit, und zwar nicht von deutscher Seite, Befürchtungen über ein gegenteiliges Verhalten habe lautwerden hören. Möglich, daß die etwas erhitzte Stimmung über spezifisch österreichisch-italienische Vorgänge zu solcher Auffassung beigetragen hat.

Was verstehen Sie aber darunter, daß Italien nicht leer ausgehen solle? Wenn Sie damit auf Tripolis anspielen, könnte es leicht sein, daß sich Italien ähnlichen Enttäuschungen aussetzt wie ehemals in Tunis. Denn ich habe vor einigen Monaten von sehr wohlinformierter Seite gehört, daß Frankreich auch Tripolis als in seine Interessensphäre fallend betrachtet. Sollte es aber Italien, wie es früher schon einmal hieß, auf Gebiete an der Westküste der Balkanhalbinsel abgesehen haben, so kann ich mir nicht denken, daß Österreich ja und amen sagen würde zu einem Zustande, der eine aus Triest oder Fiume auslaufende Flotte unter zwei Feuer setzen könnte.

Für den Augenblick ist die große Frage die, ob eine Konferenz zustande

kommt oder nicht. Bis vor einigen Tagen wenigstens sträubte sich noch Österreich dagegen, eine Konferenz zu beschicken, auf welcher die Annexionierung der beiden Provinzen erörtert werden würde. Ob Konferenz oder nicht, kann insbesondere Deutschland gleichgültig sein. Wohl aber scheint mir ein großes allgemeines Interesse dafür vorzuliegen, daß das Feuer unter keinen Umständen bis zum Frühjahr fortglimme; denn wir könnten sonst erleben, daß sich die kleinen Völker doch zum Dreinschlagen entschließen, und wer weiß, was dann geschähe!

Es würde mir außerordentlich wertvoll sein, von Ihnen zu hören, inwieweit Sie meine Ansichten teilen oder was Sie daran zu berichtigen oder zu ergänzen haben. . . .

Mit freundschaftlicher Hochachtung verbleibe ich

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

### Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.

#### I.

Berlin, den 7. Januar 1909.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich hoffe, daß Sie den Übergang in das neue Jahr gut vollzogen haben, und daß diese Zeilen Sie in befriedigender Gesundheit antreffen werden. Ich habe zu Beginn von 1909 ein reichliches Quantum Arbeit, was mich durchaus befriedigt, insofern es der Beweis für eine lebhafteste Geschäftstätigkeit ist.

Es wird hier mancherlei emittiert. Die verschiedenen Staaten und Städte beeilen sich, den billigen Geldstand auszunützen. Aber auch in der Industrie regt es sich langsam wieder; wahrscheinlich spielt die Geldflüssigkeit dabei auch eine bedeutende Rolle, durch welche die Bautätigkeit wieder ermöglicht ist. Bisher hat auch die politische Unsicherheit die Börse nicht stark beunruhigt; erst seit einigen Tagen wird wieder über die Balkanfrage mit etwas ernsten Mienen gesprochen.

Für mich persönlich muß ich gestehen, daß ich nicht ohne Sorge bin; hat man beim Entstehen der bekannten Schwierigkeiten gemeint, es wäre ein Glück, daß sich diese Dinge im Herbst ereigneten, da die Balkanvölker bekanntlich im Winter leichter in Ruhe zu halten sind, so rückt jetzt täglich



die Gefahr näher, daß die Verhandlungen bis zum Frühjahr so wenig gefördert sein werden, daß das Endergebnis nicht abzusehen ist. Sie wissen besser als ich, wie fest die Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei in einer Sackgasse sitzen, so daß es jetzt außerordentlich schwierig ist, sich vorzustellen, wie man da herauskommt. Wenn ich Ihnen vor einigen Wochen telegraphierte, daß die Österreicher den Gedanken einer an die Türkei zu zahlenden Geldentschädigung nicht perhorreszieren, war das damals richtig; heute wäre es unrichtig, wenigstens will man in Wien in diesem Augenblick nicht davon sprechen hören.

Die Lage erscheint nach dem, was ich gehört habe, darum so fatal, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß die Türken, insbesondere der Großvezier Kiamil Pascha, nicht nur sehr zähe sind, sondern auch ihre Forderungen allmählich steigern, so daß sie jetzt nicht nur eine Geldentschädigung, sondern gleichzeitig die Autonomie für Bosnien und die Herzegowina verlangen. Daß Österreich darauf nicht eingehen kann, ist klar.

Ebenso klar ist es, daß unsere Regierung ihren Verbündeten nicht dazu drängen kann. Sie können es als unbedingt sicher annehmen und glauben, daß die Besprechungen, welche deutsche Staatsmänner mit österreichischen Kollegen haben, dahin zielen, das Wiener Kabinett bei einer besonnenen Politik festzuhalten, Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und nicht etwa solche zu schaffen. Aber dieser freundschaftlichen Tätigkeit sind die Grenzen da gezogen, wo die nationale Empfindlichkeit der Österreicher anfängt, und wo es möglich wäre, unsere Bundestreue in Zweifel zu ziehen.

Sollte es nun, unserer ernstlichen Hoffnung entgegen, doch zu einem Kriege zwischen Österreich und der Türkei kommen, so wäre das m. E. ein schweres Unglück für ganz Europa; denn es ist nicht zu erwarten, daß Serbien und Montenegro in einem solchen Fall stillsitzen würden. Kommen die slawischen Balkanvölker ins Gedränge, so muß man befürchten, daß Rußland trotz der Friedensliebe seiner amtlichen Kreise eingreift. Die weiteren Folgen sind klar, wenn man in Betracht zieht, daß für die Dreibundstaaten der casus foederis gegeben ist, wenn einer von ihnen gegen zwei Großmächte zu fechten hat; dem französisch-russischen Verträge liegt meines Wissens eine ähnliche Bestimmung zugrunde.

Welche Haltung England diesen Fragen gegenüber im einzelnen einnimmt, weiß ich nicht. Offenbar ist es von ihnen weniger direkt berührt wie die kontinentalen Staaten. Aber die humanitären Ziele der englischen Politik sind so oft und so entschieden betont worden, daß man folgerichtiger und loyaler Weise annehmen muß, daß eine kriegerische Ent-

wicklung der gegenwärtigen Lage in London durchaus unerwünscht wäre. Ich zweifle nicht, daß es auch Ihnen eine Genugtuung bieten würde, wenn ein Ausweg aus diesem Labyrinth gefunden werden könnte. Wenn Sie in der Lage wären, mir einen solchen Ausweg zu zeigen, so wäre mir das in hohem Maße erfreulich. Auch zweifle ich nicht, daß gerade England sehr viel zu einer Verständigung beitragen könnte; denn notorisch ist Kiamil Pascha ein intimer Freund Ihrer dortigen Vertretung und dürfte den Ratschlägen des englischen Botschafters durchaus zugänglich sein. Wenn der Großvezier von England den ernstlichen Rat zur Mäßigung empfängt, würde er ihn gewißlich nicht in den Wind schlagen.

Ich höre, daß man sich in der ausländischen Presse viel mit einer Rede beschäftigt, welche der Kaiser vor ein paar Tagen gehalten haben soll. Da der Kaiser bei dieser Gelegenheit nur mit den kommandierenden Generalen zusammen und nicht einmal seine Adjutanten und sonstige Umgebung zugegen war, so weiß tatsächlich niemand, ob überhaupt eine Rede gehalten worden ist, noch wie sie gelaute hat; alle Angaben darüber müssen auf Kombinationen beruhen.

Indem ich mich Ihnen angelegentlichst empfehle, verbleibe ich

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

## II.

Berlin, den 16. Januar 1909.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich habe Ihnen bestens für Ihren liebenswürdigen Brief vom 11. d. M. zu danken. Es tut mir leid, daß mein letztes Schreiben Sie beunruhigt hatte; aber in jenen Tagen waren wir alle hier sehr besorgt, und ich hielt mich für verpflichtet, Ihnen die hiesigen Ansichten ohne Beschönigung mitzuteilen. Wenn Sie sagen, daß Sie mich hätten nach London rufen wollen, so kann ich dazu nur bemerken, daß ich immer sehr gern zur Verfügung stehe, wenn Sie mich brauchen können. Inzwischen hat sich glücklicherweise die Sachlage von Grund aus geändert; denn dadurch, daß die Türken die österreichische Abfindung angenommen haben, ist offenbar das größte Hindernis aus dem Wege geräumt. Die deutsche Regierung hat seit Wochen dahin zu wirken gesucht, daß die österreichisch-türkischen Verhandlungen durch ein Angebot von Geld gefördert würden; und in der Tat war um die Mitte des

Dezember Herr von Aehrenthal bereit dazu; damals aber erhob Herr Wekerle im Namen Ungarns heftigen Widerspruch gegen eine derartige Maßregel, so daß der Gedanke zunächst mußte fallengelassen werden. Man hat trotzdem nicht aufgehört, von hier aus freundschaftliche Ratschläge in Wien zu geben, und es hat mich gefreut, gestern von Sir Edward Goschen zu hören, daß er dem Verhalten unserer Regierung einen großen Teil des Verdienstes an der glücklichen Lösung zuschreibe. Ich nehme an, daß Sir Edward in diesem Sinne nach Hause berichtet hat, und daß man bei Ihnen diese Auffassung teilt. Es bleiben noch mancherlei Fragen zu erledigen; wir hoffen aber, daß ernste Verwicklungen nicht mehr eintreten werden. Die kleinen Balkan-Staaten dürften sich beruhigen, wenn sie auf auswärtige Hilfe nicht zählen können; sie werden sich mit wirtschaftlichen und handelspolitischen Vorteilen begnügen müssen, in welchem Sinne Österreich vermutlich auch zu Konzessionen bereit sein wird, während das Begehren nach einer Gebietsvergrößerung keine Aussicht auf Verwirklichung hat.

Es ist recht erfreulich, daß es gerade jetzt friedlich aussieht im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch der englischen Majestäten. Ich glaube, die Herrschaften können eines herzlichen Empfanges gewiß sein. . . .

Mit dem Ausdruck herzlicher Verehrung bin ich

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

### III.

Berlin, den 4. Februar 1909.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich gestatte mir, Ihnen heute kurz über die hiesige Auffassung des russischen Vorschlages zu berichten.

Man ist allgemein der Ansicht, daß die Mitteilungen, welche bisher über die Pläne des Herrn Iswolsky in die Öffentlichkeit gelangt sind, an großer Unklarheit leiden. Ich habe feststellen können, daß verschiedene im übrigen sachverständige Personen zu auseinandergehenden Ansichten darüber gelangt sind, wie die Petersburger Herren sich die Konstruktion der Sache vorstellen. Der politische Zweck, den Herr Iswolsky verfolgt, ist nun allerdings so deutlich, daß ihn niemand verkennen kann. Er wünscht offenbar, Bulgarien, das durch die Vorgänge des letzten Herbstes Österreich nahegerückt war, mit einem energischen Ruck wieder in seine Einflußsphäre hineinzuziehen, nicht nur dadurch, daß Rußland den Bulgaren einen Dienst



erweisen würde, sondern indem es als Gläubiger auch in die Lage versetzt würde, unter Umständen einen Druck auszuüben. Es ist auch bezeichnend, daß nach Berichten hiesiger Blätter der Schlußpassus der Zirkularnote lautet: Falls auf einer solchen Grundlage die Einigung zwischen Türkei und Bulgarien erzielt wäre, würde Rußland bei den übrigen Mächten die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens und des neuen Titels seines Souveräns beantragen. Damit verläßt Rußland den von ihm so eifrig verfochtenen Grundsatz, daß nur eine Konferenz der Signatarmächte Änderungen des Berliner Vertrages beschließen könne. Im Grunde ist die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens in mindestens dem gleichen Maße eine Änderung des Berliner Vertrages wie die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina.

Ob die Türkei aus dem vorgeschlagenen Handel einen wirklichen Vorteil ziehen oder wenigstens in ihren Ansprüchen befriedigt werden kann, ist nicht zu übersehen, bevor nicht nähere Nachrichten vorliegen. Aber das zu entscheiden, ist nicht unsere Sache, sondern die der Türken. Da jedoch in Konstantinopel der Geldbedarf ein großer ist, wird dort dasjenige am wenigstens schmackhaft sein, was die Aussicht auf bares Geld versperrt. Selbst wenn auf Grund der hinausgeschobenen, von Rechts wegen an Rußland zu zahlenden Annuitäten sich eine rasch amortisierbare Anleihe fundieren läßt, ist es doch immer ein gewaltiger Unterschied, ob die Türkei von außen her (von Bulgarien) eine große Summe Geld in Form einer Zahlung empfängt oder aber als Gegenwert einer Anleihe. Österreich wird vermutlich von der Forderung nicht abgehen, daß für die orientalischen Bahnen angemessene Entschädigungen geboten werden. In diesem Punkt dürfte die deutsche Regierung derselben Ansicht sein. Ferner glaubt man hier, nicht davon abgehen zu sollen, daß für Ablösung des ostrumelischen Tributes oder für einen Ersatz seitens Bulgariens hinreichend Vorsorge getroffen wird. Dies letztere bildet ein gemeinsames Interesse aller Mächte, deren Untertanen Gläubiger der Türkei sind; denn in den Einnahmen der Dette Publique spielt der ostrumelische Tribut eine nicht unerhebliche Rolle, und sein Fortfall oder seine Schmälerung würde den Bondholders einen beträchtlichen Schaden zufügen. Ob sich der russische Vorschlag mit diesen Fragen beschäftigt, und in welcher Weise, kann ich nicht sagen.

Dem Besuche des englischen Königspaares wird hier mit Spannung entgegengesehen. Überall liegt das Bestreben vor, den königlichen Gästen einen möglichst guten Empfang zu bereiten, und wir hoffen zuversichtlich, daß alles in durchaus befriedigender Weise verlaufen werde. Der Besuch ist

freilich auf eine so kurze Zeit bemessen, daß für die Herrschaften selbst der Aufenthalt ohne starke Ermüdung kaum abgehen wird. Hoffentlich bessert sich inzwischen auch das Wetter, das im Augenblick zwar ziemlich warm, aber recht unfreundlich ist.

Geschäftlich kann ich Ihnen nicht viel Neues vermelden. Die Börsen sind ziemlich fest, insbesondere für Renten, infolge des überaus leichten Geldstandes.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich

Ihr sehr ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

IV.

Berlin, den 12. Februar 1909.

Mein sehr verehrter Herr Baron!

Ich bin überzeugt davon, daß Sie die Meldungen über die Berliner Reise des englischen Königspaares\* mit vielem Interesse verfolgt haben. Wenn Sie lesen, daß der Empfang seitens der Deutschen ein herzlicher war, kann ich Sie versichern, daß es den Tatsachen entspricht. Das Festmahl im Schloß und die dort gehaltenen Reden trugen naturgemäß den Stempel des Feierlich-Offiziellen; aber die kleine Festlichkeit im Rathaus, bei der fast nur Vertreter der Kaufmannschaft usw. zugegen waren, verlief in angenehmster Weise, geradezu herzlich. Die Worte S. M. des Königs, er bemühe sich eifrig um die guten Beziehungen der beiden Länder, wirkten vortrefflich und riefen große Begeisterung hervor; es trug sicherlich wesentlich hierzu bei, daß der König mit einer solchen Betonung sprach, daß jeder Zuhörer an die Aufrichtigkeit der königlichen Versicherung glauben mußte. Es hat auch in der Bürgerschaft sehr angenehm berührt, daß dem Bürgermeister und städtischen Beamten Ordensauszeichnungen verliehen worden sind und nicht nur Hofbeamten und Militärs.

Ich telegraphierte Ihnen bereits, daß die Unterredung zwischen Sir Ch. Hardinge\*\* und Fürst Bülow in der Hauptsache die Balkanfrage zum Gegenstand gehabt haben soll; Näheres weiß ich noch nicht. Ich werde wieder schreiben, falls ich Wesentliches erfahre, obwohl Sie inzwischen gewiß von der anderen Seite alles Wissenswerte gehört haben werden.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich, hochverehrter Herr Baron,

Ihr Ihnen aufrichtig ergebener P a u l S c h w a b a c h.

---

\* 9.—12. Februar.

\*\* Permanent Under-Secretary of State for Foreign Affairs 1906—1910; 1916—1920.

v. Schwabach, Aus meinen Akten.

## V.

Berlin, den 26. Februar 1909.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich bestätige den Depeschenwechsel der letzten beiden Tage.

Ihr erstes Telegramm erhielt ich gestern früh, als ich von einer Geschäftsreise aus Mailand zurückkehrte. Wie ich Ihnen bereits heute mittag telegraphierte, hatte ich es so ausgelegt (und ich glaube auch, daß der Wortlaut mich dazu berechtigte), als wünschten Sie, daß Deutschland die Führung in einer Aktion übernehme, welche darin bestehen würde, dem Wiener Kabinett in freundschaftlicher Weise Vorhaltungen zu machen; nur aus diesem Gesichtspunkt heraus war meine gestrige Antwort zu verstehen.

Gestern abend nun erhielt ich Ihr zweites Telegramm und sah, daß Sie in Belgrad und nicht in Wien einen Druck ausgeübt zu sehen wünschten. Da konnte ich Ihnen zu meiner Befriedigung telegraphieren, daß die hiesige Regierung sich bereits seit einigen Tagen bemüht, einen derartigen Schritt ins Werk zu setzen, und daß mir gerade heute mittag gesagt wurde, daß man hoffe, alle Mächte würden sich dazu zusammenfinden.

Vor einigen Minuten las ich nun auch in einem Wolff'schen Telegramm, daß alle Mächte, einschließlich Rußlands, der serbischen Regierung nahelegen wollen, auf territoriale Ansprüche zu verzichten. Wir erwarten hier alle zuversichtlich, daß, falls es wirklich bald zu einer solchen Aktion kommt, und die Serben einsehen, daß sie bei ihrem Bestreben nach Zuwachs von Land von keiner Seite eine Unterstützung zu erhoffen haben, sie mildere Saiten aufziehen werden. Es lag nur allzu nahe, die kriegslustige Stimmung in Belgrad darauf zurückzuführen, daß die Bevölkerung immer noch auf eine russische bewaffnete Hilfe hoffte. Leider muß man zugeben, daß nicht nur die serbische Regierung ihre eigene Nation in solchen Glauben versetzt hat, sondern daß die Haltung der russischen Diplomatie derartige Auffassungen zulässig erscheinen ließ. Meine hiesigen Freunde aber waren und sind der Überzeugung, daß Rußland ernsthaft gar nicht daran denkt, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, der an sich ungerechtfertigt wäre, über ganz Europa namenloses Unglück bringen würde, und das zu Zeiten, in welchen die finanzielle und militärische Schlagfertigkeit Rußlands durchaus nicht zweifelsfrei erscheint.

Wie ich Ihnen gestern schon mitteilte, glauben meine hiesigen Freunde, einen festen Anhalt dafür zu haben, daß Österreich bereit sein würde, mit Serbien über kommerzielle Fragen zu verhandeln, sobald das letztere Land



seine Kriegsdrohungen unterlassen haben wird. Diese Bereitwilligkeit Österreichs ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß man auch in Wien nicht gesonnen ist, den Bogen zu straff zu spannen. Gewiß kann man überall nur wünschen, daß ein befriedigendes Ergebnis erzielt wird. Freilich täusche ich mich nicht darüber, daß auch auf diesem Gebiete die Meinungen über das, was recht und billig ist, sehr weit auseinandergehen, und Verhandlungen schließlich scheitern können; aber es wäre m. E. schon ein großer Gewinn, die Erörterungen auf das kommerzielle Gebiet beschränkt zu sehen.

Wenn nun — was für die allernächste Zeit erwartet wird — der österreichisch-türkische Vertrag unterzeichnet wird, und Serbien mit Österreich vernünftig verhandelt, bleibt noch die finanzielle Frage aus der Welt zu schaffen, die zwischen der Türkei und Bulgarien schwebt. Die Anerkennung des bulgarischen Königstums ist im Grunde genommen eine Formsache. Es dürfte wohl niemanden außerordentlich erregen, ob Ferdinand von Koburg sich Fürst oder König nennt. Nach allem aber, was ich gehört habe, würde die Anerkennung von Berlin aus nur erfolgen, wenn gewisse Vorbedingungen erfüllt werden; dazu gehört, daß Bulgarien nicht nur die bulgarischen Bahnen angemessen entschädigt, sondern auch dafür Sorge trägt, daß die Mittel, welche der ottomanischen Schuldenverwaltung bisher in Form eines bulgarischen Tributes zugeflossen sind, auch ferner den Gläubigern — gleichviel in welcher Form — erhalten bleiben.

Mein Brief ist schon so lang geworden, daß ich auf die hiesigen inneren Verhältnisse nur mit ganz wenig Worten eingehen will. Die parlamentarische Lage ist durchaus verworren, und es ist noch nicht abzusehen, was aus der Finanzreform wird, oder vielmehr, in welcher Form sie zustande kommt. Daß die Stellung des Reichskanzlers mit diesen Dingen eng zusammenhängt, bedarf keiner besonderen Erläuterung. Vertraulich und als meine persönliche Überzeugung darf ich Ihnen aber aussprechen, daß ich nicht glaube, daß Fürst Bülow noch viele Monate in seinem Amte bleiben wird, daß der Kaiser ihm vielmehr die Vorgänge des letzten November im Herzen stark nachträgt und bei einer passend erscheinenden Gelegenheit einen Kanzlerwechsel wird eintreten lassen. . . .

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

## VI.

Berlin, den 8. März 1909.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ihr liebenswürdiges Telegramm, mit welchem Sie mir die Auffassung Ihrer Freunde mitteilten, habe ich mit bestem Danke erhalten und hier an geeigneter Stelle zur Kenntnis gebracht.

Wie Sie aus meiner Depesche von gestern früh ersehen haben werden, besteht leider ein nicht geringer Unterschied zwischen der Londoner und der Berliner Auffassung. Einmal kann man hier wirklich nicht finden, daß sich Serbien in den letzten Monaten konzilient und entgegenkommend gezeigt habe; vielmehr strotzten die amtlichen Reden und Communiqués der serbischen Minister von Drohungen und Beleidigungen der österreichischen Monarchie, ganz abgesehen von dem, was die unabhängigen Blätter in dieser Hinsicht geleistet haben. Vor allen Dingen aber hat Serbien von Anfang an Forderungen aufgestellt, die in keiner Weise berechtigt erscheinen und auch nirgends anerkannt sind, nämlich die Autonomie Bosniens und der Herzegowina und Gebietsabtretungen an das Königreich Serbien. In Belgrad weiß und wußte man, daß Österreich diese Fragen unter keiner Bedingung auch nur erörtern wollte, und die ewige Wiederholung dieser Forderungen hieß im Grunde genommen nichts anderes als mit Krieg drohen. Wenn trotzdem Österreich dem so viel schwächeren Nachbarn gegenüber die Ruhe bewahrt hat trotz großer finanzieller Opfer, welche eine Kriegsbereitschaft mehrerer Armeekorps erforderte, muß man wohl gerechterweise sagen, daß die Wiener Regierung ein gut Teil Langmut an den Tag gelegt hat.

Von verschiedenen Seiten ist die Ansicht laut geworden, Österreich solle den Serben in wirtschaftlichen Fragen entgegenkommen und — was den letzteren unmöglich verborgen geblieben sein kann —, hat sich Österreich gegen diese Gedanken durchaus nicht ablehnend verhalten. Ich telegraphierte auch gestern über den Gedanken, daß die zwischen Österreich und Serbien etwa zu regelnden wirtschaftlichen Fragen durch die Mächte behandelt werden sollen. Das klingt im ersten Augenblick vielleicht ganz plausibel; bei näherer Überlegung wird man sich aber sagen müssen, daß dergleichen praktisch gar nicht durchzuführen ist. Es handelt sich in solchen Fragen nicht um eine Entscheidung, sondern um Abwägung gegenseitiger Interessen in unzähligen Einzelpunkten, wie es nur von Abgesandten der beteiligten Länder in richtiger Weise geschehen kann. Ich kann mir wenigstens gar keinen Begriff davon machen, wie andere als Serben und Österreicher

darüber einen Vertrag herbeiführen könnten, wie die Eisenbahnen aneinander anzuschließen sind, wie Tariff Fragen, Zollfragen und Ähnliches in Zukunft behandelt werden sollen. Ich kann nur wiederholen, daß unsere Regierung nur aus diesen praktischen Gründen eine direkte Verhandlung zwischen den beiden Ländern herbeiwünscht. Es ist meine persönliche Ansicht, daß darüber hinaus noch ein Grund dafür vorliegt. Würde man — was ich, wie gesagt, für praktisch undurchführbar halte — durch einen Schiedsspruch dritter Mächte einen Handelsschiffahrtsvertrag herbeiführen, so werden aller Wahrscheinlichkeit nach beide Länder unbefriedigt sein und den Augenblick einer Abänderung herbeisehnen. Wenn man außerdem eine dermaleinstige Aussöhnung und freundnachbarliche Beziehungen Österreichs und Serbiens für im Interesse des Friedens auf dem Balkan gelegen betrachtet, so würde nichts vorteilhafter sein, als bei derartigen Verhandlungen die Gelegenheit zu gegenseitiger Aussprache und Abwägung der gegenseitigen Interessen zu bieten.

Auch heute ist die Sachlage noch nicht geklärt. Die serbische Antwort auf die russische Note ist amtlich noch nicht bekannt. Trotz aller Andeutungen und Redensarten, die in den Pressen aller Länder erschienen sind, vermißt man noch den klaren Verzicht Serbiens auf eine Gebietserweiterung, und man kann aus dem bisher Bekanntgewordenen kaum etwas anderes herauslesen, als daß Serbien im Augenblick (vermutlich im Gefühl seiner Schwäche) seine territorialen Ansprüche zurückstellt, um sie bei geeigneter Gelegenheit wieder hervorzuholen.

Es ist wirklich verdrießlich, daß wegen dieser Dinge, die uns alle im Grunde genommen wenig angehen, und bei denen die Interessen des zentralen und westlichen Europas kaum in Frage kommen, eine solche allgemeine Spannung hervorgerufen wird und erhalten bleibt. Bei alledem besteht hier nach wie vor die ernstliche Hoffnung, daß schließlich eine Einigung erzielt werden wird, eine Hoffnung, die sich hauptsächlich darauf gründet, daß von den großen Staaten kein einziger irgendeine Kriegslust zeigt; das gilt nicht nur von Österreich und Deutschland, sondern, wie wir hier alle sicher glauben, auch von Frankreich, das seinerseits auch ein nahe liegendes Interesse daran hat, daß Rußland kostspielige Abenteuer vermeidet.

Wenn ich neulich auf einen deutschen Vorschlag hindeutete, daß alle Mächte gemeinsam in Belgrad Vorstellungen erheben sollten, Sie mir aber darauf bemerken, daß an die englische Regierung ein solcher Antrag nicht gelangt sei, so ist beides richtig; und zwar hat sich die Sache folgendermaßen abgespielt. Wie Sie wissen, war der Gedanke aufgetaucht, daß die



Mächte einen gemeinsamen Schritt in Wien unternehmen sollten, worüber ich ja den Vorzug hatte, mit Ihnen zu korrespondieren. (Aus bekannten Gründen konnte Deutschland sich dem nicht anschließen.) Darauf ist zwischen der deutschen und der französischen Regierung auf hiesige Anregung hin die Frage erörtert worden, ob nicht eine gemeinsame Vorstellung in Belgrad zu erheben sei. Sobald das aber in diplomatischen Kreisen bekannt geworden war, hat Herr Iswolsky sofort einen Diplomaten-schritt in Belgrad unternommen, um sich nicht eine Sonderstellung in den Balkanfragen aus der Hand nehmen zu lassen. Damit war die ganze Sache hinfällig, und es erübrigte sich, noch ausdrücklich bei der englischen Regierung anzufragen.

Ob das Vorgehen des Herrn Iswolsky ein praktisch richtiges war, möchte ich nicht beurteilen; bisher sieht es um den Erfolg noch dürftig genug aus. Ich kann die Vermutung nicht von der Hand weisen, daß er nach einer Gelegenheit gesucht hat, den schlechten Eindruck zu verwischen, den seine Behandlung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien gemacht hat; denn der Versuch, ihn über den Kopf der anderen Mächte hinweg anzuerkennen, ist nicht nur mißlungen, sondern hat ihm auch in Bulgarien geschadet. Die Etikettenfragen in Petersburg bei der Beisetzung des Großfürsten Wladimir sind in geradezu komischer Weise in die Erscheinung getreten, jedenfalls so, daß sie dem Fürsten selber am unangenehmsten gewesen sein müssen. Es wird Ihnen sicherlich bekannt sein, daß es gerade der englische Botschafter war, der gegen die Behandlung des Fürsten als anerkannten König auf das entschiedenste Einspruch erhoben hat.

Geschäftlich habe ich Ihnen nichts Besonderes zu melden. Das Geld ist billig; aber leider scheint mir das in der Hauptsache die Folge der recht flauen industriellen Konjunktur zu sein; besonders in der Eisenindustrie geht es in allen ihren Teilen recht schlecht.

Die innere Politik ist ungefähr auf demselben Punkte wie vor sechs Monaten. Nachdem man über die Finanzreform unzählige Reden gehalten und unzählige Artikel geschrieben hat, weiß noch immer niemand so recht, was dabei heraussehen wird, und von Tag zu Tag sind die Ansichten darüber, ob sich eine Einigung der Parteien wird erzielen lassen oder nicht, verschieden.

Ich verbleibe mit angelegentlichen Empfehlungen

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

## VII.

Berlin, den 19. März 1909.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich konnte Ihnen heute nachmittag telegraphieren, daß nach meinen Nachrichten Rußland Erklärungen abgegeben hat, welche die bestimmte Erwartung zulassen, es würde im Falle eines österreichisch-serbischen Krieges nicht eingreifen.

Für jeden, der friedfertig gesinnt ist, wird darin eine Beruhigung liegen. Denn wie ich Ihnen schon seit Monaten wiederholt ausgesprochen habe, und wie es ja auch meines Wissens allgemein bekannt ist, würde ein russischer Angriff auf Österreich sofort Deutschland auf den Plan gerufen haben. Daß hierzulande ein Krieg nicht herbeigewünscht wird, und daß in den diplomatischen Plänkeleien während der letzten Monate Deutschland immer zu Ruhe und Besonnenheit geraten hat, wird, wie ich hoffe, anerkannt. Aber die Friedensliebe hat nicht verhindert, daß man deutscherseits der Eventualität eines Krieges mit Ruhe entgegengesehen hat als einer Notwendigkeit, die sich unter Umständen daraus ergeben hätte, daß man einem Bundesgenossen in gerechter Sache beizustehen hat. Die Gefahr eines solchen Konfliktes ist hoffentlich beseitigt; aber ich glaube bestimmt, daß, sollte sich wider Erwarten eine ähnliche Konstellation, wie sie noch vor kurzem als möglich angesehen werden mußte, wiederholen, auch Deutschland die gleiche Haltung wie jetzt einnehmen würde.

Was Serbien nun tun wird, vermag ich nicht zu sagen. Man muß zugeben, daß es für die Belgrader Regierung nicht leicht ist, nach den großen Worten, die sie seit Monaten reichlich verschwendet hat, den Übergang zu friedlicher Sprache und Haltung zu finden; insbesondere mögen der König und der Kronprinz für die Zukunft der Dynastie fürchten. Immerhin wäre es wünschenswert, daß es ihnen gelänge; denn ein Krieg gegen das wohlgerüstete Österreich, das auch an den serbischen Grenzen große Truppenmengen hat aufmarschieren lassen, dürfte Serbien militärisch keine Aussichten auf Erfolg bieten.

In Wien wurde mir von verschiedenen Seiten gesagt, daß Österreich an einem solchen Feldzug nichts gelegen sein kann. Dadurch, daß die österreichischen Regimenter die serbische Armee über den Haufen rennen, würde das Prestige der ersteren in den Augen der Welt nicht wesentlich erhöht werden. Irgendein wesentlicher materieller Vorteil kann auch nicht dabei herauschauen; denn Österreich wird gar nicht daran denken, das Land zu annektieren.

Ob sich nicht die russische Politik den Vorwurf wird gefallen lassen müssen, daß sie Serbien wenigstens unter der Hand hat verstehen lassen, es könne auf russische Hilfe rechnen, will ich nicht erörtern. Hier wurde mir — allerdings nicht von offizieller Seite — als eine feststehende Tatsache erzählt (ich gebe es unter Vorbehalt weiter), daß Herr Iswolsky vor etwa acht Tagen dem Zaren seine Entlassung angeboten habe; dieser aber hätte das Verbleiben des Ministers im Amte verlangt mit der Bemerkung, Iswolsky habe Rußland in diese schwierige Lage hineingebracht und solle es erst wieder herausbringen, dann könne er gehen.

Da ich eben den Vorzug habe, mich mit Ihnen zu unterhalten, kann ich nicht stillschweigend an den Erörterungen vorbeigehen, die in London und hier über die Flottenpolitik der beiden Länder angestellt worden sind. Ich teile die Ansicht, die mir gegenüber heute von einem hervorragenden hiesigen Staatsmann ausgesprochen ist und die in folgendem besteht.

Aus finanziellen und manchen anderen Gründen wäre es gewiß wünschenswert, wenn die Flottenrüstungen geringere wären und in langsamerem Tempo erfolgten. Aber ein Abkommen über diese Dinge zu treffen, ist so außerordentlich schwer, daß man geradezu von einer Unmöglichkeit sprechen kann. Wenn zwischen zwei Ländern ein freundschaftliches Verhältnis und gegenseitiges Vertrauen besteht, so werden auch derartige Rüstungen keinen Anlaß zu lebhaften Besorgnissen geben, ob ein Vertrag vorhanden ist oder nicht; herrscht aber Argwohn und Mißtrauen, so nützt auch ein Vertrag nichts. Eine gegenseitige Kontrolle kann nicht ausgeübt werden, und es würde auf der einen oder anderen Seite immer der Verdacht bestehen, daß die kontraktlichen Bestimmungen nicht innegehalten oder umgangen werden. Ich habe es doch selbst erlebt, daß der hiesige englische Marineattaché vor zwei oder drei Jahren die Frage an mich richtete, ob es wahr sei, daß auf den Schiffen des Norddeutschen Lloyd dauernd Kanonen, die dazu gehörige Munition und sonstiges Kriegsmaterial sich befänden und hin- und hergefahren werden. Ich glaube daher, daß solche Reden, wie wir sie in den letzten Tagen erlebt haben, vielleicht nicht vermieden werden können, aber von irgendwelchem praktischen Nutzen nicht sind, und daß vorderhand nichts anderes zu tun ist, als daß jedes Land sich die Flotte baut und ausrüstet, die es für erforderlich hält. Wenn Deutschland erklärt hat — und das ist wohl der Fall —, daß das Flottenprogramm, das noch die nächsten sechs oder sieben Jahre umfaßt, nicht abgeändert oder erweitert werden wird, so erblicke ich darin ein recht weitgehendes Zugeständnis, aus welchem man das Vertrauen darauf herauslesen kann und soll, daß



Deutschland irgendwelche Verwicklungen ernster Natur nicht voraussieht, und zwar nicht nur für die Zeit dieses Flottenprogramms, sondern auch darüber hinaus; denn selbstverständlich kann man ein neues, erweitertes Flottenprogramm nicht von heute auf morgen entwerfen oder gar ausführen.

Ich empfehle mich Ihnen ergebenst mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Verehrung

Paul Schwabach.

VIII.

Berlin, den 4. April 1909.

Hochverehrter Herr Baron!

Ich bin Ihnen für Ihr gütiges Interesse an meiner Gesundheit dankbar verbunden. Obwohl ich mich noch ein wenig schonen will, bin ich doch wieder arbeitsfähig und kann mich ganz zu Ihrer Verfügung stellen.

Ich habe auch Ihren Auftrag ausgeführt und meinen Freunden gesagt, daß Sie die Art, in welcher von Berlin aus die Balkan-Angelegenheit behandelt worden ist, als Friedenspolitik erkennen und anerkennen. Meine Freunde haben mit großer Befriedigung diese Ihre Auffassung vernommen und lassen Ihnen verbindlichst danken.

Es sind wohl noch Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen; aber offenbar ist der schwerste und gefährlichste Teil der Arbeit getan. Von hier aus wird, wie ich versichern kann, mit dem Bestreben weitergearbeitet, einer friedlichen und ruhigen Entwicklung das Feld zu ebnen. Falls der allgemeine Wunsch nach einer Konferenz bestehen sollte, würde sich Deutschland gewiß nicht ausschließen, wie schon des öfteren gesagt worden ist. Ich bemerke aber deutlich, daß hier die Besorgnis vorhanden ist, eine Konferenz, die sich gewöhnlich mehr in die Länge zieht, als beabsichtigt ist, könnte Anlaß zu allerlei Erörterungen geben, die besser vermieden würden. Da bisher in direkten Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett die schwierigsten Fragen gelöst worden sind, glaubt man, daß auch das übrige auf demselben Wege erledigt werden könnte. Als Wesentliches liegen noch einige Wünsche der Türken vor, besonders in bezug auf Mazedonien und Armenien. Unsere Regierung hat, soviel ich sehe, den Wunsch, den Türken entgegenzukommen. Alles hier in Betracht kommende läßt sich aber wahrscheinlich schneller und unauffälliger etwa durch eine Botschafterkonferenz in Konstantinopel erledigen, als durch eine ad hoc zusammentretende große Versammlung.

Wir alle sehen hier mit Bedauern, daß die Aufregung über die deutsche Flotte in England anhält. Es werden bei Ihnen leider von neuem Argumente vorgebracht, die wir schon als endgültig abgetan betrachtet hatten. Zum Beispiel: „Die deutschen Schiffe haben einen kleinen Kohlenraum, taugen nicht für lange Überfahrten, folglich sind sie nur für einen Überfall auf England berechnet“. Das ist wirklich ganz verkehrt. Diese Schiffe sind dazu da, die deutschen Küsten im Notfall zu verteidigen. Ich gehöre zu denen, die nicht glauben, daß ein solcher Fall eintreten wird; aber man kann es schließlich einer Regierung nicht verdenken, daß sie einer anderen Macht nicht gern schutz- und wehrlos gegenüberstehen will. Dann aber ist auch in England die Behauptung aufgetaucht, daß das vielbesprochene deutsche Flottenprogramm ein Humbug sei und in Wirklichkeit mehr Schiffe gebaut würden, als dieses Programm vorsieht. Das ist ganz unmöglich, und der Glaube daran beruht auf einer Verkennung der hiesigen Verhältnisse. Wir leben in einem konstitutionellen Land; und so groß die Autorität der Regierung sein mag, so könnte sie es doch nicht wagen, sich über den Reichstag und seine Gesetze hinwegzusetzen. Ich bin zufällig in der Lage zu wissen, daß eine unserer größten Werften erhebliche Bestellungen für die russische Marine angenommen und begonnen hat, dafür zu arbeiten. Das könnte nicht geschehen, wenn der Bau der deutschen Flotte über das bekannte Maß hinaus betrieben würde. Ich schrieb Ihnen bereits vor einiger Zeit, daß man hier dem Wert von Abmachungen über die Rüstungen beider Länder skeptisch gegenübersteht. Ganz kürzlich sprach ich über diese Frage mit einem meiner einflußreichen Freunde, und bei dieser Gelegenheit kam ein Gedanke zutage, den ich Ihnen gegenüber erwähnen will, obwohl ich nicht den Auftrag habe, ihn weiterzugeben. Mein Freund sagte dem Sinne nach etwa das Folgende:

Abmachungen zwischen England und uns haben nur einen Wert, wenn gegenseitiges Vertrauen herrscht; sonst glaubt doch ein jeder, daß der andere ihn hintergeht. Beweis: die jetzigen Erörterungen in England über das deutsche Flottenprogramm. Was können nun aber die Engländer von uns fürchten? Die Erzählungen von einer großartigen Invasion sind kaum gut genug für Kinder und können nicht ernst genommen werden. Dagegen liegt es gewiß im Bereich der Möglichkeit, wenn es auch sehr unwahrscheinlich ist, daß Deutschland einmal versuchte, einen Schlag gegen England zu führen, wenn dieses anderweitig mit einem erheblichen Teil seiner Macht engagiert sei; man kann wenigstens verstehen, daß England gegen einen derartigen Fall Schutzmaßregeln trifft. Nun könnte, um die Rüstungen

nicht ins Ungemessene zu steigern, England fragen: „Will sich Deutschland verpflichten, in den und den bestimmten Fällen sich jeden Angriffs auf England zu enthalten?“ Eine solche Anfrage, so meint mein Freund, würde hier eine sympathische Aufnahme finden und könnte zu wichtigen, natürlich gegenseitigen Zusagen führen.

Ich schreibe Ihnen dies, wie bemerkt, ohne Auftrag; mein erwähnter Freund ist auch, obwohl in bedeutender Stellung, doch nicht allein maßgebend. Immerhin erscheint mir die Anregung wichtig genug, um sie Ihnen zu unterbreiten mit der Bitte, mir zu sagen, ob sich Ihrer Ansicht nach damit etwas anfangen ließe. Wäre das Ihre Meinung, so würde ich mich bemühen, den Gedanken weiterzuverfolgen und auszugestalten.

Hoffentlich befinden Sie sich ganz wohl. Ich fürchte, daß ich in diesem Frühjahr nicht nach England kommen werde; da ich manches andere vorhabe; wenn aber etwas vorliegt, was Sie mit mir zu besprechen wünschen, kann ich mich selbstverständlich immer auf einige Tage frei machen.

Verzeihen Sie, bitte, die Länge dieses Briefes und nehmen Sie, verehrter Herr Baron, den Ausdruck meiner aufrichtigen Hochschätzung freundlich entgegen.

Ihr ganz ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

#### Brief an Eyre A. Crowe, London.

Berlin, den 21. Juni 1909.

Mein lieber Eyre!

In Deinem letzten Brief stand etwas, das mich auf ein Wiedersehen mit Dir auf deutschem Boden hoffen ließ. Wie ist's damit? Ich würde mich über ein Zusammentreffen sehr freuen; ich schrieb Dir auch schon, daß Du uns in Kerzendorf sehr willkommen sein würdest. Da möchte ich Dir auf alle Fälle anzeigen, daß ich vom 26. Juli an einer militärischen Übung wegen ausgeschaltet bin; vorher, etwa am 10. Juli, werde ich auf möglichst kurze Zeit nach London gehen, um etwas Geschäftliches zu erledigen, und selbstverständlich würde ich, wenn irgend möglich, den Versuch machen, Dich zu sehen.

Wir stecken hier tief in der Finanzreform — bis über die Ohren —; es wird kaum noch von etwas anderem gesprochen. Die Lage ist heute noch ganz undurchsichtig und das um so mehr, als neben den rein sachlichen



Momenten auch Menschliches, allzu Menschliches mitspricht. Mein Gefühl sagt mir, daß schließlich eine im agrarischen Interesse aufgeputzte Erbschaftssteuer durchgehen wird, weil ich nicht glaube, daß die Konservativen wagen können, eine ganz ablehnende Haltung zu bewahren; dazu sind sie ihrer eigenen Parteifreunde im Lande nicht sicher genug. Ob dann freilich die Liberalen bei der Stange bleiben werden, weiß ich auch nicht; kurz, es ist ein ziemliches Tohuwabohu.

Was bei Euch zulande vorsichgeht, ist für einen Fremden und Fernen schwer zu fassen. Es ist doch nicht möglich, daß ernste Männer an den Unsinn glauben, England sei in Gefahr; sie können uns nicht für so dumm halten, daß wir gegen England anlaufen wollten, um uns den Schädel einzurennen. Man spricht von parteitaktischen Motiven. Das kann ich nicht beurteilen; aber es erschiene mir in hohem Maße leichtfertig, derartig mit dem Feuer zu spielen. Mir kommt es so vor, — nimm mir das nicht übel — als rührte die offenbar vorhandene Unruhe in England daher, daß der Gedanke sich allmählich Bahn bricht, die vielgepriesene Politik der letzten 10 Jahre könne doch nicht der Gipfel der Weisheit gewesen sein. Z. B. in bezug auf Persien. Vor kurzer Zeit sagte mir ein nicht deutscher Kaufmann, der seit vielen Jahren ein Exportgeschäft im Orient betreibt: andere als russische Waren kommen kaum noch nach Persien hinein; England verlore den dortigen Markt allmählich, aber vollständig.

Basta die elende Politik! Gib mir, bitte, Nachricht von den Deinen und Dir. Uns geht es leidlich gut, einschließlich meiner Mutter, die wenigstens körperlich in befriedigendem Zustande ist.

Herzliche Grüße, lieber Eyre, von

Deinem alten Freunde  
P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Schoen, Berlin.**

Berlin, den 2. Juli 1909.

Ew. Exzellenz

wollen gütigst gestatten, daß ich Ihre Aufmerksamkeit auf einen Punkt der zur Erörterung stehenden Finanzreform lenke, der meiner Ansicht nach für Ihr Ressort von großer Wichtigkeit ist, nämlich auf die Absicht, den Stempel auf ausländische Effekten von 0,60 % auf 2 % zu erhöhen.

Es ist Ew. Exzellenz bekannt, daß beim Abschluß von Anleihen mit

auswärtigen Staaten der Wettbewerb in den letzten Jahren an Schärfe immer zugenommen hat, insbesondere haben die deutschen emittierenden Banken mit der englischen und französischen Konkurrenz zu kämpfen. Sind wir in diesen Fällen schon ohnehin dadurch im Nachteil, daß die Kapitalkraft und daher das Anlagebedürfnis in jenen beiden Ländern um ein wesentliches stärker ist als in Deutschland, und daß infolgedessen der landläufige Zinsfuß bei uns höher, also der mögliche Emissionskurs niedriger ist als in den westlichen Ländern, so kommt noch der Umstand hinzu, daß sich die deutschen Börsen von den schweren Schädigungen, die ihnen das Börsengesetz von 1896 zugefügt hat, nicht erholt haben. Paris gegenüber hat sich die deutsche Finanz in den letzten Jahren nur dadurch behaupten können, daß sie um den Betrag von 1,40 % (Differenz zwischen dem französischen und deutschen Stempel auf ausländische Werte) im Vorsprunge war. Verschwindet diese Differenz, so sind wir nach meiner Überzeugung nicht nur im Nachteil, sondern geradezu konkurrenzunfähig gemacht.

Ich will hier nicht des längeren die Ew. Exzellenz wohlbekannten Gründe anführen, aus welchen der Besitz an ausländischen Papieren für den heimischen Markt eine Notwendigkeit darstellt, sondern nur darauf hinweisen, wie eng die Placierung auswärtiger Anleihen in Deutschland mit dem Hereinbringen von Bestellungen für unsere Industrie verknüpft ist, welche letztere nach ihrem ganzen Aufbau auf fremde Aufträge nicht verzichten kann. Wird die Erhöhung des Stempels auf ausländische Renten auf 2 % zur Tatsache, so wäre die Folge eine vielleicht nicht wieder einbringliche Schädigung der deutschen Industrie, und zwar ohne daß ein Äquivalent durch hohe Einnahmen für den Reichsfiskus zu erwarten wäre; denn, wenn keine neuen ausländischen Staatsgeschäfte deutscherseits abgeschlossen werden können, so sind auch keine Stempелеingänge zu erwarten. Auch würden alle die Beträge in Fortfall kommen, welche dem Reichssäckel jetzt noch durch die sogenannten Arbitragegeschäfte zufließen, die künftig natürlich ganz unmöglich sein würden.

Es liegt ferner auf der Hand, daß in dem Augenblick, in welchem die Finanzkraft Deutschlands dem Auslande gegenüber in solcher Weise geschädigt würde, auch das deutsche Ansehen im Auslande nicht ungeschmälert davonkommen kann. Ich glaube daher, daß ein wirkliches Interesse dafür vorliegt, daß das Auswärtige Amt gegen die geplante Maßregel seine Stimme erhebt.

In der Hoffnung, daß Ew. Exzellenz diese Worte gütig aufnehmen werden, verbleibe ich mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung

Ew. Exzellenz ganz ergebenster P a u l S c h w a b a c h.

## Brief an Eyre A. Crowe, London.

Berlin, den 7. Juli 1909.

Mein lieber Eyre!

Ich erhalte soeben Deine freundlichen Zeilen vom gestrigen Tage und bedaure sehr lebhaft, ihnen zu entnehmen, daß Du so ernsthaften Grund hast, Dich über Deine Gesundheit zu beklagen. Ich kann mir vorstellen, daß es einem so tätigen Manne wie Dir außerordentlich schwer wird, die Augen zu schonen und Dich während einer wohlverdienten Ferienzeit nicht durch Lektüre beschäftigen zu können. Du hast zwar im Anfange Deines Briefes gesagt, Du würdest nur wenige Worte schreiben, hast Dich aber doch zu einer längeren Epistel hinreißen lassen, die ich mit Interesse gelesen habe, aber mit der Befürchtung, daß Du Dich ermüdet hast. Hoffentlich ist es nicht der Fall.

Ich habe die Absicht, morgen abend nach London zu gehen. Leider werde ich Dich also dort nicht treffen. Da ich Ende Juli zu einer zweimonatigen militärischen Übung abgehe, ist die Aussicht, Dich zu sehen, in weitere Ferne gerückt, und auch meine Korrespondenz wird voraussichtlich zu leiden haben. Daher will ich auf den wesentlichen Inhalt Deines Briefes noch mit ein paar Worten zurückkommen.

Deine Argumentation kommt etwa auf folgendes hinaus. Englands Überlegenheit zur See war in den Jahren 1815—1890 vollkommen unbestritten und hat doch für niemanden eine Drohung bedeutet.

Das ist, wenn auch mit einigen Einschränkungen, richtig. Unrichtig ist es aber m. E., wenn Du daraus schließt oder zu schließen scheinst, daß es auch in alle Zukunft so bleiben müßte. Bis in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts hat es mit Ausnahme von England ein im großen Stile handel-treibendes und gleichzeitig eigene industrielle Produkte ausführendes Land nicht gegeben. Das hat sich gründlich geändert. Obwohl diese Ansicht nur bei wenigen bestehen mag, hat sie sich doch bei mir zur festen Überzeugung ausgebildet, daß, so wechselnd auch die augenblicklichen Anlässe zu Verstimmungen zwischen England und Deutschland gewesen sind, im Grunde der Wettbewerb auf dem kommerziellen und industriellen Gebiet den Gegensatz hervorrief. England hat noch vor einigen Jahrzehnten seine Flotte dazu benutzt, um seinen Handel, insbesondere außerhalb Europas, zu schützen und auszudehnen, seine Kolonien gegen fremde Angriffe zu verteidigen und unter Umständen auch in Europa ein gewichtiges Wort in die Wagschale werfen zu können. Einen Konkurrenten zu bekämpfen, hatte es keinen Anlaß, denn es gab keinen.



Heute sind voraussichtlich die Kolonien vor einem Angriffe sicher. Es sind aber Handelskonkurrenten aufgetreten, und zwar drei an der Zahl: Nordamerika, Deutschland und Japan.

Amerika, vielleicht der gefährlichste, scheidet in den öffentlichen Erörterungen aus, weil man sich in England mit der Tatsache abgefunden hat, daß gegen dieses Land nicht viel zu unternehmen ist, und die Nachbarschaft von Kanada eine gewisse Gefahr für England bedeutet.

Die japanische Gefahr ist lokalisiert, und das Verhältnis der beiden Länder ist in besonderer Weise geregelt.

Bleibt Deutschland übrig, das, wie männiglich bekannt, gegen den englischen Handel eine sehr scharfe Konkurrenz unternommen hat, und zwar auf annähernd allen Märkten der Erde. Wenn auch niemand bestreiten wird, daß die Deutschen durchaus berechtigt sind, Waren herzustellen und dort zu verkaufen, wo man sie ihnen abnimmt, so ist es doch kein Wunder, wenn die alteingesessenen englischen Kaufleute die Gefahr, die ihrem Erwerbe droht, unliebsam empfinden, und wenn sich deren Mißstimmung in ihrem Heimatlande verbreitet und häufig recht bedenkliche Formen annimmt.

Ob sich nun England jemals dazu hinreißen lassen wird, einen unbequemen Konkurrenten dadurch unschädlich zu machen, daß es ihn mit seiner überragenden Flotte niederrennt, weiß ich nicht und halte es selbst nicht für wahrscheinlich. Tatsache aber ist, daß es in England nicht wenige, und zwar einflußreiche Personen gibt, welche einer solchen Politik das Wort reden. Da würde Deutschland seine wesentlichsten Lebensinteressen gefährden, wenn es nicht auf der Hut wäre und sich eine solche Flotte anschaffte, die ihm die Verteidigung seiner Küsten gestattet. Ich glaube, Dir schon früher einmal gesagt zu haben, daß ich kein Urteil darüber habe, eine wie große Menge von Schiffen und sonstigen Ausrüstungen dazu gehört, und daß ich sogar das Gefühl habe, man sei zeitweilig etwas weit gegangen. Das ändert aber schließlich nicht die Grundfrage. Für die Beurteilung der ganzen Frage ist es durchaus nicht gleichgültig, den Zeitpunkt festzustellen, an welchem in Deinem Vaterlande die Aufregung akut geworden und sich bis zu einer offensichtlichen Nervosität gesteigert hat. Das war nicht der Fall, als das deutsche Flottenprogramm bekannt wurde, sondern wesentlich später, und zwar, wie ich glaube, aus zwei Gründen:

1. England war zum Dreadnought-Typus übergegangen, und begreiflicherweise ist ihm Deutschland gefolgt, was man hätte voraussehen sollen, anscheinend aber nicht vorausgesehen hat. Ich habe aus Deinem und Deines

Freundes Tyrell Munde selbst gehört, daß einsichtige Leute in England den Bau von Dreadnought-Schiffen als einen Fehler beklagen, worüber ich mir kein Urteil erlauben darf.

2. Seit etwa dem Jahre 1901 hat England eine Politik von ententes cordiales begonnen, als deren Träger mit Recht oder Unrecht König Eduard gilt. Man hat, wie ich glaube, die Erfolge dieser Politik überschätzt, und zwar überall und nicht zuletzt in Deutschland, wo die eigene auswärtige Politik den schärfsten Kritiken ausgesetzt gewesen war; auch hier hat es an Übertreibungen nicht gefehlt. Das wichtigste Ereignis der letzten Jahre war aber die türkische Revolution vom Juli 1908 mit ihren Folgen. Man kann wohl nicht bestreiten, daß sich die Ereignisse anders abgespielt haben, als man es an der Themse und an der Newa gewünscht hätte. Da haben sich gewiß viele gesagt, daß das System von ententes cordiales oder Bündnissen, kurz, daß der rein diplomatische Aufbau nicht genüge, um das Wünschenswerte durchzusetzen, und daß sehr materielle Machtmittel in den Vordergrund zu schieben seien. Alles dies hat den Schutzzöllnern und den Anhängern der allgemeinen Wehrpflicht ihre Aufgabe, die Stimmung im Lande aufzuregen, erleichtert.

Was ich mir für die Zukunft wünsche, stimmt mit Deinen Hoffnungen überein. Ich bin überzeugt, daß Deine Landsleute sich beruhigen werden, wenn erst eine solche Anzahl von Schiffen im Bau begriffen oder fertiggestellt ist, daß niemand auch mit dem bösesten Willen ihnen mehr einreden kann, daß ihr Reich in Gefahr sei. Da, wie Du richtig sagst, beide großen Parteien sich grundsätzlich wenigstens einig sind, so dürfte es auch bald soweit sein. Ich glaube, daß dies das geeignete Mittel ist, weil ich, wie schon oben gesagt, an wirklich kriegerische Absichten Englands nicht glaube. Daß dabei hüben und drüben viel Geld verbraucht wird, ist ein bedauerlicher Nebenumstand, den man wohl oder übel in Kauf nehmen muß.

Du würdest gewiß gern von mir hören, wie der nächste Reichskanzler heißen wird, und ich würde es Dir ebenso gern mitteilen, wenn ich es auch nur ahnte. Mein persönlicher Kandidat wäre Herr von Marschall; aber ich fürchte, daß seine Ernennung nicht in Frage kommen kann. Am meisten Aussicht soll Herr von Bethmann haben, der zweifellos außer seinen großen liebenswürdigen Eigenschaften sehr viel Geist und Verstand besitzt. Nur würde ich nicht davon überzeugt sein, daß er mit der nötigen Festigkeit würde auftreten können. In Dingen der auswärtigen Politik ist er ganz unerfahren, und es würde dann die große Frage entstehen, wer das Auswärtige Amt übernehmen soll; auch darüber gibt es nur Vermutungen.

Herr von Schoen dürfte jedenfalls noch einige Zeit auf seinem jetzigen Posten bleiben, um ihn in absehbarer Zeit mit der Pariser Botschaft zu vertauschen, so schwer es auch Herrn Radolin werden mag, sich in das Privatleben zurückzuziehen.

Empfehl mich bitte Deiner Gattin auf das angelegentlichste, sowie auch Deiner Frau Schwester, die, wie ich zu meinem Leidwesen höre, in Sorgen um ihren Mann ist.

Mit vielen freundlichen Grüßen

Dein alter Freund  
P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an den Vortragenden Rat im Auswärt. Amt Freiherrn v. Griesinger, Berlin.**

Berlin, den 27. September 1909.

Sehr verehrter Herr von Griesinger!

... Ich habe keinen Zweifel, daß Sir Ernest Cassel weniger aus eigenem Antriebe, als um der englischen Regierung gefällig zu sein, die Anleiheverhandlungen\* führt. Ich schließe das daraus, daß er mir gegenüber gelegentlich des Zustandekommens des deutsch-englisch-französischen Vorschusses selbst die Äußerung tat, er hätte sich nicht gern dabei beteiligt; aber schließlich hätte es ja irgend jemand tun müssen. Das heißt zu deutsch: er hat sich an dem Vorschuß beteiligt, weil er aus politischen Gründen von der englischen Regierung dazu bewogen worden ist, während die anderen Londoner Finanziere sich spröde verhielten. Es ist in der City bekannt, daß bei der vor ungefähr einem Jahre abgeschlossenen Anleihe das Haus Rothschild der Ottoman-Bank eine Unterbeteiligung abgelehnt hat. — Ich weiß ferner, daß Sir Ernest Cassel, als er vor ein paar Monaten zum ersten Male in Konstantinopel gewelt hatte, mit ungünstigen Eindrücken über die Zuverlässigkeit der türkischen Finanzlage heimgekehrt ist. Man kann also unbedenklich annehmen, daß der jetzigen Aktion in der Hauptsache politische Motive zugrunde liegen, und das um so mehr, als das englische Publikum schwerlich für die Anleihe sehr begeistert sein kann, da auch in London bekannt ist, daß die anderen türkischen Anleihen durch Sicherstellungen verschiedener Art bessere Bürgschaften bieten. Freilich haben

---

\* betr. die Türkei.

v. Schwabach, Aus meinen Akten.



Engländer nicht nur in politischen, sondern sogar in finanziellen Dingen eine Art von Sentimentalität, die hierzulande oft unterschätzt wird und die vielleicht in den Vordergrund tritt, wenn es sich um ein angeblich neuerdings befreites Volk handelt.

Ich wäre nicht erstaunt, wenn die englische Regierung mit voller Gelassenheit auch der Möglichkeit entgegensieht, daß die geplante Anleihe notleidend werden könnte, in der Voraussicht, daß sich dann eine willkommene Handhabe für politische Eingriffe bieten könnte. Ich habe schon vor einem Jahre in Konstantinopel aus Gesprächen mit Türken und mit Engländern den Eindruck gewonnen, daß es von London aus hauptsächlich auf Mesopotamien abgesehen ist, und daß es den Engländern dunkel vorschwebt, man könnte an der Mündung des Euphrat dasselbe wiederholen, was mit so vielem Erfolge an der Mündung des Nil durchgeführt worden ist, ein Gedankengang, der eine Erklärung mehr für die Haltung der englischen Regierung in der Bagdadbahnfrage abgäbe.

Etwa am 15. Oktober findet in Konstantinopel eine Sitzung statt, zu der ich aller Wahrscheinlichkeit nach hinreisen werde. Ich gedenke vorher noch den Versuch zu machen, Ihnen im Amte meine Aufwartung zu machen. —

Mit dem Ausdrücke meiner vorzüglichsten Hochachtung verbleibe ich

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

### Briefe an Eyre A. Crowe, London.

I.

Berlin, den 2. Oktober 1909.

Mein lieber Eyre!

. . . In etwa acht Tagen mache ich mich auf den Weg nach Konstantinopel. Obwohl es mir aus mancherlei Gründen nicht bequem ist, jetzt Berlin zu verlassen, freue ich mich doch darauf, wieder einmal nach diesem Platze zu kommen, der jetzt interessanter ist als je. Gerade für den, der die Türkei unter dem alten Regime gekannt hat, ist es schwer, sich in die neuen Gedankengänge einzuleben und festen Boden unter den Füßen zu behalten.

Es wird Dir bekannt sein, daß sich die Verhandlungen über die neue Anleihe zu einem Wettkampfe zwischen der englischen und der fran-

zösischen Gruppe ausgestaltet haben. Rein geschäftlich gesprochen, sind mir solche Vorgänge immer bedauerlich, weil der nächste Erfolg darin besteht, daß Kampfgebote abgegeben und den Geldsuchern unvernünftig hohe Preise bezahlt werden. Das ist um so unrichtiger in diesem Augenblick, in welchem die jungtürkische Regierung teils aus wirklich vorhandenem Übermut, teils um sich in richtige Positur zu setzen, gar zu anspruchsvoll auftritt.

Vor allen Dingen würde ich es für beklagenswert halten, wenn man die Türken in ihrem Streben bestärkte, die Stellung der Dette Publique zu erschüttern. Daß das Institut in der Vergangenheit dem Lande die wichtigsten Dienste geleistet hat, setze ich außer Rechnung; denn Völker kennen keine Dankbarkeit. Was die Zukunft bringen wird, steht dahin. Aber in der Gegenwart halte ich eine europäische Kontrolle für ganz unentbehrlich, um den Kredit des Landes zu halten, bis der Beweis erbracht ist, daß die neue Ordnung der Dinge nicht nur in formeller Beziehung Bestand hat, sondern auch dazu angetan ist, unter Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen eine angemessene Finanzgebarung zu gewährleisten. Das sollte keine westliche Regierung vergessen über dem Bestreben, augenblickliche politische Erfolge einzuheimsen.

Mit vielen freundlichen Grüßen

Dein alter Freund  
P a u l S c h w a b a c h.

II.

Berlin, den 10. Januar 1910.

Mein lieber Eyre!

Ich danke Dir bestens für Deinen letzten freundlichen Brief. . . . Der Zweck dieser Zeilen ist, einem fast ausdrücklich von Dir geäußerten Wunsche entgegen, noch einmal auf die Angelegenheit der Bagdad-Eisenbahn zurückzukommen.

Es ist immer an sich schwer zu behaupten, daß ein großes Unternehmen in einem Lande, wie es die Türkei ist, des politischen Charakters entbehre. Schon seine Entstehung auf Grund einer Konzession, welche die türkische Regierung zu verleihen hat, ist politisch. Die Mittel, welche zu dem Bau der Eisenbahn erforderlich sind, müssen beschafft werden durch Verhandlungen nicht nur mit der türkischen Regierung allein, sondern es haben

auch die europäischen Kabinette gelegentlich ihr Wort dabei mitzusprechen. Wenn Du sagst, daß Cassel angewiesen worden sei, lediglich vom geschäftlichen Standpunkt aus zu verhandeln, so ist schon dieses Negativum beinahe politischer Natur. Ich glaube, Dich aber bestimmt versichern zu können, daß er bei seinem hiesigen Aufenthalt über die Frage der Bagdadbahn in irgend eingehender Weise nur mit den Direktoren der Deutschen Bank verhandelt hat, und daß die deutsche Regierung mit Absicht im Hintergrunde geblieben ist. Man ist hier der Meinung, daß in der Tat die ganze Angelegenheit, soweit wie möglich, von den in Frage kommenden Finanzinstituten bearbeitet werden solle, und daß vor allen Dingen die am meisten interessierte türkische Regierung Stellung zu nehmen hat. Ist aber wirklich ein politisches Moment in die Sache hineingetragen worden, so ist es nicht nötig, dafür die deutsche Regierung verantwortlich zu machen; es würden vielmehr die folgenden Daten zu einer Erklärung ausreichen.

Einmal ist, wie ich schon neulich schrieb, Sir Francis Bertie in amtlicher Eigenschaft zu M. Pichon\* gegangen, um ihm mitzuteilen, daß Ernest Cassel nach Berlin führe, um mit den Deutschen eine Einigung über die Bagdadbahn zu versuchen. Der hiesige französische Botschafter ist gleich nach Cassels Ankunft in einiger Aufregung zu seinem englischen Kollegen gekommen, um Einzelheiten zu erfahren, und hat sich den Besuch Cassels ausgeben. Ferner und vor allen Dingen hat noch im Oktober 1909 der englische Botschafter in Konstantinopel die Erklärung abgegeben, er würde einer Zollerhöhung nur dann zustimmen, wenn deren Erträge nicht für die Zwecke des Bagdadbahnbaues Verwendung fänden.

Ich nehme an, daß Dir diese Dinge so gut bekannt sind wie mir; jedenfalls kann ich mich für deren Richtigkeit verbürgen.

Wenn Du sagst, daß in dem jetzt tobenden Wahlstreit Dir beide Parteien so unsympathisch sind, daß Du Dich der Stimmenabgabe überhaupt enthalten willst, so ist das ein Gefühl, das ich sehr wohl kenne. Gerade in diesem Falle sollte es mich nicht wundernehmen, wenn viele Deiner Landsleute ähnlich denken und danach handeln. Ich fürchte, daß ich über den wirklichen Gang der Dinge durch die deutsche Presse, die ich natürlich fast ausschließlich lese, schlecht unterrichtet bin; denn aus den Argumenten der konservativen Wahlredner höre ich wenig anderes als die Flottenfrage und die damit zusammenhängende Gegnerschaft gegen Deutschland heraus; es

---

\* französischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.



ist aber kaum anzunehmen, daß in den konservativen Reden der Aufbau des Budgets nicht eine wesentliche Rolle spielen sollte.

Wir erwarten hier für die nächste Zeit beträchtliche Aufregung wegen der preußischen Wahlreform. In der Theorie ist das allgemeine Stimmrecht gewiß sehr schön; aber in der Praxis sieht die Sache mitunter anders aus. Eines ist mir nur unverständlich, daß nämlich die Regierung die geheime Wahl nicht zugestehen will; denn es ist für mich kaum zweifelhaft, daß eine sehr große Anzahl von Wählern sozialdemokratische Stimmen abgibt unter dem Drucke der recht terroristisch vorgehenden Kameraden, wie sich auch die Sozialdemokraten durchaus nicht scheuen, kleinen Handeltreibenden, Gastwirten usw. gegenüber die Waffe des Boykotts zu verwenden, wenn die Leute nicht sozialdemokratisch stimmen.

Im Reichstag wird auch bei uns voraussichtlich das Flottenprogramm Gegenstand lebhafter Erörterungen sein. Nach allem, was ich höre, ist die Stimmung auch in konservativen Kreisen eine derartige, daß uferlose Vergrößerungspläne, selbst wenn sie im Schoße der Regierung bestehen sollten, keine Aussicht auf Annahme hätten.

Die Freude, Dich wiederzusehen, wird mir voraussichtlich so bald doch nicht werden; denn aus Gesundheitsrücksichten habe ich die geplante Reise nach Amerika aufgeben müssen oder wenigstens auf einige Zeit verschieben müssen.

Meine Frau und ich grüßen Mrs. Crowe und Dich auf das herzlichste, und ich bin, lieber Eyre,

Dein alter Freund

P a u l S c h w a b a c h.

### III.

Berlin, den 26. Januar 1910.

Mein lieber Eyre!

Für Deine freundlichen Zeilen vom 14. d. M. sage ich Dir meinen besten Dank.

Nur ein Wort über den Schlußpassus dieses Briefes! Du sagst, daß die deutsche Regierung politische Kompensationen für den Fall verlangt hätte, daß — um es kurz zu sagen — Cassel und Gwinner sich über die Bagdadbahn verständigen.

Das ist in gewissem Sinne richtig, gibt aber m. E. die hiesige Auffassung der Dinge noch nicht genau wieder. Nach meiner Kenntnis der Sachlage verhält es sich folgendermaßen:

Die hiesige Regierung hat erklärt — und ich glaube, auch Cassel gegenüber —, daß die Geschäftsleute miteinander verhandeln und versuchen möchten, etwas Praktisches zuwege zu bringen. Die Regierung aber, welche bekanntlich bei Erlangung der Konzessionen mitgewirkt hat, behält sich eine spätere Stellungnahme zu etwaigen Abmachungen vor. Die Konzession für die ganze Strecke ist an Deutsche verliehen. Wenn nun viele Jahre später ein Teil der Konzession an Engländer abgetreten wird, so ist in dieser bloßen Tatsache ein Entgegenkommen deutscherseits zu erblicken. Mit der Frage der Bagdadbahn hängen aber organisch eine Anzahl von anderen Fragen zusammen, und es kann — so ist die hiesige Auffassung — nicht wohl erwartet werden, daß aus diesem Bukett von zweifelhaften Punkten ein einziger herausgegriffen und im englischen Sinne entschieden wird.

Mir scheint dieser Standpunkt einwandfrei, um so mehr als kein Grund vorliegt anzunehmen, daß, wenn man sich über einen Punkt verständigt, es nicht auch bei den anderen gelingen sollte. In der Tat glaube ich zu wissen, daß diesseits der Wunsch nach einer Gelegenheit besteht, möglichst viele Differenzen aus der Welt zu schaffen, welche noch zwischen beiden Ländern vorhanden sind, in der hoffentlich nicht allzu kühnen Erwartung, daß eine solche Regelung auch im weiteren Sinne Nutzen stiften kann.

Deine Prophezeiungen, betreffend die englischen Wahlen, scheinen sich zu bewahrheiten. Ob nun die jetzige Regierung ein paar Stimmen mehr oder weniger schließlich auf sich vereinigt, so scheint es doch darauf hinauszukommen, daß ohne die Arbeiterpartei und gar ohne die Iren praktische Arbeit nicht zu leisten sein wird.

Auch darin wirst Du unzweifelhaft recht haben, daß ein zweiter Wahlkampf nicht lange auf sich warten lassen wird. Das Element der Unsicherheit und Unruhe, das dadurch entstehen muß, wird in und außerhalb Englands unliebsam empfunden werden.

Mit vielen freundlichen Grüßen

Dein alter Freund  
P a u l S c h w a b a c h.

---

**Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.****I.**

Berlin, den 29. Januar 1910.

Mein sehr verehrter Herr Baron!

Ich erhielt heute früh Ihren liebenswürdigen Brief und die beiden Abdrücke Ihres Schreibens an den „Daily Telegraph“, das ich allerdings erst durch Ihre gütige Zusendung kennen lerne.

Die Parteikämpfe haben sich in den letzten Jahren in allen Ländern so sehr auf Fragen wirtschaftlicher Natur konzentriert, und es hat sich dabei die überwiegende Mehrheit so daran gewöhnt, ausschließlich an den eigenen Geldbeutel zu denken, daß es mir eine lebhaftere Freude bereitet hat, Ihre Niederschrift zu lesen, aus welcher jeder erkennen kann, daß der Verfasser mit einem klaren Blick für das große Ganze begabt und von reiner Vaterlandsliebe beseelt ist. Der Appell, den Sie und die Ihnen Gleichgesinnten an die Engländer haben ergehen lassen, ist, wie der bisherige Gang des Wahlkampfes zeigt, nicht ganz vergeblich, aber auch nicht von vollem Erfolge begleitet gewesen.

Sie fragen mich insbesondere, was ich über den Abschnitt denke, den Sie Deutschland gewidmet haben. Ich meine, daß er vortrefflich ist, und daß Sie mit Recht darauf hinweisen, daß der Kaiser unmöglich kriegerische Gelüste haben kann, wenn er in 22 Jahren seiner Regierung und mit einer so großen Macht ausgestattet, bisher noch jeden kriegerischen Zusammenstoß vermieden hat. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß Gelegenheiten genug dazu vorhanden gewesen wären, hätte man sie aufgesucht.

Angesichts des Charakters Ihrer Niederschrift war es, glaube ich, auch durchaus richtig, daß Sie die Frage offen gelassen haben, ob die deutsche Flotte für Verteidigungs- oder für Angriffszwecke gebaut worden sei; denn Sie mußten naturgemäß auf die Stimmung Ihrer Leser Rücksicht nehmen, und ein Wahlmanifest ist nicht ein ruhiger politischer Aufsatz. Tatsächlich hätten Sie sagen können, daß die deutsche Flotte lediglich Verteidigungszwecken dienen soll. Wir wünschen, niemanden anzugreifen, und am allerwenigsten England. Für diese Richtung genügt der eine Grund: wir wären dazu nicht stark genug und werden es vermutlich niemals sein. Es ist aber selbstverständlich, daß, wenn überhaupt eine Flotte gebaut wird, sie eine



Waffe bilden muß, welche auch gelegentlich zu einem Offensivstoß gebraucht werden kann. Ich meine damit, daß unsere Flotte deutschen Absichten gemäß nur in einem Verteidigungskriege zur Verwendung kommen soll — denn andere wünschen wir nicht zu führen —, dann aber natürlich auch unter Umständen zu einem Angriff handlich sein muß; denn in keinem Kriege, weder zu Wasser noch zu Lande, kann man auf den geringsten Erfolg rechnen, wenn man streng und strikt von jedem Angriff absieht.

Ganz vertraulich möchte ich Ihnen das Folgende erzählen, was ich zwar nicht selbst gehört habe, aber aus durchaus einwandfreier Quelle weiß. Vor etwa einer Woche hatte der Kaiser eine Anzahl von hohen Offizieren bei sich und sprach über die englischen Wahlen. Se. Majestät äußerte die Ansicht, daß für die deutsch-englischen Beziehungen der Sieg der konservativen Partei größeren Vorteil bieten würde. Der Kaiser glaubt nicht, daß eine aggressive Politik von einem Kabinett Balfour zu erwarten sein würde, ist vielmehr der Meinung, daß auch die englische Nation im ganzen ruhiger und besonnener denken würde, wenn sie erst fest davon überzeugt sein wird, daß für ihre Flotte alles nur irgend Wünschenswerte geschieht. Das enthält natürlich keine Kritik der liberalen Flottenpolitik; denn in diesen wie in manchen ähnlichen Fällen kommt es erst in zweiter Reihe auf Tatsachen und in erster Reihe auf Ansichten an. Im weiteren Verlaufe der Unterhaltung hat der Kaiser auf Befragen ausdrücklich erklärt, daß er sich den Fall eines deutsch-englischen Krieges überhaupt nicht denken könnte. — Ich darf bitten, diese Mitteilungen als nur für Sie bestimmt zu betrachten; denn ich habe kein Recht, die oben mitgeteilten Äußerungen zu verbreiten.

Was Sie in Ihrem Briefe an den „Daily Telegraph“ über rein englische Angelegenheiten sagen, entzieht sich zum großen Teil meiner Beurteilung.

Am schwierigsten zu behandeln ist dabei unzweifelhaft die Frage der Tarifreform. Ich besitze eine stark freihändlerische Ader und würde wünschen, daß sich auch Deutschland von der ausgesprochenen Schutzzollpolitik allmählich freimacht. Ich sage allmählich; denn es ist natürlich ganz unmöglich, plötzlich alle oder auch nur die wesentlichsten Zölle aufheben zu wollen. Daß einzelne englische Industrien aus einem Schutzzolle Vorteil ziehen würden, ist unbestreitbar; ich wage aber nicht zu entscheiden, ob nicht auf der anderen Seite der Handel, zu welchem ich das Bankgewerbe zähle, erheblichen Schaden leiden würde, der Handel, auf dem in der Vergangenheit Englands Größe entschiedener geruht hat als auf der Industrie. Aber ich würde die Einführung eines Tarifes vom deutschen Standpunkt aus

ohne erhebliche Sorge ansehen. Es ist ja möglich, daß vorübergehend unangenehme Augenblicke eintreten; aber England und Deutschland sind gegenseitig ihre besten Kunden, und, wenn man sich auch nur einigermaßen auf menschliche Vernunft verlassen kann, muß man annehmen, daß die beiden Länder einen Handelsvertrag schließen werden, der ihren gegenseitigen Interessen entspricht. Sollte die von Ihnen besonders aufgeführte Maßregel eines Ausfuhrzolles auf Kohlen zur Tatsache werden, so würde damit sehr vielen Leuten in diesem Lande ein großer Dienst erwiesen, insbesondere auch den mich persönlich sehr interessierenden ober-schlesischen Kohlenwerken, die aus geographischen Gründen fast kein Ausfuhrgebiet haben und an der ganzen baltischen Küste den Wettbewerb der englischen Kohle nicht wirksam bekämpfen können. —

Ich danke Ihnen nochmals für die Übersendung Ihrer Ausarbeitung und verbleibe mit angelegentlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

II.

Berlin, den 9. Februar 1910.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich telegraphierte Ihnen gestern, wie folgt:

„Nachdem bis vor einigen Tagen über die Zustände auf dem Balkan Besorgnis herrschte, sind meine Freunde jetzt überzeugt davon, daß die Ruhe gewahrt werden wird, sowohl nach der bulgarischen als auch nach der griechischen Seite.“

In der Tat war man hier eine Zeitlang recht besorgt über die Zustände auf der Balkanhalbinsel und fürchtete, daß im Frühjahr sehr leicht ein kriegerischer Konflikt entstehen könnte. Einmal konnte man wegen der mazedonischen Frage einen Zusammenstoß zwischen der Türkei und Bulgarien befürchten, andererseits einen solchen zwischen der Türkei und Griechenland für den Fall, daß kretische Abgeordnete in das Athener Parlament einträten. Die Bulgaren haben, nachdem anscheinend alle Mächte friedliche Ratschläge erteilt haben, den Gedanken an einen Krieg aufgegeben, der von der Türkei wahrscheinlich nicht gewünscht wird. Etwas schwieriger lag die Frage mit Griechenland, wo die Zustände außerordentlich verworren sind, so daß — wie eine populäre deutsche Redensart lautet — niemand weiß, wer Koch oder Kellner ist. Der jüngste Schritt der

puissances protectrices, welche bestimmt erklärt haben, daß sie den Eintritt der kretischen Abgeordneten in Athen nicht zulassen würden, ist sicherlich eine sehr weise Maßregel gewesen und durchaus vorteilhaft für die Erhaltung des Friedens; denn so, wie sich die Sachlage nun darstellt, werden die Griechen gewiß nicht mit den Türken anbinden. Andererseits bestand die Gefahr, daß die Türken, um der unleugbar vorhandenen inneren Schwierigkeiten Herr zu werden, gern eine Diversion nach außen unternommen hätten. Auch derartigen Velleitäten ist nun wohl ein Riegel vorgeschoben. — So ungefähr ist die Auffassung in den hiesigen amtlichen Kreisen. —

In diesem Zusammenhang interessiert es Sie vielleicht, daß schon vor einer Reihe von Monaten und dann wieder in jüngster Zeit der Wunsch an meine Firma herangetreten ist, eine größere griechische Anleihe zu kontrahieren. Ich habe es aus naheliegenden Gründen für richtig gehalten, auch den Eintritt in Verhandlungen abzulehnen. Einmal flößen die Zustände in Griechenland bisher sehr wenig Vertrauen ein, so daß ich nicht wünschen würde, daß meine Firma dem Publikum griechische Papiere anbietet, auch nicht für den Fall, daß sich die athenische Regierung entschlösse, Unterpfänder zu geben. Dann aber bin ich auch davon überzeugt, daß sich das Publikum bei einer Zeichnung außerordentlich zurückhaltend zeigen würde.

Ich bestätige noch meinen letzten Brief vom 29. Januar. Ich habe inzwischen, Ihr Einverständnis erhoffend, die mir seinerzeit übersandte Ausarbeitung meinen Freunden gezeigt, die mit sehr beifälligem Interesse Kenntnis davon genommen haben.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

### III.

Berlin, den 14. März 1910.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich bin gestern von meinem kleinen Ausflug zurückgekehrt und habe unterwegs Gelegenheit genommen, S. M. dem Kaiser Ihre Empfehlungen auszurichten und ihm den Inhalt Ihres jüngsten liebenswürdigen Briefes sowie Ihrer Druckschrift bekanntzugeben. Der Kaiser hat von allem mit großem Interesse Kenntnis genommen, läßt Ihnen vielmals danken und hat mich beauftragt, Ihnen sehr herzliche Grüße zu sagen. Wie mir S. M. sagte,



hat er seit langer Zeit das Vergnügen, Sie zu kennen, er weiß, ein wie guter Freund Deutschlands Sie sind und hob auch hervor, daß Sie auch ihm persönlich bei verschiedenen Gelegenheiten gefällig und freundschaftlich gewesen sind.

An Bord des Schiffes, auf dem unsere Reise stattfand, war auch Prinz Heinrich, dem ich gleichfalls erzählte, wie ungern Sie aus Gesundheitsrücksichten darauf hätten verzichten müssen, ihm aufzuwarten. Auch dieser Herr äußerte sich sehr liebenswürdig und sagte, es hätte ihm sehr leid getan, Sie nicht zu sehen.

In einem anderen ziemlich ausführlichen Gespräch erzählte der Prinz viel von seinem letzten Aufenthalt in England, über den er außerordentlich befriedigt war; insbesondere hätte es ihn gefreut, daß gelegentlich der Parlamentseröffnung der Mover der Anwesenheit von Prinz und Prinzessin Heinrich als eines erfreulichen Ereignisses Erwähnung getan hätte. Er hat aus einer Reihe von Unterhaltungen mit hervorragenden Engländern und aus der ganzen Art, wie er aufgenommen ist, den Eindruck mit nach Haus gebracht, daß sich die Stimmung in Ihrem Lande erheblich gebessert habe.

Wir sind hier noch immer in Spannung über das Schicksal der preußischen Wahlrechtsvorlage, von der niemand voraussieht, wie sie sich schließlich gestalten wird. Viel Aufregung und Ärger steht jedenfalls noch bevor.

Die Börse wechselt täglich ihr Gesicht. Die Nachrichten aus den Industriebezirken sowie die aus Amerika sind so schwankend, daß sich eine ausgeprägte Tendenz nicht recht etablieren will; jedoch habe ich das Gefühl, daß die Stimmung im großen ganzen eine feste ist. —

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an Eyre A. Crowe, London.**

Berlin, den 20. Mai 1910.

Mein lieber Eyre!

... Deine Ausführungen über die Tätigkeit des verstorbenen Königs haben mich begreiflicherweise lebhaft interessiert. Bei Deiner genauen Kenntnis des Betriebes der auswärtigen Politik haben sie selbstverständlich erheblichen Wert. Ich zweifle also nicht daran, daß die Maschine so gearbeitet hat, wie Du es schilderst. Trotzdem könnte es sein, daß Du die Wirksamkeit des Königs Eduard zu gering einschätztest.

Es ist ja vollkommen klar, daß der König, dem alle Welt einen großen persönlichen Takt und viel Lebensklugheit zuerkannt hat, viel zu klug gewesen ist, um eine Regierungsweise auch nur zu versuchen, welche mit Buchstaben und Geist der Verfassung oder mit den Ansichten und Wünschen der Nation im Widerspruch gewesen wäre. Ein solcher Versuch wäre höchstwahrscheinlich ohne weiteres mißglückt und hätte für den Fall eines Gelingens dem König die Popularität gekostet und einen scharfen Rückschlag nach der demokratischen Seite hin nach sich ziehen müssen. Trotz alledem kann einem gewandten, vorsichtigen und zielbewußten Herrscher noch ein erhebliches Feld der Tätigkeit vorbehalten bleiben. Es ist durchaus nichts Seltenes in der Geschichte, daß Personen auf die Geschicke der Staaten großen Einfluß ausgeübt haben, die in keiner Weise durch Recht oder Überlieferung dazu befugt waren. Man braucht da nur an die verschiedenen Ehefrauen und Maitressen zu denken oder an Minister oder an Gruppen von Politikern in streng monarchisch regierten Ländern. Jedermann weiß, daß zu gewissen Zeiten Katkoff und die um ihn die auswärtige Politik Rußlands so stark beeinflußt haben, daß sich auch der Zar gegen seinen Wunsch hat fügen müssen.

Wenn es also auch der Form nach unzweifelhaft ist, daß das englische Kabinett vor wie nach 1901 durch die verfassungsmäßigen Organe die auswärtige Politik Englands geleitet hat, so bleibt noch die Möglichkeit offen, daß der König in zweierlei Weise mitgewirkt hat: erstens dadurch, daß er den Ministern seine eigene Gedankenrichtung und seine eigenen Wünsche nicht durch einen Befehl, wohl aber durch Überredung souffliert hat; zweitens, indem das Ministerium das hohe Ansehen, das der König zu Recht oder Unrecht im Auslande besaß, in Gemeinschaft mit ihm ausgenutzt hat,

so daß er bei Gelegenheit die Wünsche, welche König und Ministerium gemeinsam hegten, an auswärtigen Stellen vorgebracht und verfochten hat.

Inwieweit das erstere Platz gegriffen hat, entzieht sich vollkommen nicht nur meiner Kenntnis, sondern auch meiner Vermutung. Ich glaube dagegen, daß das letztere in ziemlich weitem Umfange geschehen ist. Ich meine, die Tatsache kann nicht weggeleugnet werden, daß König Eduard mit fremden Ministern und Herrschern Gespräche über wichtige politische Fragen geführt hat, und zwar nicht so ganz selten nur bei offiziellen Anlässen, wie z. B. gelegentlich seiner Besuche in Petersburg und Berlin, sondern auch sonst, wozu dann — gleichfalls nicht selten — eine schriftliche Tätigkeit getreten ist. Wie schon oben bemerkt, kann ich mir natürlich nur vorstellen, daß alles, was er gesagt, geschrieben oder getan hat, entweder mit dem Kabinett vereinbart war, oder aber so durchaus im Sinne der Regierung lag, daß jeder Schritt die logische Folge eines vorhergehenden gewesen sein kann.

Ich meine, wenn ein englischer König in dieser Weise arbeitet und benutzt wird, so zwar, daß er persönlich ein hohes Ansehen hinterläßt und sich den Ruf geschaffen hat, als gewandter Diplomat seinem Lande erhebliche Dienste geleistet zu haben, so ist das nicht wenig, und man könnte den fernerer Schluß daraus ziehen, daß sein Tod einen Verlust für England bedeutet. Ich bin zwar weit entfernt, das zu überschätzen, und glaube insbesondere nicht, daß die endgültige Lösung der augenblicklich herrschenden inneren Schwierigkeiten durch den Thronwechsel wesentlich beeinflußt werden kann.

Daß der deutsche Kaiser zur Beisetzung nach England gefahren ist, war wohl ganz richtig, und ich hoffe, daß er nicht zu lange dort bleibt und soviel Zurückhaltung übt, daß sich nicht irgendwelche Kritik an seinen dortigen Aufenthalt knüpfen kann. Wäre er fortgeblieben, so hätte man vielleicht eine beabsichtigte Unfreundlichkeit darin erblickt, und das wäre mindestens bedauerlich gewesen.

Mit vielen freundlichen Grüßen

Dein alter Freund  
P a u l S c h w a b a c h.

---



**Brief an den Präsidenten des Reichsbankdirektoriums Havenstein, Berlin.**

Berlin, den 25. Juni 1910.

Hochverehrter Herr Präsident!

Euer Exzellenz werden sich erinnern, daß bei der gestrigen Reichsbank-sitzung flüchtig die Rede auf die Frage kam, ob die Kreditbanken grundsätzlich dazu veranlaßt werden sollten, einen Teil ihres Kapitals in Staatspapieren anzulegen. Euer Exzellenz sagten etwa das Folgende: daß die Banken etwa 10 bis 15 % ihres Aktienkapitals dauernd mit Staatspapieren belegen, ist eine unbedingte Notwendigkeit im Hinblick auf unsere finanzielle Kriegsbereitschaft.

Mir ist diese Bemerkung im Kopf herumgegangen, und ich möchte mir gestatten, einige Ausführungen dazu zu machen, wobei ich lediglich die Frage der Kriegsbereitschaft in Betracht ziehe.

In dem Augenblick, in welchem kriegerische Verwicklungen eintreten sollten, werden sich die Kreditbanken außerordentlich schweren Aufgaben gegenübersehen.

Zunächst müssen sie sich darauf vorbereiten, einen Teil ihrer Depositengelder herauszugeben. Um dazu gerüstet zu sein, brauchen sie Werte, die möglichst leicht und rasch in Geld umzusetzen sind. Dazu gehört neben den niemals allzu reichlichen Barmitteln das Portefeuille, keinesfalls aber Staatspapiere. Es ist offenbar, daß im Augenblicke eines Kriegsausbruches Reichsanleihe und Preußische Konsols in Beträgen von Dutzenden Millionen Mark im Markte entweder überhaupt keine Aufnahme finden oder nur unter einem gleichzeitigen starken Kursrückgang, der sowohl aus rein praktischen als auch aus moralischen Gründen tief zu beklagen wäre.

Die Banken haben bekanntlich sämtlich große Guthaben bei industriellen Gesellschaften. Es liegt auf der Hand, daß im Augenblick eines Kriegsausbruches diese Guthaben nur zu einem geringen Teile werden liquidiert werden können. Mehr noch: es wird sich vielfach ein neues Kreditbedürfnis in gewerblichen und Handelsunternehmungen bemerkbar machen, das, wenn irgend möglich, befriedigt werden muß, um Katastrophen hintanzuhalten. Auch hierfür ist Geld nötig.

Die wichtigste Aufgabe der Banken wird aber in einer Tätigkeit zu erblicken sein, welche das Anleihewesen betrifft. Sollte ein Krieg ausbrechen zu einer Zeit, in der die heutige Konstellation der europäischen Politik

annähernd die gleiche geblieben ist, so kann man mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß sofort der Kurs der deutschen Anleihen in London prozentweise herabgeht, und daß — was schwerer wiegt — die Verkaufsorders aus Frankreich in sehr großem Umfange einlaufen werden. Ich muß natürlich dahingestellt sein lassen, in welchem Umfange es die Verhältnisse den Banken möglich machen würden, einzuspringen. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß es wünschenswert wäre, sie könnten es tun und täten es. Vor allen Dingen aber würde im Falle eines Krieges voraussichtlich das Reich große Mittel verfügbar machen müssen, wahrscheinlich durch Ausgabe von Anleihen, vielleicht auch nebenher durch Verkauf von Schatzscheinen. Natürlich würden die Banken in erster Reihe dazu berufen sein, dem Reich Mittel zur Verfügung zu stellen. Man wird aber mindestens zweifelhaft sein können, ob ein sehr großer Betrag sofort aus den Mitteln der Privatleute flüssig zu machen wäre, ob nicht vielmehr — wie es ja auch schon in Friedenszeiten geschieht — die Banken zunächst und vielleicht auf lange vor den Riß treten müssen. Wo sollen dann die Mittel für eine tatkräftige Unterstützung der öffentlichen Interessen herkommen, wenn schon ein wesentlicher Teil der Bankkapitalien in Staatspapieren angelegt und — wie ich meine — dadurch festgelegt ist?

Ich verkenne keineswegs die hohe Bedeutung dessen, was man unter finanzieller Kriegsbereitschaft versteht, meine aber, diese Bereitschaft kann nur erreicht werden durch Gesundung und Kräftigung des Anleihemarktes. Das ist nun ein Thema, über das auch gerade in letzter Zeit sehr vieles gesagt worden ist, zu dem aber immer noch manches zu sagen übrig bleibt. Für die Kriegsbereitschaft würde ich es als ein Ideal ansehen, wenn die bis zu dem Augenblick ausgegebenen Anleihen sich in den Händen des Publikums befänden, nicht aber im Portefeuille der Banken. Es wäre ferner von hohem Nutzen, wenn sowohl die Banken als auch das Publikum fremde, an ausländischen Börsen notierte Werte besitzen, welche man schlimmstenfalls mit Verlust im Ausland verkaufen kann.

Nur der Vollständigkeit wegen bitte ich noch folgendes hinzufügen zu dürfen: Für die von Ew. Exzellenz empfohlene Maßregel habe ich noch nachstehende Argumente anführen hören:

1. Die feste Unterbringung eines größeren Postens von Staatspapieren würde deren Kurs heben. Das halte ich für eine Chimäre; denn die umlaufenden Beträge von Staatspapieren wachsen so sehr viel rascher an als die Kapitalien der Banken, und die von den letzteren etwa festzulegenden Summen spielen im Verhältnis zu der Gesamtschuld von Reich und Preußen

eine so geringe Rolle, daß etwas Wesentliches und Dauerndes nicht davon zu erhoffen wäre.

2. Man nötige die Banken auf diese Weise zu einer gewissen Solidität. Auch das halte ich für reine Theorie; denn die Erfahrung lehrt, daß, wer unsolide sein will, doch immer Mittel und Wege dazu findet. Diese Maßregel wäre um so weniger wirksam, als ein leichtsinniger Bankdirektor die betreffenden Staatspapiere immer irgendwo lombardieren und das hereingebrachte Geld anderweitig verwenden könnte. —

Ich hoffe, Ew. Exzellenz werden diese etwas langen Auseinandersetzungen mit meinem lebhaften Interesse zur Sache entschuldigen und in gewohnter Liebenswürdigkeit entgegennehmen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung verbleibe ich, hochverehrter Herr Präsident,

Ihr sehr ergebener

Paul Schwabach.

---

### **Brief an Baron Alfred von Rothschild, London.**

Berlin, den 4. Juli 1910.

Sehr verehrter Herr Baron!

In den letzten Wochen haben bei der deutschen und der preußischen Regierung vielerlei Personenwechsel stattgefunden, so viele, wie wohl noch nie binnen einer so kurzen Frist, und es liegt auf der Hand, daß sich innerhalb und außerhalb unserer Grenzen die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Vorgänge lenkt. Ich möchte mir daher erlauben, Ihnen meine — freilich persönlichen — Ansichten darüber vorzutragen.

Zunächst wurde vor etwa 14 Tagen der landwirtschaftliche Minister v. Arnim durch Herrn v. Schorlemer und der Minister des Innern von Moltke durch Herrn von Dallwitz ersetzt.

Die beiden bisherigen Minister galten im allgemeinen für tüchtige Beamte, aber nicht für bedeutende Staatsmänner. Herr v. Arnim war außerdem seit längerer Zeit kränklich. Wenn man auch den Abgang dieser beiden Herren gerade in diesem Augenblicke nicht erwartet hatte, so war er doch als solcher nicht überraschend.

Von den neu eintretenden Ministern kenne ich Herrn von Dallwitz persönlich gar nicht. Er ist auch bisher im öffentlichen Leben nicht so hervor-



getreten, daß man sich ein klares Bild von ihm machen könnte; jedoch steht fest, daß er ein streng konservativ denkender Mann ist, der das Ministerium des Innern in demselben Sinne wie sein Vorgänger führen wird.

Herr von Schorlemer ist seit Jahren ein viel besprochener Staatsmann, dem man schon lange eine bedeutende Zukunft vorhergesagt hat, und von dem auch jetzt wieder Leute annehmen, daß das landwirtschaftliche Ministerium nicht das letzte und nicht das höchste von ihm bekleidete Amt bleiben wird. Er ist ein außerordentlich begabter Mann, sehr klug und vorsichtig. Er hat eine hervorragende gesellschaftliche Stellung, die durch einen für unsere deutschen Begriffe bedeutenden Reichtum unterstützt wird. Seine Stellung ist dadurch noch eine eigentümliche, daß er gläubiger Katholik ist, aber im ausgesprochenen Gegensatz zu der katholischen Zentrumsparthei steht und der meiner Meinung nach sehr richtigen Ansicht huldigt, daß die religiöse Überzeugung mit Politik nichts zu tun hat. Im allgemeinen Sinne gesprochen ist auch er streng konservativ.

Größeres Aufsehen hat das Ausscheiden des bisherigen Finanzministers von Rheinbaben aus dem Staatsministerium gemacht. Dieser Herr galt als der besondere Vertrauensmann der Ultrakonservativen. Man hat vielfach für möglich gehalten, daß er Herrn von Bethmann im Reichskanzleramt ablösen würde. In letzterer Zeit ist seine Finanzpolitik, insbesondere bei Begebung von Anleihen, Gegenstand heftiger Angriffe gewesen. So konnte es nicht ausbleiben, daß man seinen Abgang mit diesen Kritiken in Verbindung brachte, aber nach meiner festen Überzeugung zu Unrecht. Ich weiß von Herrn von Rheinbaben selbst, und zwar seit einer ganzen Reihe von Jahren, daß es sein sehnlichster Wunsch ist, Oberpräsident der Rheinprovinz zu werden; denn aus seiner früheren amtlichen Tätigkeit liebt er diese Provinz und hat dort eine große Anzahl von Freunden. Da nun durch die Ernennung des Herrn von Schorlemer zum Minister dieser Oberpräsidentenposten freigeworden ist, hat Herr von Rheinbaben um seine Versetzung dorthin gebeten.

Sein Nachfolger Dr. Lentze war bisher Oberbürgermeister von Magdeburg. Er soll ein tüchtiger Verwaltungsbeamter sein; mehr ist mir und den meisten anderen nicht von ihm bekannt.

Daß Fürst Radolin den Pariser Botschafterposten aufgeben würde, wurde seit geraumer Zeit erwartet; denn es war für niemanden ein Geheimnis, daß seine Arbeitskraft gelitten hatte; insbesondere seit vor einigen Monaten der Tod ihm den ältesten Sohn geraubt hatte, war er seiner schwierigen Aufgabe kaum noch gewachsen.

Ebenso wußte man, daß der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen Herr von Schoen dringend wünschte, als Botschafter nach Paris zu gehen, und man glaubte auch, daß diesem Wunsche willfahrt werden würde. Herr von Schoen ist vielleicht nicht gerade ein sehr origineller Staatsmann zu nennen, aber er ist seit vielen Jahren im diplomatischen Dienst tätig gewesen, war bereits Botschafter in Petersburg und hat als Staatssekretär alle Fäden der Politik in seiner Hand zusammenlaufen sehen und ist daher auf das genaueste informiert. Er ist persönlich ein besonders liebenswürdiger Herr von den angenehmsten Formen. Es dürfte ihm um so weniger schwer werden, sich in Paris einzuleben, als er sich dort schon früher längere Zeit als Botschaftsrat aufgehalten hat. Frau von Schoen, eine geborene Belgierin, dürfte gleichfalls in Paris durchaus am Platz sein.

Sein Nachfolger, Herr von Kiderlen-Wächter, bisher Gesandter in Bukarest, wird — und wohl mit Recht — als der begabteste unserer Diplomaten betrachtet. Aus mannigfachen Gründen ist er dem Kaiser nicht sonderlich sympathisch. Daran hat es wohl gelegen, daß er nicht schon seit langem Staatssekretär geworden ist. Fürst Bülow hatte bereits den Wunsch, ihm das Staatssekretariat anzuvertrauen, konnte es aber nicht durchsetzen. In seiner jetzigen Ernennung sehe ich einen Beweis dafür, daß das Wort des Reichskanzlers von Bethmann beim Kaiser viel Gewicht hat; denn es hat dem allerhöchsten Herrn sicherlich einige Überwindung gekostet, seine Zustimmung zu erteilen. Es ist vielleicht nicht allgemein bekannt, daß die vor zwei Jahren geführten Verhandlungen über die marokkanischen Schwierigkeiten, insbesondere über die Casablanca - Affäre, fast ausschließlich zwischen dem hiesigen französischen Botschafter Cambon und Herrn von Kiderlen geführt sind. Das durchaus befriedigende Ergebnis dieser delikaten Auseinandersetzungen spricht dafür, daß Herr von Kiderlen, der im übrigen ein sehr energischer Mann ist, geschickt und versöhnlich zu sein versteht.

Alles in allem genommen, haben diese Veränderungen einen lediglich persönlichen Charakter. Es handelt sich nicht, wie man auf den ersten Blick und ohne Kenntnis der kommenden und gehenden Minister glauben könnte, um einen Systemwechsel. Einzelne Veränderungen sind rein zufälliger Natur, andere scheinen erfolgt zu sein, um das Ministerium in sich einheitlicher zu gestalten, vielleicht im Hinblick darauf, daß in etwas über einem Jahre ein neuer Reichstag zu wählen sein wird, der über wichtige Fragen Beschluß zu fassen hat.

Ich will noch hinzufügen, daß ich vor einigen Tagen eine längere Segel-

fahrt mit Seiner Majestät dem Kaiser unternommen habe und dabei feststellen konnte, daß es dem Kaiser ausgezeichnet geht, und die Beschwerde im Knie vollkommen behoben ist.

Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Verehrung verbleibe ich

Ihr ganz ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an Bankdirektor Otto Joel, Mailand.**

Berlin, den 1. August 1910.

Verehrter Freund!

Ich danke Ihnen bestens für Ihre freundlichen Zeilen vom 28. Juli und für die mir darin gemachten interessanten Mitteilungen, insbesondere über die Stellung des gegenwärtigen italienischen Kabinetts.

Es mag für einen Herrn wie unseren Freund Luzzatti, der bei all seiner Bedeutung von persönlicher Eitelkeit wohl nicht ganz frei ist, ein unangenehmer Zustand sein, daß er sein Ministerium nicht auf Grund eines eigenen, hinreichend starken Anhanges, sondern gleichsam nur durch die Gnade des Nebenbuhlers halten kann. Man will wissen, daß der Erfolg der letzten Emission nur ein scheinbarer gewesen sei, wie wir es hierzulande gewöhnt sind; das mag Luzzattis Stellung auch nicht gerade befestigt haben.

Wenn Sie mich nach der wahren Bedeutung der hiesigen Personenwechsel fragen, so kann ich Ihnen nur antworten, daß es sich im Grunde eben um Personen- und nicht um Systemwechsel handelt.

Am bedeutsamsten und für das Ausland am interessantesten ist natürlich die Neubesetzung des Staatssekretariats des Auswärtigen Amtes. Herr von Kiderlen ist in der Tat nicht der erste beste, sondern ein kluger und energischer Mann, ein durch und durch politischer Kopf, der nicht nur große Erfahrung, sondern auch eigene Einfälle hat. Es ist gewiß ein gutes Zeichen, daß gerade die Beamten des Auswärtigen Amtes seine Ernennung mit großer Genugtuung begrüßt haben. Manche Leute stoßen sich an seinen etwas burschikosen Formen; insbesondere war er dem Kaiser durchaus nicht sympathisch, so daß man mit Recht aus seiner Ernennung hat schließen dürfen, daß der Einfluß des Reichskanzlers auf den Kaiser ein erheblicher ist. Aber an den Grundzügen der deutschen Politik wird sich nichts ändern können, weil die ganze Konstellation die Beibehaltung der bewährten



Bahnen gebieterisch vorschreibt. Herr von Kiderlen hat auch wiederholt an der Zentralstelle gearbeitet, zuletzt vor etwa 1 ½ Jahren. Er war damals einberufen worden grade während der bosnischen Krisis und der Verhandlungen mit Frankreich wegen Casablanca.

Noch weniger grundsätzliche Bedeutung haben Abgang und Neuernennung von Ministern in Preußen, — ich möchte sagen: leider; denn ich verspreche mir von dem Festhalten an alten, aber nicht bewährten Grundsätzen wenig Gutes. —

Ihnen wünsche ich in dem schönen Igls einen recht angenehmen und erquickenden Aufenthalt und verbleibe mit den besten Empfehlungen  
de ménage à ménage

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

#### Aktennotiz über englische Politik.

Berlin, den 17. November 1910.

Die persische Anleihe war vor einigen Tagen noch nicht abgeschlossen. Man ist der Ansicht, daß England den Persern zu Geld verhelfen muß, und so ist ein Vorschuß von Regierung zu Regierung bewilligt worden, die Verhandlungen mit der Imperial Bank of Persia, hinter denen das Haus J. Henry Schröder & Co. steht, werden von dem Foreign Office wohlwollend gefördert. Aber die Bankiers wünschen, daß sich die englische Regierung in größerem Umfange zum Bürgen eines Vertrages mache, und die Formulierung solcher Erklärung stößt auf Schwierigkeiten; es sind auch im Zusammenhange mit der Anleihe einige mir unbekannte Punkte zwischen London und Petersburg zu regeln.

Wer immer mit mir über Persien sprach, äußerte eine Abneigung dagegen, daß England Teile des Reiches besetze, und zwar um so entschiedener, je näher der Betreffende den Regierungskreisen stand. Bei der bekannten Disziplin, mit welcher Engländer sich an eine einmal ausgegebene Parole zu halten pflegen, würde dies vielleicht nicht allzuviel bedeuten; immerhin sind die angeführten Argumente beachtenswert.

Man sagte mir u. a.: Der überseeische Besitz Englands ist so zerstreut und schwer zu verwalten, jede Änderung ruft so mannigfache Verwick-

lungen hervor, daß die leitenden Männer im Auswärtigen und Kolonial-Ministerium durchaus zurückhaltend und konservativ geworden sind; eine Besetzung Südpersiens ist nicht ohne Krieg durchzuführen, und ein solcher in dem umfangreichen, schwierigen Gelände ist ein ernstes Unternehmen; die Türkei würde schwerlich ruhig zusehen, obwohl ein dauernder Bund zwischen den religiös verfeindeten Osmanen und Persern nicht zu erwarten ist; die indischen Mohammedaner könnten leicht aufsässig werden; es sei auch eine fatale Aussicht, das indische Heer wesentlich verstärken zu müssen, und zwar vermutlich dauernd; das bisherige System, die arabisch-persischen Küsten durch „perpetual truce-Verträge“, die mit lokalen Machthabern geschlossen sind, zu beherrschen, hat sich bewährt; der britische, besonders aber der indische Handel befindet sich wohl dabei.

Bei diesem Anlaß hörte ich auch, daß in Mesopotamien weit talaufwärts viele indische Kaufleute saßen, und die Befürchtung, diese könnten unter den Einfluß einer fremden Gesellschaft geraten, erschwere eine Verständigung über die Bagdadbahn.

Über einen Handelsvertrag mit Japan sind die Verhandlungen im Gange; die einzelnen Tarifpositionen werden zurzeit in Tokio erörtert.

Betreffend den K o l o n i a l b e s i t z P o r t u g a l s hörte ich von einer Seite, Lord Creve habe die Frage der Aufteilung anschneiden wollen, und nur dadurch, daß er das Colonial Office verlassen habe, sei eine Vertagung eingetreten; freilich seien M. Asquith\* und Sir Edward Grey\*\* dem Gedanken abhold gewesen. Von anderer, mir zuverlässiger erscheinenden Seite wurde mir indessen gesagt, die Regierung wünsche in dieser Sache nichts zu unternehmen und (bezeichnenderweise) wolle vermeiden, den deutsch-englischen Vertrag von 1898 aktuell werden zu lassen. Es waren tatsächlich in Südafrika Bestrebungen im Gange, um an der Delagoa-Bay die englische Flagge zu hissen; es ist aber aus London energisch abgewinkt worden. Gerade die Einverleibung von Delagoa würde erhebliche Schwierigkeiten heraufbeschwören. Die Verfassung in der sogenannten Südafrikanischen Union ist ein künstliches Produkt, und ihre ohnehin zweifelhafte Dauerhaftigkeit würde durch territoriale Verschiebungen einen Stoß erleiden; es kommt dazu, daß die Verkehrseinrichtungen, Eisenbahnlinien usw. auf den Kopf gestellt würden, wenn Capetown nicht mehr der einzige englische Hafen in jener Gegend wäre; und besonders die Bewohner dieses Ortes würden sich gegen die Annexion von Delagoa sträuben. —

---

\* Erster Minister.

\*\* Staatssekretär des Äußeren.

Das Hauptinteresse hat sich begreiflicherweise seit etwa acht Tagen auf die *i n n e r e P o l i t i k* gerichtet. Jedermann hält Neuwahlen für erforderlich, aber niemand wagt, ihr Ergebnis vorherzusagen. Ein liberaler Sieg ist wahrscheinlich, aber nicht gewiß. Die Liberalen haben durch ihre Schwäche gegen Sozialisten und Iren viel Unwillen erregt; insbesondere fühlen sich viele Stockengländer durch die Dollarreise des Mr. Redmond\* verletzt; es sollen zahlreiche kleine Landwirte durch die drückende *land tax*, mit der man die Großgrundbesitzer hatte treffen wollen, den Liberalen entfremdet sein; zudem erfreuen sich die Herren Lloyd George\*\* und Winston Churchill\*\*\* einer anscheinend steigenden persönlichen Unbeliebtheit.

Im unionistischen Lager bestehen aber trotz aller schönen Worte ernste Meinungsverschiedenheiten. Die Tarifreform hat auch unter den Konservativen an Anhängerschaft stark verloren, wie ich aus mehrfachen Unterhaltungen erkennen konnte; sogar ein unionistischer Abgeordneter gab mir zu, er selbst und manche seiner Kollegen hielten am Schutzzoll nur noch aus Parteidisziplin fest, die günstigen Zahlen der Handelsstatistik sprächen eine zu deutliche Sprache. Es wird versucht, Mr. Chamberlain zu der Erklärung zu veranlassen, daß im nächsten Parlament die Abkehr vom Freihandel nicht angestrebt werden würde, aber schwerlich mit Erfolg.

Behalten die Liberalen nach den Wahlen die Mehrheit, so muß der Premierminister den König um die Ernennung von einigen hundert Peers ersuchen; wenn, wie vermutet wird, der König für diesen Staatsstreich nicht zu haben ist, müßte das liberale Kabinett zurücktreten. Ob dann die Konservativen ohne Mehrheit die Regierung übernehmen werden, ob eine abermalige Auflösung des Parlaments stattfindet, ob in solcher Sackgasse die „conference“ wiederauflebt und mit welchem Erfolge, — das weiß niemand. Sollten indessen die Wahlen zugunsten der Unionisten ausfallen, so darf man mit Sicherheit erwarten, daß eine Umgestaltung des Oberhauses eine ihrer ersten Maßregeln sein würde.

P a u l S c h w a b a c h.

---

\* Führer der Iren im Unterhause.

\*\* Schatzkanzler.

\*\*\* Staatssekretär des Innern.



Brief an Sir Eyre Crowe, London.

Berlin, den 28. Juli 1911.

Mein lieber Eyre!

Deine Korrespondenz mit meiner Firma hat mich darüber belehrt, daß Du Dich eine Zeitlang in Braunfels aufgehalten hast (hoffentlich hast Du dort einen angenehmen Urlaub verlebt) und nun wieder in London eingetroffen bist. Vermutlich hast Du Dich trotz der fatalen Temperatur wieder mitten in Deine politische Arbeit hineingestürzt.

Leider hast Du sogleich eine verwickelte, schwierige und nicht eben angenehme Lage vorgefunden. Ich kann nicht leugnen, daß ich einigermaßen besorgt bin und vorläufig noch garnicht recht sehe, wie die garstige Marokkofrage ins reine gebracht werden soll.

Besonders würde ich es bedauern, wenn die englisch-deutschen Beziehungen, welche eben erst anfangen, eine vernünftige und normale Gestalt anzunehmen, abermals, und zwar nach meiner unmaßgeblichen Meinung ganz unnötigerweise, unter diesen Dingen leiden sollten. Alle Vernünftigen sind allerdings davon überzeugt, daß der englischen Regierung nichts ferner liegt, als Unfrieden säen oder gar einen Krieg heraufbeschwören zu wollen. Auch wird hier in ganzem Umfange und mit großer Freude anerkannt, daß die letzten Äußerungen der englischen Regierung der Form und dem Inhalt nach als freundschaftliche angesehen werden können. Es mag auch sein, daß die Erklärung, die Mr. Lloyd George in der vorigen Woche\* abgegeben hat, nicht böse gemeint war; aber ihre Wirkung war leider eine recht unangenehme, insofern sie die Franzosen steifnackiger machte, als sie bis dahin waren; denn in Frankreich wie hier ist Lloyd Georges Erklärung als eine kaum verhüllte Drohung gegen Deutschland aufgefaßt worden.

Unglücklicherweise traf diese Erklärung zusammen mit einer groben Indiskretion der Franzosen. Es war ausdrücklich zwischen den Herren Cambon\*\* und von Kiderlen ausgemacht worden, daß über ihre Verhandlungen unbedingtes Stillschweigen bewahrt werden sollte. Trotzdem hat man es für gut befunden, der Presse die Mitteilung zu geben, Deutschland fordere

---

\* 21. Juli.

\*\* Jules C., französischer Botschafter in Berlin.

den französischen Kongo. Welche Wirkung eine solche Nachricht haben mußte, konnte jeder denkende Politiker ebenso gut voraussehen, wie man die Wirkung der Erklärung Lloyd Georges vorher kennen konnte.

Hat schon die Indiskretion als solche in Berlin einen sehr schlechten Eindruck machen müssen, so ist die Sache noch schlimmer dadurch, daß die Franzosen nur dasjenige veröffentlicht haben, was geeignet war, den Chauvinismus zu erregen und Deutschland als habgierig hinstellen, während sie verschwiegen haben, was der Sache ein ganz anderes Gepräge gibt: Deutschland hat nämlich, wie Dir vielleicht bereits bekannt ist, anerkannt, daß eine Gebietsabtretung nur gegen die Überlassung der freien Hand in Marokko nicht gut aussehen möchte, und deswegen angeboten, seinerseits Togo abzutreten. Ich kenne den Wert von Togo durch eigene Beteiligung an mehreren dortigen Unternehmungen und weiß, daß es eine sehr wertvolle und in der Entwicklung weit vorgeschrittene Kolonie ist; ich nehme mit Sicherheit an, daß in unseren kolonialen Kreisen die Preisgabe Togos böses Blut erregen wird. Die deutsche Regierung wollte aber nicht nur ein faires Angebot machen, sondern auch durch einen solchen Gebietsaustausch sowohl in Marokko als auch in ganz Westafrika zwischen sich und den Franzosen reinen Tisch machen. Die Verhandlungen über allerlei Grenzschwierigkeiten reißen nicht ab, und das erwähnte Projekt würde dazu führen, daß Deutsche und Franzosen in Westafrika nirgends mehr Nachbarn sind. Frankreich würde außerdem durch den Erwerb von Togo seine Besitzungen in angenehmer Weise abrunden.

Natürlich war es Sache der Pariser Herren, das Angebot anzunehmen oder abzulehnen oder einen Gegenvorschlag zu machen. Aber es war sicherlich nicht praktisch, durch eine indiskrete und illoyale Veröffentlichung Aufregung zu verursachen. Am verdrießlichsten ist es, daß die Franzosen nicht nur in ihrer Presse sehr heftig aufbegehrt, sondern auch in gewissen Unterredungen stark mit dem Säbel gerasselt haben, und daß das englische Kabinett eine drohende Sprache geführt hat; dadurch ist Deutschland geradezu gezwungen, an seinem Verlangen festzuhalten, weil es sich sonst in den Verdacht brächte, einem Drucke gewichen zu sein; und das wäre denn doch für eine Großmacht eine verdrießliche Lage.

Es ist mir nicht bekannt, ob Frankreich die Verhandlungen über das Kongo-Togo-Projekt wiederaufnehmen will. Wäre aber die Ablehnung eine endgültige, dann sähe ich etwas schwarz, weil ich dann für Deutschland keinen anderen Ausweg erkannte als die strikte Durchführung der Algecirasakte und die Wiederherstellung des Zustandes von 1906. Daß fran-

zösischerseits die Algecirasakte in den wichtigsten Punkten verletzt worden ist, wird niemand bestreiten, der die Zeitungen gelesen hat. Aber noch mehr: der Zug nach Fez wurde hier angekündigt, und es wurde darauf deutscherseits erklärt: wir haben nichts dagegen, daß ihr eure Untertanen schützt, auch nichts dagegen, daß andere sich von euch schützen lassen; wir nehmen aber die deutsche Kolonie aus, die sicheren Nachrichten zufolge nicht bedroht ist. Es wurden über die Richtung des Marsches usw. verschiedene Vorbehalte gemacht, von den Franzosen anerkannt, dann aber nicht im mindesten respektiert. Da war es kaum anders möglich, als daß deutscherseits mit einiger Bestimmtheit aufgetreten wurde.

Was nun aber folgen soll, kann ich nicht erkennen. Ich weiß auch nicht, ob Du es mir sagen willst oder kannst; aber in Erinnerung an unsere vielfachen Gespräche und Briefwechsel über ähnliche Dinge fühlte ich das Bedürfnis, Dir gegenüber mich einmal offen auszusprechen.

Mit vielen herzlichen Grüßen

Dein alter Freund

Paul Schwabach.

---

### Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.

#### I.

Berlin, den 28. Juli 1911.

Sehr verehrter Herr Baron!

Als ich Ihnen gestern telegraphierte, daß alle maßgebenden Persönlichkeiten hier Ihren und meinen persönlichen Wunsch teilten, daß die Verhandlungen über Marokko zu einem befriedigenden und friedlichen Abschluß gelangen mögen, habe ich etwas durchaus Richtiges gesagt. Das hindert aber nicht, daß seit einigen Tagen die allgemeine Lage eine recht ernste geworden ist.

Es ist allgemein bekannt, aus welchem Anlaß ein deutsches Schiff nach Agadir gesandt worden ist: Deutschland wollte einen Anlaß und eine Grundlage für Unterhaltungen schaffen. Solche waren aber durchaus notwendig geworden, da Frankreich ohne jeden Zweifel den Vertrag von Algeciras dauernd in wichtigen Punkten verletzt hatte. Die Einzelheiten aufzuführen, kann ich wohl hier unterlassen; ich erinnere nur an die Besetzung von Rabat, an die vertragswidrige Organisation der Polizeitruppen usw. Allerdings hatte Frankreich hier den Zug nach Fez angekündigt; die deutsche



Regierung hatte die grundsätzliche Berechtigung dafür anerkannt, daß die Franzosen ihre Untertanen schützen; sie hat keine Einwendungen dagegen erhoben, daß auch Untertanen anderer Staaten geschützt würden, für die Deutschen aber die französische Hilfe abgelehnt, weil eine Gefahr für die letzteren nicht bestand; es wurden ferner deutscherseits in betreff des Mar-sches nach Fez Vorbehalte gemacht, die von den Franzosen als berechtigt anerkannt, dann aber nicht beachtet worden sind.

Sobald M. Jules Cambon sich mit Herrn von Kiderlen in Verbindung gesetzt hat, ist festgestellt worden, daß beiderseits die feste Absicht vorläge, zu einer Verständigung zu gelangen. Um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, haben sich beide Teile unbedingtes Stillschweigen gegenseitig zugesagt.

Da ereignete sich nun vor etwa 10 Tagen der außerordentlich bedauerliche Vorfall, daß von Paris aus — entgegen der Absprache — der Presse die Nachricht übergeben worden ist, Deutschland fordere den französischen Kongo. Daraufhin erhob sich — was vorausgesehen werden konnte — ein lebhaftes chauvinistisches Geschrei in den französischen Blättern aller Parteirichtungen, sekundierte von vielen einflußreichen englischen Blättern, obwohl wir hier nicht einsehen können, inwiefern England durch eine Abtretung des französischen Kongos in seinen Interessen geschädigt wäre.

Noch bedauerlicher allerdings ist es gewesen, daß in denselben Tagen Mr. Lloyd George eine Erklärung des Kabinetts verlesen hat, welche hierzulande nicht anders als in dem Lichte einer Drohung erscheinen konnte. Das mußte die selbstverständliche Folge haben, daß Frankreich, sich englischer Unterstützung sicher fühlend, freundschaftlichen Verhandlungen unzugänglicher wurde als je.

Die französische Indiskretion ist sicherlich nicht einwandfrei gewesen; aber sie war verknüpft mit einer positiven Illoyalität, insofern nach den französischen Veröffentlichungen jeder glauben mußte, Deutschland fordere den ganzen französischen Kongo und biete dafür nichts anderes, als daß es Frankreich politisch freie Hand in Marokko lassen wollte. Tatsächlich liegen aber die Dinge ganz anders. Man hat hier anerkannt, daß eine Gebietsabtretung, auch in den Kolonien, unter solchen Bedingungen für die französische Regierung immerhin eine Zumutung bedeuten würde. Man hat dem Wunsche Ausdruck gegeben, sich nicht nur in Marokko, sondern in ganz Westafrika, wo dauernd Grenzschwierigkeiten vorhanden sind, die seit Jahren unbequeme Verhandlungen und Auseinandersetzungen hervorrufen, dauernd zu verständigen. Zu dem Zwecke sollte Frankreich sein Kongo-

gebiet, Deutschland aber die Kolonie Togo hergeben. Letztere ist, wie ich durch eigene Beteiligungen an mehreren dortigen Unternehmungen weiß, unsere bestentwickelte und eine außerordentlich wertvolle Kolonie, sodaß ich mit Sicherheit annehme, daß in unseren kolonialen Kreisen die Preisgabe Togos viel böses Blut machen wird. Wenn man die Karte Afrikas ansieht, erkennt man leicht, daß dieser Austausch Frankreich und Deutschland von ihren gegenseitigen Grenzen befreit. Freilich ist die Kongoprovinz größer als Togo, dafür ist letzteres besser entwickelt, und Deutschland läßt Frankreich freie Hand in Marokko.

Sie werden gewiß mit mir der Meinung sein, daß die französische Darstellung des deutschen Vorschlages geradezu illoyal gewesen ist, wenigstens soweit die Presse damit befaßt worden ist. Ob die englische Regierung richtig informiert wurde, entzieht sich natürlich meiner Kenntnis.

Auf die erwähnte deutsche Forderung ist eine ernsthafte Antwort aus Paris bisher nicht erfolgt.

Ich kann nicht sagen, ob vor 10 oder 12 Tagen unser Auswärtiges Amt bereit gewesen wäre, von seinem Verlangen etwas nachzulassen, jetzt aber ist das Amt geradezu gezwungen, an seiner Forderung festzuhalten; denn Deutschland käme sonst in die für eine Großmacht unannehmbare Lage, der Sache oder dem Anschein nach Drohungen, wie sie von französischer oder englischer Seite ausgesprochen worden sind, gewichen zu sein. Ganz verfehlt ist nun freilich der französische Versuch gewesen, durch einige Bemerkungen mit dem Säbel zu rasseln.

Es ist richtig und wird hier auch gewiß anerkannt, daß die gestrige Rede von Mr. Asquith um ein wesentliches freundschaftlicher gehalten war als die früheren Äußerungen der Regierung. Auch sind alle Vernünftigen überzeugt, daß der englischen Regierung nichts ferner liegt, als Unfrieden zu säen oder gar einen Krieg heraufzubeschwören. Aber die Frage ist, ob die Schwierigkeiten nun behoben worden sind. Tatsächlich sind die Schwierigkeiten in diesem Augenblick sehr groß; denn ich sehe nicht, wie man weiterkommen soll. Wird das Kongo-Togo-Projekt von Paris aus endgültig abgelehnt, so bleibt Deutschland nolens volens nichts anderes übrig, als die strikte Durchführung des Algeciras-Vertrages zu fordern und auf den status rerum von 1906 zurückzugehen. Es ist klar, daß für die Franzosen die Ausführung dieses Verlangens verdrießlich und schwierig sein würde.

Ich habe mir erlaubt, Ihnen die Sachlage in aller Offenheit darzulegen, wie sie mir von einer Seite geschildert worden ist, die Sie leicht erraten.

Was geschehen kann, um den Knoten zu lösen, vermag ich nicht zu sagen; aber ich habe das große Vertrauen zu Ihrer politischen Erfahrung, daß Sie einen Weg finden werden, am richtigen Orte auf die Schwierigkeiten hinzuweisen und mit Ihrem Rate zu deren Beseitigung beizutragen.

Für alles, was Sie mir etwa zu sagen haben, werde ich Ihnen jederzeit dankbar sein.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

II.

Berlin, den 2. August 1911.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich erlaube mir, Ihnen anbei einen Ausschnitt aus der hiesigen „Vossischen Zeitung“ vom 1. d. M. einzusenden, dessen Inhalt die Sachlage richtig beleuchtet. Wie ich Ihnen bestimmt sagen kann, ist diese Veröffentlichung offiziös, d. h. sie ist im Auswärtigen Amt verfaßt worden, nachdem der Kaiser den Reichskanzler und den Staatssekretär des Auswärtigen in Swinemünde empfangen hatte.

Es ist allgemein bekannt und, wie ich zu meiner Freude sehe, erkennen Sie es in vollem Umfange an, daß unserem Souverän nichts ferner liegt, als einen Streit vom Zaune zu brechen. Andererseits wäre es m. E. gefährlich, von der Annahme auszugehen, daß er um jeden Preis, auch unter Aufopferung wichtiger deutscher Interessen, an einer bedingungslosen Friedenspolitik festhalten würde.

In diesem besonderen Falle ist es auch selbstverständlich, daß die Politik, welche bisher vom Auswärtigen Amt aus getrieben worden ist, nur im Einverständnis mit dem Kaiser gemacht werden konnte, der nur wenige Wochen von Berlin abwesend war. Vor der Abreise Sr. Majestät hatten sehr eingehende Beratungen stattgefunden, in denen die *ligne de conduite* festgelegt worden war, und während der Fahrt in den norwegischen Gewässern hat ein fortlaufender telegraphischer Verkehr zwischen dem Kaiser und Berlin stattgefunden. Es ist also nicht zu erwarten gewesen und auch nicht eingetreten, daß nun plötzlich eine neue Richtung eingeschlagen werden würde.

Aber zu meiner Freude kann ich Ihnen sagen, daß es seit meinen letzten Nachrichten insofern besser aussieht, als der französische Botschafter die



unmittelbaren Verhandlungen mit dem Staatssekretär wieder aufgenommen hat. Damit ist ein sehr wichtiger Schritt zur Wiederannäherung geschehen, und es bleibt uns nur übrig zu hoffen, daß die Verhandlungen in normaler Weise fortschreiten werden. Freilich wird man noch einige Geduld haben müssen; denn ich nehme nicht an, daß ein Abschluß unmittelbar bevorsteht.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Kiderlen, Berlin.**

Berlin, den 11. August 1911.

Ew. Exzellenz!

Ich habe neulich mit Ihrer Ermächtigung meinem Freunde Sir Eyre Crowe geschrieben. Gestern erhielt ich seine Antwort, die ich mit der Bitte um Rückgabe Ew. Exzellenz im Original unterbreite. Ich möchte Sir Eyre entgegnen: jede sonst übliche Art, mit den Franzosen ins Gespräch zu kommen, sei seit Jahren deutscherseits versucht worden und stets mit dem gleichen, unbefriedigenden Erfolg; die Erklärung für die ausweichende und unzuverlässige Politik der Franzosen läge in dem Vertrauen, das man in Paris zu der hilfsbereiten englischen Freundschaft hege, und darin wäre nicht nur der Grund für die jüngste deutsche Aktion zu suchen, sondern eine stete Gefahr usw. Tatsächlich können Engländer den Gedanken nicht fassen, daß ein Zustand, den sie gutheißen, nicht auch für alle anderen le meilleur des mondes possibles sei.

Crowe nimmt im Foreign Office eine sehr einflußreiche Stellung ein. Ich trage daher Bedenken, etwas zu schreiben, was Ew. Exzellenz nicht billigen. Vielleicht erscheint es Ihnen auch angezeigt, besondere Punkte in Cr's Brief, die ich nicht beurteilen kann, richtigstellen zu lassen. Die Ausführlichkeit und Abfassungsart lassen mich schließen, daß dieses Schreiben nicht allein meiner persönlichen Belehrung gewidmet war.

Darf ich morgen früh kommen?

In vorzüglicher Hochachtung und aufrichtiger Verehrung verbleibe ich

Ew. Exzellenz sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an Sir Eyre Crowe, London.**

Berlin, den 16. August 1911.

Mein lieber Eyre!

Ich schulde Dir für Deinen freundlichen Brief vom 7. August vielen Dank; es ist besonders liebenswürdig, daß Du trotz der großen Hitze und der starken Belastung mit Arbeit mir so eingehend Deine Ansicht über die Marokko-Angelegenheit mitgeteilt hast.

Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß diese Deine Ansichten sozusagen amtlichen Charakter tragen und daß, was ich etwa entgegenhalten kann, privater Natur ist. Ich kann stets nur in großen Zügen unterrichtet sein, um so mehr bei Verhandlungen wie den gegenwärtigen, welche möglichst geheim geführt werden. Wollte ich mich also in Einzelheiten einlassen, so würde ich einen gar zu ungleichen Kampf zu bestehen haben. Nur einen Punkt möchte ich erwähnen: Du sprichst von einer Mitteilung, die am 4. Juli dem Grafen Metternich gemacht worden und während dreier Wochen ohne Erwiderung geblieben sei. Das ist mir unklar; denn, wie ich bestimmt zu wissen glaube, hat unser Botschafter unmittelbar nach Entsendung des „Panther“ amtlich erklärt, daß Deutschland keineswegs englische Interessen zu verletzen gedenke und ebensowenig Eurer Regierung das Recht bestritte, über das, was sie nahe berühre, in Erörterung zu treten. Man ist hier offenbar nicht der Ansicht gewesen, daß eine Antwort noch erforderlich wäre oder erwartet würde. Aber (und damit komme ich auf das Gebiet des Allgemeinen) angenommen, England hätte eine erneute oder eine andere Erläuterung gewünscht, so bot sich der einfache Weg, bei Graf Metternich oder durch Sir Edw. Goschen anzufragen. Man wählte aber einen ungewöhnlichen Weg und ließ auf einem Bankett durch einen Minister eine Erklärung verlesen: die ganze mise en scène und der drohende Ton dieser Erklärung stellten, wenn auch nicht in dem diplomatischen, so doch in dem gewöhnlichen Sinne des Wortes einen unfreundlichen Akt dar. Wenn Du die etwa eine Woche jüngere Rede des Mr. Asquith auf die gleiche Stufe mit derjenigen des Mr. Lloyd George stellst, so bereitest Du mir eine Enttäuschung; denn man hatte hier allgemein angenommen, der Premierminister habe mit Absicht einen etwas freundlicheren Ton angeschlagen.

Du kritisierst ferner, wie viele Deiner Landsleute, den Umfang der deutschen Forderungen. Möglich, daß sie erheblich waren; seither sind sie

ermäßigt worden; wie denn auch andere Mächte wohl nicht immer sofort mit dem Minimum ihrer Forderungen hervorgetreten sind. Mir erscheint aber der Ausgangspunkt der Kritik an sich falsch gewählt. England hat sich seinerzeit mit den Franzosen über Marokko geeinigt für eine Gegengabe; England ist heute gewillt, die wirklich unbestreitbaren Verletzungen des Algeciras-Vertrages hinzunehmen. Ob das eine weise Politik ist, darüber habt Ihr und künftige Historiker zu entscheiden. Keinesfalls ist der Schluß, wie er dem englischen Nationalcharakter nahe liegt, berechtigt: da England sich für abgefunden hält, hat kein anderer mehr etwas zu sagen. Wir finden, daß die Gründung eines kompakten französischen Reiches am Mittelmeer eine Machtverschiebung bedeutet; und geht sie vor sich unter Verletzung bestehender Verträge, so denkt Deutschland nicht daran, ruhig zuzusehen. Sollten die geforderten oder gebotenen Entschädigungen englische Interessen bedrohen, so müßte das selbstverständlich von den dazu Berufenen zur Sprache gebracht werden. Handelt es sich aber um rein deutsch-französische Auseinandersetzungen, in die England sich einzumischen Miene macht, so muß dadurch eine Verstimmung entstehen. In Kreisen, die weder antienglisch noch chauvinistisch sind, hört man sagen, England tut gerade so, als sei es arbiter mundi oder habe das Protektorat über Frankreich in Händen.

Du vergleichst die Form, in der die deutsche Aktion eingeleitet worden ist, mit einer (hypothetischen) *entrée en discussion*, die ich Dir gegenüber wählen könnte. Der Vergleich ist richtig und drastisch, aber nicht zutreffend. Einmal bin ich für das *procedere*, welches Du mir im Scherz zutraust, zu sanftmütig, dann aber würdest Du mir stets andere Möglichkeiten für Erörterungen bieten. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland haben sich aber in den letzten Jahren so entwickelt, daß Diskussionen in der sonst üblichen und bequemen Form als aussichtslos betrachtet werden müssen. Die Fälle sind zahlreich, in denen durchaus freundschaftliche Besprechungen stattgefunden haben, dann aber von den Franzosen ohne erkennbaren Grund in unliebensw  rdiger Weise abgebrochen worden sind; ich kenne solche Vorkommnisse aus meiner eigenen bescheidenen Praxis. Zusagen werden ohne weitere Erklärung einfach nicht gehalten, wie noch kürzlich gelegentlich des Zuges nach Fez. Und woher kommt das? Gewiß zum Teil daher, daß die unaufhörlichen Ministerwechsel in Frankreich oft störend wirken. Die Hauptsache bleibt aber, daß die Franzosen die Gewißheit gewonnen haben, daß sie auf englische Hilfe rechnen können, sobald es sich um eine friedliche oder andere Auseinander-



setzung mit Deutschland handelt. Das ist der Punkt, der mich auch für die Zukunft besorgt macht über die gegenwärtige Krisis hinaus, die n. b. ihrerseits durchaus noch nicht überwunden ist. Ich glaube also: hätte man vor sechs Wochen Frankreich nur zu einer Besprechung eingeladen, so wäre außer schönen Worten nichts dabei herausgekommen.

In einem indessen kann ich Dir recht geben: seit einiger Zeit nimmt ein Teil unserer rechtsstehenden Presse eine Haltung ein, die mir kaum mehr gefällt als Dir. Das Geschreibsel ist leichtfertig und abgeschmackt. Du wirst aber bemerkt haben, daß die Angriffe auf England und Frankreich an Heftigkeit durch diejenigen übertroffen werden, die sich gegen den Kaiser und seine Ratgeber richten. Es sind das die lieben Alldeutschen, eine verdrießliche Menschensorte, die recht laut schreien, um nicht merken zu lassen, wie wenig zahlreich sie sind.

Im Augenblick findest Du vielleicht Liverpool\* interessanter als ganz Afrika. Das sind üble Dinge, die die englischen Arbeiter da anrichten! Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß diese Krisis zeitlich mit einem großen Siege der Demokratie zusammenfällt. Jedenfalls ist das Beispiel um so böser, als man die englischen Arbeiter stets als besonnenere Leute betrachtet hat. Ein jeder auf der Welt kann sagen: tua res agitur.

Mir scheint, ich habe genug geschwätzt!

Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus

Dein alter Freund

Paul Schwa bach.

---

#### Brief an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Kiderlen, Berlin.

Berlin, den 13. September 1911.

Euere Exzellenz!

Ich habe gestern den Pariser noch ausführlich gesprochen und ihm folgende Antwort erteilt: 1. Deutschland hat in Marokko keine Sonderrechte verlangt. G. behauptet bestimmt, von M. Caillaux das Gegenteil gehört zu haben; aber ich erwiderte, Ew. Exzellenz Ausdrücke seien so klar gewesen, daß ich ein Mißverständnis für ausgeschlossen hielte. 2. Ein Syndikat à trois basé sur une société de monopole mag an sich keine üble Lösung darstellen, widerspricht indes dem Algeciras-Vertrag, kommt also

---

\* Streikunruhen!

nicht in Frage. Darauf meinte G.: wenn alle Signatarmächte von Algieras zustimmten, wäre diese Schwierigkeit behoben, und man könne den Plan wieder aufgreifen. Ich erklärte, mich nicht äußern zu können; indessen wenn man in Paris etwa an eine neue Konferenz dächte, so würde man hier wenig Gegenliebe finden. — Summa: Ich kann über Marokko nichts von Belang sagen, wie ich denn den Gedanken einer heimlichen Nebenverhandlung möglichst beiseite geschoben habe. 3. Die Gründung einer deutsch-französischen Bank hat zwar mit Marokko nichts zu tun, aber Ew. Exzellenz finden den Plan interessant und würden Sich freuen, wenn nach Abschluß der jetzigen Verhandlungen etwas zustande käme, was auf Identität wirtschaftlicher Interessen hinwiese, und besonders wenn die Angelegenheit rein geschäftsmäßig behandelt würde; die Sympathie der Regierung könne trotzdem von großem Nutzen sein.

Da ich also über Marokko nichts zu sagen habe, die Bankfrage nicht eben eilig sei, fragte ich, ob denn meine Reise nach Paris jetzt einen Zweck habe. G. verlangte darauf dringend, ich möchte sofort kommen.

Ich werde also heute abend abreisen; bitte, mir durch meinen Boten sagen zu lassen, wann ich mich melden darf; vormittags kann ich mich allerdings schwer freimachen.

Ich verbleibe mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung

Euerer Exzellenz ganz ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Caillaux über Marokko.  
(Aufzeichnung.)**

Berlin, den 16. September 1911.

Am 14. September nachmittags empfing mich Baron G. am Bahnhof in Paris.

Er hatte M. Caillaux am gleichen Tage besucht und verabredet, daß ich um 6 Uhr im Ministerium erscheinen sollte. Bei dieser Gelegenheit haben die Herren über G.s Unterhaltung mit mir gesprochen; G. hat dabei hervorgehoben, daß ich, der ich soeben von der Reise heimgekehrt war, also als unbeeinflusste Stimme aus dem Volke gelten konnte, ein entschiedenes Mißtrauen gegen die französische Kolonialpolitik geäußert habe, deren Richtung unsere Regierung nötigte, besondere Vorkehrungen zu

treffen; er hat auch meine Bemerkung zitiert, daß vom rein geschäftlichen Standpunkte aus die Besetzung Marokkos durch England uns kaltlassen könnte.

G. behauptete, damit Eindruck auf M. Caillaux gemacht zu haben.

Der Ministerpräsident machte zunächst zwei einleitende Bemerkungen: 1. er beabsichtige nicht etwa, über den Kopf des M. Cambon hinweg Nebenverhandlungen zu führen, 2. er lege großen Wert darauf, festzustellen, daß er in keiner Form Pariser Banken veranlaßt hätte, durch Abziehung ihrer Guthaben eine Panik an der Berliner Börse hervorzurufen.

Ich entgegnete: 1. Pour un tel rôle je ne serais ni autorisé, ni outillé, ni disposé, sondern ich wäre in Paris, um den Plan einer deutsch-französischen Bank zu erörtern. 2. In Berlin hat gar keine Panik stattgefunden, wir hatten schwache Börsen wie andere auch, und zwar aus mancherlei Gründen, die mit Politik nichts zu schaffen haben; im übrigen hat kein Verständiger bei uns geglaubt, daß er, der Minister, eine Maßregel ergriffen habe wie die von ihm erwähnte.

Ich fragte dann, wie er zu der geplanten Bankgründung stehe.

M. Caillaux meinte: „Ce serait sans doute une très bonne chose, mais, auparavant, il faut créer une autre atmosphère.“ Meine antwortende Frage: „Mais n'êtes-vous pas en train de créer cette atmosphère?“ brachte den gewünschten Übergang.

M. Caillaux setzte mir auseinander, er habe die Verhandlungen auf eine breitere Grundlage stellen wollen und nicht auf Marokko beschränken. (Gegen Ende der Unterredung fragte ich, was er denn im Sinne gehabt habe, und erhielt den Bescheid: „Les questions d'Orient“, eine Verständigung, die ein vernünftiges Bahnprogramm in der Türkei ermögliche.) Frankreich ist nach Ansicht des M. Caillaux in seinen Zugeständnissen sehr weit gegangen; ein Volk, das 1870 noch nicht vergessen hat, entschließt sich schwer zu Gebietsabtretungen; möglich, daß das Kabinett darüber fällt. Die Presse ist erregt; der Brief der Comtesse de Brazza\* hat tiefen Eindruck gemacht. Die Deutschen verstehen nicht cette espèce de mentalité, sehen nicht ein, wie schwierig die Stellung eines demokratischen Ministers gegenüber der öffentlichen Meinung ist — „et, en somme, qu'est-ce que vous voulez?“

Ich entgegnete: „Es ist möglich, daß wir Ihre mentalité nicht begreifen, mais, êtes-vous très sûr, de comprendre la nôtre?“

Der Unterschied in der Stellung eines französischen und eines deutschen

---

\* Protest der Witwe des Erforschers und Generalgouverneurs des französischen Kongogebiets gegen die Abtretung dieser Kolonie an Deutschland.



Ministers, wenn es sich um nationale Fragen handelt, ist mehr theoretischer Natur; ich glaube zu wissen, daß Herrn von Kiderlen genau wie Ihnen mit Artikeln, Briefen usw. zugesetzt wird, daß er genau wie Sie Mühe hat, die Presse im Zaume zu halten. Was wir wollen, weil wir es wollen müssen, ist die offene Tür, „mais autrement que sur du papier, fût-ce du parchemin.“ Der deutsche Handel hat in französischen Kolonien und Protektoraten üble Erfahrungen gemacht, und wir müssen uns schützen; „votre système colonial est peut-être le bon, je n'oserai le critiquer, seulement, il est mal commode pour les autres.“

M. Caillaux meinte, diese Dinge seien schwer zu behandeln; noch kürzlich sei in Ägypten eine französische Firma in illoyaler Weise bei einer Ausschreibung ausgeschlossen worden. Ich: „Merci pour l'argument qui prouve combien il faut être prudent“; — worauf der Minister sagte, er wäre bereit, weitgehende Bürgschaften zuzugestehen. Er erwähnte die deutscherseits beantragte Beaufsichtigung der adjudications nicht ausdrücklich, ich infolgedessen natürlich auch nicht, sondern ich fragte, was denn noch vorläge, wenn die Gebietsabtretungen und die „offene Tür“ geregelt seien.

M. Caillaux: Deutschland verlangt Sondervorrechte, die mit dem Algecirasvertrag unvereinbar und daher unannehmbar sind. Ich bezweifelte, daß in dem deutschen Vertragsentwurf davon etwas stünde. M. Caillaux behauptete, dem wäre aber so. Ich ließ die Nuance des Annexe aus naheliegenden Gründen auf sich beruhen, sagte aber, der von ihm erwähnte Vorschlag käme mir wie ein alter Bekannter vor, mir schiene, er sei vor geraumer Zeit von Paris aus gemacht worden. — Nein, war die Antwort, der Vorschlag ist Berliner Ursprungs, in Paris nur anders formuliert worden, aber damals konnte man noch auf dergleichen eingehen, als noch nicht von Abtretungen die Rede war. Ich konnte nur erwidern, daß ich das nicht begriffe, denn etwas ist mit der Algecirasakte unvereinbar oder nicht.

Dann kam M. Caillaux auf die Frage der Betriebsleitung auf Eisenbahnen; da sei er ganz fest entschlossen, nicht nachzugeben; „il faut que l'exploitation reste avec le Maghsen, je sais vous me direz que cela veut dire la France; eh bien oui, c'est ce que je veux. Le cas échéant, les allemands auront tout le bénéfice financier et industriel, mais l'exploitation de chemins de fer est un moyen d'influence politique, tous les états ont ou s'efforcent d'avoir les chemins de fer entre leurs mains. La France ne peut pas y renoncer.“ Es wird schwer sein, die Abtretungen am Kongo zu vertreten, es ist nicht unmöglich, „pourvu que de l'autre côté j'apporte tout le Maroc, tout entier.“

Meine Entgegnung verfiel gar nicht: ich sagte, in Frankreich wären noch viele Linien in privaten Händen, in England und Amerika alle, eine Staatsaufsicht würde etwas Natürliches sein und vor allen Bedenklichkeiten, die ich n. b. nicht entdeckte, schützen; man könne ferner für gewisse Distrikte, z. B. an der algerischen Grenze, Ausnahmen zugunsten Frankreichs machen.

Zum Schluß bat ich, rekapitulieren zu dürfen, und führte die soeben erörterten Punkte auf mit der Frage: „J'ai bien compris, il n'y a pas autre chose?“ Nach einiger Überlegung sagte M. Caillaux: „non, au moins, ce sont les deux points essentiels.“ Ich glaubte, daraus schließen zu dürfen, daß er bereit sein würde, in den übrigen noch offenen Fragen nachzugeben.

Ich ließ mir ferner nochmals bestätigen, daß der Minister dem Plan einer deutsch-französischen Bank wohlwollend gegenüberstehe, „dès que l'on sera parvenu à créer entre nos pays des rapports peut-être pas amicaux, mais normaux et tranquilles.“ M. Caillaux antwortete sehr lebhaft: „des rapports qui pourraient et devraient devenir bientôt amicaux.“

Auf eine Zwischenbemerkung, die Langsamkeit der Verhandlungen wäre zu beklagen, man würde auf beiden Seiten immer nervöser in Presse und Publikum, hatte ich erwidert, die häufigen Veröffentlichungen deutscher Forderungen hätten unseren Staatsmännern die Sache arg erschwert, insbesondere aber die englische Einmischung und die Rede von Mr. Lloyd George. M. Caillaux erkannte das an; die erwähnte Rede erklärte er für einen innerpolitischen Schachzug, ihm sei sie höchst unwillkommen gewesen. —

Mein Gesamteindruck geht dahin, daß M. Caillaux der ehrlichen Überzeugung ist, daß eine dauernde Verständigung mit Deutschland möglich und wünschenswert sei. Aus mehreren Bemerkungen schloß ich, daß man in Paris anfängt, die englische Freundschaft als etwas lästig zu empfinden, wozu das wenig zurückhaltende Wesen von Sir Francis Bertie das seinige beitragen mag.

Inzwischen ist insofern ein Novum eingetreten, als, wie die gestrigen Morgenblätter in Paris melden, eine starke Bewegung die sofortige Einberufung der Kammer fordert. Überhaupt scheint wirklich die Nervosität der französischen Presse zuzunehmen, obwohl M. Caillaux behauptet, alles daranzusetzen, um sie zu beruhigen.

---

Brief an Bankdirektor Otto Joel, Mailand.

Berlin, den 22. September 1911.

Sehr verehrter Herr und Freund!

Ich empfang Ihre gestrige liebenswürdige Depesche.

Was das Telegramm meiner Firma an Sie veranlaßt hat, ist folgendes: Vorgestern früh erschien in den hiesigen Blättern ein Communiqué der Agence Havas und eine Art von Antwortnote aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Obwohl ich persönlich finde, daß diese Schriftstücke in nüchterner Form die Sachlage zeichnen, haben sich doch hier einige Leute überflüssigerweise aufgeregt und behaupteten, Schauerdinge daraus zu lesen. Diese Auffassung ist dem Auswärtigen Amte mitgeteilt worden, und von dort her ist an einzelne Stellen telephonierte worden in dem Sinne, wie es die Depesche meines Hauses an Sie anzeigt.

Gestern war ich nicht in Berlin. Heute habe ich an maßgeblicher Stelle eine längere Unterhaltung gehabt, aus der hervorgeht, daß die Dinge in der Tat ihren normalen Gang weitergehen. Auch die Presse nimmt jetzt mit Recht an, daß binnen einiger Tage zwischen Deutschland und Frankreich die zukünftige Behandlung von Marokko vereinbart sein wird, vorbehaltlich einer Verständigung über die am Kongo zu machenden Abtretungen. Hoffentlich gelingt es, sich auch über diesen Punkt zu einigen, und zwar rasch, weil in einer so heiklen Angelegenheit natürlich die Furcht nicht ganz von der Hand zu weisen ist, daß die Verhandlungen im letzten Augenblick scheitern, und dann wäre das ganze mühsam aufgebaute Werk wieder in Frage gestellt.

Von einer Kriegslust kann natürlich weder hüben noch drüben die Rede sein.

Ebenso ist es m. E. vollkommen verkehrt zu behaupten, die Franzosen hätten die in Deutschland angelegten Gelder abgezogen, um ihre finanzielle Überlegenheit zu zeigen und Deutschland entsprechend zu schwächen; erstens haben die Franzosen auch von anderen Punkten her, z. B. aus London und Brüssel, ihre Guthaben abgezogen; dann aber scheint mir der gegenwärtige Zustand des Geldmarktes in Paris und die dortige Diskonterhöhung zur Genüge zu beweisen, daß ganz andere als politische Gründe maßgebend gewesen sind.

Wenn ich also im großen und ganzen auf Grund der mir gemachten



Mitteilungen die Marokko-Angelegenheit optimistisch ansehe, so bin ich leider wegen einer anderen Sache einigermaßen nervös, und zwar wegen Tripolis.

Man gönnt hierzulande gewiß Italien alles Gute, aber man sieht nicht ohne große Besorgnis die Möglichkeit näherrücken, einen Bundesgenossen und einen Freund in ernstem Konflikt geraten zu sehen. Ich begreife vollkommen, daß sich Italien in noch höherem Maße als Deutschland durch den Gedanken beunruhigt fühlt, daß Frankreich ein so entschiedenes Übergewicht im Mittelmeere erlangen soll, wie es geschehen wird, wenn nach Einverleibung Marokkos das ganze westliche Nordafrika unter französischer Herrschaft stehen wird.

Es soll durchaus keine Klage darin liegen, wenn ich die Bemerkung mache, die übrigens nur von mir persönlich stammt, daß Italien einen kleinen Teil der Schuld auf sich geladen hat, als es sich in den Algeciras-Zeiten gar zu schnell auf die Seite Frankreichs stellte, nur vielleicht wegen der tripolitischen Exspektanz. Damals herrschte freilich noch Abdul Hamid, und heute haben wir es mit einer türkischen Regierung zu tun, deren Hauptstärke verloren wäre, wenn sie eine weitere Schwächung des türkischen Ansehens nach außen ruhig hinnähme; die Behandlung der Kreta-Frage dient als Beispiel.

Folgendes aber möchte ich Ihnen vertraulich mitteilen, da ich meine, daß es Sie und Ihre römischen Freunde interessieren dürfte: Der türkische Botschafter ist zu verschiedenen Malen auf unserem Auswärtigen Amte erschienen und hat ein Klagelied über die italienischen Absichten auf Tripolis angestimmt. Vor ganz kurzem hat er einen Erlaß des Großveziers zur Kenntnis gebracht, der in ziemlich energischem Tone gehalten war, und der Botschafter hat erläuternd hinzugefügt: wenn Italien an der tripolitischen Küste einen Handstreich unternimmt, den die Türkei mangels bereiter Streitkräfte nicht abwenden kann, so hat sich Italien damit hors de loi gesetzt und ihm würde gleichfalls mit den schroffsten Mitteln begegnet werden; d. h. man würde sämtliche italienischen Untertanen im türkischen Reiche für rechtlos erklären, selbstverständlich die italienischen Waren boykottieren usw.

Ich glaube nicht, daß man solche Drohungen ohne weiteres als eitel und renommistisch von der Hand weisen darf; sondern nach der ganzen, auch mir persönlich bekannten Auffassung in Konstantinopel glaube ich mit der Möglichkeit rechnen zu sollen, daß die Türken derartige Mittel in Anwendung bringen. Dann kann es aber leicht geschehen, daß der Vorteil, den

eine Aktion in Tripolis mit sich bringt, mehr als aufgewogen wird durch den Schaden, den nicht nur einzelne italienische Untertanen, sondern vor allem der italienische Handel erleiden. . . .

Mit bestem Gruß verbleibe ich

Ihr aufrichtig ergebener

Paul Schwa b a c h.

---

**Brief an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Kiderlen, Berlin.\***  
(Entwurf.)

Paris, den 10. Oktober 1911.

Euere Exzellenz!

M. Caillaux, den ich heute mittag lange gesprochen habe, sagte mir das Folgende: die Marokkofrage im eigentlichen Sinne hält er für erledigt. Zwar besteht noch der Wunsch Deutschlands, daß in einem besonderen Schriftstück der Bau von Eisenbahnen versprochen werde; Frankreich kann darauf nicht eingehen, da jede Unterlage in technischer und kommerzieller Hinsicht fehlt; aber M. Caillaux erwartet nicht, daß dieser Punkt erhebliche Schwierigkeiten machen wird. — Zweierlei indes wünscht der Minister Euer Exzellenz unterbreitet zu wissen: 1. Es ist seiner Ansicht nach Gefahr im Verzuge. Ende Oktober etwa wird die Kammer zusammentreten, und er muß sie vor eine vollzogene Tatsache stellen können. Er rechnet zwar auf eine stattliche Anhängerzahl, aber gerade seine Anhänger haben kürzlich in Nîmes eine Resolution gefaßt, die eine Gebietsabtretung verwirft. Presse und Publikum s'émeuvent, die Stimmung wird zusehends chauvinistischer; demnächst findet in Neuilly eine Ersatzwahl statt, in der voraussichtlich Déroulède gewählt werden wird, der noch vor kurzem nicht gewagt haben würde, sich dort zu zeigen. Es tut Eile not, und er, C., fragte mich auf Ehre und Gewissen, ob meiner Meinung nach Herr v. K. ernstlich abschließen wolle. Ich erwiderte lachend, ich hätte in Berlin den analogen Zweifel gehört, der sich wohl erklären ließe durch die Langsamkeit, mit der französische Antworten einliefen, und die immer wiederholten störenden Indiskretionen. Beide Beschwerden haben, wie der Minister sagt, darin ihren Grund, daß er in wichtigen Fällen seinen Kollegen hören muß und ein so zahlreiches Gremium nicht zur Verschwiegenheit veranlassen kann. 2. Abtretungen an Kolonien sollen erfolgen und dürften auch von

---

\* Vgl. Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914, Bd. 29, S. 398 (Nr. 10 762/63).

der Mehrheit der Kammer gutgeheißen werden, auf etwas mehr oder weniger kommt es auch nicht an. Aber er wird es doch durchsetzen können, daß man die Kolonie in zwei Teile zerschneiden läßt. C. warnt uns davor, bis an die belgische Grenze heranzugehen; Belgien werde dadurch stutzig gemacht, und es würde ihm ein leichtes sein, sich als den Beschützer Belgiens hinzustellen und seine vollen Sympathien zu erwerben. Belgien steht im Begriff, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Ich ließ die Richtigkeit solcher Erwägungen dahingestellt und wiederholte: Unsere Kolonialen sind mächtig und laut; sie würden rebellisch werden, wenn nicht für Deutschland Wertvolleres abfiele als ein wenig Land; ich glaube also nicht, daß unsere Regierung auf den Zugang zum Fluß verzichten würde. — „Wie wäre es, meinte der Minister, mit einer neutralen Zone? Entweder kann ein Streifen am östlichen Ufer von Frankreich durch Belgien abgepachtet werden, mit der Verpflichtung, keine Befestigungen zu errichten, und mit der Maßgabe, daß die Pacht erlischt, sobald der Kongostaat in andere Hände übergeht. (N. B. sei der Kongostaat ein viel zu großer Bissen, als daß ihn Frankreich trotz seines Vorkaufsrechtes je allein verschlucken könnte; es müsse dann eine Teilung zwischen Frankreich, England und Deutschland stattfinden.) Oder es wird am westlichen Ufer ein Streifen neutralisiert, dergestalt, daß keine Militärposten oder dergleichen, wohl aber Stapelplätze und Handelsniederlassungen aller Art angelegt werden dürfen.“ Zu dieser Modalität äußerte ich Zweifel, ob Belgien Anlaß habe, darauf einzugehen. Ich darf hier einschalten, daß Verhandlungen solcher Art in Brüssel gewiß nicht ganz rasch zu erledigen wären und neuen Aufschub bedeuten würden. Das Zweite erschien mir, wie ich C. sagte, nicht dazu angetan, die deutschen Wünsche zu befriedigen. „Eh bien,“ erwiderte C., „M. de K. est assez ingénieux pour trouver une autre formule dans cet ordre d'idées.“ — Deutschland soll, wie ein Portugiese erzählt, die Royalisten in Portugal unterstützen; ich erkläre das für Unsinn. Betr. Banken nichts Neues, gleiche Sympathien wie vorher. . . .

---



**Briefe an Bankdirektor Otto Joel, Mailand.****I.**

Berlin, den 19. Oktober 1911.

Verehrter Herr und Freund!

Vor einigen Tagen habe ich einen Brief von Herrn Stringher\* erhalten, in welchem er sich über einen heftigen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ beklagte. Herr Stringher wies darauf hin, wie wünschenswert es zur Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen Italien und Deutschland sei, daß die Presse hierzulande einen etwas freundschaftlicheren Ton anschlägt.

Ich habe darauf erwidert, und zwar durchaus wahrheitsgetreu, daß der Artikel in unseren eigenen politischen Kreisen Mißfallen erregt habe, sogar bei dem hiesigen Vertreter der „Frankfurter Zeitung“. Ferner weiß ich bestimmt, daß unsere Regierung sich fortgesetzt bemüht hat, die Presse zu derselben bundesfreundlichen Haltung zu bewegen, welche sie selbst einnimmt.

Ich teile Ihnen das mit, weil Herr Stringher Sie möglicherweise gelegentlich darauf anspricht. Freilich habe ich die Bemerkung nicht unterdrücken können, daß ich mir nicht denken könne, wie eine auf gemeinsamen Interessen aufgebaute Bundesgenossenschaft durch einzelne Presseäußerungen in Gefahr geraten solle; wir hätten es erlebt, daß Deutschland in wichtigen und schwierigen Augenblicken mit der Gegnerschaft nahezu der gesamten italienischen Presse zu rechnen hatte, und die Allianz ist doch bestehen geblieben.

Ihnen gegenüber, verehrter Freund, möchte ich noch einen Schritt weitergehen und folgendes sagen:

Meines Erachtens hat sich Deutschland gelegentlich des jetzigen Krieges Italien gegenüber ganz ausgezeichnet benommen. Ich meine: auch im Privatleben drückt sich die Freundschaft nicht dadurch aus, daß ich zu einem Freunde halte, der meiner Ansicht nach durchaus im Rechte ist, sondern daß ich auch gelegentlich da und dann für ihn eintrete, wo meine Ansicht von der seinigen abweicht. In einer solchen Lage befindet sich Deutschland Italien gegenüber. Denn ich kann nicht leugnen, und Sie

---

\* Generaldirektor der Banca d'Italia.

werden es mir nicht übelnehmen, wenn ich es offen ausspreche: der Überfall auf Tripolis hat in Deutschland nicht sympathisch gewirkt. Es bestand für die Kriegserklärung nicht einmal ein Vorwand; denn, daß in den letzten Jahren italienische Unternehmungen in Tripolis von den Türken unfreundlich behandelt worden sind, ist erstens überhaupt kein sehr überzeugender Grund für einen Krieg, dann aber war das auch begreiflich, da die Absichten Italiens auf Tripolis den Türken wie aller Welt seit Jahren wohl bekannt waren. Es kommt ferner dazu, daß unsere politische und geschäftliche Welt in und an der Türkei die bedeutsamsten Interessen hat. Eine Schädigung der Türkei ist uns Deutschen an sich unwillkommen, und wir mußten mit der ernststen Gefahr rechnen, daß ein unglücklicher auswärtiger Krieg die ohnehin noch nicht gefesteten inneren Verhältnisse im türkischen Reich über den Haufen wirft und damit Handel und Wandel dort auf das ernsteste bedroht. Trotz alledem ist die Haltung der Regierung und des überwiegenden Teiles der Presse bundesfreundlich und herzlich, immer aber korrekt gewesen. Wenn die Herren, welche Italiens Geschicke lenken, damit die Haltung ihres Landes während der Algeciraskrise vergleichen, werden sie billigerweise keinen Tadel gegen Deutschland aussprechen dürfen. —

Als Verwaltungsrat der Banca Commerciale möchte ich mir nun die Frage erlauben, ob sich der Krieg in dem Kreise der Industrien, die unserer Bank nahestehen, unliebsam bemerkbar macht; ich bin nicht darüber informiert, welche von den Etablissements nach dem Orient Handel treiben . . .

In freundschaftlicher Verehrung

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

## II.

Berlin, den 25. Oktober 1911.

Verehrter Herr und Freund!

Vielen Dank für Ihre ausführlichen Mitteilungen sowie für die Übersendung der italienischen Zeitungen.

Ich habe in diesen letzten Tagen offizielle Persönlichkeiten nicht gesehen, werde aber binnen sehr kurzer Zeit von Ihren freundlichen Mitteilungen Gebrauch machen.

Inzwischen scheint mir, daß sich die Gemüter, soweit die deutsch-italienischen Beziehungen in Frage kommen, hüben und drüben etwas

beruhigt haben, indem jeder die besondere Lage und die besonderen Interessen des anderen unbefangener würdigt.

Mir persönlich leuchtet das Argument ein, daß für die Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität in Tripolis darin eine Schwierigkeit liegt, daß dieses Ländchen dann eventuell Abgeordnete nach Konstantinopel zu entsenden haben würde, eine Schwierigkeit, die, wie mir sehr wohl erinnerlich ist, gelegentlich der bosnischen Krise häufig besprochen worden ist. Ich meine aber, daß solche Schwierigkeiten darum nicht unüberwindlich sein sollten, da sie mehr auf dem formalen Gebiete liegen; denn darüber herrscht wohl kein Zweifel, daß Italien die tatsächliche Macht in Tripolis nicht mehr aufgeben wird. Ich halte mich nicht dazu befähigt und nicht dazu berufen, in solchen Dingen Ratschläge zu erteilen; aber mir ist eine Lösung eingefallen, die vielleicht in ihrer Grundlage der Erwägung wert sein könnte. Ich gehe davon aus, daß ein liberales Land wie Italien ein Gebiet, das unter seine Herrschaft gerät, nicht ohne Verfassung wird lassen wollen, und gewiß nicht in einem Falle wie dem vorliegenden, in welchem wenigstens dem Namen nach eine Verfassung bereits besteht. Daß Tripolis Abgeordnete nach Konstantinopel schickt, will man nicht zulassen; andererseits sehe ich nicht, was tripolitanische Abgeordnete in Rom zu suchen hätten; denn einmal würden sie für die eigentlich italienischen Interessen keinen Sinn haben und schwerlich nützliche Mitglieder des Parlaments sein, andererseits können sie auch nicht hoffen, für ihr eigenes Heimatland praktisch zu wirken. Das Richtige würde also sein, für Tripolis eine parlamentartige Einrichtung zu schaffen, wobei ich natürlich die Frage ganz offen lasse, ob sie mehr einem wirklichen Parlament oder einer Notabelnversammlung ähnlich sein soll. Daneben oder, wenn Sie wollen, darüber könnte ich mir einen lokalen Herrscher denken, der ein wenig besser als ein Gouverneur und etwas weniger als ein Khedive wäre, natürlich in allen praktischen Dingen durchaus abhängig von Italien, der Form nach aber in irgendeinem Verhältnis zum Sultan.

Die Beziehungen zwischen Konstantinopel und Tripolis können, soviel ich sehe, doch nicht vollkommen gelöst werden. Die Türkei hat bisher aus Tripolis Einkünfte bezogen, die in ihrem Budget nicht bedeutungslos sind, und, soviel ich weiß, zwischen Ltq. 70- u. 80 000 betragen haben. Mir ist gesagt worden, daß Italien versprochen habe, daß die Türkei in Hinsicht auf diese Einkünfte nicht geschädigt werden sollte, und es wäre auch in hohem Maße wünschenswert, wenn hieran festgehalten werden könnte. Sie kennen zur Genüge die Einrichtung der Dette Publique . . ., und die westeuropäischen



Regierungen würden in Verlegenheit geraten, wenn sie mitansehen sollten, daß man der Türkei und insbesondere der Dette Publique erhebliche Einkünfte entzieht. — Nebenbei bemerkt, hatte die Türkei aus Bosnien und der Herzegowina nichts bezogen und bezieht auch heute schon nichts aus Kreta. Natürlich dürfte die Abführung einer gewissen jährlichen Summe nicht den Charakter eines Tributes erhalten, wie es ja auch durchaus möglich ist, daß sich Italien dazu entschließt, eine Pauschalsumme als Abfindung zu zahlen, welche eine vernünftige Kapitalisierung der erwähnten Einkünfte bedeutet. Das wird allerdings wohl nicht sofort geschehen, damit nicht der Anschein erweckt wird, als kaufe Italien den Türken ein Gebiet ab; das wäre unerwünscht sowohl der italienischen wie auch der türkischen öffentlichen Meinung gegenüber. —

Ich teile durchaus Ihren Wunsch, daß wir schriftlich in Fühlung bleiben, da mir das Schicksal eine häufige Begegnung mit Ihnen nicht gönnt, und Sie werden mich immer bereit finden, Ihnen jedwede Mitteilung oder Information zugehen zu lassen, über die ich verfüge, und die für Sie von Interesse sein könnte.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich

Ihr sehr ergebener

Paul Schwabach.

### Brief an Sir Eyre Crowe, London.

Berlin, den 1. November 1911.

Mein lieber Eyre!

Ich habe mit großem Bedauern durch Lady Crowe gehört, daß Dir Deine Augen wieder Mühe bereiten. Ich habe daher einiges Bedenken, Dir überhaupt zu schreiben, tue es aber doch in der Annahme, daß Du Dir meinen Brief vorlesen lassen kannst und daß Du mit eigener Hand erst dann wieder schreiben wirst, wenn es ohne irgendwelche Gefahr für Deine Gesundheit geschehen kann.

Ich komme zurück auf die Mitteilungen, welche Du mir über den Fall Cartwright\* gemacht hast.

---

\* Betr. den sogenannten Cartwright-Artikel der Wiener „Neuen Freien Presse“ vom 25. August 1911. Vgl. die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914, Bd. 29, S. 237 ff.

Die Angelegenheit war mir in hohem Grade wichtig, nicht weil es mich über Gebühr erregte, ob Sir F. Cartwright dieses oder jenes gesagt hat oder nicht, sondern weil ich es beklagenswert fand, daß die leitenden Herren des Foreign Office über die hiesigen Zustände eine so schlechte Meinung haben.

In unserem Auswärtigen Amt besteht, wie jeder weiß, ein Pressebüro, dessen Leiter sich möglicherweise gelegentliche Seitensprünge erlaubt, der aber der hierarchische Untergebene des Staatssekretärs ist. Es würde dem letzteren und dem ihm unterstellten Amte also nicht möglich sein, grobe Mißgriffe oder Schlimmeres dadurch von sich abzuschütteln, daß er es dem Pressebüro zuschiebt.

Nun ist Dir gemeldet worden: 1. der Interviewartikel der „N. F. P.“ sei in Berlin vor seiner Veröffentlichung durchgesehen worden; das muß doch heißen sollen: an einer amtlichen oder halbamtlichen Stelle; 2. der deutsche Geschäftsträger in Wien habe in eigener Person eine Pressekampagne eingeleitet; mit anderen Worten: das deutsche Auswärtige Amt oder einige seiner Organe haben in hinterlistiger Weise und gegen besseres Wissen aus heiler Haut eine Hetze gegen Sir Fr. Cartwright veranstaltet.

Dieser Vorwurf, von Dir kommend, ist so schwer, daß ich mich begreiflicherweise nicht für berechtigt halten konnte, dazu zu schweigen, und ich habe die Angelegenheit an geeigneter Stelle zur Sprache gebracht, mit dem gleichzeitigen Hinweise darauf, daß eine genaue Untersuchung des Falles unbedingt erforderlich sei; entweder müsse klargemacht werden, daß diese von mir übermittelten Angaben unrichtig seien, oder aber es müsse Vorsorge getroffen werden, daß derartiges in Zukunft nicht mehr begegnen kann. Es werden immer Dinge vorkommen, die einer anderen Regierung unbequem sind oder gar als feindselig erscheinen; aber offenbare Unanständigkeiten darf die deutsche Regierung sich und ihren Organen nicht vorwerfen lassen.

Ich habe für die Wichtigkeit meiner Mitteilungen volles Verständnis gefunden, und die von mir angeregte Untersuchung hat stattgefunden. Alle Personen, die irgendwie beteiligt sein konnten, sind verantwortlich befragt worden, und man hat mir das Ergebnis mitgeteilt. Danach liegt die Sache, wie folgt:

Sir Edward Grey hat in einer Besprechung mit Graf Metternich erwähnt, daß der Artikel der „N. F. P.“ nach Berlin geschickt worden sei. In dem Bericht des Grafen Metternich steht dazu: „Vermutlich an eine Pressestelle“. Es ist also damit nicht gesagt und von Graf Metternich auch ganz sicherlich nicht so aufgefaßt worden, daß das Pressebüro damit gemeint gewesen sei.

Wenn die Angabe also überhaupt zutrifft, so kann sie nur bedeuten, daß die Redaktion der „N. F. P.“ den Artikel privatim an irgendeine ihr nahestehende Berliner Redaktion eingeschickt hat, vielleicht, um eine ungefähr gleichzeitige Veröffentlichung herbeizuführen, oder aus ähnlichen journalistischen Gründen, die ich nicht kenne, und die in diesem Zusammenhange auch nicht interessieren. Sämtliche Angehörige des Pressebüros im Auswärtigen Amte haben dienstlich erklärt, daß ihnen vor Erscheinen des Artikels nicht das mindeste davon bekannt gewesen wäre.

Andererseits hat Graf Oberndorff schriftlich die bestimmte Erklärung abgegeben, daß er in den Tagen, in welchen der Artikel erschien, Korrespondenten deutscher Blätter nicht bei sich versammelt habe, daß er auch nicht das geringste getan habe, um Presseorgane in bezug auf diese Angelegenheit nach der einen oder anderen Richtung hin zu beeinflussen.

An dem bewußten Tage selbst ist ein Redakteur der „N. F. P.“ auf der deutschen Botschaft gewesen, ohne aber den Geschäftsträger anzutreffen. Die „N. F. P.“ hat dann das freilich etwas seltsame Anerbieten gemacht, sie stelle ihre Spalten für den Fall zur Verfügung, daß die deutsche Botschaft ihrerseits eine Entgegnung auf den sogenannten Cartwright-Artikel veröffentlichen wolle. Das ist selbstverständlich abgelehnt worden.

Nun hat Euer Wiener Botschafter den mir nicht recht faßlichen Vorwurf gegen Graf Oberndorff erhoben, der deutsche Geschäftsträger hätte nach Erscheinen des Artikels zu ihm — Cartwright — kommen müssen, um das Interview mit ihm zu besprechen. Ich will den Spieß nicht umdrehen; aber näher hätte es ja gelegen, daß Cartwright zu Oberndorff gegangen wäre, um den Sachverhalt aufzuklären.

Somit besteht für mich kein Zweifel, daß der bedauerliche Fall eingetreten ist, daß Ihr über diese immerhin nicht unwichtigen Dinge vollkommen falsch unterrichtet worden seid, nicht nur falsch, sondern in einer Weise, die dazu geeignet war, Mißtrauen, Abneigung und, was das schlimmste ist, Mißachtung gegen uns hervorzurufen. Die Quelle hierfür kann ich erraten, aber nicht nennen.

Ich wiederhole, daß alles, was ich Dir vorstehend mitgeteilt habe, auf amtlichen Erhebungen beruht. Bei meiner genauen Kenntnis desjenigen Herrn, der diese Untersuchung geleitet hat, seines Charakters und seiner Energie, lege ich meine Hand dafür ins Feuer, daß ein Zweifel an den erzielten Ergebnissen nicht bestehen kann.

Wie ich schon oben sagte, ist für mich der sozusagen moralische Teil der Sache der wichtigste.



Was den historischen Teil angeht oder die Frage: „Wie ist der Artikel in der „N. F. P.“ zustande gekommen“, so ist es, glaube ich, nicht richtig, wenn Du sagst, er wäre Eurem Wiener Botschafter nicht zugeschrieben worden. Die „N. F. P.“ hat seinen Namen allerdings nicht genannt; als er aber von allen anderen Seiten genannt wurde, hat dies Blatt sich darauf beschränkt, zu sagen: der Gewährsmann genießt den Schutz des Redaktionsgeheimnisses, — wo es doch so einfach gewesen wäre zu sagen: wir lehnen es ab, den Verfasser zu nennen, wir werden auch auf die ganze Angelegenheit niemals wieder zurückkommen, erklären aber, daß es Sir F. Cartwright nicht gewesen ist. — Dann, bitte, lasse Dir vorlegen — eventuell wäre ich zur Einsendung bereit; denn ich habe das Material zur Hand, — was im Wiener „Vaterland“ in den Tagen vom 10. bis 17. September gestanden hat, die Erklärungen des Herrn Buchmann, dann wieder die Behauptung, kein Mitglied der englischen Botschaft wäre zu Erklärungen berechtigt gewesen, die Tatsache, daß man sich dahinter verschanzt hat, daß Herr Buchmann im amtlichen Sinne des Wortes nicht zur Botschaft gehöre, während er tatsächlich eine Art von Privatsekretär des Botschafters war, usw., dann wird man sich unmöglich des Eindrucks erwehren können, daß Cartwright nicht das unschuldige Lämmlein gewesen ist, als welches er sich nachträglich aufgespielt hat. Es mag wahr sein, daß er mit Münz nur 10 Minuten gesprochen hat; aber in 10 Minuten kann man mancherlei sagen.

Es war aber wiederum eine unrichtige Behauptung, daß sich Münz bei Cartwright entschuldigt habe. Münz hat nur geschrieben, er bedaure, daß dem Botschafter aus der Veröffentlichung des Interviews Verdrießlichkeiten entstanden seien; Münz hat aber nicht geschrieben, daß der bewußte englische Diplomat ein anderer als Cartwright sei, noch hat er an- oder zugegeben, daß er eine eigene feuilletonistische Arbeit geliefert habe.

Ich habe Cartwright niemals gesehen und habe kein eigenes Urteil über ihn; aber folgende zwei Tatsachen sind dazu geeignet, in mir einen gewissen Verdacht gegen ihn zu erwecken.

Einmal wird in Wien in diplomatischen und in finanziellen Kreisen, wie mir scheint, ganz allgemein angenommen, daß sich Cartwright so, wie es Münz zu Papier gebracht hat, geäußert habe.

Zweitens erinnere ich mich folgenden Vorfalles. Ich war im August 1908 in Marienbad, als Sir Edward Goschen soeben auf den Berliner Posten berufen worden war. Ich fragte zufällig einen Herrn aus der Umgebung des Königs Eduard, der damals in Marienbad zur Kur weilte, ob man schon wüßte, wer an Stelle von Goschen nach Wien gehen sollte. Die Antwort

lautete, der Münchener Gesandte Cartwright solle ernannt werden (oder möglicherweise: wäre schon ernannt, — das ist mir nicht mehr erinnerlich); und zwar habe der König auf diese Ernennung den größten Wert gelegt, denn Cartwright sei "very clever, very energetic and very antigerman." Ich will die alte Streitfrage über den Einfluß des Königs Eduard nicht wieder aufwerfen, es ist auch möglich, daß er bei Botschafterernennungen nicht viel zu sagen hatte; aber das wird nicht fortzuleugnen sein, daß in immerhin einflußreichen und jedenfalls unterrichteten Kreisen die Ansicht vorhanden war, daß Cartwright die Schnelligkeit seiner Laufbahn nicht zum wenigsten seiner antideutschen Gesinnung verdankt.

Es sieht nicht schön in der Welt aus; der Sorgen sind gar viele vorhanden. Gestern hörte ich aus Kreisen großer englischer Unternehmer, daß man für den kommenden Winter neue, gewaltige Arbeiterbewegungen, unter Umständen gar eine soziale Revolution zu befürchten habe. Das ist hoffentlich übertrieben, aber es ist schon traurig, daß ernsthafte Leute solche Gedanken äußern.

Mit vielen herzlichen Grüßen und Wünschen für eine gute Besserung

Dein alter Freund

Paul Schwabach.

---

**Brief an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Kiderlen, Berlin.**

Berlin, den 4. November 1911.

Ew. Exzellenz

wollen den Ausdruck meiner Freude darüber entgegennehmen, daß die Verhandlungen mit Frankreich nunmehr zum Abschluß gelangt sind. Wir alle schulden Ihnen Dank; freilich wissen es manche nicht und andere wollen es nicht wissen. Ich zweifle nicht daran, daß das Bewußtsein, Großes und Dauerndes geschaffen zu haben, Sie mit Gelassenheit auf vorübergehende Äußerungen des Unverstandes und der Gehässigkeit herabsehen läßt. Trotzdem hoffe ich, daß die Mehrheit der Nation Ihnen die Anerkennung und den Dank spenden wird, die Ihnen gebühren. — Noch einen persönlichen Dank bitte ich, anfügen zu dürfen: für das Vertrauen, das Ew. Exzellenz mir in ersten Tagen erwiesen haben und das ich mir zur Ehre anrechne.

Mit dem Ausdruck meiner größten Verehrung bin ich

Ew. Exzellenz

ganz ergebener

Paul Schwabach.

---

**Brief an Bankdirektor Otto Joel, Mailand.**

Berlin, den 8. November 1911.

Verehrter Freund!

Ihre liebenswürdigen Zeilen vom 6. d. M. habe ich soeben mit Dank erhalten.

Über den italienisch-türkischen Konflikt läßt sich nicht viel sagen. Man muß mit einer Volksstimmung rechnen, die auf Erreichung eines bestimmten Zieles gerichtet ist, und es ist klar, daß eine Regierung nicht leicht dagegen ankämpfen kann, besonders, da jedermann weiß, daß die tripolitanische Aktion seit Jahren diplomatisch vorbereitet worden ist.

Wenn Sie meinen, daß die von mir erwähnte Äußerung des „Times“-Korrespondenten ironisch gewesen sei, so ist das ein Irrtum; ich habe ausführlich mit dem Herrn über die Dinge gesprochen. Tatsächlich ist aber, wie ich zugeben muß, die Stimmung hierzulande wieder etwas abgewandelt. Was alles dazu beigetragen hat, brauche ich einem so scharfen Beobachter, wie Sie es sind, nicht auszuführen.

Wenn Sie die Ansicht äußern, die antideutsche Strömung in England sei auf die Haltung der deutschen Presse während des Burenkrieges zurückzuführen, so kann ich Ihnen darin nicht folgen.

Ich habe damals zu denjenigen gehört, welche die Burenschwärmerei in sich für unangebracht und für politisch äußerst unklug hielten. Aber die französische Presse führte England gegenüber eine Sprache, der gegenüber alles, was hier geleistet worden ist, ein reines Kinderspiel war. Ich habe selbst auf den Pariser Boulevards illustrierte Zeitungen gelesen, in denen geradezu unflätige Karikaturen der alten Königin abgedruckt waren. Dazu kam andererseits der in Frankreich tief erbitternde Zwischenfall Faschoda. Das alles hat nicht gehindert, daß man sich bald darauf über den Kanal hinweg in die Arme sank. Gefühle beherrschen eben die Politik nur ganz vorübergehend, und dann tritt das nackte Interesse wieder hervor. Englands Interesse lag darin, sich mit Frankreich zu verständigen und Deutschland möglichst unter Druck zu halten. Und Italien wird sich nach dem jetzt im Gange befindlichen Feldzuge da Anschluß suchen, wo es den besten Schutz für seine Interessen erhofft. — Sie werden finden, daß diese Ausführungen nicht gerade von jugendlichem Idealismus getragen sind; aber unsere Tage sind nicht dazu angetan, Illusionen hervorzurufen oder zu bewahren.

Ich bin wie Sie von dem Abschluß der französisch-deutschen Verhand-



lungen sehr erfreut gewesen, um so mehr, als ich weiß, daß leitende Persönlichkeiten hüben und drüben der Hoffnung leben, daß sich nunmehr wirklich ein vernünftig freundnachbarliches Verhältnis zwischen den beiden Ländern herstellen lassen wird. Wenn ich nun aber sehe, mit welcher Gehässigkeit, Kleinlichkeit und Unverstand von allen Seiten über das Abkommen hergefallen wird, so wirkt das geradezu niederdrückend; denn es ist doch klar, daß der weitaus überwiegenden Mehrheit aller dieser Kritiker das Wohl des Deutschen Reiches vollkommen gleichgültig ist gegenüber der Frage, ob sie im Januar ihr Mandat retten können, oder aber, wenn einer besonders idealistisch veranlagt ist, erhofft er für seine Partei ein halbes Dutzend Mandate mehr . . . .

Die beiden großen Fragezeichen für das kommende Jahr sind Erneuerung der Verbände, insbesondere des deutschen Stahlwerksverbandes, und zweitens: wird der Friede zwischen Unternehmern und Arbeitern gewahrt bleiben? Ich bin in letzterer Hinsicht skeptisch. Die Wahlen werden diesmal die Kassen der Sozialdemokraten nicht so gründlich leeren wie in anderen Fällen, da die Partei eines großen Erfolges ohnehin gewiß sein kann . . . .

Mit vielen freundlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr aufrichtig ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

#### **Aktennotiz über eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Caillaux.**

Berlin, den 23. November 1911.

Am Montag, dem 20. November, habe ich M. Caillaux gesprochen und ihm folgendes gesagt:

Der deutschen Regierung ist der Wunsch zu erkennen gegeben worden, daß der „Panther“ möglichst bald aus Agadir zurückgezogen werden möge. Obwohl hierfür ursprünglich der Tag in Aussicht genommen war, an dem das Marokko-Kongo-Abkommen ratifiziert sein würde, so will unsere Regierung doch ihre freundnachbarliche Gesinnung zeigen und sich mit einem früheren Datum einverstanden erklären; sie würde bereit sein, den „Panther“ abzubringen, sobald die französische Kammer das Abkommen genehmigt haben wird; sie will auch gestatten, daß die französische Regierung dieses Versprechen während der Kammerverhandlungen bekanntgibt; jedoch all das unter der Voraussetzung, daß, wenn auch in unfeierlicher

Weise, das Versprechen hierher gelangt, daß nach Genehmigung des Abkommens durch die Kammer die Ratifikation nicht verzögert wird.

M. Caillaux' Antwort lautete: Er verkenne keinen Augenblick die gute Absicht der Reichsregierung und sei dafür dankbar. Trotzdem empfinde er eine Enttäuschung; denn er habe immer geglaubt, daß die Zurückziehung des Schiffes der Unterzeichnung des Vertrages unmittelbar folgen würde. Er fürchte allerdings nicht, daß die Kammern den Vertrag verwerfen würden, aber, wenn der „Panther“ in Agadir bleibe, so würde des Ministerpräsidenten Lage schwierig sein, und ein Vertagungsantrag, ausgehend von seinen politischen Gegnern, wäre mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten. Jedenfalls aber würde die Mehrheit, welche das Abkommen gutheißen würde, eine geringere sein, und die Lebensfrist seines Kabinetts dadurch abgekürzt werden. Von einer Verzögerung der Ratifikation könne keine Rede sein; der Präsident der Republik habe verfassungsmäßig nicht das Recht, seine Unterschrift zu versagen, und andererseits ordne die Verfassung an, daß die Kundgebung eines Gesetzes binnen dreier Tage nach Genehmigung durch den Senat erfolgen müsse. Die letztere betrachte er — der Ministerpräsident — als eine reine Formalität und er hoffe, daß in Berlin nicht etwa die Absicht bestehe, auch diese noch abzuwarten. Er bitte dringend, daß man seinem Wunsche nach sofortiger Abberufung des „Panther“ entgegenkommen möge („je supplie M. von Kiderlen qu'il fasse ça pour moi“). Er habe auch seinerseits guten Willen gezeigt, dadurch, daß er durch persönliche Einflußnahme die Befriedigung der Gebrüder Mannesmann herbeigeführt habe.

Ich glaubte, darauf hinweisen zu müssen, daß die Reichsregierung sich in Anbetracht der Erörterungen, welche uns die letzten Wochen gebracht haben, voraussichtlich scheuen würde, einen Schritt zu tun, bei welchem man liebenswürdige Absicht mit Schwäche verwechseln könnte, und ich bezweifelte deshalb, ob die Zurückziehung des Schiffes erfolgen könnte, bevor durch das Votum der Kammer ein Definitivum geschaffen sein würde.

M. Caillaux machte dann den Vorschlag, man möge das Schiff einen nicht weit entfernten, aber nicht marokkanischen Hafen, etwa die Kanarischen Inseln, anlaufen lassen, sobald das Marokko-Kongo-Abkommen auf die Tagesordnung gesetzt sei; dann könne er den Abgeordneten sagen: das Schiff ist fort und wird nicht wiederkommen, wenn ihr den Vertrag genehmigt.

Zu diesem Vorschlag glaubte ich mir keinen Kommentar gestatten zu sollen, sondern habe ihn nur ad referendum genommen.

M. Caillaux rechnet damit, daß das Budget so rasch erledigt sein wird, daß die Beratung des Vertrages am 5. Dezember beginnen kann, und daß die Kammer damit in drei bis vier Sitzungen zu Ende gekommen sein wird.

M. Caillaux sprach dann über den italienisch-türkischen Konflikt, der ihm ernste Sorge macht. Er hält es nicht für ausgeschlossen, daß etwa auf der Balkanhalbinsel entstehende Unruhen für Österreich das Signal einer aktiven Politik sein würden. Er meint aber auch, daß ein ernstliches Vorgehen der italienischen Flotte im Mittelmeer auf die Dauer nicht ohne Folgen bleiben kann. Sollten kleinasiatische Häfen, wie Smyrna, insbesondere aber Beirut, blockiert werden, so würden dadurch französische Interessen verletzt werden, und die Pariser Regierung würde das nicht lange ruhig mitansehen. M. Caillaux ist der Ansicht, daß ein gemeinsamer Schritt der großen Mächte in Rom in absehbarer Zeit wird erfolgen müssen, damit Friedensverhandlungen beginnen können, deren Grundlage die Anerkennung einer beschränkten türkischen Oberhoheit zu bilden hätte, und zwar trotz des übereilten Annexionsdekretes der Italiener. Der Ministerpräsident schließt aus einer Unterhaltung, die er vor wenigen Tagen mit dem Botschafter Tittoni hatte, daß sich in Rom bereits einige Kriegsmüdigkeit geltend macht, und daß man dort eine Intervention nicht ganz ungern sehen würde. Der italienische Botschafter hat ihm gesagt: eine Pression der Mächte würde uns vor unserer öffentlichen Meinung decken.

Aus einer anderen Quelle, die auf Sir Francis Bertie zurückgeht, habe ich gehört, daß es in den letzten Tagen zu teilweise erregten Auseinandersetzungen zwischen der englischen und französischen Regierung über die Verhandlungen mit Spanien gekommen ist. M. Caillaux wünschte, England aus diesen Verhandlungen gänzlich auszuschließen. Sir Francis Bertie hat aber aufs energischste erklärt, daß England an dem spanisch-französischen Abkommen beteiligt sei und es deshalb nicht nur ein Recht habe, bei einer Neuordnung der Dinge mitzuwirken, sondern auch darüber zu wachen, daß der Vertrag nicht verletzt würde. Wenn ich recht verstanden habe, haben die Franzosen nachgegeben oder sind im Begriff, es zu tun.

Auf diese Dinge bezieht sich auch eine Bemerkung von M. Caillaux, welche mir ein Bekannter wiederholte. „Les Allemands ont déjà rapporté de sérieux avantages, car nos relations avec l'Angleterre ne sont plus du tout ce qu'elles ont été.“ Freilich liegen die Dinge vorläufig so, daß sich das gegenwärtige Kabinett englischen Wünschen ungern fügt und das zukünftige, dem voraussichtlich die Herren Clémenceau und Pichon angehören werden, es gern tun wird.

P a u l S c h w a b a c h.



**Brief an Bankdirektor Otto Joel, Mailand.**

Berlin, den 29. November 1911.

Verehrter Freund!

Ich bestätige dankend den Empfang Ihres freundlichen Briefes vom 24. d. M. sowie unseren vorangegangenen Depeschenwechsel.

Über einen türkischen Vorschuß ist bisher in Berlin in der Tat nicht verhandelt worden. Ich konnte annehmen, daß ich, wenn das geschähe, davon hören würde; indessen hat mich Ihr Telegramm veranlaßt, nachzuforschen, und ich kann wiederholen, daß bisher nichts Derartiges vorgekommen ist.

Allerdings teile ich Ihre Ansicht nicht, welche implicite in Ihren Ausführungen zu liegen scheint, daß nämlich der Abschluß eines Finanzgeschäftes zwischen der Türkei und deutschen Instituten eine Art von Neutralitätsverletzung darstellen würde. Ich darf daran erinnern, daß während des russisch-japanischen Krieges in Berlin zuerst russische, dann japanische Anleihen aufgelegt worden sind, daß während des gleichen Krieges in Amerika und auch in England japanische Emissionen stattgefunden haben. Ebenso wenig glaube ich, daß die Länge des Krieges zwischen Italien und der Türkei von den Geldmitteln der letzteren abhängen wird. Die Türken sind im Augenblick noch verhältnismäßig flüssig. Sie haben aber auch in ganz anderem Maße wie westeuropäische Mächte die Möglichkeit, ohne Geld Krieg zu führen, insofern sie es mit der Bezahlung ihrer Truppen, Beamten usw. viel weniger genau nehmen als andere Staaten.

Über die militärische Lage in Tripolis will ich mir kein Urteil erlauben; aber für einen Laien sieht es doch so aus, als wenn zwar die Türken und Araber eine Zeitlang Widerstand leisten können, daß sie aber von der Übermacht erdrückt werden müssen, um so mehr, als Zuzug von Mannschaften und Ergänzung von Munition und Lebensmitteln unmöglich zu sein scheinen. Die Türken würden freilich auch nach vollständiger militärischer Besetzung der nordafrikanischen Provinzen einen Friedensschluß ablehnen können.

Wenn man an einer ruhigen Weiterentwicklung der Türkei Interesse hat und deswegen innere Umwälzungen vermieden sehen möchte, so muß man wünschen, daß es der Türkei möglich wäre, einen ehrenvollen

Frieden zu schließen. Das ist leider so außerordentlich erschwert durch das Annexionsdekret, mit welchem sich Italien bis zu einem gewissen Grade selbst die Hände gebunden hat. Das ist übrigens nicht eine ausschließlich deutsche Auffassung, sondern ich bin demselben Gedanken in Paris begegnet, wo ich in der vorigen Woche wieder für ein paar Tage war; und zwar ist mir dort gesagt worden, daß auch viele Italiener ebenso denken.

Vor ein paar Tagen hörte ich, daß folgender Gedanke erwogen worden ist: ob es nämlich nicht möglich wäre, daß Italien die Stadt Tripolis mit einem Stück des Hinterlandes in vollkommen eigenen Besitz nähme, für den Rest des Landes aber, einschließlich der Cyrenaica, sich mit wirtschaftlichen Vorrechten ausstatten ließe, unter Anerkennung einer Art von Oberhoheit des Sultans. Ich mache mir keine Illusionen darüber, daß italienische Heißsporne eine solche Lösung ungenügend finden werden, und doch meine ich, daß sie nicht als unverständlich von der Hand zu weisen ist. Natürlich gehe ich von der Voraussetzung aus, daß die Überlegenheit der italienischen Waffen in Tripolis unzweifelhaft klargestellt worden sein muß; denn durchaus begreiflicherweise wird Ihre Regierung auch nur den Anschein vermeiden wollen, daß sie aus Schwäche zurückgewichen ist. Aber die erwähnte Lösung würde den Vorteil haben, für das ottomanische Ehrgefühl annehmbar zu sein, sie würde gleichzeitig den Italienern alle materiellen Vorteile sichern, deren sie zu bedürfen glauben, und, wenn sie auch eine Konzession gegenüber dem Annexionsdekret enthält, doch letzteres nicht ganz preisgeben. — Ob dieser Gedanke schon nach Rom gedrungen ist, weiß ich nicht bestimmt, ich glaube es aber.

Die Debatten im englischen Parlamente haben den Verlauf genommen, den man erwarten konnte. Sir Edward Grey hat in allen wesentlichen Punkten die Darstellung, die deutscherseits gegeben war, bestätigt. Begreiflicherweise aber finden englische Zuhörer es weniger anstößig als deutsche, daß sich die Londoner Regierung in der denkbar hochmütigsten Weise zum Protektor Frankreichs aufwirft und daß sie ferner schroff und drohend auftritt, nicht wegen irgendwelcher Dinge, die geschehen sind oder die verständigerweise zu erwarten sind, sondern auf bloßes Gerede hin. Daß in der Rede Greys die Entente mit Frankreich wiederum eine Hauptrolle spielte, war von vornherein selbstverständlich, um so mehr, als grade in letzter Zeit die Beziehungen zwischen London und Paris nichts weniger als liebenswürdiger Natur gewesen sind.

Mein Gesamteindruck ist der, daß sich nichts Wesentliches geändert hat. Wenn die Welt ruhig bleibt, werden die Beziehungen zwischen Deutsch-

land und England zwar nicht herzlich, aber normal sein, und bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit wird England wieder versuchen, uns Knüppel in die Räder zu stecken. Indessen glaube ich gern, daß die Engländer es immer vorziehen werden, ihre Erfolge auf diplomatischem Wege zu erreichen und einem Kriege aus dem Wege zu gehen. Das ist immer etwas, und als günstiges Zeichen dafür betrachte ich die Reden der konservativen Führer im Unter- und Oberhaus. —

Zum Schluß wünsche ich Ihnen von Herzen Glück zum Einzug in das neue Heim. Möge Ihre Arbeit in dem neuen Palast in jeder Hinsicht von Befriedigung und Erfolg begleitet sein!

Mit vielen freundlichen Grüßen

Ihr aufrichtig ergebener

Paul Schwabach.

---

#### Brief an Baron Alfred von Rothschild, London.

Berlin, den 15. Dezember 1911.

Mein sehr verehrter Herr Baron!

Ich sende Ihnen anbei ein Exemplar der Übersetzung von Lord Morleys Rede\*, wie sie an alle großen Zeitungen verschickt worden ist. Als Beispiel lege ich ferner eine Nummer der in Bremen erscheinenden „Weser-Zeitung“ bei, die sehr verbreitet, angesehen und beachtet ist. Hoffentlich wird die Wirkung erzielt, die Sie und ich so dringend wünschen! Denn Sie zweifeln nicht, sehr verehrter Herr Baron, daß ich zwar mit schwachen Kräften, aber in redlicher Absicht Ihre Bestrebungen unterstütze, die Beziehungen zwischen Ihrem und meinem Vaterlande zu verbessern. Will man aber in dieser Hinsicht etwas erreichen, so ist es notwendig, die Sachlage ohne Voreingenommenheit und ohne Illusion zu erkennen; deshalb halte ich es für meine Pflicht, Ihnen meine Ansicht ehrlich auszusprechen, auch wenn ich nicht eben Angenehmes zu sagen habe.

Seit ich mich mit politischen Fragen beschäftige, habe ich noch keine so bittere Stimmung gegenüber England beobachtet wie die jetzt vorherrschende. Ganz besonders trifft das für Süddeutschland zu, für Bayern und Württemberg; dorthin reicht für solche Dinge der Einfluß der Reichs-

---

\* im Oberhaus am 28. November.



regierung nur in abgeschwächtem Maße; man ist also sicher, daß man es mit einer wirklich vorhandenen Volksstimmung zu tun hat. Fasse ich nun kurz zusammen, was der Verbitterung zugrunde liegt, so komme ich zu Folgendem: Frankreich schickte sich an, Marokko entgegen dem Algeciras-Vertrage zu besetzen und dadurch sehr wichtige deutsche Wirtschaftsinteressen zu vernichten. Wir hatten durch Erfahrung gelernt, daß es fast unmöglich war, ohne besonderen Nachdruck zu intensiveren Verhandlungen zu gelangen; deshalb wurde ein Schiff nach Agadir geschickt. Die Verhandlungen kamen auch wirklich in Gang; Frankreich erkannte an, daß es für die freie Hand in Marokko außer wirtschaftlichen Sicherstellungen Entschädigungen gewähren müsse, und Deutschland forderte den Kongo. Das war freilich etwas viel, wie es denn nicht selten vorkommt, daß die erste Forderung hoch ist, und Deutschland hatte auch nicht etwa ein Ultimatum gestellt. Frankreich hatte das selbstverständliche Recht zu antworten, was es wollte; aber warum mischte sich England ein und erklärte die deutschen Ansprüche für unannehmbar, da doch englische Interessen in keiner Weise bedroht waren? Dann erklärte Sir Edward Grey plötzlich, er fürchte eine Landung deutscher Truppen in Marokko, und zwar, weil angeblich die Eingeborenen solche Gerüchte verbreiteten. Sauf le respect de Sir Edward — aber es ist wirklich nicht möglich, das ernst zu nehmen, da derselbe Herr selbst sagt, er sei von Paris aus dauernd informiert, und in Paris bestanden solche Befürchtungen nicht. Trotzdem nun Graf Metternich erläuterte, wie die Dinge standen, hielt doch Mr. Lloyd George seine Rede. Überall in Deutschland hat man in ihr eine Drohung erblickt; die ganze englische und französische Presse hat diese Auffassung geteilt. Wenn weder eine Bedrohung noch eine Beleidigung Deutschlands beabsichtigt gewesen ist, so hätte das m. E. sofort gesagt werden müssen, als man sah, in welchem Sinne die Rede verstanden worden war. Es ist traurig, wie tief der Eindruck von Mr. Lloyd Georges damaligen Erklärungen gegangen ist; ich fürchte, er wird lange nachwirken. Die Rede wird in der Geschichte der deutsch-englischen Beziehungen eine ähnliche Rolle spielen, wie das viel erörterte Krüger-Telegramm betäubenden Angedenkens. Ich habe wiederholt sagen hören: Unserer Regierung wird das größte Mißtrauen entgegengebracht; man glaubt ihren amtlichen Auslassungen weniger als einem beliebigen Gerücht. Wir hatten dagegen aus sonst durchaus zuverlässiger Quelle Nachrichten, die das Verhalten des englischen Botschafters in Wien\* als nicht einwandfrei erscheinen ließen; aber es genügte ein Wort aus Downing

---

\* Fall Cartwright, s. o. S. 220 ff.

Street, damit sich unsere Regierung öffentlich für befriedigt erkläre. Wir erkennen einen recht großen Unterschied in der Art, wie das amtliche und das nichtamtliche England sich Deutschland einerseits gegenüberstellt und andererseits dem französischen Zug nach Fez, dem russischen nach Teheran, dem italienischen nach Tripolis. Kurz ausgedrückt: hier ist das Gefühl vorherrschend, daß wir von England nicht gerecht beurteilt und behandelt werden.

Die Reden, welche Ende November und wiederum während der letzten Tage in den englischen Parlamenten gehalten worden sind, haben an sich natürlich einen vortrefflichen Eindruck gemacht, reichen aber nicht aus. Soll wirklich eine Wiederannäherung der beiden Länder erfolgen, kann es nicht mehr durch Worte, sondern durch Taten geschehen; es müßte bei sich bietender Gelegenheit der gegenseitige gute Wille in klarer Weise in die Erscheinung treten; insbesondere wäre es sehr zu wünschen, daß unserer Regierung bald einmal das Vertrauen der Ihrigen kundgetan würde. Ich weiß genau, daß unsere leitenden Politiker in der Herstellung besserer Beziehungen in England ein erstrebenswertes Ziel erblicken. Es ist unter Billigung des Herrn von Kiderlen geschehen, daß ich mich um Verbreitung von Lord Morleys Rede bemüht habe. Unter den Zeitungen, welche die Übersetzung abgedruckt haben, befindet sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das anerkannt offiziöse Regierungsblatt; ich lege auch diese Nummer bei. Aber noch kürzlich sagte mir der Staatssekretär auf eine Bemerkung meinerseits: es wird uns zu schwer gemacht, den Engländern entgegenzukommen und gar aus eigener Initiative, denn sofort heißt es, wir wollten sie den Franzosen abspenstig machen.

Ich habe Ihnen in voller Offenheit mein Herz ausgeschüttet, verehrter Herr Baron, seien Sie mir deshalb nicht böse; es ist in bester Absicht geschehen. Wie ich schon eingangs sagte, halte ich es für meine Pflicht, Ihnen die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie nicht erfreulich ist. Nach wie vor setze ich große Hoffnungen auf Ihren Einfluß, den Sie aber nur dann ganz ausüben können, wenn Sie wissen, wie die Dinge hier liegen. Ich meine, daß es jetzt das Wichtigste ist, nicht Altes zu erörtern, sondern nach Gelegenheiten zu suchen, bei denen England und Deutschland in gemeinsamer Arbeit wieder lernen, einander Vertrauen zu schenken.

Mit angelegentlichen Empfehlungen und in treuer Ergebenheit bin ich, hochverehrter Herr Baron,

ganz Ihr

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an Bankdirektor Otto Joel, Mailand.**

Berlin, den 28. Dezember 1911.

Verehrter Freund!

Ich muß Ihnen meine Krähenfüße zu lesen geben; meine Stimme ist in solchem Zustand, daß an Diktieren nicht zu denken ist. Aber ich möchte Ihre freundlichen Zeilen vom 21. nicht lange unbeantwortet lassen.

Herr Toeplitz\* hat unsere Unterhaltung gewiß richtig wiedergegeben. Nur sei der Unterschied festgestellt zwischen dem, was man für kaum unvermeidlich, und dem, was man für wünschenswert hält. Denn selbstverständlich ist auch in meinen Augen die Erhaltung des Friedens das erstrebenswerte Ziel, allerdings nicht um jeden Preis und auch nicht, wenn es sich offensichtlich nur um eine Galgenfrist für den armen Frieden handelt. Gerade die Ereignisse der letzten sechs Monate haben mich zu der Ansicht gebracht, daß es so nicht lange mehr weitergehen kann. Unter Führung Englands — es ist ein schwerer Irrtum, King Edward persönlich verantwortlich machen zu wollen — hat sich eine völkerrechtlich-politische Anschauung verbreitet und festgesetzt, deren Grundlagen ziemlich einfach sind und folgendermaßen lauten:

§ 1. England tut, was ihm beliebt.

§ 2. Die andern tun desgleichen, soweit es England nicht stört.

§ 3. Deutschland hat überhaupt unrecht.

Der reizvollen Einfachheit dieser Theorie hat man sich nirgends entzogen, auch in Italien nicht. Das entsteht natürlich nicht plötzlich, es bereitet sich allmählich vor, so allmählich, daß die nicht Betroffenen sich die Bedeutung der Entwicklungsergebnisse nicht immer klar machen. Stellen Sie sich die Lage vor: Deutschland und Frankreich verhandeln über Dinge, die nur diese beiden angehen, England aber erklärt, die deutschen Ansprüche seien zu hoch, droht öffentlich, bereitet den Krieg vor (cf. Fabers Enthüllungen).

Diese Vorgänge sind unerhört; aber ärger ist es, daß die ganze Welt so gar nichts dabei findet. Diese Tatsachen haben mir die große Gefahr, in der wir leben, ad oculos demonstriert. Es ist klar, daß Deutschland sich bei aller Friedensliebe diese Behandlung auf die Dauer nicht gefallen lassen

---

\* Direktor der Banca Commerciale Italiana, Mailand.



kann und wird. Woher kommt das alles, und wer ist schuld? Diese Frage habe ich mir hundertmal vorgelegt und finde nur die eine Antwort: wir Deutschen haben es durch unaufhörliche Friedensbeteuerungen dahin gebracht, daß niemand mehr glaubt, wir würden doch einmal losschlagen. Aus Scheu, unsere Stärke zu mißbrauchen, haben wir unterlassen, sie zu brauchen; zum Lohn tanzt uns jetzt jeder auf der Nase herum. Es kommt dazu, daß geflissentlich, auch von England ausgehend, Schilderungen über das deutsche Heer verbreitet werden, die lächerlich wären, hätten sie nicht einen ernsten Hintergrund; man will den Glauben erwecken, es sei ganz töricht, sich vor den deutschen Waffen zu fürchten, der französische David könne diesen Goliath sehr wohl zur Strecke bringen.

In die gleiche Kategorie gehört es, wenn in London und besonders in Paris immer wieder erzählt wird, daß wir hier dem finanziellen Untergang entgegentrieben. Geld ist knapp — das ist richtig; die Industrie verschlingt Riesenbeträge, m. E. etwas rasch, aber auf gesunder Grundlage. Wenn Paris seine gesamten Guthaben aus England zurückzöge, wie es sie aus Deutschland gezogen hat, ob dann die City wohl so ruhig aussehen würde wie Berlin im letzten Sommer? Wir haben zwei sehr schwache Börsentage erlebt; aber jeder Kenner der hiesigen Verhältnisse wird Ihnen sagen, daß es sich dabei um eine innere, notwendige Reinigung der Börse handelte, unabhängig von Politik. Daß seit Monaten so gut wie gar kein französisches Geld hier ist, hindert die Pariser nicht zu behaupten, daß sie uns vor dem Bankerott gerettet hätten. Dergleichen höre ich oft, und noch kürzlich hat ein Herr, den Sie auch kennen, die gleiche Behauptung einem Ausländer gegenüber aufgestellt, obwohl gerade er genau wissen muß, daß kein wahres Wort daran ist.

Im Leben der Völker bedeuten ein paar Jahrzehnte nicht viel. Die Ergebnisse von 1870 sind noch nicht in Fleisch und Blut der Menschen übergegangen; wir gelten noch als die Parvenus unter den Nationen und, ähnlich wie im Privatleben, erwecken wir Gefühle, die sich aus Abneigung, ja Mißachtung und Neid zusammensetzen. Das ist bis 1890 weniger scharf hervorgetreten als seither — weil man uns damals fürchtete. Das ist des Pudels Kern, und ich erblicke in dieser Erkenntnis nicht nur eine historische Feststellung, sondern eine Lehre für die Zukunft.

Wenn heute die Mobilmachung erklärt würde, stände ich morgen auf dem Kasernenhof meines Regiments. Das ist für einen nicht mehr ganz jungen Familienvater, der auch wesentliche andere Interessen wahrzunehmen hat, keine Kleinigkeit. Ich kann nicht mit einem leichtsinnig

jugendlichen „vogue la galère“ ins Feld ziehen, wie ich es vor 20 Jahren wohl getan hätte. Aber es handelt sich auch um mehr als meine Person, Familie oder Firma.

So, verehrter Freund, denke ich. Möglich, daß meine Logik ein wenig von Gefühlen durchsetzt ist.

Mit vielen herzlichen Grüßen und Neujahrswünschen von Haus zu Haus

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

### Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.

#### I.

Berlin, den 8. Januar 1912.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich danke Ihnen bestens für Ihre lebenswürdigen Zeilen vom 5. d. M. Es ist mir sehr wohl verständlich; daß Sie in den Tagen zwischen Weihnachten und Neujahr so stark in Anspruch genommen waren, daß Ihre sonstigen Korrespondenzen Aufschub erleiden mußten, und die Beantwortung meines Briefes hatte ja auch keine besondere Eile.

Leider liegt es eben so, daß die Erörterungen über die Beziehungen zwischen England und Deutschland akademischer Natur bleiben. Es wäre viel besser, und wir wären wahrscheinlich schon viel weiter, wenn Meinungsverschiedenheiten über greifbare Fragen beständen; denn in solchem Falle dürfte man hoffen, Meinungsverschiedenheiten durch verständige und freundschaftliche Behandlung aus der Welt zu schaffen. Was Sie über die Stimmung der großen Mehrheit des englischen Volkes sagen, war mir nicht uninteressant, sondern in hohem Maße erfreulich zu hören. Wenn sich außerdem hervorragende Männer zusammentun, um die Frage unserer Beziehungen in freundschaftlichem Sinne zu studieren und deren Lösung zu fördern, so ist das als Symptom gewiß dankbar anzuerkennen und mit Freude zu begrüßen, obwohl die Erfahrung der letzten 10 oder 15 Jahre gelehrt hat, daß diesen gutgemeinten Bestrebungen kein gleichwertiger praktischer Erfolg gegenübersteht.

Nun finden Sie, sehr verehrter Herr Baron, daß man sich in Deutschland diesen Äußerungen guten Willens gegenüber kühl verhält. Zu meiner

Betrübnis muß ich gestehen, daß Sie nicht ganz unrecht haben. Wenn auch naturgemäß die Stimmung hierzulande jetzt schon um ein erhebliches weniger erregt ist, als sie vor einigen Monaten oder auch Wochen war, so wirken doch die Vorgänge des letzten Herbstes immer noch nach.

Sie sind der Meinung, daß die englische Diplomatie nicht immer frei von Fehlgriffen gewesen ist, und meinen, daß ich das auch für die deutsche Staatskunst zugeben werde. Das tue ich gewiß; auch ein Minister ist ein dem Irrtum unterworfenen Mensch. Auf welcher Seite die Fehler größer gewesen sind, wage ich gewiß nicht zu entscheiden. Wir müssen uns zunächst an die Resultate und an die vorliegenden Tatsachen halten.

Es ist auch in einem fremden Lande außerordentlich schwer abzuwägen, welche Äußerungen, welche Zeitungen im Heimatlande ein wirkliches Ansehen und Einfluß genießen. Schon in früheren Jahren haben Sie und ich öfter über die „Times“ gesprochen, und ich persönlich weiß ganz gut, daß die „Times“ durchaus nicht mehr dieselbe Stellung einnehmen wie vor einigen Jahrzehnten, und daß sie mit der heutigen Regierung wahrscheinlich keine oder nur geringe Fühlung haben. In weiteren Kreisen aber werden die „Times“ noch immer als ein maßgebendes englisches Blatt angesehen. Ähnlich geht es mit dem Pariser „Temps“. Und nun erleben wir das Schauspiel, daß sich diese beiden Zeitungen darüber auseinandersetzen und ein wenig streiten, in welcher Form die englischen und französischen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande sich bei der bevorstehenden Invasion Deutschlands gegenseitig zu unterstützen hätten. Ich nehme das wirklich nicht tragisch und glaube nicht, daß deswegen die Möglichkeit eines Krieges auch nur um einen Tag nähergerückt ist. Daß aber solche Vorfälle, und zwar ganz unnötigerweise, wieder viel böses Blut machen, liegt auf der Hand.

Ich kann immer nur wiederholen, daß ich mich nach einer Gelegenheit sehne, bei welcher beide Länder gemeinsam wirken können; denn die Wiedergewinnung des gegenseitigen Vertrauens ist doch das Ziel, nach dem gestrebt werden muß, und ich sehe nicht, wie es anders erreicht werden soll, als durch gemeinschaftliche Arbeit.

Die Folgen des tripolitanischen Krieges machen uns hier schwere Sorgen. Politisch haben England und Deutschland etwa gleich großes Interesse an der Erhaltung der Türkei; aber wenn ich nicht sehr irre, ist das deutsche Kapital um ein Vielfaches mehr in der Türkei engagiert als das englische. Ein dauernder Kriegszustand ist natürlich in jeder Hinsicht unerwünscht, besonders da niemand mit Bestimmtheit sagen dürfte, daß



die Lokalisierung auf die Länge der Zeit glücken wird. Sollte aber eine türkische Regierung einen Frieden schließen, der die italienische Annexionierung von Tripolis und der Cyrenaica anerkennt, so ist nach Aussage genauer Kenner des Landes eine Revolution in der Türkei unausbleiblich und wahrscheinlich verknüpft mit blutigen Ausschreitungen gegen Juden, Armenier und sonstige nichttürkische Elemente. Das sind recht beunruhigende Aussichten. Ich glaube zu wissen, daß viele Italiener recht froh wären, wenn sie einen Frieden schließen könnten, der ihnen die wirtschaftliche und militärische Übermacht in den beiden Provinzen sichert, unter formeller Anerkennung der Souveränität des Sultans, etwa nach ägyptischem Muster. Leider haben sie sich aber durch ihr übereiltes Annexionsdekret diesen Weg selbst versperrt. An verschiedenen Stellen, und nicht zum wenigsten hier, wird eifrig nach einer Lösung gesucht, die den mehr oder weniger berechtigten Wünschen und Eitelkeiten beider Parteien Rechnung trägt. Ich weiß nichts darüber, ob mit London schon Fühlung genommen ist, und wie man bei Ihnen über diese Dinge denkt; aber ich glaube annehmen zu dürfen, daß Ihre Regierung dem erwähnten Grundgedanken gern zustimmen wird.

Geschäftlich sieht es nicht unbefriedigend aus. Seit etwa einem Jahre ist die Industrie zweifellos in einer Aufwärtsbewegung begriffen, die zwar nicht stürmisch, aber um so mehr zu begrüßen ist. Die Geldverhältnisse sind normal. Der Ultimo Dezember ist zwar nicht ohne Anspannung, aber ohne irgendwelche Schwierigkeit verlaufen. Es ist das für unsere Volkswirtschaft ein um so erfreulicherer Zeichen, als, wie Sie wissen dürften, im Laufe des Sommers die Franzosen ihre sämtlichen Guthaben von hier zurückgezogen, Rußland die seinigen sehr erheblich vermindert hatte. Es ist im Augenblick noch einiges amerikanisches Geld hier, das aber auch im Begriffe steht, wieder über den Ozean zu wandern.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr aufrichtig ergebener P a u l S c h w a b a c h.

II.

Berlin, den 18. Januar 1912.

Sehr verehrter Herr Baron!

Da ich zu bemerken glaube, daß man in England dem Ausfall der deutschen Reichstagswahlen großes Interesse entgegenbringt, möchte ich Ihnen gegenüber mit einigen Worten darauf zurückkommen.

Es läßt sich freilich noch nicht übersehen, wie der Reichstag schließlich zusammengesetzt sein wird, da die Anzahl der erforderlichen Stichwahlen eine sehr große ist, andererseits aber auch noch unbekannt ist, wie die einzelnen Parteien im Stichwahlkampfe zueinander stehen werden. Die Regierung wünscht begreiflicherweise, daß überall da, wo ein sozialdemokratischer Kandidat in Frage kommt, alle anderen Parteien geschlossen gegen ihn stimmen. Die Stimmung zwischen Konservativen und Liberalen sowie zwischen Zentrum und Liberalen ist jedoch so bitter, daß man ernstlich zweifeln kann, ob dem Wunsche der Regierung in irgend weitgehendem Maße Rechnung getragen werden wird. Die Optimisten rechnen mit etwa 100 Sozialdemokraten nach den endgültigen Wahlen, Pessimisten rechnen 120 heraus.

Was indessen für Sie wohl das Wichtigste sein dürfte, ist, daß die auswärtige Politik durch den Ausfall der Wahlen schwerlich beeinflusst werden kann. Glücklicherweise sind im Augenblick schwierige Fragen, wie es die marokkanische gewesen ist, nicht zu lösen. Denn niemand zweifelt daran, daß trotz des Kabinettswechsels in Paris der französische Senat das Abkommen genehmigen wird, und zwar wahrscheinlich sehr bald. Die allgemeine Richtung der deutschen Politik wird nach wie vor eine friedliche sein; nach wie vor werden die maßgebenden Personen das Bestreben haben, die Beziehungen zu England zu bessern — hoffentlich mit gutem Erfolge.

Es wird auch mit Bestimmtheit darauf gerechnet, daß der neue Reichstag etwa ihm zugehende Wehrvorlagen genehmigen wird. Obwohl amtliche Ankündigungen darüber noch nicht vorliegen, so besteht doch kein Zweifel, daß sowohl für das Heer als auch für die Flotte neue Kredite gefordert werden sollen. Beim Landheer versteht es sich in der militär-geographischen Lage Deutschlands von selbst, daß von Zeit zu Zeit Vermehrungen und Verbesserungen, die natürlich immer viel Geld kosten, vorgenommen werden, um so mehr, als Frankreich seine Rüstungen eifrig betreibt. Es kommt dazu, daß man sich gerade in den letzten Monaten im Auslande bemüht hat, die Ansicht zu verbreiten, die ich freilich für eine Legende halte, daß das deutsche Heer seine alte Stoßkraft zum Teil wenigstens eingebüßt habe, und daß der Abstand zwischen französischer und deutscher Armee nicht mehr der gleiche wie früher sei. Es wird vielfach die Besorgnis gehegt, daß gerade eine solche Auffassung dazu angetan sein könne, unsere Gegner gelegentlich leichteren Herzens an einen Krieg denken zu lassen, als es sonst der Fall wäre.

Was die Flottenvorlage betrifft, so sagten Sie kürzlich, daß Deutschland

das Recht hätte, so viel Schiffe zu bauen, wie ihm gutdünkte. Das ist gewiß richtig; aber alle verständigen Leute hierzulande hegen den Wunsch, daß die Rüstungen zur See ein gewisses Maß nicht überschreiten, insbesondere, daß das Ziel und der Zweck dieser Rüstungen in der Hauptsache eine möglichst wirksame Verteidigung sein solle. Freilich muß auch an einen Fall gedacht werden, der in England sehr häufig übersehen wird: wir können nämlich einen Krieg gegen Frankreich und unter Umständen gleichzeitig gegen Rußland zu führen haben, ohne daß England Partei nimmt; dann muß man die durchaus nicht verachtenswerte französische Flotte doch auch bekämpfen können. Aus den bereits erwähnten Worten Ihres letzten Briefes schließe ich, daß Sie und Ihre Landsleute bereits mit der Wahrscheinlichkeit einer deutschen Flottenvorlage gerechnet haben. In welchem Umfange nun Ihre Regierung glaubt, englischerseits neue Maßregeln ergreifen zu müssen, wird die Zukunft lehren. Selbstverständlich würden solche Maßregeln einer deutschen Kritik nicht zu unterliegen haben; immerhin kann ich Ihnen sagen, was ich aus sehr zuverlässiger Quelle weiß, daß nämlich die Vorlage, welche demnächst den Deutschen Reichstag beschäftigen wird, sich in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen bewegen soll. Neubauten kommen wenig in Frage, es wird sich in der Hauptsache um organisatorische Dinge handeln. Ich erwarte also nicht, daß man in England aus solchen Geschehnissen eine neue Empfindlichkeit herleitet.

Wie Sie inzwischen erfahren haben werden, ist heute eine große 4% Anleihe zustande gekommen, die zu 101.40% aufgelegt werden wird. Preußen, das seit 1910 nicht am Markte war, begibt 420 Millionen Mark, welche fast ausschließlich für werbende Zwecke Verwendung finden werden, in erster Reihe für die Eisenbahnen; es ist das also eine Anleihe, welche mit sonstigen Staatsschulden nicht auf gleicher Stufe steht. Das Reich hat abgeschlossen für 80 Millionen Mark, die indessen eine Vermehrung der Reichsschuld nicht darstellen. Es laufen Schatzscheine um, die teils am 1. April, teils am 1. Juli fällig sind. Die Regierung beabsichtigt, einen Teil davon seinerzeit zur Erneuerung anzubieten, einen anderen Teil in Anleihe umzuwandeln und den Rest in bar auszubezahlen. Man will den jetzigen sehr billigen Geldstand benutzen, um für einen Teil dieser Operationen jetzt schon die Mittel zu beschaffen.

Die Börsen verkehren seit einigen Tagen in schwankender Haltung, ohne daß eine bestimmte Tendenz zur Ausbildung gekommen wäre.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron,

Ihr aufrichtig ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.



## III.

Berlin, den 16. Februar 1912.

Sehr verehrter Herr Baron!

Ich habe mit bestem Dank gestern abend spät Ihr liebenswürdiges Telegramm empfangen. Es war mir eine erfreuliche Bestätigung der Zeitungsmeldungen, daß die friedfertigen und sympathischen Äußerungen der englischen Minister\* auf allen Seiten des Hauses Beifall gefunden haben.

Etwa um dieselbe Stunde, in der Sie mir telegraphierten, hat der Reichskanzler im Reichstage eine Erklärung über den Besuch Lord Haldanes und die hier gepflogenen Unterhaltungen abgegeben. Herrn von Bethmanns Worte waren knapp und rein sachlich. Aber gerade in dieser Form wirkten seine Worte ungewöhnlich stark, und das ganze Haus hat ihm lebhaften Beifall gezollt.

Es ist also gewiß nicht leichtfertig und allzu optimistisch, wenn man aus den Vorgängen im englischen und im deutschen Parlamente den Schluß zieht, daß der allgemeine Wunsch besteht, die Beziehungen beider Länder freundschaftlicher zu gestalten, und man darf auch in diesem Falle wohl das alte Wort anwenden: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.“ Die Staatsmänner, denen die Aufgabe zufällt, allgemeine Wünsche in Tatsachen umzuwandeln, werden sich natürlich davor hüten müssen, die Dinge überstürzen zu wollen, weil dann die Gefahr vorläge, daß hüben und drüben hitzige und unverständige Elemente einen Vorwand finden, um von neuem ihre verderbliche und hetzerische Tätigkeit aufzunehmen.

Vor drei Tagen hatte ich mit dem Reichskanzler über diese Dinge eine längere Unterhaltung. Er äußerte sich etwa dahin, daß ihm der Besuch Lord Haldanes eine erwünschte Gelegenheit gegeben hätte, in vertraulicher und infolgedessen um so offenerherziger Weise seine Ansichten zu äußern. Schon die bloße Tatsache, daß eine solche Aussprache hat stattfinden können, erschien Herrn von Bethmann als ein günstiges Omen. Aber er glaubte, vor allzu sanguinischen Hoffnungen für die nächste Zeit warnen zu sollen. Seine Hoffnungen scheinen sich mehr in der Richtung einer allmählichen und ruhigen Weiterentwicklung der Dinge zu bewegen. Er nahm dabei für sich in Anspruch, daß er sich seit Übernahme des Kanzlerpostens redlich bemüht habe, das Verhältnis zu England zu bessern, und er betonte, daß das noch heute sein Streben und sein Wunsch wäre.

Etwas weniger erfreulich sind die Debatten in den französischen Par-

---

\* am 14. Februar im Parlament.

lamenten. Es ist leicht zu sagen und es mag sogar richtig sein, daß insbesondere die Verhandlungen im Senat und die scharfen am Kabinett Caillaux geübten Kritiken auf Gründen innerpolitischer Natur beruhen. Das hindert aber nicht, daß solche heftigen Reden dazu geeignet sind, die breite Masse des Publikums zu erregen und ihm von den wirklichen Verhältnissen falsche Vorstellungen zu geben. Ich hoffe, daß es ein Strohfeuer war, das bald verrauchet sein wird. Ich kann jedenfalls die Tatsache feststellen, daß sich die deutsche Presse um diese Ergüsse so gut wie gar nicht gekümmert hat, und daß man hierzulande diese Debatten mit der größten Ruhe aufgenommen hat. Eine neue Armeevorlage war schon vor Monaten beschlossene Sache, und die Pariser Reden werden nur dazu beigetragen haben, das Gesetz leichter durch den Reichstag zu bringen.

Fast überall, insbesondere aber in England und Deutschland, scheinen mir doch die Arbeiterfragen im Augenblick das Wichtigste zu sein. Es sind da so manche bedrohliche Anzeichen vorhanden. Offenbar sind es auch diese Dinge, welche die Börse dauernd in ungünstigem Sinne beeinflussen. Das Geschäft könnte sonst — bei uns wenigstens — recht gut sein in Anbetracht der vorteilhaften industriellen Konjunktur.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich, sehr verehrter Herr Baron,  
Ihr aufrichtig ergebener P a u l S c h w a b a c h.

---

#### Aufzeichnung über Reformpläne des Reichsbankpräsidenten.

Berlin, den 2. März 1912.

Über die viel besprochenen Absichten des Reichsbankpräsidenten gehen die Ansichten weit auseinander, nicht nur in bezug darauf, ob seine Bestrebungen richtig oder unrichtig sind, sondern auch darüber, was er will und zu welchem Zwecke er es will. Obwohl ich mehrfach Gelegenheit hatte, mit Exzellenz Havenstein selbst zu sprechen, bin ich auch nicht in der Lage, eine klare Antwort zu geben.

Wenn z. B. gerügt wird, daß einzelne Banken zu unverständigen Sätzen im Auslande Geld entleihen, oder der Umstand, daß in kleinen Summen, womöglich gegen Hergabe von Depots, Ultimogeld von Banken entnommen wird, so sind solche Kritiken berechtigt; man kann aber im Zweifel sein, ob die Beseitigung solcher Mißstände überhaupt möglich ist. Über Regeln des geschäftlichen Anstandes und der Zweckmäßigkeit kann man kein

Gesetz erlassen, kaum eine Vereinbarung. Am letzten Ende sind diese Dinge nicht für die Allgemeinheit von weittragender Bedeutung. Ich nehme auch an, daß es dem Reichsbankpräsidenten darum nicht zu tun gewesen ist, als Erzieher aufzutreten.

Die wichtigste seiner Anregungen, die Barbestände bei den Banken wesentlich zu erhöhen, muß vielmehr in seinen Augen einen praktischen Zweck verfolgen. Aber welchen? Entweder kann man in dem Vorschlage eine Belehrung an die Bankdirektoren erblicken, wie sie ihr Geschäft zu führen haben in ihrem eigenen Interesse, oder aber eine Belehrung über die Pflichten, welche sie der Allgemeinheit gegenüber zu erfüllen haben.

Das erstere halte ich für überflüssig. Denn, obgleich kein Sachkundiger bestreiten wird, daß überall gelegentliche Fehler und Mißgriffe vorgekommen sind, so wird doch andererseits niemand leugnen wollen, daß unsere Banken außerordentlich Großes und Wichtiges geleistet haben. Ich wage zu behaupten, daß die Weltmachtstellung, die Deutschland heute einnimmt, ohne das spezifisch deutsche Banksystem nicht existieren könnte. Es wird immer und immer wieder betont, daß Deutschland zu Lande und zu Wasser stark sein müsse, und ich möchte wohl wissen, wo das Geld für die ungeheuren Rüstungen hätte herkommen sollen, wenn es nicht die Banken verstanden hätten, die Industrie in ganz Deutschland so zu entwickeln, wie es geschehen ist. Ich weiß auch nicht, wie es hätte ermöglicht werden sollen, den allgemeinen standard of life, insbesondere für die arbeitenden Klassen, allmählich, aber sehr bedeutend zu heben, ganz zu schweigen von den beträchtlichen Mitteln, die für Kulturzwecke zur Verfügung gestellt worden sind.

Es würde also übrigbleiben, daß nach Ansicht des Reichsbankpräsidenten der Geschäftsbetrieb bei den großen Banken eine öffentliche Gefahr bedeutete, wenn er in der bisherigen Weise fortgeführt würde. Es liegt nahe, daß das fortgesetzte Studium des Status der Reichsbank der Ausgangspunkt für die bekannten Anregungen gewesen ist. Da ist es klar, daß das ungeheure Anschwellen der Salden, insbesondere der Wechselreichungen, zu ernstem Nachdenken auffordert. Insbesondere die Möglichkeit, daß die Dritteldeckung unterschritten wird, zeigt zweifellos eine Gefahr an. Sollte die Prozentualdeckung wirklich so tief sinken, so wäre eine Erschütterung des deutschen Kredites im Auslande mit Sicherheit zu erwarten.

Es soll hier nicht untersucht werden, was durch die Gesetzgebung oder durch den Einfluß der Reichsbank und der Privatbanken geschehen könnte,



um die Barbestände bei der Reichsbank zu erhöhen, sondern nur die Frage, ob denn wirklich an dem jetzigen Zustande die Privatbanken schuld sind, und ob das vorgeschlagene Mittel geeignet ist, die Übelstände zu beheben.

Es ist wohl klar, daß die an die Reichsbank gestellten Ansprüche und deren Steigerung in den letzten Jahren zum weitaus überwiegenden Teile mit dem Bankbetrieb als solchem überhaupt nichts zu tun haben. Als Ursachen kommen vielmehr in Betracht: das zahlenmäßige Anwachsen der Bevölkerung, die unendlich gesteigerten Lebensansprüche sämtlicher Klassen, die große Steigerung der Löhne, der Preise für Lebensmittel, ja für alle Lebensbedürfnisse. Wenn ich statistisch nachweisen könnte, wieviel mehr Mieten seit etwa 15 Jahren im ganzen Deutschen Reiche bezahlt werden, wieviel mehr für Löhne verausgabt wird, so würde sich sicherlich herausstellen, daß damit für einen sehr erheblichen Teil der Inanspruchnahme der Reichsbank die Belege geliefert sind. M. E. ist es schon als ein Beweis für die Richtigkeit dieser Anschauung anzuführen, daß die Anspannung der Bank gerade an den Quartalsterminen am stärksten ist, an den Terminen, an denen im bürgerlichen Leben Zahlungen der oben erwähnten Art üblich sind. Ich schließe daraus, daß die Verwirklichung der von Exzellenz Havenstein gehegten Pläne auf den Status der Reichsbank einen verhältnismäßig geringen Einfluß haben würde, der dann aber auch vermutlich durch die weitere Entwicklung der Dinge bald illusorisch gemacht werden würde.

Sieht man nun den Vorschlag, stets etwa 15% der Kreditoren in bar zu halten, praktisch an, und zwar vom Gesichtspunkte der Privatbanken aus, so ergeben sich die größten Schwierigkeiten.

Es ist m. E. ein Unding, alles, was man Kreditoren nennt, in einen Topf werfen zu wollen. Um nur das wesentlichste Merkmal herauszuheben, kommt es darauf an, in welchen Terminen der Kreditor über sein Guthaben verfügen kann.

Betrachtet man den geforderten dauernden Barbestand als eine Reserve für den Fall von Krisen, so kann ich ihm einen durchschlagenden Nutzen nicht zuerkennen. Findet z. B. ein Run auf eine Privatbank statt, so kann man doch gewiß nicht sagen, daß mit einer 10- oder 15%igen Barreserve für alles vorgesorgt wäre. Es könnten weit darüber hinaus Abhebungen stattfinden. Wenn nun eine Bank in solchem Falle ihr Portefeuille (und ein solches besitzt doch jedes verständige Institut) zur Reichsbank trägt, soll ihr dann die Abnahme ihrer Wechsel versagt werden? Die Frage stellen, heißt, sie verneinen. Mit anderen Worten: den wahren Rückhalt

wird doch immer wieder das Wechselportefeuille bieten, in welchem vorsichtigerweise auch immer Devisen oder ausländische Guthaben enthalten sein werden.

Sollte nun eines Tages ein Krieg ausbrechen, so ist es ohne weiteres klar, daß keine Bank allen an sie herantretenden Forderungen gewachsen sein würde, und es ist m. E. ziemlich gleichgültig, ob sie im entscheidenden Augenblick 5, 10 oder 15% in bar liegen hat. Jeder muß soweit gerüstet sein, daß er den ersten Ansturm bis wenige Tage nach der Mobilmachungserklärung überdauern kann, und bis dahin müssen hoffentlich auch schon im einzelnen vorbereitete Maßregeln getroffen sein, um das wirtschaftliche Leben für den Ausnahmezustand des Krieges zu regeln.

Aber aus manchen Äußerungen, die im Laufe der Erörterung gefallen sind, geht für mich hervor, daß der Reichsbankpräsident und auch andere Herren eigentlich etwas Anderes im Sinne haben. Sie betrachten die etwaige Schaffung eines hohen eisernen Barbestandes nicht in erster Linie als eine Rüstung für Krisen verschiedener Art; sie verkennen auch nicht, daß eine Behinderung der Banken eine Verminderung ihrer Bewegungsfähigkeit zur Folge haben könnte, sondern das letztere ist sogar geradezu ihr Ziel. Sie wünschen, die Kreditgewährung seitens der Privatbanken einzuschränken, und zwar ganz allgemein, nicht etwa nur in dem selbstverständlichen Sinne, daß jeder bestrebt sein soll, nur an lebensfähige Unternehmungen und für volkswirtschaftlich zulässige Zwecke Gelder herzuliehen. Die Herren sind der Meinung, daß die industrielle Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten eine zu rasche gewesen ist, und wünschen, einen Hemmschuh anzulegen. Auch hier ist der Status der Reichsbank nicht nur das anregende Moment gewesen, sondern seine Verbesserung ist das nächste Ziel.

Wäre dem so, so wäre es in hohem Grade bedenklich; denn die Volkswirtschaft ist nicht für die Reichsbank da, sondern die Reichsbank für die Volkswirtschaft. Ich weiß wohl, daß, wer heutzutage von dem freien Spiel der Kräfte überhaupt noch spricht, Gefahr läuft, als Manchesterman verspottet zu werden. Trotzdem behaupte ich, daß es ein verkehrtes und auch aussichtsloses Beginnen ist, vom grünen Tisch aus — und säßen die klügsten Männer und besten Patrioten daran — die industrielle Entwicklung eines großen Landes leiten und ihr Tempo bestimmen zu wollen. Man kann eine solche Entwicklung stören — das haben die Urheber des Börsengesetzes der Jahre 1895 und 1896 aller Welt bewiesen —, aber es ist eine Illusion, zu glauben, daß man eine hemmende Maßregel ergreifen und ihre Wirkung

genau vorher berechnen kann. Dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, sorgen schon andere Umstände: nicht nur der Wettbewerb des Auslandes und die sozialen Lasten sowie die immer wachsende Steuerlast, sondern auch die Arbeiterbewegung im allgemeinen.

Und doch haben die Anregungen des Reichsbankpräsidenten schon heute ein Ergebnis gezeitigt. Es ist von Wert, wenn die Leiter der großen Institute in gemeinsamer Beratung Grundsätze über die Behandlung wichtiger geschäftlicher Fragen aufstellen, bisherige Mängel beseitigen, Verbesserungen einführen zu wollen erklären. Wenn auch später wieder Abweichungen stattfinden, so kann man doch damit rechnen, daß in der Hauptsache an den für richtig erkannten Dingen festgehalten und auf die kleineren und Provinzial-Institute ein gewisser Einfluß ausgeübt werden wird.

P a u l S c h w a b a c h.

---

#### **Aktennotiz über eine Unterredung mit dem französischen Politiker L.**

Berlin, den 6. Juni 1912.

Am Dienstag, dem 4. Juni, besuchte mich M. L., ein Mann, der in den Kreisen der Pariser Finanz und Presse wohl bekannt ist und dort eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Er teilte mir folgendes mit:

In den Kreisen der Pariser Banken empfindet man die seit einigen Monaten wieder schärfere Spannung zwischen Frankreich und Deutschland unliebsam und wünscht, eine Besserung herbeizuführen. Wenn das freundliche Entgegenkommen, das Deutschland früher wiederholt gezeigt hat, erfolglos geblieben ist, so liegt das daran, daß vorher kein geeigneter Resonanzboden vorbereitet war, mit anderen Worten: daß man in der Presse nicht richtig vorgearbeitet hatte.

Es wird jetzt beabsichtigt, diesem Übelstande abzuhelpen und die Presse durch geeignete Beeinflussung zu einem weniger feindlichen Verhalten Deutschland gegenüber zu veranlassen. Ursprünglich war daran gedacht worden, einen Fonds zu sammeln, aus welchem an eine Anzahl von einflußreichen Blättern Monatsraten zu zahlen wären. Man hat aber diesen Gedanken fallen lassen; denn trotz aller Vorsorge könnte das Geheimnis verraten werden, und dann möchte man nicht den Vorwurf auf sich nehmen müssen d'avoir fait une campagne. Es soll nun in unauffälliger Form von Zeit zu Zeit die erforderliche Bearbeitung der Zeitungen erfolgen.



Die französische Regierung weiß (angeblich) von dem Plane nichts, und M. L. gab mir recht, als ich ihm sagte, vermutlich richteten er und seine Freunde die Sache so ein, daß die Minister gegebenenfalls ihre Mitwisserschaft ableugnen könnten.

Der Besuch bei mir hat den Zweck, festzustellen, ob in Berlin eine Parallelaktion deutscherseits erwünscht und möglich wäre.

Meine Antwort lautete:

Unsere Geschäftswelt steht seit langen Jahren im Verkehr mit der französischen. Dieser Verkehr ist noch erheblich ausdehnungsfähig; denn m. E. ergänzen sich die französische Kapitalkraft und die deutsche Unternehmungslust ganz ausgezeichnet. Uns Bankiers kann es also nur erwünscht sein, wenn unsere geschäftlichen Bestrebungen durch politische Zwischenfälle möglichst wenig gestört werden. Jede Bestrebung, die Gemüter in Frankreich zu beruhigen, kann in den Finanzkreisen nur sympathisch aufgenommen werden.

Ich verhehlte aber M. L. nicht, daß ich persönlich den Erfolg seiner Bemühungen mit einiger Skepsis betrachte. Denn man hat uns schon gar zu oft von einer unmittelbar bevorstehenden Besserung der Stimmung gesprochen, um uns bald darauf Enttäuschungen zu bereiten, wie z. B. im letzten Winter, also so angesehene Männer wie Pichon und Clémenceau, nur um ein Ministerium zu stürzen, auf der Trompete des Deutschenhasses geblasen haben.

Eine Einwirkung auf die Presse, wie sie in Frankreich allgemein üblich ist, ist in Deutschland des Landes nicht der Brauch; mit Bestechungen ist hier nichts zu machen. Sollte aber in der Tat in der französischen Presse allmählich ein milderer Ton und eine verständige Auffassung bemerkbar werden, so habe ich keinen Zweifel, daß ein entsprechendes Echo aus der deutschen Presse herüberschallen wird, und es würden sich auch Mittel und Wege finden, ein vernünftiges Entgegenkommen von hier zu unterstützen.

Ich muß es aber ablehnen, unsere Regierung irgendwie mit der Sache zu befassen; denn ich darf ihr nicht zumuten, von innerfranzösischen Angelegenheiten Kenntnis zu nehmen, welche die französische Regierung nicht wissen soll.

Ich erwähnte ferner, daß in Frankreich immer wieder der Gedanke auftaucht und verwertet wird, unser wesentliches Ziel sei die Einführung der deutschen Staatswerte an der Pariser Börse. Das sei ein fundamentaler

Irrtum; denn sowohl unsere Regierung wie unsere Bankkreise würden einem solchen Plane geradezu feindlich gegenüberstehen.

M. L. sagte darauf: wenn dem wirklich so wäre, was er bislang nicht gewußt hätte, dann dürfte seine Aufgabe erleichtert werden, und es würde von Wichtigkeit sein, diese Auffassung demnächst in Frankreich zu verbreiten.

---

### Brief an Sir Eyre Crowe, London.

Berlin, den 4. September 1912.

Mein lieber Eyre!

Dein freundlicher Brief vom 31. ist mir in Gastein zugegangen. Ich war dort vier Wochen mit meiner Frau und Mutter. Letztere hat sich wohl ein wenig erholt, aber wir sind noch nicht frei von Sorge. Mir hat die Bergluft gut getan, wenn man nach den Ferien nur nicht sogleich in solchen Wust von Geschäften geriete! Gastein ist ein recht angenehmer Aufenthalt, kein Modebad, und dort trifft man Bekannte aus aller Herren Länder, die man aber nicht häufiger sieht, als man es selber wünscht. Ich habe dort einige längere Unterhaltungen mit Mr. Arthur Balfour gehabt, die mich stark interessiert haben. B. mag nicht zu den ganz großen Staatsmännern gehören, aber er ist doch unterrichtet und erfahren in ungewöhnlichem Maße; dabei finde ich ihn sehr sympathisch und freundlich. Über deutsch-englische Beziehungen haben wir nicht gesprochen: er schlug das Thema nicht an, und da vermied ich es auch.

Unter dem, was Du in Deinem letzten Brief über die sogenannte Flottenfrage sagst, ist mir am meisten die Bemerkung aufgefallen: England könne den Arbeitern nicht gerecht werden infolge der bedeutenden Ausgaben für Rüstungen. Ich kann nicht so recht beurteilen, ob das richtig ist, aber es ist auf alle Fälle ein sehr beachtenswertes Moment. Wenn ich einmal kurz sagen soll, wie ich persönlich zur Flottenfrage stehe, so komme ich zu folgendem: Deutschland muß eine anständige Flotte halten, einmal um gelegentlich über See seine großen Interessen vertreten und schützen zu können, dann aber auch, um einem etwaigen Angriff auf seine Küsten zu begegnen. Natürlich genügen für das letztere nicht Strandbatterien und ähnliches, sondern es sind auch Angriffswaffen erforderlich; auch auf dem Lande ist oft ein Angriff die einzig mögliche Form der Verteidigung. Wohlverstanden meine ich das nur im taktischen Sinne. — Der Einwand,

niemand bedrohe Deutschland, ist nicht stichhaltig. England richtet sich so wenig wie wir ausschließlich auf Gewißheiten oder Wahrscheinlichkeiten, sondern auf entfernte Möglichkeiten ein. Das beweist der Zweimächtestandard, an welchem bei Euch festgehalten wird, obwohl die Wahrscheinlichkeit einer anti-englischen Koalition auf lange hinaus sehr gering ist. Wie groß nun die deutsche Flotte und wie sie beschaffen sein soll, kann ich mangels einschlägiger Kenntnisse nicht sagen. Richtig und unbestritten ist, daß wir das Programm selbst aufzustellen und keinen Ausländer dabei zu befragen haben. Ich glaube auch, daß die englische Kritik der deutschen Flottenpolitik häufig von der strengen Sachlichkeit abgewichen ist. Trotz alledem bin ich ein ausgesprochener Gegner unserer Flottenpolitik, und ich sage es Dir, weil ich es hierzulande jedem sage, der es hören will, und vielen, die es nicht hören wollen. Schon vor Jahren habe ich den Eintritt in den Flottenverein abgelehnt, weil ich sein bloßes Dasein für verderblich halte. Ich stehe mit meinen Ansichten keineswegs allein, stimme vielmehr überein mit Leuten, die ganz andere Stellungen einnehmen als ich. Aber unsere ganze Regierungsmaschine ist ein sehr seltsames *mixtum compositum*, die Einflüsse, die in solchen Fragen die Entscheidungen herbeiführen, sind mannigfaltig und schwer kontrollierbar. So kommt es oft anders, als meine Gesinnungsgenossen und ich gehofft, auch angenommen hatten. Ist Dir die „Deutsche Revue“ zugänglich? Deren September-Heft bringt einen sehr verständigen Artikel, den ich Dir empfehle und der die Ansichten wesentlicher Regierungsmitglieder richtig wiedergibt. Eventuell will ich Dir gern die Nummer senden. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß es für beide Teile ein Vorteil wäre, wenn unsere Länder in ein besseres Verhältnis zueinander träten. Allerdings erwarte ich nicht, daß in absehbarer Zeit eine Verhandlung über Einschränkung der Rüstungen zum Ziele führen kann. Ich hoffe vielmehr, wenn auch ohne glühenden Optimismus, daß sich Gelegenheiten bieten werden zu gemeinsamer Aktion, die zur Verringerung des gegenseitigen Mißtrauens beitragen kann. Eine Besprechung der Rüstungen kann nicht den ersten, sondern den Schlußakt des Schauspiels bilden.

Was die Arbeiterfrage angeht, so glaube ich allerdings, daß insbesondere bei den Arbeiterführern der Kampf vielmehr um die Macht geführt wird als um eine wirtschaftliche Besserstellung. In Deutschland ist das vielfach klar erkennbar, und wenn die Anzeichen nicht trügen, so liegt es in Frankreich, in England, auch in den U. S. A. nicht viel anders.



Nun habe ich Deine Zeit wirklich lange genug in Anspruch genommen; falls Du schon wieder in London bist, sogar ungebührlich lange.

Ich schließe daher, indem ich viele herzliche Grüße von Haus zu Haus sende.

Dein alter Freund

Paul Schwabach.

---

### Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.

#### I.

Berlin, den 10. Oktober 1912.

Sehr verehrter Herr Baron!

Die Besprechungen, welche der russische auswärtige Minister Sasonow hier gepflogen hat, sind meinen Informationen zufolge insofern befriedigend verlaufen, als sich die Übereinstimmung der europäischen Kabinette auch bei dieser Gelegenheit erwiesen hat. Die etwa gleichzeitig und seither eingetretenen Ereignisse auf der Balkanhalbinsel haben aber leider gezeigt, daß die Erhaltung des Friedens nicht hat erreicht werden können.

Die Herren, die ich spreche, tragen einen Optimismus zur Schau, der im Einklang mit der Auffassung steht, die in den offiziellen und offiziösen Mitteilungen aller Länder vorherrscht. Es wird überall betont, daß bei der Einigkeit der Großmächte der Krieg auf dem Balkan lokalisiert bleiben wird, und auch darüber herrscht Einverständnis, daß territoriale Verschiebungen, die den Keim zu neuen Zwistigkeiten in sich tragen würden, unbedingt vermieden werden müssen.

Ich muß nun bekennen, daß ich persönlich nicht ganz so rosig sehe. Wenn Bulgarien, was durchaus möglich ist, militärisch Vorteile erringt und türkisches Gebiet besetzt, dann ist die unvermeidliche Folge, daß Serbien den Sandschak okkupiert und damit einen für Österreich unerträglichen Zustand schafft. Daß die Regierungen dieser beiden Länder nach einem erfolgreichen Feldzuge auf diplomatische Vorstellungen hin die betreffenden Gebiete wieder räumen, glaube ich nicht; es müßte Waffengewalt angewendet werden. Und ich fürchte, daß auch bei gutem Willen die russische Regierung vor der öffentlichen Meinung ihres eigenen Landes nicht wagen wird, die sogenannten slawischen Brüder selbst hinauszuerwerfen oder durch

Österreich hinauswerfen zu lassen. Aus diesen Gründen scheint mir die Zukunft etwas dunkel zu sein.

Wir Deutschen haben selbstverständlich nur den einen Wunsch, daß die gestörte Ruhe bald wiederhergestellt wird, und daß die Türkei in lebensfähigem Zustande erhalten bleibt; denn, wie allgemein bekannt, sind unsere Interessen in jenen Gegenden lediglich geschäftlicher und industrieller Natur.

Sonst könnte ich Ihnen von hier nichts berichten, was Ihnen nicht selbst bekannt wäre. Die Börsen sind natürlich schwach, wie an anderen Plätzen auch, aber etwas Besonderes ist nicht vorgekommen. Geld ist jetzt ziemlich leicht; aber wir rechnen für den Schluß des Jahres mit hohen Zinssätzen.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

II.

Berlin, den 14. November 1912.

Hochverehrter Herr Baron!

Ich bestätige nochmals den Empfang Ihrer verschiedenen liebenswürdigen Depeschen. Es hat mir Freude gemacht, nach längerer Unterbrechung wieder mit Ihnen in regerem telegraphischen Verkehr zu stehen.

Glücklicherweise sieht es seit zwei Tagen so aus, als könne man bestimmt auf eine friedliche Beilegung der Differenzen hoffen, soweit europäische Mächte in Frage kommen.

Wenn ich Ihnen vor einigen Tagen telegraphierte, daß Deutschland im Ernstfall neben seinem Bundesgenossen Österreich stehen würde, so entsprach das in der Tat der Sachlage. Deutschland kann in solchem Falle auch gar nicht anders handeln. Es kam dazu, daß Italien, wie ich bestimmt weiß, den serbischen Anspruch, mit territorialem Besitz an die adriatische Küste zu gelangen, bekämpft, und zwar keineswegs pour les beaux yeux de l'Autriche, sondern weil es Italien selbst in hohem Grade unwillkommen wäre.

Andererseits aber teilt man hier vollkommen die Ansicht, die Sir Edward Grey zum Ausdruck gebracht hat, daß es in dieser Krisis unerwünscht wäre, von Triple Alliance und Triple Entente zu sprechen, daß sich vielmehr alle Mächte bemühen sollten, einen gemeinsamen Boden für ihre Arbeit zu finden. In der Tat will Deutschland auch nur seinen Bundes-

genossen stützen, ohne im mindesten den Wunsch zu haben, gegen andere feindselig aufzutreten.

Was insbesondere England angeht, so habe ich hier wiederholt sagen hören, daß sich der Verkehr zwischen den beiden Auswärtigen Ämtern in London und Berlin in den letzten Zeiten in einem Tone und so vertrauensvoll gestaltet hat, wie es leider seit langer Zeit nicht der Fall gewesen ist. Sie, verehrter Herr Baron, und ich sind uns ja seit vielen Jahren darüber einig, daß das gegenseitige Vertrauen der normale Zustand für den englisch-deutschen Verkehr sein sollte.

Ganz vertraulich habe ich gehört, daß die Besprechungen über ein Colonial Agreement zwischen unseren beiden Ländern, wenn auch in langsamem Tempo, weitergeführt werden. Über die Einzelheiten der Verhandlungen und die beiderseitig zutage getretenen Wünsche bin ich durchaus nicht unterrichtet. Wenn ich aber dringend wünsche, daß es in absehbarer Zeit zum Abschluß eines Vertrages kommt, so geschieht das, weil ich nicht geringe Hoffnungen auf die bloße Tatsache setze, daß beide Länder wieder einmal ihre Interessen gegeneinander abgewogen und miteinander vereinbar gefunden haben.

Ich hatte den Wunsch gehabt, in diesem Herbst nach London zu kommen, und hatte mich darauf gefreut, Sie wieder zu begrüßen. Aber bei der Unruhe der letzten Zeiten habe ich vorgezogen, in Berlin zu bleiben. Hoffentlich glückt es mir, noch im Dezember auf kurze Zeit hinüberzukommen. Ich wünsche sehr, Sie dann in bestem Wohlbefinden anzutreffen, und verbleibe mit angelegentlichen Empfehlungen

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

### III.

Berlin, den 23. November 1912.

Hochverehrter Herr Baron!

Wie ich Ihnen heute früh deponierte, läßt die Tatsache, daß der österreichische Generalstabschef nach Berlin gekommen ist, um mit seinem hiesigen Kollegen eine Besprechung abzuhalten, darauf schließen, daß alle, auch sehr ernste Fälle in Erwägung gezogen werden. Etwas Authentisches über die Tragweite dieser Reise kann ich Ihnen aber zur Stunde noch nicht angeben. Auch weiß ich nicht, in welchem Sinne die Unterhaltungen mit



dem hier anwesenden österreichischen Thronfolger verlaufen sind. Da aber Deutschland von Anfang an entschlossen war, Österreich zu unterstützen, so kann man sich selbst seinen Vers darauf machen.

Die Beziehungen zwischen Österreich und Rußland können unter den obwaltenden Verhältnissen nicht anders als schwierige sein. Es ist richtig, daß das russische Ministerium in Belgrad amtlich zur Besonnenheit mahnt, und daß die verständigen Leute in Petersburg einen Krieg, wenn irgend möglich, vermeiden wollen. Denn die Wunden, die dem Lande durch den japanischen Krieg und die Revolution geschlagen sind, sind noch nicht verheilt, und die Russen brauchen aus wirtschaftlichen Gründen noch eine längere Friedensepoche. Aber wir wissen alle, daß die panslawistischen Kreise einen großen Einfluß ausüben. Ebenso allgemein bekannt ist, daß hohe russische Beamte, wie z. B. der Gesandte in Belgrad, Herr Hartwig, in kaum verhüllter Weise eine Sonderpolitik treiben.

Mutatis mutandis scheinen die Dinge in Serbien ähnlich zu liegen. Nach meinen Nachrichten ist die dortige Regierung einschließlich des Königs terrorisiert von der Militärpartei, d. h. von derjenigen Clique und ihren Anhängern, die seinerzeit den König Alexander beseitigt haben. Es ist das eine Gesellschaft von Leuten, für die Patriotismus und nationale Interessen nicht viel mehr als ein Vorwand zu sein scheinen, ihre eigenen Interessen zu fördern.

Wenn immer wieder von dem Zugang zur Adria die Rede ist, und auch in anderen Ländern häufig der Gedanke verfochten wird, daß es doch im Grunde genommen ungerecht sei, den Serben diesen Zugang zu sperren, so verlohnt es sich doch der Mühe, die Sache selbst näher ins Auge zu fassen.

Da stellt sich heraus, daß das wirtschaftliche débouché für Serbien keineswegs an der Adria liegt, sondern nach Saloniki geht. Zwischen dem serbischen Kernlande und dem Adriatischen Meer liegen zwei parallele Höhenzüge, die den Bau einer Eisenbahn nicht nur technisch schwierig, sondern so kostspielig gestalten, daß von einer Rentabilität nicht mehr die Rede sein kann. Gleichviel was jetzt entschieden wird, die serbische Ausfuhr wird auch in Zukunft ihren Gang nach Süden nehmen, ebenso wie es auch heute mit der österreichischen der Fall ist, welche letztere keineswegs etwa über Bosnien geleitet wird. Die Abneigung Österreichs und auch Italiens, den Serben einen territorialen Besitz an der Adria zu belassen, beruht nicht auf wirtschaftlichen, sondern auf militärisch-politischen Erwägungen. Ob und inwieweit sich daran knüpfende Befürchtungen übertrieben sind, kann ich

persönlich gewiß nicht recht beurteilen. Aber am Ende muß jede Großmacht selbst wissen, was für sie von vitalem Interesse ist und was nicht.

Vom menschlichen Standpunkt aus wäre es gewiß kein erfreulicher Zustand, Albanien unter serbische Herrschaft geraten zu lassen. Man hat gesehen, mit welch grausamem Fanatismus gegen die dortige mohamedanische Bevölkerung gewütet wird, und es ist nicht einzusehen, warum die Albanesen weniger Daseinsberechtigung haben sollen als die Serben.

Ich nehme als sicher an, daß, wie schon seit Anfang dieser Erörterungen, Österreich bereit ist, serbische Wünsche wirtschaftlicher Natur zu berücksichtigen, und ich glaube auch gewiß, daß solche Bestrebungen von Berlin aus entschieden unterstützt werden.

Wenn Ihre Freunde sich darüber befriedigt erklären, daß sie mit den meinigen in den letzten Wochen in angenehmer Weise verkehrt und Gedanken ausgetauscht haben, so kann ich Ihnen bestimmt sagen, daß dieses Gefühl der Befriedigung hier durchaus geteilt wird.

Wir hoffen alle noch ernstlich, daß jedes Blutvergießen vermieden wird, und daß schlimmstenfalls der Streit zwischen Österreich und Serbien allein zu regeln sein wird.

Ich verbleibe mit angelegentlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

#### IV.

Berlin, den 27. November 1912.

Hochverehrter Herr Baron!

Dem Telegramm, das ich heute abgeschickt habe, möchte ich noch einige Worte hinzufügen.

Von verschiedenen Seiten wird berichtet, daß der Minister Sasonow seit gestern einen viel liebenswürdigeren und friedlicheren Ton anschlägt als bisher. Man hält es für durchaus möglich, daß dieser Stimmungswechsel damit zusammenhängt, daß der Zar in die Umgebung seiner Hauptstadt zurückgekehrt ist und wieder mehr dem durchaus friedlichen Einfluß des Herrn Kokozow unterliegt. Dieser Minister,\* der die inneren und finanziellen Zustände Rußlands genau kennt, weiß auch, daß ein großer Krieg für das Land in hohem Maße bedenklich wäre. Gleichviel aus welchen Motiven

---

\* der Finanzen.

die friedlichere Stimmung entspringt, so muß man sie als ein wichtiges Moment begrüßen.

Daß die Russen die an der Grenze befindlichen Heeresabteilungen zum Teil mobil gemacht haben, dürfte richtig sein. Aber die Erklärung, die russischerseits dafür gegeben wird, hat viel für sich. Die Mobilmachung in Rußland würde infolge der großen Entfernungen und des mangelhaften Ausbaues des Eisenbahnnetzes sehr viel langsamer vonstatten gehen als in Österreich oder Deutschland. Wenn also ernstliche Verwicklungen eintreten, wäre Rußland in einem so starken Nachteil, daß es sich immerhin berechtigt oder verpflichtet glaubt, etwas Vorsorge zu treffen.

Man findet hier, daß Österreich weit entgegengekommen ist und allen verständigen wirtschaftlichen Interessen Serbiens Rechnung trägt. Es ist tatsächlich auch einen großen Schritt zurückgewichen, da vor noch nicht langer Zeit in Wien gesagt wurde, die Besetzung des Sandschaks durch Serbien würde nicht hingenommen werden können, und trotzdem hat sich Österreich damit abgefunden. Die Formel bleibt immer dieselbe: man will Serbiens berechtigte wirtschaftliche Forderungen erfüllen, aber nicht seinem politischen Ehrgeiz freien Lauf gewähren.

Ich wiederhole nochmals, daß meine Freunde mit großer Dankbarkeit Ihre Liebenswürdigkeit und Ihr Interesse an der Erhaltung des Friedens anerkennen. Sie wissen, daß Sie ganz über mich verfügen können, falls Sie durch mich irgendwelche Bestellungen ausrichten lassen wollen.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

#### Brief an Sir Eyre Crowe, London.

Berlin, den 28. November 1912.

Mein lieber Eyre!

Ich danke Dir bestens für Deinen freundlichen Brief und für die Angabe des indischen Büchertitels.

Es ist mir sehr leid zu hören, daß Deine Gesundheit Dir wieder zu schaffen gemacht hat, und das um so mehr, als ich mir ohne Mühe denken kann, wie sehr Du jetzt in Anspruch genommen bist.



Meine Hoffnung, Dich bald in London zu begrüßen, schwindet auch immer mehr; denn in Zeiten wie den gegenwärtigen, in welchen die Geschäftswelt mit Recht oder Unrecht aufgeregt ist, kann man seinen Posten nicht gut verlassen. Es kommt auch bei mir hinzu, daß ich mich gleichsam amtlich um die Interessen der türkischen Gläubiger kümmern muß, und die auf diesem Gebiete auftauchenden Fragen sind zahlreich und schwierig.

Mir scheint Österreichs Politik nicht so unbegreiflich wie Dir.

Man muß in Serbien, abgesehen von der politisch wahrscheinlich vollkommen gedankenlosen Masse, zwei voneinander getrennte Gruppen unterscheiden: erstens die verständigen Leute, die in begreiflichem Patriotismus ihr Land insbesondere nach der wirtschaftlichen Seite entwickeln wollen, und zweitens die phantastischen und skrupellosen Leute, die wohl ausschließlich in Militäruniform stecken und ehemals die Königsmörder gestellt haben. Daß die erstere Gruppe anspruchsvoller auftritt, wenn sie sich russischen Schutzes sicher glaubt, ist nicht zu verkennen und verständlich und verzeihlich; aber diese wird zufrieden sein, wenn die wirtschaftlichen Interessen Serbiens genügende Berücksichtigung finden. Die serbischen Jingos zufriedenzustellen, ist überhaupt kaum möglich und braucht nicht Österreichs Sorge zu sein.

Nun hat Österreich, was bei den überstürzten Ereignissen der letzten Wochen leicht in Vergessenheit gerät, doch schon einen erheblichen Schritt rückwärts getan: früher hieß es immer, die Besetzung des Sandschaks würde ein vitales Interesse verletzen und das österreichische Heer in Bewegung bringen; davon ist nun längst nicht mehr die Rede.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiete werden Anerbietungen gemacht, die vielleicht noch verbesserungsfähig sind, aber im Grunde genommen all das bieten, was Serbien verlangt, nämlich den freien Zugang zum Adriatischen Meer, wenn es Serbien wirklich nur darauf ankommt, über einen Adria-hafen seine Waren oder vielmehr landwirtschaftlichen Erzeugnisse auszuführen. Dabei kommt der Bau einer Eisenbahn nach San Giovanni oder Durazzo in Frage. Wenn dafür das Geld aufgebracht werden kann — z. B. in Frankreich —, so wird in Wien oder gar hier niemand etwas dagegen erinnern. Daß diese Bahn wegen der schwierigen Konstruktion und des auch im besten Falle nicht allzu lebhaften Verkehrs dauernd unrentabel bleiben wird, ist die Ansicht genauer Kenner der Verhältnisse und mir in hohem Maße wahrscheinlich. Aber das braucht nicht unsere Sorge zu sein. Es ist sogar durchaus möglich, daß die Serben auch nach Fertigstellung einer

solchen Bahn Ihren Export in der Hauptsache über Saloniki leiten werden.

Ein territorialer Besitz der Serben an der Adria mit Hafenbefestigungen usw. kann aber den Österreichern nicht anders als in hohem Maße unbequem sein. Und wie ich von Italienern selbst gehört habe, ist man in Rom ganz derselben Meinung. Darin liegt auch, wie ich glaube, der Grund für das gute Einvernehmen zwischen Italien und Österreich in diesem Augenblick, nicht etwa aber in der sogenannten Bundestreue.

Es ist auch nicht recht einzusehen, weshalb man unter allen Balkanvölkern gerade den Albanern die Daseinsberechtigung absprechen will, obwohl ich gewiß nicht glaube, daß die Wiener Herren geneigt sind, Gefühlspolitik zu treiben.

Davon bin ich übrigens ebenso wie Du überzeugt, daß die Österreicher gar nicht daran denken würden, Serbien zu annektieren, auch wenn sich das leicht bewerkstelligen ließe.

Seit einigen Tagen hat es nun den Anschein, als wolle man sich wirklich verständigen; auch Rußland soll eine entgegenkommendere Haltung zeigen.

Ich habe hier in den letzten Wochen wiederholt von Politikern sagen hören, daß sich der Gedankenaustausch zwischen der englischen und der deutschen Regierung in sachlichen und durchaus angenehmen Formen bewegt. Mir war das sehr angenehm zu hören, und ich hoffe, daß man auf Eurer Seite analoge Eindrücke hat.

Frau und Kindern geht es recht gut; dagegen ist die Gesundheit meiner Mutter immer noch schwankend und nichts weniger als zufriedenstellend.

Mit vielen herzlichen Grüßen von Haus zu Haus

Dein alter Freund P a u l S c h w a b a c h.

---

### Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.

#### I.

Berlin, den 13. Dezember 1912.

Hochverehrter Herr Baron!

Ich bin Ihnen außerordentlich dankbar für Ihren liebenswürdigen Brief vom 11. d. M., den ich gestern erhielt.

Es ist zweifellos richtig, daß die Schwierigkeit der Lage in der Hauptsache durch die serbischen Ansprüche geschaffen wird. Ebenso richtig ist es, daß Serbien vermutlich bescheidener wäre, wenn es nicht auf eine Unter-

stützung bei den Russen hoffte. Ich habe schon in früheren Schreiben ausgeführt, daß man hier und auch in Wien begreiflich und berechtigt findet, daß Serbien für seinen Handel gewisse Erleichterungen erhält, und man hofft noch immer, daß Rußland sich darauf beschränken wird, die wirtschaftlichen Wünsche Serbiens zu unterstützen, nicht aber seine Bestrebungen auf territoriale Festsetzung am Adriatischen Meer. Wir glauben hier auch immer noch, daß die russische Regierung einem Krieg durchaus abgeneigt ist, und daß die Gefahr darin liegt, daß etwa die panslawistische Strömung sich stärker erweist als Zar und Minister.

Deutschland hat, wie allgemein bekannt, seine Verbündeten, obwohl es sich von selbst verstanden hätte, in dieser Krisis seiner Unterstützung versichert. Dabei ist man davon ausgegangen, daß Österreich und Italien in der Tat durch die Entstehung einer slawischen Militärmacht am Adriatischen Meer in ihren Lebensinteressen bedroht würden, ganz abgesehen davon, daß die Frage der völkerrechtswidrigen Behandlung des österreichischen Konsuls\* aus der Welt geschafft werden muß. Es ist aber sehr angenehm zu wissen, daß weder Sie noch Ihre Freunde daran zweifeln, daß das Endziel unserer Politik die Erhaltung des europäischen Friedens ist, und da man der englischen Unterstützung gewiß ist, besteht doch ernstliche Hoffnung auf die Erreichung dieses Zieles.

Wenn Sie mich nun fragen, sehr verehrter Herr Baron, welches Mittel noch etwa angewendet werden könnte, um die Friedenswünsche zu fördern, so fällt mir trotz eifrigen Nachdenkens nur ein einziges ein.

Die Franzosen müßten, meine ich, in Petersburg sagen, daß Frankreich zwar nicht daran dächte, seinen Bündnisvertrag zu verletzen, aber ernstlich darauf aufmerksam machte, daß es nicht im französischen Interesse läge, in Krieg zu geraten, weil die Serben in Durazzo Befestigungen anlegen wollten, daß ein solcher Krieg in Frankreich unmöglich populär sein könnte und infolgedessen für zukünftige Zeiten den Zweibund in anderem Lichte erscheinen lassen würde, daß man daher den Russen dringend raten müßte, nicht weiter zu gehen, als die wirtschaftlichen Bestrebungen Serbiens diplomatisch zu unterstützen, eine Politik, die auch der russischen Bevölkerung gegenüber durch gewandte Beeinflussung der Presse durchaus zu verteidigen und annehmbar zu machen ist. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Franzosen eine solche Sprache führten, der Eindruck nicht ausbleiben könnte. Es liegt aber weiter auf der Hand, daß niemand dahinwirkende Ratschläge in Paris geben kann außer Ihren Freunden, deren wohlwollende

---

\* Prochaska in Prisren. Vgl. Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914, Bd. 33, S. 353.



Haltung Frankreich gegenüber und deren Selbstlosigkeit in den vorliegenden Fragen unbezweifelt sind.

Ob sich dies oder etwas Ähnliches tun läßt, werden Sie viel besser beurteilen können als ich. —

Wir erwarten hier für Ende Dezember eine schwierige Liquidation und hohe Geldsätze. Es ist nicht unmöglich, und es sind auch schon Anzeichen dafür vorhanden, daß von auswärts einzelne Firmen Geld nach Berlin legen, um daraus Nutzen zu ziehen.

Ich muß am Montag abend auf einige Tage nach Paris fahren, um über türkische Finanzangelegenheiten zu konferieren. Leider wird es mir nicht möglich sein, einen Ausflug nach London zu unternehmen, da ich möglichst bald wieder nach Berlin zurückfahren muß und die Feiertage hier verleben möchte. Hoffentlich kann ich nach Neujahr meinen geplanten Besuch endlich zur Ausführung bringen.

Ich werde bis zum Nachmittag des 20. Dezember in Paris im Hotel Ritz sein und, falls Sie mir etwas mitzuteilen wünschen, bitte ich, mir zu telegraphieren, und zwar mit unserem gewöhnlichen Schlüssel. Ich würde eventuell auch die Möglichkeit haben, von dort hierher Nachrichten gelangen zu lassen.

Mit angelegentlichen Empfehlungen verbleibe ich, hochverehrter Herr Baron,

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

II.

Berlin, den 2. Januar 1913.

Hochverehrter Herr Baron!

In Ihrem lebenswürdigen gestrigen Telegramm gaben Sie die Anregung, daß die langsamen Verhandlungen zwischen den Balkanstaaten und der Türkei dadurch ihre Erledigung finden könnten, daß Europa die Lösung der noch schwebenden Fragen in die Hand nimmt.

Über diesen Punkt telegraphierte ich heute früh, wie folgt:

Europa soll und wird sich mit den Fragen beschäftigen, welche für die Gesamtheit wichtig sind. Ich glaube, dazu gehört in erster Reihe die Frage Albanien und die der Inseln. Ich fürchte aber, es wäre gefährlich, sich in die territorialen Angelegenheiten der Türkei und der Balkanstaaten einzumischen, weil dabei leicht eine Friktion zwischen den Mächten entstehen könnte. Das zu vermeiden, ist die wichtigste Aufgabe der Diplomaten.

Diese Ansicht ist nicht nur die meinige, sondern herrscht auch in unseren amtlichen Kreisen vor. Das hindert natürlich nicht, daß man den bisherigen Kriegführenden in Einzelunterhaltungen gute Ratschläge gibt, die natürlich in dem Sinne erteilt werden, daß man alle Teile zur Mäßigung mahnt, und mit der Tendenz, den Friedensschluß zu beschleunigen.

Im großen ganzen aber gewinnt man doch den Eindruck, daß die Verhandelnnden einander allmählich näher kommen. Wahrscheinlich wären die Türken mit ihren vier Gegnern schon einig, wenn in Konstantinopel eine Regierung bestände, die der eigenen Nation gegenüber eine wirklich feste und autoritative Stellung hätte.

Nach dem Friedensschluß werden wir aber vermutlich auch noch Streitigkeiten zwischen den Siegern erleben, wie denn insbesondere das Schicksal des wichtigen Platzes Saloniki durchaus noch nicht entschieden zu sein scheint. —

Wenn Sie den Tod des Staatssekretärs von Kiderlen-Waechter als einen schweren Verlust für Deutschland ansehen, so haben Sie leider nur allzu recht. Ich habe den Verstorbenen seit vielen Jahren gekannt und außerordentlich hoch geschätzt. Es ist in hohem Grade bedauerlich, daß ihm, nachdem er in eine wirklich leitende Stellung eingerückt ist, nur eine so kurze Zeit der Tätigkeit vergönnt war. Ich weiß aus vielen Gesprächen mit ihm, wie sehr er insbesondere darauf bedacht war, unsere Beziehungen zu England zu bessern. Wenn sein Wirken in dieser Hinsicht wenig in die Öffentlichkeit drang und sich in aller Ruhe abspielte, so ist ihm das nach meiner Ansicht nur um so höher anzurechnen; denn ich bin von jeher der Meinung gewesen, daß Kiderlens Methode die richtige sei und jedenfalls richtiger als das Halten vieler Reden auf Banketts und die Entsendung von Deputationen.

Man zerbricht sich natürlich voller Neugierde den Kopf darüber, wer der zukünftige Staatssekretär sein wird. Vielleicht weiß man es schon morgen oder übermorgen. Man kann aber mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß der Kaiser und der Reichskanzler nur eine solche Persönlichkeit wählen werden, die die deutsche Politik in den bisherigen Bahnen weiterführt.

Ich wünsche und hoffe, daß das Jahr 1913 uns weniger Aufregungen bringen wird als das jüngst verflossene.

Mit vielen angelegentlichen Empfehlungen

Ihr aufrichtig ergebener P a u l S c h w a b a c h.

## III.

Berlin, den 20. März 1913.

Hochverehrter Herr Baron!

Der Stand der Balkanfrage ist immer noch nicht ein derartiger, daß auf eine baldige endgültige Regelung gehofft werden darf. So oft man auch dem Ziele nahe zu sein glaubt, treten immer wieder Zwischenfälle ein, die zu neuen Besorgnissen Anlaß geben, wie denn gerade wieder in den letzten Tagen die Beziehungen Österreichs zu Montenegro und Serbien unangenehm zu werden drohen. Bei alledem ist es notwendig, alles zu tun, was eine spätere Verständigung erleichtern kann, und dabei denke ich in erster Reihe an die Finanzfragen.

Die Großmächte hatten sich bereits darüber geeinigt und werden auch hoffentlich dabei bleiben, daß der Türkei eine Kriegsentschädigung nicht auferlegt werden darf, daß dagegen die Balkanstaaten entsprechend den von ihnen besetzten Gebieten einen Teil der türkischen Staatsschuld übernehmen sollen. Auch über die Grundlagen der Berechnung herrscht, soviel ich weiß, im allgemeinen Einverständnis.

Es ist von hoher Bedeutung, da man europäischerseits politisch und militärisch die Türkei völlig preisgegeben hatte, wenigstens auf finanziellen Gebiete ausgleichende Gerechtigkeit walten zu lassen. Es handelt sich dabei keineswegs darum, im Interesse derjenigen Länder zu operieren, welche türkische Werte in großem Umfange besitzen; das sind bekanntlich in erster Reihe Frankreich und Deutschland. Das Bestreben, den Landsleuten Verluste an ihren türkischen Papieren zu ersparen, ist gewiß wichtig und berechtigt; es stehen aber m. E. viel höhere Interessen auf dem Spiel. Wenn die Türkei nicht finanziell und wirtschaftlich lebensfähig erhalten wird, ist ein innerer Zusammenbruch unvermeidlich. Wir würden vielleicht in kurzer Frist in der kleinasiatischen Türkei ähnliche Vorgänge erleben, wie sie jetzt auf der Balkanhalbinsel sich abgespielt haben. Daß dann die Gefahr sehr ernster Verwicklungen zwischen europäischen Großmächten auftauchen würde, bedarf keiner näheren Ausführung. — Andererseits hat auch niemand ein Interesse daran, die Balkanstaaten, welche durch den lange dauernden Krieg ohnehin schwere Opfer haben bringen müssen, mehr, als notwendig ist, zu belasten.

Nun liegt es so, daß es unzweifelhaft richtiger ist, wenn die Balkanstaaten für den auf sie entfallenden Teil der türkischen Staatsschuld nicht etwa Renten bezahlen, sondern eine Kapitalabfindung. Auch ohne auf naheliegende historische Beispiele zurückzugreifen, würde man die Befürchtung



hegen müssen, daß die Zahlung von Jahresbeiträgen über kurz oder lang seitens der Balkanstaaten eingestellt werden würde. Damit wäre nicht nur der Türkei schwerer Schaden zugefügt, sondern auch ihren Gläubigern. Die Balkanländer können natürlich nicht in bar bezahlen, sondern müßten Anleihen aufnehmen, und zwar, wie die Verhältnisse des Geldmarktes nun einmal sind, zu sehr hohen Zinssätzen.

Da ist nun hier bei vertraulichen Besprechungen über diese Gegenstände ein Gedanke aufgetaucht, der mir der Erwägung wohl wert zu sein scheint; man könnte den Teil der türkischen Staatsschuld, der auf der europäischen Türkei ruht, ersetzen durch eine Anleihe der Balkanstaaten, am liebsten durch eine gemeinsame, notfalls aber durch eine individuelle Schuld. Wird eine hierfür ausgegebene Anleihe von den Großmächten garantiert — ähnlich wie es im Jahre 1885 mit der ägyptischen Anleihe geschehen ist —, so würde für die Balkanstaaten eine außerordentliche Erleichterung in den von ihnen zu zahlenden Annuitäten eintreten, die man ungefähr mit 2 % bewerten kann, abgesehen von der geringeren Höhe der Nominalbeträge, den Ersparnissen bei Amortisationen usw. Ein Risiko für die Großmächte würde menschlicher Voraussicht nach damit nicht verknüpft sein, so wenig, wie es seinerzeit in Ägypten der Fall war. Ich erinnere mich daran, daß die Großmächte im Jahre 1885 ausdrücklich darauf verzichtet haben, die auf die einzelnen entfallende Garantie festzusetzen, weil sie es für ausgeschlossen hielten, daß diese Garantie wirklich in Anspruch genommen werden könnte. Natürlich würde es am besten stehen, wenn die Balkanstaaten diejenigen Pfänder, welche bisher für die türkischen Anleihen gegeben waren, für die neu aufzunehmende Anleihe in Kraft beließen. Das wird aber voraussichtlich an dem Widerstande insbesondere Bulgariens scheitern.

Ich wäre Ihnen zu lebhaftem Danke verbunden, wenn Sie mir aus Ihrer großer Erfahrung heraus Ihre Ansicht darüber mitteilen wollten, ob ein solcher Weg gangbar ist. Vielleicht haben Sie auch darüber ein bestimmtes Urteil, ob Ihre Freunde unter Umständen zur Teilnahme an einer derartigen Bürgschaft bereit sein würden. Je nachdem Sie mir antworten, werde ich mich bemühen, den Gedanken weiter zu verfolgen.

Ich benutze diesen Anlaß, Ihnen für die bevorstehenden Feiertage gute Erholung zu wünschen, und verbleibe mit angelegentlichen Empfehlungen

Ihr aufrichtig ergebener

Paul Schwa bach.

---

Briefe an Bankdirektor Otto Joel, Mailand.

I.

Berlin, den 29. Dezember 1913.

Verehrter Freund!

.... Ich war auf Ihre telegraphische Anfrage betr. eine türkische Anleihe nicht wieder zurückgekommen, da die Antwort meiner Firma eine erschöpfende war.

Sie haben mit Ihrer Vermutung ganz recht, daß im Augenblick an eine große Anleihe nicht zu denken ist, und zwar aus verschiedenen Gründen. Daß wir mit großen fremdländischen Emissionen warten müssen, bis die heimischen Anleihen vom Stapel gegangen sind, betrachte ich nur als einen Nebenumstand. Vermutlich wird schon im Laufe des Januar Preußen mit einer großen, das Reich mit einer kleinen Summe an den Markt herantreten. Theoretisch bestände kein Hindernis, jetzt mit den Türken abzuschließen, und die Zeichnung in einigen Wochen vornehmen zu lassen. So weit sind wir aber noch nicht; vor allem um deswillen nicht, weil die Verhandlungen, derentwegen Djavid Bey\* wochenlang in Berlin gesessen hat, noch nicht zum Abschluß geführt haben. Genau bin ich über den Stand der Angelegenheit nicht unterrichtet; denn ich habe an den Verhandlungen nicht teilgenommen und immer nur von Geheimrat Helfferich\*\* Informationen empfangen, der sich augenblicklich noch auf Weihnachtsurlaub befindet.

Immerhin ist es viel Wert, daß Sie, wie Sie mir freundlichst mitteilen, in Italien Vorbereitungen getroffen haben, sich uns gegebenenfalls anzuschließen. Es ist immer mißlich, in solchen Dingen eilig vorgehen zu müssen.

Ihre Frage, wie das Finanzexposé Ihres Ministers hier aufgefaßt worden ist, kann ich nicht klar beantworten. Ich habe wenig davon sprechen hören. Aber nach meinem eigenen Eindruck zu urteilen, kann das Exposé nur zu der Überzeugung geführt haben, daß die Finanzen des Landes mit großer Umsicht und Vorsicht behandelt werden.

Dagegen scheinen die Auslassungen des Marquis San Giuliano\*\*\* allgemein befriedigt zu haben. Wir befinden uns jetzt offenbar in einem Augenblick,

---

\* türkischer Delegierter; mehrfach Finanzminister.

\*\* Direktor der Deutschen Bank.

\*\*\* Rede des italienischen Ministers des Äußern in der Kammer am 16. Dezember.

in welchem die Gemeinsamkeit der Interessen innerhalb des Dreibundes so klar hervortritt, daß die leitenden Staatsmänner auf die üblichen diplomatischen Phrasen verzichten können. Es wird aber auch noch auf lange Zeit hinaus notwendig sein, beisammen zu stehen; denn schwierige Fragen sind von ihrer Lösung noch weit entfernt.

Der englische Vorschlag über die Ägäischen Inseln hat nirgends befriedigt. Es war von dem sonst so klugen Sir Edward Grey nicht glücklich, diesen Vorschlag der Öffentlichkeit zu übergeben,\* bevor die übrigen Kabinette Stellung zu ihm genommen hatten.

Im übrigen ist es in der Tat so, daß die Beziehungen zwischen Berlin und London im Augenblick durchaus befriedigende sind, und es steht ernstlich zu hoffen, daß die beiden Regierungen und Finanzgruppen über die kleinasiatischen Interessen zu einer beide Teile befriedigenden Lösung gelangen werden.

Die Franzosen, welche für die Bewältigung einer analogen Aufgabe längere Zeit in Berlin waren, sind kurz vor Weihnachten abgereist, ohne daß etwas zustande gekommen wäre. Aber einer der Herren sagte mir kurz vor seiner Abfahrt, er und seine Freunde würden im Januar wiederkommen, und er fügte einige Bemerkungen hinzu, welche für den schließlichen Ausgang der Verhandlungen einen erfreulichen Optimismus verrieten.

Sie wissen aus früheren Unterhaltungen, daß ich über eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland außerordentlich skeptisch denke. Ich glaube nicht, daß sich noch zu unseren Lebzeiten an dem heutigen Zustande etwas Wesentliches ändern wird. Trotzdem kann über eine einzelne Frage, wie die kleinasiatischen Eisenbahnen, eine Verständigung erzielt werden, und es ist sogar dringend notwendig. Frankreich und Deutschland sind in der Türkei mit so großen Summen interessiert, daß eine finanzielle Ordnung im ottomanischen Reiche für beide Länder von größter Bedeutung ist. Eine Herstellung der Ordnung ist nicht denkbar, so lange Frankreich und Deutschland in Konstantinopel gegeneinander arbeiten, es sei denn, daß eines der Länder den gesamten Geldbedarf der Türken zu decken gewillt und in der Lage ist. Das ist aber offenbar nicht der Fall. Was Deutschland angeht, bedarf das keiner näheren Ausführung. Wie schwierig sich in Frankreich die finanzielle Gebarung gestaltet hat, tritt auch täglich mehr hervor. Das ist um so bedeutungsvoller, als m. E. in Paris sehr umfangreiche Emissionen stattfinden müssen, wenn nicht schließlich doch die Banken durch die Unsummen von Schatzscheinen, die sie übernommen haben, in

---

\* am 17. Dezember.



Verlegenheit geraten sollen. Mit anderen Worten: ich glaube, daß die deutsch-französische Verständigung über Kleinasien erfolgen wird, weil sie notwendig ist. Sie wäre auch schon erfolgt, wenn nicht die Franzosen, wie gewöhnlich, politische Dinge mit in die Erörterung hineinzögen, statt sich auf das rein geschäftliche Gebiet zu beschränken.

Was nun unsere innere Politik angeht, so haben Sie da ein schmerzliches Thema angeschlagen. Jedermann hat das Gefühl und äußert, daß es so nicht weitergeht; aber von keiner Seite habe ich bisher etwas gehört, was einem Zukunftsprogramm ähnlich sähe. Der Reichskanzler, dem der Berliner Witz bereits den Namen „Bethmann Soll Weg“ angeheftet hat, wird schwerlich lange im Amte bleiben. Die gewohnheitsmäßig kanzlerstürzende ultra-konservative Clique ist fleißig an der Arbeit, wie der auch von Ihnen wohl beachtete Angriff des Berliner Polizei-Präsidenten\* kundtut. Dieser Herr v. Jagow ist zwar sehr temperamentvoll, aber durchaus nicht töricht; wenn er so seltsame Sprünge macht, denkt er sich etwas dabei. Mit mir sind viele davon überzeugt, daß es ein wohl überlegtes Vorgehen ist, mit welchem dem Reichskanzler ein Bein gestellt werden soll. Natürlich zerbricht man sich auch bereits den Kopf über die Person des zukünftigen Reichskanzlers. Es kommen nur sehr wenige Kandidaten in Frage, deren Namen ich aber nicht nennen will; denn es ist in dieser Hinsicht hierzulande alles nur Vermutung, und die maßgebende Stelle mag Absichten haben, die bisher noch unbekannt sind.

Der liberale Wunsch, den Parlamenten einen größeren Einfluß auf die Geschäfte einzuräumen, ist, in meinen Augen wenigstens, theoretisch berechtigt. Im Augenblick erscheint er mir praktisch nicht durchführbar. Bei der Zusammensetzung des Reichstages und der auffallenden Geringfügigkeit der in ihm vertretenen Talente kann ich es nicht einmal wünschen. Ergebnis: es wird fortgewurstelt . . . .

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

\* Zuschrift an die „Kreuz-Zeitung“ in der „Zabern-Affäre“. Vgl. „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 25. Dezember 1913.

## II.

Berlin, den 24. Januar 1914.

Verehrter Freund!

Ich vermute, daß die Bilanzrevision bei der Banca Commerciale in den zwanziger Tagen des Februar stattfinden soll. Sie wissen, wie gern ich diese Gelegenheit ergreife, meine Mailänder Freunde zu begrüßen. Da ich aber in diesem Jahre mehr als sonst mit meiner Zeit beengt bin, würde ich gern schon jetzt das genaue Datum wissen. Wenn also schon eine Entscheidung darüber getroffen ist, wäre ich Ihnen für eine Mitteilung sehr dankbar.

Die Stimmung unseres Publikums ist seit einigen Tagen außerordentlich rosig. Der Grund hierfür liegt, so viel ich sehe, in der ungewöhnlichen Leichtigkeit des Geldes. Diese wiederum beruht, zum Teil wenigstens, darauf, daß für den Wehrbeitrag und aus anderen Gründen flüssige Mittel bereit gehalten sind, und daß sich die Spekulation in ziemlich engen Grenzen hält. Wie üblich gibt die Börse für richtig erkannte Zustände falsche Motive und behauptet, daß auch in der Politik alles zum besten stände.

Diese mir vielfach begegnete Ansicht kann ich nun allerdings nicht teilen. Wie ich auch in Paris, wo ich Anfang dieser Woche gewesen bin, gehört habe, stehen die Dinge im Ägäischen Meere nichts weniger als befriedigend. Auch die Franzosen, die im allgemeinen philhellenisch gesinnt sind, müssen anerkennen, daß die Auslieferung des Dodekanesos, insbesondere von Chios und Mytilene, an eine fremde Macht geradezu ein Unding ist, ein Pfahl im türkischen Fleisch und für die Türken unannehmbar. Ich glaube auch bestimmt, daß sich die letzteren mit Waffengewalt widersetzen werden. Der Gedanke, daß die Griechen die erwähnten Inseln zwar besetzen, aber nicht befestigen sollen, ist auf dem Papier sehr hübsch, in Wirklichkeit wertlos. Denn wenn dort irgendein Hafen vorhanden ist, in welchen im geeigneten Augenblick schnell ein Dutzend Torpedoboote geworfen wird, so ist es ziemlich gleichgültig, ob nebenher einige Schanzen aufgeworfen sind oder nicht.

Mir scheint — und zwar nicht mir allein —, daß der Schlüssel der Situation in Rom liegt, und daß es Italien in der Hand hätte, bei dem großen Inselnschacher die Griechen einigermaßen zufriedenzustellen. Die Inseln an sich dürften für Italien ziemlich wertlos sein, und eine Entschädigung auf handelspolitischem Gebiet müßte sich finden lassen, wobei allerdings zu hoffen wäre, daß eine solche Kompensation sich nicht innerhalb der deutschen Interessensphäre befände, die schon ohnehin durch mannigfaches diesseitiges Entgegenkommen eingeschnürt worden ist.

Ich gebe Ihnen, wie gesagt, meine persönliche Ansicht, habe aber Grund zu der Annahme, daß man auch in gewissen Kreisen ganz ähnlich denkt.

Mit vielen freundlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

### Briefe an Baron Alfred von Rothschild, London.

#### I.

Berlin, den 20. Juli 1914.

Hochverehrter Herr Baron!

Zuvörderst möchte ich Ihnen herzlich danken für die große Liebenswürdigkeit, mit der Sie die Meinigen und mich in London aufgenommen haben; diesen Dank spreche ich zugleich im Namen meiner Frau aus. Hoffentlich werden Sie nun doch bald von Ihren brasilianischen Sorgen befreit; ich sehe freilich noch nicht recht, auf welche Weise das geschehen wird. Es ist doch von dem Minister sehr unklug, daß er die deutschen Ansprüche, mögen sie gut oder schlecht sein, a limine abweist, besonders, da er sie außerhalb der offiziellen Verhandlungen als durchaus diskutabel hingestellt hat. Der Brasilianer ist wohl in der Geschichte nicht hinreichend bewandert, um Henri IV. Wort zu kennen: Paris veut une messe, aber man möchte es ihm zur Beherzigung empfehlen.

Aus dem freundlichen Telegramm, das ich heute aus New Court\* erhielt, habe ich gern ersehen, daß Sie von der Konferenz, welche S. M. der König einberufen hat, eine Beilegung des Ulster-Streites erhoffen. Es wäre sehr erfreulich, wenn Ihre Erwartung einträfe. Es sind in Europa ohnehin der dunklen Punkte genug vorhanden.

Nach meinen Nachrichten erscheint es mir sicher, daß Österreich gegen Serbien energisch auftreten wird, wie es auch kaum anders möglich ist. Am besten wäre es, wenn Serbien in der Erkenntnis der moralischen Unhaltbarkeit seiner Stellung allen berechtigten Wünschen entgegenkommt. Viel wird dabei auf die Haltung der anderen Mächte, besonders Rußlands, ankommen. Man stellt hier mit Vergnügen fest, daß die englische Presse zum Guten redet. Die deutsche Regierung wünscht in erster Reihe, jeden

---

\* Geschäftshaus der Firma N. M. Rothschild & Sons in London.



ernsten Konflikt vermieden zu sehen, und, falls diese Hoffnung scheitern sollte, wird sie alles versuchen, um den Streit zu lokalisieren. — Ein hiesiger Politiker, der eben nicht der Regierung angehört, macht mich darauf aufmerksam, daß trotz der Äußerungen, die Sir Edward Grey neulich getan hat, das Gerede über ein englisch-russisches Flottenabkommen nicht verstummen will: in journalistischen Kreisen, die gute Fühlung mit Paris haben, soll man von dem Vorhandensein derartiger Abmachungen überzeugt sein.\* Man mag im übrigen von der Nützlichkeit oder Schädlichkeit eines solchen Vertrages denken, wie man will, so steht eins doch fest: man muß darauf gefaßt sein, daß in Deutschland das Geschrei nach vermehrten Rüstungen und neuen Schiffen sehr lebhaft würde mit all seinen unerwünschten begleitenden politischen Reden und Schriften, und darauf würde die entsprechende Gegenbewegung in England nicht ausbleiben. — Hoffentlich ist diese Sorge ganz unnötig, verdrießlich ist sie jedenfalls.

Ich empfehle mich Lord Rothschild und Ihnen angelegentlich und verbleibe in aufrichtiger Verehrung

Ihr sehr ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

II. Berlin, den 1. August 1914.

Hochverehrter Herr Baron!

Nur ein Wunder könnte noch den Ausbruch des Krieges verhindern. Was mich dabei am meisten betrübt, ist die sichere Erwartung, daß auch England gegen uns das Schwert ziehen wird, obwohl gerade jetzt kein Anlaß dafür vorzuliegen scheint. Sie und ich haben das Bewußtsein, nach Kräften versucht zu haben, die Beziehungen zwischen unseren Ländern zu verbessern. Mögen diejenigen, welche die Schuld an diesem traurigen Ergebnis haben, ihre Handlungen mit ihrem Gewissen vereinen können. — Ich werde binnen kurzem zur Armee gehen. Bei den heutigen Mitteln der Kriegsführung gehört ein stärkerer Optimismus, als ich besitze, dazu, um auf Heimkehr zu rechnen.

Ich sage Ihnen also Lebewohl und bitte Sie, mich Ihren Brüdern und Neffen zu empfehlen. Ich danke Ihnen in dieser ernsten Stunde für alle Güte und Freundlichkeit und vor allem für das Vertrauen, welches Sie mir durch so viele Jahre hindurch erwiesen haben. Gott segne Sie und Ihr Haus!

In treuer Ergebenheit Ihr  
P a u l S c h w a b a c h.

---

\* Vgl. die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914, Bd. 39, S. 617 ff.

## II.

Briefe und Aufzeichnungen  
aus der Kriegszeit.





**Brief an Bankdirektor Otto Joel, Mailand.**

Berlin, den 12. Januar 1915.

Sehr verehrter Freund!

Herr Toeplitz\* ist heute früh bei mir erschienen und gab mir zur Einleitung unserer Unterhaltung ihre liebenswürdigen Zeilen vom 10. d. M., nach deren Lektüre ich mühelos erraten konnte, was Herr Toeplitz mir zu sagen hatte.

Heute nachmittag werden die Herren des Konsortiums zu mir kommen, um die Einzelheiten zu beraten. Dagegen glaube ich annehmen zu sollen, daß in der Sache selbst unter uns Nachbarn Einigkeit herrschen wird in dem Sinne, daß wir dem uns kundgegebenen Wunsche\*\* Folge leisten. Ich nehme ferner an, daß die Herren meine Meinung teilen, die dahin geht, daß ein Wiedereintritt der jetzt Ausscheidenden nicht in Frage kommt, ohne daß es indessen meiner Ansicht nach notwendig ist, das schriftlich oder in bindender Form zum Ausdruck zu bringen.

Obwohl ich mit Herrn Toeplitz eingehend gesprochen habe und annehme, daß er Ihnen über unsere Unterhaltung Bericht erstatten wird, will ich Ihnen doch noch einmal, kurz zusammenfassend, sagen, wie ich die Sache ansehe.

Daß die Banca Commerciale von gewisser Seite wegen ihrer deutschen Beziehungen angegriffen wird, ist bekannt. Neu ist nur, daß die leitenden Herren der Bank diese Angriffe und ihren Ursprung für so bedeutsam halten, daß sie sich veranlaßt sehen, die Segel zu streichen.

Sie erinnern sich vielleicht, daß ich Sie vor wenigen Jahren darauf aufmerksam machte, daß ein Artikel, der den Einzug in das neue Bankgebäude feierte und einen kurzen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Bank gab, über die Gründung nur zu sagen wußte: „Nach der Krisis im Anfang der 90er Jahre fanden sich einige patriotische Männer zusammen, welche die Bank gründeten.“ Dieser Artikel, der doch wohl unter den Auspicien der Bank zustande gekommen war, zeigte damals schon deutlich genug, daß man sich in Ihren Kreisen des deutschen Ursprungs schämte und die Erinnerung an geleistete Dienste — ich vermeide mit Absicht das Wort „Dankbarkeit“ — lästig empfand.

---

\* Mitglied des Vorstands der Banca Commerciale Italiana.

\*\* auf Austritt der deutschen Mitglieder aus dem Verwaltungsrat der Banca Commerciale Italiana.

Vor wenigen Tagen las ich einen anderen Artikel, der nirgend anders als in den Räumen der Banca Commerciale entstanden sein kann und der die Vorwürfe zurückwies, als wären bei Ihnen deutsche Interessen überwiegend. Alles, was der Artikel, auch an statistischem Material beibrachte, ist vermutlich genau; es fehlte aber für mein Empfinden ein Hinweis darauf, daß die im Aufsichtsrate vertretenen Deutschen niemals und in keiner Weise den Versuch gemacht haben, in unzulässiger Weise deutsche Interessen in den Vordergrund zu schieben und daß wir, wenn dergleichen überhaupt in Frage kam, in einwandfreier Weise den italienischen Charakter der Bank geachtet haben. Wiederholt aufgetauchte kleine Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der Beteiligung bei einem Geschäft gehören nicht hierher. Ich erinnere aber an den Fall, als die Bank vor einiger Zeit der damals in Schwierigkeiten geratenen Eisenindustrie durch sehr umfangreiche Kredite zu Hilfe kommen sollte. Unter den deutschen Aufsichtsratsmitgliedern erhoben sich ernste Bedenken rein sachlicher Natur, ob das mit diesem Geschäft verbundene Risiko nicht zu groß wäre, und ob der Aufsichtsrat durch seine Zustimmung die Verantwortung übernehmen könnte. Wir haben damals ausgesprochenermaßen von einer Kritik des Geschäftes abgesehen, um auch nicht in den Verdacht zu kommen, daß wir eine Stärkung der italienischen Schwerindustrie mit Rücksicht auf den deutschen Wettbewerb behindern wollten. Ich kann also wohl sagen, daß wir Deutschen der Bank und Italien gegenüber ein gutes und reines Gewissen haben.

Der Wunsch nach unserem Austritt ist daher zurückzuführen auf die unüberwindliche Abneigung gegen das deutsche Element. Obwohl ich fest davon überzeugt bin, daß keinerlei persönliche Motive mitsprechen, und ich persönlich in dem langjährigen Verkehr stets nur Freundliches und Freundschaftliches erfahren habe, liegt darin für mein nationales Empfinden eine Kränkung, die — wie ich fürchte — nicht wieder gutzumachen ist. Zwar werden, wie Herr Toeplitz mir mitteilt, auch die französischen bisherigen Kollegen ausscheiden; aber ein Blinder muß sehen, daß das nur eine nebenherlaufende Maßregel ist, die nicht unterbleiben konnte, wenn man nicht geradezu eine feindselige Handlung begehen wollte. Von einem Angriff auf die Bank wegen der Zugehörigkeit von Franzosen habe ich nichts gehört, und jeder wird den Vorgang so auffassen, daß die Deutschen und Österreicher hinausgedrängt werden sollten, und daß alles andere Beiwerk ist. So wird auch unsere Regierung, mit der ich noch nicht gesprochen habe, die Sache zweifellos auffassen, und aus Gründen, die uns Geschäftsleute nur mittelbar angehen, bedauere ich das.

Einen späteren Wiedereintritt von deutschen Aufsichtsratsmitgliedern, den Herr Toeplitz in Aussicht stellt, halte ich, — wenigstens soweit unsere alte Gruppe in Frage kommt — für undenkbar. Einmal würden Sie nicht in der Lage sein und auch, wie frühere Unterhaltungen beweisen, nicht wünschen, die sechs bisher vereinigten Firmen wieder mit je einem Platze zu bedenken; und unter diesen Firmen eine Auswahl zu treffen, wird Ihnen selbst, der Sie die Berliner Verhältnisse zur Genüge kennen, als undurchführbar erscheinen. Aber angenommen selbst, daß man aus dieser Schwierigkeit einen Ausweg fände, so kann ich nicht glauben, daß die Herren eine Wiederwahl annehmen würden. Nach den jetzt gemachten Erfahrungen wäre es doch durchaus möglich, daß, wenn wir nach ein oder zwei Jahren wieder einträten, nach weiteren ein oder zwei Jahren neue Verdrießlichkeiten zwischen Italien und Deutschland entstehen; und dann würden wir vielleicht abermals gebeten werden, die Haustür von außen anzusehen. Ich wenigstens würde mich unter keinen Umständen in eine solche Lage begeben.

Als ich Ihnen vor etwa 8 Tagen schrieb und andeutete, daß das Abreißen alter und angenehmer Beziehungen in bedrohliche Nähe gerückt wäre, wußte ich nicht, daß ich schon für eine so nahe Zukunft richtig prophezeite. Ich will hoffen, daß die rein persönlichen Beziehungen zwischen den Leitern der Banca Commerciale und mir sich werden fortsetzen lassen.

Mit besten Grüßen verbleibe ich

Ihr sehr ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.



### Zur Eingabe der fünf Verbände\*

(Aufzeichnung).

Berlin, den 13. April 1915.

Die Forderungen der fünf Verbände setzen mehr voraus, als einen Sieg über unsere Feinde — deren völlige Vernichtung.

Solange England noch kämpfen kann, wird es dem nicht zustimmen, daß die ganze belgische Küste und die französische bis zur Mündung der Somme in deutschen Besitz übergehen. Das bedarf keiner näheren Ausführung. Auch Frankreich würde bis zum äußersten fechten, bevor es in eine derartige Schmälerung seines Gebietes willigte. Wenn Briey, Pas de Calais und Abbéville deutsch werden sollen, so muß, im Sinne der Eingabe, der ganze breite Streifen von der elsass-lothringischen Grenze bis zur Somme-Mündung abgetreten werden, d. h. die deutsche Grenze liefe etwa 70 km von Paris entfernt! Es kommt dazu, daß in solchem Falle Frankreich meines Wissens überhaupt keine eigene Kohlenförderung mehr besäße. Was von Rußland gefordert wird, ist erheblich weniger einschneidend, aber es wäre ohne eine durchgreifende Niederlage der Russen nicht zu erreichen.

Die Herren Antragsteller sagen mit Recht, daß die jeweilige militärische Lage ausschlaggebend ist. Die einzige Unterlage, welche für eine Beurteilung der militärischen Lage zur Verfügung steht, ist die in den Berichten der obersten Heeresleitung gebotene. Danach liegt es etwa folgendermaßen: Es besteht eine wohlbegründete Hoffnung, daß der englisch-französisch-belgische Ansturm im Westen unsere Linien nicht wird durchbrechen können; man kann vielleicht auch damit rechnen, daß der französische Ersatz allmählich schwächer wird und der englische nicht rasch genug oder nicht in ausreichender Stärke an die Front gebracht werden kann, d. h. daß die Angriffe in absehbarer Zeit nachlassen oder gar aufhören. Daraus folgt nun keineswegs, daß die Deutschen einen sicheren Erfolg zu erwarten hätten, wenn sie ihrerseits zur Offensive übergängen.

---

\* an Reichstag und Reichskanzler vom 10. März 1915. Sie ist von den folgenden Verbänden unterzeichnet: Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Centralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen, Reichsdeutscher Mittelstandsverband. Die Forderungen der Verbände, zu denen als sechster „der Vorort der christlichen deutschen Bauernvereine zur Zeit Westfälischer Bauernverein“ hinzutrat, wurden in der bekannten Eingabe an den Reichskanzler vom 20. Mai 1915 erneut erhoben.

Vielmehr ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Franzosen zwischen den jetzigen Kampflinien und Paris eine ganze Reihe von festen Stellungen angelegt haben, gegen die auch eine stärkere und bessere Truppe, als es die Besatzung sein mag, nicht ohne ernste Gefahr anlaufen kann. — Noch weniger wird man hoffen können, gegen die russischen Massenheere mehr zu erreichen, als die Einnahme von Stellungen, welche uns besser noch als bisher gegen feindliche Einfälle sichern. — An eine Landung in England denkt wohl heute niemand mehr im Ernst. Die U-Boote, bei aller Tapferkeit und Geschicklichkeit, scheinen doch nicht geeignet, einen durchschlagenden Erfolg einheimen zu können.

Wenn also die Forderungen der fünf Verbände weder mit der augenblicklichen noch mit der militärischen Lage überhaupt in Einklang stehen, so bieten vielleicht andere Dinge die Hoffnung, daß sich die Verhältnisse wesentlich zu unseren Gunsten verschieben. Man hat uns die Revolution in Rußland, den Aufruhr in Indien, in Ägypten, in Irland vorgegaukelt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß in all diesen Ländern jetzt schon den Regierungen örtliche Verdrießlichkeiten entstehen, und daß ihnen nach dem Kriege noch schwere Sorgen erwachsen werden; aber mit Ereignissen zu rechnen, die für uns während des Krieges von wesentlichem Vorteile wären, müßte als leichtfertig bezeichnet werden. Nicht anders steht es mit den wirtschaftlichen und finanziellen Dingen, welche den uns feindlichen Staaten wohl Verlegenheiten, aber auf lange hinaus keine unüberwindlichen Schwierigkeiten schaffen können. England und Frankreich verkehren mit den überseeischen Ländern unbehindert, ihr Kredit in Amerika ist noch längst nicht erschöpft. Rußland kann nicht nur über Sibirien, bald auch über Archangelsk Waren einführen. Es ist in der glücklichen Lage, so ziemlich alles, dessen es bedarf, im eigenen Lande hervorzubringen. Tritt an einzelnen Stellen Rußlands Mangel an diesem oder jenem zutage, so dürfte daran in der Hauptsache nur eine fehlerhafte Organisation die Schuld tragen. Von einer überzarten Rücksicht der leitenden Kreise auf die Leiden einzelner Teile der Bevölkerung kann füglich nicht die Rede sein. Insbesondere muß damit gerechnet werden, daß unsere Gegner durch Amerika in jeder beliebigen Menge mit Kriegsmaterial versehen werden.

Andererseits bestehen Umstände, die bei einer langen Dauer des Krieges Gefahren für uns in sich schließen. Daß die Karpathenstellungen fallen und Österreich zusammenbricht, daß Italien verderbenbringend eingreift, solche Möglichkeiten seien außer Ansatz gelassen. Es sei unterstellt, daß die Ernährung von Volk und Heer gesichert ist. Indessen bildet die Türkei

zweifelloos einen *locus minoris resistentiae*. Aus begreiflichen Gründen legen unsere Feinde auf die Bezwingung der Dardanellen den größten Wert; es sei nur an die Stellung Englands und Rußlands zu ihren mohamedanischen Untertanen erinnert. Bei der Schwierigkeit, den Türken frische Munition zuzuführen, ist es mindestens nicht sicher, daß wiederholte energische Angriffe abgewiesen werden. Ferner ist die Gefahr nicht zu unterschätzen, daß Vorstöße in Anatolien die Zufuhr von Lebensmitteln usw. nach Konstantinopel unterbinden. — In Deutschland selbst muß sich der Mangel an Rohstoffen allmählich fühlbar machen — von aller privaten Bequemlichkeit selbstverständlich abgesehen; insbesondere wird es auf die Dauer schwer sein, die unentbehrlichen Mengen von Kupfer herbeizuschaffen.

Gesetzt aber den Fall, daß wir über alle Feinde einen so unbestrittenen Sieg erfechten, daß wir die Friedensbedingungen ohne fremden Einspruch festsetzen können, bietet dann die Eingabe eine geeignete Unterlage?

Ganz allgemein gesprochen, scheint die Gefahr vorzuliegen, daß die Verfasser der Eingabe — um einen Bismarckschen Ausdruck zu gebrauchen — mehr Macht- als Interessenpolitik treiben. Es ist durchaus nicht sicher, daß die Einbeziehung großer industrieller Bezirke ohne weiteres eine Stärkung der deutschen Volkswirtschaft bedeutet. Eine Ausnahme macht vielleicht der Wunsch, die Erzgruben von Briey deutsch werden zu lassen. Aus geographischen Gründen bietet dieser Punkt auch verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten. Immerhin ist es auffallend und gibt einen Fingerzeig dafür, wo die Eingabe entstanden ist, wenn von den russisch-polnischen Industriebezirken gar nicht die Rede ist. Wenn nun verlangt wird, daß auch die ganze belgische und französische Industrie in deutsche Hände übergeht, so ist nicht einzusehen, daß dafür ein wirkliches Bedürfnis vorliegt. Es ist ein neuer Gesichtspunkt, daß sich die deutsche Industrie vor fremdländischem Wettbewerb fürchtet. Sie ist in schärfstem Kampf groß geworden und wird auch in Zukunft ihren Platz behaupten, wenn anders die vielen Reden, die wir seit einigen Jahrzehnten über deutsche Tüchtigkeit gehört haben, einen Schimmer von Berechtigung haben.

Aber auch die anderen Gründe, welche für so umfangreiche Annexionen ins Feld geführt werden, sind nicht stichhaltig. Angenommen, die belgische und die nordfranzösische Küste würden deutsch, so genügt ein Blick auf die Karte, um zu zeigen, daß unsere Flotte auch dann in einem Trichter festsäße, der zwischen Brest und der englischen Südwestküste eingeklemmt bliebe. Legen wir starke Flottenstützpunkte an, so wird von englischer und französischer Seite dasselbe geschehen, und bei einem neuen Kriege



würde der Verkehr auf dem Ozean nicht weniger behindert sein, als er es heute ist.

Die allerschwersten Bedenken müssen sich aber gegen die vorliegenden Projekte aus innerpolitischen und administrativen Erwägungen ergeben. Wenn gesagt wird, die Bevölkerungen der einzuverleibenden Gebiete dürfen auf die Geschicke des Deutschen Reiches keinen Einfluß haben, so bedeutet das nichts anderes, als die Bevölkerung soll, vielleicht mit Ausnahme von Dingen, welche die kommunale Verwaltung betreffen, politisch entrechtet werden, eine Bevölkerung, die zum Teil bis auf die Knochen republikanisch ist, zum anderen Teil seit 90 Jahren unter einer sogenannten liberalen Musterverfassung lebt. Auch eine scharfe Militärdiktatur, unterstützt durch eine starke Besatzung, wird voraussichtlich auf die Dauer keine Ruhe und Ordnung dort schaffen können. Es würde ein Zustand herbeigeführt, der nicht nur mit vollem Rechte von der annektierten Bevölkerung als unerträglich empfunden würde; sondern alles, was sich im Deutschen Reiche liberal nennt, würde eine solche Entrechtung als unbillig empfinden. Es sei ganz abgesehen von der Frage, ob die betreffenden Gebietsteile dem Deutschen Reiche oder einem Bundesstaate unterstellt werden sollen, gleichviel — was die fünf Verbände da fordern, würde nicht einen Machtzuwachs für das Deutsche Reich bedeuten, sondern ein dauerndes Element der Schwäche.

Was insbesondere Belgien angeht, so besteht freilich ein Gegensatz zwischen vlämischer und wallonischer Bevölkerung, und es ist auch denkbar, daß dieser Gegensatz sich weiter verschärft. Das wird aber nicht in einem solchen Umfange geschehen, daß er nicht immer wieder durch den gemeinsamen Gegensatz gegen das Deutsche Reich überbrückt würde, wenigstens in allen Fragen, die uns angehen. Es wäre eine haltlose Illusion, sich einzubilden, daß etwa die Vlamen uns geneigter sind als die Wallonen. Ferner, wenn wir die Herrschaft in Belgien endgültig übernehmen, wird es uns auch obliegen, die Zukunft des Landes in wirtschaftlicher Beziehung sicherzustellen. Belgien ist in finanzieller Hinsicht auf viele Jahre hinaus ruiniert. Es ist im Augenblick unerheblich, inwieweit die belgische Regierung selbst die Schuld daran trägt durch eine höchst bedenkliche Wirtschaft, die schon vor dem Kriege eingesetzt hatte, und durch sonstige Mißgriffe verschiedener Art. Der Krieg hat vermeidliche und unvermeidliche Schäden angerichtet, deren Ausgleichung ungeheuer Summen in Anspruch nehmen wird. Soll Deutschland das alles aufbringen? Und wo ist das Äquivalent?

Andererseits erscheint es selbstverständlich, daß wir nicht aus Belgien herausgehen, als wären wir niemals dort gewesen. Es wird anzustreben und

wahrscheinlich auch erreichbar sein, daß Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht für die Zukunft die Oberhand in Belgien behält. Dazu wird das geeignetste Mittel sein, uns in Zolltarif-, Eisenbahn- und Kanalfragen ein entscheidendes Wort vorzubehalten. Wie das im einzelnen auszugestalten ist, bleibe hier unerörtert. Sicherlich wird man mit dem gleichen Ziele des Schutzes deutscher Interessen verschiedene Ansichten verfechten können.

Bleibt die Frage der militärischen Sicherung. Darüber werden naturgemäß in erster Linie Fachleute zu hören sein. Doch will es mir scheinen, daß viel gewonnen wäre, wenn ein Teil der belgischen Festungen geschleift und die Dienstpflicht in Belgien auf ein Mindestmaß beschränkt würde. Ferner wäre festzulegen, daß an der Küste unter keinen Umständen Befestigungen irgendwelcher Art angelegt werden dürfen; denn offenbar könnten sie leicht einmal zu englischen Brückenköpfen werden.

Das eben Gesagte würde also darauf hinauslaufen, daß Belgien wieder ein selbständiger Staat wird unter wirtschaftlicher Bevormundung Deutschlands, und indem man ihm sozusagen die militärischen Zähne ausbricht.

In bezug auf Frankreich dürfte kein wirtschaftlich-politisches Bedürfnis vorliegen, erhebliche Gebietsabtretungen zu fordern. Welche Nachteile vielmehr damit verbunden sein könnten, ist schon angedeutet worden. Falls die Überweisung gewisser militärischer Punkte an Deutschland erreichbar ist, wäre es gewiß erfreulich, aber auch in diesem Falle sollte nicht weiter gegangen werden, als für die Verteidigungszwecke unbedingt notwendig ist. Findet sich im Augenblick des Friedensschlusses Deutschland Frankreich gegenüber in der Lage des Stärkeren, würde naturgemäß eine möglichst hohe Kriegsentschädigung in Frage kommen. Wir führen gewiß nicht Krieg um des Geldes willen, aber die ungeheueren Ausgaben, welche Deutschland zu machen gezwungen ist, werden nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf innerpolitischem Gebiete Folgeerscheinungen haben, deren Tragweite noch nicht abzusehen ist. Jede erhebliche Herabminderung der finanziellen Bürde wäre in hohem Grade willkommen. Selbstverständlich wird man bemüht sein, von unseren drei westlichen Feinden England, Frankreich und Belgien in den Kolonien nicht nur das von uns Verlorene wiederzuerhalten, sondern womöglich durch neuen Besitz entschädigt zu werden.

Was Rußland angeht, so erscheint das Verlangen der Verbände, einen Streifen Landes zu erwerben, damit Ostpreußen und Schlesien nicht mehr bedrohte Ostmarken bleiben, auf den ersten Blick verständig. Dies

ist es jedoch nur dann, wenn der einzubeziehende Teil Stützpunkte von hohem militärischen Werte in sich schließt, wie es z. B. der Fall wäre, wenn wir die Narewstellung mit den Festungen Lomsza und Ossowietz erhalten könnten. Aber auch für den Osten trifft das Bedenken zu, daß der Anschluß einer zahlreichen anderssprachigen Bevölkerung leicht zum Unsegen führen kann. Wenn aber ausgeführt wird, daß Rußland unbedingt zur Hergabe von Land gezwungen werden muß, um ihm die Tatsache seiner Niederlage recht deutlich zu Gemüte zu führen, so ist dieser Standpunkt unbedingt zu verwerfen. Einmal ist es noch keineswegs sicher, auch bei einem günstigen Verlauf des weiteren Feldzuges, daß die Russen aus dem wirtschaftlich wertvollen Galizien vertrieben werden können, so daß immerhin eine Aufrechnung, auch im Sinne des russischen Nationalgefühls, möglich bliebe. Die Hauptsache ist aber die, daß es nicht richtig ist, einen Frieden so zu gestalten, daß er die Feindseligkeit verewigt. Man hat von jeher die Verhandlungen, die Bismarck in Nikolsburg geführt hat, als eine mustergültige diplomatische Leistung angesehen, indem er durch Schonung des österreichischen Selbstgefühls eine spätere Freundschaft mit der Donaumonarchie ermöglicht und angebahnt hat. In gewissem Sinne liegen die Dinge heute ähnlich. Wir haben erkennen müssen, daß Deutschland nur durch die größte Opferwilligkeit und ungeheueren Anstrengungen seinen vereinigten Feinden die Stirn hat bieten können. Ob das ein zweites Mal mit dem gleichen oder besseren Erfolge möglich sein wird, steht dahin. Die Lage kann sogar für uns bedrohlicher werden, wenn Österreich nicht nach diesem Kriege nach innen und außen kräftiger wird, als es bisher war, und wenn — was gewiß nicht undenkbar ist — uns noch weitere Feinde erstehen. Es wird demnach die Aufgabe sein müssen, dahin zu wirken, daß wir in absehbarer Zeit der Koalition von Rußland, England und Frankreich uns nicht wieder gegenüber befinden. Da die sonstigen Interessen dieser drei Mächte keineswegs identisch sind, liegt auch keine Naturnotwendigkeit vor, daß sie dauernd beieinander bleiben. Wenn nun Deutschland Forderungen aufstellt und durchsetzt, wie beispielsweise die Einbehaltung der belgischen Küste, so ist mit voller Sicherheit darauf zu rechnen, daß der englisch-französische Bund sich immer enger knüpft. Da England und Frankreich den Russen immer mehr zu bieten haben werden als Deutschland, so wird auch unser östlicher Nachbar der Dritte im Bunde bleiben. Ob es möglich sein wird, eine der drei Mächte allmählich auf unsere Seite zu ziehen, steht dahin. Welche von ihnen für solchen Versuch das geeignete Objekt abgeben wird, kann niemand in diesem Augenblicke voraussagen. So viel steht aber fest, daß



man sich hüten muß, eine Sprengung der Koalition zur Unmöglichkeit zu machen.

Die Anhänger der weitgehenden Friedensforderungen arbeiten gern mit der Behauptung, daß sie im Namen des deutschen Volkes sprächen, und daß eine Nichterfüllung solcher Pläne eine Revolution in Deutschland nach sich ziehen würde. Beide Behauptungen dürften unrichtig sein. Manche der schon behandelten Wünsche sind offensichtlich weniger für das ganze Volk als für eine nicht sehr zahlreiche Unterabteilung bemessen. Die breite Masse der Nation, insbesondere die Arbeiter, werden für Aufruhr und Umsturz nicht zu haben sein, weil die Regierung es ablehnt, eine ausgesprochene Eroberungspolitik zu treiben. Das deutsche Volk wird auch einsichtig genug sein, zu begreifen, daß, wenn auch ein Mehr allenfalls hätte erreicht werden können, neue ungeheuere Opfer an Gut und Blut hätten gebracht werden müssen, Opfer, von denen man wohl behaupten darf, daß sie für den in Aussicht gestellten Siegespreis zu groß gewesen wären. Daß Kritiken, auch scharfe Kritiken laut werden, gleichviel wie der Friedensschluß aussieht, ist mit Sicherheit zu erwarten. Aber die Hoffnung ist wohl nicht unberechtigt, daß diejenigen, welche sich gern als Führer der Nation aufspielen, es unterlassen werden, die ohnehin ernste Zeit der ersten Friedensjahre durch übertriebene und nutzlose Agitation weiter zu erschweren. Ein kleiner Trost wird für alle Enttäuschten auch darin liegen, daß in dem uns feindlichen Ausland zweifellos auch viele manche ihrer Hoffnungen unerfüllt sehen werden. Gibt es doch sicherlich eine große Anzahl von Franzosen, die noch heute mit der Wiedereroberung Straßburgs rechnen. Gewiß wird gerade in Heer und Flotte, wie es zu allen Zeiten gewesen ist, das Gefühl herrschen, die Feder habe verdorben, was das Schwert gutgemacht habe. Aber solchen Vorwürfen gegenüber können sich die leitenden Staatsmänner mit der Erinnerung an Bismarck trösten, dem sein König und Herr in Nikolsburg vorgeworfen hat, sein Ministerpräsident habe ihn vor dem Feinde im Stich gelassen, harte Worte, welche aber in diesem Ministerpräsidenten nur das Gefühl darüber auslösten, daß es ihm gelungen war, die Preisgabe solcher Wünsche durchzusetzen, die nach seinem politischen Urteil die Zukunft seines Staates gefährdeten.

---

Briefe an Geh. Bergrat E. Hilger, Schloß Siemianowik.\*

1. Berlin, den 24. April 1915.

Lieber Herr Hilger!

Ich danke Ihnen für zwei freundliche Briefe . . . .

Über Ihre guten Mitteilungen aus dem Geschäft habe ich mich entsprechend gefreut und mich über das etwas trübe Prognostikon, das Sie der Industrie stellen, keineswegs gewundert.

Wir haben im Kriege so ungeheuerere Schulden machen müssen, die später nicht nur Verzinsung erheischen, sondern zweifellos auch eine nicht ganz geringe Tilgung, daß das erforderliche Geld auf dem bisher üblichen Wege nicht zu beschaffen sein wird. — Die Regierung wird vielmehr zu Monopolen und ähnlichen Mitteln greifen müssen, und der Reichstag, auch in seinen monopolfeindlichen Mitgliedern, wird kaum anders können, als ja zu sagen. — Damit wird auch die von Ihnen insbesondere erwähnte sogenannte soziale Reform Hand in Hand gehen, und eine außerordentlich schwere Belastung der Industrie scheint mir die notwendige Folge zu sein. Um ein Schlagwort zu gebrauchen: wir werden einen sehr weiten Schritt in den Staatssozialismus hinein tun. Es liegt nun wohl so, daß das durchaus im Sinne zahlloser unserer Landsleute ist. Der Geheimrat, über dessen Liberalismus Bismarck in seinen früheren Jahren stöhnte, ist fast durchweg staatssozialistisch geworden. Es macht sich schon seit einigen Jahren fühlbar, daß die staatsrechtliche und nationalökonomische Ausbildung der jungen Männer seit so geraumer Zeit von mehr oder weniger fanatischen Anhängern Schmollers und Wagners durchgeführt wird. — Ich vermute ferner, daß in anderen Ländern man dem deutschen Einschwenken in den Sozialismus nur zögernd folgen wird; d. h. daß der Wettbewerb für die deutsche Industrie abermals wesentlich erschwert wird, wozu im Grunde kein Bedürfnis vorlag, da ich ohnehin befürchten muß, daß nach dem Kriege die Ausfuhrverhältnisse schwierig sein werden.

Daß alles dieses Motive enthält, um dem Kriege, sobald es in verständiger Weise geschehen kann, ein Ende zu machen, darf man natürlich nicht sagen; denn sonst ist man schlapp, gewinnsüchtig und ein halber Vaterlandsverräter.

Mit vielen herzlichen Grüßen

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

\* Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütte.

## II.

Berlin, den 18. Mai 1915.

Lieber Herr Hilger!

Für Ihre freundlichen gestrigen Zeilen besten Dank. . . .

Mit Italien steht es nun so, daß ein Zweifel an seinem Eintritt in den allgemeinen Kampf nicht mehr möglich ist; und zwar ist nach meinen Nachrichten die Kriegserklärung sehr bald zu erwarten. Wie sie begründet wird, hat nicht mehr als ein akademisches Interesse.

Wenn Ihre und meine Ansichten darüber, was wir von dem dermal-einstigen Frieden erhoffen sollen, nicht so bitter bekämpft worden wären, wenn man sie vielmehr, gleichviel in welcher Form, vor einigen Wochen hätte kundwerden lassen, dann wäre diese neue Sorge nicht über uns gekommen, und vermutlich würden wir heute in Friedensverhandlungen stehen. Damit ist es nun aus, und natürlich dürfen wir jetzt über Friedensneigung kein Wort verlieren; denn man würde wahrscheinlich glauben und sicher sagen, daß wir Angst bekommen hätten. Es ist notwendig und hoffentlich gelingt es zu beweisen, daß wir auch unter den neuen ungünstigeren Verhältnissen unseren Mann stehen können. —

Für alle Fälle müßte doch aber rechtzeitig daran gedacht werden, gegen die Eingabe der fünf Verbände, diese elendeste Schülerarbeit, die mir je vorgekommen ist, ein Gegengewicht zu schaffen. Es fragt sich, ob es nicht möglich wäre, eine Anzahl von Leuten zusammenzubringen, deren Namen einen guten Klang haben, und die dann der Regierung ihre von der Ansicht der fünf Verbände abweichenden Meinungen zur Kenntnis bringen. Bei Ihrem nächsten Besuch in Berlin müssen wir das eingehend besprechen.

Mit vielen freundlichen Grüßen

wie stets Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---



## Aufzeichnung über die politische Lage Deutschlands und seine Stellung zu Amerika.

Berlin, den 20. Mai 1915.

Die allgemeine Lage hat sich für Deutschland verschlechtert.

Das Eingreifen Italiens ist für unsere beiden Verbündeten und dadurch mittelbar für uns in hohem Grade bedrohlich. Insbesondere steht zu befürchten, daß Konstantinopel von Kleinasien her zu Fall gebracht werden wird.

Es ist durchaus zweifelhaft, ob Rumänien neutral bleiben wird, obwohl der gute Wille des Königs um so mehr vorausgesetzt werden darf, als die Hohenzollerndynastie wahrscheinlich ausgespielt hätte, sobald Rumänien neben Rußland und Frankreich in den Krieg einträte. Anscheinend bestehen keine bindenden Abmachungen mit Italien. Dagegen führt der Ministerpräsident Bratianu geheime Verhandlungen in Petersburg. Für die endgültige Stellungnahme der Bukarester Regierung wird viel davon abhängen, welchen Verlauf der Kampf zwischen Österreich und Italien in den ersten Wochen nehmen wird; schwerlich ist da viel Gutes zu erhoffen. Vielleicht besteht die Möglichkeit, Rumänien durch Zugeständnisse betr. Siebenbürgen und die Bukowina zu beruhigen. Die bisherige Politik des Grafen Tisza läßt indessen voraussehen, daß solche Zugeständnisse entweder nicht oder zu spät erfolgen werden.

Griechenland muß durch die italienischen Ansprüche auf Kleinasien, besonders auf Smyrna seine Interessen bedroht fühlen und kann einen Erfolg der Verbündeten nicht wünschen. Sobald es aber die Erwartung hegt, daß der Widerstand der Türken gebrochen wird, läge es nahe, dadurch, daß es auf die Seite unserer Feinde tritt, noch irgend etwas für sich herauszuholen.

Daß Bulgarien lieber gegen als für Rußland kämpfen würde, ist bekannt. Es fragt sich nur, ob es als einziger unter den Balkanstaaten eine antirussische aktive Politik führen kann.

Die Umgestaltung des englischen Kabinetts muß man mit Besorgnis betrachten. Nicht nur scheint der in der Hauptsache als Agitator schätzenswerte Winston Churchill einem fähigeren Nachfolger den Platz räumen zu sollen, sondern die Zusammensetzung des Ministeriums aus Angehörigen aller Parteien wird der englischen Politik nach innen und außen für die Dauer des Krieges, wenn auch nicht für länger, eine große Kraft

verleihen. Vermutlich haben die Herren Balfour und Bonar Law ihren Eintritt davon abhängig gemacht, daß die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werde, eine Maßregel, die für eine nahe und für eine fernere Zukunft von größter Tragweite sein müßte.

Endlich hat der Lusitaniafall\* zwischen Deutschland und Amerika eine Lage geschaffen, aus welcher der Abbruch der diplomatischen Beziehungen hervorgehen kann. Das wäre an sich schlimm genug. Der moralische Eindruck bei allen Nationen wäre ein starker; die Haltung der noch neutralen Länder würde auch, wo man uns leidlich wohlgesinnt ist, ungünstig beeinflußt werden; dort, wo man vielleicht noch daran denkt, sich offen zu der deutschen Sache zu bekennen, würde man eingeschüchtert werden. Wer will aber dafür gutschagen, daß es bei der Abberufung der diplomatischen Vertretungen bleibt? Bringt ein U-Boot ein weiteres Schiff zur Strecke und amerikanische Bürger ums Leben, so wird der nunmehr kleine Schritt zur Kriegserklärung bald erfolgen, der den Yankees u. a. zur billigen Beschaffung einer guten Handelsflotte Gelegenheit böte. Auf ein paar feindliche Kriegsschiffe mehr oder weniger mag es nicht ankommen; aber der Kriegszustand mit Amerika würde unsere moralische und politische Lage weiter schwächen, sowohl während des Krieges, als für den Augenblick, in welchem von Frieden die Rede sein wird. Man fragt sich auch, mit wem Deutschland später einmal Handel treiben und Geschäfte machen soll, wenn es nahezu die ganze Welt zu ausgesprochenen Feinden hat; gerade Newyork wäre mit seinem in der Ausbildung begriffenen neuen Banksystem besonders dazu angetan gewesen, im Vereine mit uns das Handelsmonopol Londons zu brechen. Es wirft ein Licht auf die ganze Lage, wenn man sich überlegt, wie und wohin die deutschen Untertanen reisen sollten, wenn sie Amerika verlassen müßten.

Da unsere Bestrebungen, die italienische Gefahr zu beschwören, fruchtlos geblieben sind, da wir wenig tun können, um die Balkanstaaten neutral zu halten, erscheint es um so gebotener, alles zu versuchen, um mit den Vereinigten Staaten ins reine zu kommen. Natürlich kann Deutschland nicht auf das Geheiß Mr. Wilsons hin den U-Boot-Krieg ohne weiteres preisgeben. Der deutsche Standpunkt läßt sich auch gewiß durch völkerrechtliche Auseinandersetzungen wohl begründen. Aber wir werden die andere Seite nicht überzeugen. Es fragt sich also, ob Möglichkeiten vorhanden sind, die Pille des Nein, das der andere allein hören wird, so zu versüßen, daß sie

---

\* Versenkung des Cunarddampfers „Lusitania“ durch ein deutsches Unterseeboot am 7. Mai 1915.

geschluckt wird. Das ist schwierig. Es wird nicht genügen, die vor einigen Monaten gegebene Anregung zu wiederholen, nach welcher wir bereit waren, die U-Boote zurückzurufen, sofern England auf seinen Auslieferungungsplan verzichtet. Man kann daran denken, der amerikanischen Eitelkeit beizukommen und einfließen zu lassen, daß bei Friedensverhandlungen die Vereinigten Staaten mitzusprechen haben sollen. (Damit sei nicht etwa die Anrufung einer Vermittlung gemeint.) Wer die Einverleibung Belgiens grundsätzlich ablehnt, wird vielleicht kein Bedenken tragen, ganz nebenbei anzudeuten, daß die belgische Frage dermaleinst einen wichtigen Teil der Unterhaltungen bilden wird. Berufene werden beurteilen, ob auf diesem oder einem ähnlichen Wege zu dem Ziele gelangt werden kann, einen Bruch mit Amerika zu vermeiden. Daß dieses Ziel aufs innigste zu wünschen ist, darf keinem Zweifel unterliegen.

P a u l S c h w a b a c h.

---

#### Aufzeichnung über die belgische Frage.

Berlin, den 2. Juni 1915.

Vor einigen Tagen machte mich der hiesige holländische Gesandte darauf aufmerksam, daß seine Landsleute sich voller Sorge mit der Zukunft Belgiens beschäftigten: es ist ihnen, wie Baron Gevers sagt, ein unbehaglicher Gedanke, ganz von deutschem Gebiet umschlossen zu sein; sie fürchten, daß Deutschland, wenn es sich endgültig zum Herrn Belgiens gemacht haben wird, bald daran gehen wird, Antwerpen zum Kriegshafen auszugestalten (denn Ostende und Zeebrügge sind minderwertig und werden es voraussichtlich bleiben), und dann notgedrungen den Ausweg durch die Schelde ins offene Meer suchen wird.

Ähnliche Betrachtungen sind in zwei kürzlich erschienenen Artikeln der „Frankfurter Zeitung“\* angestellt, die offenbar auf eigener Kenntnis Hollands beruhen. Die „Frankfurter Zeitung“ weist mit vollem Recht des weiteren darauf hin, daß Deutschland in Holland durchaus unbeliebt ist, ferner, daß für die Niederlande der Kolonialbesitz geradezu eine Lebensfrage bildet und daß dieser hinwiederum nicht nur wirtschaftlich, sondern als Besitz überhaupt von dem guten Willen Englands abhängt.

Das alles wissen die Engländer ganz genau. Es muß ihnen also der Gedanke nahe genug liegen, Holland auf ihre Seite zu ziehen. Der Vorteil,

---

\* 1. Morgenblatt vom 23. und 28. Mai 1915 „Holland und der Weltkrieg“.



der ihnen daraus erwüchse, wäre groß: sie gewännen einen weiteren Landungsplatz für ihre Truppen, und zwar im Rücken unserer Stellungen, und für Deutschland wäre es mindestens eine erhebliche Unbequemlichkeit, an der holländisch-belgischen und an der holländisch-deutschen Grenze einen neuen, nicht verächtlichen Gegner erstehen zu sehen. England kann Holland gegenüber eine ganze Skala von Drohungen zur Anwendung bringen, anfangen mit immer weitergehenden Behinderungen des überseeischen Verkehrs, der Holland zur Verzweiflung zu bringen vermag, bis zur Wegnahme der Kolonien. Ein Krieg gegen Deutschland wäre in Holland an sich nicht unpopulär; die Offiziere sollen ihn sogar wünschen, und auch die Friedliebenden mögen sich sagen, daß die jetzt vorhandene bewaffnete Neutralität und die sonstigen Folgen des Krieges dem Lande große Opfer auferlegen, und daß es da besser sei, sich durch eigenes Eingreifen vor gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren zu schützen.

Angenommen aber, daß Holland bis zum Friedensschluß neutral bleibt, so ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß es später zu unseren offenen oder heimlichen Gegnern gehören wird, wenn Belgien deutsch bleibt. Gewiß können wir je nach Lage der Dinge ihnen in wirtschaftlicher Hinsicht bequem oder unbequem werden; gehört aber Antwerpen uns, so werden wir nicht anders wollen und können als unbequem sein. Außerdem hat England immer noch die bereits erwähnten, wirksameren Drohmittel in der Hand; es wird also die Politik, welche England vor dem Kriege in Brüssel betrieben hat, im Haag einsetzen (oder fortgesetzt werden?), und wahrscheinlich mit dem Erfolg, daß es sich aus Holland den langersehten festländischen Brückenkopf macht.

Das allein läßt schon die Frage berechtigt erscheinen, ob die Angliederung Belgiens an das Deutsche Reich ein Ziel ist, das so erstrebenswert und jeden Opfers wert wäre, wie viele behaupten.

Es ist schon früher\* darauf hingewiesen worden, daß der Besitz Belgiens für uns in innerpolitischer und administrativer Hinsicht bedeutende Nachteile bringen würde, daß es eine Illusion ist zu glauben, der Besitz der belgischen Küste würde uns in einem zweiten Kampfe gegen England in eine wesentlich bessere Lage bringen, als diejenige ist, in der wir uns heute befinden. Denn England wird immer imstande sein, im Verein mit Frankreich den Weg in den Atlantischen Ozean zu sperren. Wenn wir aber von Ostende oder Zeebrügge aus Englands Lebensnerv bedrohen können, wie man vielfach sagen hört, so ist nicht einzusehen, weshalb es jetzt nicht

---

\* s. o. S. 276 ff.

geschieht. Dagegen besteht in England das Dogma, daß die belgische Küste nicht dauernd in deutschen Besitz bleiben darf. Man bildet sich dort ein, es wäre für England ein Ehrenpunkt. Kurz, ein leidliches Verhältnis zwischen dem deutschen und dem britischen Reich wird sich unter diesen Umständen nicht herstellen lassen.

Abgesehen von den rein politischen Gesichtspunkten, von denen aus dauernd gespannte Beziehungen zwischen den beiden Ländern unerwünscht sein können, sei noch auf folgendes hingewiesen: In dem englischen Kabinett hat die konservative Richtung entschieden das Übergewicht, und es besteht eine große Wahrscheinlichkeit dafür, daß die ganze englische Politik auf absehbare Zeit nach der unionistischen Seite orientiert bleiben wird. Ob die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden wird, mag dahingestellt bleiben; fast sieht es so aus, als sollte es während des Krieges nicht dazu kommen. Dagegen muß damit gerechnet werden, daß die alte Chamberlainsche Finanzreform wieder auftaucht, und zwar in dem Augenblick, in dem es sich darum handelt, den finanziellen Aufbau des Landes zu unternehmen. Da wird dann mancher überzeugte Freihändler für eine Schutzzollpolitik zu haben sein, nicht nur, weil er glaubt, daß sie für Deutschland verdrießlich sein wird, sondern aus dem einfachen Grunde, weil sich damit eine ergiebige Geldquelle erschließt, und der Freihändler wird sich mit dem Gedanken trösten, daß seine Grundsätze unangetastet bleiben, wenn er für einen Finanzausgleich und nicht für einen Schutzzoll stimmt. Das wäre für Deutschland schlimm genug, kann aber bis zu einem gewissen Grade durch einen guten Handelsvertrag wettgemacht werden. Ein solcher aber wird nicht zu erzielen sein, wenn wir dauernd mit England in Gegnerschaft leben.

Es kommt dazu, daß unser Ausfuhrhandel nicht nur durch den Krieg natürlicherweise stark gelitten hat, sondern daß er nach dem Kriege ohnehin sehr großen Schwierigkeiten begegnen wird, wenn er Verlorenes wettmachen will. Insbesondere sei in diesem Zusammenhange auch auf Nordamerika hingewiesen. Der Yankee wird sich zwar durch politische Erwägungen nicht davon abhalten lassen, da zu kaufen oder zu verkaufen, wohin ihn sein Vorteil weist; aber es gehört zu den Folgen dieses Krieges, daß die Amerikaner mit unseren Feinden in engere Geschäftsverbindung als bisher getreten sind, daß sie in England, Frankreich und Rußland, wozu vielleicht auch bald Italien tritt, erhebliche Guthaben angesammelt haben, und es wäre nur eine begreifliche und verständige Geschäftspolitik, wenn sie nach Möglichkeit dafür Sorge tragen, ohne selbst darunter Schaden zu leiden, ihre Schuldner zahlungsfähig zu erhalten. Mit anderen Worten, es

wird in Nordamerika die Tendenz herrschend werden, in erster Reihe mit den ihm verschuldeten Ländern Handel zu treiben.

Wenn zugegeben wird, daß die deutsche Diplomatie dahin streben muß, die jetzt gegen uns fechtende Koalition zu sprengen, so würde aus alledem hervorgehen, daß erhebliche Gründe dafür sprechen, zunächst den Blick auf England zu werfen. Kann man England gewinnen, indem man in bezug auf Belgien Zugeständnisse macht, wird wenigstens derjenige sich leicht dazu entschließen, der den Besitz oder die Angliederung dieses Landes überhaupt für unerwünscht hält.

Vor allen Dingen aber muß der Auffassung auf das entschiedenste widersprochen werden, als wäre es für Deutschland ein Ehrenpunkt, aus Belgien nicht wieder herauszugehen. Wir haben das Schwert nicht zu einem Eroberungskriege gezogen. Wir würden also dadurch noch keine Niederlage zugestehen, daß wir auf die Erwerbung fremden Gebietes verzichten. Es darf also keine andere Erwägung Platz greifen als die: wo liegt unser Vorteil?

Andere Mitglieder der feindlichen Koalition auf unsere Seite zu ziehen, ist wohl kaum denkbar. Eine Verständigung mit Italien darf auf viele Jahre hinaus als gänzlich ausgeschlossen angesehen werden. An einen Pakt mit Frankreich ist nicht zu denken, wie er schon vor dem Kriege nahezu unmöglich war, es sei denn, daß ernste Zerwürfnisse zwischen England und Frankreich auftauchen, und das wird nicht geschehen, solange Deutschland der gemeinsame Gegner ist. Dazu kommt, daß sich die Pariser Machthaber seit geraumer Zeit eine eigene Politik abgewöhnt und ihre Eingebungen aus London und Petersburg bezogen haben. Was Rußland angeht, so wäre es ja an sich denkbar, daß es geneigt wäre, einem ehrenvollen Frieden zuzustimmen, den man ihm anbieten würde, nachdem es eine empfindliche Niederlage erlitten hat; dann besonders, wenn man die Türkei dazu bewegen will oder kann, den russischen Kriegsschiffen die Fahrt durch die Dardanellen zu gestatten. Rußland wird aber in den nächsten Jahren, während welcher es schwerlich in der Lage sein wird, aus eigenen Mitteln die Coupons seiner ausländischen Schuld zu bezahlen, für die verschiedensten Zwecke so ungeheure Summen brauchen, daß es sich davor scheuen muß, von den Westmächten abzurücken.

Obwohl solche Betrachtungen vorläufig weder nach der einen noch nach der anderen Richtung zu Entschlüssen oder Maßregeln führen können, darf man sie doch nicht als verfrüht bezeichnen. Keinesfalls ist es unter allen Umständen notwendig, mit der Festlegung der Richtung einer zu-



künftig einzuschlagenden Politik solange zu warten, bis das Friedensinstrument unterzeichnet und ratifiziert worden ist. Im Jahre 1856 sind schon vor dem Pariser Kongreß zwischen Petersburg und Paris Liebenswürdigkeiten ausgetauscht worden, und während der Friedensverhandlungen in Paris hat die Intimität zwischen Russen und Franzosen die Eifersucht und Sorge der englischen Staatsmänner wachgerufen.

P a u l S c h w a b a c h.

---

### Brief an Graf K.

Berlin, den 22. Juni 1915.

Sehr verehrter Graf K.

Ich erhielt heute Ihre freundlichen Zeilen vom 19. d. Mts., nachdem mir gestern bereits Ihre letzte Niederschrift zugestellt worden war. Für beides besten Dank.

Ihren Vorschlag, mich demnächst in Berlin besuchen zu wollen, nehme ich gern an und hoffe, daß Ihre Zeit eine ruhige Aussprache gestatten wird, bei der wir vermutlich unsere Ansichten rascher einander näherbringen als durch schriftliche Auseinandersetzungen. Zwar scheint es mir, daß wir weniger weit voneinander entfernt sind, als es zunächst den Anschein hatte. Ich glaube wenigstens, Ihrer letzten Arbeit entnehmen zu sollen, daß Sie nur solche Erwerbungen wünschen, welche für Deutschland einen wirklichen Nutzen darstellen, nicht aber den Feinden irgend etwas wegnehmen wollen, bloß um sie unsere Macht fühlen zu lassen. In der letzten Zeit haben Männer, die nach ihren beruflichen Leistungen mit Recht als klug und tüchtig anerkannt werden, Programme aufgestellt und Wünsche geäußert, die ins Aschgraue gehen, und als unumgänglich notwendigen Besitz solche Plätze und Landstriche angeben, die, bisher wenigstens, noch nicht in unserem Besitze sind. Im Hinblick auf Ihren Besuch verzichte ich also auf eine eingehende Besprechung der von Ihnen behandelten Punkte und möchte mir nur eine Bemerkung gestatten.

Sie halten meinen Hinweis auf den Nikolsburger Frieden nicht für stichhaltig, weil die damals obwaltenden Verhältnisse von den heutigen völlig verschieden seien. Selbstverständlich sind der Vergleichspunkte zwischen damals und jetzt nur wenige, wie sich denn in Wirklichkeit dieselben politischen Lagen niemals wiederholen. Mein Gedanke ist folgender: Da wir bestrebt sein müssen, die jetzt gegen uns kämpfende Koalition zu sprengen, muß die Friedensverhandlung so geführt werden, daß wenigstens mit einem

unserer jetzigen Feinde eine spätere Aussöhnung möglich gemacht wird. Natürlich kann man verschiedener Meinung darüber sein, welche Macht man dazu aussuchen will, wird aber leicht diejenige wählen, die man haben kann, nach dem berühmten französischen Ausspruche: „Quand on n'a pas ce qu'on aime, on aime ce qu'on a." Und diese betreffende Macht soll man dann so behandeln, wie Bismarck im Jahre 1866 Österreich behandelt hat.

Ihren Einwurf, es habe sich damals um einen Kampf mit Stammesgenossen gehandelt, kann ich nicht als richtig anerkennen; denn damals wenigstens hat Bismarck in den Österreichern nicht die Stammesgenossen, sondern lediglich einen politischen Faktor und bis zum Jahre 1866 nur einen feindlichen Faktor erblickt, wie denn seine ganze Politik seit dem Jahre 1852 darauf ausging, Österreich aus Deutschland zu vertreiben, politisch und handelspolitisch. Mit Belegen hierfür will ich Sie jetzt nicht aufhalten. . . . Mit freundlichen Empfehlungen verbleibe ich

verehrungsvoll der Ihrige  
P a u l S c h w a b a c h.

#### Aufzeichnung über Deutschland und der Sturz Delcassés.\*

Berlin, den 16. Oktober 1915.

Anläßlich des Rücktrittes von M. D e l c a s s é ist vor einigen Tagen in der französischen Kammer die Behauptung wiederholt worden, daß dieser Minister im Jahre 1905 durch Deutschland gestürzt worden wäre. Obwohl diese Auffassung fast allgemein verbreitet ist, habe ich doch Zweifel an ihrer Richtigkeit.

Am 28. April 1905 schrieb mir Herr Wilhelm B e t z o l d , ein in Paris lebender Deutscher, mit dem ich daher in Beziehungen stand, daß er eine Art von internationalem Geschäftsvermittler darstellte, der insbesondere das Vertrauen der Rothschild'schen Häuser, des Herrn v. Hanseemann und meines Vaters genoß; in den Pariser geschäftlichen und politischen Kreisen hatte er vielfache Beziehungen und war gleichzeitig auf der Deutschen Botschaft sowohl unter Fürst Münster als auch unter Fürst Radolin wohl bekannt und wohl gelitten. Herr Betzold kündigte mir seinen Besuch an und legte zu meiner vorläufigen Unterrichtung eine Notiz bei, die wie folgt lautete:

„Le Président du Conseil des Ministres, M. Rouvier, que je connais de longue date, m'a fait inviter à aller le voir par un de

\* Vgl. Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914, Bd. 20 II, S. 357 ff.

nos amis communs, et il a fait appel à notre vieille amitié pour contribuer, dans les limites de mes modestes moyens et auprès de mes relations dans les deux pays, pour faire disparaître le malentendu au sujet de l'affaire du Maroc, malentendu qui a pris tout récemment un aspect à refroidir les rapports entre les deux pays. Le Président du Conseil m'a dit qu'il considérerait ceci comme un très grand malheur pour la paix du monde, pour le progrès de la civilisation et qu'il voulait empêcher une pareille éventualité; il fera le possible pour y arriver et aime à croire qu'on lui accordera, de l'autre côté des Vosges, le bénéfice de la réciprocité. Il est le premier à regretter la politique de M. D.; à différentes reprises, il avait appelé l'attention de ce dernier sur l'opportunité de vivre en bonne intelligence avec l'Allemagne; M. Rouvier a cependant défendu M. D. à la Tribune pour ne pas le laisser tomber comme un martyr de la question du Maroc, ce qui probablement aurait produit l'effet contraire dans le pays.

M. Rouvier m'a dit que les membres du Gouvernement sont tous désireux de donner satisfaction à l'Allemagne sur la question du Maroc, que l'Ambassadeur de France à Berlin avait reçu les instructions d'y laisser, au Ministère des Affaires Étrangères, une note écrite au sujet des dernières communications faites au Gouvernement Allemand, concernant l'arrangement fait avec l'Angleterre et l'Espagne relatif aux affaires du Maroc. M. Rouvier ne voit aucun inconvénient à faire cette notification aux puissances signataires de la Convention de Madrid de 1880, et m'a dit que le Cabinet au complet aurait soin de faire exécuter par le Ministre des Affaires Étrangères les intentions conçues dans ce sens.

M. Rouvier désire que des relations satisfaisantes puissent être établies d'une façon stable entre les deux pays et y contribuera autant qu'il sera en son pouvoir de le faire.

Pour faire disparaître la méfiance et l'insécurité qui s'étaient manifestées dans les derniers mois, le moyen le plus simple serait d'amener les co-signataires de la conférence de Madrid de 1880 à un échange de vues. La participation de tous les intéressés est désirable et pourrait avoir lieu aussitôt que nous connaissons, d'une manière suffisante, la situation à Fèz."

Am 1. Mai 1905 fand eine Unterhaltung zwischen Herrn Betzold und mir statt, in welcher er mir ergänzend mitteilte, daß M. Rouvier offenbar



geneigt wäre, seinen Auswärtigen Minister auszuschiffen, daß er aber dazu nur dann bereit sein könnte, wenn Hoffnung vorhanden wäre, nachher mit der deutschen Regierung in Aussicht versprechender Weise zu verhandeln. Er richtete an mich die Frage, ob ich glaubte, daß er behufs Besprechung dieser Frage im Auswärtigen Amte empfangen werden würde, und ob ich für ihn den Vermittler spielen wollte. — Ich äußerte Bedenken, mich ohne eigentlichen Beruf in eine so heikle und gleichzeitig so wichtige Angelegenheit zu mischen, und bat mir Bedenkzeit aus.

Diese benutzte ich dazu, Herrn v. Holstein Vortrag zu halten. Dieser sagte mir, daß er zur Zeit seiner Pariser Tätigkeit Betzold kennen gelernt hätte und ihn für einen zuverlässigen und deutsch gesinnten Mann hielte, indessen verspürte er wenig Neigung, den Anregungen des Ministerpräsidenten Rouvier Folge zu geben, und unter diesen Umständen hielte er es für richtiger, Betzold nicht zu empfangen. Er gab mir anheim, letzteren noch etwas hinzuhalten.

Am folgenden Tage ließ mich Herr v. Holstein wissen, daß er meine Mitteilungen mit dem Herrn Reichskanzler besprechen wollte, und einige Stunden später forderte er mich auf, Betzolds Abreise zu verhindern und ihn zu einem Besuch im Auswärtigen Amt zu veranlassen.

Aus späteren Unterhaltungen sowohl mit Herrn v. Holstein als auch mit Betzold ist mir bekannt, daß dieser den Bescheid erhalten hat, man hielte dafür, daß mit der Beseitigung Delcassés auch ein Hindernis für eine deutsch-französische Verständigung aus dem Wege geräumt werde.

Betzold fuhr nach Paris zurück, und wenige Wochen später erhielt er durch den Fürsten Radolin den Auftrag, M. Rouvier zu sagen, daß das Verbleiben Delcassés am Quai d'Orsay eine Gefahr für die deutsch-französischen Beziehungen darstellte.\*

Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob früher schon deutscherseits gegen M. Delcassé Sturm gelaufen worden ist. Nur wäre dann schwer erklärlich, aus welchem Grunde und zu welchem Zwecke M. Rouvier Betzold herangezogen und nach Berlin geschickt hätte. Es erscheint also die Vermutung berechtigt, daß der Gedanke, sich Delcassés zu entledigen, ursprünglich von dem französischen Ministerpräsidenten ausgegangen, dann freilich von der Reichsregierung aufgenommen und weiter verfolgt worden sei.

Allerdings ist die Annahme, daß Delcassés Sturz von Berlin aus betrieben werde, sehr bald aufgetaucht.

---

\* Vgl. Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914, Bd. 20 II, S. 376—377.

Schon am 3. Mai 1905 schrieb mir Baron Alfred Rothschild, der mit König Eduard auf sehr vertrautem Fuße stand und mit den leitenden Persönlichkeiten des damaligen Kabinetts freundschaftliche Beziehungen pflog, er hätte aus Paris und auch in London gehört, daß von Berlin aus an Delcassés Sturz gearbeitet würde. Baron Rothschild schilderte in beweglichen Worten, wie bedauerlich es sein würde, einen so hervorragenden Staatsmann und friedfertigen Minister zu verlieren, und riet dringend, die deutsche Regierung möge in Paris zu erkennen geben, daß ihr Delcassés Verbleiben im Amt erwünscht wäre\*.

Auch diesen Brief legte ich sofort Herrn v. Holstein vor, der mich zu folgender Antwort\*\* veranlaßte:

„Wir haben M. Delcassé während seiner siebenjährigen Amtsdauer nicht gerade freundlich, aber niemals aggressiv gefunden. Sein Verhalten in der Marokkofrage zeigte anfangs ein Verkennen unserer Stellung als Vertragsstaat; er hat aber neuerdings den Wunsch gezeigt, uns entgegenzukommen. Mancher andere Politiker wäre denkbar, welcher in Delcassés Stellung die Lage wesentlich verschärfen würde.

Andererseits aber sind wir grundsätzlich dagegen, fremde Minister zu stützen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß solche Einmischung allemal schädliche Folgen hat. So war z. B. vor 30 Jahren der lebenswürdige und konziliante Duc Decazes in Paris auswärtiger Minister; als davon die Rede war, daß Graf Chandordy ihn ersetzen sollte, verwandten wir uns für Decazes. Er blieb, war aber von da ab unausstehlich gegen Deutschland, einmal, weil er sich als *ministre indispensable* ansah, besonders aber, weil er in Frankreich nicht den Verdacht aufkommen lassen wollte und konnte, daß er sich den Deutschen verpflichtet fühlte. Die deutsche Regierung, welcher von da ab mancherlei Ärger durch den Herzog Decazes bereitet wurde, hat diese Lehre nicht vergessen. Wenn M. Delcassé die Empfindung hätte, deutscher Fürsprache sein Bleiben zu verdanken, wird er geradezu in der Zwangslage sein, gegen Deutschland die schroffe Seite hervorzukehren. Wir werden also nichts tun, direkt oder indirekt, was den Verdacht rechtfertigen könnte, als hätten wir uns Herrn Delcassé persönlich verpflichten wollen.“ —

P. H. S.

\* Vgl. Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914, Bd. 20 II, S. 620 (Nr. 6850).

\*\* Vgl. o. Brief an Baron Alfred von Rothschild vom 5. Mai 1905 (S. 69).

**Brief an den Abgeordneten P. Fuhrmann,\* Berlin.**

Berlin, den 20. März 1916.

Hochverehrter Herr Abgeordneter!

Es ist mir ein Aufruf des Herrn Geheimrat Schäfer\*\* mit der Aufforderung zugegangen, ihn unterzeichnet an Ihre Adresse weiterzugeben und womöglich Unterschriften aus meinem Freundeskreise zu sammeln.

In Anbetracht der hohen Bedeutung der in diesem Schriftstück behandelten Dinge mag ich mich nicht damit begnügen, die Eingabe einfach beiseite zu legen, sondern fühle mich gedrungen, Ihnen zu sagen, daß mein Standpunkt ein von dem des Herrn Verfassers völlig verschiedener ist.

1. Zum mindesten ist nicht im entferntesten nachgewiesen, daß ein mit voller Rücksichtslosigkeit durchgeführter U-Bootkrieg dem Schiffsverkehr von und nach England einen ernstlichen Abbruch tun kann. Die Ziffern, wie sie für die Zeit des scharfen U-Bootkrieges im vorigen Jahre vorliegen, würden eher das Gegenteil beweisen. Es ist nicht bekannt und wahrscheinlich auch nicht der Fall, daß die Unterseeflotte inzwischen eine hinreichende Stärkung erfahren hat.

2. Über die Folgen eines Krieges mit Amerika wird in der Eingabe mit einer Ruhe hinweggegangen, die zu dem Ernst der Angelegenheit nicht im richtigen Verhältnis steht. Schon ein bloßer Abbruch der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten würde die immer noch beträchtliche Zufuhr wichtiger Waren über die skandinavischen Länder und Holland beeinträchtigen. Ein Krieg würde diese Zufuhr vernichten und die Ernährungsschwierigkeiten innerhalb Deutschlands erheblich steigern.

Ferner ist in Betracht zu ziehen, daß die Beschlagnahme der deutschen Schiffe, die in nordamerikanischen Häfen liegen, und der die Beschlagnahme unserer übrigen Flotte in sonstigen noch neutralen Ländern aller Wahrscheinlichkeit nach folgen würde, unseren Feinden im Handumdrehen einen Zuwachs an Tonnage brächte, der in vielen Monaten noch so erfolgreichen Unterseebootkrieges nicht vernichtet werden kann.

Es kommt als wesentliches Moment hinzu, daß der Verlust eines so großen Teiles unserer Handelsflotte, der auch nach dem Kriege nur sehr

---

\* Mitglied des Preuß. Hauses der Abgeordneten auf dem rechten Flügel der national-liberalen Fraktion.

\*\* zur rücksichtslosen Führung des U-Bootkrieges.



langsam durch Neubauten wettgemacht werden könnte, gerade für die erste, wirtschaftlich schwierige Friedenszeit unseren Ausfuhrhandel lahmlegen würde. Was das für unsere Volkswirtschaft bedeutet, braucht nicht näher ausgeführt, sondern nur daran erinnert zu werden, daß, wenn wir Bedarfsartikel aller Art (Getreide, Kupfer usw.) einführen und andere Waren nur spärlich ausführen können, die Markvaluta einen solchen Stoß erhielte, daß die notwendigen, im Auslande zu beschaffenden Rohstoffe für den deutschen Fabrikanten oder Verbraucher unerschwinglich werden.

3. Wenn der Herr Verfasser der Eingabe erklärt, die Gefahr eines Krieges mit Holland und Dänemark nicht ernst nehmen zu wollen, so kann das seinen Grund nur darin haben, daß er die Volksstimmung in diesen beiden Ländern nicht kennt, Ländern, in denen die Regierungen viel guten Willen und Zähigkeit haben aufwenden müssen, um, wie es bisher geschehen, ihre Neutralität aufrecht zu erhalten. Ich bin also von der Wirklichkeit dieser Gefahr überzeugt und kann trotz Tapferkeit und guter Führung unserer Heere nicht glauben, daß ein solcher Zuwachs an Feinden schon aus geographischen Gründen durchaus gleichgültig wäre.

Ich halte also dafür, daß es von den schädlichsten Folgen wäre, wenn über die in der bekannten Denkschrift vom Februar 1916 niedergelegten Grundsätze hinausgegangen würde, und daß es schon in hohem Maße bedenklich wäre, wenn große Parteien des Reichstages, deren Hintermänner in den angesehensten und einflußreichsten Schichten unseres Volkes zu suchen sind, sich öffentlich und laut zu dem Grundsatz bekennen, daß Schiffe jeder Art und jeder Flagge unterschiedslos versenkt werden sollen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung verbleibe ich

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Zum verschärften U-Bootkrieg.**  
(Aufzeichnung)

Berlin, den 27. April 1916.

Ob es möglich ist, den Bruch mit Amerika zu vermeiden, mag zweifelhaft erscheinen, da das ganze Verhalten des Präsidenten Wilson den Schluß zuläßt, daß er nur auf eine günstige Gelegenheit und einen annehmbaren Vorwand gewartet hat, um den diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ein Ende zu machen. Niemand zweifelt daran, und Wilson selbst macht

keinen Hehl daraus, daß seine Sympathien auf seiten unserer Feinde sind. Es wäre aber nicht richtig, ihm allein die Verschärfung der Lage in die Schuhe zu schieben. Denn, wenn er behauptet, daß die deutscherseits gegebenen Versprechungen nicht gehalten worden sind, so hat er leider nicht ganz unrecht, wie denn in der Tat die Versenkung der „Sussex“ mit den von uns abgegebenen Erklärungen im Widerspruch steht und wir verabsäumt haben, das rechtzeitig offen zuzugeben.

Wird der Bruch vollzogen, so muß man damit rechnen, daß eine Kriegserklärung nicht lange auf sich wird warten lassen; besonders wenn abermals ein Schiff per fas oder nefas versenkt wird, auf welchem sich amerikanische Untertanen befinden. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß mangels diplomatischer Vertretungen hüben und drüben ein Gedankenaustausch und eine Schlichtung gegensätzlicher Meinungen unmöglich gemacht sein würde. Einem Kriege mit Amerika kann man aber nicht ohne Sorge entgegensehen.

1. Wenn man geglaubt hat, bei einzelnen unserer Gegner, besonders in Frankreich und Italien, Anzeichen einer Ermüdung wahrzunehmen, so ist gewiß, daß der Zutritt Amerikas zu der Entente überall einen bedeutenden moralischen Eindruck machen und den Willen zum Kampf aufs neue stärken wird, ein Umstand, der gerade bei den nervöseren unter unseren Feinden nicht unterschätzt werden darf.

2. Schon jetzt ist der Mangel an Nahrungs- und Futtermitteln in Deutschland fühlbar, obwohl bekanntlich und nachweislich die Einfuhr über die nordischen Länder und Holland immer noch erheblich ist. Wenn Holland dem englischen Verlangen, die Grenze nach Deutschland hin völlig zu sperren, bisher erfolgreich hat widerstehen können, so ist das wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß an diesem Handel Amerikaner interessiert waren. Eintretendenfalls würde auch Amerika dahin wirken, daß Holland nur so viel Ware erhält, wie es für den Unterhalt seiner eigenen Bevölkerung braucht. Mit Schweden, Norwegen und der Schweiz steht es ebenso. Nur Dänemark nimmt eine Ausnahmestellung ein, insofern England von dort her landwirtschaftliche Erzeugnisse bezieht und beziehen will; es würde aber möglich sein, den Schiffsverkehr zwischen Dänemark und England empfindlich zu stören, um so mehr, als der einzige gute westjütische Hafen, Esbjerg, nahe an unserer Grenze liegt und durch U-Boote beobachtet werden kann. Diese Verhältnisse haben bisher bewirkt, daß die Engländer den deutsch-dänischen Handel nicht annähernd so scharf angefaßt haben wie den deutsch-holländischen. Es ist kein Zweifel, daß eine weitere erhebliche Beschränkung oder eine völlige Unterbindung der Einfuhr für die Ernährung der deutschen

Bevölkerung bedenklich wäre; wobei dahingestellt bleiben mag, ob nicht der Eintritt Amerikas in den Krieg auch auf Rumänien eine unangenehme Wirkung ausüben kann. Wir wären dann völlig auf die Ernte im eigenen Lande und in den besetzten Gebieten angewiesen. Selbst im günstigen Falle kann man mit besonders großen Mengen von Getreide usw. nicht rechnen, da die besonders schlechte vorjährige Ernte (Knappheit der Strohvorräte, dadurch mangelhafte Düngung usw.) auch in dieses Jahr hinüberspielt.

3. Die Amerikaner würden nicht lange zögern, die in ihren Häfen befindlichen deutschen Schiffe mit rund 600 000 Tonnen zu beschlagnahmen. Ob diese Schiffe als Privateigentum später einmal bezahlt werden und zu welchem Preise, ist ein verhältnismäßig nebensächlicher Umstand und interessiert in der Hauptsache nur die Aktionäre der betreffenden Schiffahrtsgesellschaften. Möglicherweise wird es glücken, wenigstens die Maschinen in großem Umfange so zu beschädigen, daß die Schiffe auf längere Zeit nicht seetüchtig sind. Es leben aber in den Vereinigten Staaten genügend tüchtige Ingenieure, um in absehbarer Zeit die erforderlichen Ausbesserungen vorzunehmen, sodaß dann die Feinde mehr Schiffsraum zur Verfügung haben werden, als unsere U-Boote in langer, mühsamer Arbeit vernichten können.

Schlimmer jedoch wäre, daß diese Tonnage uns nach dem Kriege fehlen würde in einem Augenblick, wo wir das größte Interesse daran haben werden, mit möglichster Beschleunigung dringend erforderliche Waren ins Land zu schaffen, Waren, die nicht nur für die Volksernährung, sondern auch für den Aufbau der Industrie unentbehrlich sind.

Was insbesondere das letztere angeht, so ist zu betrachten, daß, falls es uns nicht glückt, in einiger Zeit unseren Ausfuhrhandel einigermaßen in die Höhe zu bringen, während wir doch auf jeden Fall eine starke Einfuhr haben werden, die deutsche Valuta sich außerordentlich verschlechtern muß. Es ist klar, daß, wenn die deutsche Industrie ihre Rohstoffe infolge des ungünstigen Wechselkurses 40 oder 50% teurer bezahlen muß als ehemals, sie selbst dann den Wettbewerb mit dem Auslande nicht mehr ertragen kann, wenn die Arbeiterlöhne auf demselben Stande bleiben wie bisher.

Die Beschlagnahme der Schiffe wird sich aber nicht auf die Vereinigten Staaten beschränken. Vielmehr wird sich in allen neutralen Ländern (dort liegen noch etwa 400 000 Tonnen) das gleiche abspielen, was wir schon in Portugal erlebt haben, und was Brasilien bereits angedroht hat. Wir wären also nach dem Friedensschluß auf die Tonnage angewiesen, die sich jetzt in deutschen Häfen befindet. Damit wäre der notwendige Verkehr nicht zu



bewältigen. Daß etwa die Engländer Schiffe nach Hamburg schicken, um deutsche Erzeugnisse nach Südamerika oder sonstwohin zu verfrachten, ist gewiß nicht anzunehmen.

4. Es ist viel davon die Rede, Deutschland in der Zukunft wirtschaftlich völlig einzukreisen, auch nachdem man die Waffen aus der Hand gelegt haben wird. Ich zweifle freilich, daß sich das völlig und auf die Länge wird durchführen lassen. Aber schon der Versuch wird uns die ohnehin schwierigen ersten Friedensjahre noch weiter erschweren.

Amerika, das im Laufe des Krieges für beträchtliche Summen Gläubiger von England, Frankreich und Rußland geworden ist, muß jetzt schon die Neigung haben, in Zweifelsfällen mit Angehörigen dieser Länder lieber als mit Deutschen Geschäfte abzuschließen, nach dem bekannten Grundsatz, daß man für niemandes Wohlergehen so besorgt ist wie für das seiner Schuldner. Wird nun Amerika unser Feind, und die Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen drüben noch weiter erschwert, so ist auch das kein gleichgültiges Moment.

5. Die in Amerika vorhandenen aktiven Truppen sind an Zahl gering, wie ich vermute, nach unseren Begriffen mangelhaft ausgebildet und können schon wegen der verworrenen Zustände in Mexiko nicht außer Landes genommen werden. Dagegen ist es durchaus möglich, daß sich Freiwillige in beträchtlicher Zahl melden und nach dürftiger Ausbildung die Reise nach Europa antreten. Das mag nicht sehr erheblich ins Gewicht fallen, wenn es wohl auch nicht ganz belanglos ist.

Als wesentlicher betrachte ich das, was Amerika auf finanziellem Gebiet seinen etwaigen Bundesgenossen zu leisten imstande wäre. Die im vergangenen Jahre in Amerika herausgebrachte englisch-französische Anleihe hatte keinen allzu großen Umfang; sie hat auch beim Publikum nur geringen Erfolg gehabt, obwohl mit Hilfe der Regierung in geradezu schamloser Weise für diese Anleihe gearbeitet worden ist. Der Versuch, den amerikanischen Markt zu gewinnen, ist auch nicht wiederholt worden. Ganz anders sähe die Sache aus, wenn die amerikanische Regierung nach Eintritt in den Krieg im eigenen Namen eine Anleihe auflegte. Die Geldflüssigkeit ist drüben eine bisher beispiellose; es würde ein leichtes sein, ungeheure Summen zeichnen zu lassen, von welchen Amerika für sich selbst nur eines verhältnismäßig kleinen Teiles bedürfte, während es den Rest verbündeten Staaten als Bundesgelder zur Verfügung stellen kann. Daß die Yankees das nicht umsonst täten, sondern sich wirtschaftliche Vorteile

sichern würden, mag für die etwaigen Schuldner schmerzlich sein, ohne daß es uns trösten könnte.

Diese Schilderung der Folgen, die ein Bruch mit Amerika haben kann, mag trübe klingen; ich glaube mich aber keiner Übertreibung schuldig zu machen.

Indessen würde jeder dieses und noch mehr willig und ruhig tragen, wenn er die Überzeugung haben könnte, daß unsere U-Boote imstande sind, England auf die Knie zu zwingen. Ich fürchte aber, daß ernstlich davon nicht die Rede sein kann. Die Engländer haben es nicht nur verstanden, die für sie wichtigen Straßen Dover—Calais und Folkestone—Boulogne völlig freizuhalten, sondern es ist bisher auch nicht einmal geglückt, die für Frankreich und Italien so wichtige Kohlenausfuhr im Kanal von Bristol zu unterbinden. Die zur Verfügung stehende Tonnage, unter Umständen noch verstärkt durch eine Million Tonnen deutscher Schiffe, ist so bedeutend, daß bei der eifrigsten und erfolgreichsten Durchführung des U-Bootkrieges an eine Absperrung Englands vom überseeischen Verkehr nicht zu denken ist. Wenn häufig darauf hingewiesen wird, daß die Frachten stark gestiegen sind, mag das für unsere Feinde einen Übelstand bedeuten, der aber schließlich durch Einführung von Höchstpreisen nach deutschem Muster gemildert werden kann. Vor allen Dingen wird niemand, der Land und Leute kennt, glauben, daß England hoher Frachten wegen den Krieg einstellen wird.

Nach alledem ist die Frage berechtigt, ob der U-Bootkrieg für uns mehr nützlich als schädlich ist.

P a u l S c h w a b a c h.

### Briefe an M. von B.

#### I.

Berlin, den 2. Mai 1916.

Lieber B.!

... Ihre Ansichten über die große amerikanische Frage teile ich. Es hat keinen Sinn, immer von Nichtgefallenlassen und Dergleichen zu reden; wir wollen den Krieg gewinnen; man kann Dinge, welche die Existenz von 70 Millionen Menschen betreffen, nicht nach den Beratungsgrundsätzen eines Offiziersehrengerichts behandeln. Der Eintritt Amerikas in den Krieg wäre ein Unglück, dessen Tragweite kaum überschätzt werden kann. Läßt er sich

auf die Dauer vermeiden? Ich weiß es nicht, aber es muß versucht werden; und der Gewinn jeder Woche ist wesentlich, da immerhin die Möglichkeit, wenn auch schwerlich mehr, besteht, daß der eine oder andere unserer Feinde das Rennen aufsteckt. Seit gestern abend sieht die Sache so aus, als könnte eine vorläufige Beilegung des Streites erzielt werden; ich hatte die Hoffnung schon aufgegeben und war recht niedergedrückt gewesen. — Wenn Wilson schreibt, daß er deutschen Zusicherungen in Sachen U-Boote nicht traut, so ist das unfreundlich, aber leider nicht ganz unberechtigt, und Redensarten von einem „frechen Kerl“ und dergleichen nützen wenig. Ich will gern glauben, daß Wilson einen Vorwand sucht — gut, dann soll man ihm den Vorwand nicht liefern. —

Ansonsten gehen die Hetzereien gegen den Reichskanzler munter fort; Heydebrand tut sich besonders dabei hervor. Ich halte das jetzt für ein großes Unrecht, um so mehr als ich glaube, daß bei den Konservativen Momente der inneren Politik stark mitsprechen. . . .

Leben Sie wohl, lieber Freund, und lassen Sie es sich gut gehen! Wie stets

Ihr

P a u l S c h w a b a c h.

II.

Berlin, den 9. Mai 1916.

Lieber B.!

Ihr freundlicher „Nachtrag“ traf ein, als ich im Begriffe stand abzureisen. Ich hatte in Köln zu tun . . . Vorher hatten sich unsere Briefe gekreuzt. Les beaux esprits se rencontrent. — Sie sprechen (in bezug auf Amerika) vom K. S. C. und ich von dem Off.-Ehrengericht; wir meinen dasselbe.

Unsere Note war wohl recht gut; nur habe ich die Stelle über die Hungerqualen zu beanstanden, die auch in der englischen Presse sogleich in dem Sinne ausgenutzt worden ist, daß also die Blockade wirksam ist und mit einiger Ausdauer zum Ziele führen muß. Es bestand auch begründete Hoffnung, daß der Bruch mit den U. S. wenigstens vertagt wäre. Da kommt die unselige Cynrie-Versenkung dazwischen. Ich bin auf das äußerste besorgt, wie das ausgehen mag.

Über Polen hatte ich seit langer Zeit nichts von Belang gehört. Auf Grund Ihres Briefes habe ich mich erkundigt. Wir sind mit den Bundesbrüdern noch



nicht einig über den Fall; ein österreichisches Kongreß-Polen wünschen wir nicht. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir für unsere Oberschlesien-Industrie vor allem einen guten Handelsvertrag mit Rußland brauchen und die Möglichkeit, ohne Zoll- und Tarif-Quängeleien nach Alt-Rußland Waren einzuführen, gleichviel, was politisch aus Polen wird. Ich bin ein Ketzer und meine, es bliebe am besten (für uns) bei Rußland. Österreich wollen wir es nicht überlassen; Condominium ist ein gräßlicher Gedanke; ein slawisch-katholischer Bundesstaat meines Erachtens ein horror; ein selbständiges Polen muß erstens Posen haben wollen und zweitens den Zugang zum Meer, d. h. den Besitz von Danzig erstreben, wird also bald mit Rußland gegen uns stehen. Leider können wir über das Land noch nicht frei verfügen; sollte, was vorläufig schwer denkbar ist, Rußland für einen Sonderfrieden zu haben sein, so müßten wir uns auch in etwas bescheiden.

Stets Ihr

P a u l S c h w a b a c h.

III.

Kerzendorf, den 12. Juli 1916.

. . . Alle sind sich darin einig, daß die Reichstagssitzung,\* in welcher sich der Reichskanzler mit gewissen Elementen auseinandergesetzt hat, bedauerlich gewesen ist, und der Streit dreht sich um die Frage, ob der Auftritt notwendig war. Ich bin geneigt, die Frage zu bejahen. Es besteht eine regelrechte, gegen den Reichskanzler gerichtete Kabale, und wenn es überhaupt nicht einwandfrei ist, mitten im Kriege Ministerstürzerei zu treiben, so ist das Verfahren um so bedenklicher, wenn innerpolitische Dinge zugrunde liegen. Denn so liegt es m. E.: man spricht von Friedensbedingungen usw., und man meint preußisches Wahlrecht. Die Herren waren soweit gegangen, durch einen Abgesandten bei Graf Hertling anzufragen, ob er geneigt wäre, die Nachfolgerschaft des Reichskanzlers anzunehmen! Die bewußten Schriften haben Sie wohl gelesen; Inhalt und Form gehen mir gegen den Strich, aber den übelsten Eindruck machte ihre massenhafte Verbreitung. Wer hat das Geld dafür hergegeben? Es kann einem das Gruseln kommen, wenn man an die inneren Auseinandersetzungen denkt, die die leider noch ferne Friedenszeit bringen muß. Ich würde es tief beklagen, wenn die konservative Partei, die so wertvolle Elemente in sich begreift, der Herrschaft ihres äußersten Flügels verfallen bliebe. Bewahrt

---

\* vom 5. Juni.

sie sich in ihrer alten Form einen ausschlaggebenden Einfluß bei Hof und in Preußen, so wäre es schlimm; aber auch ihren Zerfall würde ich bedauern, obwohl ich ihr politischer Gegner bin. . . .

Schreiben Sie mir, bitte, gelegentlich wieder; es freut und interessiert mich immer, von Ihnen zu hören.

Mit vielen herzlichen Grüßen

freundschaftlich der Ihrige

P a u l S c h w a b a c h.

#### IV.

Kerzendorf, den 5. Sept. 1916.

Lieber B.!

. . . . Ich bin in dieser Zeit leider noch weniger genau als sonst unterrichtet, glaube aber, bestimmt sagen zu können, daß Falkenhayn\* nicht politisch werden wird. Das wäre auch zu arg. Was den Wechsel herbeigeführt hat, kann ich nicht sagen — die Ansichten und Darstellungen darüber gehen auseinander. Manche sagen, der König von Bayern habe es durchgesetzt; andere sagen, S. M. sähe die Lage als bedenklich an und habe für den Fall einer Niederlage nicht dem Vorwurf ausgesetzt sein wollen, daß er den populären Heerführer nicht herangelassen habe. Tatsache ist, daß die Stellung Falkenhayns seit einiger Zeit erschüttert war, im wesentlichen wohl wegen der Mißerfolge von Verdun und wegen anderer, mehr auf menschlichem Gebiet liegender Dinge. — Der Reichskanzler sitzt fest, soviel ich weiß.

Was Rumänien angeht, so habe ich keinen Zweifel mehr, daß Bratianu und wohl auch der König seit geraumer Zeit zum Eingreifen entschlossen waren, zum mindesten seit der Besetzung von Czernowitz durch die Russen. Man wußte seit etwa 10 Tagen vor der Kriegserklärung, daß Rußland und Rumänien eine Militärkonvention geschlossen hatten, kannte den Inhalt aber nicht und hielt für möglich, daß lediglich ein russischer Durchmarsch vorgesehen war. — Man sagt mir, daß Hindenburg den Hauptakzent seiner Kriegführung in den Osten, und zwar gerade nach Rumänien, verlegen will.

Sie sprechen von Zuversicht. Der Soldat braucht sie, um fechten zu können; er tut vielleicht am besten, an gar nichts zu denken, was nicht auf

---

\* General von F. wurde am 29. August von seiner Stellung als Chef des Generalstabs des Feldheeres enthoben. Sein Nachfolger wurde Generalfeldmarschall von Hindenburg.

den Kampf als solchen Bezug hat. Der Politiker soll nicht schlapp sein, dann erreicht er nie etwas; er darf aber nicht sich damit begnügen zu sagen: es wird schon alles gut gehen. Heute ist wohl Allen klar, was wir immer gewußt haben, daß die Engländer richtig voraussagten, die Zeit liefe für sie, nicht nur wegen Griechenland und Rumänien, sondern insbesondere wegen der Ernährungsfragen. Was ich esse, ob viel — ob wenig, ist mir gleichgültig; und wenn ich verhungere, so wäre das mir persönlich verdrießlich, hätte aber kein allgemeines Interesse. So denken viele, die aber doch eine verschwindende Minderheit bilden. Hierzulande wird überhaupt nur noch vom Essen gesprochen. Es haben schon erhebliche Unruhen stattgefunden; die Arbeiter rühren sich, und in der Tat braucht der körperlich Arbeitende ordentliche Nahrung. Werden gewisse Nerven halten, wenn Unter den Linden geschossen sein wird? Und gerade mit der Ernährung, mit Beschaffung von Waren, die für das Heer unentbehrlich sind, kann es unbequem werden, z. B., wenn Schweden kein Erz mehr liefern kann. Darum muß der Politiker die Möglichkeiten, Schluß zu machen, im Auge behalten. Natürlich kann und darf in diesem Augenblick und, bis es wieder militärisch besser steht — worauf auch ich zuversichtlich hoffe —, nicht mit der Wimper gezuckt werden. Es handelt sich ja längst nicht mehr darum, alle Feinde niederzuwerfen, auch nicht darum, die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unseres Volkes für eine nahe Zukunft sicherzustellen; denn sie ist schon längst für wenigstens zwei Generationen unterbrochen; es gilt, dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland überhaupt wieder den Rang unter den Nationen einnehmen kann, zu dem es befähigt ist — ich vermeide den mystischen Ausdruck „berufen ist“.

Ich hoffe, über dieses alles et de quibusdam aliis bald mit Ihnen zu plaudern.

Mit vielen freundlichen Grüßen

wie stets Ihr  
P a u l S c h w a b a c h.

V.

Berlin, den 15. Oktober 1916.

Mein lieber B.!

Ihr freundlicher ausführlicher Brief vom 11. d. M. und die gleichzeitig eintreffende Karte waren mir sehr willkommen. Mir ist die Entzifferung gelungen.

Es ist für einen Laien in der Tat unmöglich, über die militärische Lage ein Urteil zu haben, und für den Fachmann nur dann möglich, wenn er das



Material übersieht . . . Recht unangenehm war mir die Lektüre des Berichts, den Generalleutnant von Arnim über die Julischlacht an der Somme erstattet hat und der in extenso von der „Times“ veröffentlicht worden ist. Den Feinden, besonders den Engländern, muß dadurch der Kamm schwellen. Durch welchen Unfall der Bericht in Feindeshand gefallen ist, weiß ich nicht — wahrscheinlich durch Gefangennahme eines hohen Stabes. Daß das bei solchen Kämpfen geschehen kann, ist bekannt; darum sollten aber grundsätzlich solche Schriftstücke nach Kenntnisnahme sofort vernichtet werden. Es steht jetzt fest, daß Falkenhayn am 2. Juli die Verlangsamung der Munitionsherstellung befohlen hat; niemand kann mir dafür eine Erklärung geben; denn daß der Friede unmittelbar bevorsteht, konnte er doch nicht annehmen. — Über den Zeitpunkt, an welchem der Krieg zu Ende gehen mag, zerbreche ich mir nicht den Kopf; eine Berechnungsgrundlage fehlt mir gänzlich, und zum Rätseln eignet sich der Gegenstand nicht. Die Lage ist immer noch so, daß Deutschland kämpft, weil es muß, aber vernünftige Angebote ruhig erwägen würde, daß unsere Feinde weiterkämpfen wollen und überhaupt nicht zu sprechen sind. Ob, wann und wie sich das ändert, ahne ich nicht. — Über unsere Rohstoffversorgung sage ich nichts, bis ich mich noch einmal unterrichtet habe. Schlimm wird es mit den Erzen, wenn Schweden deren Ausfuhr verbieten sollte. Das wird, wie ich fürchte, eintreten, sobald Amerika den Krieg erklärt haben wird, ein Ziel, das Konservative und Rechts-Nationalliberale mit allen Mitteln anstreben und wahrscheinlich erreichen werden. Die „U-Deutschland“ hatte wichtige Waren (Rohgummi und Nickel mitgebracht. Indessen, wenn der Frieden mit Amerika auch erhalten bleiben sollte, bleibt der U-Verkehr eine mißliche Sache, wie das Schicksal der „Bremen“ zeigt, die sicher verloren, wahrscheinlich in englischem Besitz ist.

Mit vielen herzlichen Grüßen

Ihr stets getreuer  
P a u l S c h w a b a c h.

**Brief an Geh. Regierungsrat Professor Dr. Hans Delbrück, Berlin.\***

Berlin, den 25. Januar 1917.

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Ich wäre sehr gern gestern abend in Ihrem Kreise erschienen. Mein Arzt legte mir aber dringend nahe, abends nicht auszugehen, und ich mußte seinem Gebot um so mehr folgen, als ich in diesen Tagen vielerlei Arbeit vorhabe, für die ich mich einigermaßen frisch halten muß.

\* Professor der Geschichte an der Universität Berlin.

Das Unwohlsein, durch das ich einige Zeit im Hause festgehalten werde, hat mich auch verhindert, mich über die Aufnahme zu orientieren, welche Wilsons jüngste Äußerung hier, insbesondere an amtlichen Stellen, gefunden hat.

Im ganzen gesehen, macht die Arbeit einen nichts weniger als erheben- den Eindruck. Ich denke mir, daß gerade Sie als Historiker dieser unge- schichtlichen und geschichtswidrigen Auffassung der Weltlage mit Kopf- schütteln gegenüberstehen.

Soweit Wilson praktische Vorschläge macht, habe ich den Eindruck, daß sie sich mit den Kriegszielen der Entente ziemlich genau decken, mit der alleinigen Ausnahme, daß unsere Feinde zunächst Deutschland mit den Waffen niederringen wollen, während Wilson die gleichen Operationen an einem gesunden Körper vornehmen will.

Ich erkenne als seine Vorschläge etwa folgendes:

Die Internationalisierung Konstantinopels und der Dardanellen, eine Maßregel, in der wir schwerlich etwas anderes als eine Russifizierung erblicken können;

Abtrennung von Elsaß-Lothringen und der polnischen Provinzen, welch letztere im Sinne Wilsons den Zugang zum Meere, also wohl Danzig, erhalten müßten;

Hergabe eines Adriahafens für Serbien;

was Österreich betrifft, eine unheilbare Zerrüttung seines Staatswesens, wenn nicht eine völlige Verstümmelung.

Daran denkt der Präsident wohl selbst nicht, daß Irland von England losgetrennt werden könnte; er würde sich wohl allenfalls mit der faden- scheinigen Ausrede begnügen, daß für dieses Land bereits ein home-rule beschlossen und nur infolge des Krieges noch nicht ausgebaut sei.

Unklar ist mir geblieben, ob er auch für die Schweiz einen inter- nationalisierten Zugang zum Meere, etwa Genua, in Anspruch zu nehmen gedenkt.

Alles in allem glaube ich kaum, daß diplomatische Folgen unmittelbar bevorstehen können, abgesehen davon, daß je nach der Form, in welcher die Regierungen der kriegführenden Gruppen antworten, die persönlichen Empfindungen Wilsons in der einen oder anderen Richtung beeinflußt werden.

Es würde mir Freude machen, gelegentlich über dieses und quibusdam aliis mit Ihnen zu sprechen, und ich hoffe, in nicht allzu ferner Zeit Gelegenheit dazu zu finden.

Inzwischen verbleibe ich mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung

Ihr sehr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

### Briefe an M. von B.

#### I.

Berlin, den 2. März 1917.

Lieber B.!

. . . Der U-Boot-Krieg ist nun im Gange, und, wie man hört, ist im Laufe des Februar mehr Schiffsraum vernichtet worden, als erwartet worden war. Es ist mir nicht zweifelhaft, daß England unter der Sperre leiden wird und sich an all die Unbequemlichkeit und Not wird gewöhnen müssen, welche unser Volk durchzumachen hat. Dagegen glaube ich nicht, daß England auf diese Weise niedergerungen werden kann; das wenigstens ist ein Irrtum zu meinen, die Vетtern verständen nicht zu organisieren — der Krieg hat das Gegenteil bewiesen; und was die Entschlossenheit und Zähigkeit betrifft, würde ich nicht wagen, den Deutschen die Überlegenheit zuzusprechen. Möglich bleibt, daß Italien durch Kohlenmangel genötigt wird umzufallen; das wäre gewiß sehr wichtig, aber kaum entscheidend. Dagegen wächst bei uns die Not; das wissen die Feinde, und deshalb werden sie nicht leicht den Kampf aufgeben. Leider stehen zwei Ereignisse bevor, die geeignet sind, den Gegnern neuen Mut einzuflößen: der Krieg mit Amerika und der Fall von Bagdad. Ich fürchte auch für Jerusalem. — Bei alledem habe ich eine Hoffnung: daß nämlich die große Offensive im Westen den Engländern und Franzosen eine Enttäuschung bereitet, womit ich natürlich nicht meine, daß wir jedes Grabenstück halten sollen, sondern daß die Feinde trotz großer Opfer unsere Stellung nicht ernstlich erschüttern. Ob sie dann nicht doch mit sich reden ließen?



Die berühmte Adlon-Konferenz\* ist in meinem Sinne ein sehr glückliches Ereignis. Die gewisse Gruppe (meine Ansicht über die Herren ist Ihnen bekannt) hat sich politisch verächtlich und menschlich lächerlich gemacht, und es mußte wohl soweit gekommen sein, damit so extreme Männer wie Westarp und Fuhrmann abrückten. Ich hoffe, daß die Kanzlerhetze für einige Zeit aufhören wird.

Wie mag es Ihnen gehen? . . . Von mir wüßte ich nichts zu berichten, das auch nur mich selbst interessierte. — Also, lieber B., geben Sie mir bald eine Dechiffrierarbeit auf und seien Sie inzwischen herzlich begrüßt von

Ihrem aufrichtig ergebenden

P a u l S c h w a b a c h.

## II.

Berlin, den 1. April 1917.

Lieber B.!

Ich war seit dem 15. März auf Reisen, erst in Stockholm und gleich darauf in Holland. Vorgestern abend bin ich heimgekehrt und fand Ihre freundlichen Zeilen vor.

Was die russische Umwälzung für uns bedeuten wird, kann wohl noch niemand beurteilen. Allgemeine Redensarten von verminderter Stoßkraft usw. nützen mir nichts. Ich halte mit Ihnen für möglich und hoffe, daß die Ernährung der städtischen Bevölkerung erleichtert . . . werden kann, und daß daraus für uns günstige Folgen entstehen. Zunächst ist die Revolution ein moralischer Erfolg der Entente; denn 1. ist sie zwar aus hundert anderen Gründen entstanden, hat aber offenbar von Buchanan\*\* den letzten Anstoß erhalten; 2. das russische Bündnis hat in England als ein politisch nützliches gegolten, dessen man sich aber im Grunde schämte; mutatis mutandis trifft das auch auf Amerika zu; also 3. steht es jetzt so, daß die Weltdemokratie sich im Kampfe mit den mittelalterlichen Überresten befindet, als welche noch in Berlin, Wien und Konstantinopel ihr finsteres Wesen treiben. Ad 3 werden Sie mir sagen, daß das der pure Blödsinn ist, und Sie können mir gute Beweise für diese Ansicht beibringen. Ich auch; ich teile auch solche Meinung. Das hindert keineswegs, daß die Dinge so dargestellt und auch wirklich so angesehen werden,

---

\* Versammlung der schärfsten Gegner des Reichskanzlers am 24. Februar im Hôtel Adlon zwecks Einleitung einer großen Volksbewegung gegen die Politik Bethmanns.

\*\* englischer Botschafter in St. Petersburg.

und, wie ich zu meinem tiefen Schmerz hinzufügen muß, daß diese Anschauung die natürliche, wenn auch nicht die richtige ist. Nicht nur sind bei uns unzeitgemäße Einrichtungen immer noch vorhanden, nicht nur glauben zahlreiche ehrenwerte Männer, sie könnten die Geschichte aufhalten oder gar rückwärts revidieren, sondern wir selbst haben künstlich unsere Verhältnisse als viel veralteter, aristokratischer, absolutistischer hingestellt, als sie tatsächlich sind. Einige taten es aus parteipolitischen oder ähnlichen Gründen, andere aus höfischer Schmeichelei, noch andere aus Dummheit. Im Ausland meint man durchweg, daß der Kaiser tut, was ihm beliebt; jeder kennt das preußische Klassenwahlrecht, fast niemand das deutsche allgemeine Wahlrecht. Das auszuführen, überschreitet den Rahmen eines knappen Briefes; ich denke, um nur ein Beispiel anzuführen, noch mit Ärger und Ekel an das 25jährige Jubiläum von S. M. Was da in Zeitungen, Broschüren usw. zu lesen stand, schien zu beweisen, daß der Kaiser alles, aber auch alles angeregt, geregelt, geschaffen hat, was uns auf die nun wohl für immer verlassene Höhe geführt hatte. Daß solch elendes Geschreibsel ohne Widerspruch sich hat breitmachen können, habe ich als Schmach empfunden. Gewiß haben Kaiser, Kanzler, Minister und Botschafter so manchen Fehler begangen; die Hauptschuld aber liegt in dem Byzantinismus und Snobismus des deutschen Volkes oder doch weiter Kreise. . . . In dieser Beziehung wird manches anders werden; wie denn gar oft der Brunnen zugedeckt wird, nachdem das Kind ertrunken ist. . . .

Im Innern bleibt die Lage recht schwierig. Über die Verteilung der Lebensmittel aller Art wird geklagt, und jede Organisation beschuldigt die andere der Unfähigkeit. Ich will zugeben, daß ich darüber kein Urteil habe und in tödliche Verlegenheit geriete, wenn ich aufgefordert würde, Verbesserungsvorschläge zu machen. Die Wahrheit ist, wie mich dünkt, daß es nicht genug Waren gibt; dem Mangel kann eine Organisation nicht abhelfen. Schlimm ist es, daß wir mit der Frühjahrsbestellung so arg im Rückstande sind; wir brauchen nun schleunigst gutes Wetter.

Die Märzbeute der U-Boote soll der des Februar etwa gleichkommen; dann wären seit Beginn des Jahres reichlich 2 Millionen Tonnen vernichtet. Sportlich glänzend, auch politisch??? Im Frieden waren uns die Engländer im Sport weit überlegen; jetzt kennen sie nur Zweckmäßigkeit, während hierzulande mit dem Kriegsbeginn die Phrase zur Herrschaft gelangt ist.

Nun aber Schluß, sonst rede ich Sie elend. Von mir selbst ist nichts zu berichten. Vielleicht gehe ich doch hinaus, ich wäre sehr glücklich darüber; zunächst muß ich vermutlich nach Cospoli.

Mit vielen herzlichen Grüßen

Ihr getreuer

Paul Schwabach.

---

### **Aufzeichnung über die Notwendigkeit politischer Reformen in Preußen und Deutschland.**

Berlin, den 24. April 1917.

Die üblen Folgen des U-Bootkrieges, welche seine Gegner vorhergesagt haben, sind samt und sonders eingetroffen; die Prophezeiungen seiner Förderer harren noch ihrer Erfüllung und werden schwerlich je erfüllt werden.

Ich hege die Überzeugung, daß im kommenden Sommer Friedensverhandlungen begonnen hätten, vorausgesetzt, daß die feindlichen Durchbruchversuche im Westen fehlgeschlagen wären: nicht nur, weil Frankreich weitere Blutopfer scheuen muß, sondern auch, weil die Finanzierung des Krieges anfang, unseren Gegnern beschwerlich zu werden, und die Beschaffung von Geldmitteln auf dem freien amerikanischen Markt kaum noch möglich war. Es ist uns geglückt, die Feinde aus ihrer Verlegenheit zu retten. Seit die Geldnot vorüber ist, seit die Bereitstellung unbegrenzter Mengen von Kriegsmaterial und mindestens einer erheblichen Anzahl von Menschen gesichert ist, denkt natürlich niemand daran, einen Frieden mit Deutschland zu schließen, den wir als erträglich hinnehmen würden.

Durch die russische Umwälzung ist unsere Lage verschlechtert worden, insofern der Krieg nunmehr zahllosen gutgläubigen Engländern, Franzosen, Amerikanern als Kampf der modernen Demokratie gegen das Mittelalter erscheint: Rußland ist sozusagen satisfaktionsfähig geworden. Mir haben früher englische und französische Freunde wiederholt gesagt, daß die Freundschaft mit Rußland nützlich oder unentbehrlich sein möge, aber als Schmach empfunden würde. Die im Auslande über deutsche Verfassungsfragen herrschende Ansicht ist aber keineswegs lediglich theoretischer und gefühlsmäßiger Natur; vielmehr wird behauptet und geglaubt, daß der ewige Friede kommen muß, sobald erst die preußische Militärkaste ihrer



Macht beraubt sein wird. Ich weiß ganz gut, daß diese Auffassung nach allen Richtungen hin falsch ist. Die preußische Militärmacht ist ganz etwas anderes, als wofür sie gilt; es ist nachweislich ein geschichtlicher Irrtum zu meinen, daß Demokratien anderen Regierungsformen an Friedfertigkeit überlegen sind; es ist offenbar, daß die leitenden und unterrichteten Männer allerort wissen, daß ihre volkstümlichen Redensarten eben nur Redensarten sind; denn wäre der Zar im Winter 1914 an der Spitze seiner Kosaken in Berlin eingerückt und hätte Ostpreußen und Konstantinopel dem russischen Reiche erobert, so wäre der Thron der Romanows auf lange Zeit fest begründet. Dem allen mag so sein, aber es verschlägt nichts. In Deutschland hat von jeher die Meinung bestanden, Politik wie Juristerei zu betreiben und zu meinen, daß es wie im Zivilprozeß vom Tatbestand abhängt, wer obsiegt, während in der Politik mehr noch als in der Philosophie das Wort des Aristoteles gilt: „Wichtig sind nicht die Dinge, sondern die Meinungen der Menschen über die Dinge.“

Kurz gesagt: wir befinden uns in einer diplomatischen Lage, wie sie unglücklicher kaum gedacht werden kann und die dadurch noch verschärft wird, daß wenigstens zwei unserer Bundesgenossen, Österreich und die Türkei, das dringendste Friedensbedürfnis hegen und bekunden.

Dürfen wir nun ernstlich hoffen, daß die deutschen Linien im Westen im allgemeinen standhalten, so ist die militärische Lage im Augenblick um vieles günstiger als die politische; denn ein so gewaltiger Ansturm wie der noch im Gange befindliche kann nicht so bald wiederholt werden, und für einige Zeit scheint die Stoßkraft des russischen Heeres in der Tat gelähmt zu sein. Diese Pause muß ausgenutzt werden, um unsere Stellung zu verbessern, und zwar mit aller Energie; denn es handelt sich um Sein oder Nichtsein. Wir haben nicht nur gegen den äußeren Feind zu kämpfen, sondern sind der Gefahr ausgesetzt, daß infolge der innerpolitischen Gegensätze und der wirtschaftlichen Nöte der nationale Zusammenschluß verloren geht.

Was soll geschehen?

Die Versuche, hier und da Sonderverhandlungen anzuknüpfen, sind zur Erfolglosigkeit verurteilt, solange England und Amerika zum Weiterfechten entschlossen sind: ihre Macht, den andern wirtschaftlich je nach Bedarf zu schaden oder zu nützen, ist zu stark.

Kürzlich äußerte ein sehr genauer Kenner Amerikas mir gegenüber: „Der Friede wäre sofort hergestellt, wenn in Deutschland eine parlamen-

tarische Regierung eingeführt würde; die kriegerische Stimmung wäre jenseits des Ozeans mit einem Schlage dahin, und nicht ein Soldat würde sich einschiffen.“ Das geht zu weit und ist schief; es sei denn, daß unsere Gegner diesen Kampf wirklich nur führen, um Deutschland von der Herrschaft der Junker zu befreien. Aber etwas, ja viel Wahres ist daran. Durch entschieden liberale und volkstümliche Maßregeln können wir moralische Eroberungen machen, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, Maßregeln, welche den Feinden Vorwände nehmen und welche den in allen Ländern vorhandenen Friedensfreunden den Rücken stärken würden. Zu derartigen Beschlüssen zu gelangen, gleichsam unter feindlichem Druck, wäre hart, wenn man sie sonst für vermeidlich hielte. Es ist aber sonnenklar, daß so oder so der Ruck nach links kommen wird, weil er kommen muß. Das ist der Gang der Geschichte, der sich nicht um Erwägungen kümmert, die im stillen Kämmerlein über die beste und erfreulichste Regierungsform angestellt werden. Es ist auch zwecklos, sogenannten bewährten Einrichtungen nachzujammern, um so mehr, als es noch gar nicht so sicher ist, daß sich unsere Einrichtungen durchweg bewährt haben.

Die zu lösende Aufgabe lautet: wie kann dem Reichstag größerer Einfluß eingeräumt werden? Diese Aufgabe ist bereits gestellt; es ist aber hohe Zeit, im inner- und außerpolitischen Sinne sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Gewiß ist ihre Lösung schwierig: im Gegensatz zu fast allen großen Mächten ist Deutschland nicht Einheits-, sondern Bundesstaat. Grundsätze wie: „Das Ministerium dankt ab, wenn es in wichtigen Fragen die Mehrheit der Kammer gegen sich hat“ lassen sich nicht in Paragraphen fassen, sondern beruhen auf Überlieferung und Gewohnheitsrecht. In diesen Zeilen sollen keine greifbaren Vorschläge gemacht, sondern auf die dringende und zwingende Notwendigkeit hingewiesen werden, daß etwas geschieht, und zwar nicht nur in Preußen, sondern auch und insbesondere im Reich.

Wenn nun nicht zu erwarten steht, daß die Konservativen die Initiative ergreifen, vielmehr mit ihrem Widerstand gerechnet werden muß, und wenn es unerwünscht ist, sich ganz ins Schlepptau der äußersten Linken nehmen zu lassen, so folgt, daß es den Mittelparteien obliegt, eine Reform zu betreiben. Sie könnten trotz Widerspruchs in ihren eigenen Reihen weite Volkskreise an sich ziehen, sogar aus dem konservativen Lager, wenn, was keineswegs aussichtslos ist, es glückt, die Krone zu gewinnen, indem man ihren Träger davon überzeugt, daß es für den Bestand der Monarchie vorteilhafter ist, mit dem Winde zu segeln, als einen aussichtslosen Kampf

gegen die herrschende Strömung aufzunehmen. Von dem Standpunkt aus, von welchem hier ausgegangen worden ist, wäre es wünschenswert, wenn sich radikalere Elemente bis in die Gruppe Scheidemanns hinein durch die vorzubereitenden Reformvorschläge — wenn auch nicht uneingeschränkt und auf ewig — befriedigt erklärten.

P a u l S c h w a b a c h .

---

**Brief an Admiral F. von Grumme-Douglas, Rehdorf (Neumark).**

Berlin, den 1. Mai 1917.

Sehr verehrter Herr von Grumme!

Wir vermißten Sie gestern in der Aufsichtsratssitzung der M... Gesellschaft; Ihr später einlaufendes Telegramm brachte die Nachricht von Ihrer Erkrankung, die ich sehr lebhaft bedaure, von der ich aber zuversichtlich hoffe, daß sie bald und völlig überwunden werden wird. Das nun endlich einsetzende Frühjahrswetter ist sicher ein guter Arzt.

. . . Ich las kürzlich (am 27. April) in der „Kreuz-Zeitung“ eine von Ihnen stammende politische Auslassung, die mich einigermaßen erschreckt hat. Gerade die Verehrung, welche ich Ihnen entgegenbringe, macht es mir schwer, dazu zu schweigen, und Ihre große Liebenswürdigkeit läßt mich hoffen und erwarten, daß Sie ein offenes Wort nicht übelnehmen werden, um so mehr, als uns das eine Ziel, das Wohl des Vaterlandes, gemeinsam ist. — Sie stellen gegenüber das bedingungslose und berechtigte Vertrauen zu der militärischen dem mindestens weit verbreiteten Mißtrauen gegenüber der politischen Leitung. Was das erstere angeht, so scheinen Ihre Worte zu besagen, daß es sich auf die ganze Dauer des Krieges erstreckt. Das ist aber offenbar unrichtig. Schon vor 1914 bestanden in gewissen Kreisen ernste Zweifel darüber, ob die oberste Heeresleitung unter allen Umständen ihrer Aufgabe gewachsen sein würde. Bei Ausbruch des Krieges freilich überwog die stürmische Begeisterung, und in den breiten Schichten des Volkes hat man wohl immer geglaubt, daß es auch dieses Mal so gehen würde wie 1870. Ich war anfangs bei der fechtenden Truppe, und da waren wir alle fest davon überzeugt, daß wir uns auf dem Wege nach Paris befänden. Diese Hoffnungen wurden durch die Marne-Schlacht zerstört, welche die endlose Dauer des Krieges und all seine Opfer verschuldet hat. Es war nicht nur berechtigt, sondern einfach selbstverständlich, daß man das deutsche Volk damals über jene Vorgänge im unklaren gelassen



hat und auch heute noch läßt. Aber die Wahrheit ist langsam durchgesickert, sie wird nach dem Frieden laut genug ausgesprochen werden und (ich sage es mit tiefem Schmerz) den Glauben an die Unfehlbarkeit des deutschen Generalstabs auf lange hinaus erschüttern. — Dann kam die Ära Falkenhayn. Mir haben bald nach seiner Ernennung hohe Offiziere gesagt: Falkenhayn besitzt nicht das Vertrauen der Armee. Über seine Eigenschaften als Führer habe ich natürlich kein Urteil, und ich maße mir keines an, und es mag ganz laienhaft sein, zu glauben, daß die Maßregeln, welche bei Ypern und Verdun zu so bedauerlichen Mißerfolgen geführt haben, in sich fehlerhaft gewesen sind. Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß das Vertrauen zu der militärischen Leitung bis zum Sommer 1916 nicht allgemein gewesen ist. Das hat sich nun, Gott sei Dank, geändert: das Vertrauen ist da, und ich bin so fest wie nur einer davon überzeugt, daß es vollauf berechtigt ist.

Dem Kanzler sprechen Sie unumwunden Ihr Mißtrauens-Votum aus:

1. wegen seiner Haltung zum U-Bootkrieg, 2. wegen seiner inneren Politik.

1. Ich weiß nicht genau, ob es wirklich Herr von Bethmann-Hollweg gewesen ist, der die Verzögerung des U-Bootkrieges veranlaßt hat. Ist dem so, dann hat er sich m. E. ein Verdienst um das Vaterland erworben, das nicht leicht zu hoch veranschlagt werden kann. Ich bin noch heute nicht überzeugt, daß der U-Bootkrieg die von vielen erwartete Wirkung haben wird, halte vielmehr für möglich, daß die Schädigungen, die für jetzt und später aus ihm erwachsen, die Vorteile überwiegen. Hoffentlich täusche ich mich gänzlich. Immerhin steht fest, daß wir mit den U-Booten den Feinden unbequem werden. Das konnte aber nur dann und dadurch erreicht werden, daß wir mit einer zahlreichen U-Boot-Flotte in den Kampf traten, die wir vor 15 Monaten nicht besaßen. Die in Betracht kommenden Ziffern sind Ihnen doch wenigstens ebenso bekannt wie mir. — Ebenso wie jetzt hätte Amerika ein Jahr früher den Krieg erklärt; dieses jederzeit bedenkliche Ereignis wäre aber damals um vieles bedenklicher gewesen. Es ist in hohem Grade wahrscheinlich, daß Holland und die Skandinavier seinerzeit ins feindliche Lager übergegangen wären; man mußte jedenfalls damit rechnen. Jetzt haben sie nicht nur aus dem Schicksal Rumäniens eine Lehre gezogen, sondern sind durch die Truppen, die wir an ihre Grenzen geschoben haben, eingeschüchtert.

Können die U-Boote überhaupt leisten, was wir hoffen, so muß die Wirkung früher eintreten, als Amerikas Eingreifen sich in vollem Umfang fühlbar macht. 1916 wäre die Wirkung der kleinen U-Boot-Flotte ent-

sprechend geringer, das Eingreifen Amerikas, wie eben erwähnt, von noch ernsteren Folgen begleitet gewesen. Dazu kommt, daß, wenn es vor drei Monaten schon nicht ganz leicht war, die Türken und Bulgaren bei der Stange zu halten, sie ein Jahr früher unter soviel ungünstigeren und von ihnen als solche erkannten Umständen vermutlich abgegangen wären. Der Aufschub des U-Bootkrieges hat also nicht mehr und nicht weniger getan, als Deutschland vor der Erdrosselung zu retten.

Soviel ich weiß, ist es nicht der Kanzler, sondern eine andere Stelle gewesen, welche verstärkten Zeppelin-Angriffen Widerstand entgegengesetzt hat. Ob diese Waffe militärisch hätte Erhebliches leisten können, weiß ich nicht; ich bezweifle es aber stark. —

2. Sie sprechen von dem inneren Feind! Ich habe diesen Ausdruck nie sehr glücklich gefunden und nur denen gegenüber anwendbar, die es ablehnen, sich auf den Boden eines deutschen Rechtsstaates zu stellen. Die übrigen sind politische Gegner, gleichviel welcher Parteirichtung sie angehören. Sie sagen nicht ausdrücklich, welche innerpolitischen Zugeständnisse Sie für so beklagenswert halten. Ich gehe nun aber in der Annahme wohl nicht fehl, daß Sie an das preußische Wahlrecht gedacht haben. Das ist freilich ein Gegenstand, dessen Behandlung durch das Kabinett Bethmann auch mir nicht gefällt, und zwar seit Jahren nicht. — Das noch gültige preußische Wahlrecht ist schon zur Zeit seines Entstehens keine Meistererschöpfung gewesen. Es hat sich inzwischen gänzlich überlebt; es paßt in unsere Zeit, die dem plutokratischen Gedanken abhold ist, in keiner Weise; Einzelheiten, wie die Öffentlichkeit der Wahl, sind gerade vom konservativen Standpunkt aus von mindestens zweifelhaftem Wert, insofern sie leichtlich in der Hand des Gegners eine scharfe Waffe werden können. Alle Kreise, einschließlich der Krone, haben die Reformbedürftigkeit des alten Systems erkannt und anerkannt; nur ein Teil der Konservativen, keineswegs ihre Gesamtheit, wollte von einer Änderung nichts hören, von der sie eine Bedrohung ihrer Machtstellung befürchteten. Sie sind nicht dem Beispiel der englischen Tories gefolgt, welche als unvermeidlich erkennbare Neuerungen selbst in möglichst milder Form durchgeführt haben, wodurch der inneren Entwicklung Englands ein gemäßigtes Tempo gegeben, dem konservativen Element die Volkstümlichkeit erhalten worden ist. Unsere Junker haben bis zuletzt vorgezogen, um alles oder nichts zu spielen. Ich meine, der Kanzler hätte schon längst mit aller Wucht den konservativen Widerstand brechen sollen. Noch vor 5, 6 Jahren wären große Teile der liberalen Parteien, Zentrum, Freikonservative und gemäßigte Konservative unter einen

Hut zu bringen gewesen, auf Grund einer gemäßigten Reform, etwa im Sinne eines Plural-Wahlrechts. Dieser Standpunkt ist, wie ich fürchte, nunmehr versäumt. Die Forderung nach dem Reichstagswahlrecht, das in meinen Augen durchaus kein Ideal darstellt, wird jetzt so laut erhoben, so allgemein, daß jede andere Lösung der Frage Enttäuschung und neue Kämpfe zur Folge haben wird. Trotzdem muß und wird wohl auch der Versuch unternommen werden, sich auf mittlerer Linie zu einigen. Herr v. Bethmann ist ein so gewissenhafter Mann, daß er die Unterlassung, die ich ihm glaube vorwerfen zu müssen, hundertmal erwogen haben wird; er hat vermutlich auch Gründe dafür anzuführen, die ich nicht kenne. Die Folgen bleiben bedauerlich; aber die äußerste Rechte wird keine Anklage erheben dürfen, sondern sollte sagen: mea culpa, mea maxima culpa.

In politischen Dingen das Militär gegen das Zivil aufzurufen, ist eine mißliche Sache; in Ihrem Aufsatz tun Sie es nicht *expressis verbis*; es geschieht aber sonst häufig genug. Hut ab vor den Männern, welche unser Heer führen, solange sie sich dieser Aufgabe widmen, die wahrlich groß und verantwortungsvoll genug ist. Wenn aber das richtig ist, was ich über gelegentliche Ausflüge derselben Herren in das politische Gebiet gehört habe, fühle ich mich stark versucht, an den bekannten Spruch von dem Schuster und seinem Leisten zu denken. Wer die Geschichte unseres Landes kennt, weiß, daß Preußen nie im Innern so schlecht regiert, noch nach außen so schwankend und schwächlich geleitet worden ist, als in den Zeiten, während welcher die Generaladjutanten Sr. Majestät das Heft in Händen hielten.

Ich bin wider Willen etwas ausführlich geworden, aber Sie haben diesen Brief vielleicht schon nach der ersten Seite dem Papierkorb anvertraut. Wes das Herz voll ist . . .

Mit herzlichen Wünschen für eine baldige gute Besserung und mit meinen besten Empfehlungen bin ich, sehr verehrter Herr von Grumme,

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---



### Brief an einen Politiker.

Im Mai 1917.

. . . Was diesen Ausschuß\* angeht, so bin ich über seine Tätigkeit leider nur durch die dürftigen Zeitungsmeldungen unterrichtet. Ich habe aber, wie ich mit Bedauern feststellen muß, nicht die Überzeugung gewonnen, daß der richtige Weg eingeschlagen worden ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß mit den einzelnen bisher vorgeschlagenen Änderungen viel mehr gewonnen werden kann, als unangenehme Erörterungen hervorzurufen und auf allen Seiten Mißstimmungen zu stiften, insofern die einen jeden Eingriff in die Kommandogewalt perhorreszieren, die anderen schon das bloße Vorhandensein einer monarchischen Kommandogewalt zu beseitigen wünschen. Was aber praktisch dabei heraussehen soll, wenn ein Minister ein Offizierspatent unterzeichnet, kann ich nicht einsehen. Das einzige, worauf es ankommt, und um das die ganze Erörterung sich drehen sollte, ist die Frage, ob in Zukunft das Volk und seine Vertretung einen größeren Einfluß als bisher auf die Geschicke des Reiches ausüben sollen. Das verdichtet sich in praxi zu der Unterfrage: soll der Reichskanzler, wie bisher, in seinem Amte verbleiben, solange und nur solange er das Vertrauen der Krone besitzt, oder soll auch das Vertrauen des Reichstags eine gewichtige Rolle dabei spielen?

Nun bin ich freilich der Meinung, daß die wahre Wirksamkeit des parlamentarischen Systems bei uns erheblich überschätzt wird, und daß auch in Ländern, deren Einrichtungen den Neid der deutschen Liberalen herausfordern, die Bürokratie einen viel größeren Einfluß besitzt, als allgemein angenommen wird. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß der parlamentarische Minister Sir Edward Grey in seinem Amte die ausschlaggebende Persönlichkeit gewesen sei; vielmehr war es in London öffentliches Geheimnis, daß die nichtparlamentarischen Unterstaatssekretäre Lord Hardinge und besonders Sir Arthur Nicolson die wirklichen Leiter der Politik waren, während andererseits darüber geklagt wurde, daß sich das Auswärtige Amt dem Einflusse des Gesamtkabinetts und seines Vorsitzenden völlig entzogen hätte. Aus Frankreich ist mir bekannt, daß im Jahre 1911, während der Marokkokrise, die Beamten des Auswärtigen Ministeriums unbekümmert um den freilich schwächlichen Minister de Selves ihre eigene Politik getrieben haben, so daß es eines sehr energischen Eingreifens von Caillaux bedurfte, um seinen

---

\* Der am 2. Mai 1917 gebildete Verfassungsausschuß des Reichstages.

eigenen Auffassungen Gehör zu schenken. Ebenso hat im Jahre 1905 Révoil\* die Politik des soeben ausgeschiedenen Delcassé seelenruhig weitergetrieben, ohne sich um den nominellen Minister Rouvier zu bekümmern.

Entscheidend für die gegenwärtigen Arbeiten ist, daß die Abhängigkeit des Kabinetts (des Reichskanzlers) von einer Parlamentsabstimmung sich in keinen Verfassungsparagraphen hineinzwängen läßt. Daß ein Ministerium immer dann abtreten soll, wenn es bei einer Abstimmung unterliegt, ist ein Unding, da Zufallsmehrheiten dann im ungeeignetsten Augenblick die verdrießlichsten Folgen zeitigen könnten. So wird es auch nirgends gehandhabt; sondern der Rücktritt erfolgt überall infolge von Abstimmungen über wichtige Gegenstände. Wer entscheidet aber darüber, ob der Gegenstand wichtig war oder nicht? Doch eben nur das Ministerium, und zwar von Gesichtspunkten aus, die je nach seiner sonstigen Stellung dem Parlamente und der öffentlichen Meinung gegenüber, je nach der allgemeinen politischen Lage außerordentlich verschieden sein können. Es muß auch offenbar im Falle einer dem Ministerium ungünstigen Abstimmung die Möglichkeit einer Auflösung vorbehalten bleiben.

Es ist schon häufig gesagt worden, daß die Zustände, aus denen das parlamentarische System hervorgeht, nicht auf Urkunden, sondern auf Herkommen und Sitte beruhen. Wenn man nun gleich mir dem parlamentarischen System zwar ohne Begeisterung gegenübersteht, indessen einsieht, daß ein freierer Zug in unser öffentliches Leben hineinkommen muß, daß auch viele Dinge, die man in der Theorie vielleicht nicht wünscht, in der Praxis unvermeidlich sind, so daß man an deren Einführung mit Hand anlegen will: so muß man zu dem Ergebnis gelangen, daß es nicht darauf ankommt, an der Verfassung herumzudoktern, sondern unsere politischen Sitten zu ändern.

Es ist ein Übelstand, daß nach der fast allgemein verbreiteten Ansicht ein abtretender Minister, besonders wenn er gar Reichskanzler ist, die Verpflichtung hat, über die Gründe seines Ausscheidens unverbrüchlich zu schweigen. Gewöhnlich werden in solchen Fällen die Gesundheitsrückichten vorgespannt. Ich erinnere mich, wie seinerzeit Caprivi nicht nur von seinen Freunden für seine Diskretion hoch gepriesen worden ist. Es liegt aber auf der Hand, daß ein Minister der Krone und ihren unverantwortlichen Beratern gegenüber eine ganz andere Stellung hat, wenn er in der Lage ist, nach seiner Beseitigung oder seinem freiwilligen Rücktritt die

---

\* Vgl. Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914, Bd. 20 II, S. 458, 462, 468 und Register, Bd. 25 II, s. v. Révoil.

maßgebend gewesenen Gründe offen darzulegen. — Es ist ein weiterer, nicht geringerer Übelstand darin zu sehen, daß sich die Minister, wie es im Sprachgebrauch heißt, als Diener ihres Herrn betrachten und die Verpflichtung fühlen, auch bei wichtigen Entscheidungen gegen ihre Überzeugung Maßregeln zu treffen oder zu unterlassen.

In diesen und anderen ähnlichen Fragen sich den neuzeitlichen Auffassungen mehr anzupassen, kann nicht die Aufgabe und nicht der Erfolg eines Verfassungsausschusses sein, sondern nur die Frucht langer Arbeit und vielleicht ernster Kämpfe. Ich habe aber die Überzeugung, daß die Lehren des Krieges und auch der russischen Revolution, der voraussichtlich noch andere folgen, nicht vergeblich gewesen sind, und ich hege die Zuversicht, daß wir uns bereits auf gutem Wege befinden.

Nun möchte auch ich zwar, daß etwas geschieht; denn es ist nicht zu verkennen, daß das freilich vielfach übertriebene und törichte Gerede über den in Deutschland herrschenden Absolutismus uns im Auslande unendlich viel geschadet hat; es würde mir aber weder unserer Würde, noch dem Ernste der Zeit zu entsprechen scheinen, wenn man, *ut aliquid fieri videatur* und um im Innern und im Auslande den Leuten Sand in die Augen zu streuen, sich mit kleinlichen Doktorfragen herumschlägt.

Wenn man in einzelnen Punkten den gegenwärtigen Zustand zeitgemäß umgestalten kann, um so besser; aber im großen ganzen wäre mein Programm das Folgende:

Man sollte das Hauptakzent auf die Reform der preußischen Verfassung legen, und zwar nicht nur aus preußischen Gründen, sondern ausgesprochenmaßen auch darum, weil der Einfluß des größten Bundesstaates je nach der Art seiner Verfassung auch auf die Reichsgeschäfte in verschiedener Richtung wirken muß. Man sollte offen aussprechen, daß man von dieser grundsätzlich feststehenden Reform auch einen frischeren Wind für das ganze Reich erwartet, und daß man davon die Umgestaltung in den politischen Sitten erhofft, die für wünschenswert gehalten werden. Wenn dann in praktischen Fragen, insbesondere in der Sozialpolitik, die Reichsregierung mit dem Reichstag zusammen gute Arbeit leistet, hat das mehr zu besagen, als alle theoretischen Auseinandersetzungen.

Gerade dem Auslande gegenüber würde ich es mit großer Freude begrüßen, wenn sich wenigstens die Mittelparteien entschließen könnten, mehr die Vorteile als die Nachteile unseres öffentlichen Lebens zu betonen, entgegenkommende Handlungen der Regierung als solche anzuerkennen



und nicht ihrerseits zur Befestigung der Legende beizutragen, als schmachtete das deutsche Volk in Sklavenketten.

Dieser Erguß ist etwas lang geworden. Da ich Sie aber leider niemals in natura fassen kann, wollte ich einmal schriftlich mein Herz erleichtern.

Mit vielen freundlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

Es wäre mir eine Freude, über das, was ich oben nur flüchtig andeuten konnte, gelegentlich ausführlich mit Ihnen zu sprechen.

---

### **Die Liquidation feindlichen Vermögens in der Türkei.**

(Aufzeichnung.)

Berlin, den 28. 6. 17.

Es ist zweifellos ein Übelstand, daß bei Ausbruch des Krieges die Angehörigen der Mittelmächte in den Ententeländern in weit größerem Umfange an allerlei Unternehmungen beteiligt waren als umgekehrt, und daß die insbesondere deutschen Untertanen erwachsenen Schädigungen durch zwangsweise vorgenommene Liquidierungen und Verkäufe so groß sind, daß Gegenmaßregeln in Deutschland nur zum geringsten Grade eine Schadloshaltung bewirken konnten. Wenn man nun an die französischen und englischen Unternehmungen, die in der Türkei belegen sind, herangehen will, um einen besseren Ausgleich zu schaffen, so ist der Grundgedanke richtig; es scheinen mir jedoch ihm folgende Bedenken entgegenzustehen.

Die technische Durchführung des geplanten Vorgehens ist dann verhältnismäßig leicht, wenn es sich darum handelt, eine feindlichen Ausländern gehörige Unternehmung im ganzen zu liquidieren oder zu verkaufen. In anderen Fällen, wenn die Aktien einer Gesellschaft zerstreut sind, wird es schwierig und unter Umständen unmöglich sein, festzustellen, welcher Nationalität die Aktionäre angehören. Selbst wenn man feststellen kann, wo die Aktien hinterlegt sind, ist damit wenig gewonnen; denn aus den verschiedensten Gründen werden Aktien, die einem Engländer gehören, in Berlin oder solche, die einem Österreicher gehören, in London oder Paris aufbewahrt. Ich halte es aber an sich für außerordentlich gefährlich, daran zu gehen, Aktien, die eine Mehrheit oder eine starke Minderheit darstellen, zwangsweise zum Verkauf zu bringen. Meines Wissens ist ein solches Ver-

fahren weder in England, noch in Frankreich eingeschlagen worden, oder nur in seltenen Fällen. Geht man in der Türkei in dieser Weise vor, so werden unsere Feinde dieses Beispiel voraussichtlich nachahmen. Es wird ihnen außerordentlich leicht gemacht durch den Umstand, daß in England und Amerika das System der Namensaktien viel verbreiteter ist als bei uns, und der Name und die Staatszugehörigkeit des einzelnen Aktionärs sich mühelos feststellen läßt. Es würden für deutsche Untertanen ganz außerordentlich hohe Verluste eintreten können, wenn man ihnen ihren Besitz zwangsweise zu billigen Kursen entrisse; denn es handelt sich hierbei um gewaltige Summen, welche von Deutschen in südafrikanischen Minenshares, in amerikanischen Eisenbahnen, in Kanada-Aktien usw. angelegt sind. Hierbei ist freilich Voraussetzung, daß die Entente mangels eines Grundes sich eines Vorwandes bedienen würde. Damit muß gerechnet werden. Ich befürchte, daß sich der Vorsprung, den die Entente auf diesem Gebiete bereits vor uns hat, abermals vergrößern würde.

Es gibt einzelne Fälle, in denen die in Aussicht genommenen Maßregeln für uns geradezu unerwünschte Folgen haben müßten. Ich denke dabei in erster Reihe an die türkische Tabakregie. Es ist anzunehmen, daß etwa die Hälfte ihrer Aktien Franzosen gehört, während die andere Hälfte auf Deutsche, Österreicher und Griechen (der letzteren Besitz ist erheblich) entfällt. Angenommen, daß es trotz aller technischen Schwierigkeiten glückt, die Franzosen zu enteignen, und zwar zugunsten des türkischen Staates, so wäre der letztere Herr der Regie, ein Ziel, aufs innigste nicht zu wünschen. Diese Erwägung kann, wie ich einsehe, nicht ausschlaggebend sein, scheint mir aber der Erwähnung wert.

Es wird davon ausgegangen, daß die feindlichen Untertanen nicht ihres Besitzes beraubt werden dürfen, sondern daß der zu erzielende Erlös ihnen für die Zeit nach dem Friedensschluß zur Verfügung gehalten wird. Mit anderen Worten: es ist in diesem Sinne notwendig, erhebliche Summen baren Geldes zu beschaffen und zu hinterlegen. Private oder Gesellschaften werden für einige Dutzende von Millionen aussichtsreiche und im Betriebe befindliche Bergwerke und ähnliches zu erwerben geneigt sein. Die Aufbringung sehr großer Summen durch Private darf aber als ausgeschlossen betrachtet werden, abgesehen von der Frage, ob es erstrebenswert ist, das deutsche Kapital in noch größerem Maße als bisher in der Türkei festzulegen. Banken kommen überhaupt nicht in Betracht, weil ihnen die Möglichkeit, Emissionen zu veranstalten, nicht gegeben ist. Bliebe als einziges Mittel die Inanspruchnahme des Reichssäckels.

Ich halte es für unwahrscheinlich, daß die türkische Regierung darauf eingehen wird, den Deutschen große Gebiete des Wirtschaftslebens ihres Landes zu überantworten, um so mehr, als sich bereits so große Unternehmungen wie die kleinasiatischen Bahnen in deutschem Besitz befinden. Am allerwenigsten kann es die Türkei locken, eine fremde Regierung, und wenn sie auch mit ihr verbündet ist, dergestalt zum Herrn in ihrem Lande zu machen. Das widerspricht nicht nur den ausgesprochenen nationalistischen Strömungen, denen wir allerorten in der Türkei begegnen, sondern auch den bekannten Neigungen maßgebender Persönlichkeiten, welche ihre Sympathien insbesondere für Frankreich kaum verhüllen und sich voraussichtlich auch die Möglichkeit nicht versperren wollen, dermaleinst die zerrissenen Fäden zwischen Konstantinopel und Paris wieder anzuknüpfen. Ich darf als Beispiel anführen, daß Djavid Bey\* zwar eine türkische Nationalbank errichtet hat, welcher er späterhin das Recht der Notenausgabe zuzuweisen gedenkt, daß er sich aber scheut, der Banque Ottomane ihr bisheriges Privileg zu nehmen, obwohl es eine Anomalie ist, daß eine mit dem Monopol der Notenausgabe versehene Bank nicht nur ausländische Aktionäre hat, sondern daß auch deren eigentliche Leiter im Auslande tätig sind. Djavid Bey hat vielmehr die Absicht kundgegeben, daß er die Konzession der Banque Ottomane zwar nicht zu erneuern wünscht, sie aber während ihrer Laufzeit nicht anrühren wird, und zwar, obwohl die Bank während des Krieges die von ihr eingegangenen Verpflichtungen nicht hat erfüllen können.

Ich komme also zu folgendem Ergebnis: Die Durchführung der Liquidation feindlichen Besitzes in der Türkei wird auf erhebliche technische Schwierigkeiten stoßen. Werden diese Schwierigkeiten überwunden und der Plan ausgeführt, so werden für deutsche, in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten befindliche Besitztümer ernste Gefahren entstehen. Es wird voraussichtlich zu alledem nicht kommen, weil die Türken Bedenken tragen werden, der Anregung ernstlich näherzutreten.

P a u l S c h w a b a c h.

---

\* Finanzminister im Kabinett Talaat Pascha.

v. Schwabach, Aus meinen Akten.



**Brief an den Abgeordneten E. Schiffer, Berlin.\***

Berlin, den 27. Juli 1917.

Verehrtester Herr Schiffer!

Da es so unsicher ist, wann wir uns wieder treffen, will ich Ihnen schriftlich mein Herz ausschütten.

Die letzte Reichstagsschlacht hat einen Verlauf genommen, demgegenüber das Hornberger Schießen als ein Muster von tatkräftiger Folgerichtigkeit erscheinen kann. Bethmann ist fort — sonst ist nichts erreicht. Es ist mir glaubhaft berichtet worden, daß Michaelis binnen einer Viertelstunde das ihm angebotene Kanzleramt angenommen habe. Mit anderen Worten: es hat nicht die physische Möglichkeit bestanden, daß die Grundzüge der von ihm im Innern und nach außen zu verfolgenden Politik erörtert wurden; das ist um so absonderlicher, als er überraschend und ohne Vorbereitung auf seinen Posten berufen worden ist. Dazu kommt, daß von vornherein feststand, daß die wichtigsten Reichs- und Staatsämter neu zu besetzen sein würden, während über die Nachfolgerschaft der ausscheidenden Männer völlige Unklarheit herrschte. Michaelis mußte sich auch sagen, daß ihm für die Auswahl der zu ernennenden Minister usw. durchaus nicht eine entscheidende Stimme zustehen wird. Der ganze Vorgang ist so ziemlich das gerade Gegenteil von dem, was die parlamentarische Theorie verlangt. Da ich der augenblicklichen Ausführbarkeit solcher Theorien mit Zweifeln gegenüberstehe, würde ich mich nicht erregen, besonders dann nicht, wenn ich davon überzeugt wäre, daß die richtige Hand am Steuer ist. Das bin ich aber nicht: diese Art Michaelis', sein Amt anzutreten, ist menschlich nicht klug und unstaatsmännisch. Geradezu beunruhigt bin ich aber durch folgende Erwägung: ich höre zuverlässig, daß die Stimmung des Großen Hauptquartiers gehobener ist als seit langer Zeit. Das ist an sich erfreulich, und wir alle hoffen von Herzen, daß die Stimmung sich wohlbegründeterweise weiter hebt. Nun sehe ich auch die militärischen Erfolge vor allem darauf an, ob sie uns dem Frieden näherbringen, und, so wenig ich zu einem lebhaften Optimismus neige, mag ich die Hoffnung preisgeben, daß sich hier oder dort Möglichkeiten für eine Anknüpfung bieten. Da habe ich

---

\* Nationalliberales Mitglied des Reichstags und des Preußischen Hauses der Abgeordneten; seit 7. August 1917 Direktor bzw. Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt. Nach der Revolution mehrfach Reichsminister.

nun die ernste Befürchtung, daß, wenn es uns militärisch gut geht, die alten unverständigen Bestrebungen im Großen Hauptquartier wiederaufleben, daß Michaelis, der schließlich eine Erfindung, ne dicam ein Geschöpf des Generals Ludendorff ist, weder durchgreifen kann noch will, daß die Gelegenheit, einen Verständigungsfrieden zu machen, versäumt wird. Das wäre an sich schon in hohem Grade bedauerlich, könnte aber im Volke zu solcher Erbitterung führen, daß die Folgen nicht abzusehen sind, wobei ich voraussetze, daß etwa aufgetauchte und nicht verwertete Gelegenheiten zu Verhandlungen über kurz oder lang bekannt werden. Ich glaube, daß der Kanzler auf die Gefahren aufmerksam gemacht werden muß, die entstehen werden, wenn man die Friedenssehnsucht des deutschen Volkes unterschätzt oder unberücksichtigt läßt. Von „Durchhalten“ kann m. E. nur die Rede sein, wenn es klipp und klar ist, daß eine andere Möglichkeit schlechterdings nicht gegeben ist. Die führenden Volksboten sollten rechtzeitig vorbauen. —

Aufrichtigst der Ihrige

Paul Schwa bach.

---

### An einen hohen Staatsbeamten.

Berlin, den 31. August 1917.

Hochverehrter Freund!

Ich sah Sie vorhin auf der Straße, wollte grüßen, aber Sie studierten zu eifrig die Wilsonsche Note. . . .

Ad vocem Wilson: Der Wortlaut der Note beweist, wie man mich zutreffend dahin informiert hat, daß Wilson sich persönlich durch unsere Staatsleiter beleidigt fühlt. Nach der Vorstellung, die er sich von unseren Zuständen macht, führt er dann alles auf S. M. zurück. Die Beantwortung wird uns durch den Suchomlinow-Prozeß erleichtert, und wir können den Verfechter für die Demokratie fragen: hätte er auch neben Zar Nikolaus nicht am Friedentische Platz genommen, wenn wir, wie Wilson und seine Freunde es hofften, Ende 1914 niedergeworfen wären? Wenn Rußland Konstantinopel und Ostpreußen und Galizien erobert hätte, wäre von Wilson eine Volksabstimmung verlangt worden? Verlangt er sie in Irland? — Besonders wertvoll wäre es, wenn der Reichstag zu einer geeigneten Kundgebung zu bewegen wäre: es müßte erklärt werden, daß Reichstag und Volk davon überzeugt sind, daß Kaiser und Regierung weder an Weltherrschaft gedacht haben, noch denken, daß aus den Akten hervorgeht, wie wir den

Ausbruch des Krieges nicht gewünscht, vielmehr zu hindern gesucht haben. Auch hier hilft Suchomlinow\*. Dabei kann ruhig gesagt werden, daß eine stärkere Beteiligung des Parlaments wünschenswert ist, und daß die neuen Konzessionen als Abschlagszahlungen gelten. Ob das wohl zu erreichen ist?

Mit den besten Grüßen und in der Hoffnung, Sie bald zu sehen,

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

### Brief an M. von B.

Berlin, den 12. Dezember 1917.

Lieber B.!

. . . Der Fall von Jerusalem, den ich schon lange erwartete, ist sehr verdrießlich; er bedeutet einen großen moralischen Erfolg unserer Feinde, der besonders in Amerika wirken wird. Nun befinden sich alle heiligen Orte des Islam in englischer Hand, und die Folge davon dürfte sein, daß die Engländer einen neuen Kalifen ausrufen lassen, scheinbar auf Wunsch der Muselmanen; sie werden dann von Ägypten bis einschließlich Indien ein neues großes Reich besitzen, das sie für den, wahrscheinlich für immer verlorenen Einfluß in Ostasien entschädigen kann; wobei sie wohl die Gewandtheit haben werden, diesen Gebieten volle staatliche Unabhängigkeit zu gewährleisten zum Ruhme der britischen Uneigennützigkeit. Es ist nicht undenkbar, daß dieser Erfolg, so unerwünscht er an sich ist, die Engländer einem Frieden weniger abgeneigt machen kann, besonders, wenn der Brief des Lord Lansdowne\*\* noch weitere Kreise ziehen sollte. Sehr bemerkenswert war es für mich persönlich, was Bonar Law kürzlich in seiner Rede sagte, und was sich ganz mit meinen oft verfochtenen Ansichten deckt: daß ein Verständigungsfriede mit einer Niederlage Englands gleichbedeutend ist. Das ist mir schon lange sonnenklar, und es ist die weltgeschichtliche Schuld der Alldeutschen und ihrer Mitläufer, den Verständigungsfrieden vereitelt oder doch um Jahre hinausgeschoben zu haben. — Was werden die Verhandlungen in Brest Litowsk bringen? Es ist doch bedauerlich, daß die Bolschewikis, die sonst von ihrem Standpunkte aus folgerichtig genug sind, den Entente-Botschaftern, welche die augenblickliche Regierung nicht anerkennen, den Aufenthalt in Petersburg weiter gestatten; ihnen verbleiben auf diese Weise immer Mittel zur Hand, die ohnehin schwierigen Verhandlungen

---

\* Aussagen im Hochverratsprozeß S. über die russische Mobilmachung (W. T. B. vom 2. September 1917).

\*\* im „Daily Telegraph“ vom 29. November 1917 über die Kriegsziele.



zu stören. Nun glaube ich, trotz meiner pessimistischen Gedankenrichtung, nicht, daß diese oder eine andere russische Regierung in absehbarer Zeit tätig in den Krieg wird eingreifen können. Ich lege aber sehr großen Wert darauf, daß nicht nur ein Waffenstillstand, sondern ein Frieden mit Rußland geschlossen werde. Der moralische Eindruck wäre sicherlich bedeutend, würde unsere Nerven stärken und die Nerven der Feinde schwächen; es ist auch wenigstens denkbar, daß im Falle eines Friedensschlusses nach Ablauf einiger Monate wir aus Rußland wirtschaftliche Hilfe, natürlich auf Gegenseitigkeit erhalten. Die Entente würde alles aufbieten, das zu hindern; aber nur Japan hätte Machtmittel dafür, und weniger als je erkenne ich ein japanisches Interesse an neuerlichem Eingreifen. — Sehr gespannt bin ich auf den Ausgang des Falles Caillaux. . . . In diesem Vorfall sehe ich einen neuen Beweis dafür, daß die deutschen Begriffe von persönlicher und politischer Freiheit auf einer viel höheren Stufe stehen, als diejenigen der sogenannten demokratischen Länder und besonders die französischen. — Hier wird nun freilich jetzt mehr vom preußischen Wahlrecht als von etwas anderem gesprochen. Ich glaube, Sie kennen meine Meinung: die Einführung des gleichen Wahlrechts ist bedauerlich, sogar in hohem Grade, aber es kommt doch dazu, wenn nicht jetzt, so in einigen Jahren; seine Ablehnung würde das öffentliche Leben auch im Reich vergiften und wäre ein größeres Übel als seine Annahme. — Ich habe die Feder schon etwas lange laufen lassen und will nun schließen. Wenn Sie mir, worauf ich rechne, antworten, so geben Sie bitte Nachricht von sich und sagen Sie mir zugleich, worüber ich Ihnen das nächste Mal schreiben soll.

Mit vielen herzlichen Grüßen

Ihr getreuer

P a u l S c h w a b a c h.

#### **Mein Besuch beim Altreichskanzler Fürst Bismarck.**

(Aufzeichnung.)

Ostern 1918.

Am Geburtstage des Fürsten Bismarck.

Die heutige Jugend kann sich kaum einen Begriff davon machen, welchen Raum Bismarck in dem Denken und Empfinden meiner Generation eingenommen hat, wie seine Riesengestalt in dem Berlin meiner Kinder- und Jugendtage alles überragte und in alles hineinragte. Insbesondere traf das

auf das Haus und den Kreis meiner Eltern zu. Es ist bekannt, daß Bismarck mit dem Sozios und Vetter meines Vaters, Gerson v. Bleichröder, viele Jahre hindurch in regem Verkehr gestanden hatte und ihn häufig als Sprachrohr benutzte, um politische Nachrichten in einer ihm genehmen Form dem Auslande bekanntzugeben. Mein Vater, selbst ein glühender Verehrer des Fürsten, wurde oft zu ihm gerufen, wenn Bleichröder nicht erreichbar war, und genoß sein volles Vertrauen.

Im Februar 1890 — ich diente damals als Einjähriger bei den 1. Garde- Dragonern — kam ich eines Abends zu meinen Eltern zu Tisch; mein Vater war auffallend verstimmt und bedrückt; meiner Mutter und meinen besorgten Fragen wich er aus, bis die aufwartenden Diener nicht länger störten, und dann berichtete er den Grund seiner Niedergeschlagenheit: der Fürst hatte ihn des Nachmittags zu sich bitten lassen, hatte seine Vermögensverwaltung betreffende Fragen gestellt und für eine bevorstehende Reise nach Friedrichsruh Verfügungen getroffen, so zwar, daß mein Vater ausrief: „Das klingt ja, als ob Ew. Durchlaucht sich auf eine längere Abwesenheit einrichteten.“ Der Fürst antwortete: „Allerdings — man will mich hier los sein.“ — „Wer kann das wollen?“ — „Der Kaiser.“ — Nie werde ich die Bestürzung und tiefe Trauer vergessen, mit welcher mein Vater diese Unterhaltung schilderte.

Zu den intimsten Freunden meines elterlichen Hauses gehörten der Staatssekretär Boetticher und Rottenburg, der ehemalige Chef der Reichskanzlei. Allwöchentlich oder öfter erschienen sie, um mit meinem Vater Skat zu spielen, wobei Franz Fischer, der damalige Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ in Berlin, gewöhnlich der vierte Mann war. Natürlich wurde mehr politisiert als Karten gespielt, und vor wie nach 1890 drehte sich das Gespräch oft genug um Bismarck und was mit ihm zusammenhing. Rottenburg erzählte einmal, wie er mehrere Monate vor der Entlassung bemerkt und gefühlt hatte, daß bedenkliche Intrigen im Gange wären; er hat den Fürsten gewarnt und ihm dringend geraten, seinen Aufenthalt in Varzin abzukürzen, darauf hingewiesen, daß sein Einfluß auf den Kaiser durch die lange Abwesenheit litte; er hat in diesem Sinne dem Fürsten geschrieben und mit Herbert Bismarck gesprochen; alles vergeblich; es war gerade Herbert, der seine, Rottenburgs Bemühungen durchkreuzte und seinem Vater schrieb, das wäre alles Unsinn, es würde doch jeder nach seiner Pfeife tanzen, sobald er sich wieder zeigte.

Nach dem März 1890 ist mein Vater jährlich mehrere Male nach Friedrichsruh gefahren, unbekümmert darum, daß das in den Augen

τῶν περὶ τοῦ Καίσαρα als eine nahezu hochverräterische Handlung galt. Gelang es meinem Vater, besonders guten Wein, ausgesuchtes Obst oder dergleichen aufzutreiben, so war es ihm eine Freude, sie dem Fürsten zu übersenden, und solche kleinen Gaben wurden stets als Zeichen anhänglicher Verehrung freundlich angenommen, wie mehrere noch in meinem Besitz befindliche Briefe Bismarcks bezeugen. Einmal, als der Kaiser in einer öffentlichen Kundgebung die Taten Wilhelms I. gepriesen und so nebenher, fast wegwerfend, die Handlanger seines Großvaters erwähnt hatte, nahm ein Korb des besten erreichbaren Weines den Weg nach Friedrichsruh, und mein Vater schrieb auf den Begleitzettel: „Getränk für Handlanger“.

Bei einem der in Friedrichsruh abgestatteten Besuche traf mein Vater mit Walter vom Rath\* zusammen. Dieser hat mir erzählt, daß mein Vater den Fürsten gefragt habe, ob folgende Geschichte wahr sei: ein Herr war unterwegs nach Frankfurt, in demselben Wagen saßen zwei Unbekannte, deren einer eine Nummer des „Gaulois“ aus der Tasche zog und seinem Gefährten den Leitartikel vorlas, und zwar erstaunlicherweise auf englisch, ohne einmal zu stocken; in Frankfurt angekommen, bemerkte der Reisende, daß der Sprachkundige von den Bahnbeamten mit Auszeichnung begrüßt wurde, und stellte fest, daß es der preußische Bundestagsgesandte war. Bismarck dachte einen Augenblick nach und sagte dann: „Die Geschichte ist nicht ganz richtig, es war das „Journal des Débats“. —

Ich war dem Fürsten nie vorgestellt worden und hatte ihn nicht allzu häufig gesehen, ein- oder zweimal im Reichstag; dann traf ich ihn gelegentlich reitend im Tiergarten. Als Bismarck am 1. April 1885 seinen 70. Geburtstag feierte, überbrachte ihm mein Vater seinen Glückwunsch und, während er mit dem Fürsten sprach, stürzte ein Diener herein und meldete, der Kaiser wäre vorgefahren und befände sich bereits auf der Treppe. Bismarck ging dem Kaiser rasch entgegen und beugte sich herab, um dem alten Herrn die Hand zu küssen: dieser aber ergriff ihn am Kopf, küßte ihn auf die Stirn und umarmte ihn. Meinem Vater standen die Tränen in den Augen, als er uns von diesem Auftritt berichtete. Am Abend desselben Tages brachten die Studenten dem Fürsten einen Fackelzug. Auf einem Wagen fuhr Germania, dargestellt von Fräulein de Ahna, Tochter des ersten Geigers der Oper, jetzigen Gattin des Bildhauers Schott, damals eine schöne, große und schlanke Blondine. Das Haus meiner Eltern lag am

---

\* Heute Vorsitzender der Höchster Farbwerke; seine Familie ebenso wie Meisters u. a. stehen mit dem Hause Bismarck in freundschaftlicher Beziehung seit den Tagen der Frankfurter Gesandtschaft.



Wilhelmsplatz, dem Palais des Reichskanzlers fast gegenüber; die Polizei hatte den Platz abgesperrt, so daß ich auf das bequemste hinübergehen und die Ansprache eines Studenten hören konnte, vor allem aber konnte ich verhältnismäßig nahe Bismarck sehen und hören, der am offenen Fenster des südlichen Flügels eine Rede hielt. — Ein anderes Mal saß ich in meinem Zimmer und hörte von der Straße her laute Hochrufe. In jugendlicher Neugier lief ich hinaus und sah bald von der Leipziger Straße her eine begeisterte, fast tobende Menge, aus deren Mitte Bismarck, die gelbe Mütze auf dem Kopf, wie ein Turm emporragte und ruhigen Schrittes sich seiner Wohnung zu bewegte. Es glückte mir, in die Nähe des Fürsten zu gelangen; ich schrie getrost mit, ohne einen besonderen Anlaß zu kennen. Später erfuhr ich, daß er soeben im Reichstag seine berühmte Rede zum Septennat gehalten und die Worte gesprochen hatte: Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt.

Am 23. Februar 1898 starb mein Vater. Ich zeigte dem Fürsten den Trauerfall schriftlich an und erhielt ein Telegramm, in welchem er mir warme und gütige Worte der Teilnahme sagte. Nicht lange darauf berichtete mir Geh. Rat Veit, Inhaber des Hauses Robert Warschauer & Co., er wäre von Graf Herbert Bismarck befragt worden, wer nunmehr als der Leiter unserer Firma anzusehen sei, und er, Veit, hätte ihn an mich verwiesen. Graf Herbert suchte mich einige Tage später auf und sagte, sein Vater wünschte mich wegen der Weiterführung seiner Geldangelegenheiten zu sprechen, und fügte eine etwas spitze Bemerkung an des Inhalts, daß der Fürst eine Anmeldung meinerseits hätte erwarten können. Ich antwortete: „Ew. Exzellenz werden mir doch glauben, daß ich einen Besuch bei Sr. Durchlaucht machen zu dürfen, mir zur Ehre und Freude anrechnen würde, und daß ich lediglich aus Bescheidenheit eine Anmeldung unterlassen habe; ich konnte mir auch sagen, daß der Fürst, der sich in seinem Leben noch nie geniert hat, damit nicht gerade bei mir anfangen, sondern mich rufen wird, wenn er mich braucht.“ Herbert lachte und sagte, ich möchte wohl recht haben, und gab mir auf, mich mit seinem Schwager Rantzau, der ständig in Friedrichsruh wohnte (das Ehepaar Herbert Bismarck hatte sich in Schönhausen niedergelassen), wegen eines Besuches in Verbindung zu setzen. Das geschah, und es wurde vereinbart, daß ich am 18. März in Friedrichsruh eintreffen sollte. — Wir erwarteten für den Anfang oder die Mitte des April die erste Niederkunft meiner Frau; die Aufregung über den plötzlichen Tod meines Vaters beschleunigte den Eintritt dieses Ereignisses, und am Abend des 16. wurde uns das klar. Meine

Verlegenheit war groß; den Ruf nach Friedrichsruh empfand ich als eine hohe Ehre, und es war mir peinlich, abzusagen; andererseits konnte und wollte ich meine Frau nicht allein lassen. Ich schrieb also an Graf Rantzau einen Eilbrief, in welchem ich unter Angabe des wahren Grundes bat, meinen Besuch aufschieben zu dürfen. Ein Telegramm übermittelte mir des Fürsten Einverständnis und seine guten Wünsche. Das Telegramm lautet:

„Selbstverständlich Besuch verschieben, der gar nicht eilig ist. Unsere guten Wünsche . . . . Rantzau.“

Etwa acht Tage darauf wohnte ich in Düsseldorf einer Sitzung bei und fuhr von dort über Hamburg nach Friedrichsruh, wo ich am 27. März zwischen 12 und 1 Uhr eintraf.\* Die Gräfin Wilhelm Bismarck empfing mich und teilte mir mit, ich sollte mit der Familie zu Mittag speisen und dann zum Fürsten geführt werden, der erst gegen Abend sein Zimmer verließ. — Um 2 Uhr etwa ließ mir der Fürst sagen, er erwarte mich. Mit Befangenheit trat ich zu ihm ein. — Bismarck lag auf einem Ruhebett, angetan mit einem weiten, wollenen, weiß und blauen Schlafrock; der Oberkörper war in fast senkrechter Stellung, der Eintretende schaute ihm sogleich voll ins Angesicht und fühlte, ich möchte sagen körperlich, die großen klaren Augen auf sich gerichtet. Man kann den Blick schwer beschreiben; das Wort „durchdringend“ paßt nicht, denn es führt den Beigeschmack von etwas neugierig Forschendem oder gar Feindseligem. Es lag in diesen Augen der Ausdruck einer selbstverständlichen Überlegenheit, die mir in der ersten Sekunde das Gefühl gab: neben diesem Manne bist du nichts, er durchschaut dich, wie er mag. Je mehr ich ihn betrachtete, um so mehr bedauerte ich, daß diese Gestalt nicht so von einem Künstler festgehalten worden ist. Die Lenbachschen Bildnisse geben oft den Kopf und den Ausdruck vortrefflich wieder: Das ist sehr viel, aber nicht alles; es fehlen die großen, edelgeformten Hände, die Gesichtsfarbe war nicht pergamentengelb, wie Lenbach sie gemalt hat, sondern weiß und rot, beinahe zart. Wie Bismarck da vor mir lag, bot er das Bild eines alten, verwundeten Recken.

\* Über meinen Besuch beim Fürsten Bismarck habe ich noch in Friedrichsruh selbst eine Aufzeichnung niedergeschrieben. Ich habe sie in der folgenden Erzählung in allem Wesentlichen wörtlich benutzt und mußte daher auf jeglichen Schmuck der Darstellung verzichten. Aber auch eine stilistische Durcharbeitung habe ich unterlassen, um nicht die Unmittelbarkeit des Eindrucks zu verwischen. — Als ich die „Gedanken und Erinnerungen“ zum ersten Male las, fiel mir sofort auf, daß manches darin stand, was Bismarck zu mir gesagt hatte. Besäße ich nicht meine gleichzeitige Niederschrift, könnten bei mir selbst Zweifel darüber auftauchen, ob ich nicht Gehörtes und Gelesenes in meinem Gedächtnis durcheinanderwürfe.

Ich begann mit einer Entschuldigung für den Aufschub meines Besuches, die der Fürst als überflüssig bezeichnete, denn als Familienvater wisse er, daß ich nicht anders habe handeln können. Er fügte Worte gütigen Gedenkens an meinen Vater hinzu und trug mir Grüße an meine Mutter auf, deren alter Verehrer er sei.

Er sprach dann über seine Gesundheit: Die Gesichtsschmerzen seien nicht mehr so heftig wie früher, aber die schmerzfreien Pausen kürzer; am fatalsten sei das Podagra (in Wirklichkeit litt er an Altersbrand), weil es ihn im Hause festhielte, das er seit dem Oktober nicht verlassen hätte; er beneide meinen Vater um seinen schnellen Tod — was ihm wohl noch bevorstände!

Der eigentliche Anlaß meines Besuches, die geschäftlichen Beziehungen des Fürsten zu meiner Firma, wurden rasch durch meinen ohne weiteres genehmigten Vorschlag erledigt, alles so zu belassen, wie es Bleichröder und mein Vater mit ihm vereinbart hatten.\*

Bald kam der Fürst auf Boetticher zu sprechen und gab die oft wiederholte Darstellung: Frau v. Boetticher und Frau v. Marschall seien in der Vorgeschichte seines Sturzes die Hauptschuldigen; die erstere habe ihren Gatten dazu vermocht, gegen den Fürsten zu intrigieren; sie sei sofort nach seiner Abreise in das Reichskanzlerhaus gegangen, um für ihren eigenen Einzug Vorkehrungen zu treffen, denn das ganze Treiben habe unter dem Motto gestanden: *ôte-toi pour que je m'y mette*“; Boetticher habe nach einem Besuch in Friedrichsruh dem Kaiser gemeldet, Bismarck sei gesundheitlich völlig zerrüttet und morphiumsüchtig; der Kaiser habe Herbert rufen lassen und auf dessen Antrag Schweninger befragt, der das ganze Gerede als Infamie zurückgewiesen habe. Boettichers Verhalten sei um so tadelnswerter, als er, der Fürst, ihn durch Hergabe von Mitteln aus dem Welfenfonds vor den argen Unannehmlichkeiten bewahrt habe, die aus dem Bankrott von Berg, Boettichers Schwiegervater, drohten. Bei Erwähnung des Welfenfonds bemerkte der Fürst, daß er für die Presse wenig ausgegeben habe; freilich gelegentlich mit 4, 5, auch 900 000 Mark einzugreifen: „das buttert in der hohen Politik“; andererseits hätten ihm amerikanische

\* Bis auf den heutigen Tag werden die Geschäfte der Enkel Bismarcks in gleicher Weise fortgeführt. — Der Fürst prüfte die Rechnungen genau. Man schickte ihm seine Auszüge aus besonderer Höflichkeit stets so frühzeitig, daß er sie an den Quartalersten in den Händen hatte. Die Buchhalter mußten also gar rasch arbeiten, und so geschah es am 1. Januar 1897 oder 98, daß sich ein Rechenfehler einschlich, den Bismarck nicht nur bemerkte, von dem er auch sofort feststellte, daß er durch Einrücken einer Ziffer in eine falsche Reihe entstanden war. — Nach dem Tode des Fürsten sah ich in Friedrichsruh unseren Auszug vom 1. 7. 1898 ganz bedeckt mit Bleistiftnotizen in der Handschrift des Fürsten.



Blätter Hunderttausende geboten, wenn er ihnen monatliche Artikel liefern wollte.

Die Äußerungen über Boettichers empfand ich als ungerecht, ich wagte jedoch nicht geradehin zu widersprechen, bemerkte indessen, daß Frau v. Boetticher auf mich zwar keinen sehr gescheiten, aber auch keinen intriganten Eindruck gemacht hätte. Mann und Frau hätten oft in meiner Gegenwart über den Fürsten gesprochen, und nie anders als in geziemender und ehrerbietiger Weise; die Familie habe durch den Tod zweier Söhne schweres Ungemach erduldet; ich wüßte, daß Boettichers es schmerzlich empfunden hätten, als nach dem Tod des Sohnes, der 1½ Jahre vorher im Rheinsberger See ertrunken war, kein Wort des Beileids aus Friedrichsruh an sie gelangt wäre. — Bismarck war sichtlich betroffen und erklärte, nichts von diesem Trauerfall vernommen zu haben, und ich vermeinte, in seinen Zügen den Gedanken zu lesen, daß seine Umgebung ihn absichtlich in dieser Unkenntnis gelassen habe — so dürfte es auch liegen; er wisse nur, daß Boettichers einen Sohn an eine reiche Fabrikantentochter verheiratet hätten. Abermals war der Fürst erstaunt, als ich ihm mit Bestimmtheit sagen konnte, daß das nicht der Fall wäre (keiner der Boetticherschen Söhne hat geheiratet); er lenkte das Gespräch ab, blieb aber noch bei dem Thema seiner Entlassung.

Zunächst erwähnte er der viel besprochenen, durch Bleichröder vermittelten Begegnung mit Windhorst: in der Tat habe sich der letztere durch Bleichröder anmelden lassen, das sei aber mehr zufällig und überflüssig gewesen; der Empfang eines Abgeordneten sei durchaus nichts Ungewöhnliches gewesen, die Sache absichtlich aufgebauscht worden. — Der Kaiser habe versucht, ihn, den Fürsten, durch unfreundliche Behandlung dahin zu bringen, daß er sein Abschiedsgesuch einreiche, das mit vollem Bedauern hätte angenommen werden können; dann kam der Kongreß über Arbeiterfragen; der Fürst hatte auf Befehl des Kaisers die zu erlassende Proklamation verfaßt; der Kaiser kam zu ihm und wurde vergeblich von Bismarck dringend gebeten, die Arbeit in das brennende Kaminfeuer zu werfen.

Eine etwas unklare Bemerkung Bismarcks über seine gegenwärtigen Beziehungen zum Kaiser veranlaßte mich, darauf hinzuweisen, daß der letztere sich in letzter Zeit wiederholt liebenswürdig über den Fürsten ausgelassen habe. „Der Kaiser,“ sagte der Fürst, „ist für mich wie das Wetter.“ Ich: „Ew. Durchlaucht meinen so unberechenbar.“ Der Fürst: „Ja — und mit dem Wetter kann ich nicht diskutieren. Aber gleichviel, wie ich über den

Menschen denke, der Kaiser bleibt für mich der König von Preußen.“\* — „Er läßt sich, wenn es geschickt gemacht wird, von jedem dummen Jungen etwas vorschwatzen. Und die Reden!“ —

Die Kaiserin Augusta habe die Hälfte seiner Nerven auf dem Gewissen; nach Sadowa habe sie Ruhe gegeben, bis zur Zeit des Kulturkampfes unablässige Intrigen um so lebhafter einsetzten; sie liebte alles Fremde, besonders das Französische und Katholische, die Deutschen erschienen ihr hausbacken, sie bevorzugte französische Dienerschaft, sie hielt Gérard, der nichts als Spion war, als Vorleser, begünstigte ein russisches Ehepaar, dessen männlicher Teil Memoiren schrieb, in denen sie eine schöne Rolle spielen wollte. Ich fragte nach der Kaiserin Friedrich und erhielt die Antwort, auch sie hätte gelegentlich intrigiert, aber mit mehr Zurückhaltung.\*\* — Recht bittere Worte fielen über die Konservativen, seine alten politischen Freunde und Standesgenossen, die ihm seinen Aufstieg geneidet und von denen ihn viele nach 1890 schnöde verlassen hätten.

Ich mußte dann einiges über mein Arbeitsgebiet berichten und sprach, wohl ein wenig lebhaft, von den Eindrücken, welche ich soeben im Rheinland von dem Aufblühen der Industrie erhalten hatte. „Wie steht's aber mit der Landwirtschaft?“ warf der Fürst ein und fügte lachend die Frage an: „Sie sind wohl kein Agrarier?“ Ernsthaft fuhr er fort, Deutschland könne den Ackerbau nicht in gleicher Weise preisgeben wie England, weil es im Kriegsfall seinen eigenen Bedarf zu decken in der Lage sein müsse. Der Fürst erkundigte sich nach den chinesischen Staatsgeschäften; er bezweifelte nicht den guten Willen der Chinesen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, er warnte aber vor einem zu weitgehenden Vertrauen, denn wenn ein jeder von China ein Stück losrisse, könnte eines Tages die Zentrale zusammenbrechen, die Autoritäten im Lande überhaupt versagen, und dann würde den Gläubigern der Gegenkontrahent fehlen, an den sie sich halten könnten.

Ich weilte nun schon seit einer Stunde in der Gesellschaft des Fürsten und ich hatte gefragt, ob ein längeres Verbleiben nicht unbescheiden wäre.

---

\* Diesen wörtlich so gebrauchten Ausdruck erkläre ich mir dahin, daß Bismarck in dem Deutschen Kaiser mehr eine politisch-staatsrechtliche Erscheinung erblickte, während er zu dem König von Preußen in dem Verhältnis des Vasallen zum Feudalherrn stand — gefühlsmäßig.

\*\* Die Kaiserin Friedrich hat dem englischen Botschafter Sir Frank Lascelles mitgeteilt und dieser hat mir wiedererzählt, daß Bismarck sie in den kritischen Tagen des März 1890 aufgesucht und um ihre Vermittlung zwischen ihm und ihrem kaiserlichen Sohn gebeten habe; sie habe abgelehnt, da sie nicht meinte, auf den Kaiser genügenden Einfluß zu haben.

„Nein,“ hatte der Fürst erwidert, „Sie glauben nicht, wie angenehm es mir ist, mit jemandem zu plaudern, der nicht mein Verwalter ist.“ Nun trat Graf Rantzau ein, eine Mappe unter dem Arm, in der unverkennbaren Absicht, mich zum Aufbruch zu bewegen. Ich stand auf, aber der Fürst lud mich durch eine Handbewegung ein, wieder Platz zu nehmen, und rief seinem Schwiegersohn zu: „Kuno, laß uns noch allein, ich erzähle gerade etwas Interessantes.“ So blieb ich noch etwa  $\frac{3}{4}$  Stunden, in denen Bismarck einen leichteren Ton als vorher anschlug: er spräche nicht gern lange über Politik, sonst rege er sich auf und dann meldeten sich wieder die Schmerzen. „Da liegt der Knüppel beim Hunde“; er ließe also die Politik ruhen und läse Romane; er habe mehrere Werke Zolas mit großem Interesse gelesen und wäre nicht länger erstaunt darüber, daß dieser Mann, der Armee, Geistlichkeit, Finanz gleich heftig angriffe, in Frankreich schlecht behandelt werde. — Es war dem Fürsten aufgefallen, daß ich trotz meines jugendlichen Alters zu ergrauen anfang. Er warnte mich davor, mir die Haare zu färben und gar mit scharfen Mitteln, und erzählte als abschreckendes Beispiel, wie seinem ehemaligen Kollegen Schleinitz auf einer Hofjagd der Regen die schwarze Tinktur abgewaschen und über Gesicht und Rock hätte laufen lassen, worauf Roon zu ihm, auf politische Dinge anspielend, sagte: „Sie können nicht Farbe halten.“

Als ich zu bemerken glaubte, daß der Fürst das Gespräch nicht fortzusetzen wünschte, erhob ich mich und begann den Dank für die mir zuteil gewordene Aufnahme zu sagen, doch unterbrach mich der Fürst mit den Worten: „Sie bleiben doch zu Tisch?“ Natürlich blieb ich, unternahm mit Graf Rantzau einen Spaziergang in den Sachsenwald und benutzte die bis zur Essenszeit freibleibende Zeit, um den Inhalt der Nachmittags-Unterhaltung zu Papier zu bringen. —

Um 8 Uhr versammelten sich im Speisesaal: Graf Bill Bismarck, der inzwischen angekommen war, und seine Frau, das Ehepaar Rantzau, Frau Fanny von Batocki, Dr. Chrysander und ich. Frau von Batocki ist die Tochter eines Jugendfreundes Bismarcks, des Grafen Kayserlingk, und selbst eine Jugendfreundin der Gräfin Rantzau; ihr ältester Sohn ist der heutige Oberpräsident von Ostpreußen. — Gleich darauf wurde der Hausherr auf einem Rollstuhl in den Saal und an den Tisch geschoben; er trug einen langen schwarzen Rock und ein weißes Halstuch nach der Mode der 50er oder 60er Jahre. Mir wurde der Platz neben dem Fürsten angewiesen.

Die Tischunterhaltung war völlig zwanglos und blieb an keinem bestimmten Thema hängen. Als eine neue Veröffentlichung Poschingers



erwähnt wurde und ein darin in Dialogform, angeblich wörtlich wiedergegebenes Gespräch, das Bismarck mit einem fremden Staatsmann geführt hatte, äußerte der Fürst: bei jener Unterredung sei kein Zeuge zugegen gewesen, eine wörtliche Wiedergabe also nicht möglich. „Was bildet der Mann sich ein? Wenn überhaupt jemand meinen Stil nachahmen kann, so ist es sicher nicht Poschinger; er ist ein penny-a-liner!“

Gegen Ende der Mahlzeit befahl der Fürst, daß eine Flasche alten Weins heraufgebracht würde, und als sie auf dem Tische stand, sagte er zu mir: „Dieser Wein ist das letzte Geschenk Ihres Vaters, darin wollen wir auf das Wohl Ihres Kindes anstoßen.“ Ich bekenne, und niemanden wird es wundernehmen, daß ich tief gerührt, ja ergriffen war von dieser rein menschlichen Güte. — Der Fürst selbst trank mäßig — aus Rücksicht auf seine Neuralgien. „Zwei Wünsche habe ich noch,“ äußerte er, „ich möchte Varzin wiedersehen und mich noch einmal in kaltem Champagner berauschen.“

Nach dem Essen schien für den Fürsten die Stunde voller Behaglichkeit gekommen zu sein. Er lag mehr, als er saß, in einem Lehnssessel, rauchte eine lange Pfeife nach der anderen, welche immer eine der Damen mit einem Fidibus in Brand setzte, las in Zeitungen und Broschüren. — Graf Bill, Chrysander und ich sollten Skat spielen, wir taten es auch, zuvörderst aber mußte ich auf Wunsch der Gräfin Sibylle auf dem Klavier einiges aus Wagnerschen Opern zum besten geben. Meine Besorgnis, ich würde den Fürsten stören, wies er ab, und als ich das Klavier verließ, hatte er die Güte, mein Spiel zu loben und zu sagen, daß es ihn interessiert hätte, diese ihm wenig bekannte Musik zu hören. Man plauderte im Zimmer ohne jede Scheu hinüber und herüber; Bismarck schien mit halbem Ohr der Unterhaltung zu folgen, er warf ein gelegentliches Wort hin, aber nicht mehr. — Gegen  $\frac{1}{2}$  12 Uhr begab er sich zur Ruhe und verabschiedete sich von mir gütig und mit einem kräftigen Druck seiner Hand, die ich ehrerbietig küßte, und mit der freundlichen Aufforderung, mich bald wieder in Friedrichsruh sehen zu lassen. Dazu ist es bei seinen Lebzeiten nicht mehr gekommen.

P a u l S c h w a b a c h.

---

### Aufzeichnung über die deutsche Marokkopolitik im Jahre 1905.\*

2. April 1918.

Holstein hat m. E. in der damaligen französischen Politik den Versuch gesehen, Deutschland geradehin zu demütigen. Es war ihm hinterbracht worden — ich weiß nicht, ob mit Recht —, daß Delcassé damals schon von einer Revision des Frankfurter Vertrages gesprochen hätte. Mindestens der moralischen Unterstützung Englands mochten die Franzosen sicher sein und wurden von England — milde gesagt — nicht zurückgehalten. In Paris wurde erzählt, daß Delcassé dem König Eduard in einem politischen Gespräch gesagt hätte, diese Maßregel könnte zum Kriege mit Deutschland führen, „und das wünschen wir zu vermeiden,“ worauf der König erwidert habe: „Glauben Sie mir, daß niemand meinen Neffen besser kennt als ich. Hunde, die bellen, beißen nicht.“

Daß Holsteins Ansicht ihre Berechtigung hatte, schließe ich aus folgendem, das mir seinerzeit von einem Pariser Bankdirektor erzählt worden ist: Delcassé hatte ihn kommen lassen und ihm gesagt, daß die Regierung in Marokko politisch vorzugehen gedächte, und daß eine wirtschaftliche Parallelaktion erwünscht wäre, für welche er sich auf die Mitwirkung der Banken verlasse. Er setzte auseinander, daß er sich mit den Signatarmächten des Madrider Vertrages verständigt hätte, nämlich mit England, Italien, Spanien. Als mein Gewährsmann ergänzte: „und mit Deutschland“, rief Delcassé: „Avec l'Allemagne, jamais de la vie!“

Soweit ich es beurteilen kann, war die Holsteinsche Politik darauf gerichtet, diesen Demütigungsversuch abzuweisen, ohne daß ihm die Erreichung eines anderen greifbaren politischen Vorteils dabei vorgeschwebt hätte. Allerdings war er der Meinung, daß mit einer gewissen Kraft und vor allen Dingen mit Ausdauer und Folgerichtigkeit verfahren werden müßte.

Den ersten Akt dieses politischen Spieles bildete die Reise des Kaisers nach Tanger. Der Kaiser machte zunächst in Lissabon Halt. Dort erreichte ihn ein Feldjäger, der ihm u. a. den Entwurf einer Ansprache brachte, welche

---

\* s. o. S. 104.

man von ihm in Tanger gehalten zu sehen wünschte. Der Kaiser soll beim Anblick dieses Entwurfes in Zorn geraten sein und ausgerufen haben: „Das Auswärtige Amt behandelt mich wie einen Legationssekretär. Ich weiß selbst am besten, was ich zu sagen habe!“ Auf der Reede von Tanger sind dem Kaiser aber Bedenken über sein persönliches Hervortreten gekommen. Ich weiß von Reisegenossen, daß er sich nur höchst ungern und erst dann zur Landung entschlossen hat, als der damalige Geschäftsträger — Kühlmann — an Bord gekommen und ihm Vortrag gehalten hatte. Was der Kaiser dann gesprochen hat, soll allerdings mit Bülow's und Holstein's Absichten durchaus nicht übereingestimmt haben. Holstein hat mir selbst erzählt, daß er, als er den Wortlaut der Kaiserrede gelesen hatte, vor Ärger krank geworden ist und sich zu Bett gelegt hat; von diesem Augenblick an habe er auch erkannt, daß eine Konferenz unvermeidlich werden würde, von der er sich nie Gutes versprochen habe. Es ist mir auch bekannt, daß Graf Monts von Anbeginn an berichtet hat, daß auf einer solchen Konferenz mit einer deutschfreundlichen Haltung Italiens nicht gerechnet werden könnte.

Nach der Entfernung Delcassés gingen die Verhandlungen in befriedigender Weise und in freundschaftlichem Tone voran. Holstein sprach mit mir darüber mehrere Male in guter Laune.

Eines Tages bat er mich, zu ihm zu kommen, und fragte, ob ich Nachrichten aus Paris hätte, was ich verneinte. Er sagte mir schließlich, er wäre über den Fortgang der Verhandlungen beunruhigt; seit 1½ bis 2 Wochen stockte alles; Révoil\* wäre wieder ganz in Delcassésches Fahrwasser eingelenkt, nur mit schrofferen Manieren; es fehle ihm jede Erklärung für diesen Umschlag; Radolin hätte berichtet, daß er eine durchaus angenehme Unterhaltung mit Rouvier geführt hätte; beim Hinausgehen hätte er den eben aus Berlin heimkehrenden General Sir Florentin getroffen, mit diesem wenige Worte gewechselt, und seit dem Augenblick wäre es ihm nicht gelungen, den Ministerpräsidenten wieder zu sprechen.

Ich sagte darauf: „Vermutlich erklärt sich das Ganze durch die Mitteilungen, welche der General dem Ministerpräsidenten über die Döberitzer Rede des Kaisers gemacht haben wird.“ Holstein wußte nicht, was ich meinte. Es lag aber folgendes vor:

General Sir Florentin hatte seine Regierung bei der Hochzeit unseres Kronprinzen\*\* vertreten. Der Kaiser veranstaltete zu Ehren der fremden Gäste eine Gefechtsübung in Döberitz, nach deren Schluß ein Frühstück

---

\* s. o. S. 317.

\*\* am 6. Juni 1905.



statt fand. Bei dieser Gelegenheit hatte der Kaiser eine Rede gehalten voller Komplimente für die französische Armee und mit einer Bemerkung, die dahin zu verstehen war, daß er wegen Marokko gegen Frankreich nicht fechten würde. Ein Verwandter von mir, der bei einem Garderegiment stand und das Frühstück mitgemacht hatte, hatte mir diesen Vorfall am selben Abend erzählt.

Holstein war völlig überrascht. Er machte mir Vorwürfe, daß ich ihm nicht sofort Mitteilung gemacht hätte, und behauptete bestimmt, daß auch der Reichskanzler nichts davon wüßte. Ich konnte darauf nur sagen, daß mir der Gedanke nicht gekommen wäre, daß den höchsten Regierungen politische Reden des Kaisers unbekannt blieben.

Auch später hat Holstein immer betont, daß die Sache von diesem Augenblick an verfahren gewesen wäre. Versuche wie die Mission Rosens nach Paris waren aus persönlichen Gründen von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt, da Radolin solche Entsendungen mit Eifersucht und Mißtrauen betrachtete und gewiß nicht förderte.

Für Holsteins Haltung Frankreich gegenüber kam immer in Betracht, daß er der französischen Regierung den Entschluß zu einem Kriege nicht zutrauen wollte. Er war nicht davon abzubringen, daß die Republikaner fürchteten, daß sowohl ein glücklicher als auch ein unglücklicher Krieg mit einer Wiederherstellung der Monarchie enden müßte; er wollte nur die andere Alternative anerkennen, daß sich ein siegreicher General zum Diktator aufwerfen könnte. Vergeblich habe ich ihm oft klarzumachen gesucht, daß sich in Frankreich seit seinem Aufenthalt zum Beginn der 70er Jahre gar vieles geändert hätte. Bei all seiner Klugheit war er in mancher Beziehung in der Vergangenheit stecken geblieben. Er erkannte sehr wohl, daß die Herstellung eines guten Verhältnisses zu England von ausschlaggebender Bedeutung wäre. Er hat auch daran gearbeitet. Er hat sich auf das bitterste über die Tirpitzsche Flottenpolitik beklagt. Jedoch konnte er den Entschluß nicht fassen, als es noch Zeit dazu gewesen wäre, von Rußland abzurücken.

Was mein Verhältnis zu Holstein angeht, so war es so freundschaftlich, wie der Altersunterschied es zuließ. Er schenkte mir Vertrauen. Ich glaube bestimmt, daß er mir nie etwas anderes als die Wahrheit gesagt hat; dagegen bezweifle ich, daß es immer die volle Wahrheit gewesen ist. Sein Scharfsinn hatte etwas Spitzes. Er neigte zu Künsteleien und setzte auch bei seinen politischen Gegenspielern leicht voraus, daß auch sie so überlegt konstruierten wie er selbst. Wenn ich auf seinen Wunsch an meine aus-

wärtigen Freunde über politische Dinge schrieb, hatte ich nicht selten die Empfindung, daß er mich durch die Art, wie er die jeweilige Lage darstellte, in eine gewisse Stimmung versetzen wollte, die meinen Mitteilungen einen bestimmten Charakter aufprägen sollten, berechnet auf den Eindruck, den er im Ausland erzielt zu sehen wünschte.

---

**Zur Neugestaltung des deutschen Auslandsdienstes.**  
(Aufzeichnung.)

Anfang Juli 1918.

Die Hamburger Vorschläge zur Neugestaltung des deutschen Auslandsdienstes gehen von folgender Voraussetzung aus: „Deutschlands Heer und Flotte sind vortrefflich. Sein Kaufmannsstand, insbesondere der mit dem Außenhandel befaßte, ist über jedes Lob erhaben. Die deutsche Kultur ist derjenigen anderer Länder überlegen. Wenn wir trotzdem nicht allgemein geliebt und verehrt, sondern vielfach gehaßt und mißachtet werden, wenn sich die Waffen fast der ganzen Welt gegen uns gekehrt haben, ist daran einzig und allein das Auswärtige Amt schuld. Eine Umgestaltung des Auswärtigen Amtes und des diplomatischen Dienstes ist das Allheilmittel, das uns in Zukunft vor Enttäuschungen und Unglückschlägen sicherstellen soll und kann.“ Diese Auffassung hat für sich, daß sie faßlich und handlich ist und daß sie für alles je nach Bedarf eine Erklärung oder Entschuldigung bietet. Deshalb ist sie auch weit verbreitet und beliebt. Eine andere Frage ist es, ob sie richtig ist.

Der Hamburger Verfasser knüpft mit seinen Kritiken und Wünschen expressis verbis an den Fall Luxburg\* an. Graf Luxburg hat sich ungewandt, unvorsichtig, vielleicht taktlos benommen. Er hat den Bruch mit Argentinien beschleunigt (ob auch veranlaßt, bleibe dahingestellt). Das ist sehr bedauerlich; aber es gibt keine Organisation und überhaupt kein Mittel, um derartige auf menschliche Schwächen zurückzuführende Mißgriffe zu ver-

---

\* Von feindlicher Seite aufgefangene und entzifferte Geheimitelgramme des deutschen Gesandten in Argentinien, Grafen L., ergaben beleidigende Äußerungen über den damaligen argentinischen Außenminister. Die argentinische Regierung teilte daraufhin dem Auswärtigen Amte mit, „daß Graf L. infolge der in seinen Telegrammen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen aufgehört hätte, persona grata zu sein, und daß ihm infolgedessen die Pässe zugestellt wurden.“ (W. T. B. vom 15. September 1917.)

hüten, und zwar in keinem Berufe, solange weder Engel, noch Maschinen, sondern Menschen verwendet werden müssen.

Ist die Exemplifizierung auf einen einzelnen Fall nicht glücklich, so soll doch durchaus nicht geleugnet werden, daß im Innen- und Außendienst des Auswärtigen Amtes durch Verwendung ungeeigneter Personen mancher Mißgriff geschehen ist, auch über das Maß dessen hinaus, was, wie soeben gesagt, überall unvermeidlich ist. Die Art aber, wie der Verfasser Licht und Schatten zwischen Auslandshandel und diplomatischem Dienst verteilt, ist nicht annehmbar.

Zunächst vergißt er des Untergrundes zu erwähnen, auf welchem ein guter Teil der Erfolge des Außenhandels aufgebaut und überhaupt erst möglich ist: nämlich die Leistungen der Industrie und des in ihr wirksam gewordenen, für Deutschland kennzeichnenden bewußten Zusammenwirkens von Wissenschaftlichkeit und Erwerbssinn.

Es ist ferner nicht recht zu verstehen, daß der Außenhandel seine wirklich großen Erfolge hat erzielen können trotz des angeblich gänzlichen Versagens der Diplomatie, wenn man nicht den Schluß ziehen will, daß die Entwicklung des Handels entbehrlich ist.

Die Behauptung gar, das Verhalten der Diplomaten habe uns in der Welt unbeliebt gemacht, stellt den Leser vor ein Rätsel: in unwichtigen Ländern und Städten kommen auf einen Diplomaten einige Dutzend, in wichtigen viele Tausende von deutschen Kaufleuten; wie soll man sich erklären, daß die Ausländer ihr Urteil über Deutschland an der Handvoll minderwertiger Diplomaten und nicht an den zahlreichen vortrefflichen Kaufleuten gebildet haben?

Völlig verfehlt ist es, wenn der Verfasser immer wieder die Ausbildung der deutschen Offiziere zum Vergleiche heranzieht. Es ist richtig, daß ein Offizier, der sich im Generalstab nicht bewährt, zur Truppe zurückversetzt wird. Es besteht aber in der Diplomatie keinerlei Analogon für den Unterschied zwischen Generalstab und Truppe. Man könnte eher sagen, daß sie nur aus einem Generalstab besteht. Das Militär bildet sich in langen Friedensübungen aus, während der Diplomat sozusagen von Anfang an dauernd vor dem Feinde steht; für ihn gibt es nur den Ernstfall. Der militärische Vorgesetzte kennt bis ins einzelne die Umstände, unter welchen der Offizier arbeitet. Dagegen ist es in vielen Fällen äußerst schwierig zu beurteilen, welche Hindernisse sich in Peking, in Washington, in London der Lösung politischer oder handelspolitischer Aufgaben entgegenstellen. Daß aber trotz alledem auch beim Militär nicht immer der richtige Mann an den



richtigen Platz gestellt wird, erhellt aus dem Umstande, daß während des Krieges nicht selten hohe Offiziere von ihrem Posten enthoben worden sind, während andere, die früher den Abschied erhalten hatten, in ernstester Zeit wieder herangezogen worden sind und sich bewährt haben. Das bekannteste Beispiel anzuführen, dürfte sich erübrigen.

Es verdrießt aber geradezu, in einer sachlich ernsten Schrift von dem unbedingten Vertrauen in die Heeresleitung als von einer für alle Zeiten feststehenden Tatsache zu lesen. Dieses Vertrauen bestand vor 1914, ohne daß die Probe auf das Exempel gemacht worden wäre. Es besteht jetzt zum Glück in vollem Umfange und mit voller Berechtigung. Es bestand nicht in den Jahren 1915 und 1916. Prophezeiungen unterbleiben besser.

Der Verfasser hat die Beobachtung gemacht, daß bei den Marineoffizieren, die in fremden Häfen anlaufen, mehr politisches Verständnis angetroffen würde als bei den zünftigen Diplomaten. Ich habe in dieser Hinsicht kein eigenes Urteil; allein mir fehlt der Glaube. Denn diese Offiziere, meistens junge Männer, haben keine politische Erfahrung, kennen vom Auslande, das sie flüchtig besuchen, im allgemeinen nur die Hafenstädte; wirtschaftliche Dinge sind ihnen fremd.

Auf Seite 21 der Hamburger Schrift steht folgender Satz: „Das rein politische Motiv macht immer mehr dem wirtschaftspolitischen Motiv bei allen großen Geschehnissen Platz. Hat doch auch der Weltkrieg seine letzte Ursache in Englands Neid auf unseren erstaunlich raschen Aufstieg als Wirtschaftsmacht.“

Soweit dieser Satz richtig ist, enthält er eine Binsenwahrheit, denn das Überwiegen wirtschaftlicher Momente läßt sich bis weit hinauf in die Zeit der Kabinettskriege verfolgen, und es hieße doch gar zu gering von unserer Diplomatie denken, wollte man meinen, daß ihr dieser Umstand verborgen geblieben wäre. In diesem Zusammenhang ist der Satz aber falsch und irreführend. Englands Handelsneid ist für den Ausbruch ein wichtiges Moment, aber auch im Hinblick auf England ganz sicher nicht das einzige. Die Revanchelust Frankreichs, die italienische Irredenta sprachen ganz gewaltig mit, nicht weniger der Ausdehnungstrieb Rußlands, welcher letzterer freilich auch nicht ganz ohne wirtschaftliche Ursachen zu erklären ist. Es handelte sich also beim Ausbruch dieses Krieges wie auch bei früheren Geschehnissen um einen Komplex von politisch und wirtschafts-politisch gemischten Fragen.

Der Grundfehler des Verfassers liegt aber darin, daß er nicht sieht, daß sowohl den politischen, als auch den wirtschaftspolitischen Faktoren,

die zum Kriege geführt haben, deutscherseits nur durch politisch-diplomatische Mittel entgegengewirkt werden konnte. Daß das nicht in richtiger und ausreichender Weise geschehen ist, beweist die Lage, in welcher sich Deutschland im Sommer 1914 befunden hat, zur Genüge. Aber nicht eine Unterschätzung des wirtschaftlichen Momentes war daran schuld, sondern eher dessen zu starke Betonung unter Vernachlässigung des politischen. Eine privat-wirtschaftliche Unternehmung wie die Bagdadbahn wurde behördlicherseits nicht nur, wie recht und billig, gefördert, sondern in einer solchen Form unter amtlichen Schutz genommen, daß sie im Ausland schlechthin als Unternehmung der deutschen Regierung, ja des Kaisers, galt. Es steht fest, daß die Eifersucht und die Feindseligkeit Rußlands dadurch eine erhebliche Verschärfung erfahren haben. War dies und ähnliches als Fehler anzusehen, so ist es schlimmer und dient sehr weiten, auch kaufmännischen Kreisen zum Vorwurf, daß jeder wirtschaftliche Erfolg, jede Erfindung mit einem Getöse in die Welt hinausposaunt wurde, das den anderen unangenehm in die Ohren gellte. Das Ergebnis war, daß allenthalben unsere wirtschaftlichen Bestrebungen nicht als der Ausfluß der deutschen Volkskraft und deren Betätigungstriebes galten, sondern daß sie als staatlich organisiert und als ein Beweis für die Herrschaftsgelüste Deutschlands hingestellt werden konnten. Das war seitens des Auslandes nicht nur eine irrtümliche Auffassung, sondern in zahllosen Fällen eine böswillige Entstellung, aber es ist leider wahr, daß wir den Feinden die Vorwände geliefert haben.

Was den Verkehr zwischen den politischen und den gewerbetreibenden Kreisen betrifft, so geht er nirgends in so zwangloser und so intimer Form vonstatten wie in Berlin. Für jeden angesehenen Kaufmann ist es ein leichtes, beim Staatssekretär oder bei einem der hohen Beamten des Auswärtigen Amtes Zutritt zu erlangen und seine Wünsche anzubringen. In London besteht ein wirklicher Zusammenhang zwischen dem Foreign Office und der City überhaupt nicht. In Frankreich ist der Verkehr ein außerordentlich steifer und umständlicher. Dort wird auch ausgesprochenermaßen die Tätigkeit des Geschäftsmannes in den Dienst des Auswärtigen Ministeriums zur Erreichung politischer Ziele gespannt, häufig in der denkbar rücksichtslosesten Weise. Die Regierung hält z. B. die Banken in einer Abhängigkeit von sich, von der wir keine Ahnung haben. Andererseits ist es bekannt, daß zwischen französischen Regierungs- und Geschäftskreisen mitunter Beziehungen bestehen, die nach unseren Begriffen völlig unerlaubt sind, so daß man unter Variation eines bekannten Bismarckschen Wortes

von „einer Tyrannei, gemildert durch Korruption“ sprechen kann. Kennzeichnend ist es immerhin, daß auf der Pariser Konferenz, welche im Jahre 1913 die Finanzen der Balkanländer ordnen sollte, nur die deutsche Regierung durch sachverständige Interessenten, alle übrigen durch Beamte vertreten waren.

Wenn also der deutsche Kaufmann sehr wohl in der Lage gewesen ist, seine Anschauungen und Wünsche an der geeigneten Stelle zur Geltung zu bringen, so hat er aber m. E. versäumt, von dieser Lage in hinreichendem Maße Gebrauch zu machen.

Es ist oben schon angedeutet worden, daß für England auch andere Gründe als der Neid auf die deutsche Wirtschaft wirksam waren, um es in den Kampf mit uns zu treiben. Zu diesen Gründen gehört in erster Linie, wie jeder Kenner Englands zugeben wird, die Sorge, welche die deutsche Flottenpolitik in England erregt hat. Nur der Hinweis auf die deutschen Schiffsbauten und eine geschickte Ausnutzung der Übertreibungen unserer Alldeutschen verschiedener Schattierungen haben es ermöglicht, den Krieg gegen Deutschland in England allgemein volkstümlich zu machen. Es entwickelte sich daraus eine Gefahr, auf die gerade aus den Kreisen der zuerst und zumeist bedrohten Gewerbetreibenden hätte warnend hingewiesen werden sollen. Das ist in nennenswertem Umfange gewiß nicht geschehen. Womit nicht die Frage entschieden sein soll, ob nicht doch aus anderen Gesichtspunkten heraus die Flottenpolitik hätte fortgesetzt werden sollen.

Der geistige Mittelpunkt alles dessen, was mit der Fortführung und der Verschärfung der Marinepolitik zusammenhing, ist der Flottenverein gewesen, der für seine Organisation außer unbestrittener Rührigkeit und Geschicklichkeit sehr erhebliche Summen Geldes ins Feld führen konnte. Wenn ein zukünftiger Geschichtsschreiber unserer jüngsten Vergangenheit eine Liste derjenigen Kaufleute aufstellte, welche dem Flottenverein namhafte Beträge gestiftet haben, und ferner feststellt, wie viele von diesen Herren bald darauf durch Orden oder Titel ausgezeichnet worden sind, so ergäbe sich ein interessantes, aber für den deutschen Kaufmannsstand nicht eben ruhmreiches Kapitel.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß das Auswärtige Amt und seine Vertreter seit Jahren unsere Flottenpolitik als äußerst gefährlich erkannt und erklärt haben. Es hat sich gegen die Einflüsse, die sich im Parlament, in der Presse und anderswo geltend gemacht haben, nicht durchsetzen können, und es ist von der Kaufmannschaft nicht unterstützt worden.



Ebensowenig hat man die warnende Stimme gerade der Auslandskaufleute vernommen, als die Frage des U-Boot-Krieges erörtert wurde, der durch seine klar vorherzusehenden und unausbleiblichen Folgen gerade den Überseehandel besonders schwer treffen mußte. Auch hier handelte es sich nicht darum zu entscheiden, welcher Entschluß letzten Endes zu fassen war, sondern nur darum, daß auf die großen geschäftlichen Interessen aufmerksam gemacht würde.

Die Bemerkungen, welche die Hamburger Schrift über die Presse enthält, lassen nicht auf eine gründliche Kenntnis dieses Gebietes schließen.

Richtig ist m. E., daß das Auswärtige Amt in der Lage gewesen wäre, für die Presse manches Nützliche zu tun, was leider unterblieben ist. Es konnte aber nicht in demselben Umfange wirken wie die Ministerien in London, Paris und Petersburg, weil sich der Reichstag stets geweigert hat, die erforderlichen Geldmittel zu bewilligen, mit denen allein eine wirk-same Beeinflussung auswärtiger Zeitungen möglich gewesen wäre. Nicht lange vor dem Kriege las ich in einem angesehenen Berliner Blatt, daß geheime Fonds nicht bewilligt werden dürften, denn sie dienten dem unmoralischen Zwecke der Bestechung! Am bedauerlichsten ist es, feststellen zu müssen, daß ein Teil unserer heimischen Presse einen Mangel an vaterländischem Empfinden gezeigt hat, wie es dem Publikum keines anderen Landes erträglich gewesen wäre. Nicht nur wurden Ereignisse, die sich im eigenen Lande abspielten, in maßloser Gehässigkeit auf-gebauscht, sondern auch, wenn es sich um einen Gegensatz zwischen Deutschland und einer anderen Macht handelte, fand der Gegner Deutschlands in gewissen Blättern regelmäßig einen tüchtigen Anwalt. Die schärfsten und giftigsten Waffen, mit denen uns das Ausland bekämpft — und dazu rechne ich das immer Wiederkehrende über den preußischen Militarismus —, sind in einer Werkstatt geschmiedet worden, welche dies-seits des Rheines belegen ist.

Indessen maßgebend bleibt letzten Endes, welche Politik gemacht und nicht, wie sie in der Presse dargestellt wird; wie es z. B. kein publizistisches Kunststück gibt, durch das wir den Japanern die Befestigung Tsingtaus als einen freundlichen Akt hätten erscheinen lassen können.

Es bleibt die Tatsache bestehen, daß unsere auswärtige Politik Schiffbruch gelitten hat. Daran kann nicht das diplomatische Personal schuld sein. Denn, wie der Verfasser richtig bemerkt, ist seit der Erfindung des Telegraphen der Tätigkeit des einzelnen auswärtigen Vertreters ein geringer Spielraum gelassen; ausschlaggebend sind die Maßnahmen und

Weisungen der Zentralleitung. Damit wäre formell alle Schuld an den Fehlschlägen auf die Reichskanzler als die verfassungsmäßig allein verantwortlichen Reichsminister und tatsächlich zugleich auf die Staatssekretäre des Auswärtigen Amts abgewälzt. So scheint es. Indessen, wer einen solchen Spruch zu fällen unternähme, müßte feststellen, ob, so oft Mißgriffe erfolgt sind, die letzte Entscheidung wirklich bei dem Auswärtigen Amt gelegen hat oder bei anderen Faktoren unseres öffentlichen Lebens, ob nicht gar gegen das Votum des Auswärtigen Amts entschieden worden ist. Man kann sagen, daß der Reichskanzler oder der Staatssekretär in solchen Fällen seinen Abschied hätte nehmen müssen. Das wäre in menschlichem Sinne sicherlich würdiger und angemessener, politisch aber bedeutungslos gewesen. Der betreffende Staatsmann hätte, wie nun einmal unsere öffentlichen Sitten beschaffen sind, nicht von der Tribüne des Reichstages herab die Gründe seines Rücktrittes bekanntgegeben und so auf die öffentliche Meinung gewirkt, sondern der „Reichsanzeiger“ hätte berichtet, daß der Herr aus Gesundheitsrücksichten ausgeschieden und durch einen anderen ersetzt sei. Dieser Andere wäre gefügiger gewesen. Fälle, wie die angedeuteten im einzelnen anzuführen, würde nur auf Grund einer genauen aktenmäßigen Kenntnis möglich sein. Doch darf auf einige Vorgänge hingewiesen werden, welche voraussichtlich in diese Kategorie fallen: die bereits erwähnte Befestigung Tsingtaus, die Ablehnung der Haldaneschen Anträge, die Entsendung des Generals Liman nach Konstantinopel, Fälle also, die von der größten Wichtigkeit gewesen sind.

Die praktischen Vorschläge des Verfassers beziehen sich auf die Auswahl der Personen und auf deren Ausbildung.

Wenn dabei vorgeschlagen wird, weiteren Volkskreisen den Eintritt in den diplomatischen Dienst dadurch zu erleichtern, daß für ihn die Gehälter allgemein erhöht werden, so dürfte dieser an sich nicht unrichtige Gedanke daran scheitern, daß der Reichstag die Mittel dazu schwerlich bewilligen würde.

Ich habe, sowohl daheim als auch auf Reisen, seit mehreren Jahrzehnten zahlreiche Diplomaten, deutsche und fremde, kennen gelernt und kann aus ehrlicher Überzeugung sagen, daß ich die behauptete Überlegenheit der ausländischen weder an Bildung, noch an Gewandtheit habe feststellen können. Insbesondere hatte ich 11 Jahre hindurch Gelegenheit, mit der hiesigen Englischen Botschaft dauernd in wirtschaftlichen Dingen zu verkehren. Das Verständnis und die Kenntnisse, denen ich dabei begegnet bin, waren von einer Dürftigkeit, die immer wieder mein Erstaunen erregt hat,

und wie ich sie bei deutschen Diplomaten nur in vereinzelten Fällen erlebt habe.

Darin ist dem Verfasser unbedingt zuzustimmen, daß niemals die Herkunft, sondern lediglich die Tüchtigkeit des Anwärters für seine Verwendung entscheidend sein darf. Zur Tüchtigkeit gehören aber nicht allein die geistigen Gaben und erworbenen Kenntnisse, sondern auch Gewandtheit im Umgang mit Menschen und gute Manieren.

Daß für die Auswahl der Anwärter für den Auslandsdienst nur die Tüchtigkeit und nicht die Geburt entscheidend sein darf, ist für jeden modern denkenden Menschen eine Selbstverständlichkeit, die in unserem auswärtigen Dienst noch nicht genügend Beachtung gefunden hat. Aber, wie kommt es denn, daß in Deutschland zu Zeiten Bismarcks, der für eine Demokratisierung seiner Beamtenschaft keinen Sinn gehabt hätte, von einem mangelhaften Personal nie die Rede war? Auch findet eine Bevorzugung des Adels durchaus nicht in dem oft behaupteten Umfange statt. Das von dem Verfasser angeführte prozentuale Verhältnis von Adligen und Bürgerlichen würde ganz anders aussehen, wenn er die Herren zu der zweiten Gruppe gezählt hätte, deren Familien in der jetzigen oder der vorigen Generation noch gut bürgerlich waren.

Es ist des weiteren ganz irrtümlich anzunehmen, daß in den anderen Ländern die Diplomaten nicht gleichfalls einer ziemlich dünnen aristokratischen Schicht entnommen würden. Von den Österreichern und von den Russen des ancien régime ist es bekannt. Bei der englischen Diplomatie ist es vielleicht in noch höherem Maße der Fall, nur tritt es leider nicht deutlich zutage, da in England nur die Häupter der Geschlechter Adelstitel tragen und die jüngeren Söhne als Mr. Soundso durchs Leben gehen. In Frankreich herrscht eine Günstlingswirtschaft wie nirgendwo anders. Die Verhältnisse in Amerika sind zum Glück mit den unseren nicht vergleichbar; denn die begehrtesten diplomatischen Posten werden dort überhaupt nicht durch Berufsdiplomaten besetzt, sondern durch Männer, welche sich bei den Präsidentenwahlen durch rührige Agitation und freigebige Hergabe von Geldmitteln ausgezeichnet haben.

Ich wüßte Mitglieder unseres auswärtigen Dienstes zu nennen, die, soweit mir ein Urteil zusteht, auch in der jüngsten Vergangenheit Vortreffliches geleistet haben. Ich kann andererseits einen Mann wie Jules Cambon nennen, der als ein Meister seines Faches galt und es doch fertigbrachte, das deutsche Heer für eine Paradetruppe zu halten und zu glauben, daß im Kriegsfall die Bayern nicht marschieren würden.



Die Vorschläge, welche die Ausbildung betreffen, sind wohl nicht so schematisch gemeint, wie sie auf den ersten Blick in der Denkschrift erscheinen. Würde man sich ganz streng an sie halten, wäre es z. B. unmöglich, daß ein junger Mann, der bereits mit einem anderen Ziele einige Jahre studiert hätte, sich noch der diplomatischen Laufbahn zuwendete. Man käme damit zu einem unnötigen Rigorismus.

Für verfehlt halte ich den Gedanken, den angehenden Diplomaten von vornherein auf eine bestimmte Ländergruppe mit voller Ausschließlichkeit einzustellen. Man würde sich gewiß auf diese Weise genaue Kenner einzelner Gebiete erziehen; aber eine starke Einseitigkeit wäre die Folge. Es würde ein Mangel an solchen Beamten eintreten, welche geeignet sind, die gesamte politische Lage zu übersehen, wie es für hohe Posten in Berlin selbst oder auch an andern großen Auslandsmittelpunkten erforderlich ist. Ein Austausch zwischen den einzelnen Ländern und Ländergruppen kann also nicht unterbleiben. In welchem Ausmaße und in welchem Tempo er erfolge, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden.

Es ist aber ein Irrtum des Verfassers zu glauben, daß dieser Postenwechsel bei uns häufiger als von anderen Regierungen vorgenommen würde. Gerade die Engländer belassen jüngere und ältere Diplomaten gewöhnlich kürzere Zeit auf ihren Posten, als es bei uns üblich ist. Was die Botschafterposten angeht, glaube ich, daß im allgemeinen die deutschen Herren nur in seltenen Fällen von Posten zu Posten ziehen, während ich von Ausländern Beispiele eines anderen Verfahrens in größerer Zahl kenne; der Franzose Jules Cambon war nacheinander Botschafter in Washington, Madrid und Berlin, der Italiener Pansa in Konstantinopel, London und Berlin usw.

Der Verfasser verfällt auch hier in den Irrtum, das handelspolitische Moment nicht etwa — womit er recht hätte — für ein sehr wichtiges, sondern für das einzig wichtige anzusehen.

Wenn er hervorhebt, daß nur jemand, der in einem Lande sehr lange gelebt hat, bei Handelsvertragsverhandlungen das Nötige herausholen und z. B. die Wirkung von Meistbegünstigungsklauseln und dergleichen beurteilen kann, so ist auch dies nur cum grano salis richtig. Für den Abschluß von Handelsverträgen ist es seit Jahrzehnten üblich, sachverständige Interessenten heranzuziehen und deren Gutachten zu verarbeiten und zu benutzen. Außerdem werden solche Verhandlungen wohl in den seltensten Fällen in den überseeischen Ländern, sondern zumeist in Berlin geführt.

Über den in der Denkschrift entworfenen Studienplan gestatte ich mir kein Urteil. Nur scheint auch hier abermals die politische Bildung der

handelspolitischen gegenüber zu kurz zu kommen. Es fehlt auch der frühzeitige Aufenthalt im Auslande, der schon zur Erlernung der wichtigsten Sprachen nicht entbehrt werden kann. Was diese vom Verfasser mit Recht als wichtig bezeichneten Sprachkenntnisse angeht, so ist die Behauptung nicht zu kühn, daß in dieser Hinsicht unsere Diplomaten ihren fremden Kollegen im allgemeinen weit überlegen sind.

Ob die bislang von einem Personalrat versehene Arbeit richtiger unter mehrere Beamte verteilt würde, scheint mir eine mehr formelle Frage zu sein. Dagegen würde es mir wenig ratsam erscheinen, die Personalien und ihre Behandlung durch den Reichstag nachprüfen zu lassen. Praktisch könnte dabei nur ein dilettantenhaftes Hineinreden mit dem Dienst unbekannter Personen heraus schauen; es würde sich außerdem ein unangenehmes Intrigenspiel als Begleiterscheinung herausbilden. Solche Anordnung würde auch dem Geiste jeder Verfassung widersprechen, der die Verantwortlichkeit jedes Ressorts einem Minister zuweist. Mit dem gleichen Rechte, wenn nicht mit höherem, könnte z. B. das Preußische Abgeordnetenhaus verlangen, die Besetzung jedes Landratsamtes nachzuprüfen.

Nur nebenher erwähnt der Verfasser eine Verbesserungsmöglichkeit, die mir als die allerwichtigste erscheint. Er spricht von einer größeren Selbständigkeit des Staatssekretärs, ohne aber zu sagen, wem gegenüber diese Eigenschaft gelten soll. Es ist hier nicht der Ort, über die verfassungsmäßigen Möglichkeiten zu sprechen. Ich glaube aber, daß in der Tat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes allen erdenklichen Faktoren gegenüber möglichst unabhängig gestellt werden soll und kann, dergestalt, daß er für seine Person politisch und moralisch für die Reichspolitik die Verantwortung in vollem Umfange übernimmt.

Wenn ich noch aus Eigenem wenige Wünsche hinzufügen darf, wären es die folgenden:

Ich würde es für erstrebenswert halten, daß zwischen der diplomatischen und der konsularischen Beamtenschaft eine möglichst völlige Gleichstellung erfolgte. Zwar wird bei der besonderen Art der Tätigkeiten eine Verschmelzung beider Arten von Auslandsbeamten nicht möglich sein. Aber der jetzige Zustand, in welchem der Diplomat den Konsul nicht für voll ansieht und der Konsul den Diplomaten dauernd mehr oder weniger beneidet, ist weder recht würdig, noch nützlich. Besonders in weit abgelegenen Städten, wo Gesandtschaft und Konsulat nebeneinander bestehen und wo, einer alten nationalen Gewohnheit folgend, die Deutschen innerhalb der Kolonie in ewigen Streitigkeiten leben, ist jener Gegensatz vom

Übel. Es könnten wahrscheinlich viel häufiger, als es bisher Übung war, jüngere Konsuln in den diplomatischen Dienst übernommen werden.

Ich habe besonders in früheren Jahren häufig gehört, daß unsere Vertreter im Auslande zwar für einzelne vorkommende Fälle ihre Weisungen erhalten, aber ohne nähere Begründung, und daß sie über Weisungen an andere Botschafter und Gesandte und über die allgemeine Richtung der deutschen Politik im Dunkeln gelassen werden. Wenn das zutrifft — worüber ich ein Urteil nicht haben kann —, läge darin allerdings zweifellos ein Mißstand. Ich kann mir wenigstens nicht vorstellen, daß beispielsweise ein Botschafter in London volle Arbeit leisten kann, wenn er nicht auch erfährt, mit welchen Weisungen der Botschafter in Konstantinopel versehen wird, und was dieser von dort berichtet.

Unsere auswärtigen Vertreter sollten nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sie, solange sie sich auf ihren Posten befinden, auch die sogenannten gesellschaftlichen Verpflichtungen als Dienst zu betrachten und unter dem Gesichtspunkte des Dienstes und nicht ihrer persönlichen Neigung zu erfüllen haben; und das bezieht sich selbstverständlich auch auf die Damen. Wenn in gewissen Berliner Kreisen einem Pariser Botschafter *nachgerühmt* werden konnte, daß er im Faubourg St. Germain beliebt und angesehen wäre, so bedeutet das eine völlige Verkennung der Aufgaben eines Diplomaten, der, wenn nicht ausschließlich, so doch in allererster Reihe mit den politisch maßgebenden Kreisen Fühlung halten soll, sei es in parlamentarischen, journalistischen oder kaufmännischen.

Zusammenfassend möchte ich sagen: ich glaube nicht, daß die Mißerfolge unserer auswärtigen Politik durch einzelne Personen verschuldet sind, auch nicht durch die Organisation des Auswärtigen Amts, noch durch die Auswahl der jungen Diplomaten. Eine Reform wird daher nur Äußerlichkeiten treffen. Eine grundlegende Besserung kann nur eintreten, wenn die Mängel unseres öffentlichen Lebens behoben werden, deren einige ich angedeutet habe. Es will mir nicht weise erscheinen, davor die Augen zu verschließen. Der Presse ist das allgemeine Vorurteil gegen das Auswärtige Amt bequem, denn die große Masse liest die häufigen Angriffe auf unsere Diplomaten mit Behagen und fragt nicht, ob der gestrenge Redakteur das Land, in welchem der betreffende Beamte tätig ist, oder den Beamten selbst kennt, oder ob er je einen Bericht von seiner Hand gelesen hat, und sie verfährt gern nach der Vorschrift des III. Mose 16, 15: „Danach soll er einen Bock, des Volkes Sündopfer, schlachten.“

---

Paul Schwabach.



**Briefe an den Chefredakteur der Königsberger Allgemeinen Zeitung**  
**Alexander Wyneken, Königsberg i. Pr.**

I.

Berlin, den 10. Juli 1918.

Lieber Herr Wyneken!

Ich danke Ihnen bestens für Ihre freundlichen und wertvollen Zeilen vom 6. Juli, die nur in mir die Befürchtung erweckt haben, daß Ihr Fräulein Tochter zu meinen Gunsten eine schwere Schreiarbeit hat auf sich nehmen müssen.

Sie haben gewiß recht daran getan, Ihre Nachkur in Wilhelmshöhe genießen zu wollen, das mir bei einem flüchtigen Besuch vor etwa drei Jahren einen besonders guten Eindruck gemacht hat.

Inzwischen sind nun die Würfel gefallen, und wir haben wieder einmal einen neuen Staatssekretär.

Was die Kühlmannsche Rede\* angeht, so möchte ich doch noch Folgendes dazu bemerken:

Sie haben darin recht, daß sich in dieser schwierigen Zeit alle maßgebenden Faktoren in einer einheitlichen Front bewegen sollten, und daß nach außen hervortretende Gegensätze zwischen Zivil und Militär, gleichviel auf wessen Seite man steht, vermieden werden müssen; wobei ich freilich aus Kenntnis einiger Vorgänge den Schluß ziehen muß, daß sich die O. H. L. formell und sachlich in höchst bedauerlichen Eingriffen in politische Dinge gefällt.

Ich gebe ferner zu, daß der Aufbau von Kühlmanns Rede nicht glücklich gewesen ist. Ich würde mich aber anheischig machen, durch Umgruppierung und, ohne einen Gedanken herauszunehmen oder hineinzutun, die Rede so zu gestalten, daß sie nirgends Anstoß erregen könnte, außer vielleicht bei den extremen Alldeutschen, die aber einmal nicht zu befriedigen sind.

Ich habe soeben die Rede noch einmal durchgelesen und bin außer-

---

\* Reichstagsrede vom 24. Juni 1917.

stande zu entdecken, worin Sie die Umschmeichelung Englands und seiner Staatsmänner erblicken können. Er spricht über den Kanal hinweg Worte, die zwar nicht so grob sind wie die seiner englischen Kollegen — und darin kann ich ihn nicht tadeln —, die aber immerhin deutlich genug sind.

Wenn man aber Kühlmann daraus einen Vorwurf macht, daß er die Schuld am Ausbruch des Krieges in erster Reihe den Russen zuschiebt, so kann man zwar sagen, daß diese Erörterungen jetzt besser unterbleiben, aber man soll dabei nicht vergessen, daß er sachlich recht hat.

Ich erinnere daran, daß in der bekannten Broschüre, welche Helfferich im Herbst 1914 auf Grund der verschiedenen Blaubücher usw. herausgegeben hat, der gesperrt gedruckte Satz vorkam: „Rußland ist der Brandstifter, England und Frankreich die Mitschuldigen,“ also genau das gleiche wie das, was Kühlmann neulich gesagt hat. Allerdings hat Helfferich ohne irgendeine Motivierung in seiner großen Rede, die er vor einigen Monaten gehalten hat, nur von Englands Schuld gesprochen und die anderen Mächte kaum erwähnt. Daß ein so kluger und ehrgeiziger Mann wie Helfferich es für praktisch hält, diesen Sprung zu tun, ist bezeichnend für unsere Zustände. Wenn es kein sehr glänzendes Licht auf seinen Charakter wirft, so ist es auch nicht schmeichelhaft für das, was er der öffentlichen Meinung und ihrem Gedächtnis zutraut.

Wenn nun offenbar als Kritik Kühlmanns gestern im Herrenhaus unter anderen auch Friedberg immer von dem zu erfechtenden Sieg gesprochen hat, so ist das — verzeihen Sie den harten Ausdruck — nichts mehr als eine Redensart. Auch Kühlmann hat von unserer guten militärischen Lage genugsam gesprochen. Auch sein ärgster Feind kann ihm unmöglich zutrauen, daß er einen guten Frieden für uns erhofft, ohne daß wir einen Sieg erringen. Das sind ganz selbstverständliche Dinge. Er hätte aber verweisen können auf die Vorgänge von 1870/71, als wir einen völlig zu Boden geworfenen Feind uns gegenüber hatten und nicht mit Bundesgenossen belastet waren; trotzdem hat es monatelanger Verhandlungen bedurft, um einen Frieden zu zimmern.

Jetzt liegt die Sache folgendermaßen:

An den Erfolg des U-Bootkrieges glaubt kein Mensch mehr. Auch aus Marinekreisen hört man über diese Waffe Bemerkungen, die noch vor einem Jahre undenkbar gewesen wären, hervorgerufen offenbar durch die geradezu fürchterlichen Verluste an U-Booten. Wir können also wohl Frankreich besiegen, nicht aber England und Amerika. Anders als auf dem Wege der Verständigung ist also nichts zu machen. — Denn ein fortgesetzter Kriegs-

zustand, selbst mit Amerika allein, bedeutet schlechthin den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands, um so mehr, als Amerika durch seine Waffen und durch sein Kapital auch Südamerika völlig beherrscht.

Im Osten sieht es so aus, daß entweder die Bolschewiki am Ruder bleiben und dann auf lange hinaus an einen fruchtbringenden wirtschaftlichen Verkehr mit Rußland nicht zu denken ist, oder aber es kommen weiter rechtsstehende Elemente ans Ruder, und das ist wahrscheinlich gleichbedeutend mit feindlicher Stimmung. Dazu kommt, daß sich Amerika alle Mühe geben würde, Rußland auch wirtschaftlich an seine Seite oder, wenn Sie wollen, unter seine Hacken zu bringen. Dazu ist es in der Lage, wenn es Geld geben will, also ein Mittel anwendet, das uns verschlossen ist.

Ich fürchte auch, daß wir zur Besinnung nicht mehr allzuviel Zeit haben. Unsere drei Bundesgenossen sind in den letzten Monaten mit ihrer Kraft in rasendem Tempo bergab gegangen. Untereinander und mit uns sind sie uneinig, sie sind nur einig in ihrer Abneigung gegen Deutschland. Die politische Treue der Türken uns gegenüber ist ein außerordentlich wackliges Ding.

Ich kann also nur von ganzem Herzen hoffen, daß die nächste Offensive, von der behauptet wird, daß sie Mitte dieses Monats einsetzen soll, uns derartige Erfolge bringt, daß sich auf feindlicher Seite Friedenswünsche regen, und daß dann Verhandlungsmöglichkeiten geboten sein werden. M. E. muß der jeweilige Staatssekretär, ob er aus der Marine stammt oder sonstwoher, jede solche Gelegenheit benutzen, weil, wie ich mir schon früher auseinanderzusetzen erlaubte, ich für den inneren Frieden die schwersten Besorgnisse hegen müßte.

Der Kernpunkt ist aber der, daß in Amerika der Gedanke beseitigt wird, daß Deutschland eine Eroberungspolitik treibt, insbesondere Frankreich und Belgien gegenüber. Der Friede kann erst kommen, wenn in Amerika ein Stimmungsumschwung einsetzt; denn, solange die beiden angelsächsischen Mächte so fest zueinander stehen wie heute, ist nicht daran zu denken. Darum ist es gefährlich, wenn aus den Kreisen, die notorisch seit 25 Jahren unsere Politik gemacht haben, nämlich den Alldeutschen, die auch heute im Ausland mit Recht als die wahrhaft Einflußreichen gelten, immer noch phantastische Eroberungspläne ausposaunt werden.

Wenn Sie gelegentlich einen Abstecher in die Stadt Kassel machen und das dortige Museum besuchen, bestellen Sie, bitte, einen Gruß an den sterbenden Jakob von Rembrandt; es ist das Bild, das wohl auf mich den tiefsten Eindruck von allen gemacht hat, die ich kenne.



Ich freue mich darauf, Sie im August hier begrüßen zu dürfen. Wenn Ihre Durchreise nicht gar zu hastig ist, machen Sie uns vielleicht die Freude, mit Ihren Damen einige Stunden in Kerzendorf zu verleben und das zu Pfingsten Versäumte nachzuholen.

Mit vielen freundlichen Grüßen verbleibe ich

aufrichtig und verehrungsvoll der Ihrige

S c h w a b a c h.

## II.

Berlin, den 20. Juli 1918.

Hochverehrter und lieber Herr Wyneken!

Ihre freundlichen Zeilen vom 18. habe ich heute früh erhalten. Schönsten Dank! Die Anlage sende ich umgehend zurück. Es wäre interessant zu wissen, wann diese Notiz abgefaßt worden ist; die Ereignisse der letzten Tage scheinen einen Mißerfolg dieses Stoßes zu bedeuten. Hoffentlich geht es ein anderes Mal besser. — Sie haben so gute Beziehungen zur O. H. L., daß ich Sie doch auf etwas hinweisen möchte, mit dem Anheimstellen, ob Sie es zur Sprache bringen wollen. Ich meine die Kriegsberichterstattung. Ich glaube zu wissen, daß Ludendorff die Nerven des deutschen Volkes für weniger gut hält als die des englischen, und darin mag er recht haben; er hat immer noch recht, wenn er seine Meldungen und Kommentare danach einrichtet, aber m. E. vergreift er sich in den Mitteln. Vor einigen Monaten lasen wir täglich mehrere Male, daß die Fochschen Reserven aufgebraucht wären. Ich habe sofort daran gezweifelt und auch mancherlei gehört, das mich von dem Gegenteil überzeugt hat. Jetzt sieht ein jeder, wie es damit steht, und das ist übel. Von einem ganz einfachen Mann hörte ich kürzlich die Bemerkung: man soll doch nicht glauben, daß wir blödsinnige Kinder sind. Das kann traurige Folgen haben. Das bezieht sich auch auf die nach der letzten Offensive aufgestellte Behauptung, unsere Verluste seien gering gewesen. Die heimkehrenden Verwundeten und Urlauber berichteten bald ganz anders. — Jedoch wird nun die Wendung beliebt, wir hätten nur beabsichtigt, die feindliche Gegenoffensive herauszulocken. Wer soll denn auf den Leim kriechen? — Ich sehe in diesem System eine ernste Gefahr. — Was nun die beiliegende Notiz betrifft, so enthält sie abermals eine (echte oder vorgebliche) Geringschätzung der Amerikaner, die nicht leicht zu

begreifen ist. — Interessant war eins zu hören, daß an der Murmanbahn etwas unternommen werden sollte. In der Türkei wäre ich glücklich, wenn wir den status quo hielten, wozu die Türken allein nicht imstande sind. Ohne unsere Truppen wäre es nicht zu hindern, daß die arabischen Soldaten samt und sonders zum Feinde überliefen, bei dem sie hoffen, sattgefüttert zu werden.

V e r t r a u l i c h ! Ich höre, daß Helfferich als Gesandter nach Moskau gehen soll. — Die russisch-japanischen Dinge übersehe ich gar nicht; mir will scheinen, daß es für uns gar nicht ungünstig wäre, wenn etwa ein Kabinett Miljukow sich mit Japan verständigte, vorausgesetzt, daß auch wir mit demselben Kabinett in Ordnung kämen. Das ließe sogar gewisse Ausblicke zu.

Mit vielen freundlichen Grüßen wie stets

aufrichtig der Ihrige

P a u l S c h w a b a c h.

### III.

Berlin, den 19. August 1918.

Mein lieber Herr Wyneken!

Mit Bedauern höre ich, daß Sie sich am Ende Ihrer Ferienzeit nicht ganz wohlfühlen. Offenbar haben Sie bei Ihren Kuren das Sprichwort außer acht gelassen, daß das Bessere des Guten Feind ist. Ich hoffe zuversichtlich, daß es Ihnen so gehen wird, wie es mir häufig gegangen ist, daß die Wiederkehr in die gewohnten Verhältnisse auch dann guttut, wenn reichliche Arbeit vorhanden sein sollte.

Die Helfferichsche Schrift ist mir heute zugegangen, gleichzeitig mit Ihrem lebenswürdigen und interessanten Schreiben vom 16. August. Die beigelegten Äußerungen des Grafen Witte hatte ich schon früher gelesen; ich weiß aber nicht wo.

Meine Auffassung der englischen Politik bis zum Jahre 1914 ist, kurz gesagt, folgende:

England sah in Deutschland einen gefährlichen Feind, erstens wegen des Wettbewerbs auf dem Gebiete des Handels und zweitens, weil es sich durch unsere Flottenpolitik tatsächlich bedroht fand. Es hat sich bemüht, seine diplomatische Lage dadurch zu verbessern, daß es die alten Gegensätze, die zwischen England einerseits, Frankreich und Rußland andererseits, bestanden, aus dem Wege räumte. Es hat sich weiter angelegen sein lassen,

Italien durch allerlei Dienstleistungen vom Dreibunde abzuziehen und sich ferner im Osten durch das Bündnis mit Japan sicherzustellen. Amerika gegenüber wurde eine Politik der größten Rücksichtnahme verfolgt. Daß England auch bemüht war, sich mit Deutschland friedlich-schiedlich auseinanderzusetzen, ist sicher und erwiesen durch wiederholte Verhandlungen, deren bekannteste anläßlich der Entsendung Lord Haldanes stattfand, ferner durch die späteren Verhandlungen über Afrika und Bagdad, und zwar nicht allein durch die Tatsache dieser Verhandlungen selbst, sondern auch durch die Art, in welcher sie geführt worden sind. Gleichzeitig aber ist unbestreitbar, daß England fest entschlossen war, falls die Bestrebungen, sich auf friedlichem Wege mit Deutschland auseinanderzusetzen, fehlschlagen sollten, zu den Waffen zu greifen. Darauf war alles eingestellt; wenn Deutschland vor friedlicher Erledigung irgendwo bedrohliche Handel bekam, mußte es England mit Sicherheit unter seine Feinde zählen.

Diese klar zutage liegenden Dinge sind bei uns von einigen Leuten nicht erkannt, von anderen aber auf die leichte Achsel genommen worden, da sie Englands Kraft und Zähigkeit bei weitem unterschätzt haben.

Indessen haben Sie darin recht, daß es im Augenblick nicht darauf ankommt, geschichtliche Forschungen zu treiben, sondern Politik zu machen. Jedoch erscheint es mir notwendig — was bisher unterblieben ist —, aus den geschichtlichen Ereignissen, die uns in diesen Krieg geführt haben, ein Weniges zu lernen.

Deshalb kann ich Ihnen darin nicht zustimmen, daß wir die östlichen oder sonstigen Probleme aus den Augen lassen und nur an die militärischen Lagen denken sollen. Alle Fragen, groß und klein, bilden einen einzigen Komplex. Es ist verkehrt, den Russen gegenüber Politik zu treiben ohne Rücksicht darauf, welche Wirkung damit in dem maßgebenden westlichen Ausland erzielt wird. Sagt man mit Recht oder mit einem Schein von Recht, daß wir Rußland gegenüber eine sinnlose Eroberungspolitik treiben, so nötigt man England und Amerika dazu, den Krieg bis aufs äußerste fortzusetzen, um Deutschland unschädlich zu machen.

Deswegen ist der Vertrag, den Ihre letzte Zuschickung behandelt und dessen Einzelheiten ich kenne, ein völliges Unding. Die Opfer, welche die Bolschewikiregierung Rußland aufpackt, lediglich um sich durch unsere Hilfe am Ruder zu erhalten, werden von keiner zukünftigen russischen Regierung anerkannt werden können, ganz abgesehen davon, ob es möglich sein wird, sie beim allgemeinen Friedensschluß auszudrücken. Rußland durch die Wegnahme von Esthland und Livland ungefähr in die Lage zu



bringen, in der es sich vor der Zeit Peters des Großen befunden hat, ist geradezu abgeschmackt. Das Verlangen, daß uns 900 Millionen in purem Golde bezahlt werden, ist für das ausgepowerte Rußland ein höchst bedenkliches Ding, ganz abgesehen davon, daß es den einmal angenommenen Grundsatz wieder auf den Kopf stellt, daß keine Kriegsentschädigungen bezahlt werden sollen.

Ganz im Vertrauen möchte ich Ihnen sagen, daß das auch die Ansicht von Helfferich ist, die er jedenfalls mit einigem Erfolge Hintze\* gegenüber im Hauptquartier vertreten hat. Zwischen diesen beiden Staatsmännern besteht ein scharfer Gegensatz, der u. a. daher rührt, daß Hintze die Verlegung der Gesandtschaft nach Pleskau, von wo aus eine Verbindung mit der russischen Regierung überhaupt nicht möglich ist, verfügt hat, ohne Helfferichs\*\* Meinung einzuholen. Daher kann die heutige Zeitungsnachricht, Helfferich dächte daran, seine Stellung wieder aufzugeben, wohl etwas für sich haben.

Was Sie über den U-Bootkrieg sagen, auch über den negativen Beschluß des Jahres 1916, unterschreibe ich durchaus. Dem früheren Kanzler Bethmann mache ich nur den Vorwurf, daß er im Jahre 1917 nicht seinen Abschied gefordert hat. Seine Zustimmung zu der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges hat freilich nur darin bestanden, daß er sich gefügt hat; denn als er am 9. Januar 1917 nach Kreuznach kam, wurde ihm von einem Adjutanten auf dem Wege vom Bahnhof nach dem Hauptquartier mitgeteilt, der U-Bootkrieg wäre beschlossene Sache.

Das Unglück dieser Entschließung ist nicht wieder gutzumachen. Wie ich in wirtschaftlicher Hinsicht darüber denke, habe ich Ihnen wiederholt gesagt. Die politischen Bedenken waren so offensichtlich, daß ich vom ersten Augenblick an den 1. Februar 1917 als einen dies ater in der deutschen Geschichte empfunden und betrachtet habe.

Insofern aber habe ich mich Illusionen hingegeben, als ich geglaubt hatte, es würde den U-Booten glücken, die amerikanischen Truppentransporte wenigstens zu beeinträchtigen. Hier hat man damals zwar immer sagen hören, daß die Amerikaner überhaupt nicht in der Lage wären, ein Heer aufzustellen. Daß das eine Torheit war, habe ich allerdings gewußt. Denn die Amerikaner hatten die Ewigkeit vor sich, um die ausgehobenen Leute auszubilden, während unsere Truppen von Monat zu Monat müder werden, und die frisch ins Feld geführten Männer in bezug auf ihre Körperkraft den

---

\* Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

\*\* s. o. S. 353 am Schluß des Briefes vom 20. Juli 1918.

Amerikanern nachstehen und in der Ausbildung nicht besser sind. Es ist derselbe Fehler der Unterschätzung des Feindes vorgefallen wie im Hinblick auf die Engländer. Im Großen Hauptquartier wird jetzt zugegeben, daß bereits 1 300 000 amerikanische Truppen in Frankreich sind. In der Kampf-front befindet sich davon bisher nur ein Teil. Sie haben aber den gesamten Etappendienst übernommen und auf diese Weise das ganze französische Heer freigemacht. Es wird ferner zugegeben, daß es im günstigsten Falle eine Reihe von Monaten dauern muß, bis wir wieder zur Offensive übergehen können. Da nun aber monatlich mindestens 80 000 Mann mit allem Zubehör aus Amerika landen und kein Grund besteht zu hoffen, daß auch nur ein einziges Transportschiff abgefangen wird — bisher sind nur einige auf der Rückreise befindliche Schiffe torpediert worden —, so ist sicher, daß die feindliche Heeresmacht dauernd wächst. Für mich ist daher die Hoffnung, den Krieg durch Waffengewalt zu unseren Gunsten zu entscheiden, endgültig dahin.

Ludendorff hat gewiß weise gehandelt, indem er die Schlappe zugegeben hat. Nach allem, was ich höre, hat er auch sonst Wasser in seinen Wein getan. Er würde sicherlich glücklich sein, einen Frieden schließen zu sehen, wie er noch vor einigen Monaten leicht zu haben gewesen wäre, dessen Befürwortung aber damals mit Landesverrat auf eine Linie gestellt worden ist.

Wir haben nach meiner Überzeugung noch einen Trumpf im Spiel, den nämlich, daß, wenn ich mich nicht täusche, den Engländern unheimlich dabei zumute sein muß, daß die Amerikaner in einer Weise das Heft in die Hand genommen haben, die für ihre Verbündeten nichts weniger als erfreulich sein kann. Deswegen halte ich es durchaus nicht für unmöglich, daß England für Besprechungen zu haben wäre, wenn die jetzigen Durchbruchversuche scheitern, also mit einer langen Kriegsdauer gerechnet werden muß, die die amerikanische Übermacht immer weiter unterstreichen würde, und wenn wir nach allen Seiten hin eine vernünftige Politik treiben. — Dazu würde freilich gehören, daß auch denen mitzureden gestattet wird, deren Gewerbe die auswärtige Politik ist, und die über das, was jenseits der Reichsgrenzen geschieht, ein Urteil haben können.

Der schwere Fehler, der bei uns während des Krieges begangen worden ist, bestand nicht in diesem oder jenem politischen Mißgriff, sondern darin, daß grundsätzlich und absichtlich jede auswärtige Politik vollkommen unterdrückt worden, jede politische Rücksicht als Schlappeheit oder etwas Ähn-

liches bezeichnet worden ist. Wenn einem Truppenführer ein Angriff befohlen wird, dessen Aussichten noch so glänzend erscheinen, wird er nicht versäumen, für den noch so unwahrscheinlichen Fall eines Mißerfolges seinen Rückzug vorzubereiten und zu sichern. Unterläßt er es, so kann er sicher sein, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Wir haben uns in einem Weltkrieg jede politische und diplomatische Rückzugslinie selbst verbaut und alles darauf eingestellt, daß wir den Feind völlig zu Boden werfen. Das ist geschehen teils aus politischem Unverstand, teils aus Frivolität, teils aus noch Schlimmerem. Daß sich ein solcher Leichtsinn rächen muß, liegt in der Natur der Dinge.

Wie Sie wissen, ist mir jede Einwirkung auf das öffentliche Leben versagt. Sie aber haben Fäden in der Hand und können selbst wirken. Wenn Sie dazu beitragen könnten — um es kurz zu sagen —, den politischen Sinn in den Ihnen zugänglichen Kreisen zu wecken, werden Sie sich um das Vaterland verdient gemacht haben.

Mit vielen herzlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr aufrichtig ergebener

Sch w a b a c h.

#### Brief an den Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf, Berlin.

Berlin, den 26. August 1918.

Persönlich!

Hochverehrter Herr Staatssekretär!

Ich möchte nicht unterlassen, Euerer Exzellenz zu der Rede vom 20. August\*, die ich mit großer Freude gelesen habe, meinen Glückwunsch auszusprechen. Nicht nur hat mich deren Inhalt erfreut, sondern auch die Tatsache, daß gerade Sie es gewesen sind, der sie gehalten hat, denn mit dem Nützlichen, das gesprochen worden ist, verbindet sich das Angenehme, daß Sie Ihrer längst gehegten Überzeugung in dieser Form haben Ausdruck geben können. Es ist auch unverkennbar, daß nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande, der Erfolg erzielt worden ist, den man unter den obwaltenden Umständen füglich erwarten konnte. Wirksamer wäre die

---

\* über englische und deutsche Kriegsziele.



Rede natürlich gewesen, wenn sie in einem Augenblick in die Welt hätte gehen dürfen, in dem es uns militärisch besser ging als heute.

Ich bitte aber, es nicht ungütig aufzunehmen, wenn ich einige Bemerkungen anfüge.

Die beiden wichtigsten Themata, welche Sie behandelt haben, sind die belgische und die russische Frage.

Was die erstere angeht, so bin ich zwar davon überzeugt, daß Ihre Worte von niemandem mißverstanden worden sind; aber die Bezugnahme auf die Erklärungen des Reichskanzlers hat dem übelwollenden Ausleger die Handhabe geboten, Zweifel darüber auszusprechen, ob nicht auch Sie der anstößigen Faustpfandtheorie huldigten. Diese Handhabe sollte den Gegnern entwunden werden. Das kann geschehen, indem man etwa das Folgende sagt:

Balfours Behauptung, daß sich noch kein deutscher Staatsmann klar über Belgien geäußert hat, war schon unrichtig zur Zeit, als sie aufgestellt worden ist. Zum mindesten gibt es keine Erklärung eines verantwortlichen Deutschen, welche so gedeutet werden kann, als wenn Deutschland Belgien zu annektieren wüsste. Daß unverantwortliche Politiker dergleichen gewünscht und ihre Wünsche geäußert haben, ist richtig, ebenso wie es richtig ist, daß sogar amtliche französische Kreise den Besitz des linken Rheinufers erstrebt, und daß die führende kaufmännische Zeitung Englands die Zerstörung aller Industrien in Rheinland und Westfalen als unerläßliche Friedensbedingung hingestellt hat, ganz zu schweigen von den Plänen des zaristischen Rußland. Aus den Reden des früheren Staatssekretärs von Kühlmann, aus den Erklärungen des Reichskanzlers und aus der letzten Rede des Staatssekretärs Dr. Solf geht für jeden unbefangenen und ehrlichen Leser ganz klar hervor, was wir in Belgien wollen und was nicht: Belgiens Unabhängigkeit soll in vollem Umfange wiederhergestellt werden; dagegen muß Deutschland darauf dringen, daß dort, wie überall in der Welt, der ehemals gerade von England in so hohen Tönen verfochtene Grundsatz der offenen Tür in wirtschaftlicher Beziehung hochgehalten wird. Es ist aber daran zu erinnern, daß von gegnerischer Seite in Reden von Staatsmännern und in Beschlüssen von Versammlungen nicht etwa nur die Wiederherstellung Belgiens, sondern auch die sofortige Räumung noch während des Krieges gefordert worden ist. Daß sich Deutschland inmitten eines schweren Kampfes auf eine militärisch so völlig unsinnige Forderung nicht einlassen kann, ist selbstverständlich. Diese Forderung ist aber niemals zurückgenommen worden, und dagegen mußten sich unsere leitenden Politiker

wenden. Das ist der Sinn der einschränkenden Bemerkungen in den erwähnten Reden. Es ist schwer anzunehmen, daß auf gegnerischer Seite dieser einfache Zusammenhang nicht erkannt worden sein sollte.

Es war ein glücklicher Ausdruck in der Rede vom 20. August, den Brester Frieden einen Rahmen zu nennen, der noch der Ausfüllung bedarf. Mir würde es nützlich scheinen, noch eine Erläuterung zu geben, die etwa besagte:

„Deutschland treibt auch im Osten keine Annexionspolitik. Es kann die Einbeziehung von Millionen fremdsprachiger und fremdstämmiger Untertanen schon aus Gründen seiner eigenen inneren Politik nicht wünschen. Dagegen kann es uns nicht gleichgültig sein, ob in den uns benachbarten Landesteilen Ordnung oder Unordnung herrscht. Hat doch selbst Frankreich seine ganze Marokkopolitik damit zu begründen versucht, daß es Unruhen an der algerischen Grenze nicht dulden könne; wobei niemand verkennen wird, um wieviel wichtiger die deutsch-polnisch-russische Grenze für uns, als die algerische für Frankreich ist. Die Zukunft der in den sogenannten Randstaaten wohnhaften Völker soll, soweit es irgend angängig ist, nach den Wünschen dieser Völker selbst geregelt werden. Jedoch möchten wir unsere heutigen Feinde darauf hinweisen, daß dieser Grundsatz nicht nur zugunsten der slawischen, sondern auch zugunsten der deutschen Bevölkerung angewendet werden muß, und gewiß nicht nur von dem Gesichtspunkt aus, daß eine Neuordnung lediglich den Interessen der Ententeländer dient. Im übrigen wünschen wir, mit unseren östlichen Nachbarn in Friede und Freundschaft zu leben, gleichviel, wem die russischen Staaten die Leitung ihres Geschickes anvertrauen; denn eine Einmischung in deren innere Verhältnisse liegt uns völlig fern; solange nicht unsere eigenen Lebensinteressen ernstlich bedroht werden.“

Ich glaube in der Tat, hochverehrter Herr Staatssekretär, daß solche Anmerkungen zu Ihrer Rede Nutzen stiften könnten. Ob sich in absehbarer Zeit Gelegenheit bietet, in einer von Ihnen oder einem anderen Staatsmann abzugebenden öffentlichen Erklärung dergleichen azubringen, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedoch meine ich, daß die Lage, in der wir uns befinden, jeden Zeitverlust als bedauerlich erscheinen läßt. Deswegen sollte die Presse zu Hilfe genommen werden. Ich denke dabei nicht an ein halbamtliches Blatt, wie die „Norddeutsche Allgemeine“, weniger noch an eine liberale Zeitung, die im In- und Auslande als pazifistisch gilt, sondern ich würde es am liebsten sehen, wenn eine rechtsstehende oder alldeutsche Zeitung einen in obigem Sinne verfaßten Artikel abdruckte. Das dürfte

heute möglich sein und das ist in gewissem Sinne gut, wenn auch die Gründe für diese Wandlung recht kummervoll sind.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung verbleibe ich

Euerer Exzellenz

aufrichtig und verehrungsvoll ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

### **Brief an einen führenden nationalliberalen Abgeordneten.**

Berlin, den 28. August 1918.

Hochverehrter Freund!

Zuvörderst bitte ich um Nachricht, wie es Ihrer Frau Gemahlin geht. Ich hoffe, daß Sie ganz ohne Sorge sein dürfen. Dann möchte ich mein vaterländisches Herz ein wenig erleichtern. Gerade in jüngster Zeit ist es mir erschreckend klar geworden, wie bedrohlich die Stimmung in der Heimat und an der Front ist. Das hat die lange Dauer des Krieges und seine unmittelbaren Folgen getan; es liegt aber klar zutage, daß die schlecht und schlechter werdende militärische Lage den letzten Rest der Autorität vernichtet, den die herrschenden Personen und Klassen noch haben mögen. Ich bin um so besorgter, als ich den Abschluß eines baldigen unerfreulichen Friedens nicht mehr für unmöglich halten kann. Es ist daher m. E. eine gebieterische Notwendigkeit geworden, den Kampf um das preußische Wahlrecht mit der denkbar größten Beschleunigung zu beenden. Das muß jeder einsehen, der sich dazu entschließen kann, sein Gehirn zu einigem Nachdenken zu gebrauchen. Was diese Frage für unsere innere Lage bedeutet, bedarf keiner Ausführung; ich bin aber davon fest überzeugt, daß sie auch nach außen hin für die kommenden Friedensverhandlungen von erheblicher Bedeutung ist. Nur sollten doch Männer wie Lohmann, selbst wie Heydebrand einsehen, daß die Sachlage seit einigen Monaten eine durchaus andere geworden ist und eine Nachprüfung ihrer bisherigen Haltung erfordert. Was mir vorschwebt ist etwa das Folgende:

Die Führer der Rechten geben ihre Wandlung zu erkennen entweder in einem partei-offiziösen Blatt oder in einer geschickt aufgezogenen Versammlung. Der sogenannte Dreh ist nicht schwer zu finden, wenn man ihn



sucht; von militärischen Dingen braucht man nicht zu sprechen, sondern man kann die Rücksicht auf die Wünsche der Krone und dergleichen in den Vordergrund schieben. Es würde natürlich eine wesentliche Erleichterung sein, wenn die linken Extremen auch einiges Entgegenkommen zeigten, vielleicht kann sogar nur unter dieser Bedingung überhaupt etwas erreicht werden. Die Voraussetzung für alles ist, ob es eine Persönlichkeit gibt, die mit Verständnis und Energie eine solche Vermittler-Rolle spielen kann, und genug spezifisches Gewicht besitzt, um etwas durchzusetzen. Gibt es das? Mir fällt nichts anderes ein, als daß der Reichskanzler unter Zuhilfenahme von Hintze und unter Berufung auf Ludendorff die Herren persönlich bearbeitet. — Nur kurz sei bemerkt, daß in bezug auf Elsaß-Lothringen etwas geschehen sollte und kann. Natürlich ist es für diese Dinge viel zu spät; ebenso wie Solfs Rede vor Ostern und nicht nach Johanni hätte gehalten werden müssen.

Morgen muß ich wegen eines Trauerfalls in unserer Familie auf zwei Tage nach Hamburg fahren. Es würde mich sehr freuen, wenn ich Sie dann bald wieder sehen könnte. — Mit vielen freundlichen Grüßen verehrungsvoll und aufrichtig der Ihrige

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an Chefredakteur Alexander Wyneken, Königsberg i. Pr.**

Berlin, den 6. September 1918.

Mein verehrter und lieber Herr Wyneken!

Da die Post jetzt nicht so unbedingt zuverlässig verkehrt wie ehemals, will ich der Ordnung halber bemerken, daß ich von Ihnen einige interessante Notizen erhielt, deren letzte das Datum des 30. 8. trägt, daß ich dagegen den mehrfach angekündigten Brief nicht empfang. Vermutlich spüren Sie zu allgemeinen Betrachtungen keine sonderliche Lust, und das fände ich begreiflich. — Sie hatten vor einiger Zeit die Absicht verlauten lassen, im September hierher zu kommen; ich sähe Sie gern wieder, bin in nächster Zeit aber stark beschäftigt, und es wäre mir daher lieb, wenn Sie einen etwaigen Besuch in Berlin etwas vorher ankündigten, damit ich mich verfügbar halte.

Über manches späche ich gern; aber eigentliche Tatsachen, die Sie nicht wüßten, habe ich nicht zu berichten, und auch ich unterlasse es, antike Chorgesänge anzustimmen. In meinen Mußestunden, deren einige ich doch immer erübrige, lese und denke ich oft über meine Jugendliebe, die Geschichte. Dabei sind meine Gedanken jüngst vielfach an Napoleon haften geblieben und an der Frage, weshalb ihm, den alle Kenner als einen Feldherrn ersten Ranges anerkennen, der Erfolg schließlich versagt geblieben ist. Ich bin der Erklärung begegnet, daß seine körperliche und geistige Kraft der dauernden Anspannung erlegen ist, und daß also der geschlagene Napoleon nicht mehr derselbe Mann wie der siegreiche gewesen ist. Daran mag etwas Wahres sein, aber diese Erklärung befriedigt nicht und däucht mir zu äußerlich. In Wirklichkeit ist Napoleon m. E. daran gescheitert, daß er trotz seiner diplomatischen Begabung allzu ausschließlich Machtpolitiker gewesen ist. Während Friedrich der Große und Bismarck das Schwert als ein Mittel ansahen und benutzten, das gelegentlich ihre Politik unterstützen und durchführen sollte, kehrte Napoleon diesen gesunden Grundsatz in sein Gegenteil um. Die Imponderabilien, die Gefühle des eigenen Volkes und mehr noch der fremden Völker mißachtete er völlig; er verkannte, daß eine Zeit angebrochen war, in der ein großes Volk nicht schlechthin beherrscht werden kann, sondern geleitet werden muß. An der Ü b e r s p a n n u n g der Machtpolitik ist er gescheitert.

Mit vielen freundlichen Grüßen

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

An Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann-Hollweg, Hohenfinow.

Berlin, den 18. September 1918.

Eure Exzellenz!

Ich sende unter besonderem Umschlag, Euerer Exzellenz gütigem Wunsch entsprechend, meine Ausführungen zu einer Reform des Auswärtigen Amts.\* Sobald ich über meine Zeit freier verfügen kann als eben jetzt, werde ich eine Umarbeitung und Veröffentlichung der Niederschrift

---

\* s. o. S. 338 ff.

in die Hand nehmen, ohne mir zu verhehlen, daß, was in ihr richtig sein mag, mehr geschichtlichen als tagespolitischen Wert besitzt.

Der Mahrholzsche Aufsatz über den Pietismus des Geistigen, auf den Euere Exzellenz mich aufmerksam gemacht haben, hat mich um so mehr interessiert, als sich auch meine Gedanken und Empfindungen in der Richtung bewegen, vor welcher der Verfasser warnt. Ich glaube, daß nach dem Kriege zahllose Einsiedeleien in Deutschland entstehen werden, deren viele dem leiblichen Auge freilich nicht erkennbar sein werden; und daran wird weder der Tadel oder die Mahnungen Dritter, noch der eigene Wille etwas zu ändern vermögen; denn die mit Sicherheit zu erwartende, völlige Umwälzung der Verhältnisse wird Männern meiner Art und meines Alters eine ersprießliche und befriedigende Tätigkeit sowohl im Beruf, als auch im öffentlichen Leben schlechthin untersagen, so daß nur die Auswanderung in das Reich des Geistigen wird Rettung bringen können; und diejenigen werden sich glücklich nennen dürfen, welche in diesem Reich das Bürgerrecht besitzen oder erwerben. Ich bin sogar in sorgenvollem Zweifel, ob die junge Generation, die meiner Kinder, die schon gewisse überlieferte Anschauungen in sich aufgenommen hat, Elastizität genug besitzen wird, um sich in der neuen Welt zurechtzufinden.

Ich benutze mit Freuden diesen Anlaß, um Euerer Exzellenz wiederholt für die überaus lebenswürdige Aufnahme herzlich zu danken, die ich in Hohenfinow gefunden habe.

Mit der Bitte, dem Fräulein von Pfuel meine gehorsamsten Empfehlungen übermitteln zu wollen, und mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung, habe ich die Ehre zu sein

Euerer Exzellenz

ganz ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---



**Brief an den Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. von Krause, Berlin.**

Berlin, den 21. September 1918.

Hochverehrter Herr Staatssekretär!

Die immer allgemeiner werdenden Erörterungen über eine Umgestaltung der Regierung beschäftigen mich lebhaft und beunruhigen mich, da ich als Außenstehender über den wahren Stand der Dinge nur dürftig unterrichtet bin. Sie wollen mir einige Bemerkungen dazu gestatten.

Aus früheren Unterhaltungen ist Ihnen bekannt, daß ich es immer als höchst gefährlich empfunden habe, daß unsere ganze Politik nur auf einen völligen Sieg über unsere Feinde eingestellt gewesen ist und sich nur durch einen solchen hätte rechtfertigen lassen. Bei der heutigen Lage, deren durchgreifende Besserung schwerlich erwartet werden kann, ist die Gefahr entsprechend gewachsen, nicht nur im Hinblick auf die auswärtige Politik, sondern insbesondere wegen unserer inneren Verhältnisse. Daß wir schweren inneren Kämpfen entgegengehen, darf als sicher angenommen werden, um so mehr, als wir meiner Überzeugung nach eine ernste und langandauernde wirtschaftliche Depression zu gewärtigen haben. Die Verantwortung werden, mit Recht oder Unrecht, unsere extremen Parteien teils aus eigenem Antrieb, teils aufgehetzt durch das Ausland, der bisher regierenden Schicht aufbürden. Im Sinne der sozialen Frage ist es besonders bedenklich, daß ein großer Teil dessen, was man als Kapitalismus zu bezeichnen pflegt, nämlich die Schwerindustrie und einige ihr nahestehende Banken, ihren ganzen erheblichen Einfluß, aber auch ihre Geldmacht in den Dienst einer nunmehr als verfehlt erkannten Politik gestellt haben. Das wird dadurch nicht besser, daß man gerade diesen Kreisen schon vorgeworfen hat und nach Fortfall der Zensur mit noch größerer Schärfe vorwerfen wird, daß gerade sie es waren, die durch den Krieg, zu dessen Verlängerung und Verbitterung sie beigetragen haben, Riesenvermögen haben erwerben können.

Es würde mir außerordentlich bedenklich erscheinen, wollten die heute am Ruder befindlichen Faktoren dem Volke gegenüber allein die ungeteilte Verantwortung für alles bisher Geschehene und für den kommenden — milde gesagt — enttäuschenden Frieden tragen; ich würde es für bedenk-

lich halten im Interesse der Krone, für die innere Entwicklung und für die ganze Wirtschaftsordnung.

In ähnlichen ernsten Fällen hat man sich vielerorts mit der Einsetzung eines Koalitionsministeriums geholfen, wie es England noch im August 1914 getan hat. Dieses Mittel ist uns, die wir nur einen verantwortlichen Minister haben, versagt. Wenn auch die viel erörterte Einrichtung von Reichsministerien wünschenswert sein mag, würde m. E. eine grundlegende Verfassungsänderung in diesem Augenblick überhaupt eine sehr heikle Sache sein. Vor allen Dingen würden sich einer solchen Umgestaltung Widerstände entgegensetzen, deren Überwindung lange Zeit beanspruchen dürfte, während meiner Ansicht nach kein Tag verloren werden sollte. Überträgt man das eine oder andere Staatssekretariat einem Parlamentarier, so würde das bei der verfassungsmäßigen Stellung der Herren kaum mehr als ein Palliativ sein, über dessen Opportunität man immerhin streiten kann.

Ich sehe also kein anderes Mittel, als daß sich der Reichskanzler einen ständigen Ausschuß des Reichstags zur Seite stellt, mit dem er dauernd Fühlung hält, und der auch insbesondere dazu berufen sein soll, bei etwaigen Friedensverhandlungen beratend mitzuwirken. Ich bin darauf gefaßt, daß der Ausdruck „Wohlfahrtsausschuß“ fällt und unerquicklich wirkt; aber zu Empfindlichkeiten haben wir keine Zeit mehr.

Einen solchen Ausschuß denke ich mir möglichst klein. Grundsätzlich könnte man sich damit befreunden, das jeweilige Präsidium des Reichstages als solchen anzuerkennen, wenn nicht dadurch ohne weiteres wichtige und große Parteien ausgeschlossen blieben. In dem Ausschuß müßten vor allen Dingen die offiziellen Sozialdemokraten vertreten werden. Sollten sich die Konservativen, was durchaus nicht unmöglich ist, aus grundsätzlichen Bedenken ausschließen, so wäre es bedauerlich, aber in erster Reihe für diese Partei selbst.

Diese oder eine ähnliche Maßregel sollte, wie gesagt, möglichst rasch ergriffen werden und mit möglichst geschickter Inszenierung. Eine eigentliche Initiative des Kaisers würde ich für unrichtig halten, wohl aber müßte sein Einverständnis klar zutage liegen. Wenn Graf Hertling — worüber ich nichts weiß — wirklich im Begriffe steht, sein Amt niederzulegen, hätte sein Nachfolger, dessen Auswahl selbstverständlich unter voller Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse stattfinden muß, die beste Gelegenheit, gleich bei seinem Amtsantritt einen solchen volkstümlichen Schritt zu tun.

Ich schwärme nicht für die parlamentarische Regierung, obwohl man zugeben muß, daß Länder, die seit geraumer Zeit unter diesem System

leben, in diesem Krieg in jeder Beziehung Erkleckliches geleistet haben. Ich glaube ferner, daß der Übergang zum parlamentarischen System für Deutschland trotz aller Bedenken gerade so unaufhaltsam anmarschiert, wie in Preußen das auch nicht sympathische allgemeine und gleiche Wahlrecht. Vor allen Dingen bin ich der Überzeugung, daß uns kein theoretisches Bedenken blind machen darf vor der Not und den Erfordernissen des Tages. Daß eine volkstümlichere Gestaltung der Regierung und, wenn ich so sagen darf, ein Indossieren der Regierungsentschlüsse durch Volksvertreter die Haltung der feindlichen Regierungen beeinflussen wird, nehme ich allerdings nicht an; denn mir ist wohl bekannt, daß Wilson, Lloyd George und Clemenceau um ganz andere Dinge kämpfen, als um die Aufrichtung der Demokratie in Deutschland. Man darf aber auch jenseits der Grenzen zwischen Regierung und Volk unterscheiden. Die genannten Regierungen haben sich so stark machen können, weil es ihnen gelungen ist, ihre Völker durch Vorspiegelungen mannigfacher Art fest an sich zu ketten, wobei ihnen freilich niemand bessere Dienste geleistet hat als wir selbst. Ganz gleichgültig ist es also auch im Sinne der auswärtigen Politik nicht, wenn man wenigstens gewisse Vorwände aus der Welt schafft, mit denen die Ententestaatsmänner hausieren gehen.

Ich bitte, diesen Erguß zu verzeihen. Über diese Dinge würde ich gern mündlich mit Ihnen gesprochen haben, wenn Sie einmal etwas freie Zeit haben. . . .

Mit angelegentlichen Empfehlungen und in aufrichtiger Verehrung verbleibe ich

Euerer Exzellenz

ganz ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---



### III.

Briefe und Aufzeichnungen  
aus der Zeit  
nach dem Zusammenbruch.



**Brief an Wirkl. Geh. Rat Professor Dr. von Harnack, Berlin.\***

Berlin, den 11. Dezember 1918.

Euere Exzellenz!

Ich bitte, mich zu dem Präsidialrundsreiben vom 6. Dezember in privater Form äußern zu dürfen.

Es ist in vollem Umfange richtig, daß die Förderung der Wissenschaften mehr als je unserem Vaterlande nötig ist, nicht im Sinne einer Zierde, noch zur Erhöhung vorhandener Güter, sondern nötig als Lebensbedürfnis. Deutschlands militärisch-politische Macht ist dahin, seine wirtschaftliche Kraft ist gebrochen; mit den weniger erfreulichen Nebenerscheinungen des Reichtums sind auch die kulturellen Errungenschaften vernichtet, die mit einem gewissen Überfluß verbunden zu sein pflegen: le superflu — chose très nécessaire. So tief mich das Unglück des Vaterlandes niederbeugt, schmerzlicher noch empfinde ich seine Schmach. Es läßt mich nicht zur Ruhe kommen und zehrt an mir mit bitterem Gram, daß der deutsche Name fast in aller Welt Gegenstand des Abscheus und der Verachtung geworden ist. Wenn es noch etwas gibt, was uns aus der Erniedrigung retten kann, dann ist es die deutsche Wissenschaft. Ihr ist die Aufgabe gestellt, uns wieder die Achtung der übrigen Menschheit zu erringen, deren wir bedürfen, um den Kopf wieder aufrecht tragen zu können. Glückliche, wer dabei mitwirken kann! Mir ist es nicht vergönnt; aber um so dankbarer wäre ich Ihnen, verehrteste Exzellenz, wenn Sie mich im Rahmen unserer Gesellschaft oder sonst zu bescheidenen Nebendiensten heranzögen.

Ich denke dabei auch an politische Dinge. Denn eine Pseudodemokratie nimmt der Wissenschaft gegenüber schon eine bedrohliche Haltung ein, in dem nicht ganz unberechtigten Mißtrauen, die Wissenschaft möchte immer aristokratische Elemente in sich tragen.

Was die Wirkungen angeht, welche die Änderung der Regierungsform auch auf unsere Gesellschaft ausübt, so ist es klar, daß § 1 der Satzungen in der bisherigen Fassung nicht bestehen bleiben kann, und daß die nächste Mitgliederversammlung mit der Frage zu befassen sein wird. Es liegt also noch einige Zeit vor uns, binnen derer die Entwicklung abgewartet werden

---

\* Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in Berlin.



mag. Ich würde es aber gern sehen, wenn nicht ein äußerer Zwang uns nötigte, den Namen zu verändern. Es liegt mir ganz fern, eine völlig zwecklose Demonstration empfehlen zu wollen; ein Unternehmen, das seinen wissenschaftlichen Charakter stets so deutlich hervorgehoben hat, wäre dazu auch so ungeeignet wie möglich. Aber wenn auch Kaiser Wilhelm den Gedanken, die Gesellschaft ins Leben zu rufen, nicht selbst hervor gebracht hat, so hat er ihn nicht nur in seiner Bedeutung erfaßt, sondern er hat nach Kräften zu seiner Verwirklichung geholfen. Man wird es heute nicht Byzantinismus nennen, wenn ich sage, daß ohne den Kaiser und sein Eingreifen die Gesellschaft sicherlich nicht in so kurzer Zeit das geworden wäre, was sie ist. Ich würde es also als angenehm und angemessen empfinden, wenn wir den Namen Kaiser Wilhelm in dankbarer Erinnerung weiter führten, wobei ich ängstlichen Gemütern noch das Wort „dankbar“ preisgeben würde.

In vorzüglicher Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Euerer Exzellenz  
aufrichtig und verehrungsvoll ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

### **Über Deutschlands finanzielle Leistungsfähigkeit.**

(Aus einer Ansprache.)\*

15. 1. 1919.

Die finanzielle Weltstellung Deutschlands war bis zum Ausbruch des Krieges eine gesunde und befriedigende. Deutschland befand sich auf finanziellem Gebiete mit anderen Ländern in friedlichem Wettbewerb sowohl in bezug auf die Unterbringung fremder Anleihen auf heimischem Markte als auch in bezug auf Unternehmen verschiedener Gattung in auswärtigen Wirtschaftsgebieten, wie Gründung von oder Beteiligung an Banken, Eisenbahnen usw. Die uns feindliche Presse hat es sich nicht versagen können, auch unsere finanzielle Tätigkeit so darzustellen, als hätten wir ungebührlichen Herrschaftsgelüsten gefrönt und andere in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland zu bringen getrachtet. Aber jeder, der die Verhältnisse kennt, muß wissen, daß diese Behauptungen, in denen ich auch nichts anderes sehe als eines der vielen derartigen Kriegsmittel, vollkommen haltlos sind.

---

\* Auf Grund der stenographischen Niederschrift.

Frankreich war uns erheblich überlegen durch die Sparkraft seines Volkes. Es stellte der heimischen Industrie weniger Mittel zur Verfügung, als es in Deutschland geschah. Es konnte also für die Unterbringung ausländischer Werte mit größerer Kraft auftreten, und Paris galt unbestritten als der führende Emissionsmarkt. Die französische Regierung hat systematisch diese Gunst der Lage zur Erlangung nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Vorteile ausgenutzt, ein Verfahren, das deutscherseits nie geübt worden ist. Daß die französischen Banken in viel größerem Umfange als die deutschen Kreditinstitute über die ganze Erde ein Netz von Zweiganstalten gezogen haben, ist allgemein bekannt.

Was England angeht, so war zwar in den letzten Jahren die Unterbringung auswärtiger Anleihen nicht mehr so leicht vonstatten gegangen wie ehemals; es hatte aber seine alte Monopolstellung als Kommissionär der ganzen Welt durchaus behauptet, und der Pfundsterlingwechsel war immer noch das weitaus wichtigste Zahlungsmittel im internationalen Verkehr. Wenn für diese Sonderstellung eine Gefahr im Anzuge war, so drohte sie nicht etwa von Deutschland, sondern von Amerika und von dessen wohl vorbereiteter und glänzend durchgeführter Bankgesetzgebung, die kurz vor dem Kriege zum Abschluß gelangt war.

Stünde mir mehr Zeit zur Verfügung, würde es mir ein leichtes sein, durch Tatsachen eingehend nachzuweisen, daß von Herrschaftsgelüsten der deutschen Finanz im entferntesten nicht die Rede gewesen ist, und daß die Länder, in welchen deutsches Kapital arbeitete, sich wohl dabei befunden haben. Es sei nur beispielshalber darauf verwiesen, daß in der angeblich von Berlin aus wirtschaftlich geknechteten Türkei das weitaus stärkste und mit dem Monopol der Notenausgabe ausgestattete Bankinstitut die Banque Ottomane war, innerhalb welcher der französische Einfluß schlechthin ausschlaggebend war, kein Deutscher überhaupt etwas zu sagen hatte, daß der Vorsitz der internationalen Schuldenverwaltung, der Administration de la Dette Publique Ottomane, trotz der großen deutschen Interessen niemals einem unserer Landsleute zufiel, sondern zwischen Franzosen und Engländern abwechselte. In den Verlautbarungen der fremden Staatsmänner werden Anschuldigungen gegen das Auftreten der deutschen Finanz nur vereinzelt laut; sie werden insbesondere nicht erhoben von dem Präsidenten Wilson, der mit Vorwürfen gegen Deutschland sonst nicht kargt. Wenn vielmehr Mr. Wilson in seiner Adresse vom 8. Januar 1918 äußert: „Wir mißgönnen Deutschland keine Leistung, noch Auszeichnung der Gelehrsamkeit oder friedlicher Unternehmung, wie sie seine Geschichte sehr hell

und sehr beneidenswert machen,“ so sehe ich keinen Anlaß, diese Stelle nicht auf unsere finanzielle Tätigkeit zu beziehen, sowie eine andere Äußerung, die von Deutschlands legitimer Macht und Einflußnahme spricht.

Mit der ehemaligen finanziellen Weltstellung Deutschlands ist es vorbei. Die Schäden des Krieges, die ungeheuren Schulden, die gesunkene Markwährung machen es auf viele Jahre hinaus unmöglich, daß Deutschland mit seinen glücklicheren Nebenbuhlern wieder in Wettbewerb tritt. Die inneren Anleihen des Reiches sind nicht nur zu einer geradezu phantastischen Höhe angewachsen, sondern zum ersten Male sehen wir uns auch dem Auslande gegenüber verschuldet für eine Summe von mehreren Milliarden, Schulden, die durch die Valutaverhältnisse noch besonders drückend geworden sind. Es wird daher der äußersten Anspannung aller Kräfte bedürfen, um Verzinsung und Tilgung zu leisten. Wenn von Milliarden die Rede ist, so bitte ich, die Gewohnheiten der letzten Jahre zu vergessen, während welcher die Zahlen ihren Sinn verloren zu haben schienen, und sich an die früheren Zeiten zu erinnern, in denen die Unterbringung von einigen hundert Millionen Reichsanleihe eine nicht ganz leichte Unternehmung darstellte. Ich bitte ferner, in Betracht zu ziehen, daß die gesamte Volkswirtschaft Deutschlands in einer Weise geschwächt und — *sit venia verbo* — ausgepowert ist, wie es schwerlich jemals in der Geschichte erlebt worden ist. Gewiß durften wir auf die Erfolge der Kriegsanleihen stolz sein. Sie waren ein hocherfreuliches Zeichen der Zuversicht sowohl als auch des Opfermutes. Sie bedeuteten aber, wie einer meiner klugen Freunde gesagt hat, in praxi die Liquidation der Volkswirtschaft.

Zu den vorhandenen müssen nun so bald wie möglich neue Schulden hinzutreten. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen muß tunlichst beschleunigt werden. Wir können sie nicht bezahlen und sie nur auf Kredit erhalten. Auch hier handelt es sich wieder um Beträge, die sich auf viele Milliarden beziffern. Um das Unglück voll zu machen, sind wir des weiteren in die Notwendigkeit versetzt, Summen, die wir nicht schätzen können, die aber jedenfalls sehr beträchtlich sein werden, für angerichtete Kriegsschäden zu erlegen. Denn, wie die Herren alle wissen, ist der Grundsatz, daß solche Entschädigungen zu leisten sind, durch den Waffenstillstandsvertrag bereits angenommen worden.

Für die Kredite, deren wir bedürfen, um Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten, sind wir selbstverständlich auf den guten Willen anderer Staaten angewiesen, voraussichtlich in erster Reihe Amerikas. Was die Entschädigungen angeht, so bringt es unsere traurige politische und mili-



tärische Lage mit sich, daß wir bis zu einem gewissen Umfange auf die Bedingungen eingehen müssen, welche uns von den Feinden gestellt werden. Aber sofern alle Kundgebungen und Äußerungen über Recht und Unrecht, die wir seit 4½ Jahren gehört haben, einen Sinn in sich schließen, sind den feindlichen Ansprüchen Grenzen gezogen.

Dem Abschlusse des Waffenstillstandes ist ausdrücklich die Bestimmung zugrunde gelegt worden, daß die von dem Präsidenten Wilson aufgestellten 14 Punkte und später von ihm gemachten Zusätze die Richtschnur für den künftigen Frieden zu bilden hätten. Ein Verlassen dieses Bodens wäre ein an dem deutschen Volke begangener Vertrauensbruch.

Wenn in den mehrfachen Reden und Noten Mr. Wilsons von Gerechtigkeit, von Gleichstellung Aller in dem neu zu gründenden Völkerbund die Rede ist, so ist offenbar das erste, was Deutschland verlangen kann und muß, die Möglichkeit, als Wirtschaftskörper fortzuleben und, wenn auch in weiter Zukunft, wieder einen Platz unter den Nationen einzunehmen, zu welchem ihm seine früher sattem bewiesene kaufmännische Tüchtigkeit einen Anspruch gibt. Schon die bloße Fortexistenz wäre aber mit einem Schlage unmöglich gemacht, wenn das Deutsche Reich aufhörte, zahlungsfähig zu sein, wenn die im neutralen Auslande aufgenommenen Schulden oder die Kriegsanleihen durch übertriebene dem Reich aufgebürdete Lasten notleidend gemacht würden. Die bloße Tatsache, daß das Deutsche Reich bankrott wäre, müßte einen so verderblichen moralischen Einfluß hervorrufen, daß er allein schon genüge, um ein Wiederaufleben auch unserer privaten Wirtschaft auf unabsehbare Zeit unmöglich zu machen. Aber mehr als das! Sollten die Reichsschatzanweisungen aufhören, vollwertig zu sein, so würden wir im Innern einen Zusammenbruch erleben, der das Wort Ben Akibas Lügen strafen würde. Sämtliche großen Banken, Sparkassen, öffentliche und private Institute wären nicht etwa bedroht, sondern schlechthin vernichtet. Wir würden in einen Abgrund stürzen, aus welchem weder eigene, noch fremde Kraft uns je wieder herausziehen könnte. Wenn also die Höhe der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen bemessen und die Zahlungsbedingungen festgesetzt werden, muß unbedingt darauf gehalten werden, daß die bereits bestehenden Reichsschulden gleichsam als erste Hypothek stehen bleiben.

Wie schnell es möglich sein und gelingen wird, nach Einkehr des Friedens im Auslande, sei es im neutralen oder im feindlichen, wieder Beziehungen anzuknüpfen, vermag niemand vorherzusagen. Sicher ist, daß wir es anstreben müssen. Ebenso sicher ist es, daß Präsident Wilson

die feste Zusage gegeben hat, einem solchen Streben kein Hindernis in den Weg legen zu lassen, mit der alleinigen einschränkenden Bedingung, daß sich Deutschland einem Völkerbunde anschließt, eine Bedingung, zu deren Annahme sich Deutschland in vollem Umfange bereit erklärt hat.

Sowohl der Punkt 3 der Kongreßrede vom 8. Januar als auch Punkt 2 der Rede vom 27. September 1918 verwirft ausdrücklich jeglichen wirtschaftlichen Boykott und Sonderabmachungen, die einer Gruppe zum Nutzen und einer anderen zum Schaden gereichen können. Wichtiger noch ist ein Passus aus der Rede vom 8. Januar 1918, welcher besagt: „Wir wünschen nur, daß Deutschland unter den Völkern der neuen Welt, in der wir leben, einen Platz der Gleichberechtigung einnimmt statt eines Herrscherplatzes. We wish her to accept, wir wünschen, daß es annimmt,“ das heißt: „wir bieten an“ und nicht, wie es in der amtlichen Übersetzung heißt: „Wir wünschen Deutschland nur einen gleichberechtigten Platz.“ Der Unterschied ist erheblich. Präsident Wilson macht uns ein Angebot, das anzunehmen wir jeden Anlaß haben.

Die deutsche Finanzwelt kann auf Grund dieser Zusagen erwarten, daß ihr in keiner Weise und in keiner Form verwehrt werde, nach dem Kriege wie ehemals auf der ganzen Welt mit ihren Berufsgenossen in einen friedlichen Wettbewerb der kaufmännischen Tüchtigkeit zu treten. Freilich wäre damit nicht genug getan, daß sich die jetzt noch gegnerischen Regierungen und Völker neuer feindseliger Handlungen enthalten, sondern es müßte die Wiederanknüpfung an den alten Zustand ermöglicht werden. Es wäre unvereinbar sowohl mit dem Grundsatz der Gerechtigkeit als auch mit den uns gemachten Zusagen, wenn die Liquidation deutscher Unternehmungen aufrechterhalten bliebe, oder wenn gar, wie hier und da in der ausländischen Presse als eine in Betracht zu ziehende Maßregel erwähnt worden ist, deutsches Privateigentum in irgendeiner Form von den feindlichen Regierungen in Anspruch genommen würde.

Wenn auch die Feinde ihre Ansprüche innerhalb der Grenzen von Vernunft und Billigkeit halten, befinden wir uns doch einer Aufgabe gegenüber, die unendlich schwer und ernst ist, und es drängt sich mir zum Schluß die Frage auf, ob denn Deutschland überhaupt zu ihrer Lösung in der Lage ist.

Es bedarf keiner näheren Ausführung, daß die erste Voraussetzung für jede Art von wirtschaftlicher Leistung darin bestehen muß, daß wir nicht nur Frieden nach außen hin erhalten, sondern auch Frieden im Innern. Der Kaufmann muß in der Lage sein, seine Verfügungen im Gefühl der persönlichen Sicherheit zu treffen; er bedarf der Freiheit, die nach Goethe in der

Möglichkeit besteht, jederzeit das Vernünftige zu tun, und diese Freiheit darf weder von der Obrigkeit noch von anderer unverantwortlicher Seite angetastet werden.

Die Frage, ob das Deutsche Reich seinen Verpflichtungen den eigenen Untertanen und auch den Feinden gegenüber in vollem Umfange wird nachkommen können, hat man auf feindlicher Seite vereinzelt zu beantworten gesucht auf Grund bekannter, vor dem Kriege vorgenommener Schätzungen des Volksvermögens. Ich habe diesen Schätzungen von jeher durchaus skeptisch gegenüber gestanden und ihnen nie einen anderen als einen beschränkten theoretischen Wert zuerkennen können. Für Zahlungsverpflichtungen an das Ausland haben diese Aufstellungen aber überhaupt keine Bedeutung, da es sich zum überwiegenden Teil um Werte handelt, die für den internationalen Verkehr nicht in Betracht kommen. Eine neue Überprüfung würde aber ergeben, daß eine große Zahl von Aktiven durch den Krieg und seine Folgen, sei es verschwunden, sei es stark entwertet worden ist. Wie denn zum Beispiel ein Fabrikgebäude zwar sehr wertvoll sein kann, wenn und solange das Geschäft blüht, aber nur noch den Abbruchwert besitzt, sobald das Geschäft zum Erliegen kommt.

Daß es ohne harte Opfer nicht abgehen kann, liegt auf der Hand. Die Steuern und Abgaben werden und müssen eine bisher nie und nirgends dagewesene Höhe erreichen. Von maßgeblicher Stelle ist die Absicht verkündet worden, mit der Besteuerung da Halt zu machen, wo Gefahren für den Unternehmungsgeist zu drohen beginnen. Ich will hoffen, daß es den gesetzgebenden Faktoren glückt, in dieser Hinsicht das Richtige zu treffen. . . . Andernfalls würde nicht nur, wie richtig vorausgesehen wird, der Unternehmungsgeist und das Schaffen neuer Werte unterbunden werden, sondern es würde sich auch herausstellen, daß die heute noch vorhandenen Steuerquellen binnen weniger Jahre versiegen.

Jeder muß Opfer bringen, nicht nur weil er dazu gezwungen werden kann, sondern weil die Not des Vaterlandes es verlangt. Und ich möchte an meine Mitbürger die Mahnung richten, daß sie wenigstens in diesem Falle die Würde zeigen möchten, welche in der Katastrophe der letzten Monate zur tiefen Beschämung jedes deutsch empfindenden Menschen so oft vermißt worden ist. Es darf niemand, ob jung oder alt, der noch einige Kraft in sich fühlt, bei Seite treten, sondern jeder muß die Pflicht in sich fühlen und sich ihr widmen, daß er für den Wiederaufbau Deutschlands und seines Wirtschaftslebens das herzugeben hat, was etwa noch in ihm steckt. Trotz allem, was wir erlebt haben, will ich nicht daran verzweifeln, daß das



deutsche Volk, und zwar in seiner Gesamtheit, zu der Erkenntnis gelangt, daß es im Interesse seiner Wiederaufrichtung zu der alten Gepflogenheit und Tugend der Arbeitsamkeit zurückkehren muß, ja, daß wir alle nicht ebensoviel wie früher, sondern mehr arbeiten müssen. Bricht sich diese Überzeugung Bahn, dann werden wir wieder auf dem Wege nach oben sein, und dann wird Deutschland, sei es früher oder später, wieder den Platz einnehmen, der ihm gebührt.

---

**Brief an den Verlagsbuchhändler Otto Kröner,  
Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Union Deutsche Verlagsgesellschaft,  
Stuttgart.**

Berlin, den 21. Oktober 1919.

Sehr geehrter Herr!

Wenn ich mir im folgenden gestatte, über die geplante Herausgabe des 3. Bandes der „Gedanken und Erinnerungen“ einiges zu bemerken, so wollen Sie meine Aktivlegitimation darin erblicken, daß meine Firma und meine Familie seit Jahrzehnten dem Hause Bismarck nahegestanden haben, daß ich mich des persönlichen Vertrauens der beiden ersten Fürsten und auch ihrer Erben habe erfreuen dürfen, vor allem aber darin, daß ich ein Deutscher bin.

Es ist mir bekannt, daß die Familie Bismarck, insbesondere die Frau Fürstin, mit der Veröffentlichung nicht einverstanden ist. Darüber zu rechten, inwieweit diese Tatsache Sie beeinflussen kann, steht mir nicht zu; ebensowenig will ich mich über die Rechtsfrage äußern, schon darum nicht, weil ich sie nicht zu übersehen vermag. Aber ich frage mich vergeblich, was Sie zu dieser Veröffentlichung veranlaßt.

Der Wunsch, ein einträgliches Geschäft zu machen, kann nicht der Antrieb sein: es ist noch nicht viele Jahre her, daß ich mich mit dem verstorbenen Herrn Köbner\* über eben diesen 3. Band unterhalten habe und er mir gesagt hat, daß die Firma Cotta ihre eigenen Überlieferungen und die Person des Fürsten Bismarck zu hoch hielte, um nicht im Zusammenhang

---

\* Direktor im Hause Cotta.

mit diesem Werk ihre rein geschäftlichen Interessen zurückzustellen. In dieser vornehmen, aber für ein Unternehmen solchen Ranges nicht erstaunlichen Auffassung hat sich gewiß nichts geändert.

Ich frage mich ferner, ob es Ihnen nicht so klar ist wie mir und vielen anderen, daß die Herausgabe des 3. Bandes den Ansichten und Absichten des Fürsten Bismarck widerspricht und daß sie Deutschlands Interessen zuwiderläuft.

Es ist natürlich unbestreitbar, daß Bismarck dem Kaiser bis zuletzt mit der schärfsten Kritik und trotz der äußerlichen Versöhnung auch mit Groll gegenübergestanden hat. Ich hege aber keinen Zweifel, daß sich Bismarck zu dem unglücklichen Kaiser ganz anders gestellt haben würde als zu dem auf der Höhe der Macht befindlichen. Es darf nicht vergessen werden, daß uns noch immer die Schmach droht, den ehemaligen Herrscher Deutschlands vor ein ausländisches Gericht gezogen zu sehen; und in diesem Augenblick den Kaiser ohne Zwang bloßzustellen, das hieße ganz sicher nicht in Bismarcks Sinne handeln. Dazu kommt, daß der Fürst, wie es bei seiner ganzen politischen Auffassung nicht anders sein konnte, die Person dieses einzelnen Kaisers einerseits, die Dynastie und den monarchischen Gedanken andererseits genau unterschieden hat. Das Ansehen des letzteren untergraben zu wollen, wäre ihm nicht eingefallen, und erst recht nicht unmittelbar nach dem Sturze des Thrones, auch wenn er dessen Wiederaufrichtung für durchaus problematisch gehalten hätte.

Hier berühren sich m. E. Bismarcksche Gedanken mit deutschen Interessen. Ich halte es für einen verhängnisvollen Fehler, die Schuld an dem Ausbruch, an der langen Dauer und an dem unglücklichen Ausgang des Krieges der Kaiserlichen Regierung in die Schuhe schieben zu wollen, ganz abgesehen davon, daß es geschichtlich falsch ist. Es gibt vielleicht verstiegene Ideologen, die meinen, daß uns ein Schuldbekenntnis des ancien régime im Ausland Freunde werben werde. Das Gegenteil wird erreicht werden. Andere — und das ist die Mehrzahl derer, die nach dem Staatsgerichtshof schreien — scheren sich nicht viel um das Deutsche Reich, sondern handeln lediglich in der Absicht, durch die moralische Vernichtung all dessen, was monarchisch, konservativ und liberal gewesen ist, die Herrschaft ihrer Partei fest zu begründen. Das ist zu verurteilen, aber verständlich, so wie es hingenommen werden muß, wenn Mr. Davis, um den Kaiser in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, ein Buch verfaßt. Aber Bismarck gehört nicht in diese Gesellschaft; denn er war weder Ideologe, noch radikaler Parteipolitiker, noch amerikanischer Zahnarzt. Und sollten die

Rechtsnachfolger des altehrwürdigen Hauses Cotta Bismarck nicht lieber von dem Tagesgezänk ferngehalten sehen? Die Gegenwart ist so tief traurig, die Zukunft so düster; was bliebe uns, wenn wir uns nicht an der großen Vergangenheit Deutschlands trösten und aufrichten können!

Ich verbleibe mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Ihr ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an Geh. Rat Prof. Dr. Erich Marcks, München.\***

Berlin, den 17. November 1919.

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Seit 1½ Jahren habe ich oft Ihrer und unserer Gespräche gedacht, wollte Sie aber nicht mit Briefen behelligen, da Sie um so sorgenvoller sein müssen, je klarer Sie sehen. Heute nun will ich Ihnen eine Frage, vielleicht eine Anregung unterbreiten, die mir am Herzen liegt.

Sicherlich haben Sie nicht anders als ich den parlamentarischen Untersuchungsausschuß, seine Einsetzung, seine Zusammensetzung und seine Tätigkeit mit wachsendem Unmut beobachtet und seinem angeblichen Zweck, der Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen, mit Skepsis gegenüber gestanden.

Angenommen, ein Jünger der Geschichtswissenschaft, einem neutralen Lande angehörig und losgelöst von jeder Parteipolitik, unternähme es, die Wahrheit über wichtige Epochen des Weltkrieges auf Grund derselben Urkunden und Auskünfte festzustellen, welche dem Ausschuß zu Gebote stehen, so würde man ihm entgegenhalten dürfen: „Dein Material ist wertvoll, aber dem Ziel Deiner Wünsche bist Du seit dem Beginn Deiner Mühen nicht wesentlich nähergerückt; es handelt sich nur zu einem geringen Teil um Tatsachen und zum größeren Teil um Urteile und Erwägungen, in bezug auf welche die Auffindung der Wahrheit im gerichtlich-rechtlichen, objektiven Sinne auch durch die offenherzigsten Bekenntnisse der beteiligten Personen nicht statthaben kann; denn niemand vermag nach Monaten oder

---

\* Professor der Geschichte an der Universität München bzw. Berlin.



Jahren genaue Rechenschaft darüber abzulegen, welche Beweggründe ihn zu seinen Entschlüssen geführt haben, noch dazu im Drange der Arbeit und unter der Last schwerer Verantwortung; ferner ist Dein Material durchaus lückenhaft, solange nur in Berlin und nicht auch in Washington, Paris, London usw. die Akten geprüft und die leitenden Männer eidlich vernommen worden sind; endlich darfst Du kaum Dir selbst gegenüber, geschweige denn coram mundo, ein abschließendes Urteil zu fällen wagen, Du hättest denn zuvor den Befähigungsnachweis dafür erbracht, daß Du ein gründliches Verständnis für geschichtliche Zusammenhänge, Einblick in den politisch-diplomatischen Betrieb und die seltene Gabe der Menschenkenntnis besitzt.“

Ist eine solche Mahnung berechtigt, was soll man zu diesem Ausschuß und zu seiner Anmaßung und Parteilichkeit sagen!

Falls Sie, verehrter Herr Geheimrat, meine Ansicht teilen, werden Sie auch mit mir der Meinung sein, daß es notwendig ist, dem deutschen Volke in diesem Sinne eine Belehrung zu geben. Das kann in wirksamer Weise nur geschehen durch einen Historiker, der als solcher allgemein geachtet und anerkannt ist, und der weder als Publizist (im engeren Verstande), noch als Parteipolitiker gilt. Ob es sich empfiehlt, daß mehrere solcher Männer eine gemeinsame Erklärung erlassen, bleibe dahingestellt: ich meine nicht, daß es erforderlich wäre. Namen zu nennen, erübrigt sich — à bon entendeur salut.

Daß der 3. Band der „Gedanken und Erinnerungen“ gerade jetzt herauskommen soll, beklage ich. Mit Friedrichsruh, Varzin und Stuttgart\* habe ich dieserhalb einen lebhaften Briefwechsel geführt. Die Familie Bismarck, besonders die Fürstin, ist über Cottas Vorgehen empört, ihr fehlt es aber an genügenden Handhaben, um die Veröffentlichung zu verhindern.

Mit angelegentlichen Empfehlungen bin ich

aufrichtig und verehrungsvoll der Ihrige

P a u l S c h w a b a c h.

---

\* Vgl. vorstehenden Brief, S. 376 ff.

## Deutschlands außenpolitische Aufgabe.

(Aufzeichnung)

Berlin, im November 1919.

Wenn häufig behauptet wird, daß Deutschland auf lange hinaus auswärtige Politik weder treiben dürfe noch könne, erklärt sich das daraus, daß von jeher in weiten Kreisen unseres Volkes das Verständnis für auswärtige Dinge mangelhaft gewesen ist, und besonders innerhalb der seit einem Jahr zur Herrschaft gelangten Schichten. Richtig ist das schnurgerade Gegenteil jener Behauptung: der Versailler Vertrag gibt den Feinden das Recht, in zahlreiche und bedeutsame innere Angelegenheiten des Deutschen Reiches einzugreifen; wir können kaum ein richtiges Gesetz erlassen, kaum eine wirtschaftliche Maßregel von größerer Tragweite treffen, ohne dabei auf das Ausland zu blicken. Mit andern Worten: die auswärtige Politik hat nicht eine geringere, sondern eine unendlich größere Bedeutung als ehemals, freilich nicht im Sinne der großen, leider mißverstandenen oder nicht beachteten Lehre Bismarcks, der eine Politik des in übersehbaren Fristen Erreichbaren trieb, während seit seinem Abgang nur das im jeweiligen Augenblick Angenehme oder Wünschenswerte den Ausschlag gab.

Eine gleichermaßen gesteigerte Bedeutung besitzen heute die diplomatischen Personalien; ihnen ist um so größere Aufmerksamkeit zu schenken, als unser neues Regierungssystem offenbar die Gefahr in sich schließt, daß bei den Ernennungen andere Beweggründe als die Eignung des Bewerbers mitsprechen. (Nebenbei und ohne nähere Begründung sei bemerkt, daß es irrtümlich ist, wirtschaftliche Erfahrung für das Um und Auf eines Diplomaten zu halten: wirtschaftliche Kenntnisse sind in hohem Grade nützlich, das Bewußtsein ihrer Bedeutung ist unentbehrlich, die Hauptsache aber bleibt die Fähigkeit, wirtschaftliche Interessen und Vorgänge politisch zu beurteilen und zu behandeln). — Besondere Sorgfalt ist auf die Besetzung sogenannter kleinerer Posten zu verwenden, wie den Haag oder Christiania, nicht nur weil sich von dort aus geschäftliche Fäden anknüpfen lassen, sondern um mit Hilfe der Neutralen in den feindlichen Ländern politisch Fühlung zu nehmen. In der nächsten Zukunft schon

wäre es möglich und vielleicht weise, auf solchem Wege darüber eine Verständigung unter der Hand herbeizuführen, wer als deutscher Vertreter in die feindlichen Hauptstädte zu entsenden wäre.

Die Zeiten, in denen Deutschland die Wahl hatte, sich nach Osten oder nach Westen zu orientieren, sind vorüber. Der Haß und die Rachsucht der Franzosen kennen keine Grenzen, und an eine Aussöhnung mit England ist nicht zu denken; es haben sich aber auch die Verhältnisse von Handel und Industrie von Grund auf zu unseren Ungunsten verschoben. Der Verlust der Handelsflotte wird hoffentlich dermaleinst wettgemacht werden, aber wir haben Märkte verloren, die ehemalige Überlegenheit der deutschen Technik ist auf wichtigen Gebieten beseitigt; die Arbeiterfrage mag in andern Ländern ernste Schwierigkeiten bereiten, jedoch — in Betrübnis sei es gesagt — ein Appell an die vaterländische Gesinnung, ein Hinweis auf die Gefährdung der heimischen Wirtschaft durch eine fremde würden, zum mindesten gegenüber angelsächsischen Arbeitern, wirksamer sein als hierzulande. — Was Amerika angeht, so herrscht dort durchaus keine deutschfreundliche Stimmung, und viele Dinge, die uns lebenswichtig sind, wie die Danziger oder die schlesische Frage, lassen den Yankee kühl. Indessen sind bereits Anzeichen dafür vorhanden, daß eine nicht allzu ferne Zukunft eine Wendung zum Besseren bringen wird, deren wirklicher Eintritt und Umfang naturgemäß davon abhängt, ob unsere eigene Entwicklung Vertrauen einzuflößen vermag. Die Amerikaner werden nicht abgeneigt sein, in lebhaften geschäftlichen Verkehr mit Deutschland zu treten und darüber hinaus uns sogar auf politischem Gebiet zu unterstützen — nicht um unserer schönen Augen willen, sondern infolge des sich mehr und mehr ausbildenden Gegensatzes gegen England, dessen ungeheurer Machtzuwachs ihnen unheimlich wird und von dem sie insbesondere für ihre junge Handelsreederei Gefahr wittern.

Es muß selbstverständlich unser Bestreben sein, jeden Vorteil einzuheimsen, den Amerika uns bietet, indessen hat ein ausschließliches Verhältnis zu ihm das Bedenken, daß in jeder Hinsicht, politisch, finanziell und wirtschaftlich, Deutschland der schwächere und der empfangende Teil wäre. Deshalb müssen wir die Blicke nach Osten, auf Rußland wenden, in der Voraussetzung, daß über kurz oder lang dort Ordnung herrschen wird. Rußland kann uns nach der Zerstörung seiner Industrie ein ungeheures Absatzgebiet sein und uns gleichzeitig mit den wichtigsten Lebensmitteln und Rohstoffen versehen. — Betrachtet man einen engen Zusammenschluß von Rußland und Deutschland als das Ziel unserer auswärtigen Politik, so darf man



sich den Ernst der Schwierigkeiten, die seiner Erreichung im Wege stehen, nicht verhehlen. In Zukunft wird es keine deutsch-russische Grenze geben — die Wegnahme Memels verfolgt gerade diesen Zweck —, und die baltischen Häfen genügen nicht annähernd für den Güterverkehr zwischen beiden Reichen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Polen in das System einzubeziehen; denn obgleich theoretisch Eisenbahntarifverträge ausreichen, um die Durchfuhr nach Ost und West zu ermöglichen, liegt jedoch auf der Hand, daß derartige Sonderabmachungen nicht die rechte Wirkung haben können, solange sie nicht ein Teil eines allgemeinen Einverständnisses sind. — Die Polen sind, wie anscheinend alle „befreiten“ Völker durch die Behandlung, welche die Entente ihnen widerfahren läßt, enttäuscht und würden gewiß gern mit sich reden lassen; Deutschland soll gewiß nicht auf seine gerechten Ansprüche verzichten; es kann sie aber vorderhand nicht geltend machen und darf sich durch sie nicht davon abhalten lassen, mit den Polen vorläufige politische Geschäfte zu machen. Sollte aber in Rußland eine halbwegs konservative Regierung ans Ruder kommen, so müßte auf eine ausgesprochen antipolnische Richtung gerechnet werden, und es würde nicht leicht sein, die Gegensätze zu überbrücken. — Ernster ist die Frage, wie sich die Entente zu einer deutsch-russischen Annäherung stellen wird. Franzosen und Engländer werden es mit scheelen Augen ansehen, wenn wir uns in Rußland und Polen betätigen erstens, weil sie dort gern selbst den Rahm abschöpfen, zweitens, weil sie ein Wiedererstarken Deutschlands grundsätzlich zu verhindern entschlossen sind, drittens, weil ihnen die Entstehung eines östlichen Blocks für eine fernere Zukunft bona fide bedrohlich erscheinen kann. Dazu kommt, daß die Staatsfinanzen Deutschlands, Rußlands und Polens in einige Ordnung gebracht sein müßten, bevor eine wirksame politische Arbeit unter ihnen geleistet werden kann. Aus allem diesem folgt, daß, solange die Entente in sich geschlossen und so übermächtig ist wie heute, die größte Vorsicht am Platze ist; denn unsere Feinde sind stark genug, unsere Pläne zunichte zu machen, sei es durch rohe Gewalt, sei es durch als Wohltaten aufgeputzte Unterstützungen, die sie den Russen oder Polen zuteil werden lassen. Wir müssen uns daher vor allem hüten, was wie ein Streben nach einer Monopolstellung in den östlichen Ländern aussieht, müssen uns vielmehr, worauf schon unsere finanzielle Schwäche hinweist, nach Geschäftsgenossen umschauen, und als solche kommen in erster Reihe die Amerikaner in Betracht wegen ihrer Geldmacht und wegen der wahrscheinlichen allgemeinen Richtung ihrer Politik. Die in besseren Zeiten bewährte Tüchtigkeit und Anpassungs-

fähigkeit der deutschen Kaufmannschaft läßt für die Hoffnung Raum, daß wir in einem solchen Gesellschaftsverhältnis letzten Endes gut abschneiden werden. — Nicht geringere Behutsamkeit ist in rein politischer Hinsicht in bezug auf die deutsch-russische Frage erforderlich. Programmatische Reden, Erörterungen in der Presse, der früher so beliebte Austausch von Besuchen und dergleichen mehr müssen unterbleiben: *toujours y penser, jamais en parler*.

Unsere auswärtige Politik sieht sich einer anderen Aufgabe gegenüber, die im Gegensatz zu der soeben erörterten sofortige Inangriffnahme heischt und über die nicht oft und nicht laut genug gesprochen werden kann: das ist die Revision des Friedensvertrages. — So nahe die Losreißung deutscher Landesteile unserem Herzen gehen mag, ist es doch notwendig, die territorischen Fragen zurücktreten zu lassen und die wirtschaftlichen um so stärker zu betonen; denn offenbar verspricht es mehr Erfolg, den Angriff gegen die uns auferlegten Bedingungen zu richten, die wir nicht erfüllen können, als gegen die, die wir nicht erfüllen wollen — in der Hoffnung, daß auch die Zeit kommen wird, zu welcher auch diese zweiten fallen werden. Unter der Herrschaft des Versailler Vertrages ist Deutschland in Wahrheit nicht lebensfähig und auch nicht in der Lage, dem Ausland Wesentliches zu leisten. Es wäre nicht ausreichend, den Druck soweit zu mildern, daß wir zwar etwas für die Fremden, aber nichts für uns selbst erübrigen können. Daß dies der Sinn, der Zweck und der Erfolg des Vertrages ist, hat das deutsche Volk noch nicht begriffen. Es muß aufgeklärt, den Feinden aber eingehämmert werden, daß die Arbeitsfreudigkeit nicht wieder erstehen kann, und daß die Führer des deutschen Volkes ihr Wiedererstehen weder fördern können noch wollen, wenn auf Jahrzehnte hinaus unser Volk Sklavendienste tun soll.

---

**Brief an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt v. Haniel, Berlin.**

Berlin, den 8. April 1920.

Sehr verehrter Herr v. Haniel!

Am 27. November 1919 sind mein Sozjus Kritzler und ich zu Ihnen gegangen, um mitzuteilen, daß nach uns gewordenen Nachrichten Frankreich die Absicht hege, Frankfurt am Main zu besetzen, mit dem besonderen Zwecke, durch die Unterbindung des Bahnverkehrs zwischen Nord und Süd einen Keil zwischen Nord- und Süddeutschland zu treiben. Es besteht

für mich kein Zweifel, daß die jetzige Aktion\* die Ausführung eines längst bestehenden Planes bedeutet, indem die Franzosen nur auf eine Gelegenheit gewartet haben, die einigermaßen als Vorwand oder Ausrede gelten könnte.

Wenn ich Sie an unsere damalige Unterhaltung erinnere, so tue ich es in der Voraussetzung, daß es Ihnen in den Verhandlungen besonders mit den anderen Mitgliedern der Entente von Nutzen sein könnte, darauf hinzuweisen, daß Sie schon Ende November mittelbar aus denkbar bester französischer Quelle vor einem geplanten Anschlag auf Frankfurt a. M. gewarnt worden seien.

Mit freundlichen Empfehlungen bin ich

verehrungsvoll der Ihrige

Paul Schwabach.

#### Brief an Mr. W., London.

Berlin, January 1st, 1921.

My dear Mr. W.!

I am much obliged for your kind letter of December 24th. I was extremely sorry to learn that you lost your son; please accept for yourself and Mrs. W. my wife's and my hearty sympathy with this sad bereavement.

The opinion you express about future German trade and still more so your plan to co-operate personally with some German concerns have interested me very much indeed. I shall think it over carefully, discuss it with friends and let you know, as soon as I shall have a reasonable suggestion to make. Unfortunately, nothing can be done just now, for the simple reason that German trade is non-existing; but I suppose that a near future will decide the question whether anything of the kind can be built up again.

You say that the world cannot do without German trade. You may be right — but what else is the British policy since the outbreak of the war than an attempt to do without it? Our ships are taken away, England does her best to deprive us of our docks etc., places of vital importance like the Saar-District, Danzig, the colonies are torn off without any reason or even a pretext and in diametrical opposition to the fine principles proclaimed for years by the statesmen of the Allied Powers. These are the principal

\* Besetzung von Frankfurt a. M. durch die Franzosen am 6. April 1920.



items in a long list of measures, by which the revival of Germany is intentionally kept down.

It is my personal conviction that the English people would, in the long run, disapprove such a policy, if it knew the truth, and it is my hope that, sooner or later, the truth will be told, but, apparently, the time for it has not yet arrived. When you read that hundreds of thousand Germans are fighting in the east and that an army of another million of soldiers is hidden in the black forest, you will, no doubt, shrug your shoulders and laugh at such stuff and nonsense; still "The Times", who ought to know their own readers best, are neither afraid nor ashamed to offer such preposterous tales to their public.

I should be glad, if you could soon carry out your proposed visit to this country; let us hope that things in general will be improved meanwhile and also that I may soon be able to find an opportunity for some useful and mutually interesting work.

Believe me, dear Mr. W.,

sincerely yours

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Zum 1. Januar 1921\***

(Ansprache).

Meine Damen und Herren! Ich heie Sie abermals namens meiner Frau und in meinem eigenen Namen in meinem Hause willkommen und wiederhole mein Bedauern darüber, daß statt der gesamten Beamtenschaft des Hauses\*\* nur eine Deputation hier hat Platz finden können. Ich bitte Sie, Ihren Herren Kollegen mit meinem besten Gruß den Dank für das auszusprechen, was ich in ihrer aller Namen heute hier an Güte und Zuneigung von Ihrer Seite erfahren habe.

Meine Herren! Der heutige Tag dient der Erinnerung. Es liegt in der Natur der Dinge, daß, wenn eine Epoche abgeschlossen ist, man an ihren Anfang und auf ihren Verlauf zurückblickt.

Wir feiern den Tag, der die 25jhrige Wiederkehr meines Eintrittes in die Firma bedeutet. Das heißt aber nun keineswegs, daß meine Zugehörig-

---

\* Nach der stenographischen Niederschrift.

\*\* S. Bleichröder.

v. Schwabach, Aus meinen Akten.

keit zur Firma 25 Jahre alt wäre; das wäre ein geschichtlicher Irrtum. Diese Zugehörigkeit ist viel älter. — Ich denke dabei nicht an die wenigen Jahre vor dem Jahre 1896, binnen deren ich in der Firma versucht habe, in die Geheimnisse des Bankwesens einzudringen; sondern ich denke daran, daß mein Vater seit dem Jahre 1847 in der Firma gewesen ist und sein ganzes Leben und seine ganze Kraft ihr gewidmet hat. Daß mein Vater Chef der Firma S. Bleichröder wäre, wußte ich als Kind, und als Heranwachsender war ich darauf stolz und, ohne daß ich das näher zu definieren wüßte, habe ich mich von jeher als einen Zugehörigen der Firma betrachtet.

Zwar war ich nicht für das Geschäft bestimmt und hatte mir selbst einen anderen Beruf erwählt. Und lange Zeit hat niemand daran gedacht, an diesem Zustande etwas zu ändern. Bis der verstorbene Herr Gerson von Bleichröder während einer schweren Krankheit meines Vaters, die nur geringe Hoffnung auf Genesung gab, mich rufen ließ und mir die Frage vorlegte, ob ich mich denn nicht dem kaufmännischen Berufe widmen und in die Firma eintreten wollte. Es kam damals nicht zustande. Indessen darf es heute nicht unerwähnt bleiben, daß die erste Initiative zu meinem Eintritt in die Firma auf Herrn Gerson von Bleichröder zurückzuführen ist, der mir, seit ich halbwegs erwachsen war, ein gütiger, väterlicher Freund gewesen ist. — Die Geschichte kennt seinen Namen, nicht nur die Finanzgeschichte, sondern auch die politische, und verknüpft ihn mit dem größten deutschen Staatsmanne. Ich glaube, daß man ihn wohl als denjenigen bezeichnen darf, der zuerst in Deutschland die Verbindung zwischen Politik und Finanz hergestellt und die Bedeutung dieser Verbindung begriffen hat; nicht etwa in dem etwas anrühigem Sinne, in dem man früher mit Bezug auf französische Verhältnisse und vielleicht jetzt auch mit Bezug auf Verhältnisse, die uns näher liegen, von Verbindung zwischen Politik und Finanz sprach, sondern in dem Sinne, daß Herr von Bleichröder wußte, daß die Tätigkeit des Einzelkaufmanns niemals losgelöst sein darf, wenn sie fruchtbar sein soll, von dem gemeinsamen vaterländischen Boden.

Selbstverständlich hat in meiner persönlichen Entwicklung, insbesondere auch in bezug auf die Firma, mein Vater die größte Rolle gespielt. Von ihm zu sprechen, würde mir nicht ziemen; genug, zu sagen, daß ich ihm alles verdanke.

Dann im Jahre 1896, wie mehrfach hervorgehoben, bin ich in die Firma eingetreten. Ich war noch 2 Jahre lang Sozius meines Vaters.

Als er starb, lagen die Verhältnisse so, daß für geschäftliche Maßnahmen und Entschlüsse, die ich allein nicht treffen konnte oder wollte,

ich in erster Reihe den Rat Robert Imelmanns\* zur Seite hatte. Meine anderen Sozien, Hans und Georg von Bleichröder,\*\* vielfach anderweitig in Anspruch genommen, hatten das Zutrauen, daß Imelmann und ich gemeinsam das Schiff würden lenken können. Es ist uns auch gelungen.

Aber schon zwei Jahre später sank auch Imelmann ins Grab. Bald stand ich allein. Georg von Bleichröder kam durch einen Unglücksfall ums Leben und Hans wurde zu krank, um sich um geschäftliche Dinge kümmern zu können.

Ich habe mir später mitunter selbst die verwunderte Frage vorgelegt, woher ich denn als kaum 30jähriger Mensch den Mut gefunden habe, ein solches Maß von Verantwortung auf mich zu nehmen. Die Lösung dieses Rätsels ist leicht. Ich wußte nämlich nicht, wie groß die Verantwortung war. Wie man es wohl sieht, daß ein junger Reiter gegen ein schweres Hindernis anreitet, nicht, weil er mutiger ist als ältere, sondern, weil er die Gefahr nicht kennt. Das, worauf ich mich in allererster Reihe stützen konnte und was den wirklichen Untergrund für meine Arbeit und für die Möglichkeit meiner Arbeit gegeben hat, war der alte, festbegründete Ruf der Firma. Wenn S. Bleichröder eine Emission veranstaltete, so kam niemand auf den Gedanken, daß etwas Unrechtes damit verknüpft sein könnte, sondern man verließ sich auf den Namen des Emittenten. Meine Herren! Daß es so bleiben sollte, war mein sehnlicher Wunsch, und darin habe ich meine Hauptaufgabe erblickt.

Nun bitte ich Sie aber, sich einen Augenblick zu vergegenwärtigen, wie sich die Verhältnisse gerade im Laufe der letzten 25 Jahre verschoben haben. Denken Sie daran, daß damals, als ich Mitinhaber der Firma wurde, die führende Bank in bezug auf Kapitalumfang die Disconto-Gesellschaft war, mit sage und schreibe 115 Millionen Kapital und 28 Millionen Reserven; die Deutsche Bank hatte 100 Millionen Kapital und die Berliner Handelsgesellschaft 65 Millionen. Sie wissen, wie die entsprechenden Ziffern heute beschaffen sind. Es war wirklich nicht leicht, während die Banken in dem Ihnen bekannten Maße an Umfang und an Macht zunahmen, gleichen Schritt zu halten, oder vielmehr, trotzdem die Banken mit Kapital so voraneilten und durch Ausdehnung ihrer Organisation, doch Mitglied der haute finance zu bleiben und in allen Syndikaten, Konsortien oder, wie Sie es nennen mögen, eine Rolle zu spielen, die nach meiner Ansicht der Würde des Hauses entsprach.

---

\* Disponent und später Teilhaber der Firma S. Bleichröder.

\*\* Söhne des Geh. Kommerzienrats Gerson von Bleichröder.



Ich kann nicht sagen, daß das immer ohne Kampf abgegangen wäre; aber es ist doch schließlich gelungen. Ohne unbescheiden sein zu wollen, glaube ich, daß ich darin ein gewisses Verdienst habe. Es wäre mir aber auch nicht möglich geworden, das zu erreichen, wenn ich nicht von Anfang an seit Beginn meiner Tätigkeit dahin gestrebt hätte, mit den Großbanken in persönlicher Fühlung und in freundschaftlichem Verhältnis zu stehen. Die Glückwünsche, die ich heute bekommen habe, beweisen mir, daß ich wenigstens in dieser Beziehung Erfolg gehabt habe, auch bei solchen, die uns früher wenig freundlich gesinnt gegenübergestanden haben.

Unsere Firma nahm von jeher im Emissionsgeschäft eine führende Stellung ein, und ein sehr großer Teil der Arbeit, die in der Firma geleistet wurde, konzentrierte sich auf dieses Gebiet. Mir lag diese Art von Arbeiten besonders; sie interessierten mich. Ich hatte Gelegenheit, viel im Auslande zu sein und dort die Beziehungen festzuhalten und andere anzuknüpfen, deren wir bedurften, eine Aufgabe, die mir dadurch erleichtert wurde, daß ich Mitglied einer Reihe von auswärtigen Gesellschaften war, deren Sitzungen mich immer wieder dorthin beriefen.

Und doch, meine Herren, hatte ich schon lange die Empfindung, daß wir uns von dem laufenden Geschäft zu weit entfernten. Denn ich wünschte und hielt es für richtig, daß wir das eigentliche Bankgeschäft im engeren Sinne des Wortes energischer und lebhafter pflegten. Die Gründe, aus denen ich damals nicht das erreichte, was ich für richtig hielt, gehören hier nicht her; genug, daß es so war.

Nun kam der Krieg, und es wurde mir bald vollkommen deutlich, daß es so nicht weiterging. Emissionen und, was damit zusammenhing, waren zur Unmöglichkeit geworden. Wollten wir unseres Namens in der Finanzwelt nicht verlustig gehen, so mußten andere Wege eingeschlagen werden. Es galt, eine Art von Umstellung — wie das neue Wort heißt — auf das laufende Geschäft, und es galt, dieserhalb auch im Innern manches zu organisieren und zu reorganisieren. Wenn ich das Selbstlob ausspreche, daß ich diese Erkenntnis gehabt habe und sah, daß das, was bisher wünschenswert gewesen war, nun zur zwingenden Notwendigkeit geworden war, und wenn ich mir auch das Zeugnis ausstelle, daß ich mich bemüht habe, diese Besserung herbeizuführen, so kann ich das tun, weil ich sofort hinzufügen muß, daß ich mir selbst nicht die Fähigkeit zugetraut hätte, diese Umstellung und, was damit zusammenhing, selbst vorzunehmen. Eine etwas rasche Ausbildung, eine jahrelange, fast ausschließliche Beschäftigung mit internationalen Dingen hatte mir die Übung und die Kenntnis von

Einzelheiten vorenthalten, die für eine solche Arbeit notwendig gewesen wäre.

Ich habe da aber das Glück gehabt — und vielleicht werden Sie meinen, daß es sich abermals um ein Verdienst von mir handelt —, den Mann ausfindig zu machen, der diese Aufgabe übernehmen konnte, weil er ihr gewachsen war, und der sie übernommen hat. An einem Tage, an dem mir so viel Liebenswertes und Freundliches zuteil wird, verlangt es wohl die einfachste Pflicht der Dankbarkeit, auszusprechen, daß ich — und wohl Sie alle — wissen, was wir diesem Manne danken, und daß er es gewesen ist, der den Wiederaufbau und die innere Konzentration der Firma in die Hand genommen und energisch durchgeführt hat. Daß ich in Herrn Kritzler gleichzeitig einen persönlichen Freund gewonnen habe, ist ein Ereignis, das ich in meinen vorgerückten Jahren und bei meinem nicht immer gerade sehr anlockenden Wesen nicht mehr zu erwarten das Recht gehabt hatte.

Meine Herren! Wir arbeiten jetzt als deutsche Bankiers und sitzen im übrigen still abwartend, ob sich uns das Ausland wieder so nähern wird, daß wir wie ehemals international tätig sein können. Ich weiß nicht, ob es möglich sein wird. Ich hoffe es, und gewisse Anzeichen dafür sind auch schon vorhanden. Aber gleichviel, wie die Geschäfte beschaffen sein mögen, die wir in Zukunft machen, sie werden sich, solange ich an dieser Stelle stehe, nicht von dem Boden unserer Firma entfernen, und dieser Boden ist der der unbedingten Lauterkeit.

Ich höre öfter, es wäre modern, ganz anders zu arbeiten. Ich habe sogar mitunter die Empfindung gehabt, daß es mir gesagt würde als eine versteckte Kritik dagegen, daß S. Bleichröder nicht modern genug wäre; denn es wäre doch sehr viel richtiger, sich mehr auf die Börse, d. h. auf das Börsenspiel, einzustellen. — Meine Herren! Ich bestreite zunächst, daß der Ausdruck „modern“ hierhin paßt. Denn ich verstehe unter „modern“ einen Zustand, eine Bewegung, eine Richtung, die sich zwar vom Überlieferten, soweit es abgestorben ist, frei und unabhängig macht, aber doch Keime einer Entwicklung in sich trägt. Nun, meine Herren, die heute vielfach beobachtete Spielerei und Jobberei trägt keinen Keim der Entwicklung in sich, es sei denn einen Krankheitskeim, oder vielmehr, das ganze ist eine Krankheitserscheinung an unserem leider ungesunden nationalen Körper und wird hoffentlich wieder vergehen wie so manches andere. Wir haben, wie andere Leute, auch in der Firma S. Bleichröder gelegentlich schlechte Geschäfte gemacht und dabei Geld verloren. Es wird vielleicht auch in Zukunft einmal wieder vorkommen. Das Gegenteil zu versprechen, bin

ich nicht in der Lage. Aber das verspreche ich Ihnen, daß, solange ich Chef des Hauses S. Bleichröder bin, kein Geschäft in seinem Namen gemacht werden wird, das der Würde dieses Namens nicht entspräche.

Nun, meine Herren, ich habe über die Vergangenheit gesprochen; es ist auch Zeit, der Gegenwart zu gedenken.

In den vielfachen Glückwünschen, die ich bekommen habe, kommt immer wieder zum Ausdruck die Hoffnung, die lebenswürdige oder lebenswürdig gemeinte Hoffnung, daß ich noch recht lange tätig sein möge. Es hat niemand den Vorschlag gemacht, oder mir den guten Rat gegeben, mich nun auch einmal auszuruhen. Ich hätte es gern getan. Ich hatte früher auch gemeint, daß ich nicht allzulange beruflich tätig sein würde — zu anderen Zeiten. Jetzt sieht es so aus — nach meiner Ansicht und nach meiner Überzeugung —, daß niemand, der arbeitsfähig ist, ein Recht hat, müßig danebenzustehen. Der freundlichen Aufforderung der Absender der Briefe und Telegramme, ich möchte weiterarbeiten, will ich Folge leisten, solange es geht.

Nicht allein aber an die Gegenwart wollen wir denken, sondern auch an die Zukunft. Hier am Tische sitzen Vertreter der jungen Generation, ein Vertreter der vierten Bleichröder'schen und ein Vertreter der dritten Schwabach'schen Generation, die der Firma ihre Arbeit weihen wollen. Ich hoffe, daß, wer immer in Zukunft das Steuer in die Hand nimmt, den alten Grundsätzen unserer Firma treu bleiben wird. Meine Herren! Vor nicht sehr vielen Jahren — es mögen drei oder vier sein — nahm ich einmal an einer Unterhaltung teil, in der von einem bekannten Berliner Publizisten die Rede war. Ich machte über diesen Herrn eine abfällige Bemerkung. Da wurde mir entgegengehalten: „Dieser Mann ist es, der zuerst ausgesprochen hat, daß ein Einzelkaufmann nicht allein auf seinen Vorteil bedacht sein darf, sondern sich als ein Glied des Ganzen fühlen muß.“ Ich habe darauf geantwortet — und ich war stolz, es antworten zu können —: „Es ist ja möglich, daß dieser Herr das zuerst ausgesprochen hat; aber in meiner Firma handelt man danach seit 100 Jahren.“ Meine Herren, lassen Sie unsere Gläser erheben und darauf trinken, daß auch noch in 100 Jahren in der Firma S. Bleichröder nach demselben Grundsatz gearbeitet wird. Die Firma S. Bleichröder hoch, hoch, hoch!

---



**„King Edward and M. Clemenceau.“**

(Aufzeichnung.)

Den 16. Januar 1921.

Die „Times“ veröffentlichten vor kurzem\* einen Artikel ihres ehemaligen Wiener Berichterstatters Steed, der unter der Überschrift: „King Edward and M. Clemenceau, a page of secret history“ über seinerzeit wichtige und heute geschichtlich bedeutsame Unterredungen Mitteilungen bringt.

Mr. Steed rühmt Clemenceaus prophetischen Geist, insbesondere insofern er den deutschen Einmarsch in Belgien vorausgesehen habe. Dazu gehörte nun nicht viel, denn seit Jahren piffen es die Spatzen aller Länder von den Dächern, daß das deutsche Heer im Falle eines französischen Krieges seinen Weg durch Belgien nehmen werde. Die Franzosen haben sich darüber so wenig einer Täuschung hingegeben, daß M. Poincaré, damals Minister des Auswärtigen, beim Neujahrs-Empfang des Jahres 1912 den belgischen Gesandten ausdrücklich auf diese Eventualität hingewiesen und hinzugefügt hat: „en tout qu'en pareil cas on peut dire que l'on sait, nous le savons.“ Diese Äußerung M. Poincarés hat der Gesandte (ich glaube, es war der Baron Guillaume) unverzüglich seiner Regierung gemeldet; den Bericht darüber, der unveröffentlicht geblieben ist, habe ich im Herbst 1914 in Brüssel selbst in Händen gehabt und gelesen. Es geht daraus u. a. hervor, in welcher Stimmung sich Poincaré damals befand, und wie lebhaft ihn der Gedanke an einen baldigen Krieg beschäftigt haben muß. Die von Mr. Steed mitgeteilten Äußerungen Clemenceaus sind ferner insofern von Bedeutung, daß er nur allgemein von einem kommenden Krieg und einer deutschen Invasion spricht, aber nichts davon sagt, daß er Deutschland die Initiative zu einem Überfall zutraue; es entsteht daraus der Eindruck, daß er den Krieg erwartet, weil er ihn wünscht, wo nicht auf ihn hinarbeitet. — Der ganze Ton aber des Gesprächs scheint denen recht zu geben, welche die Ansicht vertreten, daß Frankreich die englischen Freunde planmäßig in eine Kriegspolitik hineingezerrt habe. Ganz nebenher tut Mr. Steed der Annexion von Bosnien und der Herzegowina Erwähnung, die einige Wochen nach den von ihm geschilderten Gesprächen stattgefunden habe, — in einer Form, aus welcher der geneigte Leser schließen muß und soll, daß die

---

\* am 24. Dezember 1920.

Staatsmänner der Entente im August 1908 von diesem Ereignis nichts geahnt haben. Das ist falsch. Ich war in den Tagen vom 22. bis 24. August 1908 in Marienbad. Ich lernte damals auch Mr. Steed kennen, der mir durch seine schiefen Urteile über Deutschland auffiel, wie er denn in völliger Verken-  
nung geschichtlicher Zusammenhänge Bismarck daraus einen schweren Vor-  
wurf machte, daß er 1871 nicht Frankfurt a. Main statt Berlin zur Reichs-  
hauptstadt gemacht hätte. Unter meinen sonstigen, in Marienbad anwesen-  
den Bekannten befand sich ein Amerikaner (Mr. O'Shaughnessy), damals  
zur Wiener Botschaft gehörig, der bis vor kurzem mehrere Jahre in Berlin  
tätig gewesen war. (Später wurde er als Vertreter der U. S. in Mexico viel  
genannt). Dieser Amerikaner und seine Frau waren mit Iswolsky, der seiner-  
zeit zur Kur in Karlsbad weilte, aus der Zeit her eng befreundet, als  
Iswolsky russischer Gesandter in Kopenhagen gewesen war. O'Shaughnessy  
hatte gleichfalls sein Quartier in Karlsbad aufgeschlagen, kam gelegentlich  
auf Stunden oder einige Tage nach Marienbad; er erzählte häufig, daß er  
mit Iswolsky auf vertrautestem Fuße stände. Eines Tages sagte er mir:  
„I know something very interesting, but am not allowed to tell.“ Ich ant-  
wortete, daß ich solche Bemerkungen gar nicht schätzte; entweder möchte  
er mir sagen, was er wisse, oder ganz schweigen, worauf er mir unter dem  
bekannten Siegel zuflüsterte: „Austria wants to annex Bosnia, but the  
Russians won't stand it.“ — Nun kann wohl nicht der Schatten eines Zweifels  
darüber bestehen, daß Iswolsky die Quelle für die Nachricht, die wohl allge-  
mein unbekannt, mir jedenfalls ein völliges novum war, gewesen ist. Wir  
(meine Frau und ich), das amerikanische Ehepaar, Iswolsky und einige  
Gleichgültige gingen dann um die Teestunde auf den Croquetplatz, wo sich  
ein großer und gerade der eleganteste Teil der Gesellschaft zu versammeln  
pflegte, und wo an jenem Nachmittage der König Eduard Croquet spielte.  
Bald nach unserer Ankunft merkte ich, daß jemand den König auf die An-  
wesenheit Iswolskys aufmerksam machte. Der König ließ den Russen  
durch einen Herrn seiner Umgebung zu sich rufen, verzichtete auf sein  
Spiel und vertiefte sich in ein langes Gespräch mit Iswolsky. Bei der kurzen  
Entfernung, die mich von ihnen trennte, war es leicht zu sehen, daß die  
Gegenstände der Unterhaltung wichtig und ernst gewesen sein müssen. —  
Es ist unmöglich anzunehmen, daß die bosnische Frage nicht zwischen dem  
König und Iswolsky und zwei Tage später auch mit Clemenceau erörtert  
worden ist. Ich habe am Abend desselben Tages meine Beobachtungen  
nach Berlin gemeldet\*. — Mit Iswolsky kam ich damals in freundliche Be-

---

\* s. o. S. 150.

ziehungen; u. a. lieh ich ihm mein Automobil, als er nach Karlsbad fahren wollte und sein Wagen infolge eines Versehens nicht zur Stelle war. Das hätte ich unterlassen, wäre er nicht sehr liebenswürdig gewesen. Auch als ich ihn im Jahre 1913 gelegentlich der Balkankonferenz als Botschafter in Paris wiedertraf, war er äußerst zuvorkommend — menschlich; politisch belangreiche Unterhaltungen habe ich mit ihm nicht geführt.

In summa: wenn die Entente vorgegeben hat, durch die Annexion Bosniens völlig überrascht worden zu sein, so muß ich das als unglaublich bezeichnen.

P a u l S c h w a b a c h.

---

### Frankreichs Politik gegenüber Deutschland.\*

New York, March 2nd, 1921.

The attitude which France, supported by England, takes towards Germany as well as the proposed coercive measures cannot surprise anybody who is familiar with French history and who has closely followed the events since the end of 1918. For nearly 300 years France has continually struggled for the same aim, viz. to keep Germany divided up into a number of small states and to control it in one way or the other. — After Germany's defeat France has at once reassumed its traditional policy in making the most out of the financial claims derived from the treaty of Versailles. The French ministers and experts are quite clever enough to know that the sums they demand far exceed Germany's ability to pay, nor do they in reality want to be paid. What they wish is to annex the Rheinland provinces, which would mean an enormous increase of their national wealth, and, moreover, to break completely the German Empire as a safeguard even for a remote future, but they cannot and do not imagine that Germany will be rendered more solvent, if her territory is invaded and troupes, marching down the Main, drive a wedge between the north and the south of the country. France makes an imperialistic policy in the worst sense of the word. The proof that the actual conduct of the Allies is in no way caused by a difference of opinion about how much Germany ought to or is able to pay lies in the fact that France and Russia have concluded

---

\* Aufzeichnung für amerikanische Politiker.



a treaty by which France is permitted to annex the Rheinland provinces, and this treaty has been concluded before the lamentable devastation of Northern France had taken place. When the Russians published this convention, the British government stated that it has no party to such an arrangement. This is quite possible, but meanwhile the situation has changed and everything leads to presume that an agreement is in force between England and France, leaving a free hand to the latter in her dealings with Germany. Indeed, British officers on duty in Silesia have stated that by a convention Germany and Poland were allotted to France as a sphere of influence, and Russia to England, which is also said to have received by France important political and economical concessions in the Near East. It has already been alluded to the motives old and new, dictating the French policy, which also effords the opportunity to tell France's creditors that she was sorry to be unable to pay, as her debtor has failed. England would eventually gain the advantage of being once for all rid of German competition, which is the more important, as American and, in a certain degree, Japanese competition have become more threatening to English trade. Both allies may hope to run after all profitably Central and Eastern Europe as a sort of colony in joint account. For all other countries Central Europe would cease to exist as a market. This would hardly be indifferent to a great country like the U. S., it would be extremely dangerous for small ones like Holland and Danmark, which already suffer severely under the diminished buying power of Germany.

For Germany itself it is simply a matter of life and death. It cannot possibly be a mere coincidence that the conference should have been convoked to London on such a date that irrevocable decisions might be taken, so as to place the new Administration of this country in face of a fait accompli. This evident lack of regard is probably due to the fear, on the side of England and France, that America should remember her respected and most solemn declaration that war was waged not against the German people, but against a party which, whatever its shortcomings may have been, does not exist any longer.

---

### **Zum Londoner Ultimatum.**

(Aufzeichnung.)

Den 8. Mai 1921.

Wer dazu rät, daß Deutschland das Ultimatum der Feinde annehme, geht offenbar davon aus, daß dadurch gleichsam eine Pause geschaffen und eine Frist gewonnen werde, binnen welcher durch Verhandlungen, an denen auch die U. S. A. teilnähmen, eine Milderung der Bedingungen erreicht werden kann. Dies scheint auch der Standpunkt von Mr. Keynes zu sein. Er ist nicht richtig; denn wir befinden uns nicht in einer Krisis, die vermutlich von einer Zeit der Entspannung abgelöst würde, sondern wir haben es von seiten Frankreichs, dem sich aus hier nicht zu erörternden Gründen die anderen Mächte anschließen oder doch freie Hand lassen, mit einer wohldurchdachten, folgerichtigen Politik zu tun.

Es ist keineswegs damit zu rechnen, daß die Annahme wirklich die Besetzung des Ruhrreviers usw. vereiteln würde. Wenn Deutschland erklärte: Wir unterzeichnen, weisen aber darauf hin, daß wir die geforderten Summen nicht aufbringen können, so werden die Franzosen diesen Zusatz als Beweis für Deutschlands „schlechten Willen“ aufzufassen vorgeben und einrücken. Unterzeichnen wir ohne Vorbehalt, so wird es heißen: die früheren deutschen Darlegungen berechtigen zu dem Zweifel, ob das ehrlich gemeint sei, überdies ist Deutschland mit anderen Verpflichtungen im Rückstande (Entwaffnung, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Zahlung der bekannten 20 Milliarden), also wird eingerückt.

Es liegt nun einmal so, daß die planmäßig aufgehetzte öffentliche Meinung Frankreichs unter allen Umständen das Ruhrgebiet besetzt sehen will.

Aber gesetzt den Fall, daß sich die Feinde mit einer glatten Annahme zunächst beruhigen — was ist damit gewonnen? Wir können aus eigenen Mitteln derartige Beträge nicht bezahlen. Das Gerede über eine internationale Anleihe ist überhaupt nicht ernst zu nehmen; am ersten Verfalltage sind wir also so klug wie jetzt oder schlimmer daran, denn es wird uns dann wieder Unredlichkeit vorgeworfen, und niemand wird uns helfen.

Es bleibt also nur die Ablehnung übrig. Die Note, in welcher sie ausgesprochen wird, muß freilich auf das sorgsamste bedacht werden. Neben einer kurzen Darlegung, weshalb Deutschland die geforderten Leistungen

nicht auf sich nehmen kann und daher ehrlicher Weise nicht zusagen darf, sollte nicht nur das Versprechen stehen, das Menschenmögliche zu tun, sondern auch eine offene Anerkennung dessen, was tief bedauerlicherweise bisher versäumt oder versehen worden ist, es sollte nämlich eingeräumt werden, daß die 20 Milliarden nicht bezahlt sind; es müßte ferner auf einen scharfen, gleichzeitig zu verlautbarenden Erlaß hingewiesen werden, der die Staatsanwaltschaft anweist, die Verfahren wegen Kriegsverbrechen zu betreiben, und der Wille zum Ausdruck kommen, die Entwaffnung zu vollziehen. Dann kann mit einiger Aussicht auf Erfolg der Wunsch angefügt werden, daß ein internationaler Ausschuß die Zahlungsmöglichkeiten bzw. -arten prüfe und festsetze, und ferner das Verlangen, daß auch die Gegner sich auf den Boden der Verträge zurückbegeben.

Ich halte dafür, daß ein solches Schriftstück von neuen Männern, jedenfalls von einem neuen Reichskanzler und Außenminister ausgehen muß.

Kein Zweifel, daß uns eine sehr ernste Zeit bevorsteht, daß die zu fassenden Beschlüsse eine ungeheure Verantwortung mit sich bringen, so sehr, daß sie von einem Kabinett, das sich auf eine schwache, bei der schwankenden Haltung des Zentrums nicht einmal sichere Mehrheit stützt, kaum getragen werden kann. Wenn sich in einigen Monaten die parlamentarische Lage etwa ändert, und eine Regierung ans Ruder kommt, welche nachträglich die feindlichen Bedingungen anzunehmen bereit wäre, aber, wie vorauszusehen ist, die Antwort erhielte, daß es nun zu spät wäre, so würden wir in jeder Beziehung in unausdenkbare Zustände geraten sein. Das weist auf die Notwendigkeit hin, auch unter Opfern, die ich als solche nicht verkenne, Sozialdemokraten ins Kabinett aufzunehmen. Damit gewänne die Regierungspolitik nicht nur im Innern einen wesentlich stärkeren Halt, sondern es ergäben sich auch nach außen hin nicht zu unterschätzende Vorteile, z. B. den englischen Arbeitern gegenüber, und es würde den Feinden erschwert, von dem wiedererstandenen „deutschen Imperialismus“ zu faseln. Ich würde mich zwar aufs äußerste dagegen sträuben, das Auswärtige Amt, auf dessen sachgemäße Leitung nicht viel weniger als alles ankommt, den Sozialdemokraten auszuliefern, schon weil sie nicht imstande sind, einen Fachmann zu stellen, und auch mit Rücksicht auf Amerika; aber wenn man einen Mann, der nicht gerade Herr . . . zu heißen braucht, zum Reichskanzler machte und einige Ministersessel an „Genossen“ abträt, so wäre das die Messe, die Paris uns wert sein müßte.

P a u l S c h w a b a c h.



Vertraulich!

**Brief an den Chefredakteur des Berliner Tageblatts Theodor Wolff,  
Berlin.**

Berlin, den 20. März 1922.

Sehr verehrter Herr Wolff!

Als ich vorgestern das Vergnügen hatte, neben Ihnen zu speisen, fragte ich, ob Sie gewillt sein würden, eine Erklärung, die ich gegenüber den Paléologueschen Enthüllungen erlassen möchte, im „Berliner Tageblatt“ abzdrukken, und Sie waren so freundlich, mir Ihre Bereitwilligkeit auszusprechen.

Anbei übersende ich Ihnen eine solche Erklärung und wäre dankbar, wenn Sie sie abdrucken lassen wollten.

Mit verbindlichen Empfehlungen verbleibe ich

Ihr verehrungsvoll ergebener

S c h w a b a c h.

**Erklärung.\***

In seinen Enthüllungen über die Marokkokrisis des Jahres 1905 behauptet M. Paléologue, ich hätte gemeinsam mit dem Pariser Börsenmann Léon im Auftrage des Reichskanzlers Fürsten Bülow mit M. Rouvier Fühlung genommen, die Verabschiedung Delcassés zu erwirken getrachtet und bald darauf mit einem deutschen Angriff für den Fall gedroht, daß Frankreich ein Bündnis mit England abschließe.

Diese Darstellung ist, wie M. Paléologue ohne Zweifel selbst empfindet, auch heute noch dazu angetan, aufreizend und erbitternd zu wirken, und verpflichtet mich zu folgender Richtigstellung:

Herrn Léon kenne ich nicht und ebensowenig vermag ich zu sagen, ob er Beziehungen zu der deutschen Regierung gehabt hat. Mir hat weder Fürst Bülow noch ein anderer jemals den Auftrag erteilt, mich an den französischen Ministerpräsidenten zu wenden; ich habe nie mit M. Rouvier Fühlung und also keine Gelegenheit gehabt, M. Delcassés Entlassung zu fordern, noch gar Kriegsdrohungen auszustoßen.

---

\* abgedruckt im Morgenblatt des „B. T.“ vom 21. März 1922.

Richtig ist dagegen, daß ein mir persönlich bekannter Vertrauensmann M. Rouviers mich etwa am 1. Mai 1905 aufsuchte, mir von des letzteren Absicht, seinen auswärtigen Minister auszuschiffen, Mitteilung machte und mich ersuchte, eine Unterredung zwischen Herrn von Holstein und ihm zu vermitteln. Herr von Holstein erklärte sich nach anfänglichem Zaudern bereit, den Rouvierschen Abgesandten zu empfangen, äußerte indes mir gegenüber die Absicht, sich starke Zurückhaltung aufzuerlegen, da der Anschein einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes vermieden werden müßte. Ferner ist richtig, daß ich um dieselbe Zeit mit Wissen und auf Wunsch des Herrn von Holstein französischen und englischen Freunden, die mit den Regierungen ihrer Länder in Fühlung standen, wiederholt berichtet habe, die deutsche Regierung wünsche und hoffe, die Marokkofrage in friedlicher Weise zu lösen.\*

Es ist bedauerlich, daß M. Paléologue, der meines Wissens Historiker von Fach ist, in diesem Falle die Grundsätze der Quellenkritik nicht hinlänglich beobachtet hat.

S c h w a b a c h.

### Brief an einen englischen Politiker.

March 23rd, 1922.

My dear Mr. . . .

During the various conversations we have had here as well as in London, you have shown so much interest in the political and economical situation of this country, that I hope you will not mind a few remarks about the latest events.

The recent decision of the Reparation Commission is a terrible blow. Many of my countrymen are quite upset; for, whilst nobody doubted that France is as determined as ever to ruin and dismember Germany, they had hoped that England would follow another course. I am less surprised; as you may remember, I have never felt sure that your Ministers would see their way to oppose the French politics.

What the immediate results will be, I do not dare to foretell. But, surely, very grave events are in store for two different reasons: 1) Germany is unable to carry out, what she has been bid to do, and, as soon as that will be made evident, new calamities will be the consequence. 2) The new

---

\* s. o. S. 290 ff.

demands are equivalent to an annihilation of the already impaired sovereignty of Germany. As we are unable to resist, they may be carried out by threats and coercion, but clearly such a policy must not only create a permanent bitterness among all Germans who feel something like national honour within themselves, but must in the long run render impossible normal inter-state relations. Why do we hear, over and over again, the often refuted tale that the Germans pay less taxes than other nations?

However, I do not mean to go into details about politics nor about political morals, but to draw your attention upon one point which I am absolutely unable to understand, viz. the claim that Germany, whilst fulfilling all the conditions pressed upon her, ought to stop the printing of notes. Do English statesmen and experts really fail to see that this is not only impossible, but that the inflation will be increased to a tremendous degree? It is an illusion to believe that taxes can be collected beyond a certain limit (which, in my opinion, is already reached to say the least), for then the inducement for productive work ceases and the earnings will fall off. On the other hand, the payments for reparation keep foreign exchanges going up, thereby prices at home rise simultaneously and, again, more paper-money is needed. The fact that Germany shall pay for a great part of her liabilities in kind will produce a similar effect, for owners and manufacturers will have to be paid for their goods by the state, i. e. fresh bank-notes have to be printed.

Naturally the new troubles which I foresee for my country are foremost in my mind, but, as I am honestly convinced that this is a matter of general interest, I beg to lay these very simple reflections before you, which will prove to all candid observers that the decision of the Reparation Commission is nothing less than a step towards an economical reconstruction of Middle-Europe; it is the reverse and merely another phase of the French destruction-policy. I know that English public men of all description have many things on their hands just now and amongst them questions of a more immediate interest than German affairs; but I remember that you attached great importance to these very affairs (of course, from the British point of view) and, therefore, I think it possible that you might think it worth your while to discuss them with one or two of your friends.

Very sincerely yours

Paul Schwabach.

---



### Aufklärung über Deutschlands Lage.

(Aufzeichnung.)

Den 2. August 1922.

Die Verhältnisse in Deutschland entwickeln sich mit einer Schnelligkeit, die auch dem ärgsten Pessimisten überraschend sein muß. Die Mark ist seit drei Monaten auf etwa ein Drittel ihrer damals schon so geringen ausländischen Kaufkraft gesunken. Der Dollar ist bezeichnenderweise heute in Berlin bereits erheblich teurer, als er vor einem Jahre in Wien gewesen ist. Die politischen Ereignisse innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen haben, wie sich versteht, in verschiedenem Umfange zu diesem Ereignis beigetragen. Indessen ist es nicht in seinem ganzen Umfange erklärt, wenn man nicht unterstellt, daß das Vertrauen des Auslandes in eine Gesundung unserer Verhältnisse auf das tiefste erschüttert ist.

Abgesehen davon, daß die Entwertung der Mark als Symptom hohe Wichtigkeit besitzt, muß sie die gesamte heimische Gütererzeugung nicht nur verteuern, sondern erschweren. Es ist besonders bedenklich, daß gleichzeitig die Kreditnot, die sich schon seit einigen Monaten angekündigt hat, nun wirklich eingetreten ist und sich zu verstärken droht. Es ist nicht abzusehen, wie unter diesen Umständen eine umfangreiche Arbeitslosigkeit, von der Hunderttausende oder Millionen von Deutschen bedroht werden würden, abzuwenden ist. Tritt ein solches Unglück ein, so sind schwere innere Erschütterungen nicht zu vermeiden.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß diese Dinge so, wie sie jetzt beschaffen sind, und die daraus folgenden, nur allzu begründeten Befürchtungen an den ausländischen Stellen gewürdigt werden. Dazu ist es erforderlich, ohne Zeitverlust die geeigneten Informationen zu erteilen.

Mit der französischen Regierung darüber zu sprechen, ist, nach dem bisherigen Verhalten der Herren zu urteilen, zwecklos; denn, wenn sie erkennen, daß eine Maßregel für Deutschland wirklich verderblich ist, werden sie mit um so größerer Kraft an ihr festhalten. Ebenso wenig dürfen wir von Amerika hoffen, wenn auch aus anderen Gründen, insofern dort das Interesse für Europa nach wie vor gering ist, und noch geringer vielleicht das Verständnis und die Fähigkeit, europäische Verhältnisse zu beurteilen. Es bleibt also als der Ort, wo eine Bemühung einzusetzen hat, London übrig.

Der nächstliegende Gedanke, den deutschen Botschafter zu einer Aufklärungsarbeit zu veranlassen, ist deswegen nicht empfehlenswert, weil der Botschafter, den Gepflogenheiten gemäß, in erster Reihe, wenn nicht ausschließlich, auf den Verkehr mit dem Auswärtigen Amte angewiesen ist, und diese Behörde infolge der Selbstherrlichkeit des Premierministers auf der einen und der weichen Art des auswärtigen Ministers auf der anderen Seite den wahren Einfluß in auswärtigen Dingen in die Hände Lloyd Georges hat gelangen lassen. Das hat begreiflicherweise zur Folge gehabt, daß die Beziehungen zwischen Premierminister und Auswärtigem Amt durchaus unbefriedigende und gespannte sind.

Es müßte also ein geeigneter Mann tunlichst bald nach London reisen, um sich, sei es bei Lloyd George selbst oder bei solchen, die auf ihn einzuwirken verstehen, Gehör zu verschaffen.

Vermutlich wird manchem in diesem Zusammenhange der Name Stinnes auf die Lippen treten. Doch wäre seine Entsendung nicht zu empfehlen trotz seiner unbestrittenen Kenntnisse und Begabung für Verhandlungen, da weite Kreise in England mit seiner Art des Auftretens wenig Sympathie haben. Wie denn überhaupt besser von Männern abgesehen wird, denen gegenüber mit Recht oder Unrecht der Verdacht entstehen könnte, als wenn eigenes geschäftliches Interesse ihre Worte diktierte.

Am geeignetsten wäre es, wenn ein Vertreter der deutschen Gewerkschaften die Mission auf sich nähme und durch Vermittlung englischer Arbeiterführer an Lloyd George heranträte. Wenn nicht alles trügt, ist Lloyd George stets geneigt, den Wünschen der Arbeiterschaft entgegenzukommen, besonders dann, wenn diese Wünsche sich mit Erfordernissen des ganzen englischen Wirtschaftslebens decken. Das dürfte hier der Fall sein, da es sich darum handelt, die Absatzmöglichkeiten in Mitteleuropa zu retten. Daß sich Lloyd George in gewissen Fällen, wie bei dem Kohlenstreik des letzten Herbstes, im Gegensatz zu einem Teil der Arbeiterschaft befunden hat, beweist nichts gegen die Richtigkeit der obigen Annahme.

Von untergeordneter Bedeutung ist es, ob der Betreffende den Premierminister von Angesicht zu Angesicht sieht oder nur mittelbar das, was er zu sagen hat, vorbringt. Was er aber zu sagen hat, ist außer der Klarlegung der eingangs geschilderten Verhältnisse: daß, falls die drohende Katastrophe nicht aufgehalten wird, die politische Macht in Deutschland unzweifelhaft in die Hände der Radikalen gleiten würde, so zwar, daß auch die Mehrheitssozialisten ausgeschaltet werden würden, wenn auch vielleicht erst nach einer kurzen Übergangsfrist. Er müßte ferner mit Nachdruck darauf hin-

weisen, daß, wenn die gegenwärtige deutsche Regierung bei weitem nicht in allen Volkskreisen das Ausmaß von Ansehen besitzt, ohne welches keine Regierung der Welt schwierigen Lagen gewachsen sein kann, daran nicht zum wenigsten der Umstand die Schuld trägt, daß jede Verhandlung mit dem Auslande ihr Mißerfolg einträgt, mag er auch gelegentlich durch einige schöne Redensarten verhüllt werden. Woraus zu schließen, daß wenn Deutschland nicht nur dem wirtschaftlichen, sondern auch dem politischen Chaos verfällt, diejenigen ausländischen Staatsmänner, welche nicht alles aufbieten, um das Unheil zu verhüten, die Verantwortung dafür tragen.

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an den Reichskanzler Dr. Wirth, Berlin.**

Berlin, den 17. August 1922.

Hochzuverehrender Herr Reichskanzler!

In wachsender Sorge um die deutsche Wirtschaft, die mir in keinem früheren Zeitpunkte so bedroht erschienen ist wie jetzt, gestatte ich mir, die folgenden Gedankengänge in Kürze zu unterbreiten:

Ich bin in den letzten Monaten wiederholt im Auslande gewesen und habe mannigfache Gelegenheit gehabt, mit führenden Persönlichkeiten über die Lage der deutschen Wirtschaft zu sprechen.

Dabei ist mir des öfteren, auch von Männern, die wohlwollend oder doch unbefangen die deutschen Verhältnisse beobachten, die Frage vorgelegt worden, was denn in Deutschland selbst geschehe, um der Markentwertung entgegenzuwirken, und ich bin darauf hingewiesen worden, daß sich Deutschlands Lage in moralischer Beziehung verbessern würde, wenn man dartun könnte, daß alles Erdenkliche geschehe, um dem Unheil zu steuern.

Auf derartige Fragen habe ich geglaubt, antworten zu sollen, daß hierzulande, wie es nach einer so starken Erschütterung und Umwälzung letzten Endes nur natürlich wäre, manche Ausgaben stattfänden, durch deren Abstrich Ersparnisse gemacht werden könnten, daß andererseits die Lasten für Reparationen, fremde Garnisonen usw. schlechthin erdrückend seien, daß unter diesen Umständen wahrscheinlich kein Heilmittel vorhanden sei, daß endlich, wenn auch ein solches Heilmittel gefunden würde, seine Anwendung



nicht dem eigenen Lande, sondern den doch niemals zufriedenzustellenden Franzosen zugute kommen würde, eine Erwägung, die auf den guten Willen und die Tatkraft lähmend wirken müsse.

Ich kann nicht leugnen, daß, wenn ich zu Ausländern in diesem Sinne gesprochen habe, ich zwar die Wahrheit, aber nicht die volle Wahrheit gesagt habe. Daß wir mit noch so gut gemeinten und sogar mit wirksamen Maßregeln bei den französischen Machthabern irgendeinen für Deutschland günstigen Eindruck hervorrufen können, ist freilich ausgeschlossen. Anders liegt es aber in England und dem allerdings weniger in Betracht kommenden Amerika.

Ganz abgesehen von einem etwaigen greifbaren Ergebnis sollten die Deutschen um ihres eigenen Gewissens willen keine Anstrengung scheuen, um das finanzielle Elend des Landes zu bekämpfen.

Inwieweit es möglich ist, einen sogenannten parlamentarischen Ersparnisausschuß zu rascher und erfolgversprechender Arbeit zu veranlassen, bleibe hier unerörtert. Aber in bezug auf das Währungsproblem im engeren Sinne kann jedenfalls etwas geschehen. Zunächst dadurch, daß ein Ausschuß eingesetzt wird mit dem Auftrage, nicht etwa die Lage zu studieren — denn, wer zu derartiger Arbeit überhaupt geeignet ist, sollte die Lage kennen —, sondern, ob und welche Mittel zur Abhilfe vorgeschlagen werden können, wobei in erster Reihe die Frage zu prüfen wäre, ob sich die Spekulation in Devisen eindämmen ließe. Bekanntlich hat einige Zeit hindurch die Valutakommission als ein das Reichsfinanzministerium beratendes Organ getagt. Sie ist allmählich eingeschlafen. Ich empfehle ihre Wiedererweckung um deswillen nicht, weil sie für solche Zwecke viel zu zahlreich gewesen ist, wohl aber die Einsetzung eines wenige Personen umfassenden Ausschusses, dessen Mitglieder im In- und Auslande Vertrauen genießen. Eine solche Maßregel würde nach meiner Überzeugung im allgemeinen politischen Sinne günstig wirken, den Eindruck verstärken, daß die Reichsregierung ihren Aufgaben mit dem höchsten Ernste gegenübersteht, und kann überdies zweifellos zu nützlichen Ergebnissen führen. Es ist sogar keineswegs ausgeschlossen, daß die bloße Bekanntgabe eines dahingehenden Beschlusses auf die Devisenspekulation ernüchternd wirkt.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung verbleibe ich, hochzuverehrender Herr Reichskanzler,

Ihr ganz ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

**Brief an einen Engländer.**

Berlin, January 30th, 1923.

Dear Mr. G.!

In one of our various conversations I have told you that, for sometime past, I had been in connection with Russian officials. Although I am very far from any sympathy with bolshevism, I feel that we cannot, in the long run, get along economically without Russia, nor Russia without Germany. Moreover, the best means to fight extreme views consists in proving to the Russian people, by practical work, that capitalistic methods are of advantage to them. Indeed, since about a year, a beginning of an evolution towards more conservative conceptions become more and more obvious, the explanation of official Sovjet Russia being: that, when they had established communism, they had expected the other nations to follow their example very soon; but, seeing that the world revolution was slow to come and thinking that one country could not live under a totally different system, they had made up their minds to tolerate old fashioned methods.

Now, this evolution has been stopped all of a sudden. To-day, I have heard from a reliable source, from a man, indeed, who is in constant and close connection with the Sovjets, that this is due to a serious resolution and deliberate act of the Moscow government. They declare that the Ruhr invasion is bound to bring about confusion in all Europe and offers such a splendid chance for their ideas and propaganda, that from their point of view it would be a mistake to make any more concessions to capitalism.

You cannot fail to appreciate, how serious this is. No doubt, Germany and Eastern- and Middle-Europe are in a greater danger from bolshevik propaganda than nations which are stronger politically and economically. But it is my serious conviction that England, which has very important interests in countries neighbouring with Russia, is threatened too. and, therefore, I submit these facts to your earnest consideration.

Very sincerely yours

P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an Baron Louis von Rothschild, Wien.\***

Berlin, den 1. Februar 1923.

Hochverehrter Baron Rothschild!

Für Ihre heute eingegangenen liebenswürdigen Zeilen vom 30. Januar danke ich auf das beste.

Es ist mir wohl nie so schwer geworden, über das, was in den nächsten Wochen bevorstehen mag, ein Urteil zu bilden, wie gerade jetzt.

Der Widerstand, den die deutsche Regierung leistet, und die Haltung der ganzen Bevölkerung in dem neuerdings und früher schon besetzten Gebiet ist an sich eine erfreuliche Tatsache, insofern sie beweist, daß das Gefühl für nationalen Anstand trotz allen Unglücks und aller Demütigungen noch besteht. Es kann auch als sicher angenommen werden, daß das Kabinett Cuno weder nachgeben will, noch kann und nur, einem unwiderstehlichen Druck folgend, zurücktreten würde, ein Ergebnis, das nicht nur deshalb bedauerlich wäre, weil es das Zeichen für eine Niederlage im Kampfe gegen den äußeren Feind bedeuten würde, sondern auch deshalb, weil nach Lage der Dinge die nächste Regierung um ein Wesentliches weiter nach links orientiert sein würde, und man damit rechnen müßte, daß die jetzt amtierenden Minister, die durchweg Fachleute sind und an der Wiederherstellung einer geordneten Verwaltung arbeiten, ersetzt werden würden durch Parlamentarier, denen allgemeine Gesichtspunkte so fern liegen wie Fachkenntnisse.

Wie Sie richtig sagen, war der Vormarsch der Franzosen vorauszu sehen. Ich empfehle Ihnen, daß Sie sich aus den von den Bolschewisten im Jahre 1918 veröffentlichten Papieren das russisch-französische Abkommen aus dem Februar 1917 vorlegen lassen, in welchem bereits ein heute in der Durchführung begriffenes Programm enthalten ist. Dieses Dokument beweist, daß es sich weder um eine augenblickliche Aufwallung handelt, noch um eine Maßregel, die mit der Reparationsfrage zusammenhängt, sondern um einen von langer Hand vorbereiteten Plan, Deutschland zu zerstückeln, ohnmächtig zu machen und insbesondere seine Industrie aus der Welt zu schaffen. Wenn man von dem französischen Imperialismus spricht und von einer Fortsetzung der Politik Ludwigs XIV. oder

---

\* Chef des Bankhauses S. M. v. Rothschild, Wien.



Napoleons I., ist das zwar richtig, aber unvollständig. Denn ich glaube, daß im Augenblick die treibende Kraft weder bei den Politikern noch bei den Soldaten, sondern bei der französischen Schwerindustrie zu suchen ist, welche auch die Presse durch die in Frankreich üblichen Mittel in der Hand hat. Gerade aus diesem Grunde ist der von Deutschland geführte Kampf nicht vollkommen hoffnungslos. Die französische Regierung könnte selbstverständlich nur unter einem sehr starken physischen Druck, der von keiner Seite ausgeübt werden wird, ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückziehen. Ebenso ist es klar, daß, sollte eine derartige Maßregel erfolgen müssen, die Rolle Poincarés ausgespielt wäre. Wenn es aber gelingen sollte, die Ausfuhr von deutschen Kohlen nach Frankreich noch auf eine längere Zeit zu verhindern, während sich die französische Industrie bekanntlich in den letzten Jahren völlig auf den Bezug dieser Kohle eingestellt hat und bei dem sinkenden Werte des Franken den Bezug englischer Kohle nur aushilfsweise bewerkstelligen würde, könnte gerade bei den ausschlaggebenden Industriellen ein Umschwung der Meinungen erfolgen, und nach einem Ausgleich gesucht werden. Ohne eine ganz genaue Kenntnis der örtlichen Verhältnisse ist es nicht möglich, über die Wahrscheinlichkeit, ob ein solches Ereignis eintritt, zu urteilen, und die Ansicht darüber ist mehr eine Temperamentssache. Wie immer aber man in dieser Hinsicht denken mag, so bleibe ich bei der Überzeugung, daß es würdig und schon deshalb richtig gewesen ist, den Widerstand zu versuchen.

Daß der Kurs des Franken gefallen ist und vielleicht auch noch weiter fallen wird, ist freilich nicht allein auf die Frage des Ruhrgebietes, sondern auf die allgemeine politische Lage, wie sie vor allem in Lausanne in die Erscheinung getreten ist, zurückzuführen und auf die weit verbreitete Ansicht, daß auch ein äußerer Erfolg in Deutschland die französischen Finanzen nicht verbessern würde, aus welcher Ansicht heraus die internationale Devisenspekulation in bezug auf den Franken à la baisse liegt. Gewiß wäre eine starke Entwertung der Währung für die französische Geschäftswelt und das Publikum im allgemeinen ein wirksames Argument; ich bezweifle aber, ob man damit rechnen darf. Denn die starken Vorräte an Gold und die vortrefflichen Beziehungen der Franzosen zu großen Finanzinstituten in England und Amerika bieten noch auf lange Zeit hinaus die Möglichkeit, den Franken zu stützen. Nur dann könnte eine Änderung eintreten, wenn sich die öffentliche Meinung in den angelsächsischen Ländern so stark gegen Frankreich regte, daß dort die Finanz bewußt und absichtlich den Franken zurückgehen läßt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß

das ganz neuerdings gemeldete englisch-amerikanische Abkommen über die Kriegsabrechnung zwischen beiden Ländern dahin wirkt, daß sich Amerika mehr in das englische Schlepptau nehmen läßt, und daß sich daraus wichtige politische Folgen ergeben. Tatsächlich ist die Stimmung in England den Franzosen gegenüber eine recht bittere, während in Amerika im wesentlichen Gleichgültigkeit und außerdem eine so große politisch-diplomatische Unerfahrenheit und Ungeschicklichkeit herrscht, daß von den Herren in Washington nur dann etwas zu erwarten steht, wenn sie geleitet werden und sich leiten lassen. Das Schlimme dabei ist nur, daß sich auch in einem günstigen Falle eine für uns vorteilhafte Wendung nur langsam vollziehen kann, während uns das Feuer auf den Nägeln brennt.

Ich bedaure, daß ich Ihnen im vorstehenden etwas Greifbares nicht habe sagen können, sondern nur allgemeine Betrachtungen geboten habe. Indessen glaube ich ernstlich, daß niemand bestimmte und verlässliche Voraussagen zu machen wagen darf.

Mit angelegentlichen Empfehlungen und in aufrichtiger Verehrung verbleibe ich

Ihr sehr ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

---

**Brief an Geh. Regierungsrat Professor Oswald Flamm, Berlin.\***

Berlin, den 21. Februar 1923.

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Ihr offener Brief, der in der gestrigen Abendausgabe des „Berliner Lokalanzeigers“ zu lesen stand, hat mich um deswillen interessiert, weil auch ich Ihren ehemaligen Schulkameraden Sir Eyre Crowe noch als Gymnasiasten gekannt habe und ihm später im Leben noch häufig begegnet bin. Wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, habe ich auch Ihre Bekanntschaft vor langen Jahren in Düsseldorf gemacht, als Sie beim dortigen Husarenregiment Ihrer Dienstpflicht genügt haben.

Daß einzelne Angaben Ihres Briefes nicht genau sind, daß z. B. Sir Eyres Mutter eine geborene v. Barby und eine Stiefschwester des Admirals von Holtzendorff gewesen ist, daß der Vater, Sir Joseph Crowe, nicht Bot-

---

\* Professor für Schiffbau an der Technischen Hochschule, Berlin.

schaftsrat, sondern kommerzieller Sachverständiger in Berlin gewesen ist, verschlägt wenig. Sie wollen mir aber verzeihen, wenn ich gegen den übrigen Tenor Ihres Schreibens die ernstesten Bedenken äußere.

Sie werfen Sir Eyre Crowe in ungewöhnlich lebhaften Worten Verrat vor, obwohl Sie selbst zugeben, daß Sie über seine politische Haltung Deutschland gegenüber nichts wissen. In dieser Hinsicht befinde ich mich mit Ihnen in der gleichen Lage, komme aber zu dem Ergebnis, daß ich schon um deswillen kein Recht haben würde, derartige Vorwürfe zu erheben. Mir ist aber auch folgendes deutlich, was Ihnen entgangen zu sein scheint:

Wenn ich auch als selbstverständlich annehme, daß ein Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt auf die Geschäfte einen erheblichen Einfluß ausüben kann, so steht doch fest, daß er sie nicht leitet. Das tut — abgesehen von den Beschlüssen, die das Gesamtkabinett zu fassen hat, — der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, der dem Parlament angehört und ihm verantwortlich ist, während einer der Unterstaatssekretäre — und das ist in diesem Falle Sir Eyre Crowe — als sogenannter Permanent official eine selbständige Politik zu leiten nicht befugt ist. Aber wie dem auch sei: wenn wir von unseren politischen Beamten mit vollem Recht verlangen, daß sie keine andere als eine deutsche Politik treiben und das tun, was sie nach bestem Wissen und Gewissen als ihrem Lande förderlich betrachten, so ist es unbillig, von einem englischen Beamten anderes zu verlangen. Es kann und darf dabei keine Rolle spielen, ob ein Deutscher englisches oder ein Engländer deutsches Blut in den Adern hat. Allerdings glaube ich zu wissen, daß gerade die Tatsache, daß Sir Eyre Sohn und Gatte einer Deutschen ist, ihm während des Krieges seitens mancher seiner Landsleute Argwohn eingetragen hat. Also selbst wenn ich wüßte — was ich nicht weiß —, daß Sir Eyre getrachtet hätte, der englischen Politik einen besonders scharfen antideutschen Stempel aufzuprägen, würde ich eine Kritik wie die von Ihnen geübte erst dann für berechtigt halten, wenn nachgewiesen würde, daß er gegen seine englische vaterländische Überzeugung gehandelt hätte. Dieses alles ist, wie sich versteht, gänzlich unabhängig von dem Urteil, das ich über die englische Politik seit Beginn dieses Jahrhunderts habe.

Sie scheinen sich aber, Herr Geheimrat, auch über einen weiteren Punkt keine Rechenschaft abgelegt zu haben. Hinter einer Veröffentlichung wie der Ihrigen muß ich einen Zweck vermuten. Ob Ihre keineswegs ausreichenden Behauptungen und Ihre scharfen Worte gegebenenfalls den Adressaten zu einer Änderung seiner politischen Ansicht und Haltung zu



bewegen geeignet wären, lasse ich dahingestellt. Wäre aber Sir Eyre geneigt und in der Lage, in Fällen, die seiner Einflußnahme unterliegen, im deutschen Sinne mildernd und fördernd zu wirken, so ist es psychologisch kaum anfechtbar, wenn ich meine, daß Sie es ihm stark erschwert, wo nicht unmöglich gemacht haben.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung verbleibe ich

Ihr sehr ergebener

S c h w a b a c h.

---

### Zur englischen Politik.

(Aufzeichnung zu dem Buche von Felix Salomon „Englische Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart“.)

Im März 1923.

Die Schwierigkeit, die in diesem Titel bezeichnete Aufgabe auf 300 Seiten zu lösen, kann kaum überschätzt werden, und wenn Salomon sie überwunden, so ist das nur dadurch möglich gewesen, daß er laut eigenen Bekenntnisses das Ergebnis von Forschungen und Erfahrungen eines arbeitsreichen Lebens hat zugrunde legen können — Errungenschaften, die allerdings ohne die durch Fleiß nicht zu erringende noch zu ersetzende Gabe, fremdes Volkstum zu verstehen, hätten unfruchtbar bleiben müssen. Es war des weiteren weise Beschränkung erforderlich. Was der Verfasser bietet und bieten will, ist eine Entwicklungsgeschichte des englischen Staates unter absichtlicher Ausschaltung gesellschaftlicher, künstlerischer und wissenschaftlicher Geschehnisse. Der deutsche Leser bedarf zwar einiger Überwindung, um es als berechtigt zu erkennen und anzuerkennen, daß Bacons und Shakespeares kaum gedacht wird, daß z. B. David Humes, den wir aus Kants Werdegang nicht fortzudenken vermögen, keine Erwähnung geschieht, er wird das Buch jedoch aus der Hand legen, dankbar dem Verfasser, der ihm zwar kein farbenprächtiges Gemälde, aber ein klares, übersichtliches Bild vor Augen stellt und ihm die Entstehung und Ausgestaltung des englischen Staates verständlich macht. Ich meine, daß auch der Un-

kundige sich dem Verfasser als einem zuverlässigen Führer bald und gern anvertrauen wird, zumal das rasche und rhythmische, dabei durchaus nicht eilige Tempo der Darstellung zu willigem Mitschreiten einladet. Es ist bemerkenswert, daß ihm gelungen ist, einige der großen Gestalten wie Elisabeth, Cromwell, die beiden Pitt plastisch hinzustellen; insbesondere verweise ich auf die Charakteristik Edward VII., die in wenigen Zeilen knapp zusammengefaßt, als meisterlich bezeichnet werden darf.

Das Interesse vieler Leser wird sich begreiflicherweise vor allem auf die Abschnitte richten, welche die Vorgeschichte und den Ausbruch des Weltkrieges behandeln. Nicht leicht wird jemand, gleichviel welchen Standpunkt er einnehme, dem Verfasser das Zeugnis versagen, daß er die schicksalsschweren Fragen dieser Epoche nicht nur mit gründlicher Kenntnis der verfügbaren Quellen, sondern mit dem echt wissenschaftlichen Streben nach Wahrheit erörtert hat; wenn aber der im Vorwort geäußerte Wunsch nach einer englischen Nachprüfung seiner Ergebnisse sich auch auf diese Fragen erstreckt, so hat sich der Verfasser, wie ich fürchte, einer Enttäuschung ausgesetzt, denn noch ist der Zeitpunkt nicht da, an welchem ein Engländer coram publico sich von der bequemen Theorie lossagen wird, Deutschland habe im Sommer 1914 ein ahnungsloses, nur in Friedensgedanken dahinglebendes Europa jählings überfallen. Die „National Review“ vom Juli 1922 hat eine aus der Feder eines österreichischen Diplomaten stammende Darstellung der Fatal Fortnight 1914 abgedruckt, an sich eine anerkennenswerte Tat dieser nationalistischen Zeitschrift, hat sich aber den redaktionellen Zusatz nicht versagen können: „wir halten für billig, einmal fremde Ansichten laut werden zu lassen, tadeln aber die Ausfälle gegen die russische Regierung, die nicht weniger friedfertig gewesen ist als die englische“ — spotten ihrer selbst.

Ich lasse einige Bemerkungen, die sich mir bei dem Durchlesen des Buches aufgedrängt haben, zusammenhanglos folgen:

Ist es richtig, daß der Sturz des Juli-Königtums Palmerston unwillkommen gewesen ist? Sicher ist, daß Palmerston die spanischen Heiraten dem König Louis Philippe nie verziehen hat, und aus den Tagebüchern Grevilles geht hervor, daß der englische Botschafter in Paris sich nicht gescheut hat, gegen den König zu intrigieren.

Es wäre m. E. der Erwähnung wert gewesen, daß Palmerston als erster Napoleon III. anerkannt hat, mehr noch die Entlassung Palmerstons, die insofern ein besonderes Interesse beansprucht, als sie das letzte aktive Ein-

greifen der Krone darstellt: hat noch Edward VII. einen erheblichen Einfluß ausgeübt, so hat er es doch stets in vorsichtigster Form und, wie der Verfasser zutreffend schildert, nur gleichsam als Agent der Regierung getan.

Die Königin Victoria hat schwerlich auf Napoleon III. eingewirkt, das Umgekehrte dürfte richtig sein (A. Strachey, Queen Victoria).

Wie unfreundlich sich das amtliche England zu den deutschen Einheitsbestrebungen gestellt hat, daß Deutschland mißgönnt wurde, was England sozusagen immer besessen, Frankreich früh errungen, und wozu England den Italienern seine Unterstützung geliehen hat, hätte deutlicher gesagt werden können.

Es ist richtig, daß das Kabinett ein Ausschuß des Parlaments, vielmehr der am Ruder befindlichen Partei ist, nicht ganz richtig, daß das Kabinett als solches die Geschäfte leitet. Seit die Zahl der Kabinettsmitglieder so stark gewachsen ist, daß nicht nur die Schnelligkeit der Entschlüsse, sondern auch die Verschwiegenheit gefährdet erschien, hat sich die Gewohnheit herausgebildet, daß in Wirklichkeit nur ganz wenige Minister, zwei oder drei, als Ausschuß des Ausschusses den Ausschlag geben. (Sidney Love, The Governance of England.) Sogar der vormalige Prime Minister Asquith hat sich darüber beschwert, daß Sir Edward Grey nicht einmal ihn über alle wichtigen Vorgänge unterrichtete.

Daß Lord Salisbury schon zu Disraelis Lebzeiten eine wichtige Rolle gespielt hat, lehrt nicht erst seine Tochter, sondern bereits Moneypennys und seiner Nachfolger großes Werk, ist auch aus den vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Akten ersichtlich.

Die berühmte Unterhaltung, die 1895 in Cowes zwischen Kaiser Wilhelm und Salisbury stattgefunden hat und wahrscheinlich für die deutsch-englischen Beziehungen von großer Tragweite gewesen ist, hätte erwähnt werden sollen, ebenso die Tatsache, daß Salisbury von Chamberlains Bündnisabsichten nichts hat wissen wollen.\*

---

\* In den mir gehörigen Briefen des Botschafters Graf Hatzfeldt an Holstein ist zwar die Rede von einem Mißverständnis, das eine abermalige Unterredung zwischen dem Kaiser und Salisbury vereitelt habe, nicht aber von dem Inhalt des stattgefundenen Gesprächs. Möglich, daß Hatzfeldt über einen so heiklen Gegenstand sich schließlich nicht äußern wollte, sondern vorzog, während eines bald darauf erfolgenden, längst geplanten Urlaubsaufenthalts in Deutschland seinen Freund zu unterrichten, möglich auch, daß Holstein einen Brief (etwa an Bülow) übergeben und nicht zurückerhalten hat. Holstein hat mir wiederholt erzählt, Salisbury habe in Cowes dem Kaiser einen Plan zur Aufteilung der Türkei vorgetragen und dabei die damalige Freundschaft zwischen Kaiser und Sultan, sowie die deutschen Interessen so von oben herab und zynisch behandelt, daß der Kaiser, nach Holsteins Ansicht mit Recht, schroff ablehnend erwidert hat.



Deutsche Leser hätten mit Interesse erfahren, daß Cecil Rhodes im Jahre 1898 in Berlin über den Bau einer Telegraphenlinie zwischen Capstadt und Cairo verhandelt hat.

S. 289/90 heißt es, dem französisch-russischen Abkommen von 1892 sei der harmlose Name „Entente“ beigelegt worden. Meines Wissens ist es stets als Bündnis bezeichnet worden, wie denn der Zar Alexander III., als er der Welt zum erstenmal das wichtige Ereignis in einem Trinkspruch verkündete, sein Glas leerte auf das Wohl der „nation amie et alliée.“ — Der Ausdruck „Entente Cordiale“ ist später auf die Beziehungen zwischen England und Frankreich angewendet worden. — Zur Zeit ist es ohne Kenntnis der Akten unmöglich, über das schwierige Kapitel der deutsch-englischen Beziehungen während des letzten Menschenalters Apodiktisches zu sagen, es fragt sich sogar, ob die Akten vollen Aufschluß geben würden. Ich denke an die Sorge Grevilles, der, mit Canning befreundet und in Kenntnis davon gewesen, daß dieser die Türken in den Krimkrieg getrieben hatte, sich die Frage vorlegte: „Wie mag sich wohl Canning seine amtlichen Berichte im Hinblick auf den zu erwartenden Abdruck in einem Blaubuch aufgeputzt haben?“

In gewissen Zeiten wäre England für ein Bündnis mit Deutschland zu haben gewesen, jedoch, soweit wir es übersehen können, niemals unter Bedingungen, die den deutschen Interessen gerecht geworden wären. Es ist nicht das geringste Verdienst des Verfassers, diesen Punkt deutlich hervorgehoben zu haben. — Nicht unwesentlich wäre es gewesen, auszusprechen, daß die Franzosen zu ihrem Rückzug aus Faschoda durch unmißverständliche Kriegsdrohungen bewogen worden sind.\*

Die Tatsache, daß Rußland versucht hat, in London einen gemeinsamen Schritt der Großmächte zugunsten der Buren unternehmen zu lassen, und daß dieser Schritt wegen des Widerspruchs Deutschlands unterblieben ist, hätte gesagt werden sollen.

Ganz nebenher sei bemerkt: die Abschaffung von Gehrock und Zylinder ist nicht als ein Symptom der fortschreitenden Demokratisierung zu betrachten; sie ist durch den in Modeangelegenheiten allmächtigen König

---

\* Als die Faschoda-Krisis auf dem Höhepunkte war, befand ich mich in Paris und hörte zuverlässig, daß Delcassé in höchstem Zorn geäußert hatte: „On nous brutalise; je puis faire tramer la chose encore pendant quelques jours, mais nous devons finir par céder.“ Diese Äußerung teilte ich einige Tage später Martin Gosselin in London mit, der damals Undersecretary of State im Foreign Office war. Er sagte ganz ruhig und bestimmt: „Unless they do, it means war.“

Edward veranlaßt worden. — Wichtiger ist, daß Deutschland durch Eckardtstein (dessen Angaben n. b. nicht ohne weiteres als bare Münze genommen werden dürfen) an dem Zustandekommen des englisch-japanischen Bündnisses beteiligt gewesen ist, und in hohem Grade beachtenswert, daß die ursprünglich geplante spätere Einbeziehung Deutschlands auf persönlichen Wunsch König Edwards unterblieben ist.\*

S. 290 heißt es: „die Mißstimmung gegen Deutschland wurzelte in politischen Sorgen, nicht in wirtschaftlichen, wie man in Deutschland vielfach noch immer glauben will,“ und S. 309, „zwei Handhaben boten sich zu diesem Zweck (scil. der Hetze gegen Deutschland): Deutschlands wirtschaftliche Konkurrenz und dessen Flottenbau.“ Dieser Widerspruch ist nicht recht verständlich. Wie dem auch sei: es wird immer ein vergebliches Bemühen bleiben, so verwickelte Verhältnisse auf eine einfache Formel zurückzuführen oder gar den Ausbruch des Weltkrieges einer einzigen Ursache zuzuschreiben. Mir scheint es so zu liegen, daß, abgesehen von einer allgemeinen Antipathie (cfr. u. a. W. Sc. Blunt, *My Diaries*) die Engländer in erster Reihe durch die Furcht vor dem wirtschaftlichen Wettbewerb Deutschlands geleitet worden sind, daß aber die kopflose deutsche Flottenpolitik die Handhabe dafür geboten hat, das Land in eine Kriegsstimmung hineinzuhetzen.

Man kann schwerlich sagen, daß London seit etwa 1900 der führende Geldmarkt geworden wäre. Das war es früher schon. Umgekehrt hat sich London unerwarteterweise während des Burenkrieges nicht stark genug erwiesen; die Banque de France ist mit Hergabe von Gold eingesprungen (m. E. ist das ein wichtiges Moment für die Anbahnung der Entente Cordiale gewesen) und in dem folgenden Jahrzehnt hat Paris für manche Zweige des internationalen Geld- und Effektenverkehrs an erster Stelle gestanden.

Es ist ferner nicht uneingeschränkt richtig, daß die City der Fiscal Reform Chamberlain ablehnend gegenübergestanden hat.\*\*

---

\* Es wäre interessant, Eckardtsteins Instruktionen zu kennen und zu wissen, welche Zwecke Bülow in dieser Angelegenheit verfolgte. Der dauernde Gegensatz zwischen Rußland und England war für uns wünschenswert, die Stärkung des einen auf Kosten des andern aber nur dann, wenn Deutschland entschlossen und in der Lage war, in dem Lager des nunmehr stärkeren Teils einen Platz einzunehmen; d. h. wenn Deutschland das englisch-japanische Bündnis förderte, mußte es mit allen Mitteln versuchen, in den Bund aufgenommen zu werden — das ist, wie es scheint, keineswegs geschehen. (cfr. Count Hayashi, *Secret Memoirs*.)

\*\* Ich weiß, daß führende Männer der City, wie Lord Rothschild, Sir Ernest Cassel, Lord Revelstoke u. a. entschieden für die Fiscal Reform Stellung genommen haben, und zwar aus häufigen Unterhaltungen mit diesen Herren selbst. In England wie

Auf die Richtung, welche Grey verfolgte, fällt ein helles Licht aus seinen Gesprächen mit Graf Benckendorff im August 1911 (cfr. B. v. Siebert „Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre“), die nicht nur Kriegsbereitschaft, sondern Kriegslust verraten.

Ich habe selbst lange Zeit hindurch die Ansicht vertreten\*, man hätte Lord Haldane 1912 nicht ohne irgendeinen Erfolg aus Berlin abreisen lassen dürfen, sehe aber die Sache anders an, seit bekannt geworden ist, daß Haldanes Besuch nicht auf englische, sondern auf deutsche Initiative zurückzuführen ist, und daß Grey den Londoner Entente-Botschaftern, sowie Sir Edward Goschen dem russischen Botschafter in Berlin, v o r h e r die Versicherung abgegeben haben: Haldanes Reise würde ergebnislos verlaufen und keinerlei Änderung in der englischen Politik nach sich ziehen. Hingegen ist es ein schwerer Fehler der deutschen Regierung gewesen, die Ratifikation der Abkommen über die Bagdadbahn und über die Aufteilung der portugiesischen Kolonien monatelang zu verschleppen, bis der Krieg darüber ausbrach: die Psychologie der Engländer ist so beschaffen, daß die bloße Tatsache eines Vertragsverhältnisses an sich auf ihre Stimmung in entschiedener Weise eingewirkt hätte.

### **Französische Politik gegenüber Deutschland im Laufe der Jahrhunderte.**

(Vortrag gehalten zum Besten der Rhein- und Ruhrhilfe im Reichsklub der Deutschen Volkspartei am 7. März 1923.)

Ein Thema wie das uns heute beschäftigende im Rahmen eines Vortrages erschöpfend zu behandeln, ist, wie sich versteht, unmöglich. Ich werde mich glücklich schätzen, wenn es mir gelingen sollte, Umriss zu

---

anderwärts werden auch wirtschaftliche Fragen nicht immer allein von wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten aus behandelt; es spielen parteipolitische Rücksichten und Empfindungen erheblich mit, und in gewissen, gerade in den leitenden, Kreisen der City bestand seinerzeit eine lebhaftete Sympathie für die Unionisten. Zudem hatten sich Chamberlain und seine Freunde in ihrer Agitation für Schutzzoll usw. in taktisch geschickter Art der damals bereits starken antideutschen Stimmung bedient. Arthur Balfour wußte genau, was er tat, als er in einer großen Rede die perfide Wendung vortrug: er zweifle an dem Erfolg der Fiscal Reform, denn Deutschland und die deutsche Industrie hätten bereits erklärt, sie würden deren Durchführung nicht gestatten.

\* s. o. S. 344.



zeichnen, die eine erkennbare Skizze bilden. Es ist auch nicht zu erwarten, daß ich Ihnen wesentlich Neues oder Originelles über einen Gegenstand sage, der grade in unseren Tagen die Gemüter lebhaft bewegt und fast täglich von allen Seiten beleuchtet wird. Am wenigsten erhebe ich Anspruch darauf, ein kühler Beobachter zu sein, der, über den Ereignissen stehend, eine unparteiische Darstellung vorträgt. Weil ich diesen Anspruch so ganz und gar nicht erhebe, weil ich im Gegenteil der eigenen Besonnenheit mißtraue, werde ich häufiger, als einer strengen Kunstübung gemäß wäre, fremde Zeugnisse einflechten.

Wir sind daran gewöhnt, von dem abendländischen Kulturkreis als von einem einheitlichen Gebilde zu sprechen. Gewiß nicht mit Unrecht. Innerhalb dieses Kreises und weit darüber hinaus findet ein unaufhörlicher Austausch von geistigen Gütern aller Art statt, in den mannigfachsten Formen und in verschiedenstem Umfange. Vom Standpunkt der Politik aus, für den praktischen Staatsmann wie für den Historiker, ist dabei das Wesentliche und Belangreiche nicht, in welchem Maße die oft schwer nachweisbaren gegenseitigen Befruchtungen oder Beeinflussungen tatsächlich stattgefunden haben, sondern welche Stellung das eine Volk *bewußterweise* zu den geistigen Erzeugnissen eines anderen Volkes einnimmt, wie es sich *bewußterweise* fremden Einwirkungen gegenüber verhält. Unser Volk hat sich nicht nur in Zeiten nationaler Schwäche von außen kommenden Anregungen in Kunst, Schrifttum und Wissenschaft hingegeben, wie in dem trüben Jahrhundert mühsamen Aufstiegs nach dem 30jährigen Kriege, als es dahin kommen konnte, daß der größte und geistvollste Fürst, der je einen deutschen Thron geziert hat, glaubte, auf seine Muttersprache und deren Literatur mit Verachtung herabblicken zu dürfen, eine Tatsache, die durch noch so einleuchtende Erklärungen nicht weniger beschämend wird. Auch in Zeiten höchster geistiger Kraftentfaltung, als unsere großen Dichter und Denker auf dem Gipfel ihres unverwelklichen Ruhmes standen, haben Goethe, Schiller, Schlegel und andere nicht verschmäht, die Werke französischer, englischer, spanischer Klassiker auf der Bühne und im Buch ihrem Publikum zugänglich zu machen. Es gilt hierzulande der Grundsatz, daß die Heranziehung und Anpassung fremden geistigen Gutes einen Gewinn bedeutet, daß es sogar von Rechts wegen nicht fremdes Gut, sondern allgemeines oder internationales heißen sollte, wie denn auch während des Weltkrieges in unseren Theatern und Konzertsälen ausländische Dramen und ausländische Musik heimisch geblieben sind. Ich kann freilich nicht

leugnen, daß mir diese Duldsamkeit nicht selten als zu weit gehend erschienen ist.

Von Grund aus anders ist die Haltung der Franzosen. Etwa seit der Mitte des XVII. Jahrhunderts fühlbaren fremden Einflüssen entwachsen, hat sich die französische Kunst zu einer Höhe aufgeschwungen, die jedem Unbefangenen rückhaltlose Bewunderung abnötigt. Da nun, beeindruckt durch Frankreichs politische Erfolge und nicht minder durch den Glanz des Hofes von Versailles, alle Welt sich auch seinem Geschmack und seiner Mode unterwarf, was Wunder, daß sich die Franzosen bald auf allen Gebieten geistigen Schaffens nicht allein als die Führenden, sondern als die Einzigen schlechthin betrachteten? Sie sperren sich bis auf den heutigen Tag bewußt und absichtlich gegen das Eindringen fremden Geistes und tragen ohne weiteres politische Abneigungen in den Bezirk des Künstlertums hinein, wie denn die Pariser Bevölkerung um das Jahr 1880 so außer Rand und Band geriet, als Wagners „Lohengrin“ aufgeführt werden sollte, daß das Operngebäude durch Polizei und Militär geschützt werden mußte. Begreiflicherweise ist ihnen dabei die Gabe, fremdes Verdienst zu erkennen und anzuerkennen, verloren gegangen. Unter den Versuchen französischerseits, deutschem Wesen gerecht zu werden, dürfte derjenige der Madame de Staël der bekannteste sein. Wie man weiß, waren die Weimaraner freilich der Ansicht, daß die berühmte Frau ihnen mehr guten Willen als eindringendes Verständnis entgegenbrächte. Es liegt nahe, den Mangel an Verständnis der französischen Erziehung zuzuschreiben, den guten Willen aber dem Umstand, daß Necker, Madame de Staëls Vater, der Sohn eines nach Genf eingewanderten Brandenburgers gewesen ist.

Prosper Mérimée, der Verfasser der Meisternovelle „Carmen“, ein Schriftsteller von hohem Range, der während des zweiten Kaiserreiches als eine Art von arbiter elegantium galt und der mit seiner Kenntnis der deutschen Sprache zu prunken liebte, schreibt einer Freundin: „Goethe, dessen Werke ein merkwürdiges Gemisch sind von Genie und deutscher Albernheit (niaiserie allemande).“ Einem solchen Ausspruch gegenüber verstummt jede Kritik, ja jede Erörterung. Es ist das ein besonders krasses Beispiel. Ähnliche Dinge ließen sich mühelos zu vielen Dutzenden anführen.

Zeigen sich die Franzosen fremdem Geist gegenüber allezeit spröde, so ist die, ich möchte sagen absichtliche Verständnislosigkeit, ja Feindseligkeit, mit welcher sie sich zu unsern friedlichen Betätigungen verhalten, symptomatisch bedeutsam und lassen a priori Rückschlüsse auf ihr allgemeines Verhalten in ihrem Verhältnis zu Deutschland zu. „In der Tat, keine

Nation hat je einen so schlechten Nachbar gehabt wie Deutschland in den letzten 400 Jahren an Frankreich gehabt hat: schlecht in jeder erdenklichen Hinsicht, unverschämt, räuberisch, unersättlich, nicht zum Frieden zu bewegen, dauernd aggressiv.“ Das sind harte Worte. Nicht ich bin ihr Urheber, sondern Thomas Carlyle, der sie Ende 1870 in einem Briefe an die „Times“ verwendet hat.

Ich weiß nicht, ob Carlyle mit der Bemessung einer Frist von vier Jahrhunderten einen ganz klaren Gedanken verbunden hat. Sicher ist, daß die Zeit um 1470 ein Augenblick von höchster Wichtigkeit gewesen ist für Deutschlands, Frankreichs und die beiden gemeinsame Geschichte. Es war damals gute Aussicht dafür vorhanden, daß der Herzog von Burgund, der nur noch dem Namen nach französischer Lehnsmann war, ein selbständiges Zwischenreich aufrichten werde, und daß somit ein sogenannter Pufferstaat entstanden wäre. Wenige Jahre später fiel Herzog Karl, ein Opfer eigenen Übermutes und der überlegenen Staatskunst König Ludwigs XI. Deutschland und Frankreich wurden und blieben Grenznachbarn. Fast gleichzeitig vermählte sich der spätere Kaiser Max mit Maria von Burgund und schloß die erste jener österreichischen Heiraten, die, in dynastischem Sinne einst hoch gepriesen, in der Entwicklung Deutschlands eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben. Während sich nämlich die französische Krone anschickte, wenn auch in schweren Kämpfen, die gesamten Kräfte des Volkes zusammenzufassen und gerade d a d u r c h den Sieg zu erringen, daß ihre eigene und die nationale Sache identisch erschienen und auch wirklich waren, geriet das Haus Habsburg eben durch Heiraten und Erbanfälle in ein schier unübersehbares Gewirr von Interessen und Händeln, welche das deutsche Volk nicht im mindesten betrafen und wesentlich dazu beitrugen, das Entstehen eines nationalen Mittelpunktes und die Bildung eines Nationalstaates zu verhindern. Es ist bekannt, daß der größte Habsburger, Karl V., nach Sprache und Erziehung ein Spanier, sich in dem Lande seiner Vorfahren ganz und gar als Fremder fühlte.

Von nun an entwickeln sich die Dinge dergestalt, daß um 1650 das französische Königtum, seiner inneren Gegner ledig, eine starke auswärtige Politik betreiben konnte, in Deutschland hingegen die Zentralgewalt sich in einen wesenlosen Schatten gewandelt hatte. Dazu kam, daß sich die Westgrenze des Reiches fast durchweg in der Hand geistlicher Fürsten befand, die als solche innerlich nicht streng national sein k o n n t e n und die an die von ihnen beherrschten Länder weder durch dynastische Überlieferung, noch durch die Vorsorge für Leibeserben geknüpft waren. Dazu



kam ferner, daß die religiösen Kämpfe auf deutschem Boden in so leidenschaftlicher Weise geführt wurden, daß neben ihnen die großen nationalen Fragen und sogar die Verteidigung gegenüber dem Auslande kaum noch in Betracht kamen.

Man braucht nicht gerade der Theorie der Machtpolitik fanatisch anzuhängen, um zu verstehen, daß die Franzosen diese Gunst der Umstände, diese Schwäche eines Nachbarn zu ihrem Vorteil ausgenutzt haben. Aber wie sie es getan haben, ist nicht anders als durch ihren Nationalcharakter zu erklären. Soll ein Deutscher entscheiden, ob in einem besonderen Falle sein Land oder ein anderes Land im Rechte ist, so wird er gewissenhaft prüfen und nichts mehr scheuen als den Vorwurf der Parteilichkeit. Der Engländer sagt ohne Besinnen: „right or wrong, my country!“ Und der Franzose? Der Franzose sagt nichts; denn die Frage, ob Frankreich im Unrecht sein könnte, stellt sich ihm nicht und ist für ihn ohne Sinn. Als nach der Einnahme von Paris im Jahre 1814 Gesandte Preußens und anderer Staaten einen Teil der von Napoleon systematisch geraubten Kunstschatze zurückforderten und solche Forderung Talleyrand gemeldet wurde, rief dieser typische Franzose aus: „Mögen sie sich entehren (*laissez-les se déshonorer*)!“ Wohlverstanden: der Franzose stiehlt, der Deutsche verlangt sein geraubtes Eigentum zurück, und da ist der Bestohlene und nicht der Dieb ehrlos! Diejenigen aber, die sich zu vergegenwärtigen wünschen, wie man sich unter Umständen jenseits des Rheins eine Gemeinschaft mit uns Deutschen oder gar eine Waffenbrüderschaft vorstellt, erinnere ich an die Antwort, welche Napoleon I. dem Fürsten Metternich auf die Frage erteilt hat, ob denn nicht in Frankreich starke Erbitterung gegen ihn herrsche wegen der schrecklichen, in dem russischen Winterfeldzuge von 1812 erlittenen Verluste. „Keineswegs,“ hieß es, „es sind nicht mehr als 30 000 Franzosen umgekommen, die übrigen waren nur Deutsche.“

Der erste mir bekannte französische Versuch, in die inneren Verhältnisse Deutschlands einzugreifen, bestand in dem Bestreben des Königs Franz, nach dem Tode von Kaiser Max im Jahre 1519 seine Wahl zum römischen König durchzusetzen; — wie man einräumen muß, ein Gedanke, der nicht ohne Großartigkeit ist. Jedoch dieser Anschlag mißlang. Während der späteren Kriege Franzens gegen Karl V. erscheinen italienische, spanische und sonstige europäische Interessen derart durcheinandergewirbelt, daß es schwer ist, eine besondere, gegen Deutschland gerichtete Politik zu erkennen.

Unter dem nächsten französischen König, dem stillen und unbedeuten-

den Heinrich II., wurde nun das Deutsche Reich von seinem ersten schweren Landverlust betroffen: schmerzlich zu sagen, durch die Schuld deutscher Fürsten, welche die Bistümer Metz, Toul und Verdun dem französischen König auslieferten, um seinen Beistand gegen den Kaiser zu erkaufen.

Während der darauf folgenden Jahrzehnte war Frankreich durch innere Kämpfe hinlänglich beschäftigt, und erst Richelieu griff wieder in die europäische Politik mit Entschiedenheit ein. Hatte schon der allerchristlichste König Franz wie auch später Ludwig XIV. die Bundesgenossenschaft des Sultans nicht verschmäht, der damals nichts weniger als ein kranker Mann war, sondern die christlichen Nationen mit Feuer und Schwert und Knechtschaft bedrohte, so verbündete sich der Kardinalminister, während er daheim die Hugenotten unterwarf, mit Gustav Adolf von Schweden und den deutschen Protestanten. Richelieu zuerst hat es als eine Hauptaufgabe der französischen Politik erkannt und hingestellt, Deutschland nach Möglichkeit zu schädigen und zu schwächen bei allen sich bietenden Gelegenheiten und in allen erdenklichen Formen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß Österreich, die deutsche Vormacht, und Spanien gewissermaßen eine Einheit bildeten, daß die beiden Habsburgischen Höfe seit geraumer Zeit mit den inneren zentrifugalen Mächten Frankreichs im Bunde standen, der Kampf gegen sie also sehr wohl als die Pflicht eines französischen Staatsmannes gelten durfte.

Erst unter Ludwig XIV. artete die französische Staatskunst aus in eine unersättliche Ländergier, der mit einer erst wieder in unseren Tagen erlebten Gewissenlosigkeit gefrönt wurde. Zwar ist es auf ein anderes Schuldkonto als das seinige zu buchen, daß es möglich war, 1658 den Rheinischen Bund zu gründen, durch den, wie Ranke sagt, Ludwig XIV. einen Einfluß im Deutschen Reiche besaß, welcher der Autorität des Kaisers, wenigstens in den westlichen Kreisen, entweder gleichkam oder sie vielleicht noch überbot.

Schon die Zeitgenossen haben erkannt, daß König Ludwig nie einen Frieden ehrlichen Sinnes geschlossen, sondern sich stets auf dem Sprunge nach weiterem Raube befunden hat. Der französische Gesandte Servien, der Unterhändler des Nymweger Vertrages, äußerte ganz kühl in bezug auf die elsässischen Städte: „Wir haben immerhin so viel Rechte, daß wir sie — die Städte — uns mit dem Schwerte holen können, wenn sich eine günstige Gelegenheit bieten sollte.“ Wenige Jahre später erfolgte dann das größte Verbrechen, von welchem die Geschichte zu berichten weiß: die freie Reichsstadt Straßburg wurde ohne den Schatten eines Rechtes mitten im

Frieden geraubt. Nicht einmal französische Historiker wagen, diese Tatsache zu leugnen, kaum einer, sie zu beschönigen. Voltaire findet zwar kein Wort ausdrücklichen Tadels für solche Gewalttat, doch bietet es Ersatz für jegliche Kritik, wenn er sagt: „Das Gold, die Intrige und der Schrecken, die ihm die Tore so vieler Städte geöffnet hatten, bereiteten Louvois' Einzug in Straßburg vor; die Tränen und die Verzweiflung der Bürger, die voller Liebe an ihrer Freiheit hingen, vermochten nicht zu hindern, daß an dem gleichen Tage die Übergabe vom Magistrat vorgeschlagen wurde und Louvois von der Stadt Besitz ergriff.“

Schwerlich hat ein Zeitgenosse die Wesensart von König Ludwigs Politik klarer erkannt als Leibniz, der die seltene Verbindung von philosophischem Tiefsinn und staatsmännischem Weitblick in sich dargestellt hat. Zu Beginn der 70er Jahre, in deutlicher Voraussicht des holländischen Krieges und seiner Folgen, begab er sich unter dem Vorwande wissenschaftlicher Forschungen nach Paris und übergab dem Minister Pomponne eine Denkschrift, die in genialer Weise ausführte, wieviel mehr Frankreich seinen wohlverstandenen eigenen wie auch den europäischen und christlichen Interessen dienen würde, wenn es, statt seine Nachbarn anzufallen, Ägypten eroberte und damit der türkischen Macht einen Stoß versetzte. Der Plan wurde nach kurzem Schwanken beiseite gelegt. Es ist bezeichnend für französische Denkart, welche Auslegung der bekannte Historiker Henri Martin diesem Schritt Leibnizens gibt, den er bezeichnet als einen Deutschen, seinem Vaterlande ergeben, aber zu Frankreich hingezogen durch seinen festen, klaren und lebhaften Geist: gleichsam als hätte Leibniz nicht Frankreichs kriegerischen Ehrgeiz von der deutschen Grenze ablenken wollen und nur auf die Erhöhung von König Ludwigs Ruhm bedacht gewesen wäre. Er hätte vielleicht anders geurteilt, wären ihm die Worte gegenwärtig gewesen, mit denen Leibniz die abermalige Kriegserklärung gegen das Deutsche Reich im Jahre 1689 gegeißelt hat, Worte, von denen ich wünsche, daß sie auch den heutigen Pariser Machthabern in den Ohren gellen möchten: „Ich finde, daß die französische Politik geflissentlich die benachbarten Völker mit einer solchen Unzahl gewaltsamer Verletzungen überhäuft, daß die Klagen unmöglich mit dem erlittenen Unrecht Schritt halten können. Nur Gott vergißt nichts und er findet das rechte Maß; aber bei den Menschen löschen die letzten Frevel das Andenken der ersten fast aus, und man gewöhnt sich an diese Dinge. Es gibt keinen Vertrag, den Frankreich nicht in letzter Zeit auf die offenbarste Weise verletzt hat. Aber weil es aus dem Unrecht sein Geschäft macht, wundert man sich nicht mehr. Jedes



Wesen muß nach den Gesetzen seiner Natur handeln. Warum hat man ihm vertraut? Alle diese Handlungen erscheinen schon nicht mehr so frevelhaft, wie sie sind, seitdem man sie durch größere Frevel überbietet. Darin eben besteht das wahre Geheimnis, die häßlichsten Dinge zu verschönern, daß man daneben unmittelbar solche stellt, die ohne Vergleich widerwärtiger sind, so wie häßliche Weiber Affen oder Neger neben sich haben. Nach der Besetzung von Straßburg und Luxemburg blieb nichts übrig als die reine Willkür, das Recht des Räubers, der letzte Grund der Usurpatoren. Man könne, so hieß es, Straßburg und Luxemburg nicht entbehren; denn der König brauche diese Städte zur Sicherheit seines Reiches. Mit anderen Worten: um besser zu erhalten, was man dem Deutschen Reich geraubt hat, müsse man ihm noch mehr rauben. Schöner Grund! So erzeugt der Unsinn ein Heer von Unsinn und die Freveltat eine Unzahl von Freveln.“

Zur Kennzeichnung der Politik, welche Frankreich während des nächsten Menschenalters befolgte, bringe ich ein weiteres Zitat: „Im Süden ist Frankreich von Spanien durch die Pyrenäen getrennt, die Fortsetzung dieser Grenze bilden Mittelmeer und die Alpen, in Nord und West ist es vom Weltmeer umspült, nur nach Osten hat Frankreich keine andere Grenze als seine Mäßigkeit und Gerechtigkeit. Durch die Lostrennung von Elsaß und Lothringen vom Deutschen Reich sind die Grenzen der französischen Macht bis zum Rhein vorgeschoben. Es wäre zu wünschen, daß der Rhein auch weiter nach Norden hin Frankreichs Grenze bliebe. Um das zu erreichen, bliebe ein kleines Herzogtum Luxemburg einzustecken, ein kleines Kurfürstentum Trier und Lüttich durch irgendeinen Vertrag zu erwerben, weil es so bequem liegt; einige weitere Kleinigkeiten müßten zu Frankreich geschlagen werden. Was die übrigen Länder betrifft, deren Erwerbung für Frankreich in Betracht käme, so erfordert die Klugheit, nichts zu übereilen; erst muß es sich in den alten Eroberungen befestigen, und seine Nachbarn dürfen nicht kopfscheu werden. Ein zu weit schallender Erfolg könnte die Seemächte aufwecken, die jetzt in den Armen der Sicherheit und am Busen der Trägheit schlummern.“ Der Verfasser dieser bitter ironischen Sätze, ein junger 26jähriger Mann, der aber seither den Nachweis einiger politischer Befähigung erbracht hat, hieß, als er sie im Jahre 1738 niederschrieb — Friedrich, Kronprinz von Preußen. Es war nicht zuletzt das gute Schwert dieses Helden, das während einer langen Frist den Franzosen die Lust an weiteren Eroberungen auf deutschem Boden verleidete.

Es kam die französische Revolution — wie mein hochverehrter Lehrer Heinrich v. Treitschke in seinen Kollegien oft und gern hervorhob — nicht

weil das französische Volk höher geartet oder höher entwickelt gewesen wäre als andere, sondern weil seine Monarchie über äußerem Ruhm und höfischem Glanz die innern Zustände des Landes so schmähhch vernachlässigt hatte. Die junge Republik, zuerst im Zustande der Verteidigung gegen die sie befehlenden konservativen Mächte, ist bald — wie die Losung hieß: im Namen der Freiheit — zum Angriff übergegangen und hat ihre Gier nach deutschem Lande nicht verhehlt. Wie der große Sohn der Revolution, Napoleon, mit dem deutschen Volke, seinen Interessen und Gefühlen umgesprungen ist, das auszuführen, hieß Eulen nach Athen tragen. Doch auch hier hat unsere Nation leider Anlaß zu sagen: *mea culpa, mea maxima culpa!* Denn trotz allem war es nicht unvermeidlich, daß unter des neuen Cäsaren Machtgebot ein Rheinbund erstand, der schließlich 4 Königreiche, 5 Großherzogtümer, 5 Herzogtümer und 16 Fürstentümer umfaßte.

Es ist nicht mit Unrecht darauf hingewiesen worden, Bonaparte sei kein Franzose, sondern der letzte und größte der italienischen Condottieri gewesen. Das trifft die Person und den Charakter Napoleons, nicht aber seine Politik, die sich in ihren Grundzügen als eine französische darstellt, und die bis auf diesen Tag hinabreichende napoleonische Literatur in Frankreich beweist, daß sie niemals als etwas anderes empfunden worden ist.

Nach Napoleons Fall genießt das erschöpfte Europa einer verhältnismäßigen Ruhe. Im Jahre 1840 bringt die orientalische Frage, im besonderen der damals tobende Kampf zwischen dem Sultan und dem Khediven von Ägypten, in die diplomatische Welt Unruhe und Erregung, die sich bis zur Kriegsgefahr steigern. Sogleich erstehen in Frankreich die alten Tendenzen, und es läßt sich deutlich die Absicht erkennen, unter dem Vorwande, daß Preußens diplomatische Haltung ihm mißfalle, das linke Rheinufer an sich zu reißen. Da aber brach in ganz Deutschland eine Entrüstung hervor, die dem nachbarlichen Störenfried die Gewißheit gab, daß er auf den entschlossensten Widerstand stoßen würde, sobald er zu den Waffen griffe, so daß Frankreich vorzog einzulenken. „Offenbar“, sagt Treitschke, „kam es den Franzosen unerwartet, daß die Deutschen sich als eine Nation fühlten.“ Es waren die Tage, in welchen zuerst das Lied gesungen wurde: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein.“ Wir wollen Nikolaus Beckers Gesang nie vergessen! Tiefer wollen wir uns aber die Verse einprägen, mit denen Alfred de Musset in dem vollen Hochmut seiner Rasse uns Deutschen seine Verachtung als Antwort auf das Rheinlied ins Gesicht geschleudert hat:

„Nous l'avons eu, votre Rhin allemand.  
S'il est à vous, votre Rhin allemand,  
Lavez-y donc votre livrée,  
Mais parlez-en moins fièrement.“  
(Wir haben ihn gehabt, euren deutschen Rhein.  
Ist er euer, euer deutscher Rhein,  
So waschet euren Bedientenrock darin,  
Aber sprecht weniger stolz von ihm.)

Napoleon III. errang die Herrschaft und verkündete: „L'Empire, c'est la paix!“ Wir wissen, mit welchem Recht. Immerhin hat er wirklich den Versuch unternommen, auf dem Wege friedlicher Verhandlungen das linke Rheinufer zu erringen, und hat nur in der Einschätzung seines Gegenspielers Bismarck einen kleinen Rechenfehler begangen.

In Deutschland war inzwischen die Sehnsucht, die Einheit des Vaterlandes herzustellen, immer tiefer und heftiger geworden. Nach vielen mühsamen Versuchen, Mißgriffen, Enttäuschungen und Fehlschlägen wurde der erste große Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung der deutschen Wünsche getan in dem Feldzuge von 1866. Alle Welt und nicht zuletzt Frankreich erkannte, daß der Sieg von Königgrätz das Wiedererstehen eines deutschen Staates zur Folge haben würde. Napoleon unternahm einen schüchternen Versuch, den Gang der Ereignisse zu hemmen, ohne aber kräftige und wirksame Maßregeln zu ergreifen, wie er auch ein Jahr später in der Luxemburger Frage vor Bismarcks drohender Haltung zurückwich. Es ist ihm schon damals in weiten Kreisen Frankreichs und später von den Geschichtsschreibern seiner Regierungszeit, mit besonderer Schärfe von Pierre de la Gorce, zum bitteren Vorwurf gemacht worden, daß er nicht durch schleunigen militärischen Eingriff die Bismarckschen Einigungspläne vereitelt habe. Nach meiner Auffassung ist diese Zurückhaltung des Franzosenkaisers keineswegs auf eine friedliche Gesinnung zurückzuführen, sondern lediglich darauf, daß infolge des kopflosen mexikanischen Unternehmens das Heer desorganisiert und einem ernstesten Waffengange nicht gewachsen war.

Die Franzosen haben ungezählte Male behauptet, und es ist von ihren Freunden nachgesprochen worden, sie seien im Jahre 1870 von Deutschland schmählich überfallen worden. Eine Lüge wird durch noch so häufige Wiederholung nicht zur Wahrheit und Geschichtsklitterung nicht zur Wissenschaft. Die jüngst veröffentlichten Berichte des damaligen österreichischen Botschafters in Paris, des Fürsten Metternich, geben hin-



reichenden Aufschluß darüber, mit welchem Eifer am Hofe Napoleons auf den Krieg hingearbeitet worden ist, obwohl es dem müden, schwerkranken Kaiser lieber gewesen wäre, den Frieden zu erhalten. Nach der Kriegserklärung erscholl in ganz Frankreich der Ruf: „Rache für Sadowa!“ Es wäre nun kindlich zu glauben, daß die Franzosen aus Liebe und Sympathie für Österreich die Königgrätzer Niederlage hätten rächen wollen, für Österreich, dem sie wenige Jahre vorher in einem blutigen Kriege seine italienischen Provinzen abgenommen hatten. Jener Ruf bedeutet und kann nur bedeuten, daß die Franzosen den Zusammenschluß der Deutschen zu einer Nation nicht dulden wollten, daß sie ein überliefertes und unveräußerliches Recht auf die Schwäche und Zerrissenheit ihres östlichen Nachbarn zu besitzen glaubten und eine Änderung des alten jammervollen Zustandes als ein Verbrechen gegen die große Nation empfanden. Vor wenigen Wochen schrieb eine französische Zeitung: „Es ist hohe Zeit, daß das künstliche Werk Bismarcks verschwinde und der normale Zustand wiederhergestellt werde.“ In den Augen der Franzosen ist eben das der normale Zustand, daß sie in Deutschland nach Belieben schalten und walten.

Betrachten wir nun die seit 1871 Deutschland gegenüber beobachtete Politik Frankreichs, so ist der hervorstechendste und bedeutsamste Zug der, daß kein Staatsmann sich auch nur eine Stunde in Amt und Ansehen hätte halten können, der nicht bei passender oder unpassender Gelegenheit lauter oder leiser erklärt hätte: der Frankfurter Frieden ist ein Provisorium, mit welchem sich Frankreich niemals abfinden wird, und die Wiedergewinnung der einst dem Deutschen Reich geraubten Provinzen Elsaß und Lothringen ist das oberste Ziel der Politik. So wurde offen gesprochen. Die geheimen Wünsche gingen weiter. Wer das bezweifelt, möge das Geheimabkommen lesen, das im Februar 1917 zwischen den Franzosen und Russen geschlossen worden ist.

Das Gegenstück dazu bieten die jahrzehntelangen Bemühungen der deutschen Regierung, den Frieden zu erhalten und zu befestigen, die immer wieder einsetzenden und ebenso oft abgewiesenen Versuche, Frankreich zu versöhnen. Es kann kein großartigeres, noch überzeugenderes Leumundszeugnis für die Ehrlichkeit und Friedfertigkeit der deutschen Politik geben als die Erlasse Bismarcks, wie sie in der vor einigen Monaten vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Aktensammlung abgedruckt sind — wohlverstanden: dienstliche Anweisungen ernstester Art, und nicht etwa Staatsschriften, die zur Bekanntgabe und zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung bestimmt gewesen wären.

Es drängen sich meinem Gedächtnis noch so manche Bilder auf, die ich Ihnen gern vorführte; ich habe noch so manches auf dem Herzen, was ich nicht ohne Mühe unterdrücke. Ich darf aber Ihre Geduld nicht über Gebühr in Anspruch nehmen.

Ich muß mir auch versagen, an dieser Stelle über die Vorgeschichte und die Geschichte des Krieges zu sprechen, der 1914 begonnen hat und dessen Folgen zu überschauen noch so völlig unmöglich ist. Eines mußte allen einigermaßen Klarblickenden als unabweislich vor Augen stehen: daß Frankreich nicht eine Stunde das Schwert in der Scheide halten würde, sobald es, begünstigt durch die Umstände, sich stark genug fühlte, den Kampf gegen Deutschland wieder aufzunehmen. Wie immer man über die Stabilität eines Nationalcharakters oder über die jahrhundertelange Beharrlichkeit der Politik eines Staates denken möge, es kann kein Zufall sein, daß die älteren und neueren Zeugnisse, die ich Ihnen habe vorlegen dürfen, einander so ähnlich lauten und, leicht abgeändert, auf Ereignisse und Zustände der Gegenwart gemünzt erscheinen können. Wieder und immer wieder erleben wir von Frankreich Gewalttat, immer wieder hören wir den Vorwand, es gelte nur den Selbstschutz, immer wieder den Mißbrauch der Worte Freiheit und Ehre. Und es ist kein Anzeichen dafür vorhanden, daß sich ein Wandel zum Besseren vorbereite; vielmehr weist alles darauf hin, daß die Franzosen, berauscht durch ihre Erfolge, die sie und ihre Bundesgenossen, unter welchen die Lüge und die Verleumdung nicht die mindest mächtigen gewesen sind, errangen, jedes Maß und jeden Halt verloren haben. Nur die eigene Kraft des deutschen Volkes, die moralische und, so Gott will, dereinst auch wieder einmal die physische, können je wie einst Schutz bieten gegen französischen Haß, Übermut und Grausamkeit. Das ist die e i n e Lehre der Geschichte. Die a n d e r e ist die, daß Widerstand und Kampf aussichtslos sind, so oft das deutsche Volk in sich uneins ist. Gewiß werden und sollen stets und überall Gegensätze mancherlei Art ein Volksleben erfüllen. Ein jeder Deutsche aber, Männer und Frauen als Bürger, Eltern und Erzieher, haben die heilige Pflicht, daran zu arbeiten, daß alle Gegensätze, sie mögen heißen, wie sie wollen, Nord und Süd, Katholiken und Protestanten, Arbeiter und Unternehmer, in nichts verschwinden vor dem einen großen Gegensatz: Volksgenosse und Feind des Vaterlandes!

Ich halte es für einen verhängnisvollen Irrtum zu sagen, wie ich es viele Male im In- und Auslande gehört habe, ein Volk von 60 Millionen könne nicht untergehen, und für einen gefährlichen Optimismus, wollten wir uns

durch diesen Gedanken in Sicherheit wiegen lassen. Ein Volk kann untergehen — es fragt sich nur, was darunter verstanden wird. Ginge das deutsche Volk seiner staatlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit sowie der Möglichkeit verlustig, seine geistigen Güter zu pflegen und zu mehren, so wäre es eben untergegangen. An einem Fellachenleben ist uns nichts gelegen. Die Gefahr ist ernst und drohend; aber je größer die Gefahr, um so entschlossener sei der Widerstand, um so rastloser die Arbeit.

Wir Älteren sind solchen vergleichbar, die ein Leben lang in einem Hause gewohnt haben, das ihnen Behagen und Sicherheit geboten hat, auf dessen weithin leuchtende Schönheit sie stolz gewesen sind, und die nun das Haus haben in Flammen aufgehen sehen. Wir Älteren sollen und wollen bis zum letzten Atemzuge unsere sinkende Kraft daran setzen, ehrwürdige Kostbarkeiten für spätere Geschlechter aus dem Schutt zu retten und die Trümmerstätte für einen Neubau vorzubereiten. Noch stehen die Fundamente: die Liebe zum Vaterlande, die eben jetzt zu unserer Aller Freude und Trost sich wieder machtvoll regt, Tüchtigkeit und Arbeitswille. An der deutschen Jugend ist es, mit frischen Kräften und mit festem Zukunftsblick den Bau aufzuführen, und der Jugend rufe ich die unsterblichen Worte des alten Goethe zu:

Hier winden sich Kronen  
In ewiger Stille.  
Die sollen mit Fülle  
Die Tätigen lohnen.  
Wir heißen Euch hoffen.

### Brief an Sir Eyre Crowe, London.

Berlin, den 12. Juni 1923.

Mein lieber Eyre!

Wenn ich wieder einmal an Dich schreibe, so geschieht es nicht nur, um Dir mein Herz auszuschütten, sondern in dem unbestimmten Gefühl, daß es meine Pflicht sei, Dir meine Auffassung mitzuteilen, wie immer Du sie einschätzen magst.

Es ist oft und mit Recht gesagt worden, daß Poincaré ein Fortsetzer der altfranzösischen Politik ist und sich bestrebt, Deutschland in den schon



mehrfach erlebten Zustand der Zerstückelung und Ohnmacht zurückzuführen. Da es mißlich geworden ist, von Annexionen zu sprechen, soll im Westen ein Sonderstaat entstehen, der durch Verträge in volle Abhängigkeit von Frankreich zu bringen ist. Auch für dieses Verfahren weist die Vergangenheit Beispiele und Muster auf. Aber die Geschichte wiederholt sich nicht ohne weiteres; es ist also kein Wunder, wenn die Gegenwart neue Züge bietet. Wie die Franzosen in Dortmund und Berlin mit den Kommunisten in Verkehr stehen, befördern sie in Bayern die Bestrebungen der Monarchisten. Aber auch ohne das rechnen wir alle hier folgendermaßen:

Wird der Westen abgetrennt, so kann sich hier kein bürgerliches Kabinett halten, und der Rutsch nach links wird um so heftiger werden, als der Osten mit seiner an vielen Stellen hoch entwickelten Industrie schlechthin nicht mehr lebensfähig sein wird; dann sagt sich Bayern, das die bolschewistische Schreckenszeit nicht vergessen hat, unweigerlich los. Dazu kommt, daß wie vor 300 Jahren alle Nachbarn deutsche Gebiete als *bonne prise* schon heute betrachten; das noch nicht gestohlene Schlesien und Ostpreußen wird eine Beute der Polen werden, Schleswig-Holstein der Dänen, die Lausitz der Tschechen. Diese Raubpolitik wird schon offen gepredigt — von Selbstbestimmung, die aus der Mode gekommen zu sein scheint, ist nicht mehr die Rede.

Neu ist auch der Umstand, daß neben den rein politischen Beweggründen oder vor ihnen der wütende Haß gegen alles, was deutsch ist, den Ausschlag gibt. Wenn man die französische Propaganda beobachtet, z. B. die offenbar in höherem Auftrage vom M. Barrès betriebene, welche die Welt darüber belehrt, daß die Rheinländer nur irrtümlicherweise als Deutsche betrachtet werden, so ist es klar, wohin die Reise geht. Ich hege keinen Zweifel, daß, wenn man die Franzosen gewähren läßt, in 10 Jahren Bonn eine französische Universität sein wird.

Nun kann ich mir vorstellen, daß ein Engländer sagt: die deutsche Kultur, Wissenschaft usw. mögen schöne Dinge sein, aber interessieren mich nicht; ob diese oder jene Provinz von Paris, Prag, Warschau oder sonstwo aus regiert wird statt von Berlin, ist mir gleichgültig; wenn das Land zwischen Weser und Oder verarmt, verbauert und verdummt, stört es mich nicht.

Aber es gibt doch einen anderen, neuen Zug in dem politischen Bilde von allgemeiner Wichtigkeit. Man hat jetzt wohl überall eingesehen, daß die sogenannte Reparationsfrage für Frankreich nur ein Vorwand ist. Gewiß hat die französische Regierung für Reparationszwecke große Beträge

hergegeben, von denen aber sehr viel ganz andere Verwendung gefunden haben. Die französische Industrie, die sowohl die Regierung als auch die Presse beherrscht, hat eine tatkräftige deutsche Hilfe beim Wiederaufbau aus Eigennutz verhindert. Zahlreiche ehemalige Bewohner der verwüsteten Gebiete haben inzwischen anderwärts ein sie befriedigendes Unterkommen gefunden und wünschen nicht mehr in die alte Heimat zurückzukehren. Das Bestreben der französischen Regierung und Schwerindustrie geht vielmehr dahin, Rheinland-Westfalen fest in die Hand zu bekommen, um es zu einem Teil eines einzigen großen Wirtschaftsgebietes zu machen; dieses Gebiet würde von den Pyrenäen bis zur Weser reichen und zugleich die Vasallenstaaten Belgien und Polen umfassen, von welch letzterem aus die russischen Zukunftsmöglichkeiten ausgenutzt werden können. Daß das noch übrigbleibende und wirtschaftlich in Betracht kommende Deutschland nicht eigene Wege gehen kann, versteht sich von selbst. Niemand wird leugnen wollen, daß ein solcher Plan, an dessen Vorhandensein nicht gezweifelt werden darf, etwas Großartiges hat, unbeschadet des Urteils, das man über die Methoden, mit denen die Verwirklichung verfolgt wird, fällen mag. Daß diese Entwicklung dem Volke nicht willkommen sein kann, das dabei ausschließlich Objekt sein würde, braucht nicht erörtert zu werden.

So sehr ich es mißbillige, wenn man sich den Kopf anderer Leute zerbricht — ein Fehler, der hierzulande während des Krieges täglich zehnmal begangen worden ist, — kann ich in diesem Augenblicke nicht umhin, mich zu fragen: ist England mit einem Erfolg Poincarés gedient? Auch indem man die Frage nach dem Ursprunge des Krieges ruhen läßt, kann man aus der Art, wie England die deutsche Niederlage ausgenutzt hat, den Schluß ziehen, daß ihm die Beseitigung des deutschen Wettbewerbes erwünscht gewesen ist. Jetzt droht nicht nur die Wiedererstehung der alten Konkurrenz, sondern die Aufrichtung einer sehr viel stärkeren; denn bei wirtschaftlichen Zusammenfassungen handelt es sich nicht um einfache Additionen, sondern um Multiplikationen.

Ich habe Engländern die vorstehenden Gedankengänge entwickelt, habe keinen Widerspruch erfahren, jedoch die etwas leichtfertige Antwort, und zwar von mehreren Seiten, erhalten: "That means no danger, the French are no industrials." Dieses Urteil ist so allgemein anfechtbar, wenn auch die Angelsachsen und die Deutschen sicher eine stärkere gewerbliche Begabung besitzen als die Franzosen; es geht aber vor allem von der irrigen Annahme aus, daß die deutschen Industriellen und Kaufleute in der Versenkung verschwinden werden. Davon ist keine Rede. Einzelne werden

lieber hungern wollen, als mit oder gar unter Franzosen arbeiten; die Mehrzahl, besonders unter den Verheirateten, werden auf ihrem Posten verbleiben. Ob England einem Wettbewerb, wie ich ihn vor Augen sehe, erfolgreich standhalten wird, wage ich nicht zu beurteilen; aber sicher ist, daß es nur unter schweren Kämpfen möglich sein würde.

Und nun noch eines. Ich weiß, daß Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Freiheit Münzen sind, die nur für kriegerische und sonstige vorübergehende Zwecke Zahlkraft besitzen. Es handelt sich aber nicht um Redensarten, noch um Chimäre, wenn ich es als eine Gefahr ansehe, in einem ganzen Volke den Haß gegen ein anderes oder gar gegen alle in so ruchloser Weise zu züchten, wie es mit dem unseren geschieht. Im Augenblick geht die französische Niedertracht und Gewalttätigkeit so über alles Maß hinaus (Ihr ahnt ja nicht, wie weit), daß sich der Haß im wesentlichen gegen Frankreich richtet; und er ist stärker, tiefer und allgemeiner, als ich es meinen Landsleuten je zugetraut hätte. Allmählich wird man sich indessen voll Bitterkeit derer erinnern, welche an dem Untergange Deutschlands mit-schuldig sind. Wir haben kein Heer und keine Mittel, eines zu beschaffen; aber es gibt in der Weltgeschichte wirklich Kräfte, wenn auch langsam wirkende, außer Soldaten und Kanonen. Ein haßerfülltes Deutschland ist sich selbst freilich die größte Gefahr, weil es der guten Eigenschaften seines Volkes, ohne welche eine Wiedergeburt undenkbar ist, verlustig gehen muß.

Es ist mir bisher nicht gelungen zu verstehen, welche Stellung zur deutschen Frage England einnimmt. Das ist keineswegs erstaunlich; denn diese Frage ist für Euch eine unter vielen. Sie kann nicht in schnurgrader Linie und ohne Rücksicht auf die allgemeine Lage verfolgt werden. Ebenso wenig kann man erwarten, daß das englische Kabinett seine Ziele und Wünsche jedem auf die Nase bindet. Gewisse Einzelheiten sind aber auch als solche einem Fernstehenden unbegreiflich.

Dein Kollege Mr. Mc Neill hat im Februar dieses Jahres dem Unterhause gesagt, die Regierung habe den französischen Einmarsch in das Ruhrgebiet gutgeheißen aus Unwillen über die Behandlung der sogenannten deutschen Kriegsverbrecher (cfr. parlamentarischer Bericht der „Times“). Ich weiß nichts von Mr. Mc Neill; er wird doch kein politisches Kind sein und geglaubt haben, die Franzosen würden freiwillig wieder von der Ruhr abrücken; er muß es also für recht halten, ein ganzes Volk gleichsam zum Tode zu verurteilen wegen angeblicher gerichtlicher Fehlsprüche. Solche liegen aber nicht einmal vor; denn englische hohe Juristen, die eigens nach Leipzig gereist waren (ich glaube sogar im Auftrage der Regierung), haben



öffentlich bezeugt, daß das Verfahren einwandfrei gewesen ist. Es ist schwer, sich darauf einen Vers zu machen.

Der Dreyfus-Prozeß ist bei jüngeren Leuten wohl vergessen. Aber was sagt Mr. Mc Neill zum Krupp-Prozeß? Wißt Ihr, wie er sich abgespielt hat? Französische Soldaten schießen sinnlos in eine Arbeitermenge hinein und töten gegen 40 Menschen. Unter einem blödsinnigen Vorwand wird die Schuld den Direktoren und Bohlen zugeschoben; die Herren werden verhaftet; ein Verhör findet statt, das mehrere Stunden dauert; der Gerichtshof zieht sich zurück, erscheint nach 5 Minuten wieder und verkündet ein Urteil, das mit Maschinenschrift auf 7 bis 8 Seiten stand, also ganz offenbar längst vorher abgefaßt worden war. Angesichts solcher Tatsachen sollte man wohl in einer Kritik der deutschen Rechtsprechung ein wenig zurückhaltender sein.

Über die Vorgänge der letzten Tage und ihre Tragweite liegen Nachrichten vor, die unvollständig sind und schon deshalb kein deutliches Bild geben. Daß sich Poincaré gegen jede Verständigung sperren würde, war freilich vorauszusehen. Angenommen aber, es kommt zu einer Konferenz, was von mancher Seite heute als ein erfreulicher Fortschritt betrachtet werden würde, so wäre ich nicht beruhigt. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gelehrt, daß es unendlich schwer ist, auf einer Konferenz gute Arbeit zu leisten; ich halte es für unmöglich, weil ein jeder sei es mit vorgefaßten Meinungen oder bestimmten Weisungen dort erscheint, von denen im prallen Licht der Öffentlichkeit zurückzuweichen kaum angängig ist. Ich fürchte, daß auch diesmal nichts oder doch kein ausführbarer Beschluß zustande käme, wenn nicht die amtliche und öffentliche Beratung vorbereitet wird.

Verzeihe meine Weitschweifigkeit. Ich hätte noch viel zu sagen, breche lieber ab.

Herzlich grüßend  
Dein  
P a u l.

---

**Brief an den Ministerialdirektor im Ausw. Amt Dr. v. Schubert, Berlin.**

Berlin, den 7. November 1923.

Lieber Herr v. Schubert!

Ich werde nun morgen früh nach London reisen. Da ich kaum darauf hoffen kann, Sie heute noch zu sehen, bitte ich Sie, mir entweder telefonisch oder in einer ganz kurzen schriftlichen Notiz über folgendes Ihre Wünsche mitzuteilen:

Ich bin zufällig, aber zuverlässig unterrichtet über gewisse Verhandlungen, welche zwischen westdeutschen Wirtschaftlern und den Franzosen über die Errichtung einer Währungsbank für das Rhein- und Ruhrgebiet mit Einschluß der Pfalz gepflogen werden. Es scheint, als wenn man im Rheinland auf diese Verhandlungen große Hoffnungen setzt, wie ich denn verstehen kann, daß die dortige Bevölkerung nach monatelanger Qual alles begrüßt, was ihr Ruhe in Aussicht stellt, und daß ein jeder befriedigt wäre, aus der uns alle drückenden Währungsnot herauszukommen. Ich stehe dieser Frage skeptischer gegenüber. Wenn Poincaré, wie behauptet wird, im Augenblick die Krallen ein klein wenig einzieht, erklärt sich das wahrscheinlich dadurch, daß er einem Stärkerwerden des englisch-amerikanischen Druckes dadurch vorzubeugen gedenkt, daß er mit einem angeblich freiwillig geschlossenen deutsch-französischen Verträge auftritt, einem Verträge, der aber trotzdem für uns und in sehr viel geringerem Umfange für die anderen Mächte seine höchst bedenklichen Seiten haben kann. Mir erscheint die Zerstörung der deutschen Münzeinheit als ein kaum je wieder wiedergutzumachendes schweres Übel. Die Hamburger sind mit einer Währungsbank vorangegangen, zwar mit der Erklärung, daß sie darin nur eine vorübergehende Notmaßregel erblicken und daß sie sich bald einem allgemeinen deutschen Noteninstitut anzuschließen wünschen. Geschieht aber im Westen, was dort jetzt unter Beratung steht, und folgt dann, wie es nur wahrscheinlich ist, Bayern diesem Beispiel nach, so wird die hamburgische Bank voraussichtlich bestehen bleiben, und dann haben wir in Deutschland einen Wirrwarr, der alle Wirtschaftsgebiete beeinflussen und meiner Ansicht nach bedrohen wird. Insbesondere würde der übrige Teil Deutschlands in eine Lage geraten, die außerordentlich ernst sein würde.

Nun weiß ich weder, inwieweit die Engländer die eingangs erwähnten

Projekte kennen, noch kann ich beurteilen, ob es im Sinne der Reichsregierung wäre, wenn ich darüber spräche, und in welchem Sinne es etwa zu geschehen hätte. Ist die Gründung der rheinischen Währungsbank (in Coblenz!) unabwendbar, so würde es mir wünschenswert erscheinen, daß nicht nur die Mehrheit in deutschen Händen bliebe und vor allen Dingen die Leiter der Bank zuverlässige Deutsche wären, sondern daß auch der französische Einfluß, der sich, soviel ich höre, in einer 30%igen Beteiligung ausdrücken soll, auf ein Mindestmaß beschränkt werde. Das kann aber nur geschehen, wenn sich auch andere Länder in angemessener Weise interessieren. Dabei würde es mir richtig erscheinen, daß Neutrale, unter denen Holländer schon aus geographischen Gründen berufen erscheinen, einbezogen werden. . . .

Mit vielen freundlichen Grüßen

Ihr aufrichtig ergebener

P a u l S c h w a b a c h.

---

### Brief an Sir Eyre Crowe, London.

Berlin, den 14. Mai 1924.

Mein lieber Eyre!

Ich werde schwerlich in naher Zukunft nach London kommen. Ich empfinde seit einiger Zeit den lebhaften Wunsch, Dir zu sagen, daß ich besorgter denn je in die Zukunft schaue, und so entschließe ich mich zögernd, mich der zwischen uns gewohnt gewordenen Verkehrsform eines Briefes zu bedienen. Zweierlei schicke ich zu Deiner Beruhigung voraus: 1. ich will das vermeiden, was man so gern Sentimentalitäten nennt, sofern es sich um ein anderes Land als das eigene handelt; 2. ich erbitte und erwarte keine sachliche Antwort; ich begreife, daß Du Dich lieber nicht äußerst; solltest Du indessen für diese oder jene Behauptungen Belege oder nähere Begründung wünschen, so werde ich sie Dir liefern.

Noch weiß ich nicht, wie das neue deutsche Kabinett aussehen wird, halte aber für gänzlich unwahrscheinlich, daß irgendeine Regierung den Dawes-Report ohne weitere Umstände ablehnen wird. Die Gründe liegen auf der Hand. Wie sich Frankreich verhalten wird, lasse ich dahingestellt. In England und Amerika scheinen viele oder doch unbefangene Beurteiler



der ehrlichen Ansicht zu sein, daß die Vorschläge der Sachverständigen nach allen Seiten gerecht und billig seien, daß ihre Ausführung die Reparationsfrage lösen werde. Darin liegt eine ernste Gefahr: Je ehrlicher und je weiter verbreitet diese Überzeugung ist, um so schwerer wird die Enttäuschung über den unausbleiblichen Mißerfolg sein.

M. E. hat die Arbeit der experts von Anbeginn darunter gelitten, daß sie von irrigen Voraussetzungen ausgegangen ist und daher zu falschen Schlüssen gelangen mußte.

Der Bericht sagt: Deutschland hat im Kriege fast nicht durch Verwüstungen gelitten. Klammert man sich an den engen Wortsinn von „Verwüstungen“ und denkt dabei ausschließlich an zerstörte Häuser und dergleichen, so ist das im Vergleich mit der Vernichtung von Werten in Nordfrankreich richtig, obwohl Russen und Franzosen auf deutschem Boden übel gehaust haben. In dem Zusammenhang des Berichts ist der Satz unrichtig und irreführend. Die Blockade hat mehr Leiden, mehr wirtschaftlichen Verlust verursacht als die Zerstörung einer Provinz; die letztere kann bald wieder aufblühen und wäre längst in gutem Zustand, wenn die für den Wiederaufbau angewiesenen Gelder nicht in Nebenkanäle geflossen wären; Deutschland hingegen wird sich, wenn überhaupt jemals, erst in Jahrzehnten erholen können. Es ist also unzulässig zu behaupten, das heutige Deutschland sei als Wirtschaftskörper annähernd so einzuschätzen wie vor dem Krieg. Und doch schienen die Experten in der Tat davon auszugehen; sie erwähnen — was geradezu stutzig machen muß — mit keinem Worte der Verluste, die das Land seit dem Waffenstillstand erlitten hat (Gebietsteile, Handelsflotte, auswärtige Guthaben usw.) und ebensowenig der bereits in Geld und Waren geleisteten Zahlungen; unbeachtet bleiben die ungeheuerlichen durch die Besetzung des Ruhrgebietes verursachten Schäden, die offenbar glatt von uns getragen werden sollen, obgleich diese Besetzung anerkanntermaßen zu Unrecht erfolgt ist. Die immer wiederkehrende Behauptung, daß die Deutschen eine geringere Steuerlast als andere Völker trügen, ist ein Irrtum und als solcher auch von den amerikanischen Statistikern anerkannt.

So ist es nicht erstaunlich, daß die Vorschläge der Sachverständigen eine sehr erhebliche Überschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit erkennen lassen; und das ist gefährlich; denn wird Deutschland abermals genötigt, einen Wechsel zu akzeptieren, den es nicht einlösen kann, so kommt das einer Verewigung des jetzigen, für alle Völker unerquicklichen Zustandes gleich.

Die Experten stellen den richtigen Grundsatz auf: es kann nur aus dem Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr bezahlt werden; sie legen sich aber nicht die Frage vor, ob ein solcher Überschuß vorhanden oder doch in absehbarer Zeit zu erwarten ist, wahrscheinlich, weil sie das für selbstverständlich gehalten haben. Ganz irrtümlicherweise: unsere Handelsbilanz ist stark passiv, eine Steigerung der Ausfuhr wird bis auf weiteres nicht stattfinden; im Gegenteil, die deutsche Industrie wird auf dem Weltmarkt immer weniger konkurrenzfähig werden, und zwar aus vielen Gründen, deren Darlegung zu weit führen würde, u. a. infolge der argen Kreditnot. Es ist klar, daß eine kreditbedürftige Wirtschaft bei Zinssätzen von 60% p. a. und darüber nicht blühen kann. Man wird einwenden: das sind vorübergehende Erscheinungen, allmählich kann der Zustand, der bis 1914 geherrscht, wiederhergestellt werden. Angenommen, dem wäre so: wissen denn die Sachverständigen nicht, daß auch in dem letzten Friedensjahrzehnt die deutsche Handelsbilanz passiv gewesen und nur ausgeglichen worden ist durch die Aktivität der Zahlungsbilanz, die aus dem inzwischen verlorenen Besitz an ausländischen Anleihen und Guthaben aus Handels- und Reedereigewinnen herrührte? In dem neuen Deutschland — ginge es ihm ansonsten auch noch so gut — muß das Verhältnis von Aus- und Einfuhr noch ungünstiger werden, nachdem einerseits wichtige industrielle Provinzen, andererseits fast alle landwirtschaftlichen Überschußgebiete verloren sind. Ganz unfäßlich ist das so oft gebrauchte Argument: Deutschland ist durch die Entwertung der Mark seiner Schulden ledig geworden. Das ist allerdings der Fall und könnte unter Umständen einen Gewinn bedeuten, wenn nämlich die Gläubiger Ausländer wären. In Wirklichkeit steht indessen dem angeblichen Gewinn des Staates ein gleich großer Verlust der Untertanen an Kapital und Steuerkraft gegenüber, der dadurch verschärft wird, daß nicht nur die Reichsanleihen, sondern auch die Anleihen der Bundesstaaten, Gemeinden usw. wertlos geworden sind, nicht zu vergessen die neu aufgenommenen Schulden aller Art.

Was die gemachten Vorschläge angeht, so ist es m. E. bedenklich, in der Reichsbank Ausländern einen starken Einfluß auf die Diskontpolitik einzuräumen; ist man Optimist, so kann man immerhin hoffen, daß sich in praxi nicht allzu große Mißstände daraus ergeben werden. Schlimmer steht es um die Eisenbahnen. Die — nebenbei bemerkt — über den Versailler Vertrag hinausgehende Forderung, daß das Reich auf die Tarifhoheit verzichten soll, beseitigt die Legende von dem Fortbestehen eines souveränen deutschen Staates, ihre Begründung zerstört den Glauben an

die Möglichkeit einer Lösung auf diesem Wege. Es heißt ausdrücklich: es muß verhindert werden, daß durch günstige industrielle Frachttarife die Ausfuhr gefördert und den Siegerstaaten unbequem werde. Dieser Satz läßt bemerkenswerte Rückschlüsse und Schlüsse pro futuro zu: Deutschland kann nur mit Hilfe der Ausfuhrüberschüsse zahlen, es besitzt solche nicht, darf sie sich aber auch nicht beschaffen; wenn es auch nicht zahlt, gleichviel ob aus bösem Willen oder Unvermögen, gleichviel auch ob infolge von Maßregeln der ausländischen Kommissare, so verfällt es in Strafe, es werden ihm zunächst die Eisenbahnen fortgenommen. So verlangen es die Experten.

Gefährlich ist die Einsetzung eines Beamten, welcher die Überweisung der zu Reparationszwecken angesammelten Beträge vornehmen soll. Noch niemals ist irgendwo eine derartige Machtbefugnis in die Hand eines einzelnen gelegt worden, der tatsächlich über Leben und Tod der deutschen Wirtschaft durch einen Federstrich verfügen kann, ein Ausländer, von dem alles eher als zarte Rücksichten auf dieses Land erwartet werden darf.

Nun weiß ich wohl, daß der Bericht, wie er uns vorliegt, einen Kompromiß darstellt, daß politische Einflüsse bei seiner Abfassung mitgespielt haben. Das beruhigt mich keineswegs. Führte der Bericht den Untertitel: Anweisung, den Deutschen die Kehle völlig zuzudrücken, so ließe sich nichts dagegen einwenden; wird der Bericht aber hingestellt und, wie ich gern glauben will, vielfach gutgläubig hingenommen als eine Lösung, als eine gerechte Lösung des Problems, für welches Deutschland von Herzen dankbar zu sein hat, so frage ich mich voller Sorge, was geschieht, wenn er sich als ein Fehlschlag erweist? Denn ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß die geforderten Summen werden aufgebracht werden können. Wie groß die Verarmung des Landes ist, fängt eben an, sich zu zeigen, da die Umstellung auf Goldbilanz erfolgt. Alle Gesellschaften, auch Banken, entlassen zahlreiche Beamte. Auf der ganzen Linie werden Betriebseinschränkungen vorgenommen werden müssen. Der Rock ist zu weit geworden und muß verengert werden. Ich will die Möglichkeit, daß es auch einmal wieder besser werden kann, nicht bestreiten; dazu ist aber eine lange mühsame Arbeit erforderlich, deren Früchte, wie die Dinge liegen, zum überwiegenden Teile Fremden zugute kommen werden. Die Möglichkeit ist nicht gegeben, wenn der Expertenbericht zum Gesetz erhoben wird, ohne in wichtigen Punkten überprüft und abgeändert zu werden. Daß in den endgültigen Abmachungen gesagt werden muß, wann die Reparationen als voll geleistet zu gelten haben, ist wohl selbstverständlich.

Mit den hiesigen leitenden Männern, von denen übrigens sicher nicht



alle dem neu zu bildenden Kabinett angehören werden, habe ich keine Fühlung; ich vermag es also nicht zu sagen, wie sie über die oben erwähnten Fragen urteilen. Da ist es mir eine Erleichterung gegenüber jemandem, der mitzureden hat, mein Herz ausgeschüttet zu haben. Wie immer Du meine Bemerkungen aufnehmen magst: Ich bin sicher, daß Du mich für unfähig hältst, selbst in so ernstesten Dingen etwas anderes als meine Überzeugung zu äußern; den sonst hättest Du mir nicht über 4½ Jahrzehnte und über so manche Wechselfälle hinweg Deine Freundschaft bewahrt, und ich nehme nicht an, daß Du mich für ganz urteilslos hältst, wenn ich an unsere häufigen Gespräche denke.

Hoffentlich geht es Dir und den Deinigen nach Wunsch.

Herzlich grüßend

Dein P a u l.

---

### Brief an Professor Dr. Hoetzsch, Berlin.\*

Berlin, den 21. August 1924.

Hochverehrter Herr Professor!

Ich bitte, es nicht für unbescheiden zu halten und es mit der ernstesten Sorge, die mich beseelt, zu erklären und zu entschuldigen, wenn ich Ihnen in der großen Tagesfrage „Annahme oder Ablehnung der Londoner Konferenzbeschlüsse“ meine Ansicht aufdränge.

Um es vorwegzunehmen: Ich halte die Annahme für unvermeidlich.

Wenn ich die Ehre hätte, von Ihnen näher gekannt zu sein, würden Sie wissen, daß, wann immer ich in den letzten zehn Jahren in meinem Urteil über politische Lagen geirrt habe, es keineswegs aus allzu heftigem Optimismus geschehen ist. Auch jetzt bin ich weit davon entfernt, den Sachverständigenbericht und die sich anreihenden Londoner Beschlüsse als uns gemachte Geschenke zu betrachten; ich bin vielmehr davon überzeugt, daß die Durchführung dieser verwickelten Vorschläge zu neuen schwierigen Auseinandersetzungen führen muß und wird, aber ohne die Augen gewaltsam zu schließen, kann man nicht übersehen, daß etwas geboten wird, was gegenüber dem bisherigen jammervollen Zustand einen Fortschritt bedeutet.

---

\* Professor der Geschichte an der Universität. Mitglied des Reichstags; bekannt als sachkundiger Vertreter der deutschnationalen Fraktion in Angelegenheiten der Außenpolitik.

Wie groß dieser Fortschritt ist, läßt sich nicht mit der Elle messen und nicht in Ziffern ausdrücken. Es scheint mir aber von der höchsten Bedeutung zu sein, daß Frankreich, abgesehen von der bekannten Frankfurter Episode, zum ersten Mal seit dem Jahre 1919 seinen Truppen eine Rückwärtsbewegung vorschreibt. Ich möchte nicht prophezeien; man kann aber vernünftigerweise hoffen, daß die Herausnahme dieses ersten Steines aus dem Gebäude, der Poincaréschen Militärpolitik wo nicht einen Zusammensturz, so doch ein allmähliches Abbröckeln zur Folge haben wird, und ich glaube, damit rechnen zu sollen, daß das Ruhrgebiet wirklich im nächsten Jahr befreit sein wird. Wir können ferner eine namhafte Anleihe erhalten und in demselben Zusammenhange aller Wahrscheinlichkeit nach einen Zufluß fremden Geldes in Form von Kreditwährungen. Das interessiert mich im Augenblick aus dem Grunde, weil jeder Engländer oder Amerikaner, der für einige hundert Dollar irgendwelche Forderungen an Deutschland hat, es übel vermerken würde, wenn die Franzosen seinen Schuldner beeinträchtigten, weil also die betreffenden Engländer und Amerikaner in gewissem Sinne zu deutschen Agenten werden. Es ist mir zuverlässig bekannt, daß die Amerikaner auf Frankreich, und zwar nicht nur auf das gegenwärtige Kabinett, sondern auch auf Poincaré einen Druck ausgeübt haben, und daß sie sich für eine Fortführung der von ihnen eingeleiteten Politik einsetzen werden. Dazu gehört nun freilich, daß in Zukunft Erörterungen über neu auftauchende Fragen, zu denen auch das Ausbleiben einer erwarteten deutschen Zahlung gehört, mit Vernunft und Gerechtigkeitssinn behandelt werden. M. E. läge es im Sinne der heutigen amerikanischen Politik, so zu handeln und bei den anderen in diesem Sinne zu wirken.

Kurz: mit der Annahme der Vorlage sichern wir zwar nicht die Zukunft unseres Volkes, wir schaffen aber die Möglichkeit für eine langsame Befreiung und einen allmählichen Aufbau; und ich sehe nicht, wie man nach den Erlebnissen der letzten sechs Jahre etwas anderes als langsame und allmähliche Errungenschaften für möglich halten kann.

Demgegenüber stehen die Folgen der Ablehnung. Von der Hereinnahme ausländischer Kapitalien würde dann in vielen Jahren nicht gesprochen werden können. Unsere ohnehin notleidende Landwirtschaft und die nicht viel besser gestellte Industrie ständen vor dem Chaos. Der Eindruck, den eine Ablehnung in England und ganz besonders in Amerika hervorrufen würde, wird vielleicht nicht überall richtig eingeschätzt. Die Amerikaner glauben nun einmal, mit ihrem Dawes-Bericht ein großes Werk

vollbracht zu haben. Stößt man sie zurück, so würden sie vielleicht zornig — was zu ertragen wäre —, sie würden aber bestimmt unter der Spitzmarke: „Mit diesen Leuten ist nichts anzufangen“ uns ein für alle Male unserem Schicksal überlassen. Niemand auf der Welt wird dagegen Einspruch erheben, wenn die soeben geräumten Ortschaften wieder besetzt werden und wenn die Truppen im Ruhrgebiet auf lange Jahre in ihren heutigen Garnisonen verbleiben. Halten Sie es, bitte, nicht für anmaßend, wenn ich mit großer Bestimmtheit erkläre, daß ein Wiederanknüpfen der Verhandlungen auf einer anderen, Ihren politischen Freunden genehmeren Grundlage als völlig ausgeschlossen zu betrachten ist. Ich kann mir nicht denken, daß Macdonald eine zweite Konferenz berufen wird, und bin davon durchdrungen, daß es den Amerikanern und Franzosen nicht einfallen würde, eine zweite Einladung anzunehmen.

Nun erkenne ich nicht die Schwierigkeiten, die dadurch entstanden sind, daß, gleichviel wer die Schuld daran tragen mag, der Sachverständigenbericht sozusagen zum Schlagwort für die letzte Wahlschlacht gemacht worden war. Ich halte es im übrigen für keineswegs wünschenswert, daß die Vorlage kritiklos angenommen werde; ich würde das sogar für ein Unglück halten. Niemand darf und soll verhindert werden, alles, was sich gegen das vorgeschlagene Abkommen sagen läßt, in voller Energie zu äußern, darauf hinzuweisen, wie grenzenlos ungerecht es sei, Deutschland die Folgen für den Ruhreinbruch, der als ungesetzlich anerkannt worden ist, allein aufzubürden usw. Es erscheint mir unerheblich, ob mit Recht oder Unrecht den deutschen Unterhändlern erklärt wird, sie hätten mehr durchsetzen sollen. M. E. kann einer noch so scharfen Kritik doch die Erklärung folgen: ich stimme dennoch zu, um vielen Hunderttausenden von deutschen Landsleuten die Aussicht zu eröffnen, in absehbarer Zeit von der Fremdherrschaft befreit zu werden.

Ich glaube, um so mehr in dieser Offenheit mit Ihnen sprechen zu dürfen, als ich, wie Sie wissen, weder persönlich, noch parteipolitisch, noch sonst irgendwie gebunden bin.

Sollte es Ihren Wünschen entsprechen, sich mit mir über das Thema probandum zu unterhalten, so stehe ich selbstverständlich auf telefonischen Anruf sehr gern zur Verfügung.

Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Verehrung

Ihr sehr ergebener

Paul Schwabach.

---



**Brief an einen Engländer.**

May 19th., 1925.

Dear Mr. G.!

I have made up my mind to write to you about a question which is of general interest and about which I am anxious to know your opinion, provided that you do not see any objection to touching such problems.

You can easily conceive that my political friends and I discuss frequently the international situation, which is far from being satisfactory. You may remember, from previous conversations, that I do not consider the arrangements, made in 1919 and since that time, as extremely wise, neither politically nor economically, and I am afraid that we are on the eve of new very dangerous experiments. But, be that as it may, there is another problem, more important than anything else and touching everybody's interests, viz. the Russian question.

I cannot be doubtful that the loss of the market for selling and buying is a terrible misfortune for all countries and, if Germany suffers perhaps most on this account, e. g. the labour situation in England would be not so troublesome, were Russia in a normal state.

After the Bolsheviks had come to power, they have made a strong propaganda in Germany first and with a sad success, for the revolution of 1918 is mainly due to their men and money; but the result as obtained till the beginning of 1919 did not satisfy them. It was about that time that a Bolshevik leader declared to a friend of mine: you (the Germans) are not our real enemies, our real foe is the British Empire. As a matter of fact, the tactics were changed: a school of languages was established at Moscow, where clever young men were taught Asiatic dialects (Chinese, Japanese and chiefly Indian dialects, Negro languages not being neglected) and, after a training of a few years, these men were sent out on Bolshevik propaganda in cooperation with the policy of Moscow diplomacy. The effects of this work begin to be felt seriously, not only in the Far East and in India, as is generally known, but also in the North of Africa. I have heard from good authority that even the Kabyles have been influenced through the same channel. Any success of this movement is a direct danger for those

countries which have a communist party of some strength and are, at the same time, in an unsatisfactory economical state.

There is, however, another point worth of a close attention. Apparently, the immediate purpose of the Bolshevik tactics is a restriction of markets: the cry of Asia to the Asiatics, the support of Ghandi and his attempt to exclude British goods from India — all the things go along the same line and, certainly, the diminution of demand creates unemployment, unemployment creates labour trouble and tends towards strengthening radical and communist ideas.

There was a time, two or three years ago, when many people believed that Russia had begun to discard the most advanced principles and might, by degrees, return to a more sensible economical system, become again a market for European goods and an exporter of food stuff and raw materials. It seems quite clear now that this has been an illusion. No one who has a knowledge of the country, as far as I can see, believes nowadays that an evolution is possible in Russia nor that any improvement can be expected, as long as the attitude of the other powers remains unchanged. I am aware of the fact that some trade is being done, but it is hardly worth mentioning. On the other hand: what a boon for everybody, including the Russians themselves, if the reconstruction of that huge country, its railways, plants, if the exploitation of its natural richness could be taken up in a mutual work of the industrial nations.

I do not see any other means in order re-establish peace, comfort and ease in Europe; therefore, it is of the highest importance to examine whether there is any chance of attaining such an object, and, if there is, be a slight one, it would be the greatest pity, if it were neglected. It follows, from what I have said, that nothing can help except a change of the political and economical system in Russia, and I should think that, if all the European cabinets followed an energetic policy, forming so to say a single front, they ought to find a method by which a change would be brought about in Russia. In speaking of a change I do not suppose that the Czar should be called back to his throne; the form of government is of little avail, rather a detail; what concerns us, is the economical system.

I have reason to believe that some persons of weight in France hold, in the main, the same views; but I wonder whether, in your country, this problem has attracted serious attention from influential men, and whether a solution on a general European basis is considered desirable and feasible. Of course, in all countries an anti-Bolshevik policy would be more or less

violently opposed by the extreme labour and socialist parties, but not necessarily prevented. I should appreciate it very much, if you would kindly let me have your opinions.

Very sincerely yours

S c h w a b a c h.

---

**Brief an Professor Dr. Wolfgang Windelband, Heidelberg.\***

Berlin, den 17. Juli 1925.

Hochverehrter Herr Professor!

Eine Ferienreise hat mir die willkommene Muße verschafft, während welcher ich Ihr Werk über die auswärtige Politik seit dem Jahre 1494 habe lesen können. Ich bitte, für den Genuß, der mir durch diese Lektüre zuteil geworden, meinen Dank abstatten zu dürfen.

Es kann nicht meine Absicht sein, eine Besprechung Ihrer Arbeit liefern zu wollen; ich bin mir der Grenzen meiner geschichtlichen Kenntnisse und der Laienhaftigkeit meines politischen Urteils zu genau bewußt. Der Hauptwert des Buches liegt m. E. auch nicht in diesen oder jenen Einzelheiten, und daher ist es nicht ausschlaggebend, ob Ihre Auffassungen in vollem Umfange von Fachmännern angenommen werden oder nicht, vielmehr ist es wesentlich, daß in klarer und einleuchtender Weise ohne willkürliche Deutungen und in einer Knappheit, wie sie nur dem Meister zur Verfügung steht, unserem Geschlechte vor Augen geführt werde, daß es wirklich große Zusammenhänge im Leben der Völker gibt. Das mag eine Binsenwahrheit sein, ist aber in weiten Kreisen unbekannt und leider auch bei unseren gegenwärtigen Staatsmännern, — besser gesagt — bei denen, die sich für Staatsmänner halten, und die in der auswärtigen Politik durch ein Verfahren voranzukommen meinen, welches der Österreicher mit dem weniger hübschen als treffenden Worte „fortwursteln“ zu bezeichnen pflegt. Ich gestatte mir aber, über die letzten Abschnitte, die mich nur gefühlsmäßig, nicht aber wissenschaftlich mehr als die übrigen interessiert haben, deren Inhalt indessen vielfach in meine persönlichen Erlebnisse hineinragt, einige Bemerkungen wahllos zu Papier zu bringen.

---

\* Professor der Geschichte.



An einigen Stellen sagen Sie, daß die deutsche Politik zu wiederholten Malen den Nachbarn zu der Auffassung Anlaß gegeben habe, Deutschland strebe nach einer Vorherrschaft. Sie fügen zwar hinzu, daß diese Auffassung in sich unberechtigt gewesen sei; mir will aber scheinen, daß das ein wenig schüchtern klingt. In der Tat haben unsere Gegner, soviel ich sehe, nur gewisse, nirgends mehr als in Deutschland als Entgleisungen empfundene Reden des Kaisers für sich anführen können, nicht aber Äußerungen der öffentlichen Meinung oder auch nur einflußreicher Kreise und noch weniger politische Handlungen. Das hat man auch im Auslande sehr wohl gewußt und sich über die Bedeutung der kaiserlichen Reden keinerlei Täuschungen hingegeben. Das hat nicht gehindert, den Deutschen ein Streben nicht nur nach Vorherrschaft, sondern geradezu nach Welt-herrschaft anzudichten. Es dürfte nachzuweisen sein, daß der Erfinder dieses Gedankens und wirksamen Kampfmittels Lord Northcliffe gewesen ist, von dem mir einer seiner Mitarbeiter schon vor langen Jahren berichtet hat, daß er den Kampf gegen Deutschland als die Aufgabe seines Lebens betrachtet habe. Es ist — nebenbei bemerkt — eine merkwürdige Tatsache, daß von den Männern, die zu unseren allergefährlichsten Gegnern gezählt haben, Lord Northcliffe und Wilson seit geraumer Zeit krank und in den für Deutschland entscheidenden Zeiten geistig unzurechnungsfähig gewesen sind, während Clemenceau gerichtsnotorisch ein anrühiger Charakter gewesen ist.

Mancher Leser wird eine gewisse Unsicherheit dadurch empfinden, daß bei der Schilderung wichtiger Ereignisse als verantwortliche Stelle das eine Mal der Kaiser, ein anderes Mal der Kanzler und dann wieder die Reichsleitung genannt wird, das letztere z. B. auf Seite 390, wo über die Flottenpolitik gesprochen wird, wo diese Ausdrucksweise u. U. zu einem Irrtum verleiten kann.

Nun ist mir bekannt, daß Holstein das ganze Gebaren von Tirpitz auf das schärfste verurteilt und die durch den Ausbau der Flotte hervorgerufenen Gefahren deutlich erkannt hat, nicht nur wegen des Einflusses auf die auswärtige Politik, sondern auch, weil er schon vor länger als 20 Jahren zu der Überzeugung gelangt war, daß die durch die umfangreichen Flottenvorlagen unvermeidlich werdende Vernachlässigung des Landheeres die Machtverhältnisse zuungunsten Deutschlands verschieben würde. Ähnlich hat auch Bülow gedacht, trotzdem er in seinem Buch über deutsche Politik eine andere Darstellung gibt. Holstein hat mich eines Tages sogar dazu veranlassen wollen, in der Berliner Handelskammer eine

EntschlieÙung herbeizuföhren, welche gegen die übertriebenen Flottenrüstungen Stellung nähme, eine Anregung, der ich nicht entsprechen konnte, u. a. schon deshalb nicht, weil die Handelskammer zu einer Äußerung, die trotz aller Bemäntelung eine politische gewesen wäre, nicht das Recht besitzt.

Offenbar ist es ungewöhnlich schwer, über das Bündnisangebot Chamberlains ein endgültiges Urteil zu fällen. Richtig ist zweifellos, daß Lord Salisbury für den Gedanken keineswegs gewonnen war, und es steht fest, daß Chamberlain gerade die Reise des Premierministers nach Südfrankreich hat ausnutzen wollen, um die Verhandlungen zu fördern. Immerhin kann man annehmen, daß Chamberlain schon im eigenen persönlichen Interesse in einer Angelegenheit von höchster Wichtigkeit nicht so weit gegangen wäre, wenn er nicht guten Grund zu der Annahme gehabt hätte, er würde Lord Salisbury schließlich für seine Pläne gewinnen können. Mir will scheinen, daß es richtig gewesen wäre, mit England auch einen solchen Vertrag zu schließen, der nicht allen berechtigten deutschen Wünschen entsprochen hätte, denn es wäre damit wenigstens das Hinübergleiten Englands zum Zweibund vermieden worden, das, wie auch Sie hervorheben, Chamberlain in unmißverständlicher Weise angekündigt hatte, während andererseits schon im Beginn des Jahrhunderts feststand, daß die russische Freundschaft für uns verloren war. Ich habe seinerzeit den bestimmten Eindruck gehabt, daß für die Ablehnung, die deutscherseits erfolgt ist, im wesentlichen den Ausschlag gegeben hat die Furcht vor Rußland, dessen militärische Stärke anscheinend auch in unserem Generalstabe überschätzt, während bis weit in die Zeiten des großen Krieges hinein die englische Zähigkeit unterschätzt worden ist. Allerdings ist mir bekannt, daß Graf Waldersee aus seinen chinesischen Erfahrungen geschlossen hat, daß die Japaner den Russen in einem Waffengange mindestens gewachsen sein würden.

Die Absage, die Chamberlain erhalten hat, ist aber verschärft worden durch die wenig gewandte Form, in welcher sie erfolgt ist. Es kam dann dazu die unglückselige Rede Bülow's mit der bekannten Wendung über das Beißen auf Granit. Die Engländer haben insbesondere verübelt, daß Bülow geraume Zeit vor seiner Rede die Erklärungen, welche Chamberlain über seine angeblich oder wirklich anstößigen Redensarten betr. das deutsche Heer abgegeben, als ausreichend entgegengenommen hatte; in der Tat ist Bülow seit jenen Tagen in England persona ingratis gewesen. Natürlich hat auch die Unvernunft unserer öffentlichen Meinung während des

Burenkrieges übel gewirkt, indessen hat sich das Publikum in anderen Ländern England gegenüber ebenso unfreundlich gezeigt und, wie Chamberlains Haltung beweist, ist man bereit gewesen, über diese Dinge hinwegzugehen.

Ihre Angabe, daß während des Burenkrieges Rußland einen gemeinsamen Schritt der Mächte in London angeregt habe, der von Deutschland verworfen worden sei, habe ich schon früher, auch von amtlichen Stellen gehört; aber von einer englischen Seite, bei der ich eine genaue Kenntnis der Verhältnisse voraussetzen muß, ist mir gesagt worden, daß sowohl Rußland als auch Frankreich die Richtigkeit dieser Darstellung auf das bestimmteste abgeleugnet hätten. Es dürfte sich also empfehlen, darüber gelegentlich etwas Authentisches zu veröffentlichen, wenn es nicht vielleicht in der großen Publikation des Auswärtigen Amtes inzwischen geschehen ist, die ich noch nicht habe studieren können.

Es ist bekannt, daß Bethmann bald nach seinem Amtsantritt als Reichskanzler eine Verständigung mit England gesucht hat. Ebenso ist bekannt, daß jede Bemühung in diesem Sinne von einem Mißerfolge begleitet gewesen ist. Es wird wohl so liegen, daß der Berliner Aufenthalt Lord Haldanes im Jahre 1912 zu einer Besserung der Beziehungen zwischen England und Deutschland hätte führen können, wenn nicht Tirpitz die Besprechungen nach Kräften erschwert hätte.\* Indessen werde ich in dieser Beziehung skeptisch gemacht durch die Tatsache, daß das englische Kabinett in dem Augenblick, als Lord Haldane seine Reise antrat, in Paris und Petersburg mitgeteilt hat, daß die bevorstehenden Berliner Verhandlungen an der politischen Lage nichts ändern würden. Auch ist es, soweit meine Kenntnis reicht, ein Irrtum anzunehmen, daß die Entsendung Lord Haldanes englischer Initiative entsprungen wäre; ich glaube vielmehr zu wissen, daß von Berlin aus die Anregung zu einer Zusammenkunft zwischen Bethmann oder Kiderlen und Sir Edward Grey gegeben worden war, und daß daraufhin die Reise Haldanes beschlossen wurde. Gegen die Annahme, daß von London aus damals eine Verständigung gesucht wurde, spricht auch das Verhalten Greys im Sommer 1911. Die Unterhaltungen, die Grey im August 1911 mit dem Grafen Benckendorff geführt hat, und die in dem Siebertschen Werk nachzulesen sind, lassen kaum eine andere Auslegung zu, als daß er schon damals zum Kriege gedrängt hat.

Ich bin durchaus überzeugt von der Richtigkeit Ihrer Ansicht, daß für England die Handelsfragen in zweiter und die politischen Machtfragen in

---

\* Für das Folgende s. o. S. 414.



erster Reihe gestanden haben. Und zwar kann man meinen, daß England seine Rolle innerhalb seiner neuen Bundesgenossen dazu hätte verwenden können, mäßigend zu wirken, es hat aber dort wahrscheinlich die Auffassung geherrscht, daß das eigentliche englische Ziel, nämlich die Beseitigung der deutschen Flotte, nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands erreicht werden könne. Dafür sprechen auch die halb unverständlich klingenden Bemerkungen, die Sir Edward Grey in seiner letzten Unterredung mit dem Fürsten Lichnowsky gemacht hat. Gewiß haben auch die handelspolitischen und sonstigen wirtschaftlichen Erwägungen eine Rolle gespielt. Bei uns ist aber der verhängnisvolle Fehler begangen worden, den Zusammenhang dieser Faktoren mit den großen politischen Fragen nicht hinlänglich zu erkennen und wirtschaftliche Erfolge mit anderen als diplomatischen Mitteln einheimen zu wollen. Diese falsche Einstellung hat die Monarchie überlebt und äußert sich u. a. in der Neigung, hohe diplomatische Posten mit politisch ungeschulten Wirtschaftsmännern zu besetzen.

Über die letzten Kriegsursachen ist anscheinend mehr als genug gesagt und geschrieben worden. Ich habe aber häufig eine ausreichende Würdigung des österreichisch-serbischen Gegensatzes vermißt, der in Wirklichkeit ein ungarisch-serbischer gewesen ist. Die magyarischen Agrarier haben ihren Einfluß am Ballplatz dazu mißbraucht, die serbische Landwirtschaft und Viehzucht, die den Hauptreichtum des Landes ausmacht, auf das schwerste zu schädigen. Es ist m. E. eine berechtigte Vermutung, daß es durch die kluge und glimpfliche Behandlung der Serben möglich gewesen wäre, den Russen die Bildung des Balkanbundes unmöglich zu machen und dadurch die ganze politische und militärische Lage im Osten Europas zu unseren Gunsten zu verschieben.

Weniger bedeutsam, wenn auch ähnlich, war das Verhältnis der habsburgischen Monarchie zu Rumänien beschaffen. Noch im März 1914 habe ich in Bukarest aus Unterhaltungen mit den damals leitenden Männern die Überzeugung gewonnen, daß ein verständiges Eingehen auf die Wünsche der siebenbürgischen Rumänen die dortige Irredenta zum Niederbruch führen würde. Ich habe dem Grafen Czernin, der damals Gesandter in Bukarest war, darüber Mitteilung gemacht und ihn gefragt, ob er nicht beim Grafen Tisza ein gewisses Einlenken in bezug auf Schulfragen usw. befürworten wolle, und darauf die verblüffende Antwort erhalten: „Mit diesen Äußerungen leugnen Sie die Daseinsberechtigung der österreich-ungarischen Monarchie.“

Sicherlich ist es ein Unglück gewesen, daß Deutschland in Wien nicht

einen Botschafter gehabt hat, der dem Grafen Aehrenthal gewachsen gewesen wäre und auf den Gang der österreichischen Politik genügenden Einfluß hätte nehmen können. Ich habe einmal von einer Äußerung des Fürsten Bismarck gehört, dahingehend: es wäre nicht allzu wichtig, wer uns in Paris vertrete, der wichtigste Posten sei Wien.

Ich schließe mit einer Bitte: Sie erwähnen, daß Spinoza den tractatus theol. polit. gegen Bezahlung als eine politische Tendenzschrift geliefert habe. Mir war bisher nur bekannt, daß Sp. mit der Umgebung des Ratspensionärs in Verkehr gestanden habe, und daß Beziehungen zu de Witt selbst vermutet werden. Es klingt so, als stützten Sie sich auf neues Quellenmaterial. Ich wäre zu Dank verpflichtet, wenn Sie mir gelegentlich mitteilen wollten, wo ich mich über diese mich lebhaft interessierende Angelegenheit unterrichten kann.

In aufrichtiger Verehrung

Ihr ergebener

Paul Schwa bach.

---

**Brief an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. von Schubert, Berlin.**

Berlin, den 22. Januar 1926.

Lieber Herr von Schubert!

Trotz Ihrer Arbeitslast werden Sie die vor einiger Zeit erfolgten Veröffentlichungen\* über Herrn von Holsteins Börsenspekulationen gelesen und darüber hinaus auch bemerkt haben, daß in Kommentaren, welche darüber erschienen sind, ein Teil der Presse auch meine Person in die Erörterung gezogen hat. Ich habe mich nicht dazu entschließen können, in der Öffentlichkeit dazu Stellung zu nehmen, möchte aber Ihnen, als dem derzeitigen Leiter des Auswärtigen Amts, den Sachverhalt schildern:

Es ist richtig, daß ich mit Herrn von Holstein einen zeitweilig lebhaften Verkehr gepflogen habe. Ich habe vor dem Kriege mit einer Anzahl von auswärtigen Freunden in einem regelmäßigen Briefwechsel gestanden, welcher geschäftlich wichtige Dinge zum Gegenstand hatte, zu denen auch politische Vorkommnisse gehörten. Einige dieser Freunde hatten ihrerseits mehr oder weniger enge Fühlung mit den Regierungen ihres Landes.

---

\* im Berliner Tageblatt v. 16., 17. und 24. Dezember 1925.

Herr von Holstein hat sich dieses Umstandes bedient, um einerseits die deutsche Auffassung über schwebende Fragen in nichtamtlicher Weise an die gewünschte Adresse zu bringen und andererseits in derselben Form Nachrichten zu erhalten. Er hat damit eine ältere Gepflogenheit fortgesetzt; wie denn bekannt ist, daß Fürst Bismarck mit meinen Vorgängern, Herrn G. von Bleichröder und meinem Vater, in derselben Weise verfahren ist. Es ist das kein Geheimnis zwischen Herrn von Holstein und mir gewesen, sondern die übrigen maßgebenden Männer im Auswärtigen Amte haben darum gewußt und nicht selten in der gleichen Weise über mich verfügt.

Wenn nun in der Presse unterstrichen worden ist, daß ich im Aufsichtsrate des Wolffschen Telegraphenbüros den Vorsitz führe, und daraus gefolgert worden ist, daß diese meine Eigenschaft mit dem Verkehr zwischen Herrn von Holstein und mir im Zusammenhang gestanden habe, so ist das — *sit venia verbo* — völliger Unsinn. Die Gutgläubigkeit der Artikelschreiber vorausgesetzt, bekundet diese Auffassung eine völlige Verkennung des Charakters und der Organisation des WTB. Man hat sich aber nicht gescheut, teils anzudeuten, teils mit dürren Worten zu sagen, daß es sich dabei auch um meiner verstorbenen Sozien oder meine Börsenspekulationen gehandelt hat. Schon vor Jahren ist die Behauptung aufgetaucht, daß Nachrichten des WTB. vor ihrer Veröffentlichung in diesem Hause vorgelegt würden; sie ist von Zeit zu Zeit wiederholt worden, obwohl die Unrichtigkeit dieses Vorwurfes längst erwiesen ist. Ich lege Wert darauf, auch Ihnen gegenüber auf das bestimmteste zu erklären, daß von meiner Firma aus etwas Ähnliches niemals verlangt worden ist, aber auch darauf, daß der langjährige Leiter des WTB., Dr. Mantler, dessen Charakter ich in etwa 30jährigem Zusammenarbeiten kennengelernt zu haben glaube, sich zu solchen unlauteren Machenschaften niemandem gegenüber hergegeben haben würde.

Es ist ferner vielfach und zum Teil mit ganz überflüssiger Aufregung von den Holsteinschen Papieren die Rede gewesen, die sich in meinem Besitz befinden. Damit hat es folgende Bewandtnis:

Herr von Holstein ist viele Jahre hindurch befreundet gewesen mit dem verstorbenen Herrn Obersten von Brandt und Geheimrat von Lebbin und hat diese Freundschaft übertragen auf deren Tochter und Gattin, die oft genannte Frau von Lebbin. Diese Dame hat er zur Erbin eingesetzt; d. h. er hat ihr außer einem ziemlich wertlosen Hausrat seine Papiere vermacht. Frau von Lebbin, die schon zu einer Zeit, als ich ein Kind war, meinen



Eltern nahegestanden hat, und mit der ich dauernd befreundet gewesen bin, war in Sorge über das, was mit den Briefschaften nach ihrem Ableben geschehen würde; um so mehr als sie bald nach Holsteins Tode selbst schwer erkrankte und während des Restes ihres Lebens das Bett nicht mehr verlassen konnte. Sie hat sich schließlich dazu entschlossen, in Anbetracht meiner eigenen Beziehungen zu Herrn von Holstein und im freundschaftlichen Vertrauen auf mich die Papiere mir zu übergeben, indem aber für die etwaige Verwertung des Nachlasses bestimmte Bedingungen aufgestellt wurden, auf welche ich auch meine Erben verpflichtet habe.

Es war allmählich durchgesickert, daß ich der Besitzer, oder, wie ich mich lieber ausdrücken möchte, der Treuhänder bin, und zu wiederholten Malen haben mich Verleger, Historiker und Journalisten ersucht, ihnen die Benutzung der Papiere zu gestatten. Dabei bin ich wiederholt darauf hingewiesen worden, daß, wenn auch eine Ablehnung ehemals gerechtfertigt gewesen sein mag, sie es heute nicht mehr wäre bei völlig veränderten Verhältnissen. Nun weiß ich selbst, daß sich die Verhältnisse geändert haben. Nicht verändert hat sich aber meiner Meinung nach meine Verpflichtung, gegebene Zusagen zu halten.

Wenn nun von Memoiren Holsteins gesprochen wird, so beruht das auf müßiger Kombination. Daß Herr von Holstein Memoiren verfaßt hat, ist mir in hohem Maße unwahrscheinlich. Tatsache ist, daß ich nie etwas davon gesehen habe, und daß sich in den erwähnten Papieren davon nichts befindet. Was die Briefschaften angeht, so gehört nur wenig Nachdenken und wenig guter Wille dazu, um sich klarzumachen, daß ich nicht die Briefe besitzen kann, welche Holstein geschrieben hat — denn diese befinden sich in den Händen der Empfänger —, sondern die an ihn gerichteten. Von den Verfassern dieser Briefe sind natürlicherweise viele verstorben, andere aber leben und ebenso Personen, welche in den Briefen erwähnt werden. Mit so manchem unter den Briefschreibern und erwähnten Personen stehe ich seit Jahren in guten Beziehungen, und es würde mir auch dann auf das äußerste widerstreben, Dritten derartige Papiere auszuhändigen, welche mir in vertraulicher Weise übergeben worden sind.

Ich bin daher entschlossen, freundlichen und unfreundlichen Anzapfungen zum Trotz an dem bisherigen Zustande nichts zu ändern.

In aufrichtiger Verehrung verbleibe ich

Ihr sehr ergebener  
P a u l S c h w a b a c h.

---

# Inhalt.

	Seite
Vorwort . . . . .	3
I.	
Briefe und Aufzeichnungen aus der Friedenszeit . . . . .	7—268
II.	
Briefe und Aufzeichnungen aus der Kriegszeit . . . . .	271—366
III.	
Briefe und Aufzeichnungen aus der Zeit nach dem Zusammenbruch . . . . .	369—448

## Verzeichnis der Briefe, nach den Empfängern geordnet.

Abgeordneter, ein führender nationalliberaler . . . . .	360—361
v. B., M. . . . .	299—304, 306—309, 324—325
v. Bethmann-Hollweg, Dr., Reichskanzler a. D., Hohenfinow . . . . .	362—363
Crowe, Sir Eyre A., London . . . . .	100—102, 107—108, 117—119
129—130, 132—134, 144—147, 171—172, 174—177, 178—182, 188—189, 199—201	
206—208, 220—224, 248—250, 255—257, 426—430, 432—436	
Delbrück, Dr. Hans, Geh. Regierungsrat, Prof., Berlin . . . . .	304—306
Engländer, ein (Mr. G.) . . . . .	404, 439—441
Flamm, Oswald, Geh. Regierungsrat, Prof., Berlin . . . . .	407—409
Fuhrmann, P., Abgeordneter, Berlin . . . . .	294—295

	Seite
v. Griesinger, Freiherr, Vortragender Rat im Ausw. Amt, Berlin . . .	177—178
v. Grumme-Douglas, Admiral, Rehdorf . . . . .	312—315
v. Haniel, Unterstaatssekretär im Ausw. Amt, Berlin . . . . .	383—384
v. Harnack, Dr., Wirkl. Geh. Rat, Prof., Berlin . . . . .	369—370
Havenstein, Präsident des Reichsbankdirektoriums, Berlin . . . . .	190—192
Hilger, Geh. Bergrat, Schloß Siemianowitz . . . . .	281—282
v. Holstein, Wirkl. Geh. Rat, Berlin . . . . .	147—151
Hoetzsche, Dr., Professor, Berlin . . . . .	436—438
Joel, Otto, Bankdirektor, Mailand . . . . .	83—85, 154—156, 195—196, 213—215 217—220, 225—226, 229—231, 234—236, 263—267, 271—273
K., Graf . . . . .	289—290
v. Kiderlen, Staatssekretär des Ausw. Amts, Berlin . . . . .	205, 208—209, 215—216, 224
v. Krause, Dr., Staatssekretär des Reichsjustizamts, Berlin . . . . .	364—366
Kröner, Otto, Verlagsbuchhändler, Stuttgart . . . . .	376—378
v. d. Lancken-Wakenitz, Freiherr, Kais. Geschäftsträger, Paris . . .	125—126
Luzzatti, italienischer Schatzminister, Rom . . . . .	51—52, 64—65, 105—106
Marcks, Dr. Erich, Geh. Rat, Prof., München . . . . .	378—379
Politiker, ein . . . . .	316—319
„ ein englischer . . . . .	398—399
„ ein französischer . . . . .	143—144
v. Rothschild, Baron Albert, Wien . . . . .	90—91
v. Rothschild, Baron Alfred, London . . . . .	7—33, 43—49, 52—59, 67—77, 82—83, 85—90 94—97, 103—105, 108—116, 123—124, 127—128, 131—132, 134—138, 151—154, 156—171 183—187, 192—195, 201—205, 231—233, 236—242, 250—255, 257—262, 267—268
v. Rothschild, Baron James, Paris . . . . .	97—100
v. Rothschild, Baron Louis, Wien . . . . .	405—407
Lord Rothschild (Nathan. M.), London . . . . .	77—79
Schiffer, E., Abgeordneter, Berlin . . . . .	322—323
v. Schoen, Staatssekretär des Ausw. Amts, Berlin . . . . .	172—173



v. Schubert, Dr., Staatssekretär im Ausw. Amt, Berlin . . . . .	431—432, 446—448
Solf, Dr., Staatssekretär des Reichskolonialamts, Berlin . . . . .	357—360
Staatsbeamter, ein hoher . . . . .	323—324
Stringher, Generaldirektor der Banca d'Italia, Rom . . . . .	65—67, 80—81, 92—94
W., London . . . . .	384—385
Windelband, Dr. Wolfgang, Professor, Heidelberg . . . . .	441—446
Wirth, Dr., Reichskanzler, Berlin . . . . .	402—403
Wolff, Theodor, Chefredakteur des Berliner Tageblatts, Berlin . . . . .	397—398
Wyneken, Alexander, Chefredakteur der Königsberger Allg. Zeitung, Königsberg i. Pr. . . . .	349—357, 361—362

## Übersicht der Aufzeichnungen

in zeitlicher Folge der behandelten Vorgänge:

Zur englischen Politik (zum Buche von F. Salomon „Englische Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart“) . . . . .	409—414
Französische Politik gegenüber Deutschland im Laufe der Jahrhunderte . . . . .	414—426
Mein Besuch beim Altreichskanzler Fürst Bismarck (27. März 1898) . . . . .	325—334
Aufzeichnung über die Lage in England (1903) . . . . .	34—37
Aufzeichnung über die politische Lage auf dem Balkan (1903) . . . . .	38—42
Unterhaltung mit dem italienischen Schatzminister Luzzatti über den Drei- bund (1904) . . . . .	49—50
Aufzeichnung über deutsch-britische Beziehungen (1905) . . . . .	59—63
Aufzeichnung über Deutschland und der Sturz Delcassés (1905) . . . . .	290—293
Aufzeichnung über die deutsche Marokkopolitik im Jahre 1905 . . . . .	335—338
Politische Eindrücke von einer Englandreise (1907) . . . . .	120—123
Aufzeichnung über die politische Lage in England (1908) . . . . .	139—143
„King Edward and M. Clemenceau“ (1908) . . . . .	391—393

	Seite
Aktennotiz über englische Politik (1910) . . . . .	196—198
Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Caillaux über Ma- rokko (14. September 1911) . . . . .	209—212
Aktennotiz über eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Caillaux (20. November 1911) . . . . .	226—228
Aufzeichnung über Reformpläne des Reichsbankpräsidenten (1912) . . . . .	242—246
Aktennotiz über eine Unterredung mit dem französischen Politiker L. (4. Juni 1912) . . . . .	246—248
Zur Eingabe der fünf Verbände (1915) . . . . .	274—280
Aufzeichnung über die politische Lage Deutschlands und seine Stellung zu Amerika (1915) . . . . .	283—285
Aufzeichnung über die belgische Frage (1915) . . . . .	285—289
Zum verschärften U-Bootkrieg (1916) . . . . .	295—299
Aufzeichnung über die Notwendigkeit politischer Reformen in Preußen und Deutschland (1917) . . . . .	309—312
Die Liquidation feindlichen Vermögens in der Türkei (1917) . . . . .	319—321
Zur Neugestaltung des deutschen Auslandsdienstes (1918) . . . . .	338—348
Über Deutschlands finanzielle Leistungsfähigkeit (1919) . . . . .	370—376
Deutschlands außenpolitische Aufgabe (1919) . . . . .	380—383
Zum 1. Januar 1921 . . . . .	385—390
Frankreichs Politik gegenüber Deutschland (1921) . . . . .	393—394
Zum Londoner Ultimatum (1921) . . . . .	395—396
Aufklärung über Deutschlands Lage (1922) . . . . .	400—402









## Date Due




CAT. NO. 23 233

PRINTED IN U.S.A.



CT 1098 .S38 A4  
Schwabach, Paul H. von  
Aus meinen Akten.

010101 000



0 1163 0198408 8  
TRENT UNIVERSITY

CT1098 .S38A4  
Schwabach, Paul H  
Aus meinen Akten

von.

DATE	ISSUED TO
	112575

112575

